



Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus  
und der politischen Parteien

*Herausgegeben von der  
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus  
und der politischen Parteien*

---

Band 175

Reihe  
*Parlamente in Europa 5*

Marie-Luise Recker / Andreas Schulz (Hrsg.)

---

# Parlamentarismuskritik und Antiparlamentarismus in Europa

Droste Verlag 2018

Umschlag: Bombenexplosion in der Deputiertenkammer der Französischen Nationalversammlung am 9. Dezember 1893. Das Attentat des Anarchisten Auguste Vaillant war Teil einer Serie von Anschlägen auf Regierung und Parlament. Kolorierte Zeichnung von Frédéric Lix auf der Titelseite der Sonntagsbeilage der Zeitschrift »Le petit journal« vom 23. Dezember 1893.



Copyright © 2018 by  
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus  
und der politischen Parteien e. V., Berlin  
[www.kgparl.de](http://www.kgparl.de)  
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 2018  
[www.drosteverlag.de](http://www.drosteverlag.de)  
ISBN 978-3-7700-5336-0

## VORWORT

---

»Antiparlamentarismus und Parlamentskritik« – der fünfte Band der Publikationsreihe »Parlamente in Europa« widmet sich einem klassischen Thema der Parlamentarismus- und Parteiengeschichte. Anders als bisher wird hier aber Kritik an der repräsentativen Demokratie nicht nur an den Äußerungen extremistischer Systemgegner analysiert, die sich explizit antiparlamentarisch positionierten und den Parlamentarismus mit allen Mitteln bekämpften. Kritik kam häufig von Anhängern und Parteigängern des Parlamentarismus selbst, die sich mit ihren Vorstellungen nicht in der politischen Praxis wiederfanden. Die Grenzen zwischen radikalem Antiparlamentarismus und kritischem Unterstützermilieu waren fließend, parlamentskritische Einstellungen und Stereotype auch im politischen Mainstream weit verbreitet. Obwohl die hier veröffentlichten Beiträge verschiedene Epochen und historische Räume thematisieren, wird insgesamt doch sehr deutlich, dass zwischen dem Ideal der Volkssouveränität und der Praxis moderner Repräsentation eine unaufhebbare Spannung bestand und immer besteht. Das Problem der Distanz zwischen Volk und Volksvertretern begleitete die Entstehung parlamentarischer Systeme von Beginn an, insofern ist auch der Antiparlamentarismus Teil der gemeinsamen europäischen Demokratiegeschichte.

Der Band knüpft an die in bislang vier Publikationen veröffentlichten Ergebnisse der Konferenzerserie »Parlamentarische Kulturen in Europa« nahtlos an, deren Gegenstand die vergleichende Erforschung der historischen Entwicklung parlamentarischer »Standards« in Europa ist. Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien setzt mit der neuen Veröffentlichung den 2009 begonnenen wissenschaftlichen Dialog zwischen Parlamentarismus-Experten und -Expertinnen aus Europa fort. Der Beginn der Gespräche über »Parlamentarische Kulturen« ist im ersten, 2012 publizierten Themenband über »Das Parlament als Kommunikationsraum« dokumentiert. Weitere Konferenzen in Prag, Mainz und Berlin widmeten sich parlamentarischen Redekulturen vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Band 2), den Lebens- und Arbeitswelten von Abgeordneten in Europa (Band 3) und den Parlamentariern der deutschen Minderheiten im Zwischenkriegs-Europa (Band 4). Der neue, fünfte Band der Reihe geht zurück auf eine Berliner Tagung im Mai 2015, an der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus Europa, den USA und Kanada teilnahmen. An der Debatte beteiligte sich im Rahmen eines Podiumsgesprächs auch der damalige Präsident des Deutschen Bundestages Norbert Lammert. Als Parlamentspräsident war es ihm ein wichtiges Anliegen, die vielerörterte »Politikverdrossenheit« und die sinkende Wahlbeteiligung in Europa im Kontext langfristiger Entwicklungen parlamentarischer Demokratien und im Vergleich mit nicht-parlamentarischen Systemen angemessen zu bewerten. Für seine engagierte Diskussionsbereitschaft sei ihm an dieser Stelle herzlich gedankt, ebenso wie der Landesvertretung Rheinland-Pfalz für ihre Gastfreundschaft und die unentgeltliche Zurverfügungstellung der Konferenzräume. Unser Dank gilt auch der Stiftung Ernst-Reuter-Archiv und ihrem Ge-

schäftsführer Michael C. Bienert, die einen substantiellen Beitrag zur Finanzierung der Tagung geleistet haben.

Die Konferenzen- und Publikationsserie »Parlamentarische Kulturen in Europa« ist nicht zuletzt sichtbarer Ausdruck und Ergebnis einer engen internationalen Kooperation einschlägiger Forschungseinrichtungen und interessierter Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen. Der intensive Austausch wird durch den Forschungsverbund *European Information and Research Network on Parliamentary History (EuParl.net)* ermöglicht, dem spezialisierte Forschungsinstitute aus inzwischen vierzehn Ländern angehören. Die KGParl ist als Gründungsmitglied daran seit 2007 beteiligt und im *Board of Directors* repräsentiert. Der wissenschaftliche Dialog wird mit einer Tagung »Entering the Stage – Women as Political Performers« fortgesetzt, die in Erinnerung an das hundertjährige Jubiläum der Einführung des Frauenwahlrechts in Weimar-Deutschland im Februar 2019 in Berlin stattfinden soll. Im Mittelpunkt steht dabei eine vergleichende Betrachtung des politischen Wandels parlamentarischer Kulturen in Europa, den das Frauenwahlrecht und die politische Präsenz von Frauen bewirkten. Die Ergebnisse der Konferenz sollen als Band 7 der Reihe »Parlamente in Europa« präsentiert werden.

*Marie-Luise Recker*

*Berlin, im Dezember 2017*

## INHALT

Vorwort . . . . .	5
<i>Marie-Luise Recker / Andreas Schulz</i>	
»Parlamentarismuskritik und Antiparlamentarismus in Europa« . . . . .	9

### **I. Das Repertoire des Anti-Parlamentarismus: Stereotype, Argumente und Bilder**

<i>Remieg Aerts</i>	
An unrewarding task. Criticism of Parliament and Anti-Parliamentarianism: a Historical Review. . . . .	25
<i>Jean Garrigues</i>	
Criticism on Parliamentarianism and Anti-Parliamentarianism in Europe 19 <sup>th</sup> –21 <sup>st</sup> century. . . . .	43
<i>Nicolas Roussellier</i>	
The Impact of a Repertoire. Anti-Parliamentarian Attitudes under the French Republican Experience 19 <sup>th</sup> –21 <sup>st</sup> century. . . . .	59
<i>Michael C. Bienert</i>	
Der Sozialismus als »Krönung der Demokratie«. Die SED, die sowjetische Besatzungsmacht und der Antiparlamentarismus in den Landtagen der SBZ/DDR . . . . .	71
<i>Andreas Biefang</i>	
»Kiss my ass«. Zur Geschichte einer anrühigen Bildfindung der Parlamentskritik. . . . .	97

### **II. Medien und Arenen der Parlamentarismuskritik**

<i>Theo Jung</i>	
Der Feind im eigenen Hause. Antiparlamentarismus im Reichstag 1867–1918 . . . . .	129
<i>Thomas Lindenberger</i>	
Die Straße als Politik-Arena im langen 20. Jahrhundert . . . . .	151

<i>Claudia Christiane Gatzka</i>	
Das »Volk« auf postfaschistischen Straßen. Zum Fortleben eines Kulturmusters in Italien und der Bundesrepublik 1945–1960. . . . .	167
<i>Andreas Schulz</i>	
Politische Parallelwelten – Öffentliche Gesprächsarenen und parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik Deutschland 1949–1980. . . . .	185
<i>Barbara Wolbring</i>	
Die Massenmedien als Bühne und Tribunal. Das Parlament in der Mediendemokratie . . . . .	221

### III. Akteure und Praktiken

<i>James Retallack / Marc-André Dufour</i>	
The »Non-Voter«: Rethinking the Category . . . . .	235
<i>Michael Strebel</i>	
Ist die Direktdemokratie der Bürger Ausdruck einer Parlamentaris- muskritik? Eine Analyse der Schweizer Praxis . . . . .	253
<i>Benjamin Conrad</i>	
Opposition durch Obstruktion? Systemoppositionelle Parlamentarier nationaler Minderheiten im Ostmitteleuropa der Zwischenkriegszeit . . .	269
<i>Adéla Gjuríčová</i>	
Anti-Politics vis-à-vis Parliamentary Democracy: Václav Havel and the Czechoslovak Parliament in the 1990s . . . . .	281
<i>Pasi Ihalainen</i>	
Monarchists, Republicans, Revolutionaries: Criticism of Parliamentarism and the reception of Anti-Parliamentarism among the Finnish and Swedish left and right 1917–1919. . . . .	291

### Anhang

Bildnachweis . . . . .	305
Autorenverzeichnis . . . . .	307
Danksagung . . . . .	307

## »Parlamentarismuskritik und Antiparlamentarismus in Europa«

Kritik und Protest begleiteten die Parlamentarisierung der europäischen Nationalstaaten von Beginn an. Wo und unter welchen ideologischen Prämissen auch immer sich Gegner formierten, zogen sie die Qualität parlamentarischer Repräsentation in Zweifel. Weil die fiktive *volonté générale* nur in Gestalt gewählter Volksvertreter existiert, stehen diese schnell im Verdacht, den Volkswillen zu verfälschen, gerät Politik leicht in den Geruch, eine große Inszenierung zur Verschleierung der »wahren« Machtverhältnisse zu sein.<sup>1</sup> Aus dieser unaufhebbaren Distanz zwischen Wählern und Repräsentanten resultiert ein »natürliches« Misstrauen gegen den Parlamentarismus, das die starke und relativ einheitliche Resonanz kritischer Diskurse erklärt. Das Problem der Repräsentation stellte sich allen parlamentarischen Systemen, wie generell bei aller Unterschiedlichkeit parlamentarischer Kulturen eine »Konvergenz zu einem Parlamentarismusmodell« in Europa zu konstatieren ist.<sup>2</sup>

Parlamentarismus und Parlamentarismuskritik bilden also einen gesamteuropäischen Diskussionskomplex. Dabei war nicht jede Kritik antiparlamentarisch motiviert. Die hier publizierten Beiträge verdeutlichen die Schwierigkeit, die Kritik der parlamentarischen Praxis auf der einen und manifesten Antiparlamentarismus auf der anderen Seite typologisch zu differenzieren. Um der politischen Selbsterhaltung willen und um die ihnen gewährte Bühne propagandistisch zu nutzen, verfolgten antagonistische Gegner des parlamentarischen Regierungssystems ihre Ziele auch mit dem Mittel parlamentarischer Legalitätstaktik. So blieben die Abgeordneten der KPD im Weimarer Reichstag der Weltrevolution verpflichtet, setzte sich die NSDAP im Rampenlicht des Parlamentsplenums politisch in Szene, ohne das Ziel eines diktatorischen »Führerstaats« aufzugeben. Systemloyale Kritik am Parlamentarismus konnte ungewollt dessen nachhaltige Diskreditierung bewirken. So zielte der militante Aktionismus britischer Suffragetten auf parlamentarische Repräsentation und war insofern demokratisch motiviert. Allerdings verzögerte ihr Kampf die Durchsetzung einer allgemeinen Wahlrechtsreform und trug zur Krise des britischen Parlamentarismus vor dem Ersten Weltkrieg erheblich bei.

Eine systematische Unterscheidung zwischen antagonistischer Systemfeindschaft und demokratischer Parlamentskritik lässt sich also schwer treffen. Die Herausgeber haben sich daher dafür entschieden, Antiparlamentarismus als politischen Extremfall innerhalb eines breiten Spektrums kritisch-oppositioneller Verhaltensmodi zu be-

---

<sup>1</sup> Zu den Anfängen politischer Repräsentation: P. FRIEDLAND, *Political Actors*, 2002.

<sup>2</sup> M.-L. RECKER, Einführung, in: DIES. (Hrsg.), *Parlamentarismus in Europa*, 2004, XV.

greifen, die in ihrem jeweiligen historischen Kontext zu analysieren sind. Diese Erweiterung der Perspektive ermöglicht es, das argumentative Repertoire systematisch zu betrachten, das Kritiker, Protestgruppen und Systemfeinde verwendeten. Deshalb werden auch politische Gruppierungen und *Pressure Groups* erfasst, die, wie die Chartisten oder das Junge Deutschland im 19. Jahrhundert, in kritischer aber keineswegs feindlicher Opposition mit dem parlamentarischen System kommunizierten. Im 20./21. Jahrhundert wären beispielsweise radikale Bürgerinitiativen, die Neuen sozialen Bewegungen oder auch NGOs als Teil eines prinzipiell kritischen und zugleich dialogorientierten Protestmilieus in die Betrachtung einzubeziehen. Langfristig betrachtet trug ein politisch oft diffuses Protestpotential zur Selbstreform parlamentarischer Systeme in erheblichem Maße bei. Ein exemplarischer Fall der Dialektik von Kritik und Anpassung außerparlamentarischer Systemopposition sind die westdeutschen Grünen. Als basisdemokratische Alternative zur repräsentativen Demokratie angetreten, etablierte sich die »Anti-Parteien-Partei« wenn auch unter heftigen Flügelkämpfen binnen eines Jahrzehnts als pro-parlamentarische reformatorische Partei.<sup>3</sup>

Dass affirmative Parlamentarismuskritik extremistische Propaganda unter Umständen begünstigte oder sogar legitimierte, ist die andere Seite der Medaille. In Zeiten, in denen parlamentarische Systeme unter äußerstem Druck standen, die anstehenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen, bereitete solche Kritik autoritären Regimen den Boden. In der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er, Anfang der 1930er Jahre erweckten Präsidialregime im Vergleich zu parlamentarischen Systemen mit der Anwendung des Notstandsrechts vielfach den Anschein überlegener Handlungskompetenz. Angesichts der Schwerfälligkeit parlamentarischer Entscheidungen und der Schwierigkeit, politische Kompromisse zu finden, neigten überforderte Legislativen zudem in vielen Staaten Europas dazu, autoritäre Regime von sich aus zum politischen Handeln zu ermächtigen. Extremistische Bewegungen nutzten die Parlamente ihrerseits als Agitationsforen, um sich von der Außenseiterposition aus als politische Systemalternative zu profilieren. Von der politischen Auseinandersetzung mit ihren antiparlamentarischen Gegenkräften zermürbt, erodierten die Demokratien Europas, und manche zerbrachen an diesen Konflikten.

Der Band betrachtet die parlamentskritische Diskussion und antiparlamentarische Gegenbewegungen im Kontext der zunehmenden Konvergenz parlamentarischer Systeme in Europa. Statt auf idealtypische Kategorisierung ist die Konzeption des Bandes primär darauf angelegt, das historische *Repertoire* antiparlamentarischer, fundamentaloppositioneller wie systemloyaler Kritik an verschiedenen Fallbeispielen zu thematisieren. Es geht um politische Rhetorik und symbolische Politik, um die Performance verschiedener *Akteursgruppen* in ihren jeweiligen politischen *Arenen* und die mediale Resonanz.

<sup>3</sup> H. HEIDEMEYER, Grünen im Bundestag 1983–1987, Bd. 1, 2008; P. KRAATZ, Grünen im Bundestag 1987–1990, Bd. 1, 2015.

## 1. Das Repertoire

Antiparlamentarismus und Parlamentskritik entstanden, wie oben bereits angedeutet, in einem Diskursfeld, dessen Spannungspole zum einen die Fiktion des einheitlichen Volkswillens und auf der anderen Seite die defizitäre »Wirklichkeit« des Parlamentarismus bilden. REMIEG AERTS skizziert in einem Überblick das historische Panorama eines über geografisch-politische Grenzen verbreiteten Repertoires parlamentskritischer Stereotype. Eine diffuse Abneigung gegenüber »der Politik« als solcher konnte, wie er zeigt, antiparlamentarische Reflexe ebenso mobilisieren wie die prinzipielle Ablehnung der repräsentativen Demokratie als »falscher« Anwendung einer »wahren«, d. h. direkten oder plebiszitären Demokratie. Ihre »hybride« Verfassung setzte parlamentarische Systeme stets dem Verdacht der Manipulation des Volkswillens aus – daraus resultiert seiner Ansicht nach »a certain timelessness« antiparlamentarischer Rhetorik. Wo der unmittelbare Volkswille nicht darstellbar ist, erscheint Parlamentarismus allenfalls als defizitäre »Ersatzdemokratie« akzeptabel, die am Ende, so die Substanz aller Kritik, politischen Dissens oder schlechte Kompromisse produziere.

JEAN GARRIGUES rekonstruiert die Entstehung parlamentarischer Kritik in Frankreich aus einer europäischen ideengeschichtlichen Perspektive. Er unterscheidet zwischen a) dem aristokratischen Konservatismus und Legitimismus, b) dem revolutionären Populismus der Sansculotten, in deren Tradition Radikale, Sozialisten und Anarchisten stehen, und c) dem Bonapartismus samt verwandter Bewegungen wie dem Boulangismus. In seiner Sicht ist nur der Ultra-Monarchismus als konsequent antiparlamentarisch zu werten, während alle anderen politischen Strömungen eine »funktionale und moralische Parlamentskritik« vertraten. Angesichts eines im 20. Jahrhundert endgültig gefestigten republikanischen Grundkonsens sei es fraglich, ob überhaupt von einem französischen Antiparlamentarismus die Rede sein kann. Frankreich stelle somit einen Sonderfall dar, während sich in Zwischenkriegs-Europa autoritäre Regime etablieren konnten.

NICOLAS ROUSSELLIER identifiziert dagegen »antiparlamentarische Einstellungen« gerade auch bei Akteuren des republikanischen Lagers in Frankreich als einen säkularen Trend der neueren Demokratiegeschichte. Unter den administrativen Funktionärseliten der Republik und selbst bei den Staatspräsidenten seien massive Vorbehalte gegen Parlamente und Parteien verbreitet gewesen. Wenn exponierte Entscheidungsträger Ineffizienz und Parteilichkeit beklagten, hatte diese Kritik unmittelbare Rückwirkung auf die Verfassungsordnung, indem sie populistische Stimmungen verstärkte, die den parlamentarischen Eliten jeglichen Gemeinsinn absprachen. Aus einer diffusen Krisenrhetorik resultierte somit am Ende eine »große Enttäuschung« über die republikanische Ordnung, die in eine reale Krise des Parlamentarismus mündete. Vom nachhaltigen Prestigeverlust der Republik profitierten demnach weniger politische Extremisten als die präsidentiale Exekutive, und das just zu einem Zeitpunkt, als sich das parlamentarische Regierungssystem in Frankreich endgültig etabliert hatte. Frankreichs politische Klasse pflegte in seiner Sicht einen habituellen Antiparlamentarismus, der tief verwurzelte populistische Aversionen gegen den Partei-

enstreit förderte. Während der Großen Depression der 1930er wurde das Bedürfnis nach Sicherheit nicht an die Parlamente, sondern an den bürokratischen Wohlfahrtsstaat adressiert. Antiparlamentarische Affekte ließen sich für etatistische Ordnungsansprüche ausbeuten, indem die Staatsadministration ihre vermeintlich überlegene Sachkompetenz und überparteiliche Dignität kultivierte.<sup>4</sup>

Ist die hier beschriebene institutionelle Machtverschiebung von der Legislative zur »demokratischen Exekutive« der französische Sonderfall, oder lässt sich darin ein säkularer europäischer Trend erkennen? Gerade die Stärkung von Regierungschef und Kabinett im Rahmen des *prime ministerial government* des 20. Jahrhunderts spricht für letztere Sichtweise. In der aktuellen Forschung zur Demokratiegeschichte Frankreichs besteht die Neigung, populäre »Zustimmung« als indirekte Legitimation staatlichen Handelns zu bewerten. Das in die »demokratischen Institutionen« der Exekutive und Judikative investierte Vertrauen der Bevölkerung lasse sich, wie P. Rosanvallon argumentiert, auf das hohe Ansehen ungebundener »reflexiver« Experten zurückführen, die Distanz zum Parteibetrieb wahren.<sup>5</sup> Welche politische Relevanz hat eine solche informelle *contre-démocratie*, relativiert oder delegitimiert der exklusiv der staatlichen Exekutive gewährte Vertrauensvorschuss die gewählten parlamentarischen Repräsentativorgane? Mehrere Beiträge dieses Bandes thematisieren das Missverhältnis zwischen demokratischer Systemloyalität und fundamentaler Parlamentskritik, das sich in eine latente Grundspannung zwischen den Verfassungsorganen transformiert.

Mit der offenen Ablehnung der parlamentarischen Demokratie durch eine totalitäre Staatspartei befasst sich der Beitrag von MICHAEL C. BIENERT. Weil der »bürgerliche Parlamentarismus« den Aufstieg des Faschismus ermöglicht hatte, sah die SED in dessen Beseitigung eine zwingende historische Konsequenz. In der marxistisch-leninistischen Theorie als Bühnen »artistischer Selbstdarstellung« und Restbestand der Herrschaft der Bourgeoisie ohnehin obsolet, wurden die historischen Landtage entparlamentarisiert und zu »wirklichen« Volksvertretungen der sozialistischen Demokratie gekrönt. Eine Zeit lang hatte die politische Avantgarde des Proletariats selbst einen »revolutionären Antiparlamentarismus« praktiziert, der sich an demokratische Spielregeln hielt.<sup>6</sup> Das historische Scheitern der KPD verband sich in der Erinnerung der Parteifunktionäre der SED mit »Parteienschacher« und parlamentarischer »Kompromisselei« (Clara Zetkin)<sup>7</sup> in der agonalen Phase des Weimarer Reichstags. So reflektierte für viele Parteikader die Einheitsparole »Nie wieder elendes Parteiengezänk« auch das eigene subjektive Erleben des Weimarer Parlamentarismus.

In ihrer kritischen Retrospektive auf die Weimarer Demokratie unterschieden sich politische Extremisten oft nur in Nuancen von der Erinnerung loyaler Parlama-

<sup>4</sup> Ausführlich dargelegt in N. ROUSSELLIER, *La Force de Gouverner*, Paris 2015, bes. S. 173–228 u. 515–563; vgl. W. PYTA, *Präsidentengewalt*, 2004; A. WIRSCHING, *Bürgerkrieg?*, 1999, bes. S. 3 f. u. 10 f., der in seinem deutsch-französischen Vergleich gemeinsame Faktoren »der Gefährdung [der Demokratie] durch den politischen Extremismus« herausstellt.

<sup>5</sup> P. ROSANVALLON, *Contre-démocratie*, Paris 2006; DERS. *Demokratische Legitimität*, 2010.

<sup>6</sup> T. MERGEL, *Parlamentarische Kultur*, 2012, S. 320.

<sup>7</sup> Zitiert n. T. PUSCHNERAT, Clara Zetkin, 2003, S. 111.

rier. Dass antiparlamentarische Argumente und Sprachbilder generell aus einem gemeinsamen europäischen Fundus schöpfen, zeigt ANDREAS BIEFANG, dessen Beitrag ein populäres Bildmotiv europäischer Parlamentskarikaturen präsentiert: das dem Publikum zugekehrte Hinterteil, das sowohl Verachtung gegenüber dem Parlament als auch die Missachtung des Volkswillens durch die Herrschenden symbolisiert. Wird das historische Repertoire des Antiparlamentarismus zumeist anhand programmatischer Texte erforscht,<sup>8</sup> so findet hier die historische Überlieferung politischer Bildsatire und Pressefotografie Beachtung. Visuelle Körpermetaphorik, die Staat und Parlamentarismus herabsetzt, ist ein seit der frühen Neuzeit präsent Element interkultureller politischer Kommunikation in Europa.<sup>9</sup> Auf allgemein verständliche Weise thematisierte die politische Bildsprache die systemische Dysfunktionalität des Parlamentarismus, ohne dass die Urheber der Kritik durch eine »geschlossen antiparlamentarische Ideologie« motiviert gewesen wären. Ihre Rezeption und Wirkung hing entscheidend vom historischen Wandel parlamentarischer Praxis ab. So erwiesen sich die fragilen Demokratien der Zwischenkriegszeit als besonders anfällig für eine Bildkritik, die nicht mehr allein die Funktionsweise, sondern das Prinzip der Repräsentation als solches ins Visier nahm.

## 2. Arenen der Kritik

Die Kommunikation der Parlamente und Abgeordneten mit der Öffentlichkeit ist eine fundamentale Voraussetzung für die Akzeptanz repräsentativer Demokratien. War mit der Zulassung der Presse im 19. Jahrhundert eine begrenzte Berichterstattung ermöglicht worden, erweiterte sich der Kommunikations- und Resonanzraum durch die Medienrevolutionen in dynamischen Schüben. In dem Maße, wie sich parlamentarische und gesellschaftliche Kommunikation vernetzten und eine diskursive Öffentlichkeit entstand,<sup>10</sup> verstärkte sich auch die Resonanz antiparlamentarischer Kritik. Das zweite Kapitel des Buches widmet sich den verschiedenen politischen *Arenen*, in denen über die repräsentative Demokratie öffentlich verhandelt wurde. Das zentrale politische Forum der Nation, institutionalisierter Ort politischer Kontroverse und damit auch Zielscheibe öffentlicher Kritik war im 19. Jahrhundert das Parlament selbst. In den zweiten Kammern der konstitutionellen Monarchien formierte sich die liberale Opposition, und auch der ultra-royalistische wie der radikaldemokratische Antiparlamentarismus fanden dort eine politische Bühne. Mit dem Aufkommen audio-visueller Medien im 20. Jahrhundert steigerte sich die Intensität politischer Berichterstattung, die in den 1950er bis 1980er Jahren mit Live-Übertragungen

---

<sup>8</sup> Vgl. z. B. G. KRITIDIS, Linkssozialistische Opposition, 2008; R. BAVAJ, Von links gegen Weimar, 2005; W. DURNER, Antiparlamentarismus, 1997; J. DEFASNE, L'Antiparlementarisme, 1990; H. WASSER, Parlamentarismuskritik, 1974.

<sup>9</sup> A. BIEFANG, Neuformierung der parlamentarischen Bilderwelt, 2013.

<sup>10</sup> A. SCHULZ/A. WIRSCHING, Parlamentarische Kulturen, 2012, S. 15 f.

von Parlamentssitzungen in Rundfunk und Fernsehen ihren Höhepunkt erreichte.<sup>11</sup> Seither hat das öffentliche Interesse an den Parlamenten signifikant nachgelassen – eine Entwicklung, die häufig als Symptom einer Demokratie- und Parteienverdrossenheit gedeutet wird.<sup>12</sup>

In allen politischen Arenen herrschten jeweils spezifische Kommunikationsbedingungen, weshalb antiparlamentarische Kritik nach Institutionen und Medien differenziert zu betrachten ist. THEO JUNG untersucht den Antiparlamentarismus im deutschen Reichstag des Kaiserreiches. Er stellt das Interpretationsschema »linker« und »rechter« Positionen zur Diskussion, da sich weder Argumente noch Handlungsstrategien antiparlamentarischer Protagonisten eindeutig im Spektrum ideologischer Weltbilder verorten lassen. Zu beobachten sind dagegen variable Verhaltensdispositionen der Kritiker, die entweder durch die Selbstperzeption der Akteure oder durch deren Fremdeinschätzung als »antiparlamentarisch« markiert werden. So war die parlamentarische Position der Sozialdemokratie zunächst durch die Erfahrung staatlicher Repression seit 1878 definiert, welche die Abgeordneten zu politischen Outlaws stempelte. In der »Kampfzeit« der Sozialistengesetze galt deshalb die Devise, dass die Machtfrage nicht im Parlament, sondern auf der Straße entschieden werde. Als sich die Reichstagsfraktion ungeachtet ihrer Isolierung zum politischen Kraftzentrum der Arbeiterbewegung entwickelte, schwenkte sie unter Führung Wilhelm Liebknechts auf eine pro-parlamentarische Linie unter Achtung der »Würde des Hauses« um. Im dialektischen Prozess der negativen Systemintegration war die revolutionäre Sozialdemokratie zu einer politischen Säule des Parlamentarismus geworden.

Einen Gegenpol zur reglementierten, »eingehegten« Parlamentsöffentlichkeit bildet die umkämpfte Straße, die durch die »physische Anwesenheit« der »Massen« als öffentlicher Raum gekennzeichnet ist. THOMAS LINDENBERGER qualifiziert die Straße als »Raum kollektiver Werte und sozialer Normen«, über deren Geltung Parlamente entscheiden. Von der Straße gehen folgerichtig antiparlamentarische Manifestationen aus, hier formieren sich sozialer Protest und revolutionäre Gewalt. Jenseits der revolutionären Konfrontation wird die Straße aber meistens durch »Wiederaneignung« des staatlicher Reglementierung vorbehaltenen öffentlichen Raums in eine »Politik-Arena« transformiert, in der sich sowohl destruktiver Antiparlamentarismus als auch politisches Reformpotential entfalten können. CLAUDIA GATZKA profiliert in ihrem Vergleich der postfaschistischen Demokratien Westdeutschlands und Italiens die Straße als demokratische Arena politischer Kommunikation. Der PCI inszenierte sich als Volksbewegung der Straße gegen die politische Klasse, agierte aber zugleich pro-parlamentarisch in »verantwortlicher legislativer Stellung«. In der Bundesrepublik vollzogen die demokratischen Parteien dagegen »den Abschied« von der Straße, die im kollektiven Gedächtnis ein politisch belasteter Erinnerungsort geworden war.

<sup>11</sup> A. SCHILDT, *Jahrhundert der Massenmedien*, 2001; D. SCHILLER, *Brennpunkt Plenum*, 2002; C. v. HODENBERG (Hrsg.), *Age of Audio-Visual Media*, 2012.

<sup>12</sup> Vgl. »Arena ohne Publikum« in: *SÜDDEUTSCHE ZEITUNG*, 8.12.2014.

Die Straße hat sich in Europa von einer revolutionären Kampfzone in einen Aktionsraum zivilgesellschaftlichen Engagements verwandelt. Öffentliche Kundgebungen unterwerfen sich dem Reglement staatlichen Ordnungs- und Demonstrationsrechts. Dennoch bleiben Plätze und Straßen als ein politischer Raum kodiert, um dessen Aneignung Obrigkeit und teils militante Protestgruppen konkurrieren.<sup>13</sup>

Eher diskursiv als konfrontativ orientiert waren die großen öffentlichen Diskussionsforen Westdeutschlands, denen sich der Beitrag von ANDREAS SCHULZ widmet. Mit Billigung und unter Kontrolle der Alliierten entstanden, etablierten sich einige dieser Gesprächsforen als politische Massenveranstaltungen. Unter der Regie exponierter kritischer Intellektueller wurde vor einer internationalen Medienöffentlichkeit eine explizit politische, tendenziell parlamentskritische Agenda kontrovers erörtert. Erfüllten diese politischen »Parallelwelten« anfangs wie intendiert eine komplementäre Funktion beim Aufbau einer demokratischen Diskussionskultur, boten sie in den 1960/1970er Jahren auch dezidiert antiparlamentarischen Protestgruppen eine politische Bühne.

In der durch visuelle Medien geprägten politischen Kommunikationskultur der 1980er Jahre verloren Parlamentsdebatten und öffentliche Gesprächsforen gleichermaßen an politischer Relevanz. BARBARA WOLBRING untersucht den vielfach erörterten Prozess der Medialisierung der Politik an solchen Talkshows der Bundesrepublik, die häufig von prominenten Parlamentariern und Parteipolitikern frequentiert wurden. Politische Gesprächsrunden wie die zur *Prime Time* ausgestrahlten Sendungen *Sabine Christiansen* oder *Talk im Turm* inszenierten sich als »Ersatzparlamente« der Nation.<sup>14</sup> Der Erfolg des dargebotenen »Politainments« beruhte auf dem Arrangement eines auf exponierte Personen fokussierten Rededuells, das parlamentarische Debatten simulierte. Erwartungsgemäß wurde die Show bald in ähnlicher Weise als »Politiktheater« abgetan wie der Parlamentarismus selbst.

### 3. Akteure

Antiparlamentarismus wird zumeist als Sekundärphänomen politischer Ideologien betrachtet. Die parlamentarische Primärerfahrung der Akteure selbst bleibt hingegen meistens unbeachtet, obwohl sie ein Antriebsmoment kritischer Reflexion ist. Im dritten Kapitel geht es um Wahrnehmungen und Reaktionen von Wählern, Parlamentariern und Amtsträgern. Zwei Beiträge beschäftigen sich mit dem stehenden Heer der Nichtwähler. Massenhafte politische Abstinenz wird immer noch eher als Symptom allgemeiner Politikverdrossenheit verstanden denn als ein Indiz für die Abwendung von der repräsentativen Demokratie. Wahlenthaltung in großem Maßstab bewirkt jedoch objektiv eine Delegitimierung eines politischen Systems, das auf Zustimmung durch Wahlen nicht nur formell angewiesen ist. Wo kein Mandat der Be-

<sup>13</sup> C. BERNHARDT, *Räume*, 2016, S. 18–20; F. LINGER (Hrsg.), *Kollektive Gewalt*, 2013.

<sup>14</sup> Vgl. auch N. VERHEYEN, *Diskussionslust*, 2010, S. 154–207.

völkerungsmehrheit mehr besteht, sondern nur noch die Vermutung von Loyalität, wird der demokratische Anspruch der Volksrepräsentation ungläubwürdig.

JAMES RETALLACK und MARC-ANDRÉ DUFOR erweitern in ihrer Betrachtung der »Partei der Nicht-Wähler« des Deutschen Kaiserreichs den Deutungsrahmen. Sie beziehen alle Männer und Frauen ein, denen das Wahlrecht vorenthalten oder durch Wahlrechtsänderungen »geraubt« worden war. Ihre Beobachtung, dass die Wahlbeteiligung mit der Demokratisierung des Wahlrechts tendenziell anstieg, weil vor allem Neuwähler zur Stimmabgabe motiviert wurden, lässt sich nicht ohne weiteres generalisieren. Ihre Studie zeigt außerdem, dass die Praxis des Nichtwählens bereits im 19. Jahrhundert Anlass zur Sorge um die demokratische Legitimationsbasis parlamentarischer Systeme gab.<sup>15</sup>

Massenhafte Wahlenthaltung erlaubt Rückschlüsse auf kollektive Bewertungen der Qualität demokratischer Wahlen und über die Responsivität politischer Systeme. Nicht-Wählen kann sowohl passive Zustimmung als auch resignative Abstinenz oder aktiven antiparlamentarischen Wählerprotest signalisieren. MICHAEL STREBEL qualifiziert die auf niedrigem Niveau stagnierende aktuelle Wahlbeteiligung in der Schweiz als Indiz »fehlender Repräsentativität«. Zugleich aber akzentuiert er die politische Bedeutung der »Direktdemokratie« für die Akzeptanz des Repräsentativsystems. »Volksrechte« stellten für die parlamentarische Demokratie eine Herausforderung dar, entlasteten aber die politische Klasse, indem sie deren politische Entscheidungen demokratisch legitimierten. In kollektiver Wahlenthaltung und in politischen Referenden manifestiert sich die strukturelle Inkongruenz zwischen Volkswillen und Volksvertretung. In beidem äußert sich sowohl demokratische Überzeugung als auch antiparlamentarischer Protest.

Diametral verschiedenen Zielen dient auch das Instrument parlamentarischer Obstruktion, wie BENJAMIN CONRAD zeigen kann. Nationale Minderheiten aktivierten damit in den Parlamenten Ostmitteleuropas der Zwischenkriegszeit ein beträchtliches politisches Störpotential. Sitzungsboykotte und Filibustern signalisierten Widerstand gegen die Mehrheitsethniken, waren also häufig nicht auf Partizipation angelegt, sondern destruktiv-antiparlamentarisch motiviert. Der kollektive Auszug der Abgeordneten erinnert an das Verhalten der extremistischen Parteien im Weimarer Reichstag. Wie dort auch waren die Parlamentarier Ostmitteleuropas auf einer politischen Gratwanderung zwischen dysfunktionaler Verweigerung und konstruktiver Mitarbeit. Immer wieder kehrten die Obstrukteure zum parlamentarischen »Normalmodus« zurück, zeigten sich kooperativ, wenn es opportun erschien.

Einen politischen Spezialfall antiparlamentarischer Rhetorik thematisiert ADÉLA GJURIČOVA in ihrem Beitrag über den ersten demokratisch gewählten Staatspräsidenten der tschechoslowakischen Föderation. Václav Havels politische Aura lebte vom populären Prestige des anti-kommunistischen Dissidenten. Als demokratisch legitimes Staatsoberhaupt reklamierte er indes in kritischer Distanz zum parlamenta-

<sup>15</sup> J. RETALLACK, *Red Saxony*, 2017.

rischen System die überparteiliche Autorität einer *pouvoir neutre*. Er offenbarte damit ein undemokratisches Amtsverständnis, das N. Roussellier mit Blick auf die Staatspräsidenten der III. Republik als Antiparlamentarismus der Exekutive bezeichnet.

Eine stärkere Beachtung des Transfers antiparlamentarischer Rollenmodelle staatlicher Funktionsträger in den europäischen Demokratien ist zweifellos ein Desiderat der Forschung. PASI IHALAINENS' Beitrag unterstreicht die Relevanz vergleichender Parlamentarismusforschung. Er rekonstruiert transnationale Diskurse in Schweden und Finnland unter dem Einfluss der Oktoberrevolution 1917, die zunächst einen antiparlamentarischen Schub in beiden Ländern auslöste. Während die radikale Linke für eine sowjetische »Rätedemokratie« agitierte, bewirkten der Sieg der Entente über die konstitutionellen Monarchien Deutschlands und der Habsburgermonarchie, dass die Parteien auf der Rechten in den skandinavischen Ländern ihre distanzierte Haltung zur »Tyrannei des Parlaments« aufgaben und sich mit dem parlamentarischen System arrangierten – anders als in Weimar-Deutschland konnte sich hier ein stabiler demokratischer Konsens entwickeln.

#### 4. Bilanz und Perspektiven

1. Antiparlamentarismus und Parlamentarismuskritik bilden einen gesamteuropäischen Diskussionskomplex. Das rhetorische Arsenal transnationaler Parlamentarismuskritik entstand in der Phase der praktischen Verwirklichung des Prinzips der Volkssouveränität während der Französischen Revolution. Seitdem kehrten die zentralen Argumente und Bildmetaphern in Variationen und in allen politischen Lagern wieder. Welche konkreten Defizite benannt, welche Bilder auch immer aufgerufen werden, ob Bäume oder Hintern – die Kritik adressiert stets dieselbe Ausgangskonstellation: das *Problem der Repräsentation*. Weil die Präsenz des unauffindbaren Souveräns nur simuliert werden kann, bleibt die parlamentarische Demokratie anfällig für Kritik, den Volkswillen nicht adäquat abzubilden. Von daher lässt sich Antiparlamentarismus als Reflex demokratischer Imperfektibilität betrachten.
2. Die unaufhebbare Distanz zwischen Souverän und Volksvertretung kann nur durch Öffentlichkeit und Kommunikation überbrückt werden. Abgeordnete und Wähler kommunizieren aber nur selten direkt, über die Arbeit des Parlaments wird das Volk durch die Berichterstattung der Medien unterrichtet. Das öffentliche *Bild des Parlamentarismus* ist also von den Präsentationsformen öffentlicher wie privater Medien abhängig. Deren Arbeitsweise verstärkt die theatralischen Effekte und den Inszenierungscharakter der Demokratie.<sup>16</sup> Ogleich Theatralität die adäquate Ausdrucksweise moderner Repräsentation ist, assoziiert das Publikum damit Verstärkung und Täuschung. Parlamentskritik orientiert sich an der Performanz der Akteure, deren Rollenspiel unweigerlich den Eindruck uneigentlichen Redens und

---

<sup>16</sup> A. BIEFANG, Neuformierung der parlamentarischen Bilderwelt, 2013.

Handelns erweckt – als ob die Abgeordneten-Darsteller nur ein Stück aufführten, über dessen Besetzung eine vor den Blicken des Publikums verborgene Regie entscheidet.

3. Resultat eines Missverständnisses ist auch die Fiktion der Einheit der *volonté générale*. Sie verursacht Widerwillen gegen den als Zwist und Hader erlebten *Parteienstreit*. Die parlamentarische Inszenierung der Konkurrenzdemokratie wird vielleicht nicht ganz zu Unrecht als medial beeinflusstes Schauspiel wahrgenommen. Tatsächlich liefert das Ritual parlamentarischer Debatten nur ein entferntes Abbild einer deliberativen Demokratie. Wo nicht das bessere Argument entscheidet, sondern der Interessenausgleich, wird der politische Kompromiss zum parlamentarischen »Kuhhandel«. Weder der parteipolitische Streit noch dessen kompensatorische Beilegung entspricht der Erwartung einer diskursiven Ermittlung des Gesamtwillens. Mit der Demokratisierung des Wahlrechts verstärkt sich die Tendenz der partikularen Definition des Gemeinwohls. Je abstrakter zwischen heterogenen materiellen Ansprüchen vermittelt werden muss, desto weniger akzeptabel erscheint der Mehrheitsentscheid. Parlamentarische Interessenkoalitionen geraten so leicht in den Geruch »schmutziger Geschäfte« hart am Rande der Korruption. Gegen die »moralische Dekadenz« des Parlamentarismus steht als Gegenentwurf der politische Einheitswille totalitärer Parteien.
4. Bis weit ins 20. Jahrhundert hinein ist das *Parlament Hauptschauplatz antiparlamentarischer Agitation*. Parlamentskritik war aber meistens reformatorisch auf die Realisierung »wahrer« Demokratie orientiert und förderte die diskursive Verständigung. Interfraktionelle Kooperation baute parlamentsfeindliche Einstellungen ab und stärkte so das korporative Bewusstsein. Die Kehrseite des integrativen Kommunikationsmodus ist die Begünstigung antagonistischer Gegenkräfte. Diese nutzten die parlamentarische Redefreiheit zur ungehemmten antiparlamentarischen Agitation. So gesehen besteht eine negative Dialektik zwischen parlamentarischer Kommunikationskultur und antiparlamentarischer Agitation: je liberaler die Geschäftsordnung, desto mehr Spielraum für den Gegner.
5. Politische *Gegenwelt des Parlamentarismus ist die Straße*. Im urbanen öffentlichen Raum wird sie zur Aufmarsch- und Kampfzone antiparlamentarischer Gegenkräfte schlechthin. Der aktivistische Appell an die Massen hebt das Repräsentationsprinzip faktisch auf, ersetzt es durch eine permanente Massenmobilisierung. Den symbolischen Vollzug der Regelverletzung markiert das gewaltsame Eindringen in die Bannmeile des heiligen Parlamentsbezirks.<sup>17</sup> Dennoch wird der öffentliche Raum selten tatsächlich zum Schauplatz eines *Guerre civile*. Die Straße bleibt das Betätigungsfeld *demokratischer* Manifestationen und Mittelpunkt *demokratischer* Gegenöffentlichkeit. Im Bewusstsein der Straßenakteure repräsentieren ihre Aktionen und Parolen den »wahren« Volkswillen, der sich über die politische Agenda des Parlaments hinwegsetzt und von ihr Besitz ergreift.

<sup>17</sup> Vgl. T. KAISER, »Straße« versus Parlament, 2014; und DERS., Schutz eines »heiligen Ortes«, 2017.

6. Repräsentiert der gewaltsame Straßenprotest die Antithese parlamentarischer Politik, so kann die Armee der Nichtwähler majoritäre Qualität für sich reklamieren. Wahlenthaltung ist zum *Normalmodus demokratischer Parlamentskritik* geworden. Obwohl Nicht-Wählen unterschiedliche Motivationen zum Ausdruck bringen kann, liegt darin ein objektiv parlamentskritisches Potential enthalten, weil demokratisch legitimierte Parlamente essentiell auf messbare Zustimmung angewiesen bleiben. Zu differenzieren wäre indes zwischen unspezifischer »demokratischer Abstinenz«, Wahlenthaltung aus politischem Desinteresse und fundamentaler Wahlverweigerung, der stillen Form antiparlamentarischen Protests.
7. Zu wenig Beachtung finden bislang antiparlamentarische Dispositionen der Exekutive. Exponierte Staatsrepräsentanten und administrative Eliten präsentieren sich in der Öffentlichkeit als Sachwalter des Gemeinwohls und unparteiliche Instanzen einer *contre-démocratie* (P. Rosanvallon). An populistische Stimmungen appellierend lassen sich so autoritäre Verfassungsrevisionen und temporäre Notstandsregime legitimieren. Antiparlamentarische Rhetorik findet zumal dort öffentliche Resonanz, wo sie mit der Autorität konkreter politischer Verantwortung enthobener Verfassungsorgane vorgetragen wird. Zwar gilt es, appellative Präsidialrhetorik von autoritärer Amtsanmaßung zu unterscheiden, doch bedeuten präsidialer wie administrativer Interventionismus per se eine Herausforderung parlamentarischer Systeme.
8. *Zur Periodisierung:* Mit der Demokratisierung des Wahlrechts wurden Parlamente mit den Erwartungen pluraler gesellschaftlicher Interessen konfrontiert. Zugleich sank ihre Problemlösungskapazität aufgrund der Komplexität politischer Anforderungen. Auf dem Höhepunkt seiner Machtentfaltung in Europa um 1900 erlebte der Parlamentarismus einen ersten tiefen Ansehensverlust, begleitet von einem anhaltend parlamentskritischen Diskurs. In der Zwischenkriegszeit kollabierten unter der Last ungelöster Klassen- und Nationalitätenkonflikte mehrere wichtige parlamentarische Demokratien, was zu einer »gesamteuropäischen Krise des Parlamentarismus« führte.<sup>18</sup> Parlamentarische Regierungen übergaben die politische Verantwortung an autoritäre Parteien. Erst durch die Diktaturerfahrungen mit faschistischen und volksdemokratischen Regimen stellte sich in Nachkriegseuropa eine passive Gewöhnung an das parlamentarische System als »Normalfall Demokratie« ein. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde auch für die Staaten Ostmitteleuropas das westliche Modell maßgebliches Vorbild, wenngleich sich binnen eines Jahrzehnts in der Bevölkerung eine große Ernüchterung breitmachte.<sup>19</sup>
9. Tendenziell schwindet in der Mediendemokratie die politische Bedeutung der Parlamente, die zu *Arenen ohne Publikum* werden. Parlamentskritik wird in dem Maße obsolet, in dem politische Debatten aus den Plenarsälen in medial inszenierte Arenen politischer Diskussion auswandern. Setting und Dramaturgie folgen dort den Spielregeln professioneller Medienakteure. Neben der Legislative etabliert sich so

---

<sup>18</sup> M.-L. RECKER, Einleitung, 2004, S. IX.

<sup>19</sup> A. WIRSCHING, Preis der Freiheit, 2012, S. 308–348.

eine extra-parlamentarische Abstimmungsdemokratie, in der Journalisten, einzelne Politiker und das virtuelle Publikum die »Stimme des Volkes« repräsentieren. In einem auf einzelne Persönlichkeiten fokussierten Milieu medialer Kommunikation erhöht sich der politische Legitimationszwang, der auf den in mehreren Arenen gleichzeitig präsenten Volksvertretern lastet, dramatisch. Nicht anders als auf der parlamentarischen Bühne stehen die politischen Darsteller auch hier mit verteilten Rollen als Repräsentanten des Souveräns im Rampenlicht einer kritischen Öffentlichkeit.

## Quellen- und Literaturverzeichnis

- Bavaj, Ricardo: Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik, Berlin 2005.
- Bernhardt, Christoph: Städtische öffentliche Räume im 20. Jahrhundert im Spannungsfeld von Planung, Stadtgesellschaft und Politik, in: Derselbe (Hrsg.), Städtische öffentliche Räume. Planungen, Aneignungen, Aufstände 1945–2015, Stuttgart 2016, S. 9–31.
- Biefang, Andreas: Die Neuformierung der parlamentarischen Bilderwelt seit 1800, in: Jörg Feuchter/Johannes Helmuth (Hrsg.), Parlamentarische Kulturen vom Mittelalter bis in die Moderne. Reden – Räume – Bilder, Düsseldorf 2013, S. 131–150, 397–404.
- Defrasne, Jean: L'Antiparlementarisme en France, Paris 1990.
- Durner, Wolfgang: Antiparlamentarismus in Deutschland, Würzburg 1997.
- Friedland, Paul: Political Actors. Representative Bodies and Theatricality in the Age of the French Revolution, Ithaca 2002.
- Heidemeyer, Helge: Die Grünen im Bundestag 1983–1987. Einleitung, in: Ders./Josef Boyer (Bearb.), Die Grünen im Bundestag. Sitzungsprotokolle 1983–1987, Bd. 1, Düsseldorf 2008, XI–XXXVI.
- Hodenberg, Christina von: Television's moment: sitcom audiences and the sixties cultural revolution, New York 2015.
- Hodenberg, Christina von: Expeditionen in den Methodenschungel. Herausforderungen der Zeitgeschichtsforschung im Fernsehzeitalter, in: Journal of Modern European History 10 (2012), Heft 1, S. 24–48.
- Hodenberg, Christina von: Roundtable. Writing (Media) History in the Age of Audio-Visual and Digital Media, in: Journal of Modern European History 10 (2012), Heft 1, S. 98–116.
- Kaiser, Tobias: Der Schutz eines »heiligen Ortes«, unveröff. Habilitationsschrift Jena 2017.
- Kaiser, Tobias: »Straße« versus Parlament. Massen und repräsentative Demokratie als fotojournalistische Bildmotive der Weimarer Republik, in: Andreas Biefang/Marij Leenders (Hrsg.), Das ideale Parlament. Erich Salomon als Fotograf in Berlin und Den Haag 1928–1940, Düsseldorf 2014, S. 239–267.
- Kraatz, Paul: Die Grünen im Bundestag 1987–1990. Einleitung, in: Ders./Wolfgang Hölscher (Bearb.), Die Grünen im Bundestag. Sitzungsprotokolle 1983–1987, Bd. 1, Düsseldorf 2015, 11–47.
- Kritidis, Gregor: Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 2008.
- Lenger, Friedrich (Hrsg.): Kollektive Gewalt in der Stadt. Europa 1890 bis 1939, München 2013.
- Mergel, Thomas: Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag, Düsseldorf 2002.

- Puschnerat, Tânia: Clara Zetkin. Bürgerlichkeit und Marxismus, Essen 2003.
- Pyta, Wolfram: Die Präsidiengewalt in der Weimarer Republik, in: Marie-Luise Recker (Hrsg.), Parlamentarismus in Europa. Deutschland, England und Frankreich im Vergleich, München 2004, S. 64–95.
- Recker, Marie-Luise (Hrsg.): Parlamentarismus in Europa. Deutschland, England und Frankreich im Vergleich, München 2004.
- Retallack, James: Red Saxony. Election Battles and the Spectre of Democracy in Germany, 1860–1918, Oxford 2017.
- Rosanvallon, Pierre: La Contre-démocratie: la politique à l'âge de la défiance, Paris 2006.
- Rosanvallon, Pierre: Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe, Hamburg 2010.
- Roussellier, Nicolas: La Force de gouverner. Le pouvoir executive en France, XIXe–XXIe siècles, Paris 2015.
- Schildt, Axel: Das Jahrhundert der Massenmedien. Ansichten zu einer zukünftigen Geschichte der Öffentlichkeit, in: Geschichte und Gesellschaft 27 (2001), S. 177–206.
- Schiller, Dietmar: Brennpunkt Plenum. Die Präsentation von Parlamenten im Fernsehen. Britisches House of Commons und Deutscher Bundestag im Vergleich, Wiesbaden 2001.
- Schulz, Andreas/Andreas Wirsching (Hrsg.): Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum, Düsseldorf 2012.
- Verheyen, Nina: Diskussionslust. Eine Kulturgeschichte des »besseren Arguments« in Westdeutschland, Göttingen u. a. 2010.
- Wasser, Hartmut: Parlamentarismuskritik vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. Analyse und Dokumentation, Stuttgart 1974.
- Wirsching, Andreas: Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012.
- Wirsching, Andreas: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999.



# **I. Das Repertoire des Anti-Parlamentarismus: Stereotype, Argumente und Bilder**



## **An unrewarding task. Criticism of Parliament and Anti-Parliamentarianism: a Historical Review**

For as long as the parliamentary system has existed, it has been living under a cloud that showers it with a dreary rain of criticism, mistrust and misunderstanding. There is no position more ungrateful than that of the elected representative. Read, for example, the following diagnosis made by a random political commentator. »The prestige of the constitutional and parliamentary system of government declines ever further, to make way for a jadedness and a political scepticism that no longer attach value to anything«. According to the author, this attitude is a sign of frustration about the meagre results achieved by the parliamentary system. Meanwhile in parliament, the tone hardens. »Harsh words trump solid arguments«.<sup>1</sup>

This sounds familiar. However, these complaints do not date back to yesterday, but to 1872, when the parliamentary system was still relatively new in many European countries and even experienced a period that would later be remembered as *the palmy days*.<sup>2</sup> By then, the parliamentary project was apparently already on the brink of failure and it has not improved ever since. The list of complaints about the incapacity, the low quality or the demise of parliament goes on indefinitely and all countries share in the same lament. According to the Eurobarometer, only around 38 percent of EU citizens still have faith in their national parliament.<sup>3</sup> The figures for governments and political parties are even lower. There are, however, considerable differences between European countries.

Two centuries of criticism, is that something to worry about? Continued dissatisfaction with national, democratic representation is a serious matter. If anything is important in a democracy, it is the perception of its citizens. Political history usually deals with politics, not with what citizens think of politics. This interplay between politics and the public and mutual perception is still an underexposed aspect of political history. However, at the same time, it is important to carefully analyse what parliamentary criticism and anti-parliamentarianism actually mean. Not all political criticism is anti-parliamentarianism. Paradoxically, parliament has become synonymous with the political system to such an extent that most expressions of discontent end up on its doorstep. In fact, there is a very wide spectrum of critical expressions. At one end is the rejection of politics as such; at the other, well-intentioned suggestions for the improvement of the parliamentary course of affairs.

---

<sup>1</sup> W. D. C. OLIVIER, Herinneringen aan Mr. J.R. Thorbecke, 1872, p. 66.

<sup>2</sup> A. HAWKINS, Victorian Political Culture, 2015; H. TE VELDE, Sprekende politiek, 2015.

<sup>3</sup> Public opinion in the European Union, in: Standard Eurobarometer 83 (2015), available at: [http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/archives/eb/eb83/eb83\\_en.htm](http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/archives/eb/eb83/eb83_en.htm) [19.7.2017].

## 1. Varieties of criticism and anti-parliamentarianism

### 1.1 *Rejection of politics*

What is anti-parliamentarianism and what is it not? Many forms of criticism and rejection of parliament are in fact expressive of a rejection of politics as such. The concept ›politics‹ has not enjoyed a good reputation since Machiavelli. This bad reputation is consequently much older than the modern parliaments.<sup>4</sup> Since the end of the eighteenth and the beginning of the nineteenth century, when the modern parliaments gained their position as central, political institutions, the rejection of politics has come from very different groups and directions. In the nineteenth century, it mainly came from aristocratic and monarchical circles, which continued to cling to the old *arcanum imperii*, the private, informal government that took place within the entourage of the court and was invisible to the outside world.<sup>5</sup> Although aristocrats populated parliaments until well into the nineteenth century, conservative, royalist circles preferred a dignitary and unpolitical system over any form of politicisation and public involvement.

At the other end of the political spectrum left-wing utopians too rejected the turbid, pragmatic and bourgeois political system. These groups always had their mind on the old republican or Rousseau-inspired ideal of the spontaneous people's council, small-scale deliberation and active citizenship, a self-government that does not require central and representative institutions. Anarchist and syndicalist movements share this type of rejection of official politics.<sup>6</sup>

Furthermore, the category of fundamental opponents also includes nationalists. Opposite the political reality of different parties, ideological struggle and murky compromise, they place the idea of the undivided, mythical unity of the people. The will of the people or the common interest is best served by a single leader or at least a concentrated central government. A neutral, not nationalist version of this anti-political attitude is the ideal of the technocracy. After the Second World War, this view received support from the social sciences, when Bell and others proclaimed *the end of ideology*. In the modern society, politics would make way for the unambiguous rationality of science. The solution for social issues would not be found in politics and ideology, but in technology and *social engineering*.<sup>7</sup>

In addition to such deliberate and adamant rejections of politics, there are other variations, such as political detachment, passivity, indifference or apathy. Until the revolutions of 1830 and 1848, and in some countries for a long time after that, political detachment was the population's default condition. The regimes of the post-Napoleonic Restoration era fostered the political passivity of their citizens. They used various meth-

<sup>4</sup> M. VIROLI, *From Politics to Reason of State*, 1992; V. SELLIN, *Politik*, 1978, pp. 808–813.

<sup>5</sup> R. BLÄNKNER, *Historizität, Institutionalität, Symbolizität*, 2005, pp. 71–96.

<sup>6</sup> G. ELEY, *Forging Democracy*, 2002, ch. 1.

<sup>7</sup> D. BELL, *The End of Ideology*, 1963; H. BRICK, *The End of Ideology Thesis*, 2013, pp. 90–112.

ods to limit public space, political interest and the organisation of the *civil society*. In his famous speech about the classical and the modern model of freedom in 1819, Benjamin Constant even presented a justification of the political passivity of the modern citizen, who preferably occupies himself with private affairs.<sup>8</sup> Up until today, groups of citizens – the elderly, the disappointed, the young, the lower and the highly educated – can have a myriad of different reasons for political indifference, voter abstention and *Politikverdrossenheit*.<sup>9</sup> Many people just despise ›political stuff.‹<sup>10</sup> However, in contemporary democracy, political rejection, apathy and abstinence do form a problem. The standard for a well-functioning democracy is the optimal involvement of its citizens. When this lags behind, politicians, journalists and scientists worry about a ›democratic deficit.‹

### 1.2 Criticism of representative government

Political abstinence does not always imply a rejection of politics as such. It often indicates dissatisfaction with the representative system. This is the second source of anti-parliamentarianism: a rejection of the principle or the practice of representation, and a different interpretation of democracy. Is representative politics an alternative or *substitute* for democracy, and should it be allowed to be? Or is it an inferior *surrogate* for democracy, a hybrid form, a temporary solution that should make way for true democracy? This tension between representative politics and democracy has existed since the American and French revolutions, when three models of democracy manifested themselves. Firstly, direct democracy as envisioned by Rousseau, a permanent articulation of the will of the people without interference from representative bodies. Secondly, the ›Napoleonic‹ version of a plebiscitary democracy, in which a strong central government or party rules on behalf of all and justifies policy by incidentally or regularly asking for the approval of ›the people‹. Thirdly, the system of representative government, the representation of a diversity of interests and opinions among the population by an elected, intermediary body. This model, which has become the foundation of modern democracy in most European countries after 1800, was partly a continuation and transformation of the old corporatist representations. It is based on what has been called ›virtual representation‹ since Burke, the fiction that a selection of a few hundred people can represent the population as a whole, both in its variety or even contradiction of group interests and in its collective interests. The representative system based on suffrage always has an ›aristocraticising‹ and meritocratic tendency. The electoral system, as opposed to, for instance, the old system of drawing lots, creates a representation in which the well-to-do, the highly educated and the well organised dominate.<sup>11</sup>

<sup>8</sup> B. CONSTANT, *De la liberté des Anciens comparée à celle des Modernes*, 1819, pp. 491–515.

<sup>9</sup> K. ARZHEIMER, *Politikverdrossenheit*, 2002.

<sup>10</sup> L. BLACK, *Redefining British Politics*, 2010; J. D. NYE/Ph. D. ZELIKOW/D. C. KING, (eds.), *Why People don't trust Government*, 1997.

<sup>11</sup> B. MANIN, *Principles*, 1997. On the history of modern parliamentarianism, see: P. IHALAINEN/C. ILIE/K. PALONEN (eds.), *Parliaments and Parliamentarism*, 2016.

All modern democracies are essentially ›evolved‹ parliamentary systems. In the nineteenth century, most parliaments started out as limited participation bodies alongside a governing monarch. Through constitutional reforms, parliaments acquired a dominant position during the nineteenth century. Through the expansion of voting rights in the nineteenth and twentieth century, their legitimisation, their composition and their agenda were democratised. Nevertheless, their historical formation and their hybrid and more or less ›aristocratic‹ nature has always left parliaments vulnerable to the censure of not being a real democracy. The theory of representation, however, has sufficiently showed that the representative system is not a flawed democracy, but a system with its own logic and functionality. It is therefore not a surrogate, but a substitute.<sup>12</sup>

This fails to convince fundamental or absolute democrats in the tradition of Rousseau. Proponents of the idea of an unmediated ›people's democracy‹, the commandment of the single ›will of the people‹ or the ›authentic nation‹, have never wanted to come to terms with a system that selects, makes dissent visible and leads to compromise through transaction. In countries with a system of proportional representation, all voters get their share of the result, but coalition governments with an unclear signature or willingness to compromise are usually required. In countries with a *winner-takes-all* system, the power of the government is clear, but large parts of their electorate rarely or even never profit from going to the ballot box. In effect, the representative system always has fundamental opponents, from the radical democrats and people's democrats on the left, to the integralist nationalists and populists on the right.<sup>13</sup> If these opponents nevertheless participate in the parliamentary system for practical reasons, they only acknowledge it on provisional and opportunistic grounds. Their goal is to use the parliamentary system to their best advantage for as long as it is there, but also to discredit and erode it.

Radical democrats, nationalists and populists are not the only groups that reject or challenge the legitimacy of the representative system. Each democracy essentially contains several centres or complexes of legitimacy, which partly overlap, but can also partly conflict with each other. Democracy is first and foremost a matter of constitutionally defined procedures and political and administrative institutions. Parliament, the constitutional state and the rule of law belong to this complex. In addition, there is the principle of the will of the people, which usually manifests itself as public opinion and as the claim of the right of the majority.

Thirdly and fourthly, there are organised public interest groups, such as trade unions and employers' organisations, and various forms of civil activism by ›monitoring citizens‹ in the ›counter-democracy‹.<sup>14</sup> The unions and other large public in-

<sup>12</sup> B. MANIN, *Principles*, 1997; F. R. ANKERSMIT, *Political Representation*, 2002; M. BRITO VIEIRA/S. RUNCIMAN, *Representation*, 2013, ch. 2; M. BRITO VIEIRA, (ed.), *Reclaiming Representation*, 2017; also see P. FRIEDLAND, *Political Actors*, 2002.

<sup>13</sup> See for instance T. HERTFELDER, *Das tote Parlament*, 2014, pp. 177–215; S. KALMAN/S. KENNEDY (eds.), *The French Right between the Wars*, 2014.

<sup>14</sup> P. ROSANVALLON, *Counter-Democracy*, 2008; J. KEANE, *Life and Death of Democracy*, 2009; J.-W. MÜLLER, *Contesting Democracy*, 2013.

terest organisations do business with government and parliament, but, especially in France, usually through confrontation and street politics. They consider themselves an independent democratic authority in addition to and outside of parliament. The present-day critical and assertive citizens who claim their rights through legal procedures and organize themselves with the help of social media also only conditionally accept the authority of representative institutions. The street, public opinion in the media, the corporatism of large social organisations and NGOs, but also a strong executive power, the stability of the civil service, and extra-parliamentary technocracy have all been put forward as alternatives to representative, parliamentary politics.

### 1.3 *Criticism of parliamentary practice*

Even so, most criticism of parliament does not express a rejection of politics and democracy, or even of the representative form of democracy. Most criticism – in the media, in opinion polls, from political commentators, political scientists and public administration experts – concerns the various, alleged shortcomings of the parliamentary practice. This criticism also comes from within parliamentary and political circles. As long as parliaments have existed, there has been dissatisfaction with their procedures and the misuse of motions, interpellations, amendments and delay tactics. A permanent point of criticism concerns the dull wordiness of the speakers and the lack of political theatre or indeed the empty theatricality of the parliamentary practice. Media, citizens and experts complain about inertia, a lack of transparency and low productivity. Angry citizens mainly believe they are seeing power games, party politics, profiteering, favouritism and patronage. Members and former members of parliament too are keen to point out malpractices and negative developments. Their criticism of the procedures or of the relation between parliament and the government is usually dependent on their own position as either a member of a government party or of the opposition, or of a large or a small party.

This already shows that criticism of parliament is often *instrumental* or political and tactical in nature. Opposition parties, radical parties, small ›testimonial parties‹ and newcomers feel compelled to break into the established parliamentary order. They use the parliament as a platform for propaganda and want to challenge ›the system‹. From this platform, they fuel the debate about representativeness. If needs be, they will misuse the procedures, to capitalise on them, or resort to forms of obstruction to force established parties to take them seriously. In many cases, the goal of these actions is not to discredit the parliament, but to carve out a spot in the system and to command recognition as a political power factor. The supporters of these parties in the media and society will share their criticism of the existing parliamentary practice. On the other hand, the proponents of the established order will lament this obstructive behaviour, and see it as misuse and a sign of the decline of parliamentary mores.

This points to another aspect of parliamentary criticism: the nostalgia discourse. As long as complaints about parliament have existed, they have been fed by a nostal-

gia for a political golden age.<sup>15</sup> In those days, years ago, in previous generations, or so the illusion goes, parliament was more dignified, eloquent, principled and decisive. The members of parliament – always men – were of a larger calibre. They still had a personal connection with their voters and mastered the rules of the political game. In each generation, citizens, the media and politicians seem to think parliamentary politics has deteriorated within their own lifetime in terms of competence, manners, experience, eloquence, adherence to principles and relationship with the public. This is demonstrably false.

Admittedly, the representative democracy changes. In the nineteenth century, the stately parliament of independent gentlemen made way for mandatory *party democracy*. Since the late twentieth century, this stable *party democracy* has to make way for the turbulent and media-controlled *audience democracy*.<sup>16</sup> Manners and ways of speaking are becoming more informal. Citizens and political commentators have different, higher expectations of democracy. However, that in itself does not mean the parliamentary system is experiencing a crisis or functions badly.

An interesting aspect of political nostalgia is that citizens, media and politicians apparently have an implicit idea of Good Politics, a cohesive whole of mores, presentation and functionality. Criticism of parliament is not a rejection per se, but reflects an ideal image – historically or in the Platonic sense – of parliament. Both this ideal and the accompanying repertory of complaints are characterised by a certain timelessness. The quote from 1872 at the beginning of this article already illustrated this: even then, parliament was thought to be ruled by party politics, to produce meagre results and to be more talk than action. Crude language suppressed the solid argument. Citizens lost all faith in the parliamentary system. It is a normative complaints repertory that repeats itself in every generation and bears little relation to actual developments in politics and democracy.

Equally timeless is the criticism of members of parliament, of their shortcomings, laziness, vanity and empty assertiveness. However, the paradox is that parliament as an institution is larger than the members who populate it. Even though the elected representatives may be mediocre figures and a source of public annoyance with their exorbitant expense claims and other scandals, parliament continues to be a venerable institution that most citizens treat with a certain degree of respect. Even in countries where parliaments suffer from a lack of public confidence, the national assembly has a certain standing and its legitimacy is usually not up for discussion.

Criticism of the functioning of parliament therefore also essentially differs from anti-parliamentarianism. The criticism expressed by political commentators, political scientists, public administration experts and politicians is aimed at improvement and reform. Especially in the past few decades, parliaments have become very aware of their own problems and their less than positive public image. They consequently carry

<sup>15</sup> On this theme, see E. ROGERS et al. (eds.), *Golden Age*, 2016.

<sup>16</sup> B. MANIN, *Principles*, 1997, ch. 6.

out their own critical evaluations with recommendations for the reform of their working methods and presentation.<sup>17</sup>

## 2. A concise history of anti-parliamentarianism and criticism of parliament

While anti-parliamentarianism and criticism of parliament sometimes seem almost timeless repertoires, they do not manifest themselves in the same way in every era. Between 1815 and 1848, parliaments in many European countries succeeded in establishing themselves as representatives of a limited *pays legal* alongside a ruling monarch. Parliaments were genteel gentlemen's clubs and usually largely hidden from public view. In the Restoration era, civil engagement and politicisation were not encouraged in any way. Although parliaments encountered fundamental opponents from the very start, notably the conservative royalists on the right and the radical democratic movements on the left, they could develop themselves from a relatively sheltered position. In some countries, parliaments even enjoyed high prestige, when they were connected to the national identity, as in the United Kingdom, or with the gains of the revolution, as in France, or with the formation of a national state, as in Belgium in 1831 and in the German experiment of 1848.<sup>18</sup> In the quarter of a century after 1848, the bourgeois liberal parliaments acquired a recognised, and in some countries even strong, position as the central location of national politics. Back then, social expectations of parliament were relatively low and the bourgeois liberal press offered a protective environment.

### 2.1 *The late nineteenth century*

When, after 1870, public interest groups started to organise themselves, the formation of political parties was set in motion, the mass media emerged and society's expectations with respect to politics and politicians increased, bourgeois liberal parliaments came under fire. The gap between the *pays legal* of the parliaments and the *pays réel* outside of them was exposed in a variety of ways. In many countries, it was chiefly the socialist labour movement that challenged the legitimacy of bourgeois parliamentarianism. Another option was to acquire hegemony over this institute through universal suffrage. In Catholic Italy and in other countries with a strong confessional movement, the legitimacy of the liberal state was contested.<sup>19</sup> In the British, Austrian and other parliaments, socialists and representatives of national minorities attempted to

<sup>17</sup> For instance, concerning the Dutch parliament: C. HOETINK, *Tussen traditie en modernisering*, 2015, pp. 409–436; R. AERTS, *Iemand moet het doen*, 2015, pp. 439–467.

<sup>18</sup> E. GERARD et al. (eds.), *Histoire de la Chambre des Représentants de Belgique 1830–2002*, 2002; W. RIBHEGGE, *Das Parlament als Nation*, 1998; B. VICK, *Defining Germany*, 2002; H. TE VELDE, *Sprekende politiek*, 2015.

<sup>19</sup> A. PATRUCCO, *The critics of the Italian Parliamentary System 1860–1915*, 1992, pp. 11–12.

use the tool of parliamentary obstruction to assert their interests.<sup>20</sup> With the formation of parties of socialists, republicans, conservatives and confessionals, parliaments became both the subject of and the platform for a political battle about the nature of the state and the nation.<sup>21</sup>

Expansions of voting rights caused another problem for many parliaments. From the moment that new social groups gained access to parliament, aristocrats and other dignitary circles turned their backs on the institution. It was the start of complaints about the decline of dignity and style. In addition, there was a growing doubt about the administrative efficacy of the parliamentary system. On the one hand, expectations grew about what politics should realise, while on the other hand sharp contrasts between parties hampered decisiveness.<sup>22</sup> The first century of parliament ended in a paradox: at the very moment when parliaments had overshadowed monarchs, when they had become the highest authority in the state, when they became more democratic and when their position as centre of national politics found its expression in illustrious parliamentary buildings, the discourse of crisis, decline and nostalgia began.

That was not the only problem. At the end of the nineteenth century, parliaments had to deal with issues of representativeness, legitimacy and effectiveness. The parliamentary form itself, characterised by detached, rational, legal deliberation, was still dominant. Complaints always concerned the shortcomings of the complainant's own, national parliament, not the model of parliamentary decision-making as such. However, at the turn of the twentieth century, the work of Darwin, Freud, Nietzsche, Le Bon, Bergson and Sorel internationally inspired strong movements with an irrational tendency and a pessimistic or vitalistic view of humankind. Social Darwinism, vitalism and nationalism glorified the virtues of power, action, battle, emotion and exclusivity. They marked a deliberate break with the liberal view of humankind and the parliamentary values of detachment, consultation, deliberation and compromise.<sup>23</sup>

Parts of this philosophy would form the core ideology of mass movements that emerged at the start of the twentieth century and would chiefly manifest themselves in the interwar period. These new mass movements, from socialism and Catholic movements to nationalist and fascist organisations, all presented themselves as young, future-oriented, modern, vibrant and strongly rooted in society.<sup>24</sup> They considered parliamentarianism, in its established, bourgeois and liberal form, outdated, a relic of a bygone century. Opposite the slowness, the half-decided deliberation and the legal style of the parliament, they put decisiveness, conviction and social cohesion. Nation-

<sup>20</sup> H. TE VELDE, *Die parlamentarische Obstruktion*, 2012, pp. 267–283.

<sup>21</sup> About this phenomenon in a later setting, see P. CORDUWENER, *The Problem of Democracy in Europe*, 2016.

<sup>22</sup> N. ROUSSELLIER, *La force de gouverner*, 2015; J. DEFASNE, *L'Antiparlementarisme en France*, 1990.

<sup>23</sup> A. PATRUCCO, *Critics of the Italian Parliamentary System*, 1992, pp. 203, 256.

<sup>24</sup> G. L. MOSSE, *Die Nationalisierung der Massen*, 1976; R. GRIFFIN, *Modernism and Fascism*, 2007; K. MENNEN, *Selbstinszenierung im öffentlichen Raum*, 2013, pp. 54–91; M. MAZOWER, *Dark Continent*, 2009, ch. 1.

alist movements before and after the First World War continuously appealed to the ›unity of the people‹ and scorned the plurality that lies at the heart of parliament. By default, parliament is an arena of different interests and parties, and consequently a platform for national division.<sup>25</sup> In many ways, parliaments became more national in the decades around 1900. Through the expansion of voting rights, they had become democratised, they had also become more open and visible and were relatively widely recognised as central political institutions. Nevertheless, they could count on the disdain of the nationalists, as they were, by their very nature, the institutionalisation of national division.

## 2.2 *The interwar period*

After the First World War, the constitutional, parliamentary form of government seemed to become generally established, not only in Western Europe but also in the new states in Central and Eastern Europe that arose from the dissolution of tsarist Russia and the Habsburg empire. The collapse of the traditional aristocratic, monarchical power and the appeal that was made to the contribution of the citizens during the war, paved the way for universal suffrage. Everywhere, democracy took the shape of the parliamentary system. Now, more than ever, democracy and the parliamentary, representative system converged. However, the successful establishment of parliamentary democracy in more countries than ever before turned out to be a Pyrrhic victory. Within several years, these young parliamentary democracies already ran into the opposition of old power structures and the problems of large social inequality, persistent nationality issues and irredentism. They were unable to cope with these problems. In the Weimar republic, France and the Northwestern European countries too, there was constant doubt about whether the parliamentary system could respond to all the demands and tensions of mass democracy.<sup>26</sup>

All variations, from fundamental anti-parliamentarianism to criticisms levelled at the functioning of the system can be found in the interwar period. The rejection of the parliamentary form of democracy by radical leftist movements was fundamental in nature, as was the rejection of democracy as such by fascist and right-wing nationalist movements, which emerged in many countries, from Finland to Romania and Portugal, as early as the 1920s. Fascism, national-socialism, militant nationalist and reactionary movements preferred dictatorial forms of government and rejected the bourgeois liberal parliamentary system.<sup>27</sup>

---

<sup>25</sup> J. PRUNK/M. RANGUS, *Macht und Ohnmacht des Parlamentarismus*, 2012, pp. 285–299.

<sup>26</sup> MAZOWER, *Dark Continent*, 2009, pp. 20–25; T. B. MÜLLER/A. TOOZE, (eds.), *Normalität und Fragilität*, 2015; J. GIJSENBERGH, *Crisis of Democracy or Creative Reform?*, 2012, pp. 237–268; F. STERN, *The New Democracies in Crisis*, 1997, pp. 15–23; J.-W. MÜLLER, *Contesting Democracy*, 2013, ch. 2.

<sup>27</sup> T. HERTFELDER, *Das tote Parlament*, 2014, pp.177–215; S. KALMAN/S. KENNEDY (eds.), *The French Right between the Wars*, 2014.

Aside from their ideology, their criticism of the inadequate functioning of the parliamentary system was shared more widely. The constitutional system that had been left over from the nineteenth century strived for a balance of powers. Traditionally, parliaments were mainly directed at curbing the monarchical, executive power and not much had changed since then. They were still chiefly deliberative and controlling institutions, not well equipped for pursuing a more active policy. With large, ideologically determined political parties in parliament, it was hard to achieve results. Parliament became the platform par excellence for national differences, between classes, religious groups, ethnic communities and other interest groups.<sup>28</sup> Countries with an electoral system of proportional representation had a great many smaller political parties. Often, this form of government was problematic and governments were unstable and short-lived. This took its toll on administrative effectiveness and decisiveness. The parliamentary system was consequently unable to solve fundamental, social problems, to correct power imbalances and to implement necessary reforms. This gave free reign to groups that managed to exploit widely shared frustrations and unrest, especially after 1930, when the economic crisis spread throughout all of Europe.

Countries in which the parliamentary system remained upright also witnessed a tendency towards political leadership, authority, governments of national unity and a strong executive power. Politicians and political authors believed the parliamentary democracy should >discipline< and limit itself. This would partly make it easier to deal with extremist movements, both inside and outside of parliament, and partly give scope to the executive power.<sup>29</sup> In addition, many countries still considered alternative forms of representation. Options included corporatist representation, based on an Italian model, as well as representation and government through other socio-economic councils with a technocratic character.<sup>30</sup> In France, people were inclined to mainly put their trust in the civil service.<sup>31</sup>

All these discussions about the self-limitation of parliamentary democracy and complete or partial alternatives took place in a climate of dissatisfaction and disparagement. After 1933, it had become clear in the Western European countries that the parliamentary democracy deserved support and protection. Most populations preferred this system over the dictatorial alternatives that had established themselves on the rest of the continent. By now, even the social democrats could be counted among the pillars of parliamentary democracy. Nevertheless, the long list of complaints about the >chatterbox parliament<, about corruption, incompetence and the incapacity to

<sup>28</sup> M. MAZOWER, *Dark Continent*, 2009, pp. 20–25.

<sup>29</sup> G. CAPOCCIA, *Defending Democracy*, 2005; M. FÖLLMER, *Führung und Demokratie in Europa*, 2015, pp. 177–197; J. GIJSEBERGH, *Crisis of Democracy or Creative Reform?*, 2012, pp. 237–268.

<sup>30</sup> S. COUPERUS, *Fixing Democracy?*, 2012, pp. 269–290.

<sup>31</sup> See the contribution of Nicolas Rousselier to this volume; N. ROUSSELIER, *La force de gouverner*, 2015.

solve the problems of the economic depression, clearly show the parliamentary system was not met with warm sympathy.<sup>32</sup>

### 2.3 *Modest democracy*

After the horrors of the Second World War and the gruelling experience with national socialist dictatorship, the parliamentary democracy got a new chance to prove itself as a humane and efficient political system. It succeeded in Northwestern Europe and Italy. The parliamentary democracy acquired great public confidence due to the moral example set by the victors, the United States and the United Kingdom, the economic recovery and the Marshall Plan, and the Atlantic alliance. Under the rule of the Soviet Union, Central and Eastern Europe witnessed the establishment of socialist ›people's democracies.‹ There, more than anywhere else, it became clear how deeply rooted the parliamentary model had become. After all, these socialist people's republics also officially had parliaments, with parties and sometimes corporatist forms of representation.<sup>33</sup> In Northwestern Europe and Italy, parliamentary democracy returned in a ›disciplined‹, modest form. Citizens had relatively low expectations with regard to liberties and civic participation. Governments used a systematic and sometimes almost technocratic approach to lead the reconstruction, the economy and wage policy.<sup>34</sup> Right-wing authoritarian alternatives for parliamentary democracy were no longer in the picture and neither was communism. During the occupation, socialists and communists had committed themselves to national independence and democracy. After the war, they remained within the boundaries of the ›bourgeois‹ parliamentary democracy. In many countries, social democrat parties even fulfilled an important role in the realisation of the welfare state.

The image of *restrained* democracies focused on pragmatic consensus should not be exaggerated. There were substantial differences between the United Kingdom, West-Germany, France, the Netherlands and Italy. The French Fourth Republic, ›la République mal aimée‹, did not function better than it did before the war. The Assemblée nationale, which was governed by party politics, became ›une démocratie sans le peuple‹, realised very little, lost all public confidence and made way for a strong executive power in 1958.<sup>35</sup> An important part of the political battle between parties in the Western European countries dealt with claiming the ›right‹ form and interpretation of de-

<sup>32</sup> M. BEYEN/R. RÖTTGER, *Het streven naar waardigheid*, 2002, pp. 358–373; J. GIJSENBERGH, *Crisis of Democracy or Creative Reform?*, 2012, pp. 237–268; J. GIJSENBERGH/H. KAAL, *Zur Kritik der parlamentarischen Demokratie in niederländischen Karikaturen*, 2014, pp. 217–237; see the contributions of Andreas Biefang and Nicolas Roussellier to this volume.

<sup>33</sup> J. AMM, *Die Föderalversammlung der CSSR*, 2001; W. PATZELT/R. SCHIRMER, *Die Volkskammer der DDR*, 2002.

<sup>34</sup> M. CONWAY, *Democracy in Postwar Western Europe*, 2004, pp. 59–84; M. MAZOWER, *Dark Continent*, 2009, ch. 9; J.-W. MÜLLER, *Contesting Democracy*, 2013, ch. 4.

<sup>35</sup> J. DEFASNE, *L'antiparlementarisme*, 1990, pp. 87–98; N. ROUSSELLIER, *La force de gouverner*, 2015; P. CORDUWENER, *Problem of Democracy*, 2016, ch. 1.

mocracy. Still, this also means parliamentary democracy had become the only recognised arena.<sup>36</sup>

The relative passivity with which citizens conformed to the guided democracy of the post-war period is slightly reminiscent of the situation of the Restoration era, in the early nineteenth century. Citizens valued political stability and a noticeable increase in prosperity. The success of this ›administrative‹ parliamentary democracy added a new element to the assessment of parliamentary politics. It was not meant as criticism or rejection, but did voice an alternative. The work of sociologists and economists such as Lipset, Bell, Shils, Rostov and Galbraith contained the strong suggestion that modern science would, in time, make ideology and politics redundant. Science would point to the right solutions for social and economic problems. Politics could make way for technocratic government.<sup>37</sup> In a way, this penchant for the ›technocratic and administrative alternative‹ to parliamentary politics is permanently present as an implicit rejection of parliamentary politics and the role parties play in it.<sup>38</sup>

#### 2.4 *The 1960s*

The new wave of dissatisfaction with the established parliamentary democracy, which emerged in many countries in the 1960s, came from a different side altogether. A younger generation, which grew up in a welfare society, was no longer satisfied with the disciplined, paternalistic and administrative form of democracy. Right at the moment when parliamentary democracy had become firmly rooted in Western Europe, left-wing youth, oppositional politicians and political commentators started to entertain higher and different expectations of democracy. Their censure was directed at parliament as the symbol of established, institutional politics. In this criticism, parliament was not the embodiment of democracy, but an mere extension of vested interests, the employers, big business, the ›military, industrial complex‹, churches or other sectors of the organised society. All these different forces exerted their influence out of sight, without democratic control. Parliamentary politics was an empty theatre, meant to conceal the real hegemonic interests at work.<sup>39</sup> Parliament allowed itself to be dominated by the cartel of large, administratively oriented, governmental parties and external interest groups. Critics therefore mainly saw parliament as an irrelevant institute or as part of the government. In their opinion, true democracy could only be found outside of these institutions and had to be implemented into society, on the work floor, in schools and universities, in the family and in gender relations. In all Western European countries, left-wing opposition movements moved their political struggle to the street. This street activism, in the form of demonstrations, occupa-

<sup>36</sup> *IBID.*

<sup>37</sup> R. G. OLSEN, *Scientism and Technocracy*, 2016, chs. 4 and 7.

<sup>38</sup> D. GOSEWINKEL, *Zwischen Diktatur und Demokratie*, 2008, pp. 327–359.

<sup>39</sup> M. EDELMAN, *Symbolic Uses of Politics*, 1985; *ID.*, *Political language*, 1977; P. CORDUWENER, *Problem of Democracy*, 2016, ch. IV.

tions and blockades, was a classic instrument to pressure the established authorities. At the same time, it was an expression of a new interpretation of democracy.

In the 1960s, the old tension between democracy and representative politics was back in full force. Political scientists, left-wing politicians and other commentators believed representative democracy was experiencing a crisis, as party loyalty declined and a part of the electorate did not make use of their right to vote. Effectively, this meant democracy had reached maturity, in the sense that citizens made their own decisions. It also meant the standards for a well-functioning democracy had been increased: civic participation, civic involvement and voter turn-out now became hard criteria. However, this pursuit of democratic optimisation took little heed of the desire of many citizens to stay outside of the political sphere. The public image of parliament did not exactly improve when its daily affairs became visible to citizens through the television and critical journalism. The commonness of the elected representatives, the dullness of the parliamentary debate and the sight of a usually rather empty plenary hall did little to inspire public sympathy.

Despite all this criticism and depreciation, the parliamentary system was not essentially in danger the way it had been in the 1930s. The debates of the sixties mainly showed an intensification and extension of democracy. The discussion about the necessity of supplementing representative democracy with referenda and other forms of direct democracy is still ongoing.<sup>40</sup> A lot of criticism, from both inside and outside political circles, was primarily aimed at improving the democratic mandate, the procedures, the responsiveness and the presentation of the parliamentary system.

### 2.5 *The populist challenge*

The most recent wave of criticism of parliamentary politics dates from the turn of the twenty-first century. This may seem surprising at first, because the years after 1989 seemed to witness the ultimate triumph of liberal parliamentary democracy in combination with the market economy. Indeed, after 1989, parliamentary democracy has become the global standard, more than ever before. The established Western democracies however witnessed the emergence of a new wave of discontent and criticism, about inadequate political representation, about the decline of old ideologies, and about the unjustified power of parties with increasingly weak social foundations. The consequences of the European unification, globalisation, mass migration and the loss of national sovereignty also cause tensions. The rise of populist parties in many European countries is an expression of this discontent. Much like their historical counterparts, these populist parties rely on two absolute principles that put pressure on the parliamentary system: ›the will of the people‹ as ›real‹ democracy, and the will of the people as national unity. Once again, representative politics are presented as a weak surrogate for the direct ›people's democracy‹, which is supposed also to express the

---

<sup>40</sup> S. HOLLANDER, *The People or the Prince*, 2016.

true identity, tradition and interest of the nation. Both inside and outside of parliament, populist parties try to disrupt the political system. At the same time, they use parliament as a platform from which they spread their message of depreciation of the parliamentary system and the traditional parties. Their parties present themselves as ›movements‹, born from social unrest. They do not intend to create a consistent and constructive programme. Instead, their primary goal is *to throw the rascals out*. They use the existing system of elections, party formation and parliamentary representation selectively and tactically. This places them in a long tradition that goes back to the socialist parties at the end of the nineteenth century. In their direct appeal to the will of the people they can even be placed in a line that goes back to the revolutions of the late eighteenth century.

This justifies the interpretation that populism is essentially a permanent undercurrent or variation within democracy.<sup>41</sup> Moreover, the classical representative system is clearly both experiencing serious problems and undergoing a process of transformation, with traits of an *audience democracy*. Citizens have become assertive, and the influence of social media is large and unpredictable. Politicians lose control of information and of their own image. Various domains of political decision-making move to platforms and forums outside of the national state. The national parliament consequently seems to be losing relevance. On the other hand, a lot of the current dissatisfaction with the representative system indicates, much like it did in the 1960s, a new intensification and a need for the extension of democratic possibilities.

### 3. Concluding remarks

Why does parliament always seem to suffer from a negative image? The answers are obvious. Politics are controversial by definition and lead to decisions that citizens experience as unfair or disadvantageous. By its very nature, a democratic parliament is divided and compelled to compromise and negotiate. Citizens also have little to no insight into the complexity of parliamentary affairs. Parliamentary control is a technical and administrative job, which takes place in committees. The language in which this happens is legal, official and administrative in nature. More often than not, the work of parliament is not meant as an interesting show for the public. Parliament is sometimes a stage, sometimes an arena, sometimes a market place and sometimes just a legislative office. A parliament always makes more foes than friends. And finally there is the lure of nostalgia, lending an undeserved lustre to past generations of politicians.

However, there is a bright side to all this criticism. When criticism of politics in general is directed at parliament, this also means parliament is recognised by citizens as the national centre of politics. Even in its capacity as the nation's scapegoat, parliament is the embodiment of the national political system. For even the dissatisfaction

---

<sup>41</sup> T. HOUWEN, *Reclaiming Power for the People*, 2013.

of citizens has to be satisfied somewhere. In effect, parliament simultaneously represents the nation, democracy and ›politics‹.

## Reference List

- Aerts, Remieg: Iemand moet het doen. Tweehonderd jaar beeld en zelfbeeld van de Tweede Kamer, in: Remieg Aerts et al. (eds.), *In dit Huis. Twee eeuwen Tweede Kamer*, Amsterdam 2015, pp. 439–467.
- Amm, Joachim: *Die Föderalversammlung der CSSR. Sozialistischer Parlamentarismus im unitarischen Föderalismus 1969–1989*, Wiesbaden 2001.
- Ankersmit, Frank R.: *Political Representation*, Stanford, Cal. 2002.
- Arzheimer, K.: *Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und politische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs*, Opladen 2002.
- Bell, Daniel: *The End of Ideology. On the Exhaustion of Political Ideas in the Fifties*, Harvard 1960.
- Beyen, Marnix/Rik Röttger: Het streven naar waardigheid. Zelfbeelden en gedragscodes van de volksvertegenwoordigers, in: Emmanuel Gerard et al. (eds.), *Geschiedenis van de Belgische Kamer van Volksvertegenwoordigers 1830–2002*, Brussels [2002], pp. 337–383.
- Black, Lawrence: *Redefining British Politics. Culture, Consumerism and Participation*, Basingstoke 2010.
- Blänkner, Reinhard: Historizität, Institutionalität, Symbolizität. Grundbegriffliche Aspekte einer Kulturgeschichte des Politischen, in: Barbara Stollberg-Rilinger (ed.), *Was heisst Kulturgeschichte des Politischen?*, Berlin 2005, pp. 71–96.
- Brick, Howard, *The End of Ideology Thesis*, in: Michael Freeden/Marc Stears, *The Oxford Handbook of Political Ideologies*, Oxford 2013, pp. 90–112.
- Brito Vieira, Mónica/Steven Runciman: *Representation*, Cambridge 2013.
- Brito Vieira, Mónica: *Reclaiming Representation. Contemporary Advances in the Theory of political Representation*, New York 2017.
- Capoccia, Giovanni: *Defending Democracy. Reactions to Extremism in Interwar Europe*, Baltimore 2005.
- Constant, Benjamin: *De la liberté des Anciens comparée à celle des Modernes*, in: Benjamin Constant, *De la liberté des Modernes*, Paris 1980, pp. 491–515.
- Conway, Martin: *Democracy in Postwar Western Europe: The Triumph of a Political Model*, in: *European History Quarterly* 32 (2002), no. 1, pp. 59–84.
- Corduwener, Pepijn: *The Problem of Democracy in Europe. Conflicting and Converging Conceptions of Democracy in France, West Germany and Italy, 1945–1989*, Utrecht 2016.
- Couperus, Stefan: *Fixing Democracy? Political Representation and the Crisis of Democracy in Interwar Europe and the Netherlands*, in: Joris Gijsenbergh et al. (eds.), *Creative Crises of Democracy*, Brussels 2012, pp. 269–290.
- Defrasne, Jean: *L'Antiparlementarisme en France*, Paris 1990.
- Edelman, Murray J.: *The Symbolic Uses of Politics*, Urbana/Chicago 1985 [orig. ed. 1964].
- Edelman, Murray J.: *Political Language: Words that Succeed and Policies that Fail*, New York/London 1977.
- Eley, Geoff: *Forging Democracy. The History of the Left in Europe*, Oxford 2002.
- Föllmer, Moritz: *Führung und Demokratie in Europa*, in: Tim B. Müller/Adam Tooze (eds.), *Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2015, pp. 177–197.

- Friedland, Paul: *Political Actors. Representative Bodies and Theatricality in the Age of the French Revolution*, Ithaca, NY 2002.
- Gerard, Emmanuel et al. (eds.): *Histoire de la Chambre des Représentants de Belgique*, Brussels [2002].
- Gijsenbergh, Joris: *Crisis of Democracy or Creative Crisis? Dutch Debates on the Repression of Parliamentary Representation and Political Parties, 1933–1940*, in: Joris Gijsenbergh et al. (eds.), *Creative Crises of Democracy*, Brussels et al. 2012, pp. 237–268.
- Gosewinkel, Dieter: *Zwischen Diktatur und Demokratie. Wirtschaftliches Planungsdenken in Deutschland und Frankreich: Vom Ersten Weltkrieg bis zur Mitte der 1970er Jahre*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 34 (2008), pp. 327–359.
- Griffin, Roger: *Modernism and Fascism. The Sense of Beginning under Mussolini and Hitler*, Basingstoke 2007.
- Hertfelder, Thomas: *Das tote Parlament. Zur Ikonografie des kommunistischen Antiparlamentarismus in der Weimarer Republik*, in: Andreas Biefang/Marij Leenders (eds.), *Das ideale Parlament. Erich Salomon als Fotograf in Berlin und Den Haag 1928–1940*, Düsseldorf 2014, pp. 177–215.
- Hoetink, Carla: *Tussen traditie en modernisering. De Tweede Kamer op het breukvlak van de eenentwintigste eeuw*, in: Remieg Aerts et al. (ed.), *In dit Huis. Twee eeuwen Tweede Kamer*, Amsterdam 2015, pp. 409–436.
- Hollander, Saskia: *The People or the Prince. The Politics of Referendum Use in European Democracies*, Nimwegen 2016.
- Houwen, Tim: *Reclaiming Power for the People. Populism in Democracy*, Nijmegen 2013.
- Ihalainen, Pasi/Cornelia Ilie/Kari Palonen (eds.): *Parliament and Parliamentarism. A comparative History of a European Concept*, New York/Oxford 2016.
- Kalman, Samuel/Sean Kennedy (eds.): *The French Right between the Wars. Political and Intellectual Movements from Conservatism to Fascism*, New York/Oxford 2014.
- Keane, John: *The Life and Death of Democracy*, London et al. 2009.
- Manin, Bernard: *The Principles of Representative Government*, Cambridge 1997.
- Mazower, Mark: *Dark Continent. Europe's Twentieth Century*, New York 2009.
- Mennen, Kristian: *Selbstinszenierung im öffentlichen Raum. Katholische und sozialdemokratische Repertoire Diskussionen um 1930*, Münster et al. 2013.
- Mosse, George L.: *Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegungen in Deutschland von den Napoleonischen Kriegen bis zum Dritten Reich*, Frankfurt am Main 1976.
- Müller, Jan-Werner: *Contesting Democracy. Political Ideas in Twentieth Century Europe*, New Haven, Conn. 2013.
- Müller, Tim B./Adam Tooze: *Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2015.
- Nye, Joseph D./Philip D. Zelikow/David C. King (eds.): *Why People don't trust Government*, Cambridge, Mass./London 1997.
- Olivier, Willem C. D.: *Herinneringen aan Mr. J.R. Thorbecke*, Arnhem 1872.
- Olsen, Richard G.: *Scientism and Technocracy in the Twentieth Century. The Legacy of Scientific Management*, Lanham 2016.
- Patrucco, Armand: *The critics of the Italian Parliamentary System, 1860–1915*, New York/London 1992.
- Patzelt, Werner/Roland Schirmer: *Die Volkskammer der DDR. Sozialistischer Parlamentarismus in Theorie und Praxis*, Wiesbaden 2002.
- Prunk, Janko/Marjetka Rangus: *Macht und Ohnmacht des Parlamentarismus bei der Lösung des nationalen Frage in Vielvölkerstaaten im 19. und 20. Jahrhundert*, in: Andreas Schulz/

- Andreas Wirsching (eds.), *Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum*, Düsseldorf 2012, pp. 285–299.
- Ribhegge, Wilhelm: *Das Parlament als Nation: die Frankfurter Nationalversammlung 1848–1849*, Düsseldorf 1998.
- Rogers, Elizabeth et al. (ed.): *The Golden Age. Nostalgia in Word and Image*, Cambridge 2016.
- Roussellier, Nicolas: *La force de gouverner. Le pouvoir exécutif en France XIX-XXIe siècles*, Paris 2015.
- Sellin, Volker: Politik, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhard Koselleck (eds.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Stuttgart 1972-1997, vol. 4, pp. 808–813.
- Stern, Fritz: *The New Democracies in Crisis in Interwar Europe*, in: Axel Hadenius (ed.), *Democracy's Victory and Crisis*, Cambridge 1997, pp. 15–23.
- Velde, Henk te: *Die Parlamentarische Obstruktion und die »Krise« parlamentarischer Politik in Europa um 1900*, in: Andreas Schulz/Andreas Wirsching (eds.), *Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum*, Düsseldorf 2012, pp. 267–283.
- Velde, Henk te: *Sprekende politiek. Redenaars en hun publiek in de parlementaire gouden eeuw*, Amsterdam 2015.
- Vick, Brian: *Defining Germany: the 1848 Frankfurt Parliamentarians and National Identity*, Cambridge, Mass. 2002.
- Viroli, Maurizio: *From Politics to Reason of State. The Acquisition and Transformation of the Language of Politics 1250–1600*, Cambridge 1992.



## Criticism on Parliamentarianism and Anti-Parliamentarianism in Europe 19<sup>th</sup>–21<sup>st</sup> century

Specific research on anti-parliamentarianism or critics of parliamentarianism in contemporary Europe is not as plentiful as one might wish. If we consider the past twenty-five years, studies are few and far between. The only real national synthesis is that by Wolfgang Durner, a history of ideas and intellectuals from the Reich to the Bundesrepublik.<sup>1</sup> Other German historians are of course interested in Nazi anti-parliamentarianism under the Weimar Republic<sup>2</sup> or Third Reich.<sup>3</sup> We can compare these studies of a totalitarian regime with those made in other authoritarian regimes in Europe. These include for example Thanassis N. Bohotis, who analyses the ideology of the colonels' dictatorship in Greece from 1967 to 1974.<sup>4</sup> In this case, the anti-parliamentarianism of the dictatorship was heavily influenced by militarism, while the main Greek anti-parliamentarian tradition was of a political nature.

Others turned to forms of anti-parliamentarianism, or critics of parliamentarianism, coming from the extreme left.<sup>5</sup> On the British side, specific research seems too focused on these critics, who consider the representative system as an instrument of the bourgeois rule.<sup>6</sup> Italian studies focus primarily on the period of the late nineteenth and early twentieth centuries.<sup>7</sup> In France, many studies have been devoted to anti-parliamentary moments<sup>8</sup> or movements, coming from the extreme left or extreme right of the political spectrum.<sup>9</sup> The line is often very difficult to draw between these kind of political organizations focusing on anti-parliamentarianism and some other parties or political families who criticize the parliamentary system without any intent to remove it.<sup>10</sup> Furthermore, another field of study covers critical thinking – intellectual, political and legal – on the malfunctioning of parliamentarianism.<sup>11</sup> This is not without interest, since it covers almost the entire history of parliamentary life in France and elsewhere in Europe. But there is no specific essay on anti-parliamentarianism as

---

<sup>1</sup> W. DURNER, *Antiparlamentarismus in Deutschland*, 1997.

<sup>2</sup> M. DÖRING, »Parlamentarischer Arm der Bewegung«, 2001.

<sup>3</sup> J. LILLA, *Statisten in Uniform*, 2004.

<sup>4</sup> T. N. BOHOTIS, *Antiparlamentarismo y nacionalismo*, 2003.

<sup>5</sup> R. BAVAJ, *Von links gegen Weimar*, 2005.

<sup>6</sup> R. W. JONES, *Anti-Parliamentarianism and Communism*, 1990, pp. 245–62.

<sup>7</sup> A. PATRUCCO, *The critics of the Italian parliamentary system*, 1992; A. M. BANTI, *Retoriche e idiomi*, 1995; E. CUOMO, *Critica e crisi*, 1996.

<sup>8</sup> J.-Y. MOLLIER, *Le Scandale de Panama*, 1992.

<sup>9</sup> J. GARRIGUES, *Le Boulangisme*, 1992; V. BOUHEY, *Les Anarchistes*, 2008; A. KECHICHIAN, *Les Croix-de-feu*, 2006.

<sup>10</sup> S. BERSTEIN, *Histoire du gaullisme*, 2001; M. BERNARD, *La Guerre des droites*, 2007.

<sup>11</sup> N. ROUSSELLIER, *La contestation du modèle républicain*, 1992, pp. 319–337.

a political phenomenon in its own right, except in a juridical study by Jean Defrasne<sup>12</sup> or in an article by political scientist Benoît Jeanneau,<sup>13</sup> apart from a special issue of *Parlement(s)Revue d'histoire politique* published in 2013, which exclusively covers French history.<sup>14</sup> It thus seems reasonable to take the French model as a starting point for a comparative view on the European case.

Historically, in the French case it is important to emphasize the continual presence of a critical disposition towards the functioning of the parliamentary system since its inception in the French Revolution. One can say that the constitutional history of contemporary France is marked by regimes (Bonapartism, Petainism or Gaullism) and crises (Boulangism, the interwar period, Poujadism) who turn their backs on the parliamentary system. Moreover, critics of the parliamentary system emerge from different directions and refer to various issues and forms: a »theocratic opposition« – or at least a Catholic and royalist one – to democracy and to the republican idea; criticism of the legitimacy and representativeness of the assemblies; popular distrust of the new social and political elites; disrespect to the vote and its results, which can be seen in the visualization of parliamentarianism by newspapers, caricatures and pamphlets. But the functionalist criticism of parliamentarianism stays constant throughout contemporary history, even when the system is not in danger. This may probably be applied to the entire history of European parliamentarianism, criticized and constantly renovated, modernized from within the system.

To respond to this diversity, many different aspects will be touched upon here. The first is what we could call the »timeline« of anti-parliamentarianism or certain moments when peaks occur. The second aspect, which is our basic one, concerns the very nature of anti-parliamentarianism and its essential elements. The third is to emphasize the diversity of parliamentarianism's critics, who question parliamentary system's principles, actors and practices, and how it operates as a functional device. In contrast, the fourth aspect points to convergences in the various currents of anti-parliamentarianism and criticism of parliamentarianism. Our next concern is to verify these convergences in the manifestations of critics and anti-parliamentarianism, in terms of words and images, stereotypes and innovations. As a résumé, we will connect the French case to the European level. Of course, it is a huge field of research. In this keynote report, we shall simply try to give some quick answers to these questions, focusing on French case, and try to think about European level.

### 1. Where is the timeline? A chronology of antiparliamentarianism

A central problem is whether it is reasonable to draw a parallel between political, social or economic crises and peaks of antiparliamentarianism? Referring to the French ex-

<sup>12</sup> J. DEFASNE, *L'Antiparlementarisme en France*, 1990.

<sup>13</sup> B. JEANNEAU, *L'Antiparlementarisme*, 1993, pp. 23–34.

<sup>14</sup> J.-C. CARON/J. GARRIGUES (ed.), *L'Antiparlementarisme en France*, 2013.

ample, it seems clear that the crises in the 1880s/1890s and in 1930 sparked surges of anti-parliamentarianism at the time of Boulangist episode, the Panama scandal or the riots of February 6, 1934.<sup>15</sup> These tense moments reflect the dangerous connection between the collapse of social balance, political crisis, rising extremism and the development of a virulent anti-parliamentarianism. And of course one may assert that the current economic and social crisis is lowering confidence in the virtues of parliamentary democracy. This, at least in some respects, seems to be similar to the above-mentioned earlier times of crisis. However, the present ones are merely episodes taking place in a peaceful parliamentary system which seems to have finally ended the times of civil war. Nonetheless antiparliamentarianism has always been present, whether in the medium term (from the Boulanger crisis peak of the 30s) or the long (from the French Revolution to today).

The first remarkable anti-revolutionary writers are Joseph de Maistre or Louis de Bonald, who responded to the French Revolution.<sup>16</sup> The aristocratic conservatism which they represent continues among thinkers of ultracism and legitimism in the first half of the nineteenth century<sup>17</sup> and is taken up by the Action française league<sup>18</sup> during the interwar period, ending up with the official propaganda of the Vichy regime.<sup>19</sup>

At the very beginning of aristocratic anti-parliamentarianism in France, another direction of antiparliamentary history in the French Revolution appears on the extreme left of the political arena. The so-called *sans culottes* express a deep distrust of parliamentary assemblies, and this popular tradition of anti-parliamentarianism will continue throughout the nineteenth century in the movements of radical, socialists and anarchists. The invasion of the Palais Bourbon on May 15, 1848 and on September 4, 1870 illustrates this popular distrust facing the bourgeois assembly. Subsequently, the extreme left will struggle against bicameralism, anarchists will attack the Chamber of Deputies in 1893<sup>20</sup>, and in the 1920s the communists will discredit the National Assembly as the Parliament of »bourgeoisie«. But it should be clear that this kind of anti-parliamentarianism from the left, which is in fact an ultra-parliamentarianism, represents the opposite of aristocratic counter-revolutionaries.

A third kind of long-term anti-parliamentarianism relates to the bonapartist direction, which favors direct communication between leaders and people, to the detriment of parliamentary representation. Bonapartism is the origin of a long political tradition, which René Rémond establishes as one of three major families of the French political right, succeeded by Gaullism in the late twentieth century.<sup>21</sup> It may be questionable in what respect Gaullism is to be considered in relation to unparliamentary ideas

<sup>15</sup> M. WINOCK, *La fièvre hexagonale*, 1986.

<sup>16</sup> J.-C. MARTIN (ed.), *Dictionnaire de la Contre-Révolution*, 2011.

<sup>17</sup> S. RIALS, *Le légitimisme*, 1983.

<sup>18</sup> M. LEYMARIE/J. PRÉVOTAT (ed.), *L'Action française*, 2008.

<sup>19</sup> H. ROUSSO, *Le Régime de Vichy*, 2007.

<sup>20</sup> V. BOUHEY, *Les Anarchistes*, 2009.

<sup>21</sup> R. RÉMOND, *Les droites en France*, 1983.

and practices.<sup>22</sup> General de Gaulle used harsh words not only in reference to the party system in general but also in disrespect of parliamentarians themselves, who he called *politiciens*. In sight of prosperity and national recovery, the 1958 Constitution and the general's 1962 reform appeared to opponents as being motivated by anti-parliamentarianism.<sup>23</sup> Moreover one can even make out a »hollow reading« of French political history in the years 1958–1969, marking the challenge of authoritarian »executism« displayed by De Gaulle, which worked in favor of a discreet but latent parliamentary rebirth, expecting that the ad hoc moment to reveal. Anyway, it should be pointed out that de Gaulle's constitutional and political anti-parliamentarianism cannot be compared to that of General Boulanger (though many scholars did compare them) nor to the leagues or Maréchal Pétain. This remark leads us to the second aspect of our argumentation, which is the most important one, as it explores the complexity of different kinds of anti-parliamentarianism and anti-parliamentary critics.

## 2. Does an original French anti-parliamentarianism exist?

At all times, under every regime, be it the French Revolution or constitutional monarchies from 1815 to 1848, periods of strong executive powers (the Second Empire, the Fifth Republic) or in the era of purely parliamentary government (the Third and Fourth Republics), criticism of parliamentarianism has always been present in French political debate. The extreme form of anti-parliamentarianism is represented by the anarchist movement emerging in late nineteenth century, which was an anti-parliamentarianism of a systemic, organic and revolutionary nature. It shares critical views on representation with Marxism, regarding parliament as the »epitome of bourgeois genius.« However, this strong criticism does not include the will to finish with parliamentarianism.

In contrast to the political left, the fundamental anti-parliamentarianism represented by extreme monarchists, the so called *ultras* or *legitimists*, seems to challenge the idea of parliamentarianism in itself, due to it being a consequence of the French Revolution. At the beginning of the Restoration era, some of the *ultras*, faced with the electoral breakthrough of the Liberals, opposed the constitutional power and even the existence of the *Chambre des députés*. Influenced by Joseph de Maistre and Louis de Bonald, they demanded replacing the National Assembly with local assemblies. At the end of the period, with this opposition having dominated elections since 1827, such political claims of restoration were resurrected, coupled this time with violent attacks against the press. However, ultras leaders, who were sitting in Parliament, did not really advocate systemic anti-parliamentarianism.<sup>24</sup>

<sup>22</sup> S. BERSTEIN, *Histoire du Gaullisme*, 2001.

<sup>23</sup> F. MITTERRAND, *Le Coup d'Etat permanent*, 1964.

<sup>24</sup> E. d. WARESQUIEL/B. YVERT, *Histoire de la Restauration*, 2002; E. d. WARESQUIEL, *Un groupe d'hommes considérables*, 2006.

During the nineteenth century, the anti-parliamentarianism of the extreme left was mainly anti-elitist in disposition, calling for an extension of suffrage and also claimed for more parliamentarianism.<sup>25</sup> The constitutional ideal, which gradually aligned all Republicans, was the model of the National Convention, which meant a single assembly with high power. Under the Third Republic, at the end of the nineteenth century, radical and leftist anti-parliamentarianism did in fact represent a kind of parliamentary absolutism which, in consequence, supported the existing parliamentary system as well as the Republic with which they were now associated<sup>26</sup>.

The Boulangist crisis constituted the turning point of extreme left anti-parliamentarianism at the end of the 1880s.<sup>27</sup> Under complex conditions of crisis, ultra-parliamentarianism was intermingling with various kinds of critics turning against the parliamentary system: one, originating in the Radical party, questioned the legitimacy of bicameralism; another, coming up with the nationalist wave, rejected the principle of parliamentary representation.<sup>28</sup> Following the Boulangist crisis, the last decade of the nineteenth century was a period when ideological contestation of parliamentary democracy flourished. But during this time a »moral and functionalist« anti-parliamentarianism prevailed which was far from the fundamental contestation of the republican democracy represented by the nationalist Maurice Barrès. The criticism of the last quarter of the 19<sup>th</sup> century mainly shared an idealistic vision calling for more radical reformist measures.<sup>29</sup>

At the beginning of the twentieth century, the spirit of French anti-parliamentarianism returns to the extreme right, especially to the *Action Française*. This was a monarchist league, but its anti-parliamentarianism was not of an anti-constitutional nature, focusing instead on deviations of the parliamentary system, actors and practices. Thus throughout the twentieth century in France, no kind of fundamental contestation of the parliamentary system resurfaced which could be really considered a hostile anti-constitutional anti-parliamentarianism. One might even question whether a real French anti-parliamentarianism ever existed. Apart from this, there is no doubt that critics on the essence or practical experience of parliamentarianism never ended.

### 3. Critics of parliament

There are many arguments or directions of criticism in the history of parliamentarianism in France. The problem of constitutional balance and legislative inefficiency is an old matter of dissent, to which Napoleon Bonaparte gave a military response with his *coup d'état* of 18 Brumaire in 1799. His nephew Louis-Napoléon Bonaparte fol-

<sup>25</sup> J. JULLIARD, *Les gauches françaises*, 2012.

<sup>26</sup> S. BERSTEIN, *Histoire du Parti radical*, 1982.

<sup>27</sup> J. GARRIGUES, *Le boulangisme*, 2013, pp. 49–71.

<sup>28</sup> B. JOLY, *Les projets constitutionnels*, 2008, pp. 515–541.

<sup>29</sup> M. BARRÈS, *Le Roman de l'énergie nationale*, 1897; DERS., *L'Appel au soldat*, 1900; DERS., *Leurs figures*, 1902.

lowed his example with the coup of December 2, 1851. We can argue that the nationalist Paul Déroulède is part of this bonapartist tradition, when he advocates, at the beginning of twentieth century, a »plebiscitary Republic«, demanding the election of the president by popular vote and ministers' responsibility exclusively to the head of state.<sup>30</sup> In view of his Caesarist performance, he totally disqualified himself in the eyes of Republicans, as did neo-Bonapartist movements such as the *Croix de Feu* of Colonel de La Rocque later during the inter-war period were. In the 1930s criticism of parliamentary inefficiency met with popular expressions of an anti-parliamentarian moralism. Arguments were directed at the alleged opportunism and dishonesty of MPs, who were stigmatized personally. The assumed weakness of executive power was also lamented.<sup>31</sup> But given that popular acculturation to parliamentarianism was already strong enough to incorporate any sort of criticism, it did not equal an absolute rejection of parliamentarianism.

At the turn of the century, a stream of critical reflections on the shortcomings of the parliamentary system, mainly considering its inefficiency, its slowness, arose, which cannot be classed as anti-parliamentarian at all. It is represented equally by men of the moderate right such as MP Charles Benoist,<sup>32</sup> who in 1905 created a parliamentary group dedicated to parliamentary reform and strengthening executive power, as by leftists such as Léon Blum, who in 1918 published his *Lettres sur la réforme gouvernementale*, which also demanded strengthening the executive, but with the clear intention of combatting anti-parliamentarianism. We find the same concern for a critical renovation of parliamentarianism in a resolution passed by the *Chambre des Députés* on July 15, 1926, motivated by the lawyer Joseph Barthélémy, intending to limit speaking time. In the 1930s constitutional reform projects are important to all big political families, and they were particularly supported by André Tardieu and Gaston Doumergue, who advocated strengthening the executive and reducing parliamentary powers, including the removal of members' spending.<sup>33</sup> In 1934 the Parliamentary Committee on State Reform, chaired by MP Paul Marchandeu, restores the right of dissolution of the *Chambre des députés* to the *Président de la République*, which he had been divested of since 1877.<sup>34</sup>

The ultimate point of this critical scrutiny of the parliamentary system was reached when the 1962 constitutional revision was enacted, with the effect that the National Assembly refrained from its constitutional right to elect the Chief of Executive, thus breaking the tradition of the Third and Fourth Republics. Opponent André Chandernagor calls „a-parlementaire“ the practice of the government of the Fifth Republic.<sup>35</sup> Nonetheless, Gaullist anti-parliamentarianism (which struggles as much against the omnipotence of parties as the inefficiency of parliament) has to be categorized as a

<sup>30</sup> B. JOLY, Déroulède, 1988.

<sup>31</sup> J.-É. DUBOIS, De l'anticartellisme à l'antiparlementarisme, 2010.

<sup>32</sup> C. BENOIST, La Réforme parlementaire, 1902.

<sup>33</sup> S. PINON, Les réformistes constitutionnels, 2003.

<sup>34</sup> N. ROUSSELLIER, Le Parlement dans la tourmente, 2007, pp. 315–372.

<sup>35</sup> A. CHANDERNAGOR, Un Parlement pour quoi faire?, 1967.

principally functionalist one.<sup>36</sup> It is quite different from the Poujadist movement that appeared during the Fourth Republic, and reactivates anti-elitist and populist notions of corrupt and impotent parliamentarianism, culminating in the creation of the Front National by former Poujadist MP Jean-Marie Le Pen in 1972.<sup>37</sup> This popular anti-parliamentarianism coexists with the French extreme right and relates to various political cultures, such as neo-Bonapartist and counter-revolutionaries, Petainist or fascist. It is thus important, in any given period of time, to distinguish different political families competing in the arena of anti-parliamentarianism. But it is also important to capture the moment when different directions of parliamentary critics converge.

#### 4. Convergences

At any time, particularly when parliamentary systems had to face fundamental opposition, several forms of anti-parliamentarianism or criticism coexisted and sometimes merged. This was the case for instance in the 1830s at the beginnings of the July Monarchy when legitimist and republican opposition converged to attack the alleged malfunctions of Orleanist parliamentarianism. While Legitimists contested the monarch's prerogative, the Republican opposition demanded a democratic reform of the electoral system. At the end of the 19th century it was Boulangism that set off an amazing interaction among seemingly antagonistic political groups such as revolutionary socialists, radicals hostile to bicameralism, authoritarian nationalists and nostalgic Bonapartists.

Several common perceptions aggregated antiparliamentary forces families throughout history. In the first place the generational dimension has to be mentioned: the most radical anti-parliamentary activism relates to young aspiring elites – for instance *la relève* during the interwar period<sup>38</sup> – who transform their disposition into parliamentary politics. A second level of convergence is the habit of accusing parliamentary elites of being illegitimate and of disempowering the parliamentary system when replacing the control of government by close cooperation, using illegal political practices of repression or mere corruption, or suppressing the parliamentary minority. Paradoxically, the third common feature of divergent political groups is employing the rhetorical repertoire of anti-parliamentarianism as a means to be elected for parliament: Prominent political figures of French antiparliamentarianism such as Général Boulanger, Paul Déroulède, Pierre Poujade, Jean-Marie Le Pen all followed this strategy. The fourth common practice is the *appel au peuple* which is a major attribute of anti-parliamentarianism at any time. The *appel au peuple* could be linked to anarchy, to revolution, direct democracy, plebiscites or the charismatic leader.<sup>39</sup>

<sup>36</sup> Changer de République, 2004.

<sup>37</sup> R. SOUILLAC, Le mouvement Poujade, 2007.

<sup>38</sup> O. DARD, Le rendez-vous manqué, 2002.

<sup>39</sup> M. WINOCK, La Droite, 2008; K. PASSMORE, The Right in France, 2013.

What concept of »people« do anti-parliamentarians have in mind when they address people? Whenever rhetoric is linked to a particular social category or organization, such as the peasantry or trade unions, the arsenal of arguments only marginally deviates from the main stream of anti-parliamentarianism. As soon as a central constitutional debate arises, the accusatory »shocking« rhetoric of anti-parliamentarianism guarantees media attention. The traditional game of minority oppositions is charging the parliamentary majority with anti-parliamentarianism. Sometimes the majority acts in harmony with the minority, particularly when the national representation seems to be at stake. It may occur that a coalition of MPs or a large parliamentary majority beyond usual political divisions intends to refute political charges directed, for example, at the »privileges« of elected MPs, absenteeism or supposed corruptibility. An anti-parliamentarianism of extremist political groups outside parliament may generate what we call Republican fronts.<sup>40</sup> To understand this phenomenon, we will have to further investigate the appearance of anti-parliamentarianism and its modes of action.

## 5. Rhetoric and Practice.

In terms of ideas and rhetoric, anti-parliamentarianism was not very innovative throughout the nineteenth and twentieth centuries. From the origins to the present it has been based on a rather homogeneous discourse and its rhetoric mainly operates with the same means. Betrayal and corruption of elected officials figured as the main charges, feeding the occasionally increased demand for parliamentary control which citizens and the public were calling for (often in relation to debates about an imperative mandate).<sup>41</sup> Political discussions often focused on the tax issue, which could be used as a lever to set off popular anti-parliamentarianism. This argument was favorably operated by political elites who were aware of the impact the tax-issue had as a mobilizing factor.

Particular discourses and even words might be identified with anti-parliamentarianism at first glance, embedded in a long political tradition and therefore appropriate to constant re-use.<sup>42</sup> The *pot-bellied* (*le ventru*) represented a popular figure of politicians and MPs originating in the French Revolution. The image recovered under the Restoration and was largely used in the July Monarchy, until anarchists re-enacted it in the late nineteenth century. A second example worth mentioning is the constant use of the *weather-vane girouette* or *Wetterfabne*, which refers to MPs changing sides according to their own personal interests. Under the Third Republic, the imagery of the *thief* MP became very popular when the Panama scandal revealed close relationships

<sup>40</sup> B. VILLALBA, *L'esquive*, 1998.

<sup>41</sup> P. BIRNBAUM, *Le Peuple et les Gros*, 1979.

<sup>42</sup> T. BOUCHET, *Noms d'oiseaux*, 2010.

between elected officials and business environments. As a reaction to this there was a public outcry to purge the Augean stables of the *Palace Bourbon*.<sup>43</sup>

To spread negative images of parliamentarianism, all kinds of political literature and discourse practices were mobilized such as political manifestos, newspaper and magazines, brochures and pamphlets, poems or novels, opera, theatre or cinema.<sup>44</sup> Popular genres like songs, posters or fiction were important media forms serving as anti-parliamentarian propaganda as they could be easily distributed.<sup>45</sup> When words are not enough, the image takes over: The fundus of anti-parliamentary visual material of all genres is almost inexhaustible. French cartoonists exploited this gold vein, beginning with Honoré Daumier under the July Monarchy up to Charlie Hebdo.<sup>46</sup> Animal caricatures of politicians is a classic means to degrade MPs. The vulture, for instance, has a quite long tradition in the menagerie of anti-parliamentarianism.

The Boulangist crisis maybe marks a turning point in the history of mass-popularization of anti-parliamentarian propaganda. At this time, the catch-cry of a *tous pourris* (deeply rotten) political system turned into a wide-spread popular perception which would remain efficient during the interwar period (at the time of the riot of February 6, 1934) up to the 1950s Poujadist movement. After the Panama scandal (1892) increased nationalist anti-parliamentarianism propaganda, cosmopolitanism was targeted – using the prominent image of homeless people like the Jewish population acting as a decomposing element within society. In the interwar period, pictures and caricatures opposed the image of corrupt MPs (re-enacted by the Stavisky affair, 1934) to the honest worker or peasant and the non-combatant MP (*le planqué – bedger* or *Drückeberger*) to the patriot-veteran.<sup>47</sup>

Another important appearance of anti-parliamentarianism that must be investigated are the collective forms of manifestations and street fighting, which originate in the French revolution and further increased at the end of the nineteenth century.<sup>48</sup> We may categorize this mass-phenomenon as a »culture of violence« closely related to anti-parliamentarianism from the *sans-culottes* to Poujadist movement in the 1950s. It depicts a long history of popular demonstrations taking as their objective the Chamber of Deputies (e.g. May 15, 1848, September 4, 1870) and always exercising popular pressure. However, the attempted military coup operated by Déroulède in 1899 is an exception, as propaganda-by-action anarchists turn against bourgeois society in general and institutions in particular, including the attack led by Auguste Vaillant from inside parliament against the *Chambre des députés* in December 1893. There was a peak of violence in between the two world wars, which reached its climax with the riot of February 6, 1934.<sup>49</sup> But should we categorize such actions as anti-parliamentarian vi-

<sup>43</sup> J.-C. CARON, *Un mal français?*, 2013, pp. 23–34.

<sup>44</sup> M. BARRÈS, *Une journée parlementaire*, 1894.

<sup>45</sup> J.-F. HEINTZEN, *Regardez-les donc sauter*, 2010.

<sup>46</sup> B. TILLIER, *La République*, 1997.

<sup>47</sup> P. BIRNBAUM, *Un mythe politique*, 1988; *La France aux Français*, 1993.

<sup>48</sup> C. CAGNAT, *Politiques de la violence*, 2012; P. HOLLANDER (ed.), *Political Violence*, 2008.

<sup>49</sup> S. BERSTEIN, *Le 6 février 1934*, 2001.

olence or extra-parliamentarian violence? This question diverts our attention to our general concern of considering the aims of anti-parliamentarianism in twentieth-century European history.

## 6. Is anti-parliamentarianism a European phenomenon? – a summary

Does the French case of anti-parliamentarianism apply to Europe? May we trace similarities or even a certain kind of uniformity of practices and arguments which are valid at all times and in different political cultures?

Regarding the timeline of anti-parliamentarianism, we state that criticism of the parliamentary system in Europe begins with the French Revolution, which released a common European space of public deliberation, with the very existence of elected representation and a delegation of individual sovereignty to parliaments forming the core of the debate. But the really effective wave of European anti-parliamentarianism was set off during the years 1860–1870 when the parliamentary system established itself throughout Europe as partly new nation states, Spanish, Italian or Scandinavian monarchies, the German Reich or the Third French Republic.

Different forms of anti-parliamentarianism converged in Europe in the mid-nineteenth century. Aristocratic anti-parliamentarianism during the French Revolution was closely related to Louis de Bonald and Joseph de Maistre, who were hostile to the very idea of representation and of popular sovereignty as its origin. The debate opened up to a new critical current from the anarchist, socialist and radical left which contested the parliamentary system in the name of democracy. What we observe is a paradoxical convergence between advocates of a return to the old regime, the revolutionary and anarchist movements and the extreme right calling for a providential leader. Anti-parliamentarian forces appeared on the extremes of the political spectrum, and their modes of action looked very similar as both tried to seize power by mobilizing popular protest in the streets. More or less hidden, this structural anti-parliamentarianism challenged the legitimacy of the vote, whether universal or not. Karl Marx built his radical critique on the argument against parliamentarianism which the bourgeoisie uses as a trap intended to deceive the people and to prolong its class rule.<sup>50</sup> The same view is shared by Proudhon and his design of an anarchist society where the individual delegates only a minimum of freedom and sovereignty. The rejection of the parliamentary system on the extreme left was linked to the revolutionary experience of the nineteenth century, which questioned the function of elections and representation. The Social Democrat Wilhelm Liebknecht, for instance, promoted a political conception referring to the dichotomy of citizens acting as combatants and voters likewise.<sup>51</sup> The legitimacy of revolutionary violence was debated intensively during the Parisian

<sup>50</sup> M. LÉONARD, *L'émancipation des travailleurs*, 2011; B. ROTHER, *Die Sozialistische Internationale*, 2012.

<sup>51</sup> R. HOFFROGGE, *Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland*, 2011.

insurrection of June 1848 and during the Paris Commune in March 1871. Liebknecht, as a man of the 1848 revolution, believed that socialism is »[...] eine Machtfrage, die in keinem Parlament, die nur auf der Straße, auf dem Schlachtfeld zu lösen ist, gleich jeder anderen Machtfrage«. <sup>52</sup> He contradicted the next generation, represented by August Bebel, who chose to enter the parliamentary game without hesitating.

European socialism is shaken in the years 1890ies, when a group of the anarchist movement promoted an alliance or a reshaping of the socialist left in order to challenge the hegemony of social democracy. At congresses in Zurich (1893) and Paris (1900), a group of French activists – Pouget, Pelloutier, Lazarus, Hamon – were at the heart of this process. The debate within the French Socialist parties went on, and the contradicting principles clashed once again when Jean Jaurès accepted the vice-presidency of the *Chambre des Députés* in 1903. But as time passed over the long debate which Liebknecht/Bebel represented, the political left almost everywhere in Europe adapted parliamentarianism as the essential practice of democracy.

After the First World War, anti-parliamentarianism did not receive very much attention from the European left, except for the Communists who presented themselves as the heirs of Karl Marx <sup>53</sup>. In Italy however, unlike Gramsci and the syndicalist groups defending participation in elections, Amadeo Bordiga advocated for an anti-parliamentarist »purely communist party.« In Britain, the Socialist Worker's Federation member Sylvia Pankhurst argued against »revolutionary« parliamentarianism, which would mean »wasting energy«. <sup>54</sup> In Belgium the Fleming group *De Internationale* and the group of *van Overstraeten War* voted against campaigning and parliamentarianism. In most countries of the European periphery, we observe a similar tendency. At the Congress of the Bulgarian Communist Party in May 1919, a strong minority voted for the condemnation of parliamentary action. Lenin himself, in a reply to Sylvia Pankhurst, made the same point in his own words that »the question of parliamentarianism is currently a secondary point.« But he further adds that »revolutionary workers whose attacks have targeted the parliamentary system are quite right when they express themselves against the principle of bourgeois parliamentarianism and bourgeois democracy.« <sup>55</sup> Concerning this issue, however, the circular of the Executive Committee of Komintern from September 1, 1919 marked a turning point. When qualifying parliamentary actions and electoral campaigns as useful they had not the conquest of parliament in mind but the conquest of state. The Komintern returned to the social democratic conception of parliamentarianism with parliaments as the center stage of revolutionary struggle »(militants) [...] go to Parliament to seize this machine (emphasis) and help the masses behind the walls of Parliament, make the jump.« These words tell why communist activists were criticizing the parliamen-

<sup>52</sup> W. SCHRÖDER (Hrsg.), Wilhelm Liebknecht, 1976, pp. 14–30, available at: <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/liebknechtw/1869/05/01.htm> [18.5.2017].

<sup>53</sup> P. BROUÉ, Histoire de l'Internationale communiste, 1997.

<sup>54</sup> »Pensée et action communistes dans la troisième Internationale«, in: IL SOVIET, 20.9.1919.

<sup>55</sup> Die Kommunistische Internationale, pp. 91–98, available at: <https://www.marxists.org/archive/lenin/works/1919/aug/28.htm> [19.5.2017].

tary system in France and Germany and at the same time integrating it into their political struggle.

On the opposite side of the political playground, parliamentary elites' contempt of parliamentarianism and their desire for strong executive power characterized the nationalist movement at the end of the nineteenth century. At the same time as the *Boulangisme* arose in France, a strong antiparliamentary current also appeared in Italy, which was supported by many intellectuals, among them prominent personalities such as De Amicis, Fogazzaro, Panzini or the poet Carducci, who complained about political corruption in unified Italy. The economic and social crisis, political scandals, and inefficient government programs facilitated the emergence of one-man political leadership.<sup>56</sup> Francesco Crispi, who became first President of the Council in 1887, and General Boulanger, who became Minister of War in France, appeared as incarnations of providential men facing the shortcomings of decadent parliamentary systems. Their political ascendance marked the beginning of a new antiparliamentary era, which soon would bring forward a network of nationalist, neo-bonapartist and fascist parties or leagues all over Europe.

The crisis of the late 1920ies and early 1930ies further increased in a part of public opinion the inclination to reject parliaments in favor of calling for a »leader« endowed with strong executive authority that would show himself capable of solving the social problems of the country, if necessary even by disregarding democratic principles. Adopted by Italian fascism or by Nazism, anti-parliamentarianism served as a kind of strategic mantra. But what the anti-parliamentarianism totalitarian parties practiced was far more than just political tactics. They used it as an essential means in their conquest of power. Inside the Reichstag, which was the institutional keystone of Weimar democracy, the NSDAP MP's practiced a filibuster strategy which after their political breakthrough in the September elections 1930 ended up in a complete blocking of the institutional game.<sup>57</sup>

As we see, the European chronology partly differs from the French case. While in France the effectiveness of anti-parliamentarianism has been marginalized since the late nineteenth century, it nurtured totalitarian (Germany, Italy) and authoritarian (Spain, Portugal, Hungary) regimes between the two world wars. Furthermore, democratic criticism of the liberal parliamentary system is part of the communist ideology and the regime of the »Volksdemokratien« set up in Central and Eastern Europe from 1945 as a model that actually supervises and directs parliamentary life in dependence of the party's leading role.

On the other side of the Iron Curtain, anti-parliamentarianism is not any more a relevant force after the Second World War in Western Europe. Instead of fundamental opposition, parliamentarianism faces a political discourse which tends to be critical but nonetheless affirmative in principle. There seems to be a kind of involvement strategy parliamentary systems operate which extends to all forces, all parties, includ-

<sup>56</sup> C. DUGGAN, *Creare la nazione*, 2000.

<sup>57</sup> N. PATIN, *Députés antiparlementaires*, 2010.

ing the most »revolutionary« ones. It is becoming increasingly difficult to do without political mediation that an elected assembly constitutes, and which is extended by growing media coverage. The variety of media reports on parliamentary debating – including accusatory broadcasts showing empty seats in plenary – strengthens the assembly's preeminence as a central political forum of the nation. This is at the expense of street politics, which appear as an area of illegitimacy linked with riot or insurrection.

These remarks raise the problem of the repertoires and rhetoric of anti-parliamentarianism once again. We think that here is obviously a need of further exploring the research field. Regarding the peaks of anti-parliamentarianism in post-war Europe, we might say that they always coincided with times of crisis of all kinds, giving it maximum visibility. The history of European democracies since the 1950s show that anti-parliamentarianism was linked to economic and social structures, political and financial scandals. Criticism is also fueled by recurring debates on the rate of absenteeism and the alimentation of the elected officials. Endemic anti-parliamentarianism has never ceased to produce a popular discourse on fraud and the inability of elected representatives. Arguments and imagery of this kind still feed populist political parties, which often explicitly resort to the traditional arsenal of anti-parliamentarianism. It also serves the denunciation of European parliamentarianism and nurtures populist Europhobia. But in the mist of Europhobia, which primarily shows an aversion to the Europe of technocrats and finance, there is emerging the call for a »real« European parliamentarianism, which would refer to democratic ideals from the extreme left of the nineteenth century.<sup>58</sup> This debate brings up popular sovereignty and its constitutional translation back to the agenda of the European democratic space.

## Reference List

- Albertazzi, Daniele/Duncan McDonnell: *Twenty-First Century Populism: The Spectre of Western European Democracy*, London 2007.
- Banti, Alberto Mario: *Retoriche e idiomi. L'antiparlamentarismo nell'Italia di fine Ottocento*, in: *Storica* 3 (1995).
- Barrès, Maurice: *L'Appel au soldat*, Paris 1900.
- Barrès, Maurice: *Le Roman de l'énergie nationale: Les déracinés*, Paris 1897.
- Barrès, Maurice: *Leurs figures*, Paris 1902.
- Barrès, Maurice: *Une journée parlementaire, comédie de mœurs en 3 actes*, Paris 1894.
- Bavaj, Ricardo: *Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik*, Berlin 2005.
- Benoist, Charles: *La Réforme parlementaire*, Paris 1902.
- Bernard, Mathias: *La Guerre des droites. Droite et extrême droite de l'affaire Dreyfus à nos jours*, Paris 2007.

<sup>58</sup> Y. MENY/Y. SUREL, *Democracies and the Populist Challenge*, 2002; D. ALBERTAZZI/D. MCDONNELL, *Twenty-First Century Populism*, 2007; D. REYNIÉ, *Populismes*, 2011.

- Berstein, Serge: *Histoire du gaullisme*, Paris 2001.
- Berstein, Serge: *Histoire du Parti radical*, 2 vol., Paris 1982.
- Berstein, Serge: *Le 6 février 1934*, Paris 2001.
- Birnbaum, Pierre: *La France aux Français: Histoire des haines nationalistes*, Paris 1993.
- Birnbaum, Pierre: *Le Peuple et les Gros. Histoire d'un mythe*, Paris 1979.
- Birnbaum, Pierre: *Un mythe politique: la »République juive«*. De Léon Blum à Mendès France, Paris 1988.
- Bohotis, Thanassis N.: *Antiparlamentarismo y nacionalismo en la ideología de la dictadura de los coronels*, in: *Studia Historica. Historia contemporanea* 21 (2003), pp. 45–63.
- Bouchet, Thomas: *Noms d'oiseaux. L'insulte en politique de la Restauration à nos jours*, Paris 2010.
- Bouhey, Vivien: *Les Anarchistes contre la République 1880–1914. Contribution à l'histoire des réseaux sous la Troisième République*, Rennes 2008.
- Broué, Pierre: *Histoire de l'Internationale communiste, 1919–1943*, Paris 1997.
- Cagnat, Cédric: *Politiques de la violence*, Paris 2012.
- Caron, Jean-Claude: *Un mal français? Quelques remarques sur la généalogie de l'antiparlamentarisme*, in: *Parlement(s)* 9 (2013), pp. 23–34.
- Caron, Jean-Claude/Jean Garrigues (ed.): *L'Antiparlamentarisme en France* 9 (2013).
- Chandernagor, André: *Un Parlement pourquoi faire?*, Paris 1967.
- Cuomo, Ettore: *Critica e crisi del parlamentarismo (1870–1900)*, Torino 1996.
- Dard, Olivier: *Le rendez-vous manqué des relèves des années trente*, Paris 2002.
- Defrasne, Jean: *L'Antiparlamentarisme en France*, Paris 1990.
- Die Kommunistische Internationale. *Zeitschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale* 4/5 (1920).
- Döring, Martin: *»Parlamentarischer Arm der Bewegung«: Die Nationalsozialisten im Reichstag der Weimarer Republik*, Düsseldorf 2001.
- Dubois, Jean-Étienne: *De l'anticartellisme à l'antiparlamentarisme dans la France des années vingt*, in: *Siècles* 32 (2010).
- Duggan, Christopher: *Creare la nazione. Vita di Francesco Crispi*, Roma/Bari 2000.
- Durner, Wolfgang: *Antiparlamentarismus in Deutschland*, Würzburg 1997.
- Garrigues, Jean (ed.): *Changer de République, 1962–2004*, *Parlement(s)* 3 (2004).
- Garrigues, Jean: *Le Boulangisme*, Paris 1992.
- Garrigues, Jean: *Le boulangisme est-il antiparlémentaire?*, in: *Parlement(s)* 9 (2013), pp. 49–71.
- Heintzen, Jean-François: *»Maxou«: »Regardez-les donc sauter, c'est nos députés!«*. *L'antiparlémentarisme en chansons, 1880–1934*, in: *Siècles* 32 (2010).
- Hoffrogge, Ralf: *Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland: Von den Anfängen bis 1914*, Stuttgart 2011.
- Hollander, Paul (ed.): *Political Violence: Belief, Behavior, and Legitimation*, London 2008.
- Jeanneau, Benoît: *L'Antiparlémentarisme d'hier à aujourd'hui*, in: *Pouvoirs* 64 (1993), pp. 23–34.
- Joly, Bertrand: *Déroulède: l'inventeur du nationalisme français*, Paris 1988.
- Joly, Bertrand: *Les projets constitutionnels du boulangisme*, in: *Bibliothèque de l'École des Chartes* 166 (2008), pp. 515–541.
- Jones, R. W.: *Anti-Parliamentarianism and Communism in Britain 1917–1921*, in: *The Raven* 3 (1990), pp. 245–62.
- Julliard, Jacques: *Les gauches françaises: 1762–2012. Histoire, politique et imaginaire*, Paris 2012.
- Kechichian, Albert: *Les Croix de feu à l'âge du fascisme. Travail, famille, patrie*, Paris 2006.
- Léonard, Mathieu: *L'émancipation des travailleurs. Une histoire de la Première Internationale*, Paris 2011.

- Leymarie, Michel/Jacques Prévotat (ed.): *L'Action française. Culture, société, politique*, Villeneuve-d'Ascq 2008.
- Lilla, Joachim: *Statisten in Uniform, Die Mietglieder des Reichstages 1933–1945*, Düsseldorf 2004.
- Martin, Jean-Clémentin (ed.): *Dictionnaire de la Contre-Révolution*, Paris 2011.
- Mény, Yves/Yves Surel: *Democracies and the Populist Challenge*, London 2002.
- Mitterrand, François: *Le Coup d'Etat permanent*, Paris 1964.
- Mollier, Jean-Yves: *Le Scandale de Panama*, Paris 1992.
- Passmore, Kevin: *The Right in France from the Third Republic to Vichy*, Oxford 2013.
- Patin, Nicolas: *Députés antiparlementaires. Théories et pratiques de l'antiparlementarisme chez les députés du Reichstag sous la République de Weimar*, in: *Siècles 32* (2010).
- Patrucco, Armand: *The critics of the Italian parliamentary system, 1860–1915*, New York 1992.
- Pinon, Stéphane: *Les réformistes constitutionnels des années trente. Aux origines de la Ve République*, Paris 2003.
- Rémond, René: *Les droites en France*, Paris 1983.
- Reynié, Dominique: *Populismes: la pente fatale*, Paris 2011.
- Rials, Stéphane: *Le légitimisme*, Paris 1983.
- Rother, Bernd: *Die Sozialistische Internationale*, in: *Leibniz Institute of European History (IEG), European History Online (EGO)*, Mainz 2012, available at: <http://www.ieg-ego.eu/rotherb-2012-de> [19.5.2017].
- Roussellier, Nicolas: *Le Parlement dans la tourmente 1914–1940*, in: Jean Garrigues (ed.), *Histoire du Parlement de 1789 à nos jours*, Paris 2007, pp. 315–372.
- Rouso, Henry: *Le Régime de Vichy*, Paris 2007.
- Schröder, Wolfgang (ed.): *Wilhelm Liebknecht. Kleine politische Schriften*, Leipzig 1976.
- Souillac, Romain: *Le mouvement Pujade. De la défense professionnelle au populisme nationaliste (1953–1962)*, Paris 2007.
- Tillier, Bertrand: *La RépubliCature, la caricature politique en France 1870–1914*, Paris 1997.
- Villalba, Bruno: *L'esquive. La gauche et la droite face au Front national*, in: Pascal Delwit/Jean-Michel De Waele/Andrea Rea, *L'Extrême droite en France et en Belgique*, Bruxelles 1998, pp. 203–226.
- de Waresquiel, Emmanuel/ Benoît Yvert: *Histoire de la Restauration, 1814–1830*, Paris 2002.
- de Waresquiel, Emmanuel: *Un groupe d'hommes considérables: Les pairs de France et la Chambre des pairs héréditaire de la Restauration 1814–1831*, Paris 2006.
- Winock, Michel: *La Droite*, Paris 2008.
- Winock, Michel: *La fièvre hexagonale : les grandes crises politiques, 1871–1968*, Paris 1986.



## **The Impact of a Repertoire. Anti-Parliamentarian Attitudes under the French Republican Experience 19<sup>th</sup>–21<sup>st</sup> century**

There are scores of examples and anecdotes about anti-parliamentarian ideas and anti-parliamentarian attitudes in France. Even if it might be puzzling, it is not an exaggeration to say that the history of French republics is inseparable from a strong tradition of anti-parliamentarianism. On one hand, French Republican tradition has always been remembered in close connection with the National Assembly, as the French parliament was seen as the true embodiment of the people's sovereignty. But, on the other hand, French political tradition is also characterized by a vast repertoire of criticisms or plain rejection of parliamentarianism. Despite all political outcomes enacted by legislation in the course of the first decades of the Third Republic, such as the creation of the public school system during the 1880s or the law of separation of church and state in 1905, the Chamber of Deputies was permanently targeted by various political groups or parties. Strangely enough, the political left and especially the republicans were not the last to call into question the role of the assemblies. They had been staunch critiques of Parliament under the monarchy and under the regime of limited suffrage (1815–1848) and they continued to vilify the shortcomings of parliamentarianism even when they had gained a political majority in both chambers, the Chamber of deputies and the Senate (from 1876–77 on). They further lent their voice to the anti-republican opposition of the monarchist right and the Bonapartist party. Anti-parliamentarian attitudes were strong because they were widely shared, though with different nuances from right to left, including the entire political spectrum. Even in times of great legislative achievements thanks to the well-functioning parliamentary system, it was almost impossible to find a eulogy of parliamentarianism on the part of politicians or intellectuals and jurists. Rather than giving affirmative support, at least in principle, these criticisms had helped shaping what we will call a repertoire of anti-parliamentarian ideas and attitudes characterizing the politics of contemporary France.

This anti-parliamentarian repertoire distinguished itself by a double dimension. First of all it was deeply rooted in a *popular* culture originating in the first half of the 19<sup>th</sup> century which affected all republican regimes from the Second to the Fourth Republic. This popular culture was fuelled mainly by extreme movements from the right as well as from the left. Yet a second dimension of anti-parliamentarian attitudes, which was less noticeable and thus has not drawn much attention from historians, originated in the state executive and particularly on the top level of administration. It was a less visible challenge for parliamentarianism but certainly a more powerful and

more damaging source of criticisms targeting the parliamentary system. I want to sustain here that the encounter of two dimensions of anti-parliamentarianism during the 1930s and later on might explain the final failure of French parliamentary Republic.

To understand the strength of anti-parliamentarian affects and attitudes that were so widely spread among the French popular classes at the end of the 19<sup>th</sup> century and at the beginning of the 20<sup>th</sup> century, we will have to recall the high expectations that most French Republicans nourished with the idea of a »National Assembly« during the first half of the 19<sup>th</sup> century.

To illustrate the political horizon of those looking for an ideal parliament, I will take as a representative example Étienne Cabet's<sup>1</sup> portrait of a utopian republic which he sketched under the July Monarchy in his famous *Voyage en Icarie*.<sup>2</sup> The author was part of the Republican opposition against the July Monarchy. His utopian novel caused Karl Marx to categorize Cabet (1788–1856) as an »utopian socialist« thereby belonging to the ancestry of communism. Between 1839 and 1842, Étienne Cabet published two different versions of the book aimed at the popular classes and which provided a striking portrait of an ideal republic. This portrait was designed to be at the same time comprehensible and inspiring. Centre stage in his utopian republic, Cabet placed a National Assembly that he called »la Représentation nationale«. Interestingly, this utopian parliament showed two contrary features which focus the ambiguous attitudes of the republican party regarding the role and the functioning of a modern assembly.

On the one hand, Cabet gives recommendations intended to implement a preponderance of the Assembly at the expense of executive power. The »Représentation nationale« must be the only institution which really matters in the institutional realm of the Republic. In the Republic of Icaria, members of the government are not permitted to participate in legislation. They are simply excluded from drafting laws, which is considered to be the specific task of the National Assembly. Ministers and secretaries of state are to be called to appear to the Assembly merely to answer questions and to be exposed to various types of inquiries. In Cabet's mind, the executive participates in parliamentary procedures only by giving accountability to the Assembly.

On the other hand, however, Cabet also proposes some fundamental precautions designed to assure the functioning of the National Assembly. For instance, the essence of drafting and law making would be carried out by a set of fifteen parliamentary committees devoted to undertaking national enquiries and setting up public hearings. Transferring the bulk of legislative work to the committees would permit members of parliament to dedicate their time to plain and transparent political deliberations in the Assembly. Speeches of parliamentarians would have to be short and deliberately laconic. Theatrical moments would be eliminated from the floor and the art of

---

<sup>1</sup> Étienne Cabet (1788–1856) was first a French republican in the opposition of the Monarchy of July. With his utopian theory (*Icarie*), he became a »communist« that is to say an »utopian socialist« according to the famous typology made by Marx.

<sup>2</sup> É. CABET, *Voyage en Icarie*, 1846, pp. 176 f.

eloquence would be displayed sparingly but efficiently. Members of the National Assembly would have to learn the art of listening patiently to statements and arguments of their opponents without interrupting them. Neither shouting nor any other manifestations considered inappropriate would be permitted any longer. By exercising the Roman art of brevity, it would win over the French temperament of long and exhausting oratory performances. The times of chaos in legislating procedures and deliberations would be over. In other terms, the future National Assembly's performance as a legislative body would be beyond any criticism. To add an aesthetic touch to its ethical behaviour, the National Assembly of Étienne Cabet would be located in a Great National Palace. This Palace would take shape as a vast amphitheatre with 2000 seats and it would be the only building deserving the name »Palace« in the whole country. Not even the Executive would be worthy to be placed in such a »palace«. The beauty and grandeur of the »Parliament Palace« of the French Republic was designed to surmount all royal palaces or aristocratic castles in the entire world.

Reading the *Voyage en Icarie*, it becomes clear that Cabet's primary concern with his republican utopia is to locate the maximum of power in the Assembly at the expense of the executive and by doing this to fulfil the promise of transferring complete sovereignty to the people. But there is a second more implicit motive intended to confer a certain aura of national and popular *prestige* on the Parliament. In Cabet's imagination, public prestige should belong to the National Assembly exclusively, thus putting an end to the era of kings and aristocrats. Their reign was not only rooted in its constitutional and political preponderance but also in its national *prestige*. Consequently, national prestige would have to be transferred from the king to the National Assembly which would have to be re-organized in a way that it would be able to meet popular expectations and attract popular support.

Looking back on the history of French National Assemblies of the Second, the Third and the Fourth Republic, obviously, none of them ever came close to the model which had been envisioned by Étienne Cabet's utopian republic. This is the least to say. When Cabet wrote his utopia in the middle years of the July Monarchy the Chamber of Deputies had become the target of harsh criticism for being elitist and dysfunctional at the same time. Cabet was imagining and shaping an ideal assembly for an ideal republic based on the rejection of monarchical practices and the suppression of any type of aristocratic behaviour within the parliamentary assemblies.

Cabet was not the only French Republican who had great expectations concerning the future of a National Assembly in a free republic. Many republicans tended to believe in the virtues of public discussion. That was particularly the case with Léon Gambetta (1838–1882), president of the chamber of the 3<sup>rd</sup> Republic 1879/1881 and President of the Council for some months in 1881/82, who became the figurehead of the new generation of young republicans in the 1860's. With many republicans, Gambetta shared the optimistic vision of the virtue of public discussion. Public discussion would benefit both on the national level, that is to say in the National Assembly, as well as on the lowest level of hundreds of public popular meetings spreading all over the country. The words he used for promoting the republican idea of public discus-

sion were very similar to the vocabulary assigned to legitimate the new school system that the Republicans had intended to create.<sup>3</sup> The new educational system was deeply rooted in the cult of scientific reason and in methods of mutual teaching. Its guiding principle was the emancipation of human understanding, which was supposed to develop into a future republic of free thinking citizens. In the same perspective, public meetings as well as parliamentary debates would be arenas of reasonable argumentation allowing commonly shared conclusions. Gambetta himself was present at dozens and dozens of public meetings between 1869, when he won his first election at the end of the Second Empire, and his premature death in 1882, especially in the crucial campaign of 1877, which led to a Republican majority of seats in the Chamber. On these gatherings, he frequently praised the virtue of free discussion. For him, a public discussion had the function of a »fruitful mutual teaching« (un »fécond enseignement mutuel«<sup>4</sup>). According to a formula he used several times at his provincial speeches, public discussion should promote »l'éducation amicale et mutuelle de la politique«<sup>5</sup>

According to this perspective,<sup>6</sup> Gambetta wanted to cure the Republican National Assembly of the two main evils that had infected the practice of the July Monarchy's Parliament as well as the National Assembly of the Second Empire. A Republican regime would not have to struggle anymore against the evil of executives exerting bad influence through patronage or other means. In the future, its power would have to be strictly limited to a functional dependency on the Assembly's will. The executive would be a plain tool and the process of decision-making would stay in the National Assembly. The government would have to restrain from influencing or directly interfering into deliberations of the Assembly. There would be no more patronage or corruption of deputies destined to make them vote for the government at any price. Regarding the remedy of a second evil, the success of the republicans in national elections – based on the progress of education and rational knowledge – was supposed to be accompanied by the ancient parties of monarchists and Bonapartists slowly but surely disappearing from the political landscape. In Gambetta's mind, after a period of construction and of constant growth, republicans would obtain an almost total majority in the National Assembly. At this last stage of political evolution, Gambetta envisioned the emergence of two different republican parties, a moderate one and a more radically oriented party. But these republican forces, according to Gambetta, would no longer confront each other as staunch opponents. They would not try to eliminate their rival. Contrary to the old habit, both parties would from then on act together as faithful adherents of the republican regime. They would contain political struggle to

<sup>3</sup> N. ROUSSELLIER, *La force de gouverner*, 2015.

<sup>4</sup> Speech, 15.2.1876, Paris, in: J. REINACH (ed.), *Discours et plaidoyers de M. Gambetta*, 1881, pp. 130 f.

<sup>5</sup> The issue is often used by Gambetta as for him it was relevant in local public meetings as well as in the National Assembly. See: Speech of Gambetta in Paris, rue Ménilmontant, 23.4.1875 and speech at the château de la Borde, Châtelleraut, 3.10.1873, in: J. REINACH (ed.), *Discours et plaidoyers*, 1881, pp. 314–317 et pp. 80 f.

<sup>6</sup> N. ROUSSELLIER, *La force de gouverner*, 2015.

the exchange of rational arguments and strive to attain consensus. At the very least, they would find compromises as a result of having invested the necessary share of time required for the progress of public deliberation. In the due course of deliberating, the evil of division between ideological parties would be overcome. Thus public deliberation appeared to be both a pluralist process of moderating different opinions and an efficient way of law-making.

Yet Gambetta did not content himself to mere rhetorical propaganda for the public virtues of a National Assembly controlled by a republican majority. He also gave a concrete example of his personal commitment. Experiencing the Third Republic after its constitutional founding in 1875, he did not give priority to the personal conquest of executive power by becoming a minister or the president of the Council. Instead, he didn't hesitate to take up the heavy burden of being a leading member of the new Parliament and fulfilling a political office in the National Assembly. When the Republicans had secured the majority of the seats in 1876/1877 he acted as the president of the Chamber's budget committee with apparent success. He seems to have been very committed to his task, submitting himself to hard work.<sup>7</sup> As a reward for his endeavour, he was elected president of the Chamber in January 1879. He preferred this office to the more prestigious but also »monarchical« position of the presidency of the Republic. He thought the task of presiding over debates in Chamber to be crucial for assuring the functioning of parliamentary procedures. Gambetta regarded himself as a kind of guardian watching over the destiny of the republican majority. It was only twelve years after his political beginnings as a parliamentarian that he decided to pass over to the executive branch when becoming the president of the Council at the end of 1881.

Both protagonists were taken here as examples – Cabet, a republican socialist, and Gambetta, a leading figure of the young positivist generation of the 1860s – because they stood for a strong republican belief in the National Assembly's fundamental relevance for the future France. But there was also a gap opening between the prospective political order and the realities of the Republican experience from its beginnings in the 1870s. Experiencing the parliamentary Republic brought also great disappointment. Only ten years after the constitutional order of the Third Republic had been settled, a majority of republicans were already deeply disenchanted by the outcome. Political crises such as the Boulangist movement seemed to reveal that the Republic was already endangered by the end of the 1880s. The Boulangist movement proved to be particularly threatening to the young parliamentary Republic because it succeeded in attracting a remarkable part of republicans especially among those radicals who were supposed to embody and to defend the republican democratic tradition. The

---

<sup>7</sup> Gambetta has left numerous notes on tax issues. See, for instance, the letter from Gambetta to Juliette Adam, 17.10.1876, in which he talks about his project for fiscal reform. He had worked on it »night and day«, he wrote to his friend: Bibliothèque nationale de France (BnF), Nouvelles acquisitions françaises du département des manuscrits (Naf), No. 13815, F. 102–158 Lettres de Léon Gambetta à Juliette Adam.

support that Boulanger gained was largely due to the fact that the General took the Parliament as his main target and transformed it into a scapegoat. In the Boulangist propaganda, the Parliament was accused of being too unstable and therefore a threat to the nation as a political and a military power.

Disappointment was widely shared among the rank and file of the Republican party, whether they were approving the ant-parliamentarian message of Boulanger or not. Broadly speaking, two fundamental shortcomings of the parliamentary Republic were disclosed by the new anti-parliamentarian sentiment. First of all was the continuing state of division among political groups and factions of the republicans. Despite their great number, or maybe just because of it, republicans never managed to build some sort of practical unity let alone a modern political party. In consequence, the so-called Republican Party never came to the point of providing a coherent majority in the two chambers of Parliament. This particular indiscipline caused political instability in the government, which was a rather high price republicans had to pay. The notorious »ministerial crises« became a central feature of the Third Republic. One pernicious consequence of this instability and factionalism was that some important reforms were frequently delayed, notably in the field of social politics. For instance, this was the case with income tax, which had been disputed almost continuously from the 1870s onwards before it could be finally enacted in 1914.

Jean Jaurès (1859–1914) provides a good example of the growing disenchantment among republicans in the 1880ies and 1890ies. He belonged to those parliamentarians who didn't hesitate to dispose of the full repertoire of ant-parliamentarianism when addressing popular classes. Jaurès was first elected to the second Chamber in 1885. In the beginning of his political career, he was a republican with no specific affiliation, representing a new generation of republicans that emerged during the 1860ies and 1870ies taking opposition against the Second Empire and the monarchist National Assembly elected in 1871. He believed in the uniting force of the republican movement, as Gambetta did, when he saw the chance to form a united republican chamber-majority. In the footsteps of Gambetta, Jaurès dedicated much of his time to the silent work inside a parliamentary committee. He praised the deputies who spent their political life-time scrutinising all the details of bills submitted to the committees of the Chamber. Long before his conversion to socialism, he was especially interested in drafting bills destined to ameliorate working-class living conditions.<sup>8</sup> At the beginning of his parliamentary career, he was deeply convinced of the virtue of public debating. He believed that conciliation and compromise between different republican groups was always possible and should be organised. Following Gambetta's views, Jaurès believed that public discussion was divided in two parts, one of them expressing pluralism and dissent, whereas the second part including all republican factions would always strive to find consensus on finally drafting bills. In his view, the parliamentary Republic had to be effective and the Republican Party should have been able to overcome its internal divisions.

---

<sup>8</sup> J. JAURÈS, »Les fautes du parti radical«, in: LA DÉPÊCHE, 30.7.1887, in: *Œuvres* I (2009), p. 325.

Despite this previous optimism, after 1887 onwards and right in the middle of his term in the Chamber of deputies, Jaurès began to express his doubts about the functioning of the French Parliament.<sup>9</sup> He started to speak about the governmental instability as the greatest evil of the Republic. He maintained that this volatility was a consequence of political divisions separating groups in parliament. Far from being dominant and united, republicans had to cope with the fundamental opposition of the former monarchists. The so-called »old parties« had not vanished as quickly as the republicans would have expected. The republicans themselves were divided in one moderate wing and one radical wing. To some extent, this dividing line was simply appropriate or practicable, corresponding to what positivist republicans had anticipated. The problem, according to Jaurès, was the incapacity of republicans to compromise even on such important issues as voting relief measures to the suffering working class. Broad disappointment explains the stance which Jaurès took when participating in the debate over a constitutional revision in the late 1880s. Yet he did not join the Boulangist movement and rejected any authoritarian solution. But although he refused any idea of a military coup, unlike prominent republicans as Jules Ferry (1832–1893) Jaurès would never ignore the Boulangist movement's social significance and popular social roots. He understood the disappointment of the popular classes while disapproving at the same time of their anti-Republican disposition. Jaurès' reflection on populism stands at the origin of his conversion to socialism, which took place in the early 1890ies. Apart from its economic and social agenda, socialism would also lead Jaurès to a different conception of a constitutional republican order. The discipline which the future republican socialists showed when they voted for social reforms would enable Parliament to find the efficiency and capacity which was required to meet the expectations of the popular classes.

Jaurès reaction gave an impression of how deeply disappointment extended to the ranks of the republicans in the 1880ies and 1890ies. But ant-parliamentarian feelings were not confined to the world of politicians. Discontent was widespread in the whole country. Although it was short-lived, Boulanger's rise gave an indication of anti-republican political inclinations. Thus, to state that in the long run republican tradition won the struggle against monarchism and overrode the traditional longing for a strong executive power is only half the story. It is also true that the French republican experience lost the game on a second crucial battlefield. The republic did not care enough to establish a popular *public image* of its own and thus failed to gain political prestige.

Following this point of view, we may also recognize the emergence of two conflicting tendencies in the same period between the 1880s and the First World War. On one side, we observe in the parliamentary power game a political weakening of the executive. Its loss of power was expressed by frequent changes of government and by the difficulties which ministers had to face when legislating against the will of parlia-

---

<sup>9</sup> See, for instance, the article »Les partis«, in: LA DÉPÊCHE, 24.12.1887. J. JAURÈS, Œuvres de Jean Jaurès, 2009, p. 334.

mentary committees. Paradoxically, we see at the same time a rehabilitation of the executive taking place through the symbolic and ceremonial action of the presidents. It is particularly illuminating to examine the resonance which the different presidents of the Republic received when they were on their provincial journeys.<sup>10</sup> The practice had been inaugurated by Sadi Carnot (1837–1894) in the late 1880ies, precisely with the intention of emulating and at the same time damaging the popularity of General Boulanger by using almost the same tools. The practice was continued even beyond the decline of the Boulangist movement in relatively peaceful times throughout the 1890ies and 1900ies. Several characteristics of these presidential journeys should be mentioned here. The journeys tended to become more and more frequent from Sadi Carnot, who presided from 1887 until 1894, to the times of Raymond Poincaré (1860–1934), who was elected in 1913 and stayed in the office until 1920. Most presidential journeys lasted a considerable period of time, extending between several days up to one or two weeks. Journeys were neither confined to one major town nor to one or maybe two outstanding speeches but extended to an enlarged itinerary including a whole region with a greater number of public performances. The protocol adopted by the republican presidents was completely different from the former monarchical or imperial set of formal rules. The president was not to present himself as an exceptional figure keeping distance from the population as if he was a sacred power.<sup>11</sup> He was not supposed to appear radiant or raise himself above the crowd but act modestly and stay close to the people. The president had to embody the ordinary republican citizen. He should not give the impression of longing for more power. He had to be ready to listen to the ordinary man at any time and take heed of his concerns. His public speeches were not meant to relate directly to current political debates of the assembly, but were destined to praise the virtues of national unity and take reference to progress and justice in very general terms.

In sum, presidential journeys turned out to be a great popular success gathering huge crowds in every part of France. They were successful in providing to the presidency a kind of a national and popular prestige despite the weakness of the role of the various presidents regarding the political scene (the capacity of presidents to influence the legislative work, for instance, or to play a prominent role within the executive). In any case, presidential success marked a sharp contrast to the image of the assemblies. The political spectacle displayed by the parliamentary debates conflicted with the social values and collective expectations of the popular classes. Referring once again to Cabet's utopian National Assembly, members of Parliament were all figured as hard workers enabling Parliament to legislate efficiently. Laws were all passed in due time and parliamentarians shared the same set of values as manual workers did: they all believe in the outcome of their work. But in fact, the real world of the republican Par-

---

<sup>10</sup> N. ROUSSELLIER, *La force de gouverner*, 2015.

<sup>11</sup> See the Durkheim's analysis on personages which have taken a prominent social function (as a chief of state) and receive marks of respect and distance as if they were sacred. É. DURKHEIM, *Les Formes élémentaires*, 1991, p. 376.

liament was strikingly different. Endless speeches and internal divisions, a constant loss of time and political deadlocks paralysing the working committees were responsible for a widely shared bad public image of parliamentarianism. Social reforms were delayed for years or even decades before it finally came to a vote. All these deficiencies tended to nourish anti-parliamentarian attitudes. The anti-parliamentarian repertoire was particularly attractive among the popular classes. These motivated socialists to deny full support to the parliamentary Republic even though they participated in parliamentary life. They displayed a harsh rhetorical repertoire directed towards both houses but above all against the Senate. They even questioned the existence of the second chamber of the French Parliament, which they estimated as being »*orleanist*«, too monarchical and too aristocratic regarding its social composition. Obviously, the critical attitude of socialists contributed to an anti-parliamentarian culture which emerged especially among their own electoral clientele consisting of industrial workers and middleclass employees.

The political impacts of the ant-parliamentarian repertoire have to be considered in close relation to the development of popular attitudes and the great disappointment which the Third Republic evoked. In the long run, it generated a negative public image of the French Parliament during the whole period from the 1880ies to the 1930ies. A growing anti-parliamentarian sentiment was also nourished, even if only in subtle ways, by political conceptions widely spread within the ranks of higher administration and its civil service. Although administrative anti-parliamentarianism did not act overtly, a general depreciation of parliamentary work became habitual in the judicial and administrative elite. Three explanations for this phenomenon are to be named here. First, old administrative traditions were already rooted, while a new republican experience characterized by a democratic parliament had to establish itself. The formation of a modern centralized state administration goes back to the 16<sup>th</sup>/17<sup>th</sup> century.<sup>12</sup> Several key administrative institutions such as the *Conseil d'Etat* had survived the rise of the new Republic. It has been noticed that civil servants cultivated a sense of dignity and superiority compared to the world of parliamentarians and politicians. Serving the state had a higher moral value than dedicating oneself to parliamentary life. Civil service was equated with serving the »general interest« whereas people's representatives were always suspected of promoting special interests which often contradicted the common good and thus MPs were always torn between their internal divisions. This cultural bias cultivated by most state employees had its more refined equivalent in the principles of French public law. Founded on the autonomy of judicial process, the French Administration disposed of its own instruments of decision-making including a set of regulatory powers (decrees, regulations etc.). The use of these regulatory competences was crucial for the growth of state bureaucracy and particularly for the emergence of modern administrative structures which had been developed to promote social reform and the foundations of the welfare state. In the crucial

---

<sup>12</sup> See A. RIGAUDIÈRE, *Histoire du droit*, 2006.

period between 1880 and the First World War, the doctrine of French public law constantly increased its superiority over parliamentary legislation. Legal enactment by administrative decrees had the advantage that it was presumed to be conceptualized in accordance with the »general interest«, and, secondly, unlike parliamentary legislation it could be submitted to a judicial review at any time.

In the 1930s the anti-parliamentarian repertoire and the tradition of French public law converged and reinforced rhetorical attacks on parliamentarianism on the central political stage. Popular unrest targeting the Parliament (the famous riot in Paris against the Chamber of Deputies on the 6 February 1934<sup>13</sup>) coincided with an intensified use of regulatory powers by governments both from right and left. From the mid-1920s, governments frequently resorted to administrative decrees and enactments in their struggle against financial disorder and budget deficits. In the great depression of the 1930s, when governments had to cope with economic crisis, social unrest and international tensions alike, administrative law enactment reached its climax. In different domains (economic planning, social reforms and rearmament) administrative decrees dominated the political process at the expense of parliamentary legislation. This was notably the case after 1936, when governments of the Popular Front were in power. The more the government relied on administrative measures and statutory law, the more Parliaments appeared useless in the view of public opinion. During the second half of the 1930s, legislation against the economic crisis was not made by Parliament but by the executive using exceptional and full powers. For a whole generation of high civil servants, the experience of politics in the 1930s became crucial. Those years signified for them that the Republic could not rely any more on a Parliament which had proved to be incompetent and undisciplined since the first decades of the French republican experience starting from the 1880s. Statutory law-making appeared not merely as an exceptional political remedy but as a necessity and opened a new perspective of practical decision-making. Parliamentarianism, with its inherent divisions and functional shortcomings, seemed to be incapable of handling the existential crises the nation had to face, including fundamental disorders of the economy and the threat of war.

### Summary

Ant-parliamentarian attitudes emerged with the origins of the French republican experience. One explanation for the widespread disdain of parliamentarianism is the lack of prestige in public opinion that a barely visible working assembly faced. By contrast, executive power gained a certain prestige and even popularity regarding the presidency, although this growing affirmation sharply contradicted republican ideals and traditions. Despite their inferior role concerning political decision-making, the pres-

---

<sup>13</sup> S. BERSTEIN, *Le 6 février 1934*, 1975. A. KÉCHICHIAN, *Les Croix*, 2006 (on the role of the most successful league of the time).

idents of the Republic became the only firm and popular institution from the 1880s onwards. A second reason for the emergence of anti-parliamentarian sentiments is a more sophisticated idea of good governance according to which administrations were acting far better than legislative bodies in terms of rapidity, authority and efficiency. The growing habit of law enactment by governments from the right as from the left leaves conspicuous traces in the political history of French Republics.

The anti-parliamentarian repertoire had its greatest impacts during the French republican experience when it was fuelled not only by classical popular anti-parliamentarian images and arguments but was also supported by equal tendencies within the administrative state. In principle, anti-parliamentarian attitudes should be considered a popular phenomenon as well as elitist habitual behaviour. The convergence of both phenomena explains the strong rejection of parliamentarianism in the 1940ies. General de Gaulle's movement of the *France Libre* and the provisional government of 1944–1945 made extensive use of administrative powers (notably the famous ordinances). Despite an apparent restoration of a strong Parliament and the return of ministerial crises, the Fourth Republic had to face the experience of growing administrative pre-eminence. The Gaullist Republic established in 1958 successfully synthesized different trends when it reduced the assembly's political role to the margin and at the same time accomplished the concentration of powers in the executive sphere.<sup>14</sup>

## Reference List

- Berstein, Serge: »Le 6 février 1934«, Paris 1975.
- Cabet, Étienne: *Voyage en Icarie*, Paris 1846 [1<sup>st</sup> ed. 1839].
- Durkheim, Émile: *Les Formes élémentaires de la vie religieuse. Le système totémique en Australie*, Paris 1991 [1<sup>st</sup> ed. 1912].
- Jaurès, Jean: *Œuvres de Jean Jaurès*, vol. 1, *Les années de jeunesse (1859-1889)*, presentation and editioned. by Madeleine Rebérioux and Gilles Candar, Paris 2009, p. 334.
- Jaurès, Jean: *Œuvres*, vol. 1: *Les années de jeunesse, 1859–1889*, ed. by Gilles Candar/Madeleine Rebérioux, Paris 2009.
- Kéchichian, Albert: »Les Croix de Feu à l'âge des fascismes«, Seyssel 2006.
- Reinach, Joseph (ed.): *Discours et plaidoyers de M. Gambetta*, vol. 4, part 3 (10 juin 1873–31 décembre 1875), Paris 1881.
- Reinach, Joseph (ed.): *Discours et plaidoyers de M. Gambetta*, vol. 3, part 2 (19 septembre 1872–16 mai 1873), Paris 1881.
- Rigaudière, Albert: *Introduction historique à l'étude du droit et des institutions*, Paris 2006.
- Roussellier, Nicolas: *La Force de gouverner. Le pouvoir executive en France, XIXe–XXIe siècles*, Paris 2015.

<sup>14</sup> This text is drawn from the presentation made in the EuParl.net Conference on »Parlamentarismuskritik und Antiparlamentarismus in Europa« held in Berlin in May 2015. This presentation reasserts different analyses (on Gambetta and Jaurès, on the use of decree-laws and the role of the high administration) that have nourished my book: N. ROUSSELLIER, *La Force de gouverner. Le pouvoir executive en France, XIXe–XXIe siècles*, Paris, Gallimard, Nrf-Essais, 2015.



## **Der Sozialismus als »Krönung der Demokratie«. Die SED, die sowjetische Besatzungsmacht und der Antiparlamentarismus in den Landtagen der SBZ/DDR**

### **1. Einleitung**

Seit geraumer Zeit beschäftigen sich sowohl die Vergleichende Politikwissenschaft als auch die historische Forschung mit der Entwicklung des antiparlamentarischen Denkens und Handelns von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Aus ihren Reihen sind einschlägige Studien hervorgegangen, die sich dem komplexen Themenfeld aus sehr unterschiedlichen Perspektiven widmen.<sup>1</sup> Dabei fällt es auf, dass die meisten dieser Arbeiten, soweit sie sich auf die Entwicklungen in Deutschland beziehen, ihr Augenmerk auf die antiparlamentarischen Strömungen im Kaiserreich sowie in der Weimarer Republik richten. Gerade die Jahre zwischen 1918 und 1933 stoßen auf ein gesteigertes Interesse, als die Gegner der ersten parlamentarischen Demokratie gegen die bestehenden Verhältnisse »anschrrieben« beziehungsweise sie auszunutzen trachteten, um ihre Beseitigung zu erwirken. Das Bild von »Weimar« als einer »Republik nicht ohne, aber mit viel zu wenigen Republikanern«<sup>2</sup> ist weithin geläufig; es bietet der Forschung zum Antiparlamentarismus immer wieder neue Ansatzpunkte.<sup>3</sup>

Demgegenüber hat die Frage, wie sich solche Phasen des politischen Übergangs darstellen, die durch einen grundlegenden Systemwandel, etwa von der Demokratie in die Diktatur, geprägt werden, bislang nur vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit gefunden. Inwieweit hielten antidemokratisch gesinnte Kräfte, sobald sie über die Mehrheit in den Volksvertretungen und die Macht verfügten, an Elementen der von ihnen abgelehnten parlamentarischen Prinzipien fest und formten diese im Interesse ihrer eigenen Absichten um? Es ist naheliegend, einen solchen Zugang zunächst auf die Entwicklungen im Kontext der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 zu beziehen.<sup>4</sup> Gleichwohl erschließen sich der historischen Parlamentarismusforschung auch weitere Untersuchungsfelder, die zwar auf den ersten Blick weniger vertraut sein mögen, die deswegen aber keineswegs minder erhellend sind.

---

<sup>1</sup> Aus der Forschungsliteratur im europäischen Kontext seien stellvertretend genannt J. DEFRAISNE, *L'antiparlementarisme*, 1990; W. DURNER, *Antiparlamentarismus*, 1997; T. VILLIS, *Reaction*, 2006.

<sup>2</sup> H. THOSS, *Demokratie ohne Demokraten?*, 2008, S. 182.

<sup>3</sup> R. BAVAJ, *Von links gegen Weimar*, 2005; M. DÖRING, »Parlamentarischer Arm«, 2001; C. JAHR, *Antiparlamentarismus*, 1999; C. JANSEN, *Antiliberalismus*, 2001; L. E. JONES (Hrsg.), *The German Right*, 2014; R. PROBST, *NSDAP*, 1998; H.-W. SCHONDELMAIER, *NSDAP*, 1982.

<sup>4</sup> Vgl. J. LILLA (Bearb.), *Statisten in Uniform*, 2004; W. REINICKE, *Inszenierung*, 2005.

Wenn es darum geht, antiparlamentarische Vorstellungen in Phasen des politischen Wandels zu beleuchten, dann eignen sich die Landtage in der SBZ und frühen DDR als Untersuchungsobjekte in besonderer Weise. Anders als ihre westdeutschen Pendanten, die sich als zentrale Grundpfeiler der demokratischen und föderalen Ordnung der Bundesrepublik bewährt haben, sind die fünf ostdeutschen Landesparlamente der Nachkriegszeit weithin aus der Wahrnehmung der Forschung verschwunden. Diese Landtage bestanden nur für einen kurzen Zeitraum; nach ihrer Konstituierung im November 1946 wurden sie bereits kaum sechs Jahre später im Sommer 1952 infolge der administrativen Umgestaltung der DDR wieder aufgelöst. In der wechselvollen Geschichte des deutschen Parlamentarismus kommt ihnen bislang der Stellenwert einer Randnotiz zu. Das Urteil des Hallenser Politikwissenschaftlers Everhard Holtmann, bei den Landesparlamenten in der SBZ/DDR habe es sich lediglich um »ein demokratisches Experiment ›im Schatten der Diktatur« gehandelt, das von Beginn an zum Scheitern verurteilt gewesen sei, steht stellvertretend für die gängige Forschungsmeinung.<sup>5</sup>

Ob diese Einschätzung tatsächlich zutrifft oder ob nicht auch sehr viel differenziertere Sichtweisen denkbar sind, das kann an dieser Stelle nicht näher erörtert werden. Stattdessen möchte der vorliegende Beitrag der grundsätzlichen Frage nachgehen, inwieweit antiparlamentarische Vorstellungen in den genannten Landtagen zum Tragen kamen und sie das Handeln der Abgeordneten bestimmten. Freilich geschieht dies unter der Maßgabe, dass es ausschließlich um jene Kritik- und Argumentationsmuster gehen kann, die aus dem Spektrum der extremen Linken, hauptsächlich von kommunistischer Seite, artikuliert wurden, denn bekanntlich war die organisierte politische Rechte, wie sie noch in den 1920er und frühen 1930er Jahren wortmächtig und einflussreich bestanden hatte, im sogenannten Arbeiter- und Bauernstaat nicht im Parteiensystem vertreten. Die 1948 gegründete National-Demokratische Partei Deutschlands, die man vielleicht noch am ehesten für einen Sammelpunkt deutschnationaler und rechtskonservativer Kräfte halten könnte, besaß in der Realität der SED-Diktatur als servile Blockpartei nur eine nachrangige Relevanz.<sup>6</sup> Doch in welchem Umfang wurden tradierte Elemente der Parlamentarismuskritik von links, die bereits im Kaiserreich und der Weimarer Republik bestanden hatten, nach 1945 in den Landtagen zwischen Elbe, Werra und Oder fortgetragen?

Aus naheliegenden Gründen wird sich die Darstellung in erster Linie mit den Parlamentsfraktionen der SED und ihren Abgeordneten auseinandersetzen. Dabei ist anzumerken, dass es sich bei der SED der späten 1940er Jahre um eine überaus heterogene Massenpartei mit fast 1,8 Millionen Mitgliedern handelte, in der sich unter dem Label der »Einheitspartei« zahlreiche linke Strömungen versammelten.<sup>7</sup> Die

<sup>5</sup> E. HOLTSMANN, Geleitwort, in: C. TRITTEL, Landtagsfraktionen, 2006, S. VII. – Zur wissenschaftlichen Rezeption der Landtage siehe auch M. C. BIENERT, Zwischen Opposition und Blockpolitik, 2016, S. 15–17.

<sup>6</sup> Vgl. M. WALTER, National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD), 2002.

<sup>7</sup> Vgl. A. MALYCHA, Partei von Stalins Gnaden?, 1996, S. 81 f.; A. MALYCHA/P. J. WINTERS, SED, 2009, S. 37–46.

Landtagsfraktionen waren ein Spiegelbild dieses zunächst noch disparaten Zustands: Neben überzeugten Kommunisten, die bereits lange vor 1933 politisch aktiv gewesen waren, die die Konzentrationslager der Nationalsozialisten überlebt hatten und die nun die historische Stunde angebrochen sahen, um im Sinne Lenins die Weltrevolution zu verwirklichen, fanden sich verdiente Sozialdemokraten, die im Dienste für den Staat und die Arbeiterbewegung grau geworden waren. Für sie standen oftmals eine pluralistische Gesellschaft und das Wesen der Demokratie im Mittelpunkt der politischen Grundwerte – der Sozialismus sollte auf friedlichem und demokratischem Weg erreicht werden. Zwischen diesen beiden Positionen fanden sich in den Fraktionen, wie auch in der gesamten Partei, viele Farbnuancen. Insofern kann es in diesem Beitrag lediglich darum gehen, einen Ausschnitt der Parlamentarismusvorstellungen innerhalb der SED zu behandeln.

Die fünf Landtage in Potsdam, Schwerin, Dresden, Magdeburg und Weimar beziehungsweise Erfurt ordneten sich zwischen 1946 und 1952 in einen besonderen politischen Rahmen ein, der von der sowjetischen Besatzungsmacht vorgegeben wurde. Im Einflussbereich der UdSSR bestand zu keinem Zeitpunkt die Möglichkeit zu einem freien Spiel der Kräfte. Entgegen der von Wilfried Loth noch Mitte der 1990er Jahre vertretenen These, dass Stalin ein nach westlichen Maßstäben demokratisches Nachkriegsdeutschland angestrebt habe<sup>8</sup>, belegt die inzwischen kaum mehr überschaubare Vielzahl an Studien zur sowjetischen Deutschlandpolitik in großer Übereinstimmung, dass die Absichten der Kremlführung sowie der ihr nachgeordneten Militäradministration darauf abzielten, von Beginn an die politische Kontrolle über sämtliche Vorgänge im eigenen Machtbereich zu sichern. Dazu zählte insbesondere die politische Überwachung und Lenkung der zugelassenen Parteien, der deutschen Verwaltungen sowie der Volksvertretungen.<sup>9</sup> Im großen Unterschied zu den klassenkämpferischen Verlautbarungen der Kommunisten in den Westzonen und der frühen Bundesrepublik erwies sich die antiparlamentarische Kritik von links in der SBZ/DDR nicht als eine randständige Meinung, sondern sie entsprach ganz der von der Besatzungsmacht protegierten weltanschaulichen Doktrin.

## 2. Traditionen des linken Antiparlamentarismus

Als die Landtage in der SBZ in der zweiten Novemberhälfte 1946 zu ihren ersten Sitzungen zusammentraten, waren sich die Abgeordneten der historischen Bedeutung der Stunde durchaus bewusst: Nach mehr als 12 Jahren der nationalsozialistischen Tyrannei nahmen nun erstmals Volksvertretungen ihre Arbeit wieder auf, deren Zusammensetzung auf den Ergebnissen von einigermaßen demokratischen Abstimmungen basierte – obwohl man an den Umständen, unter denen diese nur bedingt

<sup>8</sup> Vgl. W. LOTH, *Stalins ungeliebtes Kind*, 1994, S. 223.

<sup>9</sup> Vgl. S. CREUZBERGER, *Parlamentarische Demokratie*, 2001.

freien Wahlen stattgefunden hatten, erhebliche Kritik üben musste.<sup>10</sup> Wie für ihre Kollegen in den westdeutschen Landesparlamenten bildete auch für die Mandatsträger in den Landtagen der SBZ die Weimarer Republik – genauer gesagt: ihr Scheitern – den zentralen Referenzpunkt des politischen Erfahrungshorizonts. Sie alle hatten das Ende 1933 miterlebt. In den Reihen der SED-Fraktionen, aber auch unter den Christ- und Liberaldemokraten gab es viele Volksvertreter, die nach Hitlers Machtübernahme unter Verfolgungen gelitten hatten, aus den Ämtern verdrängt und in die Gefängnisse und Konzentrationslager verschleppt worden waren. Über die Grenzen der Fraktionen hinweg herrschte die Einsicht vor, dass die erste Republik vor allem an ihren Schwächen gescheitert wäre. Diese Erkenntnis war gleichfalls unter den Politikern in den Westzonen verbreitet.<sup>11</sup>

Doch trotz dieses Konsenses, der in der Anfangsphase einen nicht zu unterschätzenden Willen zur Zusammenarbeit beim Wiederaufbau des Landes erklärte, bestanden zwischen den verschiedenen politischen Richtungen in den Volksvertretungen in Bezug auf ihr Verhältnis zur Demokratie im Allgemeinen sowie zum parlamentarischen System im Besonderen gravierende Unterschiede. Während die Abgeordneten in den Reihen der CDU und der LDP, aber auch viele ehemalige Sozialdemokraten von der Hoffnung getragen waren, dass man nun den Grundstein für eine rechtsstaatlichen und pluralistischen Prinzipien verpflichtete Republik, also für ein besseres »zweites Weimar«, legen werde, konnten sich in den SED-Fraktionen ehemalige Kommunisten rasch eine dominierende Position sichern. Unter ihnen war hingegen die Ablehnung des »bürgerlichen« parlamentarischen Systems weit verbreitet. Dabei kamen Vorstellungen zum Tragen, die auf eine lange Tradition in der antiparlamentarischen Kritik seitens der extremen Linken blickten.

Der marxistisch-leninistischen Lesart zufolge wurden Parlamente als Repräsentationselemente der bislang herrschenden Klasse, also der Bourgeoisie, betrachtet. Die theoretischen Grundlagen dieser Interpretation gingen bis zu den Überlegungen Jean-Jacques Rousseaus zur Bedeutung der Volkssouveränität zurück, wie er sie im *Contrat Social* (1762) darlegte. Rousseau zufolge sei die Souveränität des Volkes weder veräußerlich noch könne sie durch gewählte Repräsentanten vertreten werden, weil sie wesentlich im Gemeinwillen bestehe: »Die Abgeordneten des Volkes sind also nicht seine Vertreter, noch können sie es sein, sie sind nur seine Beauftragten; sie können nicht endgültig beschließen. Jedes Gesetz, das das Volk nicht selbst beschlossen hat, ist nichtig; es ist überhaupt kein Gesetz.«<sup>12</sup> Der Gemeinwille, die *volonté générale*, sei der »immer gleichbleibend[e], unveränderlich[e] und rein[e]« Ausdruck des Willens der Gesamtheit.<sup>13</sup> Weil die Individuen ein gemeinsames, übergeordnetes Interesse einig, das auf einfachen und klaren, dem Wohlergehen Aller verpflichteten Prinzipien

<sup>10</sup> Vgl. K.-H. HAJNA, Landtagswahlen, 2000.

<sup>11</sup> Vgl. M. C. BIENERT, Zwischen Opposition und Blockpolitik, 2016, S. 136; S. ULLRICH, Weimar-Komplex, 2009, S. 615.

<sup>12</sup> J.-J. ROUSSEAU, Gesellschaftsvertrag [1762], 1977, S. 103.

<sup>13</sup> Ebd., S. 113.

beruhe, stehe am Ende immer die Einstimmigkeit des Gemeinwillens.<sup>14</sup> Demgegenüber wiesen »lange Debatten [...], Meinungsverschiedenheiten, Unruhe« auf das Anwachsen der Partikularinteressen und den Niedergang des Staates hin.<sup>15</sup> Rousseau entwarf sein radikaldemokratisches Modell der Volkssouveränität in Abgrenzung zur repräsentativen Demokratie, wie sie sich in England seit dem 17. Jahrhundert herausgebildet hatte: »Das englische Volk glaubt frei zu sein, es täuscht sich gewaltig, es ist nur frei während der Wahl der Parlamentsmitglieder; sobald diese gewählt sind, ist es Sklave, ist es nichts.«<sup>16</sup>

Ein Jahrhundert später griffen Karl Marx und Friedrich Engels die Gedanken des Philosophen aus Genf in Teilen auf. Ihre Beobachtung der politischen Entwicklungen insbesondere in Frankreich und England, aber auch in anderen europäischen Staaten während der 1840er und 1850er Jahre schienen zu bestätigen, dass die bürgerlichen Parlamente nicht die Interessen des Proletariats, sondern lediglich diejenigen der vermögenden Klasse repräsentierten. Die bürgerliche Republik bedeute »die uneingeschränkte Gesamtdespotie einer Klasse über andre Klassen«, schrieb Marx mit Blick auf die Vorgänge in Frankreich seit der Februarrevolution von 1848.<sup>17</sup> Auch wenn er das parlamentarische System als einen Fortschritt gegenüber der alten Feudalherrschaft einstufte, so benannte er die aus seiner Sicht gravierenden Schwächen: die vermeintliche Begünstigung der Besitzenden, die Heuchelei und massive Korruption der gewählten Volksvertreter sowie die nutzlose Zeitverschwendung der Debatten.<sup>18</sup> »Im »parlamentarischen Sinn«, führte er im zweiten Entwurf seiner einflussreichen Schrift *Bürgerkrieg in Frankreich* (1852) aus, »sind Dinge nur ein Vorwand für Worte, die als Fallstrick für den Gegner, als Hinterhalt gegen das Volk oder als Gegenstand artistischer Schaustellung für den Redner selbst dienen.«<sup>19</sup> Legte man nun die Prämisse zugrunde, dass die demokratisch verfasste Republik die letzte Form der Bourgeoisieherrschaft darstellte, musste die Überwindung der kapitalistischen Ordnung zwangsläufig auch zur Abschaffung der bürgerlichen Parlamente und ihre Ersetzung durch »wahre« Volksvertretungen führen.<sup>20</sup> Doch wie sollten diese aussehen? Für Karl Marx besaß insbesondere die Räteverfassung der Pariser Kommune von 1871 Vorbildcharakter:

»Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten

<sup>14</sup> Vgl. ebd., S. 112–114.

<sup>15</sup> Ebd., S. 114 f.

<sup>16</sup> Ebd., S. 103. Vgl. auch H.-C. KRAUS, *Englische Verfassung*, 2006, S. 251–258.

<sup>17</sup> K. MARX, *Der 18te Brumaire des Louis Napoleon* [1852], abgedr. in: MEW 8 (1960), S. 111–207, hier S. 122. Vgl. auch A. BROWN, *Kommunismus*, 2009, S. 36–44.

<sup>18</sup> Aus den entsprechenden zahlreichen Belegen siehe exemplarisch etwa K. MARX, »Die Wahlkorruption«, in: NEW YORK DAILY TRIBUNE, 4.9.1852, abgedr. in: MEW 8 (1960), S. 351–357.

<sup>19</sup> K. MARX, *Zweiter Entwurf zum »Bürgerkrieg in Frankreich«*, abgedr. in: MEW 17 (1962), S. 572–610, hier S. 576.

<sup>20</sup> Vgl. W. DURNER, *Antiparlamentarismus*, 1997, S. 55.

Vertretern der Arbeiterklasse. Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit. [...] Die Abgeordneten sollten jederzeit absetzbar und an die bestimmten Instruktionen ihrer Wähler gebunden sein. [...] Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem andern Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem Geschäft auszusuchen.«<sup>21</sup>

Solange die große proletarische Erhebung ausblieb und je länger der Sieg über den Kapitalismus auf sich warten ließ, desto mehr musste es aus der kommunistischen Perspektive darum gehen, ein taktisches Verhältnis gegenüber den bürgerlichen Parlamenten zu finden. Friedrich Engels riet in den 1890er Jahren eine »ganz neue Kampfweise« zur Erreichung der eigenen Ziele an, indem er die Arbeiterbewegung auf das Potenzial des allgemeinen Wahlrechts, der Parlamentsarbeit und der Wahlagitation verwies: »Man fand, daß die Staatseinrichtungen, in denen die Herrschaft der Bourgeoisie sich organisiert, noch weitere Handhaben bieten, vermittelt deren die Arbeiterklasse diese selben Staatseinrichtungen bekämpfen kann.«<sup>22</sup> Die Gedanken hierzu waren keineswegs neu; Engels hatte bereits im Frühjahr 1871 im Wahlrecht des Norddeutschen Bundes ein »ausgezeichnetes Aktionsmittel« gesehen, um das Parlament als öffentliches Forum für die eigenen Absichten zu nutzen: »[...] die Opposition, die unsere Freunde Bebel und Liebknecht dort gegen den Eroberungskrieg organisieren konnten, hat im Interesse unserer internationalen Propaganda mächtiger gewirkt, als jahrelange Propaganda durch die Presse und Versammlungen es vermocht haben.«<sup>23</sup> Mit Enthusiasmus beglückwünschte er dann 20 Jahre später August Bebel zu dessen großer programmatischer Rede, die er im Reichstag anlässlich der Beratungen des Reichshaushalts gehalten hatte: »Jetzt endlich also merken die Herren, daß es ein Markstein ist zur Bezeichnung eines neuen Siegs der Arbeiterpartei, wenn ein Parlament sich fünf Tage lang mit der gesellschaftlichen Reorganisation in unserem Sinn beschäftigt, und wenn obendrein dies Parlament der deutsche Reichstag ist.«<sup>24</sup>

Mit Blick auf die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung sowie ihr ideologisches und programmatisches Fundament waren die Gedanken Marx' und Engels' zum Umgang mit dem Parlamentarismus fraglos von grundlegender Bedeutung. Für viele deutsche Kommunisten und Linksozialisten der 1920er und 1930er Jahre sowie der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gewannen ebenfalls die Schriften Wladimir Iljitsch Lenins einen herausgehobenen Stellenwert. »Die Wahrheiten des Demokratis-

<sup>21</sup> K. MARX, *Der Bürgerkrieg in Frankreich*. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation, [April/Mai 1871], abgedr. in: MEW 17 (1962), S. 313–365, hier S. 339 f.

<sup>22</sup> F. ENGELS, *Einleitung zu Karl Marx' »Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850«* [1895], abgedr. in: MEW 22 (1963), S. 509–527, hier S. 519.

<sup>23</sup> Schreiben von Friedrich Engels an den Spanischen Föderalrat der Internationalen Arbeiterassoziation, 13.2.1871, abgedr. in: MEW 17 (1962), S. 287–290, hier S. 288.

<sup>24</sup> Brief von Friedrich Engels an August Bebel, 9.2.1893, abgedr. in: MEW 39 (1968), S. 26–30, hier S. 26.

mus«, hieß es in einem Artikel Lenins von 1912, »dürfen uns nicht einen Umstand übersehen lassen, der von bürgerlichen Demokraten häufig aus dem Auge gelassen wird: daß die Vertretungskörperschaften in kapitalistischen Ländern unvermeidlich eigentümliche Formen der Beeinflussung der Staatsmacht durch das Kapital erzeugen. Ein Parlament gibt es bei uns nicht – aber parlamentarischen Kretinismus unter den Liberalen, parlamentarische Korruption unter allen bürgerlichen Abgeordneten gibt es bei uns soviel man will. Diese Wahrheit müssen sich die Arbeiter gründlich zu eigen machen, wenn sie lernen wollen, die Vertretungskörperschaften für die Entwicklung des Bewußtseins, der Geschlossenheit, der Wirksamkeit und Aktivität der Arbeiterklasse auszunutzen. Alle dem Proletariat feindlichen sozialen Kräfte [...] nutzen diese Vertretungskörperschaften schon gegen die Arbeiter aus.«<sup>25</sup> Ganz abgesehen von den eindeutigen Analogien in der Argumentation, die auf Marx und Engels zurückgingen, gebrauchte Lenin mit dem Terminus des »parlamentarischen Kretinismus« eine Begrifflichkeit, die die beiden Deutschen 60 Jahre zuvor in einer ähnlich denunziatorischen Absicht verstanden hatten.<sup>26</sup>

Unmittelbar nach der Rückkehr aus dem Schweizer Exil legte Lenin 1917 in den sogenannten Aprilthesen seine politischen Vorstellungen dar, die, obgleich von vielen Bolschewisten und anderen linken Kreisen zunächst als absurd eingestuft, auf den weiteren Verlauf der Russischen Revolution erhebliche Auswirkungen haben sollten.<sup>27</sup> Nach der zeitnahen Veröffentlichung in der *Pravda* erschienen die Thesen im September in einer stark erweiterten Fassung als Druckschrift. Bezugnehmend auf die gegebene Situation in Russland konstatierte Lenin, dass der Parlamentarismus der bürgerlichen Republik das selbstständige politische Leben der Massen und ihre unmittelbare Teilnahme am demokratischen Aufbau des ganzen Staatslebens von unten bis oben drosselte.<sup>28</sup> Das Ziel musste für ihn in der Durchsetzung der Sowjets, also der Räteherrschaft, bestehen. Die Räte seien, führte er bei anderer Gelegenheit aus, »eine Körperschaft, wie sie in keinem der üblichen bürgerlich-parlamentarischen Staaten besteht und neben einer bürgerlichen Regierung auch nicht bestehen kann. Sie sind jener neue, demokratischere Staatstyp, den wir in unseren Parteiresolutionen als bäuerlich-proletarische demokratische Republik bezeichnet haben, in der die Macht allein den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten gehören wird.«<sup>29</sup>

Während es den Bolschewiki in Russland gelang, im Verlaufe des Bürgerkrieges die errungene Herrschaft gegen alle inneren und äußeren Feinde zu verteidigen und

<sup>25</sup> W. I. LENIN, »Kapitalismus« und Parlament«, in: NEWSKAJA SWESDA, 17.6.1912, abgedr. in: Lenin Werke 18 (1962), S. 119–121, hier S. 119.

<sup>26</sup> Vgl. F. ENGELS, »Preußens Triumph«, in: NEW YORK DAILY TRIBUNE, 27.7.1852, abgedr. in: MEW 8 (1960), S. 85–88, bes. S. 87; K. MARX, Der 18te Brumaire [1852], abgedr. in: Ebd., S. 173 u. 191.

<sup>27</sup> Vgl. W. B. LINCOLN, Passage, 1994, S. 361–365; D. SMITH, Der letzte Tanz, 2014, S. 129 f.

<sup>28</sup> W. I. LENIN, Die Aufgaben Proletariats in unserer Revolution. Entwurf einer Plattform der proletarischen Partei [1917], abgedr. in: Lenin Werke 24 (1959), S. 39–74, hier S. 54.

<sup>29</sup> W. I. LENIN, Rede über die Stellung zur provisorischen Regierung [4.(17.)6.1917], abgedr. in: Lenin Werke 25 (1960), S. 3–15, hier S. 4.

durchzusetzen, stand die äußerste Linke in Deutschland nach 1918 vor der großen Herausforderung, dass der Versuch, den Zusammenbruch der Monarchie zu nutzen, um die Revolution auf das Gleis einer bolschewistischen Staatsordnung zu führen, scheiterte.<sup>30</sup> Auch die politische Zersplitterung in diverse, häufig miteinander verfeindete Strömungen und Organisationen war solchen Bestrebungen abträglich. Nach erbitterten Diskussionen setzte sich in der zum Jahreswechsel 1918/19 gegründeten KPD unter Führung Paul Levis bis 1921 der Grundsatz zur Beteiligung am Parlamentarismus durch. Fortan sollte es darum gehen, nicht in totaler Verweigerung zu verharren – die Wahl zur Deutschen Nationalversammlung war von den Kommunisten noch boykottiert worden –, sondern die Möglichkeiten der Volksvertretungen zu nutzen, um die Republik mit ihren eigenen Instrumentarien zu überwinden. Dies entsprach auch der offiziellen Linie, wie sie im Sommer 1920 von der Komintern für alle Sektionen festgelegt wurde: »Die Kommunistische Partei geht in diese Institutionen [Parlamente, M.B.] nicht hinein, um dort organische Arbeit zu leisten, sondern um vom Parlament aus den Massen zu helfen, die Staatsmaschine und das Parlament selbst durch die Aktion zu sprengen.«<sup>31</sup>

In einer offiziellen Erklärung der KPD-Fraktion im Preußischen Landtag hieß es 1924, dass die Partei die unversöhnliche Feindin des bürgerlichen Parlaments und aller kapitalistischen Regierungen sei und dies auch künftig bleiben werde. Die wichtigste Aufgabe bestehe darin, »die werktätigen Massen möglichst schnell zur Erkenntnis des Wesens der bürgerlichen Parlamente, Regierungen und Parteien und der mit ihnen verbündeten Sozialdemokratie zu bringen und sie zu befähigen, das bürgerliche Parlament und den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen und an ihre Stelle die proletarische Diktatur, verkörpert durch ihre Rätewahl, zu setzen«. Wenn man sich im Landtag politisch betätige, dann geschehe dies, »um die heuchlerischen, arbeiterfeindlichen Betrugsmanöver der Anhänger des bürgerlichen Parlaments zu durchkreuzen.«<sup>32</sup>

Die Realität war indes ungleich komplizierter als es die Ausführungen nahelegten, denn im Laufe der 1920er Jahre wurde erkennbar, dass sich die Kommunisten in den südwestdeutschen Landtagen, aber ebenso in anderen Landesteilen phasenweise an der Gesetzesarbeit in den Fachausschüssen beteiligten und keineswegs in einer vollständigen Obstruktionshaltung verweilten – wenngleich der aggressive und klassenkämpferische Ton in den Plenardebatten oftmals einen anderen Eindruck nahelegte.<sup>33</sup> Im Reichstag fanden viele Abgeordnete aus den Reihen der KPD-Fraktion gleichfalls im Laufe der Zeit zu einer Form des »pragmatischen Republikanismus«: Mehr oder weniger arrangierten sie sich mit dem bestehenden System und den par-

<sup>30</sup> Vgl. dazu ausführlich A. WEIPERT, *Zweite Revolution*, 2015.

<sup>31</sup> II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, 1921, S. 470 f. Vgl. auch H. WEBER, *Wandlung*, Bd. 1, 1969, S. 328–330.

<sup>32</sup> Erklärung der KPD-Fraktion im Preußischen Landtag, 5.1.1924, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), RY 1/I 2/703/132, Bl. 7 f. Vgl. dazu auch *Der Reichstag 1924–1928*, 1928, S. 21.

<sup>33</sup> Vgl. H. WEBER, *Wandlung*, Bd. 1, 1969, S. 335–342.

lamentarischen Spielregeln.<sup>34</sup> Das alles stand jedoch im Widerspruch zur offiziellen Programmatik der Systemfeindschaft. Sowohl die Berliner Parteizentrale als auch die zuständigen Stellen in Moskau sahen sich immer wieder dazu aufgefordert, bei den eigenen Genossen, die in den Volksvertretungen saßen, Disziplin und die Befolgung der Parteigrundsätze anzumahnen.<sup>35</sup> Unter dem Eindruck der zunehmenden innenpolitischen Spannungen am Ende des Jahrzehnts gewann die KPD bei den Reichstagswahlen beständig hinzu. Ab 1930 zogen dann verstärkt jüngere und gut geschulte Kommunisten in das Hohe Haus ein. Sie standen loyal hinter der Parteiführung und verliehen dem »revolutionären Antiparlamentarismus« radikalen Nachdruck.<sup>36</sup>

### 3. Machtsicherung durch Konsens

Die vier Wochen, die zwischen den Wahlen zu den Landtagen in der SBZ und zur Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin am 20. Oktober 1946 sowie der Konstituierung der Volksvertretungen im November des Jahres lagen, standen für die Besatzungsmacht und die SED im Zeichen intensiver Diskussionen über die Wahlergebnisse. Aus ihrer Sicht waren die Resultate keineswegs zufriedenstellend. Trotz der massiven Bevorteilung der SED und ungeachtet der zahlreichen Restriktionen seitens der Militäradministration gegenüber den Christ- und Liberaldemokraten war es der Einheitspartei nicht gelungen, die angestrebten sechzig Prozent Wählerzustimmung zu erreichen.<sup>37</sup> Zwar wurde die SED überall die stärkste Kraft, aber nirgends konnte sie die erhoffte absolute Mehrheit erringen. In den ehemaligen preußischen Provinzen Mark Brandenburg und Sachsen, die 1947 in die Länder Brandenburg und Sachsen-Anhalt umgewandelt wurden, gingen die »bürgerlichen« Parteien sogar so stark aus den Wahlen hervor, dass sie rechnerisch über die Mehrheit der Parlamentssitze verfügten.<sup>38</sup>

Als Reaktion auf diese unbefriedigende Lage war bei der SMAD in Karlshorst nun davon die Rede, dass es neuer Methoden in der Besatzungspolitik bedürfe, um angesichts der Ergebnisse trotzdem die Dominanz der SED dauerhaft abzusichern.<sup>39</sup> So schlug der Leiter der Informationsabteilung der SMAD, Oberst Sergei I. Tjulpanow, vor, die »bürgerlichen« Parteien viel stärker als bislang an die sowjetischen Stellen zu binden und sie bei Verwaltungsaufgaben in die Verantwortung zu nehmen. Damit sollte einem Teil jener Konfliktthemen der Wind aus den Segeln ge-

<sup>34</sup> R. BAVAJ, *Von links gegen Weimar*, 2005, S. 105–108; T. MERGEL, *Parlamentarische Kultur*, 2002, S. 313.

<sup>35</sup> Vgl. B. HOPPE, *In Stalins Gefolgschaft*, 2007, S. 269–301.

<sup>36</sup> T. MERGEL, *Parlamentarische Kultur*, 2002, S. 320.

<sup>37</sup> Vgl. die stenografische Niederschrift über die Sitzung des Parteivorstands der SED, 24. u. 25.10.1946, in: (SAPMO-BArch), DY 30/IV 2/1, Nr. 10, Bl. 2–218, bes. Bl. 30 f.

<sup>38</sup> Vgl. M. KOCH, *Landtage*, 1993, S. 330.

<sup>39</sup> Zu den internen Diskussionen der SMAD siehe S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 98–110; N. M. NAIMARK, *Russians*, 1995, S. 327–341.

nommen werden, mit denen CDU und LDP im Wahlkampf viele Menschen erreicht hatten.<sup>40</sup>

Eine zentrale Bedeutung maß man weiterhin der Aufrechterhaltung des Prinzips der Blockpolitik bei, welches alle Parteien zur Zusammenarbeit – freilich unter der faktischen Führung der SED – verpflichtete. Der stellvertretende Chef für Zivilangelegenheiten der SMA Brandenburg, Generalmajor Wassili M. Scharow, betrachtete die Blockpolitik als ein »außerparlamentarisches Korrektiv«, um die für die SED nachteiligen Mehrheitsverhältnisse auszugleichen.<sup>41</sup> Eine Aufteilung der Parlamente im Sinne des westlichen Demokratieverständnisses in Regierungs- und Oppositionsparteien galt es unter allen Umständen zu verhindern. Eine knappe Woche vor den konstituierenden Sitzungen der Landtage teilte der Oberste Chef der SMAD, Marschall Wassili D. Sokolowski, den Vorsitzenden der zugelassenen Parteien deshalb mit, dass Karlshorst in Zukunft die Fortsetzung der Blockpolitik erwarte.<sup>42</sup>

Mit dieser Festlegung stieß Sokolowski bei allen Parteien – in freilich unterschiedlichem Ausmaß – durchaus auf eine prinzipielle Zustimmung, denn das Scheitern der Weimarer Republik war als warnende Mahnung allgegenwärtig. So hatte der Präsident der sächsischen Landesverwaltung Rudolf Friedrichs (SED) in der Beratenden Versammlung, die bereits Ende Juni 1946 als eine Art Vorparlament zusammengetreten war, erklärt, dass die antifaschistischen Parteien angesichts der historischen Ausnahmesituation in der Nachkriegszeit alle weltanschaulichen Gegensätze zurückgestellt hätten, »beseelt allein von dem Bestreben, das Erbe, das uns im Vorjahre von jenen Abenteurern, die abgetreten sind, zurückgelassen wurde, zu übernehmen um bessere Voraussetzungen für ein schöneres Leben für unser Volk zu schaffen«.<sup>43</sup> Eine solche Sichtweise war in allen politischen Strömungen der SBZ konsensfähig. In Potsdam ermahnte der Alterspräsident des brandenburgischen Landtags Georg Schöpfelin (SED), ein ehemaliger Sozialdemokrat, der viele Jahre als Abgeordneter im Reichstag gesessen hatte, in der Eröffnungsrede am 22. November die neuen Abgeordneten zur Geschlossenheit bei ihrer künftigen Arbeit: »Sachliche Aussprache, sachlicher Kampf um Weltanschauung, um politische und wirtschaftliche Probleme. Aber, meine Damen und Herren: Nie wieder elendes Parteigezänk in den Parlamenten.«<sup>44</sup>

Die Überwindung des vermeintlichen egoistischen Parteihaders gehörte zu den zentralen Lehren, die die Landtagsabgeordneten Ende 1946 aus dem Scheitern der Weimarer Republik zogen. Der immer wieder bekundete Wille zur Zusammenarbeit ging bei den Christ- und Liberaldemokraten allerdings von anderen Voraussetzungen als bei der SED aus, denn sie hatten die Erwartung, dass die Kooperation auf der Ba-

<sup>40</sup> Vgl. den Bericht von Sergei I. Tjulpanow, 18.11.1946, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1949*, Bd. 3, 2004, bes. S. 60.

<sup>41</sup> S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 114 f.

<sup>42</sup> Mitteilung Nr. 3 des CDU-Verbindungsbüros, 18.11.1946, in: *Archiv für Christlich-Demokratische Politik*, 07-11, Nr. 1706, o. Bl.

<sup>43</sup> Beratende Versammlung des Landes Sachsen, 1. Sitzung, 25.6.1946, abgedr. in: *AVSLT/1*, S. 1–19, hier S. 2.

<sup>44</sup> Landtag Brandenburg, 1. WP, 1. Sitzung, 22.11.1946, abgedr. in: *AVLTB/1*, S. 1–8, hier 2.

sis einer tatsächlichen Gleichberechtigung erfolgen werde. Keine Partei im demokratischen Staate besäße das Recht, einen Führungsanspruch zu erheben, führte dazu der CDU-Politiker Georg Grosse im Thüringer Landtag aus: »Die Probleme der Zusammenarbeit sind für uns kein Rechenexempel, sondern liegen in dem notwendigen Minimum sachlicher Übereinstimmung.«<sup>45</sup>

Solche Bekenntnisse unterschieden sich diametral von den Absichten der Einheitspartei, die die Zusammenarbeit im Sinne der Blockpolitik ja gerade dazu nutzen wollte, um die eigene Vorrangstellung abzusichern. Dabei kamen die alten, bekannten antiparlamentarischen Vorstellungen der extremen Linken zum Tragen. Im brandenburgischen Landtag erläuterte Willy Sägebrect (SED), dass es nun, nach der Konstituierung der Volksvertretung, darum gehen müsse, eine »echte, starke und lebendige Demokratie« zu entwickeln, die sich von einer »rein formale[n] Demokratie«, wie es sie vor 1933 gegeben habe, unterscheide.<sup>46</sup> Während der Diskussionen um die Landesverfassung in Sachsen verkündete der Landesvorsitzende Wilhelm Koenen, dass die Einheitssozialisten sich als »die Vollstrecker der bürgerlich-demokratischen Umwälzung« verstehen, welche sie zu Ende zu führen bestrebt seien: »Für die SED ist der Sozialismus keineswegs ein Gegenpol zur Demokratie, sondern ihr Gipfelpunkt, ja die Krönung der Demokratie! « Um zu einer »arbeitenden, wirklichen Demokratie« zu gelangen, sei es notwendig, dass man immer größere Kreise der Bevölkerung »in dieses demokratische Getriebe« einbeziehe und ihnen die Gelegenheit zur demokratischen Mitarbeit verschaffe.<sup>47</sup> Das Volk habe kein Verständnis für parlamentarischen Kuhhandel und parteiegoistischen Schacher um Ministerposten, stellte Max Fechner fest. »Parteiführer und ihre Parteien diskreditieren den jungen Parlamentarismus in Deutschland«, schrieb der einstige Sozialdemokrat, der nun dem Parteivorstand der SED angehörte, in einem Leitartikel für das *Neue Deutschland*, »wenn sie sich nicht über Parteiehrgeiz und Sonderinteressen erheben können zu der gemeinsam zu tragenden Verantwortung vor dem Volke. Hier liegt der tiefe Unterschied zwischen der Koalitionspolitik der SPD im Westen und der einmütigen Blockpolitik aller demokratischen Parteien in der Ostzone.«<sup>48</sup> Der eklatante Gegensatz in den Parlamentarismusvorstellungen der SED mit ihrer volksdemokratischen Definition auf der einen Seite und den beiden »bürgerlichen« Parteien auf der anderen war durch keinen wie auch immer gearteten Kompromiss beizulegen.

Eine wichtige Aufgabe der Einheitspartei bestand in den ersten Wochen nach den Landtagswahlen darin, sich die Schlüsselpositionen in den Parlamenten zu sichern. Das galt unter anderem für das Amt des Landtagspräsidenten, dem in der deutschen Parlamentstradition eine herausragende Stellung bei der Organisation und dem Ablauf des Betriebs einer Volksvertretung zukommt. Das Zentralsekretariat drängte

<sup>45</sup> Thüringer Landtag, 1. WP, 1. Sitzung, 21.11.1946, abgedr. in: AVThLT/1.1, S. 347–358, hier S. 357.

<sup>46</sup> Landtag Brandenburg, 1. WP, 1. Sitzung, 22.11.1946, abgedr. in: AVLTB/1, S. 6.

<sup>47</sup> Sächsischer Landtag, 1. WP, 13. Sitzung, 28.2.1947, abgedr. in: AVSLT/1, S. 239–252, hier S. 240 u. 245.

<sup>48</sup> M. FECHNER, »Über Parteigrenzen hinweg!«, in: NEUES DEUTSCHLAND, 25.2.1947, S. 1.

darauf, der SED als jeweils stärkster Partei dieses Amt zuzusprechen. Ein solcher Anspruch bedeutete zunächst keineswegs einen prinzipiellen Bruch mit den Gepflogenheiten aus der Zeit vor 1933. Um von vornherein eventuellen Widerständen der »bürgerlichen« Parteien vorzubeugen, schlug die Einheitspartei für diese Posten ausschließlich ehemalige SPD-Mitglieder vor. Mit Friedrich Ebert jun., dem Sohn des einstigen Reichspräsidenten, in Brandenburg, Carl Moltmann in Mecklenburg-Vorpommern, Otto Buchwitz in Sachsen, Bruno Böttge in Sachsen-Anhalt und August Frölich in Thüringen wurden gestandene Sozialdemokraten nominiert, die allesamt in der Arbeiterbewegung verwurzelt waren, im Kaiserreich und der Weimarer Republik wichtige politische Ämter und Abgeordnetenmandate bekleidet hatten und die nach der Machtübernahme Hitlers im antifaschistischen Widerstand mehr oder weniger aktiv gewesen waren. Über die Parteigrenzen hinweg genossen die Genannten Ansehen und Glaubwürdigkeit. Hingegen schien die Besetzung des Amtes mit einem überzeugten Kommunisten taktisch unklug zu sein.<sup>49</sup>

Im Falle der Landtagspräsidenten vertraute die Parteizentrale in Berlin offenbar darauf, deren Geschäftsführung einerseits durch die Besatzungsmacht, andererseits durch die eigenen Landesvorstände und die Fraktionsvorsitzenden im Blick behalten und sie gegebenenfalls steuern zu können. Tatsächlich erwies sich die Auswahl der Präsidenten für die SED-Führung insgesamt betrachtet als eine gute Entscheidung, denn diese standen in den wesentlichen Fragen hinter den Beschlüssen der Parteileitung. Das Kleid der präsidialen Amtsführung, das in den ersten Jahren durchaus noch eine gewisse Wirkung entfaltete, wurde so lange getragen, wie es mit den eigenen Interessen korrespondierte. Die Politikwissenschaftlerin Christina Trittel hat am Beispiel Sachsen-Anhalts die Manipulationsversuche seitens von Bruno Böttge (SED) auf das Abstimmungsverhalten der Fraktionen und bewusste Verstöße gegen die Geschäftsordnung nachgewiesen.<sup>50</sup> Ein solches Verhalten lässt sich auch für die anderen Landtage belegen. Dennoch kam es immer wieder zu Situationen, in denen sich die SED-Führung der Landtagspräsidenten nicht vollständig sicher sein konnte. In Thüringen versuchte etwa August Frölich (SED), für sich eine herausgehobene Position innerhalb der Landespolitik zu etablieren, die ihm eine gewisse Unabhängigkeit vom Landesvorstand ermöglichen sollte. Mehrfach geriet er deswegen in Konflikt mit den anderen führenden Genossen des Landesverbands.<sup>51</sup>

Für die künftige Arbeit in den Landtagen war es aus Sicht der SED ebenso von großer Wichtigkeit, auf die Zusammensetzung der ständigen Ausschüsse Einfluss zu nehmen. Aufgrund des knappen Wahlausgangs stellten sich bei dieser Frage einige Hürden. In einem Rundschreiben vom 21. November 1946 gaben Walter Ulbricht und Max Fechner den Landesvorständen die Anweisung, dass die Beratungen über die Größe und Zusammensetzung der Ausschüsse jeweils in den Landesblockausschüssen und in den Ältestenräten der Parlamente geführt werden sollten.

<sup>49</sup> Vgl. S. TJULPANOW, Deutschland, 1986, S. 185 f.

<sup>50</sup> C. TRITTEL, Landtagsfraktionen, 2006, S. 154–156.

<sup>51</sup> Vgl. M. C. BIENERT, Zwischen Opposition und Blockpolitik, 2016, S. 166 f.

Der Zuschnitt der Sachausschüsse orientierte sich einerseits an der geplanten Ressortverteilung in den Landes- und Provinzialregierungen, andererseits an den inhaltlichen Schwerpunkten der Landespolitik.<sup>52</sup> Ulbricht und Fechner betonten, dass die an den Gesprächen beteiligten Genossen den Vorsitz in den wichtigsten Ausschüssen für die SED beanspruchen müssten. Dazu zählten neben dem Ältestenrat und dem Geschäftsordnungsausschuss, die beide für die Steuerung der Parlamentsarbeit von Belang waren, die Ausschüsse für Finanzen, für Wirtschaft, Handel und Versorgung, für Kultur und Volksbildung sowie der Jugendausschuss. Die Kontrolle über die genannten Gremien war insofern wichtig, weil sie sich von ihrem inhaltlichen Zuschnitt her genau mit jenen Themenbereichen beschäftigten, die für die Durchsetzung der SED-Herrschaft von Relevanz waren.<sup>53</sup>

Die Mehrheitsverhältnisse in den Landtagen entschieden darüber, ob die Bildung der Ausschüsse zügig voranschritt oder ob Verzögerungen auftraten, denn die Einheitssozialisten in den Ländern zeigten sich fest entschlossen, die Vorgaben aus Berlin konsequent zu erfüllen. Dieser Vorsatz ließ sich in Ländern mit für die SED günstigen Wahlergebnissen leichter realisieren als in Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Dort kam es zu langen Diskussionen mit den Repräsentanten der beiden »bürgerlichen« Parteien, weil diese die von der SED erhobenen Ansprüche angesichts des Wählervotums für ungerechtfertigt hielten. Beispielsweise versuchte die Einheitspartei in Magdeburg im Ältestenrat, eine gerade Mitgliederzahl für die zu bildenden Ausschüsse durchzusetzen, was damit begründet wurde, dass »in den Ausschüssen immer Einigkeit herrschen« solle.<sup>54</sup> Hinter diesem Argument stand jedoch die Absicht, bei einer ungeraden Zahl das für die SED wenig vorteilhafte Verhältnis aufzuheben, weil die »bürgerlichen« Parteien aufgrund des Wahlergebnisses gemeinsam das Anrecht auf mehr Sitze gehabt hätten als die Einheitspartei. Zwar konnten sich die Liberal- und Christdemokraten in dieser Frage durchsetzen. Trotzdem gelang es der SED, in den meisten Ausschüssen eine Mehrheit an Sitzen zu erlangen, was dann allerdings nicht mehr mit dem Wahlergebnis korrespondierte.<sup>55</sup> Auch in Brandenburg ging die SED aus den Verhandlungen um die Zusammensetzung der Ausschüsse erfolgreich hervor. Vieles spricht dafür, dass im Hintergrund die Militäradministration Einfluss auf den Gang der Beratungen nahm, um die Angelegenheit im Sinne der SED zu klären.<sup>56</sup>

---

<sup>52</sup> Rundschreiben des Zentralsekretariats der SED an die Landes- und Provinzialvorstände der SED, 21.11.1946, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Nr. 1084, Bl. 119. Auch abgedr. in: H. WEBER (Hrsg.), Parteiensystem, 1982, S. 70–72.

<sup>53</sup> Vgl. W. KÜNZEL, Landtage, 1972, S. 71 u. 101; C. TRITTEL, Landtagsfraktionen, 2006, S. 72.

<sup>54</sup> Zit. nach C. TRITTEL, Landtagsfraktionen, 2006, S. 69.

<sup>55</sup> Vgl. ebd., S. 71–73.

<sup>56</sup> Vgl. M. C. BIENERT, Zwischen Opposition und Blockpolitik, 2016, S. 175 f.

#### 4. Die Rolle der Besatzungsmacht

Wie alle anderen administrativen und politischen Einrichtungen in der SBZ standen die Landesparlamente von Beginn an unter der Beobachtung durch die sowjetische Besatzungsmacht. Diese verfolgte die Vorgänge innerhalb und außerhalb der Plenarsäle mit großer Aufmerksamkeit. Die Landtage wurden in ein umfangreiches und komplexes Befehls- und Kontrollsystem eingebettet, das politische Selbstbestimmung nahezu ausschloss. Viel eher musste man von einem »Schein der Souveränität« sprechen<sup>57</sup>: Die Sowjetische Militäradministration war bei allen als relevant erachteten Fragen die maßgebliche Instanz. Die Aufgaben der den Landtagen zugeordneten Offiziere, die der Propagandaabteilung der jeweiligen SMA angehörten, gestalteten sich äußerst vielfältig. Sämtliche Bereiche des parlamentarischen Geschäftsbetriebs unterstanden ihrer Kontrolle. Sowohl die Landtagspräsidenten und die ihnen nachgeordneten Verwaltungen als auch die Fraktionen sowie die Landesverbände der Parteien waren ihnen gegenüber rechenschaftspflichtig. In regelmäßigen Abständen ließ sich die Militäradministration über die Vorgänge in den Volksvertretungen unterrichten. SMA-Offiziere nahmen nicht nur an den Plenarberatungen teil, sondern sie waren häufig ebenso in den Fraktionssitzungen und in den Ausschüssen präsent – auch wenn dies nur selten in den Protokollen vermerkt wurde.<sup>58</sup>

Um eine kontinuierliche Kontrolle sicherzustellen, galt es, stets über aktuelle und verlässliche Informationen über die Parteien und die Abgeordneten zu verfügen. Die Beschaffung solcher Daten gehörte deshalb zum Tagesgeschäft der Militärverwaltungen. Anfang 1947 wies Oberst Tjulpanow die ihm nachgeordneten Abteilungen an, sich rechtzeitig vor den Plenar- und Ausschusssitzungen über den Inhalt der wichtigsten Gesetzesinitiativen in Kenntnis setzen zu lassen. Sollten den Offizieren Zweifel am »demokratischen Charakter« einzelner Vorgänge und Entwürfe aufkommen, dann sei Karlshorst darüber unverzüglich zu unterrichten. Sofern erforderlich, müssten geeignete Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.<sup>59</sup> Die Fraktionen wurden dazu angehalten, ihre Anträge, die sie in die Landtage einbringen wollten, vorab bei der zuständigen SMA genehmigen zu lassen. Unliebsame Vorstöße und Initiativen, die in den Augen der sowjetischen Offiziere gegen die Grundsätze der Besatzungspolitik verstießen, wurden so entweder von Beginn an abgelehnt oder aber im Laufe des parlamentarischen Verfahrens auf Befehl der Militäradministration gestoppt. Als etwa im Januar 1947 die Mitglieder des Rechts- und Verfassungsausschusses im brandenburgischen Landtag den Entwurf für die künftige Landesverfassung vorlegten, musste dieser nach Prüfung durch die SMA überarbeitet werden, weil das Ergebnis der Ausschussberatungen nicht den Vorstellungen der Offiziere entsprach: Mit der Aufnahme einer Garantie zum Schutz des Eigentums und weiterer Forderungen der CDU nach rechtsstaatlichen Prinzipien sowie dem Fehlen einer Festschreibung der

<sup>57</sup> D. BRUNNER, *Schein der Souveränität*, 2006, S. 176.

<sup>58</sup> Vgl. J. FOITZIK, *Sowjetische Militäradministration*, 1993, S. 43.

<sup>59</sup> S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 143.

Bodenreform erschien der Entwurf der SMA deutlich zu »bürgerlich«. In der neuen Verfassung, die der Landtag schließlich am 6. Februar 1947 einstimmig verabschiedete, waren diese »Fehler« korrigiert.<sup>60</sup>

Die Überwachung von fünf Volksvertretungen stellte die Militäradministration allerdings vor erhebliche Herausforderungen. Insbesondere wog der Umstand schwer, dass die sowjetischen Offiziere mit der Tradition des deutschen Parlamentarismus wenig anzufangen wussten. Sie waren Kinder der Diktatur Stalins, sie alle hatten den Russischen Bürgerkrieg, die Kulturrevolution der 1920er und 1930er Jahre durchlebt, den Großen Terror und schließlich auch den Zweiten Weltkrieg überstanden. Ihr Parlamentsverständnis entsprach ganz und gar den marxistisch-leninistischen Vorstellungen.<sup>61</sup> Das Wesen einer pluralistischen Demokratie, die sich durch ein freies Spiel der Kräfte auszeichnet, die den Wert des Meinungsstreites um die besten Argumente, des Verhandeln und schließlich des Kompromisses hochschätzt, blieb ihnen fremd. Ein hoher SMA-Offizier erklärte gegenüber dem thüringischen Ministerpräsidenten Rudolf Paul, dass seiner Ansicht nach in Deutschland das Wort »Demokratie« mit »Anarchie« verwechselt werde und er deshalb beabsichtige, den Deutschen das Wesen der »wahren Demokratie« nahezubringen, wie es in der UdSSR praktiziert werde.<sup>62</sup> Der gravierende Unterschied zwischen dem westlichen Demokratieverständnis und der sowjetischen Sichtweise wurde auch aus einem Vortrag des Politischen Beraters Wladimir S. Semjonow deutlich: »Es gibt eine bürgerliche Auslegung der Demokratisierung«, führte Semjonow im September 1947 vor hochrangigen Mitarbeitern der SMAD aus, »die darauf hinausläuft, daß der Landtag und die Regierung alles sind, während das Volk und seine gesellschaftlichen Organisationen lediglich ein Anhängsel des Landtags und der Regierung darstellen, wenn nicht gerade Wahlkampf ist. Es gibt aber auch eine andere Vorstellung von der Demokratisierung, wonach Landtag und Regierung Diener des Volks sind und wenn diese sich nicht richtig verhalten, die Massen die Möglichkeit haben, auf die Landtage, deren Abgeordneten und auf die Regierungen Druck auszuüben, damit sie sich demokratisch verhalten und nicht übermütig werden.«<sup>63</sup>

Obwohl die Militäradministration die Arbeit der Landesparlamente kontrollierte und es immer wieder zu Interventionen kam, lag es trotzdem in ihrem Interesse, den tatsächlichen Einfluss nach außen hin zu kaschieren. Die Entscheidungen der Volksvertretungen sollten als souveräne Beschlüsse erscheinen, die von der Besatzungsmacht respektiert würden.<sup>64</sup> Um die Fassade zu wahren, zog es die SMAD vor, be-

<sup>60</sup> Vgl. M. C. BIENERT, *Zwischen Opposition und Blockpolitik*, 2016, S. 225–232.

<sup>61</sup> Vgl. N. M. NAIMARK, *Sowjetische Militäradministration*, 1995. Vgl. auch J. BABEROWSKI, *Rote Terror*, 2004, S. 94–108.

<sup>62</sup> Aktenvermerk über eine Besprechung zwischen Ministerpräsident Rudolf Paul und Generalmajor Iwan S. Kolesnitschenko, 5.2.1947, in: Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Land Thüringen, Der Ministerpräsident – Büro des Ministerpräsidenten, Nr. 514, Bl. 161.

<sup>63</sup> Rede von Wladimir S. Semjonow, 2.9.1947, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage*, Bd. 3, 2004, S. 378–396, hier S. 382.

<sup>64</sup> Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 144.

stimmte Maßnahmen, die sie als politisch sensibel erachtete, nicht etwa auf dem Verordnungswege durchzusetzen, sondern sie in das Gewand von Gesetzesinitiativen zu kleiden. Ein anschauliches Beispiel für diese Taktik bot die Einbringung des Gesetzes zur entschädigungslosen Enteignung der Bodenschätze und Bergbaubetriebe. Nach internen Vorbereitungen übermittelte die SMAD dem SED-Zentralsekretariat Anfang April 1947 einen entsprechenden Gesetzentwurf. Dieser sollte über die Landesvorstände der Einheitspartei und die Fraktionen in die Parlamente eingebracht werden.<sup>65</sup> Gleichzeitig trat die Militäradministration an die Landtagsfraktionen der SED mit entsprechenden »Empfehlungen« zur Durchsetzung des Entwurfs heran. Nach außen erschien jedoch die Einheitspartei als die alleinige Urheberin.<sup>66</sup> Infolge einiger unliebsamer Vorkommnisse, die ein schlechtes Licht auf die sowjetische Besatzungspraxis warfen, wurde den SMA-Landesverwaltungen im November 1947 unmissverständlich verboten, »den deutschen Organen direkte Aufträge zur Einbringung irgendwelcher Gesetzentwürfe in den Landtag zu geben oder zusammen mit den deutschen Organen an deren Redaktion mitzuwirken«. Sollte es entsprechende Vorschläge seitens der sowjetischen Stellen geben, dann seien solche Initiativen ausschließlich den Informationsabteilungen vorbehalten, »die über die deutschen politischen Parteien organisieren, dass diese Frage im Landtag behandelt wird.«<sup>67</sup>

## 5. Taktiken der parlamentarischen Arbeit

Obwohl die Besatzungsmacht eine intensive politische Überwachung der Vorgänge in den Landtagen ausübte, galt es für die SED dennoch, Möglichkeiten zu finden, um die Entscheidungen des parlamentarischen Alltags zu kontrollieren. Die bereits erwähnte Blockpolitik war dabei ein wesentlicher Faktor. Nach den Vorstellungen der SMAD und der Einheitspartei sollten die bereits bestehenden Landesblockausschüsse den Landtagen übergeordnet werden. Man betrachtete sie als außerparlamentarische »Clearingstellen«, um bereits im Vorfeld von Plenarsitzungen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien zu erkennen, sie in Verhandlungen zu klären und dann unter Führung der SED zu gemeinsamen Lösungen zu gelangen, an denen sich die Parlamentsfraktionen zu orientieren hätten. Aus Brandenburg wusste die russischsprachige Tageszeitung der SMAD *Sowjetskoje slowmo* im Juni 1947 zu berichten, dass die ernsteren, wichtigeren Fragen, die dem Landtag vorgelegt werden, vorab im Landesblock besprochen würden. Zudem fordere der Block die Umwand-

<sup>65</sup> Vgl. das Rundschreiben Walter Ulbrichts an die Mitglieder des Zentralsekretariats der SED, 3.4.1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.022, Nr. 6, Bl. 6.

<sup>66</sup> Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 147.

<sup>67</sup> Weisung Nr. 30/01670 des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD an die Chefs der SMA-Landesverwaltungen und die Chefs der Fachverwaltungen der SMAD über die Unzulässigkeit der direkten Einmischung in die gesetzgeberische Tätigkeit der deutschen Landesorgane, 28.II.1947, abgedr. in: J. FOITZIK (Hrsg.), *Sowjetische Kommandanturen*, 2015, S. 526 f., hier S. 527.

lung des Parlaments in »ein Organ, das sich nicht auf langwierige, fruchtlose Diskussionen beschränkt, sondern sich betätigt indem es Tagesprobleme löst«. <sup>68</sup> Tatsächlich spielten die Landesblockausschüsse im Vorfeld der Regierungsbildungen und der Konstituierung der Landtage 1946 eine nicht zu unterschätzende Rolle. Auch erwie- sen sie sich für die Einheitspartei als ein hilfreiches Instrument wenn es darum ging, in den Hohen Häusern Entschließungen zur Deutschlandpolitik einzubringen, die aus propagandistischen Motiven den Anstrich von überparteilichen Initiativen erhal- ten mussten. <sup>69</sup> Trotzdem sollte man die Bedeutung der Landesblockausschüsse nicht überbewerten. In den meisten Ländern tagten die Gremien nur unregelmäßig, teil- weise stellten sie – wie etwa in Thüringen – für längere Zeiträume ihre Arbeit fast ein, so dass die Militäradministration immer wieder ihre Reaktivierung anmahnen muss- te. <sup>70</sup> Zudem fühlten sich die Landtagsabgeordneten von CDU und LDP keineswegs immer an die in den Blockausschüssen getroffenen Entscheidungen gebunden. Aus ihrer Sicht fehlte den Gremien ein wesentliches Merkmal: die verfassungsrechtliche und demokratische Legitimation.

Als weitaus effektiver gestaltete sich für die SED hingegen die Übertragung der der Blockpolitik zugrunde liegenden Prinzipien auf die Arbeit der Landtage. In regelmä- ßigen Gesprächen zwischen den Fraktionsführungen und den Spitzen der Landespar- teien, im Präsidium, Ältestenrat und im Geschäftsordnungsausschuss sowie bei den Treffen mit der Militäradministration wurden die Gesetzesinitiativen vorab erörtert. In Thüringen gewannen insbesondere die parlamentarischen Abende in der Privat- wohnung des Landtagspräsidenten Frölich in diesem Zusammenhang an Gewicht. <sup>71</sup> Darüber hinaus war es für die Einheitspartei ein Kennzeichen der Blockpolitik, dass sie die Angehörigen der beiden »bürgerlichen« Parteien in Kategorien einteilte, die sich an deren politischer Gesinnung orientierte. In allen Landtagen war es ein erklär- tes Ziel, dass die SED Kontakte zu vermeintlich »fortschrittlich« gesinnten Abge- ordneten von CDU und LDP aufnahm, um dadurch die »bürgerlichen« Parteien innerlich zu spalten. Der brandenburgische Fraktionsvorsitzende Sägebrecht empfahl seinen Genossen, mit den »bürgerlichen« Kollegen aus den jeweiligen Heimatkreisen in Verbindung zu treten. Nach Möglichkeit sollte zu jenen ein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden, um sie für die eigene Sache im Landtag zu gewinnen. <sup>72</sup>

Das Sichberufen auf das Prinzip der Blockpolitik als dem obersten Gebot der Ein- tracht wurde für die SED nicht zuletzt immer in solchen Augenblicken eine gern ge- spielte Karte, wenn es zu Konflikten mit den »bürgerlichen« Parteien kam. Ein sehr charakteristischer Vorfall, der die immer wieder genutzte Argumentationskette der

---

<sup>68</sup> J. TOMILIN, »Der Block antifaschistischer Parteien der Provinz Brandenburg«, in: *Sowjetskoje slovo*, 18.6.1947. Deutsche Übersetzung in: Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Rep. 333, Nr. 901, Bl. 33.

<sup>69</sup> Für Brandenburg siehe F. REINERT (Bearb.), Protokolle, 1994, S. XLIV.

<sup>70</sup> Vgl. M. C. BIENERT, Zwischen Opposition und Blockpolitik, 2016, S. 260 f., 263 u. 269 f.

<sup>71</sup> Ebd., S. 261 f.

<sup>72</sup> Bericht von Willy Sägebrecht, 22.7.1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13, Nr. 221, Bl. 46 f., bes. Bl. 47.

Einheitssozialisten vor Augen führt, ereignete sich im Mai 1947 im Thüringer Landtag. Ausgangspunkt war eine größere Kabinettsumbildung, die das Innen- und Volksbildungsministerium betraf. Sowohl die Liberal- als auch die Christdemokraten reagierten auf die Entlassung der bisherigen Minister Ernst Busse (Inneres, SED) und Walter Wolf (Volksbildung, SED) mit kühler Zurückhaltung. Während der elogenhaften Würdigungen im Parlament, mit denen der Landtagspräsident und der Ministerpräsident die aus dem Amt Scheidenden bedachten, enthielten sich beide Fraktionen demonstrativ des Beifalls. Das Verhalten wurde am darauffolgenden Tag vom SED-Landesvorsitzenden Heinrich Hoffmann zum Anlass genommen, um gegen die »bürgerlichen« Abgeordneten eine scharfe Attacke zu reiten. Mit Verweis auf die Geschehnisse am Vortag erklärte Hoffmann: »Unser Volk steht erst am Beginn einer neuen demokratischen Entwicklung. Für uns Sozialisten ist es daher verständlich, daß ein Teil der Fraktionsmitglieder der LDP und CDU sich nur schwer in die durch die Blockpolitik gegebenen Formen der neuen positiven parlamentarische[n] Tätigkeit finden können. (*Hört! Hört! Bei der LDP und CDU.*) Rückfälle in unzeitgemäße überholte und unfruchtbare Methoden des Parlamentarismus der Weimarer Zeit, die niemand anderem als nur Hitler und dem verbrecherischen Nazismus gedient haben, sind infolgedessen [...] wohl gegenwärtig noch unvermeidlich. Angesichts der ungeheuren materiellen und ideel[1]en Not unsers Volkes [...] hält die Fraktion der SED es für geboten, die beiden anderen Fraktionen zu ermahnen, Vorsorge zu treffen, daß solche Rückfälle in unzeitgemäße Formen des parteipolitischen Kampfes im Landtag vermieden oder auf ein Mindestmaß beschränkt werden.«<sup>73</sup>

Hoffmanns Brandrede, in der er die Christ- und Liberaldemokraten der Illoyalität und Feigheit beschuldigte, löste im Plenum einen stürmischen Tumult aus; dem Landtagspräsidenten blieb nichts anderes übrig, als die Sitzung bereits nach einer halben Stunde Dauer zu unterbrechen. Der Vorgang schlug in den Folgetagen in der gesamten Besatzungszone hohe Wellen, die sogar das Zentralsekretariat der SED erreichten.<sup>74</sup>

Dem marxistisch-leninistischen Parlamentsverständnis entsprach es, dass die SED den Anspruch erhob, weite Kreise der werktätigen Bevölkerung in die Arbeit der Landtage mit einzubinden. Dieses Vorgehen rührte aus der von der SED für sich selbst reklamierten Rolle als »Partei der Arbeiterklasse«; es ging darum, die Massen der Bevölkerung zu agitieren und zu mobilisieren, um die vermeintlichen Relikte des »bourgeois« Demokratieverständnisses zu überwinden. Auch hier ließen sich gedankliche Kontinuitäten ziehen, die bis zu Lenin und Marx zurückreichten. Doch zugleich bot eine solche Taktik die Gelegenheit, um den Druck auf die anderen zugelassenen Parteien zu erhöhen. Auf welche Weise dies geschah, lässt sich anhand mehrerer Beispiele verdeutlichen. Als sich in Sachsen-Anhalt während der Beratung des bereits erwähnten Gesetzes zur Enteignung der Bodenschätze und Bergbaubetriebe im Landtag 1947 ein Zusammengehen von CDU und LDP abzeichnete, um

<sup>73</sup> Thüringer Landtag, I. WP, 19. Sitzung, 30.5.1947, in: AVThLT/I.1, S. 807–851, hier S. 809.

<sup>74</sup> Vgl. M. C. BIENERT, *Zwischen Opposition und Blockpolitik*, 2016, S. 317–322.

die Verstaatlichungen mit einer »bürgerlichen« Mehrheit zu verhindern, holte die SED eine Delegation von parteitreuen Bergarbeitern in das Parlament, die einen Appell zugunsten des Gesetzes an die Abgeordneten richteten. Ähnliches ereignete sich in Sachsen, wo die »bürgerlichen« Fraktionen eine Gesetzesinitiative starteten, um die Ergebnisse des Referendums über die entschädigungslose Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher vom Juni 1946 einer Revision zu unterziehen. Auch in Dresden lud die Einheitspartei zahlreiche aufgebrachte Arbeiter ins Parlament, die die beiden »bürgerlichen« Fraktionsvorsitzenden dazu nötigten, ihren Vorschlag zurückzuziehen.<sup>75</sup> Mit dem Ausdruck eines »echten« demokratischen Wählerwillens hatten solche Geschehnisse indes nicht viel zu tun.

Im brandenburgischen Landtag kam es zu vergleichbaren Situationen, als sich 1947 die Christ- und die Liberaldemokraten mehrfach weigerten, einer nachträglichen Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlrechts, wie es in der Landesverfassung festgeschrieben war, ihre Zustimmung zu geben. Im Vorfeld der Beratungen eines entsprechenden Antrages der SED-Fraktion startete die Landesleitung eine landesweite Mobilisierungskampagne, die nach außen aber als eine Initiative der FDJ zur Durchsetzung eines vermeintlich zentralen Interesses der Jugend inszeniert wurde. Der erste Anlauf der Einheitspartei lief sich im Mai 1947 während der Beratungen im Rechts- und Verfassungsausschuss des Landtages angesichts des Beharrens von LDP und CDU auf ihren Positionen fest. In der Folge verstärkte die SED die öffentliche Kampagne: Das Landtagsbüro und die Fraktionen wurden mit angeblich spontanen Resolutionen und Eingaben von FDJ-Organisationen regelrecht überschwemmt. Bemerkenswerterweise beruhten diese Entschlüsse zumeist auf identischen Vordrucken.<sup>76</sup> Als am 7. Januar 1948 die Herabsetzung des Wahlalters erneut auf der Tagesordnung des Parlaments stand, organisierte die Einheitspartei gemeinsam mit der FDJ eine große Kundgebung, zu der etwa 2000 Teilnehmer aus allen Teilen der Mark Brandenburg in die Landeshauptstadt herangebracht wurden. Am Rande der Plenarsitzung ereigneten sich verbale Auseinandersetzungen zwischen FDJ-Vertretern und einzelnen Abgeordneten der »bürgerlichen« Fraktionen.<sup>77</sup> Von dem Plan, mit Spruchbändern und Fahnen zum Landtagsgebäude zu ziehen, nahmen die Protestierenden auf Weisung der SED allerdings Abstand. Stattdessen empfangen die Fraktionen kleine Delegationen, die ihre Wünsche vortrugen.<sup>78</sup> Die Tribüne des Landtags wurde von Jugendlichen besetzt.<sup>79</sup> Überraschenderweise erfüllte sich die Absicht der SED, die Volksvertreter durch die Macht der Proteste einzuschüchtern, indes nicht. Da eine Änderung der Landesverfassung nur mit einer Zweidrittelmehrheit möglich war, scheiterte der umstrittene Antrag mit 47 zu 43 Stimmen im Plenum.<sup>80</sup>

<sup>75</sup> G. WETTIG (Hrsg.), Tjul'panov-Bericht, 2012, S. 148 f.

<sup>76</sup> Vgl. BLHA, Rep. 201, Nr. 414, 525 u. 526.

<sup>77</sup> Vgl. »Brandenburg. Keine Herabsetzung des Wahlalters«, in: DER TAGESSPIEGEL, 8.1.1948.

<sup>78</sup> Vgl. »Wahlalter in Brandenburg nicht herabgesetzt«, in: DER MORGEN, 8.1.1948.

<sup>79</sup> Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 28. Sitzung, 7.1.1948, abgedr. in: AVLTB/1, S. 370–380, bes. S. 371.

<sup>80</sup> Vgl. ebd., S. 374. – Vgl. auch »CDU und LDP lehnten ab«, in: BERLINER ZEITUNG, 8.1.1948.

## 6. Entmachtung der Landtage

Mit dem Ausbau und der Festigung der SED-Herrschaft in der SBZ sowie dem Voranschreiten der deutschen Teilung verloren seit Mitte des Jahres 1948 auch die Landtage zunehmend an Bedeutung. In der historischen Rückschau gestaltete sich der Weg zur Entmachtung der Landesparlamente, der schließlich in ihrer Auflösung mündete, als ein schleichender Prozess. Ab 1947 vollzog sich in der SBZ eine allmähliche staatliche Zentralisierung: Kompetenzen und Rechte, die bislang bei den Landesregierungen und den Parlamenten gelegen hatten, wurden nach und nach auf zentrale Verwaltungsstellen in Ost-Berlin, namentlich auf die Deutsche Wirtschaftskommission, übertragen. Aus der Sicht der SED erwies sich hierbei die Staatspolitische Konferenz in Werder im Juli 1948 als eine wichtige Wegmarke. Die Umsetzung der auf der Tagung verkündeten neuen Linie, den Aufbau der Einheits- zur Staatspartei voranzubringen und ihr die vollständige Kontrolle über den staatlichen Apparat zu verschaffen, ging mit der Umdeutung der verfassungsrechtlichen Bedingungen in der Besatzungszone einher. Hatte die SED-Führung bis dahin die Existenz der Landtage als Verfassungsorgane weitgehend akzeptiert, solange man sich dort der Mehrheiten einigermaßen sicher war und über diverse Möglichkeiten verfügte, die Geschehnisse im Sinne der eigenen Interessen lenken zu können, ging es fortan um die Überwindung der »Spielregeln des bürgerlichen Parlamentarismus«, wie Walter Ulbricht es formulierte.<sup>81</sup> Um dieses Ziel zu erreichen, forderte er von der SED ein neues Parlamentsverständnis ein. Es gelte, so lautete Ulbrichts Anweisung an die Parteigenossen, kleinliche Diskussionen mit den »bürgerlichen« Parteien in den Landtagen zu vermeiden. Mit Blick auf seine eigenen Erfahrungen als Abgeordneter in Sachsen-Anhalt führte er aus:

»Ich selbst habe einige solcher Debatten im Parlament miterlebt, wo wir zwar die Bürgerlichen geschlagen haben, wo es mir aber nicht recht wohl dabei war. (*Sehr richtig!*) Warum? Weil das breite Auswalzen von solchem Dreck im Parlament die demokratische Ordnung diskreditiert. (*Erneute Zustimmung*) [...] Wir sollen in den Parlamenten einmal unseren Standpunkt darlegen und damit fertig und nicht fünf- oder zehnmal zu den Fragen sprechen. Auch in dieser Beziehung etwas solidere Arbeit und sorgfältiger überlegen, zu welchen Fragen wir auftreten, wie man eine Parlamentsberatung durchführt, damit nicht irgendeine Dreckgeschichte in den Mittelpunkt kommt und die Zuhörer dann im ganzen Land erzählen, was für Quatschköpfe dort im Parlament sitzen.«<sup>82</sup>

*De facto* stand seit Werder die politische Ausschaltung der Volksvertretungen im Raum, wenngleich die SED und die SMAD aus deutschlandpolitischen Erwägungen an deren formaler Fortexistenz vorerst festhielten.<sup>83</sup> Zugleich erhöhte sich der

<sup>81</sup> Stenografische Niederschrift über die 1. Staatspolitische Konferenz der SED in Werder/Havel, 23. u. 24.7.1948, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1.01, Nr. 95, Bl. 3–215, hier Bl. 28. Vgl. auch M. C. BIENERT, Zwischen Opposition und Blockpolitik, 2016, S. 390–396.

<sup>82</sup> SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1.01, Nr. 95, Bl. 27 f.

<sup>83</sup> Vgl. M. KOCH, Landtage, 1993, S. 335.

politische Druck auf die »bürgerlichen« Parteien. Sie wurden in den folgenden Jahren einem umfassenden Gleichschaltungs- und Säuberungsprozess unterworfen, der zwischen Herbst 1949 und den »Volkswahlen« im Oktober 1950 seinen Höhepunkt erreichte. Die zunehmenden Angriffe auf CDU und LDP sowie der Zwang zur Anpassung führten ab Mitte 1948 zu einer steigenden Fluktuation unter den Abgeordneten in den Landtagen.<sup>84</sup> Davon waren im Übrigen auch die SED-Fraktionen selbst betroffen: Die umfassenden innerparteilichen Säuberungswellen richteten sich in erster Linie gegen ehemalige Sozialdemokraten. Die meisten von ihnen wurden aus den Ämtern verdrängt, zogen sich aus der Politik zurück, wurden verhaftet oder flohen aus Angst vor staatlicher Repression nach Westdeutschland.<sup>85</sup> Ihre Mandate übernahmen »fortschrittlich« gesinnte Nachwuchskader, die der Staats- und Parteiführung treu ergeben waren. Als die Landtage sich Anfang November 1950 zu ihrer zweiten Legislaturperiode konstituierten, waren sie vollständig in »sozialistische Volksvertretungen« umgewandelt. Sie entsprachen fortan den volksdemokratischen Parlamentarismustheorien.<sup>86</sup>

## 7. Zusammenfassung

Für die Erforschung der Geschichte des Antiparlamentarismus in Deutschland bieten die Landtage der SBZ/DDR ein lohnendes Untersuchungsobjekt, das bislang kaum wahrgenommen worden ist. Der besondere Wert liegt zunächst in den außergewöhnlichen historischen Rahmenbedingungen begründet, unter denen diese Volksvertretungen bestanden. Ihre Existenz fiel in eine Zeit des grundlegenden Wandels der politischen Ordnung – in eine Zeit des Übergangs von einer Diktatur in eine andere. Darüber hinaus verfügten sie aus einer übergeordneten Perspektive über grundsätzliches Erklärungspotenzial, wenn es darum geht, den inneren Wandel von Volksvertretungen zu betrachten, sobald politische Parteien, die dem Parlamentarismus kritisch oder gar ablehnend gegenüberstehen, in ihnen die Mehrheit der Sitze gewonnen haben.

Nach den Herbstwahlen von 1946 zog die SED in alle Landtagen der SBZ die stärkste Kraft ein. Die in der Partei vertretenen Überzeugungen standen in einer langen Tradition antiparlamentarischer Kritik der extremen Linken. Gerade unter den ursprünglich aus der KPD stammenden Abgeordneten der Einheitspartei waren die klassenkämpferischen Thesen bezüglich der Rolle von Parlamenten als Herrschaftsinstrumente der Bourgeoisie über die Arbeiterschaft, wie sie von Karl Marx und Friedrich Engels dargelegt worden waren, hinlänglich bekannt. Die damit verbundenen Attribute (u. a. Korruption, Heuchelei, endlose Debatten) wurden in den Landtagen immer wieder zur Sprache gebracht. Zumeist geschah dies in der Form der Warnung,

<sup>84</sup> Siehe dazu I. JANDER, Politische Verfolgung in Brandenburg, 2012, S. 347–354.

<sup>85</sup> Vgl. A. MALYCHA, Partei von Stalins Gnaden?, 1996, S. 119–134. – Siehe auch DERS., SED, 2000, S. 296–323.

<sup>86</sup> Vgl. M. KOCH, Landtage, 1993, S. 338.

nicht in parlamentarische Gepflogenheiten, die man angeblich längst glaubte überwunden zu haben, zurückzufallen. Auch die Überzeugung, dass die Einheitspartei die Arbeit in den Volksvertretungen dazu nutzen müsste, um die Massen zu mobilisieren und sie für den Sieg der proletarischen Revolution zu gewinnen, blickte auf ein altes Erbe aus dem 19. Jahrhundert. In den SED-Landtagsfraktionen der Nachkriegszeit wusste man um diese gedanklichen Traditionen aus der Arbeiterbewegung ebenso wie um das taktische Verhältnis gegenüber dem als »bürgerlich« eingestuftem Parlamentarismus. Viele Volksvertreter griffen hierbei auf einschlägige politische Erfahrungen zurück, die sie im Kaiserreich und der Weimarer Republik gesammelt hatten.

Die großen moralischen, historischen und politischen Lehren, die sich aus der Tyrannei des »Dritten Reiches« ableiteten, bestärkten unter den Parlamentariern sämtlicher politischer Richtungen in den Landtagen ein Bestreben zum überparteilichen Konsens sowie zur Zusammenarbeit. Allerdings erwies sich das Prinzip der Blockpolitik, das sowohl von der SED als auch der sowjetischen Besatzungsmacht immer wieder beschworen wurde, als ein zweischneidiges Schwert: Nach außen stand es für ein übergeordnetes Einvernehmen, in Wirklichkeit wurde es aber bewusst als ein Instrument gebraucht, um den Führungsanspruch der Einheitspartei gegenüber den »bürgerlichen« Parteien zu festigen. Wenn in den Landtagen davon gesprochen wurde, dass man künftig »Parteihader« vermeiden müsse, dann handelte es sich dabei nicht zuletzt um ein Misstrauensvotum gegenüber einem zentralen Wesensmerkmal der pluralistischen Demokratie: nämlich dem Streit um Positionen und Argumente. Insofern verbarg sich hinter dem immer wieder geäußerten Bezug auf die Weimarer Republik als Negativfolie eine stark verkürzte, man kann sogar sagen: eindimensionale und verfälschende Interpretation.

Die soeben beschriebene Doppelbödigkeit kennzeichnete ebenso die grundsätzliche Haltung der SED gegenüber den Volksvertretungen. Formal betrachtet hielten die Einheitssozialisten an den parlamentarischen Gepflogenheiten fest, wie man sie aus der Zeit vor 1933 kannte. Die Bezugnahmen waren offensichtlich. Die Realität zeigte indes, dass die Einheitspartei die Regeln stets im Sinne der eigenen Interessen auslegte. Sobald ihre politischen Zielsetzungen ernsthaft berührt oder gar gefährdet waren, konnte von einer Respektierung demokratischer Grundsätze wie etwa die Achtung von abweichenden Meinungen nicht mehr die Rede sein. Der Verweis auf die Aufrechterhaltung des Prinzips der Blockpolitik und seine Respektierung diente dann als Totschlagargument gegenüber den widerstrebenden Christ- oder Liberaldemokraten. Um den »bürgerlichen« Landtagsfraktionen den eigenen Willen aufzuzwingen, griff die »Partei der Arbeiterklasse« bisweilen in den Volksvertretungen auf die aggressiven Methoden des inszenierten Protestes, der Massenmobilisierung und der Agitation zurück. Es handelte sich dabei um altbekannte Instrumentarien, die aus dem klassenkämpferischen Repertoire der Kommunisten stammten.

Die sowjetische Besatzungsmacht stand solchen Maßnahmen nicht nur wohlwollend gegenüber, sondern sie unterstützte sie entweder indirekt oder sogar offen. Den ganz im Geiste des Stalinismus sozialisierten Offizieren waren die Traditionen und das Wesen des deutschen Parlamentarismus vollkommen fremd. Ein freies, pluralis-

tisches politisches System auf echter demokratischer Grundlage, wie es sich in den Westzonen herausbildete, lag außerhalb ihres politischen Weltbildes. Zudem richtete sich ihre Tätigkeit allein nach den Richtlinien, die von der Deutschland- und Besatzungspolitik in Moskau und Karlshorst vorgegeben wurden. Während die Offiziere die SED-Fraktionen in ihrer Arbeit »unterstützten« und anleiteten, beobachteten sie die Tätigkeit der Abgeordneten von CDU und LDP, aber auch von ehemaligen »rechten« Sozialdemokraten mit mehr oder weniger offenem Misstrauen. Die Aussichten, unter einer dem Wesen nach vollständig antiparlamentarisch ausgerichteten Besatzungsmacht tatsächlich eine parlamentarische Demokratie nach westlichen Maßstäben aufbauen zu können, waren somit denkbar gering.

## Quellen- und Literaturverzeichnis

- Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen, Hamburg 1921.
- Baberowski, Jörg: Der Rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus, <sup>2</sup>München 2004.
- Bavaj, Riccardo: Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik, Bonn 2005.
- Bienert, Michael C.: Zwischen Opposition und Blockpolitik. Die »bürgerlichen« Parteien und die SED in den Landtagen von Brandenburg und Thüringen (1946–1952), Düsseldorf 2016.
- Brown, Archie: Aufstieg und Fall des Kommunismus, Berlin 2009.
- Brunner, Detlev: Der Schein der Souveränität. Landesregierung und Besatzungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern 1945–1949, Köln u. a. 2006.
- Creuzberger, Stefan: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, Weimar u. a. 1996.
- Creuzberger, Stefan: Parlamentarische Demokratie nach »westlichen Maßstäben«? Die sowjetische Militäradministration und die Ausschaltung von Parlaments- und Regierungsstrukturen in der SBZ, 1946–1948/49, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande* 32/1 (2000), S. 39–50.
- Defrasne, Jean: L'antiparlementarisme en France, Paris 1990.
- Döring, Martin: »Parlamentarischer Arm der Bewegung«. Die Nationalsozialisten im Reichstag der Weimarer Republik, Düsseldorf 2001.
- Durner, Wolfgang: Antiparlamentarismus in Deutschland, Würzburg 1997.
- Foitzik, Jan (Hrsg.): Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltung in der SBZ und frühen DDR. Dokumente, Berlin u. a. 2015.
- Foitzik, Jan: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949*, München <sup>2</sup>1993, S. 7–69.
- Hajna, Karl-Heinz: Die Landtagswahlen 1946 in der SBZ. Eine Untersuchung der Begleitumstände der Wahl, Frankfurt am Main u. a. 2000.
- Handbuch der kommunistischen Reichstagsfraktion. Der Reichstag 1924–1928, Berlin 1928.
- Hoppe, Bert: In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933, München 2007.
- Jahr, Christoph: Liberaler Antiparlamentarismus? Die Krise des Linksliberalismus im späten Kaiserreich und in der Weimarer Republik am Beispiel des Reichstagsabgeordneten Ernst Müller-Meiningen, in: Wolther von Kieseritzky/Klaus-Peter Sick (Hrsg.), *Demokratie in*

- Deutschland. Chancen und Gefährdungen im 19. und 20. Jahrhundert. Historische Essays, München 1999, S. 153–172.
- Jander, Ingrid: Politische Verfolgung in Brandenburg 1949 bis 1953. Der Kampf gegen Ost-CDU, Bauern und Kirchen im Spiegel der Akten von SED und Staatssicherheit, Düsseldorf 2012.
- Jansen, Christian: Antiliberalismus und Antiparlamentarismus in der bürgerlich-demokratischen Elite der Weimarer Republik. Willy Hellpachs Publizistik der Jahre 1925–1933, in: ZfG 49/9 (2001), S. 773–795.
- Jones, Larry E. (Hrsg.): The German Right in the Weimar Republic. Studies in the History of German Conservatism, Nationalism, and Antisemitism, New York u. a. 2014.
- Koch, Manfred: Landtage, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1993, S. 329–344.
- Kraus, Hans-Christof: Englische Verfassung und politisches Denken im Ancien Régime, 1689 bis 1789, München 2006.
- Künzel, Werner: Die Landtage in der antifaschistisch-demokratischen Revolution bis zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, Diss. phil., Potsdam 1972.
- Lenin, Wladimir Iljitsch: Werke. Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Bde. 24 u. 25, Berlin (Ost) 1959 u. 1960.
- Lilla, Joachim (Bearb.) unter Mitarbeit von Martin Döring und Andreas Schulz: Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933–1945. Ein biographisches Handbuch, Düsseldorf 2004.
- Lincoln, W. Bruce: Passage Through Armageddon. The Russians in War and Revolution, 1914–1918, New York 1994.
- Loth, Wilfried: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994.
- Malycha, Andreas/Winters, Peter J.: Die SED. Geschichte einer deutschen Partei, München 2009.
- Malycha, Andreas: Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953, Paderborn u. a. 2000.
- Malycha, Andreas: Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950, Berlin 1996.
- Marx, Karl/Friedrich Engels: Werke (MEW), hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, 39 Bde., Berlin (Ost) 1957–1968.
- Mergel, Thomas: Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag, Düsseldorf 2002.
- Naimark, Norman M.: Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und die Frage des Stalinismus. Veränderte Sichtweisen auf der Grundlage neuer Quellen aus russischen Archiven, in: ZfG 43 (1995), S. 293–307.
- Naimark, Norman M.: The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation, 1945–1949, Cambridge, MA 1995.
- Probst, Robert: Die NSDAP im Bayerischen Landtag 1924–1933, Frankfurt am Main u. a. 1998.
- Reinert, Fritz (Bearb.): Protokolle des Landesblockausschusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien Brandenburgs 1945–1950, Weimar 1994.
- Reinicke, Wolfgang: »Der bayerische Landtag im Zeichen des Hakenkreuzes«. Die Inszenierung der Landtagssitzungen am 28. und 29. April 1933 als nationalsozialistische Siegesfeier, in: Werner K. Blessing (Hrsg.), Region, Nation, Vision. Festschrift für Karl Möckl zum 65. Geburtstag, Bamberg 2005, S. 197–215.
- Rousseau, Jean-Jacques: Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts. Neu übersetzt und hrsg. von Hans Brockard, Stuttgart 1977.

- Schondelmaier, Hans-Willi: Die NSDAP im Badischen Landtag 1929–1933, in: Thomas Schnabel (Hrsg.), *Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928–1933*, Stuttgart u. a. 1982, S. 82–112.
- Smith, Douglas: *Der letzte Tanz. Der Untergang der russischen Aristokratie*, Frankfurt am Main 2014.
- Thoß, Hendrik: *Demokratie ohne Demokraten? Die Innenpolitik der Weimarer Republik*, Berlin 2008,
- Tjulpanow, Sergej: *Deutschland nach dem Kriege (1945–1949). Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee*. Hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Stefan Doernberg, Berlin (Ost) 1986.
- Der Tjul'panov-Bericht. Sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Hrsg. von Gerhard Wettig, Göttingen 2012.
- Trittel, Christina: *Die Landtagsfraktionen in Sachsen-Anhalt von 1946 bis 1950. Analyse des landespolitischen Handelns und der Handlungsspielräume kollektiver Akteure in der werdenden DDR*, Wiesbaden 2006.
- Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1949. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation. Bearb. u. hrsg. von Jochen P. Laufer u. Georgij P. Kynin unter Mitarbeit von Viktor Knoll, 4 Bde., Berlin 2004 u. 2012.
- Ullrich, Sebastian: *Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959*, Göttingen 2009.
- Villis, Tom: *Reaction and the Avant-Garde. The Revolt Against Liberal Democracy in Early Twentieth-Century Britain*, London u. a. 2006.
- Walter, Michael: National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD), in: Gerd-Rüdiger Stephan/Andreas Herbst/Christine Krauss et al. (Hrsg.), *Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch*, Berlin 2002, S. 366–401.
- Weber, Hermann: *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, Bd. 1, Frankfurt am Main 1969.
- Weber, Hermann (Hrsg.): *Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950*, Köln 1982.
- Weipert, Axel: *Die Zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920*, Berlin 2015.



»Kiss my ass«.  
Zur Geschichte einer anrühigen Bildfindung  
der Parlamentskritik

Wer sich mit dem modernen Parlamentarismus beschäftigt, stößt unweigerlich auf die politische Karikatur.<sup>1</sup> Beide sind etwa gleichzeitig im ausgehenden 18. Jahrhundert entstanden, und beide waren sowohl Akteure als auch Ausdruck einer im Wandel begriffenen Beziehung zwischen Herrschaft und Volk. Von Anfang an wurden die Karikaturisten zu künstlerischen Begleitern des parlamentarischen Lebens. Sie erfanden viele der visuellen Topoi, die dessen Wahrnehmung bis heute prägen. Fragt man danach, was die Zeichner so sehr am Parlamentarismus faszinierte, findet man die Antwort bei einem seiner zentralen Wesensmerkmale, nämlich der Tendenz zum Theatralischen. Diese Eigenschaft hängt mit einem grundsätzlichen Problem der parlamentarischen Demokratie zusammen. Gemeint ist die Frage, ob und wie die politische Repräsentation des »Volkes« überhaupt möglich ist. Tadellos durchgeführte freie Wahlen reichen dazu jedenfalls nicht aus. Sie sind nur eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung. Hinzukommen muss der subjektive Glaube der Wähler, dass Repräsentation im Parlament tatsächlich stattfindet. Diese Repräsentationsfiktion – und um eine Fiktion handelt es sich – lässt sich nur dann über den Wahltag hinaus aufrechterhalten, wenn die »Volksvertreter« kontinuierlich mit ihren Wählern kommunizieren. Dazu müssen sie öffentliche Rollen einnehmen und in diesem Sinne als politische Schauspieler agieren.<sup>2</sup>

Genau an dieser Stelle setzen die Karikaturen an. Denn sie eignen sich in besonderer Weise, um das Theatralische und Gemachte parlamentarischer Politik zu entlarven und auf diese Weise die Fragilität der Repräsentationsfiktion zu offenbaren. Vor allem deshalb wurde die Karikatur im 19. Jahrhundert zu einem Reflexionsmedium, in dem die Beziehung von Politik, Medien und Publikum in endlosen Variationen verhandelt wurde. Mit den Mitteln der Bildsatire entstand so beiläufig eine Art Medientheorie der Politik *avant la lettre*. Aus der Fülle der visuellen Routinen und Klischees, die die Karikaturisten zur Darstellung des parlamentarischen Lebens erfunden haben, wird hier ein vielfach verwendetes Bildmotiv herausgegriffen, nämlich das Motiv des dem Betrachter zugewandten Gesäßes. Anhand ausgewählter britischer, französischer und deutscher Beispiele lässt sich zeigen, wie aus einem universal einsetzbaren Spottbild ein zielgenaues Instrument der Parlamentskritik wurde.

---

<sup>1</sup> Zur komplizierten Verwendung der Begriffe Schandbild, Satire, Karikatur etc. vgl. G. UNVERFEHRT, *Karikatur*, 1985. Im Anschluss an seine Überlegungen wird auch hier in der Regel nur von Karikaturen gesprochen.

<sup>2</sup> A. BIEFANG, *Die Neuformierung*, 2013, S. 131–150, 397–404; P. FRIEDLAND, *Political Actors*, 2002.

## 1. Das Bildmotiv des zugewandten Gesäßes als europäische Bildformel der Parlamentskritik im 19. Jahrhundert

Das Bildmotiv des zugewandten Hinterns mag ordinär wirken, und nicht selten ist es das auch. Aber es handelt sich um einen Topos, dessen Herkunft weit in die europäische Bildgeschichte zurückreicht. In der religiösen Malerei des Mittelalters diente das Motiv meist zur Kennzeichnung von Teufeln und sündhaften, oft gewalttätigen Menschen. Als während der Renaissance ein neues, mehr an Harmonie und Proportion orientiertes Schönheitsideal aufkam, galt schon das Zeigen eines vornehmen Menschen in Rückenansicht als ungehörig.<sup>3</sup> Die derbe Metapher verschwand jetzt allmählich aus der Hochkunst und wanderte in die Sphäre der Spottbilder und Karikaturen. Für das Zeitalter der Reformation und des Dreißigjährigen Krieges lassen sich zahlreiche solche Publikationen nachweisen, die die einschlägige Bildformel benutzten, um die jeweiligen konfessionellen oder politischen Gegner zu diffamieren.<sup>4</sup> Der quantitative Höhepunkt ihrer Verwendung wurde jedoch in der Ära der Französischen Revolution erreicht. In den leidenschaftlich ausgetragenen visuellen Polemiken zwischen den Revolutionären und ihren Gegnern wimmelte es nur so von skatologischen Motiven, wobei das Zeigen des nackten Hinterns eher zu den harmloseren Übungen gehörte.<sup>5</sup>

Damals entdeckte auch die staatliche Propaganda die Vorzüge der Karikatur für die Popularisierung außenpolitischer Feindbilder. So verwendete Jacques-Louis David, der Revolutionskünstler schlechthin, das Motiv für eine Radierung, mit der er im Auftrag des Wohlfahrtsausschusses die monarchische Herrschaft in England attackierte (Abb. 1). Zu sehen ist ein janusgesichtiges Monster, das durch das Attribut der Krone sowie durch die Bildunterschrift als englischer König bestimmt wird. Mit seinem Anusgesicht entfacht der Monarch einen Sturm aus Steuerlasten, der das englische Volk hinwegbläst. Die Wirkung des Spottbildes basierte nicht zuletzt darauf, dass David an die tradierte christliche Ikonografie des doppelgesichtigen Teufels anknüpfte.<sup>6</sup> Auf der britischen Seite waren es Zeichner wie James Gillray, die mit finanzieller Unterstützung der königlichen Regierung die politischen Gegner in Frankreich – namentlich die *sans-culottes* – mit ähnlichen Mitteln herabsetzten (Abb. 2).<sup>7</sup> Bereits um 1800 haben wir es also mit einem fest etablierten Bildmotiv der politischen

<sup>3</sup> So ausdrücklich Leonardo da Vinci in seinem *trattato della pittura*. Vgl. D. DONALD, »Calumny and Caricatura«, 1983, S. 50 f.; W. HOFMANN, *Karikatur*, 2007, bes. S. 41–44.

<sup>4</sup> Für Beispiele aus der Frühphase der Karikatur vgl. C. MCPHEE/N. ORENSTEIN (Hrsg.), *Infinite Jest*, 2011 (karikierende Rücken- und Gesäßansichten S. 40 f., 43); B. U. MÜNCH, »Viel scharpfte Gemelde« und »lesterliche Figuren«, 2015; W. CILLESEN/R. REICHARDT, *Matières scatologiques*, 2010.

<sup>5</sup> Beispiele: K. HERDING/R. REICHARDT, *Bildpublizistik*, 1989, S. 12–15; A. DUPRAT, *Trésorière*, 2010, S. 55–59; A. DE BAECQUE, *La caricature révolutionnaire*, 1988, S. 93, 98 f., 112, 118, 143, 180, 212 f., 214 f., 216 f.; C. LANGLOIS, *La caricature contre-révolutionnaire*, 1988, S. 133, 140 f., 158, 164, 190, 216 f., 218.

<sup>6</sup> Vgl. M. BAYLESS, *Sin and Filth*, 2012, bes. S. 1–28; ferner D. ARASSE, *Bildnisse des Teufels*, 2012.

<sup>7</sup> P. DUPUY, »Le trône adore de l'impudeur«, 2010.

Karikatur zu tun, das nicht nur von randständigen Polemikern, sondern auch von den führenden Künstlern der Zeit verwendet wurde.<sup>8</sup>



Abb. 1: »Explication, No 1: Gouvernement anglais, No 2: L'Anglois n'est libre«, handkolorierte Radierung von Jacques-Louis David, veröffentlicht bei Jacques-Louis Bance, 1794, 33,5 x 44,5 cm.<sup>9</sup>

In England findet sich erwartungsgemäß das erste Beispiel dafür, dass das Motiv des zugewandten Gesäßes zur Parlamentskritik verwendet wurde. Der Marinebeamte Samuel Pepys berichtet in seinem Tagebuch unter dem 7. Februar 1660 von einem Bild, das man an der Londoner Börse aufgehängt hatte. Darauf – so schreibt er – sei der feiste Hintern eines Mannes zu sehen gewesen, der einem Seeoffizier namens John Lawson in den Mund schießt. Darüber habe gestanden: »Der Dank des Hauses«. Auch wenn das Bild selbst nicht überliefert ist, lässt sich die politische Botschaft leicht erschließen: Es handelte sich um eine Kritik am republikanischen »Rumpfparlament«, das einer Person die Anerkennung verweigerte, die lange Zeit für die Republik gekämpft hatte – vermutlich, weil Lawson sich inzwischen denjenigen angeschlossen hatte, die die Monarchie restaurieren wollten. Das angesprochene Bild bezeugt den Ansehensverlust des »Rumpfparlaments«, das in seiner damaligen Zusammensetzung nicht mehr als legitim betrachtet wurde. Die visuelle Formel dafür war der nackte Hintern, den das zunehmend isolierte Parlament Lawson stellvertretend für das entfrem-

<sup>8</sup> W. CILLESSEN/R. REICHARDT, *Matières scatologiques*, 2010. Zur literarischen Verankerung skatologischer Motive vgl. P. ENGLISCH, *Das skatologische Element*, 1928.

<sup>9</sup> British Museum, 1882, 0812.471; entnommen aus B. TILLER, *Caricature*, 2005, S. 39. Zum Kontext vgl. A. BOIME, *Jacques-Louis David*, 1988.

dete Volk zuwendete. In der Londoner Öffentlichkeit scheint das Bild auf einige Resonanz gestoßen zu sein. Denn Pepys berichtet in seinem Tagebuch auch, wie spielende Kinder »Kiss my parliament« gerufen hätten statt des üblichen »Kiss my arse«. <sup>10</sup>



Abb. 2: »The zenith of French glory; – the pinnacle of liberty«, handkolorierte Radierung von James Gillray, veröffentlicht bei Hannah Humphrey, Februar 1793, 35 x 24,8 cm. <sup>11</sup>

<sup>10</sup> »Boys do now cry »Kiss my Parliament«, instead of »Kiss my arse«, so great and general a contempt is the Rump come to among all the good and bad.« Vgl. die maßgebliche Edition R. LATHAM/W. MATTHEWS (Hrsg.), *The Diary of Samuel Pepys*, Bd. 1, 1970, S. 45. In der viktorianischen Erstausgabe hatte es noch dezent geheißen: »Kiss my rump«. Vgl. H. B. WHEATLEY (Hrsg.), *The Diary of Samuel Pepys*, Bd. 1, 1893, S. 44. Zu John Lawson vgl. R. SHEPHERD, *Westminster*, 2012, S. 172.

<sup>11</sup> British Museum 1868,0808.6276; entnommen aus H. GURATZSCH (Hrsg.), *James Gillray*, 1986, S. 76.

Erst aus dem 18. Jahrhundert haben sich Bildbeispiele erhalten, anhand derer sich nachvollziehen lässt, wie die Bildformel des zugewandten Gesäßes für die Parlamentskritik verwendet wurde. Sie sind vor allem deshalb interessant, weil das Motiv hier nicht bloß zur Herabsetzung der jeweiligen Gegner eingesetzt, sondern zielgenau mit dem vornehmsten Recht des Parlaments – dem Recht der Steuerbewilligung – verknüpft wird. Auf der Radierung von William Dent aus dem Jahr 1791 ist der Finanzminister George Rose als Riese dargestellt, der schützend vor dem Eingang zu seinem Ministerium steht und dem Betrachter sein blankes Gesäß entgegenhält (Abb. 3). Der ausgestoßene Furz, der textlich als *Surplus*, als Haushaltsüberschuss gekennzeichnet ist, streckt den oppositionellen Abgeordneten Richard Sheridan zu Boden, während Charles James Fox zur Rechten betreten zuschaut. Bei dem Abgeordneten, der links auf dem Leiterchen steht und den riesigen Hintern küsst, soll es sich um den Konservativen Edmund Burke handeln. Er bemüht sich, durch demonstrative Servilität finanzielle Vergünstigungen zu erlangen.

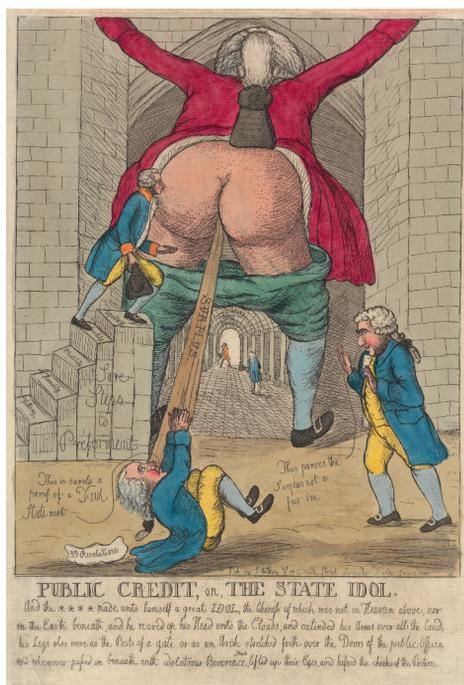


Abb. 3: »Public Credit, or the State Idol«, handkolorierte Radierung von William Dent, veröffentlicht bei James Aitken, 3.6.1791, 35,2 x 24,4 cm.<sup>12</sup>

<sup>12</sup> British Museum 1868,0808.6063. Eine detaillierte Beschreibung durch Dorothy George findet sich auf der *website* des British Museum (BMSat 7842). Zum Kontext ferner I. HAYWOOD, *Romanticism and Caricature*, 2013, S. 52 f. Als Vorbild diente offensichtlich eine anonyme Karikatur auf Richard Walpole aus dem Jahr 1740 (vgl. British Museum 1868,0808.3620).

Die Karikatur richtete sich einerseits gegen die Regierung des jüngeren William Pitt, dem eine verantwortungslose Steuer- und Schuldenpolitik vorgeworfen wurde, sowie andererseits gegen die konservative Parlamentsmehrheit, deren Abstimmungsverhalten als korrupt gebrandmarkt wurde. Der nackte Hintern des Ministers sollte zeigen, was die königliche Regierung und die sie unterstützende parlamentarische Mehrheit von der Opposition und damit letztlich von den Steuerbürgern hielt. Auch für diese Karikatur wurde übrigens ein Motiv aus der christlichen Ikonografie aufgegriffen, und zwar die Ausschüttung des Heiligen Geistes durch göttlichen Atem oder Wind, der hier blasphemisch zu einem feuchten Furz umgedeutet wurde.

Weil es den britischen Karikaturisten immer wieder gelang, populäre Bildmotive für die Kritik an aktuellen politischen Entwicklungen nutzbar zu machen, galten sie im 18. Jahrhundert europaweit als führend. Das sah man auch in Frankreich so, wo die Satirezeitschriften nach der Julirevolution 1830 aufblühten. Die Zeichner von *La Caricature* und *Charivari* studierten die englischen Vorbilder gründlich und entwickelten sie in charakteristischer Weise weiter. Ein gutes Beispiel ist der »Monsieur Croupion«, der »Monsieur Hintern«, von Auguste Audibert, dem Chefredakteur von *La Caricature* (Abb. 4). Auf der Lithografie vom Dezember 1831 ist ein in



Abb. 4: »Monsieur Croupion«, Lithografie von Auguste Audibert, 28,2 x 38,5 cm, Beilage zu *La Caricature*, Nr. 59, 15.12.1831.<sup>13</sup>

<sup>13</sup> Vgl. S. BOSCH-ABELE, *Caricature*, Bd. 1, 1997, S. 197 f. Dort auch die Belege für den Gebrauch des Wortes »croupion«.

Brusthöhe abgeschnittener fettleibiger Rumpf zu sehen, der mit einigen Dutzend Abgeordneten gefüllt ist. Dieser *corps politique*, dieser politische Körper erscheint als wohl genährter Bauch oder, wie die Bildunterschrift sagt, als Hintern, der wegen seiner vollgefressenen Trägheit seine Aufgaben nicht mehr ordnungsgemäß erfüllen kann. Bei dieser Karikatur handelte es sich um eine sehr spezielle Adaption der verbreiteten Körpermetaphorik, bei der auch das berühmte Frontispiz zum *Leviathan* von Thomas Hobbes, das »Urbild« des modernen Staats, Pate gestanden haben dürfte.<sup>14</sup> Honoré Daumier griff diese Bildfindung drei Jahre später mit seiner berühmten Karikatur *Le ventre législatif* erneut auf.<sup>15</sup> Das motivische Referenzspiel wurde noch dadurch gesteigert, dass *croupion* in der politischen Sprache Frankreichs auch als Bezeichnung für das funktionsuntüchtige englische Rumpfparlament gegient hatte.

Von Honoré Daumier stammt auch der vielleicht überzeugendste Versuch, die Bildformel des zugewandten Gesäßes in parlamentskritischer Absicht zu verwenden (Abb. 5). Auch Daumier bezog sich auf ein konkretes englisches Vorbild, nämlich auf eine Karikatur von John Doyle aus dem Jahr 1832, die er auf originelle Weise adaptierte.<sup>16</sup> Auf seiner Lithografie vom Mai 1835 ist zu sehen, wie eine Anzahl konservativer Abgeordneter sich erhebt und dabei dem Betrachter ihr Gesäß zuwendet. Besonders wird dabei Jean-Claude Fulchiron hervorgehoben, nach dem die Karikatur benannt ist. Der Abgeordnete des *département Rhone* galt als ein Politiker, der besonders enge Beziehungen zum Ministerium unterhielt. Im Hintergrund blickt der Kammerpräsident André Dupin, der dem sogenannten *tiers parti*, der Mittelpartei, zugehörte, distanziert auf die Szenerie.

Der besondere Witz des Bildes bestand darin, dass in der *Chambre des députés* die Zustimmung zu einem Gesetzentwurf durch das Aufstehen der Abgeordneten kundgetan wurde. Im konkreten Fall ging es um die Bewilligung einer Steuererhöhung, die die Regierung beantragt hatte, um mit dem Geld die Ausrüstung der Armee zu verbessern. Der Vorwurf Daumiers lautete, dass die Befürworter des Gesetzes über die Argumente der Opposition hinweggingen (»ils font face aux arguments«, heißt es in der Bildunterschrift) und die steigenden Steuerlasten allzu willfährig akzeptierten. Bildlich ausgedrückt: Im Moment der Zustimmung zur Steuererhöhung wendeten die konservativen Abgeordneten dem Volk den Hintern zu – und verrieten die Interessen der Wähler. Das Bildmotiv des zugewandten Gesäßes wurde mit dieser Lithografie endgültig zum symbolischen Ausdruck des Vorwurfs, dass die behauptete Repräsentation des Volkes durch das Parlament nicht stattfindet.

<sup>14</sup> A. KOSCHORKE u. a., *Der fiktive Staat*, 2007; A. DE BAECQUE, *The Body Politic*, 1997; H. BREDEKAMP, *Thomas Hobbes*, 2003.

<sup>15</sup> »Le Ventre législatif. Aspects des bancs ministériels de la chambre improstituée de 1834«, Lithografie von Honoré Daumier, Januar 1834, 28 x 43,1 cm, (abgedruckt u. a. in H. LOYRETTE (Hrsg.), *Daumier*, 1999, S. 174).

<sup>16</sup> »Hunt the Slipper, or »Cherche Qui Peut«, Lithografie von John Doyle, 28,6 x 41,5 cm, erschienen bei Meifred, Lemerier & Co, März 1832 (National Portrait Gallery, NPG D41118). Vgl. dazu J. DÖRING, *Karikatur*, 1991, S. 54.

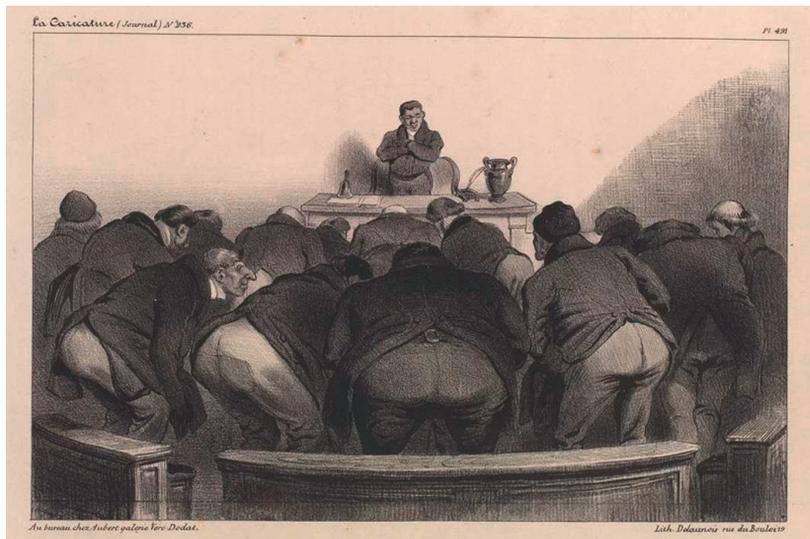


Abb. 5: »Éloquence Fulchironne. Réponse péremptoire des députés croupions, aux arguments, aux chiffres et généralement à toutes les bonnes raisons des toutes les oppositions possibles«, Lithografie von Honoré Daumier, 17,1 x 25,2 cm, Beilage zu *La Caricature*, Nr. 236, 14.5.1835.<sup>17</sup>

Die anrühige Bildfindung kann als Beleg dafür dienen, dass im Medium der politischen Karikatur allmählich eine länderübergreifende, europäische Bildsprache entstand. In Deutschland konnten solche Karikaturen allerdings erst publiziert werden, als infolge der Revolution von 1848 die Zensur vorübergehend aufgehoben wurde. Der angestaute Mitteilungsdrang brach sich in einer Welle von Zeitungsgründungen Bahn, und die Anzahl der Druckerzeugnisse aller Art nahm sprunghaft zu. Das betraf auch die Bildsatire, die vorzugsweise die Frankfurter Nationalversammlung zum Gegenstand ihres Spottes machte. Bei der Durchsicht dieser Publikationen ist leicht zu erkennen, dass die Zeichner die Bildprodukte der Nachbarländer genau kannten und sich produktiv anverwandelten.<sup>18</sup>

Ein prominentes Beispiel bietet eine im August 1848 in Frankfurt veröffentlichte Karikatur (Abb. 6). Der Zeichner Alfons von Boddien gehörte selbst der Nationalversammlung an, und zwar der am rechten Rand des politischen Spektrums angesiedelten Fraktion Milani. Auf dem handkolorierten Einblattdruck ist sein Parlamentskollege Arnold Ruge zu sehen, der zur Linken des Hauses zählte. Ruge streckt dem Betrachter sein Gesäß entgegen und blickt ihn zugleich – weit vornübergebeugt –

<sup>17</sup> Vgl. S. BOSCH-ABELE, *Caricature*, Bd. 1, 1997, S. 585 f.

<sup>18</sup> M. ARNSCHIEDT, *Politische Druckgraphik*, 1978; Y. DOOSRY/R. SCHOCH (Bearb.), 1848 – *Das Europa der Bilder*, Bd. 2, 1998; U. E. KOCH, *Französische Revolution*, 2008; R. BRÜCKMANN, *Fremde Federn*, 2007.

durch die Beine hindurch kopfüber an. Die kolorierte Lithografie nahm Bezug auf eine Rede, die Ruge am 26. Juli 1848 in der Nationalversammlung gehalten hatte: Darin hatte er sich unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Nationen für Gebietsabtretungen an Polen und Italien ausgesprochen.<sup>19</sup>

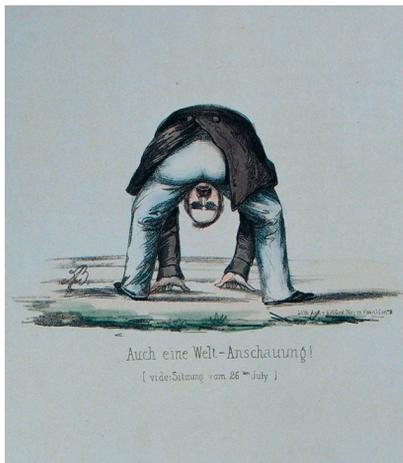


Abb. 6: »Auch eine Welt-Anschauung (vide: Sitzung vom 26ten July)«, handkolorierte Lithografie nach einer Zeichnung von Alfons von Boddien, veröffentlicht bei Eduard Gustav May, August 1848, 30,4 x 21,7 cm.<sup>20</sup>

Parlamentspräsident Heinrich von Gagern war darüber so erbost, dass er die seinem Amt gebührende Neutralität aufgab und in die Debatte eingriff. Er warf Ruge »halben Verrath an der Nation« vor, den er auf dessen »besondere Anschauungen« zurückführte. Damit spielte er nicht nur auf die linkshegelianischen Überzeugungen Ruges, sondern auch auf eine Formulierung an, mit der dieser die romantische Mittelalterverehrung vieler Zeitgenossen verspottet hatte. In einem seiner Bücher hatte Ruge nämlich behauptet, die Welt des Mittelalters könne man nur dann für schön halten, »wenn man den Kopf zwischen die Beine steckt und sie verkehrt sieht.« Die Karikatur verknüpft nun das parlamentarische Duell mit der Pose des zugewandten Gesäßes, um den behaupteten »Verrath« Ruges an den Interessen der Wähler und des deutschen Volkes zu visualisieren.

<sup>19</sup> F. WIGARD (Hrsg.), Stenographischer Bericht, Bd. 2, 1848, S. 1187. Vgl. H. PROBST/K. v. WELCK (Hrsg.), Mit Zorn und Eifer, 1998, S. 136; ferner A. REITER, Die Sammlung A. W. Heil, 1994, S. 233.

<sup>20</sup> Entnommen aus H. PROBST/K. v. WELCK (Hrsg.), Mit Zorn und Eifer, 1998, S. 136.



Abb. 7: »Der ehrenwerthe Abgeordnete für Hinterpommern«, unbekannter Zeichner, in: *Kladderadatsch*, Nr. 17, 29.4.1849, S. 68.

Wegen ihrer auf das Wesentliche reduzierten Zeichenhaftigkeit war diese Karikatur auch für diejenigen leicht verständlich, die die hintergründigen Anspielungen nicht erkannten. Boddies Bildidee wurde deshalb sofort zum Vorbild für weitere Zeichner, die allerdings meist einen anderen politischen Standpunkt als dieser vertraten. So diente das Motiv im April 1848 im *Kladderadatsch* dazu, die desinteressierte Haltung eines konservativen Abgeordneten aus »Hinterpommern« zur nationalen Frage (und damit: zu den Interessen der Nation) zu kritisieren (Abb. 7), oder sie wurde – mit leichter Bedeutungsverschiebung – im Frühjahr 1850 in der *Reichs-Bremse* dazu genutzt, die Abneigung liberaler preußischer Abgeordneter gegenüber dem reaktionären Innenminister Otto von Manteuffel zu verdeutlichen (Abb. 8).

Die kurze Blüte der politischen Karikatur ging zu Ende, als nach dem Scheitern der Revolutionen von 1848/49 die Zensur wieder eingeführt wurde.<sup>21</sup> Sowohl in Frankreich als auch in Deutschland ging die Zahl der Veröffentlichungen dramatisch zurück. Wo die politische Karikatur fortexistieren konnte, wirkte sie oft zurückgenommen und symbolisch verrätselt. Erst als sich seit den späten 1860er Jahren die Zensurbestimmungen wieder lockerten, begann das goldene Zeitalter der Satirezeitschriften. Die zahlreichen periodisch erscheinenden Witzblätter konnten immer wieder bedeutende Künstler als Zeichner gewinnen, die das Genre zu ungeahnten qualitativen Höhen führten. Aufgrund ihrer großen Popularität gewannen

<sup>21</sup> R. J. GOLDSTEIN, *Censorship*, 1989; U. E. KOCH, *Politische Bildzensur*, 2014.

die Karikaturen auch erheblichen Einfluss auf die politischen Debatte und die öffentliche Meinung.<sup>22</sup>

### Stellungen und Ansichten der verschiedenen Parteien.



Der Minister Mantuffel hat gesagt: er werde die Revolutionäre schon beim Kopf zu nehmen wissen. Die Revolutionäre haben sich nun vorgenommen, sich dem Minister nicht so zu zeigen, daß er keinen Kopf sieht.

Abb. 8: »Stellungen und Ansichten der verschiedenen Parteien«, unbekannter Zeichner, in: *Deutsche Reichs-Bremse*, Nr. 11, 16.3.1850, S. 41 (Titelseite).

In den Witzblättern und illustrierten Zeitungen der Jahrhundertwende lassen sich zahlreiche Beispiele für die satirische Verwendung des Motivs des zugewandten Hinterns zum Zwecke der Parlamentskritik nachweisen. Sie schöpften aus dem etablierten Bildvorrat, sind aber insgesamt weniger ordinär als die Karikaturen aus der Zeit um 1800. Es sind nur noch selten Exkrememente zu sehen, und der Hintern ist meist mit Stoff bedeckt. Schon bei Daumier war diese Domestizierung der Bildsprache zu beobachten. Die Gründe dürften unter anderem in der allmählichen Durchsetzung bürgerlicher Wertvorstellungen und Umgangsformen liegen. Aber auch der Ausbau der kommunalen Abwassersysteme und der allgemeine Fortschritt der Hygieneverhältnisse hatte zu einer veränderten Wahrnehmung geführt, die die drastische Darstellung der Körperlichkeit nicht mehr tunlich erscheinen ließ.<sup>23</sup>

Als im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts der Kreis der Wahlberechtigten im weiter gezogen wurde, entwickelte sich der Wahlkampf zum großen Katalysator der Bildproduktion – nicht nur auf Seiten der Wahlkämpfer, sondern auch auf Seiten der beobachtenden Presse und der kommentierenden Karikatur. Der entsprechende Bildvorrat war auch diesmal im England des 18. Jahrhunderts vorformuliert worden,

<sup>22</sup> Überblickte: C. ZIMMERMANN (Hrsg.), *Zeitschrift*, 2006; H. VÉDRINE (Hrsg.), *L'Europe des revues*, 2008.

<sup>23</sup> L. JACKSON, *Dirty Old London*, 2014; D. S. BARNES, *The Great Stink of Paris*, 2006.

wo seit William Hogarth Wahlen und Wahlkämpfe als großes, korruptes Schmierentheater dargestellt wurden.<sup>24</sup> Die beliebteste und einschlägigste Darstellungsformel hob dabei auf die temporäre Umkehrung der Machtverhältnisse ab: Vor der Wahl erschien der Wähler in der Karikatur deshalb oft als »Majestät«, die die Kandidaten zu Gesten der Demut nötigte. In aller Drastik ist dieses »dirty work« bereits auf einer Radierung von Samuel Collings aus dem Jahr 1784 zu sehen (Abb. 9).

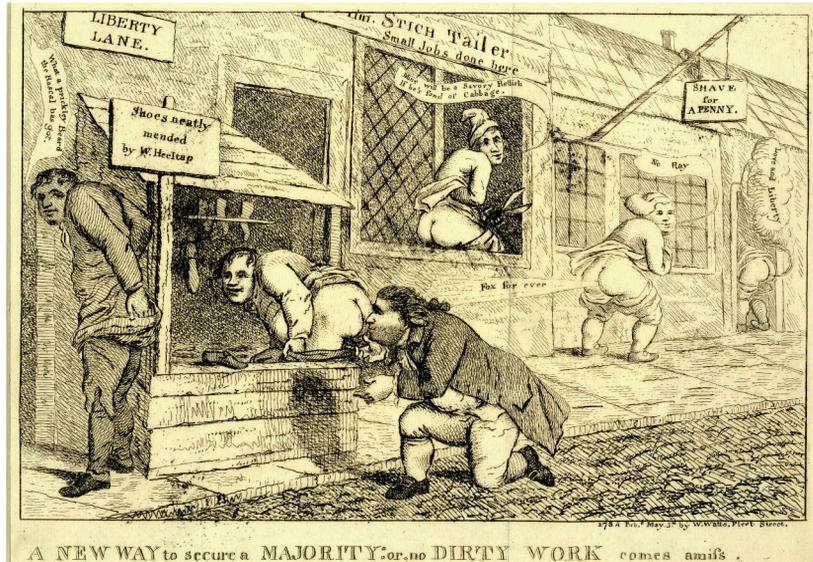


Abb. 9: »A new Way to secure a Majority: or, no Dirty Works comes amiss«, Radierung von Samuel Collings, veröffentlicht bei William Wells, Mai 1784, 20,9 x 32,7 cm.<sup>25</sup>

Nach der Wahl war es mit der Hochschätzung des Wählers jedoch rasch vorbei, und die Abgeordneten gingen wieder vornehmlich ihren privaten Interessen nach – behaupteten jedenfalls die Karikaturisten. Viele Zeichner griffen zur Darstellung des Phänomens auf die in der populären Kunst verbreiteten Kontrastbilder zurück, die nach dem Schema: Vor der Wahl – Nach der Wahl, ausgestaltet wurden. So auch auf einem dem anarchistischen Milieu entstammenden Plakat nach einem Entwurf von Maximilien Luce, das erstmals zu den französischen Parlamentswahlen 1898 und dann erneut zu den Wahlen im Frühjahr 1910 verwendet wurde (Abb. 10): Während auf der linken Seite zu sehen ist, wie der Kandidat den Wählern mit großer Geste das

<sup>24</sup> Vgl. D. DONALD, *The Age of Caricature*, 1996, S. 118–130; D. BINDMAN/D. EKSEDIJAN/W. PALIN (Hrsg.), *Hogarth's Election Entertainment*, 2001.

<sup>25</sup> British Museum 1868,0808.5288; abgedruckt in D. BINDMAN/D. EKSEDIJAN/W. PALIN (Hrsg.), *Hogarth's Election Entertainment*, 2001, S. 28.

Blaue (bzw. hier: den Mond) vom Himmel verspricht, sieht man auf der rechten Seite, wie der janusköpfige Abgeordnete die Treppe zum Parlament hinauf stürmt, wo ihn satte Diäten erwarten. Dem Volk bleibt nur der Blick auf das grinsende Mondgesicht auf dem Hintern.

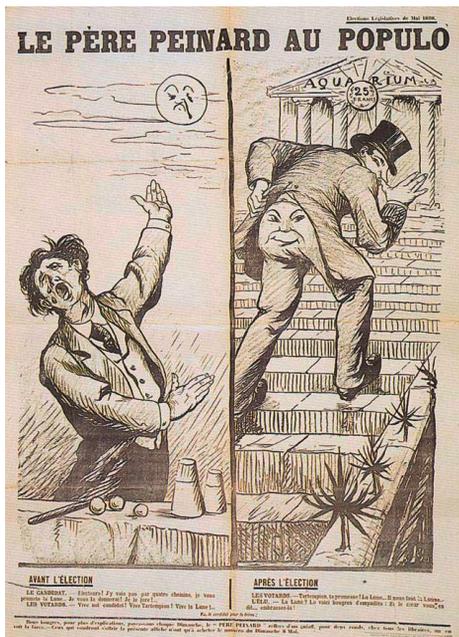


Abb. 10: »Le Père Peinard au Populo. Élections législative de Mai 1898«, Plakatentwurf von Maximilien Luce, 64 x 42,5 cm, Imprimerie du Père Peinard, 1898.<sup>26</sup>

Die Bildformel des zugewandten Gesäßes ließ sich schließlich zur Darstellung und Entlarvung parlamentarischer Redesituationen nutzen. Indem die Karikatur den Plenarsaal als Bühne theatralischer Rednerauftritte entdeckte, nahm sie das eigentliche Zentrum des parlamentarischen Lebens in den Blick. Auf dem Beispiel aus dem sozialdemokratischen Satireblatt *Der Wahre Jakob* von 1906 sieht man einen idealtypischen konservativen Abgeordneten, einen »Agrarier«, der mit leidenschaftlicher Theatralik sein politisches Glaubensbekenntnis ablegt und dabei eine ganze Reihe von Gesten und Mimiken ausprobiert (Abb. 11). Wichtig ist der Redeschluss unten

<sup>26</sup> Entnommen aus A. DARDEL (Bearb.), Maximilien Luce, 2000, S. 66. Dasselbe Motiv auch auf dem Plakat: »Élections législatives d' avril 1910: *Le Libertaire* aux Électeurs«, Entwurf von Maximilien Luce, Imprimerie du Libertaire, 1910, 75 x 56 cm., abgedruckt in L. GERVEREAU/C. PROCHASSON (Hrsg.), *L'affaire Dreyfus*, 1994, S. 136. Zur Popularität des Motivs vgl. A.-M. BOUCHARD, *Figurer la société mourante*, 2009, S. 249 f.

rechts, mit dem er den zuhörenden Parlamentskollegen klarmacht, was er von ihnen – und den Wählerinteressen, die sie vertreten – hält.

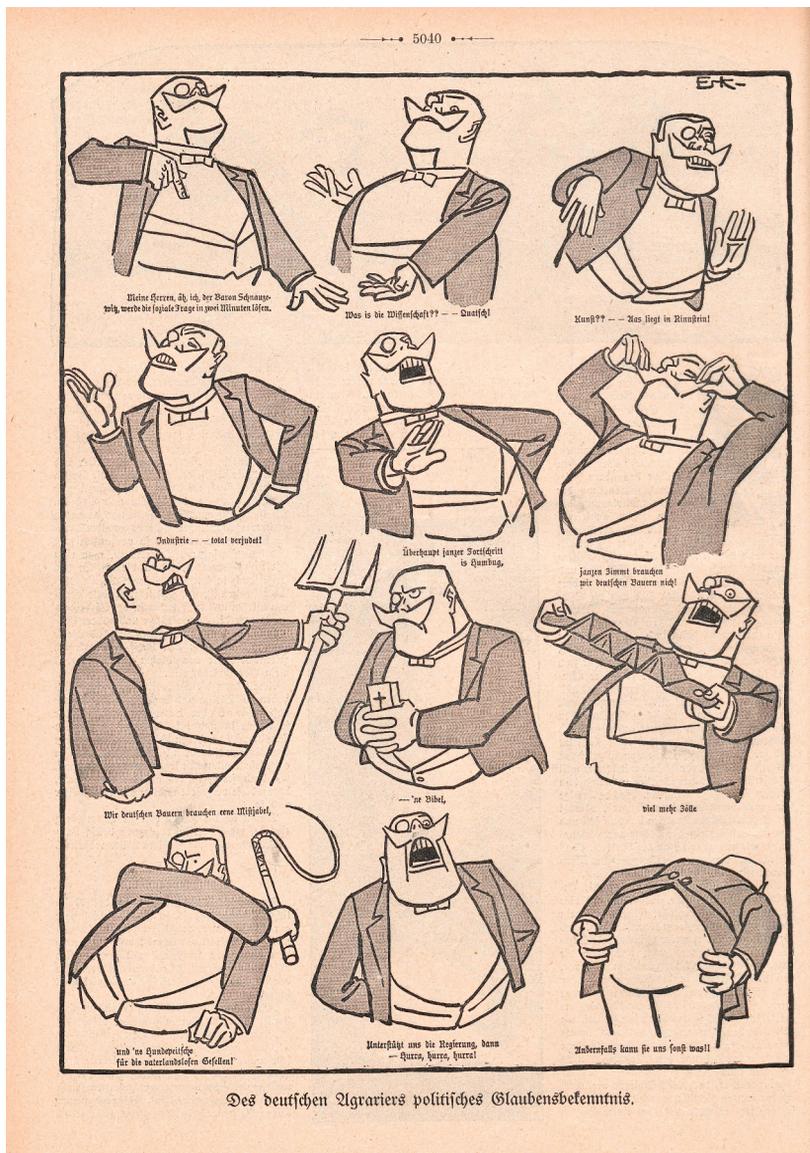


Abb. 11: »Des deutschen Agrariers politisches Glaubensbekenntnis«, Zeichnung von Emil Erk, in: *Der Wahre Jacob*, Nr. 517, 15.5.1906, S. 5040, Beilage.



Abb. 12: »Aus der Kammer«, Zeichnung von Wilhelm Scholz, in: Kladderadatsch, Nr. 21, 3.5.1863, S. 80.

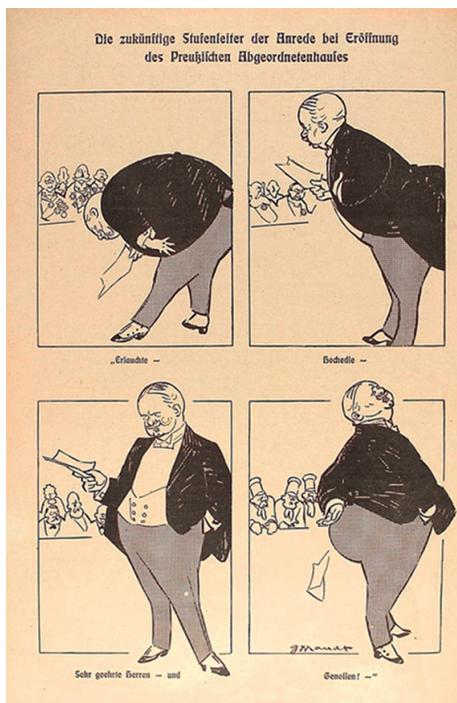


Abb. 13: »Die zukünftige Stufenleiter der Anrede bei Eröffnung des Preussischen Abgeordnetenhauses«, unbekannter Zeichner, in: Kladderadatsch, Nr. 28, 12.7.1908, S. 476.

Auf ähnliche Weise funktionieren Karikaturen, bei denen kein Abgeordneter am Rednerpult steht, sondern ein Vertreter der Regierung – auf den hier gezeigten Beispielen sind das die preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck (Abb. 12) und Bernhard von Bülow (Abb. 13). Auf beiden Bildern sieht man, wie der Redner gegen Ende seiner rhetorischen Performance den Abgeordneten den Rücken bzw. das Gesäß zuwendet, und damit der Versammlung seine Verachtung ausdrückt – hier allerdings aus Respekt vor den Abgebildeten oder aus Furcht vor Beleidigungsklagen auf ziemlich zurückhaltende Weise dargestellt.

Solche Karikaturen sind der Parlamentskritik zuzurechnen, weil sie eine schwache Institution darstellen, die von der Obrigkeit und ihren parlamentarischen Unterstützern offen missachtet wurde. Es ist aber auch eine andere Lesart möglich: Denn der Betrachter der Karikatur befand sich gewissermaßen in der gleichen Situation wie die zuhörenden Abgeordneten im Plenarsaal: Beide blickten auf den Hintern. Durch diese gemeinsam eingenommene Perspektive konnten die geschmähten Abgeordneten als die wahren Volksvertreter erscheinen, während die Redner sich durch ihre Geste nicht nur vom Parlament, sondern auch vom Volk abwendeten.

## 2. Von der Parlamentskritik zum Antiparlamentarismus. Das Bildmotiv des zugewandten Gesäßes in der Weimarer Republik

Die bislang vorgestellten Bildbeispiele sind durchweg der Parlamentskritik zuzurechnen. Allerdings ist diese meist aus einer Perspektive formuliert, die die tatsächlichen oder vermeintlichen Schwächen aufgreift und zur öffentlichen Debatte stellt – nicht selten in der Absicht, diese zu überwinden. Von einer geschlossenen antiparlamentarischen Ideologie getragene Karikaturen sind dagegen vor dem Ersten Weltkrieg selten. Man findet sie eher nicht in den sozialdemokratischen Karikaturzeitschriften, überhaupt selten in Deutschland, sondern vor allem im republikanischen Frankreich, in den Blättern der anarchistisch gestimmten Bohème – ein Beispiel bietet das erwähnte Plakat von Maximilien Luce (Abb. 10).<sup>27</sup> Denn in der französischen Dritten Republik war die *Chambre des députés* längst selbst zur Obrigkeit geworden, während der deutsche Reichstag noch von der Aura des konstitutionellen Widerstands gegen die Monarchie zehrte. Außerdem lag die Eingriffsschwelle für Zensurmaßnahmen in Frankreich wesentlich höher als in Deutschland.

Erst infolge des Ersten Weltkriegs radikalisierte sich die satirische Parlamentskritik vielfach zu einem ideologisch verfestigten Antiparlamentarismus. Das gilt besonders für Deutschland, das nach Kriegsniederlage, Revolution und Bürgerkrieg sozial, ideologisch und emotional tief zerklüftet war. Tatsächlich schuf der revolutionäre Übergang von der Monarchie zur Republik Probleme bei der Visualisierung des Staates,

<sup>27</sup> Zum intellektuellen Antiparlamentarismus vgl. auch E. DIXMIER/M. DIXMIER, *L'Assiette au beurre*, 1974.

die an diejenigen aus dem Zeitalter der Französischen Revolution erinnern.<sup>28</sup> In der Weimarer Republik war die Verkörperung des Staates durch den Monarchen – oder stellvertretend durch sein Bild – nicht mehr möglich.<sup>29</sup> Zwar war das dualistisch verfasste Kaiserreich als Nationalstaat stets durch die Krone und das frei gewählte Parlament zugleich repräsentiert worden, aber der Reichstag als alleiniges Zentrum der Staatsrepräsentation erschien vielen Neurepublikanern als unzulänglich. Das galt umso mehr, als sie dem Sattlermeister Friedrich Ebert nicht zutrauten, dem Amt des Staatsoberhauptes hinreichend Würde zu verleihen. Erst mit der Wahl des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg zum Präsidenten konnte aus ihrer Perspektive wieder von einer einigermaßen angemessenen Staatsrepräsentation die Rede sein – allerdings zum Nachteil der parlamentarischen Republik.<sup>30</sup>



Abb. 14: Titelseiten aus Walther Lambach, *Die Herrschaft der Fünfhundert. Ein Bild des parlamentarischen Lebens im neuen Deutschland*, Hamburg/Berlin 1926.

Geradezu paradigmatisch hat Walther Lambachs das Unbehagen vieler Konservativer gegenüber der parlamentarischen Republik und ihren symbolischen Repräsentatio-

<sup>28</sup> Vgl. P. MANOW, *Im Schatten des Königs*, 2008; R. REICHARDT/H. KOHLE, *Visualizing the Revolution*, 2008; C. SCHRÖER, *Republik im Experiment*, 2014.

<sup>29</sup> C. WELZBACHER (Hrsg.), *Der Reichskunstwart*, 2010; N. ROSSOL, *Visualizing the Republic*, 2011.

<sup>30</sup> W. PYTA, *Hindenburg*, 2007; A. v. d. GOLTZ, *Hindenburg*, 2010.

nen in seinem Buch mit dem Titel »Die Herrschaft der Fünfhundert« zum Ausdruck gebracht (Abb. 14). Der Sozialpolitiker gehörte dem linken, grundsätzlich kompromissbereiten Flügel der konservativen Deutschnationalen Volkspartei an, der bereit war, sich vorläufig auf das parlamentarische Leben einzulassen.<sup>31</sup> Das war auch die Botschaft seines Buches, mit dem er nüchtern über die Arbeitsweise des Reichstags informieren wollte. Allerdings machte Lambach auch klar, dass er weiterhin auf die baldige Überwindung des Parlamentarismus hoffte. Seine konstruktive Haltung bedeutete deshalb keineswegs, dass er den Weimarer Staat bereits akzeptiert hatte. Tatsächlich spielte schon der von ihm gewählte Buchtitel auf den »Rat der Fünfhundert« an, das Parlament der französischen Direktorsverfassung, das 1799 durch Napoléon Bonaparte per Staatsstreich gewaltsam beseitigt worden war.

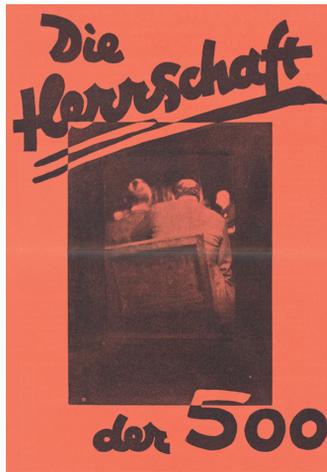


Abb. 15: Farbiger Werbezettel zur ungekürzten Volksausgabe von »Die Herrschaft der 500«, 22,2 x 15 cm, 1926.<sup>32</sup>

Seine Vorbehalte gegenüber dem Parlamentarismus unterstrich Lambach auch mit visuellen Mitteln. Dazu fügte er dem Band fünfzig Fotografien bei, die sein Fraktionskollege Jürgen von Dewitz Anfang 1925 heimlich im Reichstag angefertigt hatte. Der hier gezeigten Aufnahme kam aufgrund ihrer Positionierung im Buch die Funktion des Titelbildes zu. Ihr besonderer Symbolwert wurde zusätzlich dadurch betont, dass sie auch zu Werbezwecken eingesetzt wurde (Abb. 15). Die Aufnahme zeigt einen dickleibigen, anonymen Abgeordneten in Rückenansicht, der auf seinem Stuhl kipzelt. »Im Ausschuss« ist das Bild betitelt, und behauptet somit den Einblick in eine

<sup>31</sup> Zur DNVP-Fraktion im Reichstag vgl. T. MERGEL, *Parlamentarische Kultur*, 2012, S. 323–331, 349–351; P. NIELSEN, *Verantwortung und Kompromiss*, 2015, S. 294–314.

<sup>32</sup> Privatbesitz des Verfassers.

sonst dem kritischen Blick des Bürgers entzogene arkane Zone – nämlich in das Hinterzimmer. Das Ganze war ohne Zweifel als ironische Antithese zu den traditionellen Herrscherporträts angelegt. So sah sie also aus, die »Herrschaft der 500« – namenlos, gesichtslos, verrutscht und dem Volk das Gesäß zuwendend. Ein Herrschaftssystem, das so daherkam, mochte vielleicht legal sein, aber sicher nicht legitim – das war die Botschaft.

Was Lambach und Dewitz abstrakt mit Blick auf die parlamentarische Regierungsform als solche formulierten, ließ sich auch in der parteipolitischen Auseinandersetzung verwenden. In einer Karikatur des ideologisch weit nach rechts gerückten *Kladderadatsch* wird der »Weimarer Koalition« und namentlich den darin dominierenden Sozialdemokraten abgesprochen, das Volk in angemessener Weise zu repräsentieren (Abb. 16). Ausgedrückt wird dies dadurch, dass man – stellvertretend für die jeweiligen Fraktionen – drei auf der Regierungsbank sitzende Vertreter von hinten betrachtet, die Angehörige anderer Fraktionen recht rüde verdrängen. Interessant ist der Rückgriff auf Kleidercodes zur Charakterisierung der jeweiligen politischen Richtung. Diese Codes – hier vor allem die Ballonmütze als Erkennungszeichen für einen Sozialdemokraten und der Priestertalar für das Zentrum – waren seit dem Kaiserreich fest etabliert und für jeden Betrachter mühelos zu entschlüsseln.

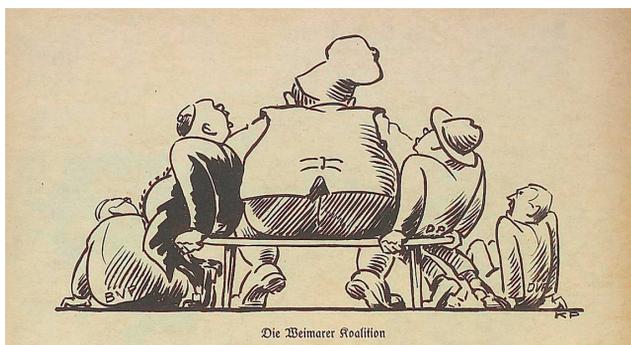


Abb. 16: »Die Weimarer Koalition«, Zeichnung von K. P., in: *Kladderadatsch*, Nr. 15, 14. 4. 1929, S. 242.

Auf ähnliche Weise ließ sich auch von der anderen Seite des parteipolitischen Spektrums her argumentieren. Ein Beispiel bietet eine anonyme Pressefotografie, die im Januar 1930 in Ullsteins linksliberaler Großstadtzeitung *Tempo* abgedruckt wurde (Abb. 17). Im Grunde zeigt die Aufnahme eine tausendfach publizierte visuelle Standardsituation: Seit Jahrzehnten lauerten die Pressefotografen zu Beginn der Session in der Nähe des Eingangs zum Reichstag, um Prominente oder Neulinge unter den Abgeordneten beim Betreten oder Verlassen des Parlamentsgebäudes zu fotografieren. Wenn hier allerdings die Rückenansicht eines Abgeordneten festgehalten und publiziert wurde, bedeutete das einen Verstoß gegen den Kommentar – erinnert sei nur

an die entsprechende Bemerkung Leonardo da Vincis. Das sich die Zeitungsmacher dessen bewusst waren, belegt die Bildunterschrift, die die politische Botschaft klar herausstellte: »Die Republik beginnt zu repräsentieren. Der Pförtner mit dem Pförtnerstab. (Aber kariierter Mantel mit Zylinder?)« Die Person wird durch den karierten Mantel und den Zylinder als konservativer Agrarier gekennzeichnet, wie er seit dem Kaiserreich in unzähligen Karikaturen dargestellt worden war. Die Fotografie/Text-Kombination drückt den Zweifel vieler Demokraten aus, dass es sich bei so einem Abgeordneten – der dem Volk den vornehm betuchten Hintern zeigt – um einen Repräsentanten der Republik handeln könne.



Abb. 17: »Die Republik beginnt zu repräsentieren. Der Pförtner mit dem Pförtnerstab. (Aber kariierter Mantel mit Zylinder?)«, unbekannter Fotograf, in: *Tempo*, Nr. 7, 9. 1. 1930, S. 2.

Während bei satirischen Zeichnungen die Intention des Künstlers – der meist auch der Verfasser der Bildunterschriften war – vergleichsweise großen Einfluss auf die Botschaft hatte, war dies vor allem bei journalistischen Fotografien anders. Die Aufnahmen wanderten meist zu den Bildagenturen, die sie an Redaktionen oder Verlage verkaufte, wo sie von Redakteuren und Layoutern aus einer großen Zahl von Bildern ausgewählt, bearbeitet und betextet wurden.<sup>33</sup> Oft wurde erst in diesem Prozess eine

<sup>33</sup> M. ZIERENBERG, *Ordnung der Agenturen*, 2013; DERS., *Produktion*, 2014.

inhaltliche Botschaft erzeugt, konnten Bilder zu antiparlamentarischen Zwecken verwendet werden, obwohl die Fotografen dies nie bezweckt hatten.

Ein prominentes Beispiel bietet eine berühmte Fotografie Erich Salomons (Abb. 18). Sie stammt vom 13. Oktober 1930, dem Tag der Reichstagseröffnung nach dem sensationellen Wahlerfolg der NSDAP, die nunmehr über 107 statt bislang zwölf Mandate verfügte. Die nationalsozialistische Fraktion brachte ihren Triumph unter anderem dadurch zum Ausdruck, dass sie in braunen Parteiuniformen in den Reichstag einzog. Dieser bewusste Verstoß gegen die parlamentarischen Regeln war eine symbolpolitische Demonstration ihres Machtanspruchs. Salomons Fotografie zeigt die Mitglieder der Fraktion unmittelbar vor dem Einzug in den Plenarsaal im Foyer des Reichstagsgebäudes. Es handelt sich offenbar um eine unbemerkt angefertigte Aufnahme, einen Schnappschuss. Salomon hat an diesem 13. Oktober zahlreiche Aufnahmen im Reichstag gemacht, von denen nicht wenige in der Presse veröffentlicht wurden. Diese hier allerdings nicht.<sup>34</sup> Über die Motive lässt sich nur spekulieren. Womöglich hat Salomon die Fotografie zurückgehalten, weil er keine Bilder verbreiten wollte, die die Verächtlichmachung des Parlaments durch die Nationalsozialisten zeigten. Denn es kann kein Zweifel bestehen, dass ein so stilbewusster und reflektierter Fotograf wie Salomon genau wusste, dass die gewählte Perspektive, der Blick auf Rücken und Gesäß, so aufgefasst werden konnte.



Abb. 18: Braune Hintern. Uniformierte Nationalsozialisten im Foyer des Reichstags, Fotografie von Erich Salomon, 13. 10. 1930.<sup>35</sup>

<sup>34</sup> Zeitgenössisch veröffentlicht wurde das Bild nur in der französischen Presse, und zwar in der ambitionierten Fotoillustrierten *VU* als Bestandteil einer Bildstrecke über den Aufstieg der Nationalsozialisten. Als Bildautor wird dort jedoch nicht Salomon, sondern die Bildagentur *pacific & atlantic* genannt, die den Fotografen damals im Ausland vertrat. Vgl. »Les débuts mouvementés de Hitler«, in: *Vu*, Nr. 136, 22. 10. 1930, S. 1106, abgedruckt in M. FRIZOT/C. DE VEIGY, *VU*, 2009, S. 164.

<sup>35</sup> Entnommen aus A. BIEFANG/M. LEENDERS (Hrsg.), *Das ideale Parlament*, 2014, S. 73.

In der Tat erkannten radikale Verächter des Parlamentarismus wie Edmund Schultz und Friedrich Georg Jünger das Potenzial dieser Aufnahme. Sie verwendeten Salomons Fotografie in ihrem 1931 publizierten Fotobuch über »Das Gesicht der Demokratie«, das als Musterbeispiel der antiparlamentarischen Agitation von »rechts« gelten kann (Abb. 19). Auf der einschlägigen Doppelseite sind vier Fotografien abgedruckt. Drei davon sollen den bedauernswerten Zustand eines dekadenten, volksfernen Parlamentarismus belegen, dessen Abgeordnete die Plenarsitzungen schwänzen, um stattdessen ihre matten Körper in der parlamentseigenen Turnhalle zu trainieren oder im Restaurant zu zechen. Die vierte Fotografie rechts unten ist diejenige von Salomon, die mit der Unterschrift: »Das Hakenkreuz in den Wandelgängen des Reichstages« versehen wurde. Sie zeigt die Antithese zum absterbenden »System«. Durch Kontextualisierung und Beschriftung gerät die Aufnahme zur Ankündigung einer neuen, einer postparlamentarischen Zeit: Die aufstrebende Macht zeigt ihre Verachtung für den überkommenen Parlamentarismus durch Uniform, Hakenkreuz und Hintern. Die Hakenkreuze auf den Armbinden wurden dazu übrigens gegenüber dem Original durch Retuschen besonders hervorgehoben.

Auch das letzte Bildbeispiel stammt aus dem Buch von Schultz und Jünger. Den Autoren gelang hier eine extreme symbolische Verdichtung, die dem Bild seine agitatorische Schärfe und emotionale Durchschlagkraft verlieh. Um diesen Effekt zu verdeutlichen, muss zeitlich zunächst auf das Jahr 1903 zurückgegriffen und an die Einführung der Wahlkabinen erinnert werden.<sup>36</sup> Zusammen mit einigen anderen Reformen sollten die sogenannten »Isolierzellen« dazu dienen, das verfassungsrechtlich garantierte Wahlgeheimnis auch im Alltag des Wählens prozedural abzusichern. Dagegen wehrten sich die Konservativen, die bislang vor allem in Preußen und Sachsen von zahlreichen Wahlmanipulationen profitiert hatten. Den Ton gab dabei der Agrarlobbyist Georg Oertel vor, der die entsprechende Regierungsvorlage im Reichstag als »Klosettgesetz« bezeichnet hatte.<sup>37</sup> Die Karikaturisten reagierten begeistert auf diesen Spruch. Kaum einer konnte darauf verzichten, die verbale Entgleisung für Spottbilder zu nutzen (Abb. 20).

Die Rede von der Wahlkabine als Toilettenhäuschen war deshalb bereits fest etabliert, als Schultz und Jünger ihr Buch veröffentlichten. Wie zentral dieses Motiv für sie war, zeigt der Schutzumschlag (Abb. 21). Auf der Vorderseite mit dem Buchtitel »Das Gesicht der Demokratie« erkennt man eine wilde Collage über die Weimarer Politik, bei der bürgerkriegsähnliche Kämpfe mit Szenen aus dem Reichstag zusammengeschnitten sind. Auf der Rückseite sieht man in Rückenansicht einen Wähler in der Wahlkabine. Genau im Schnittpunkt der Diagonalen befindet sich sein Gesäß. Das wahre »Gesicht der Demokratie« ist also der Hintern, der einen aus der Wahlkabine, sprich: aus dem Toilettenhäuschen heraus anblickt. Diese zeichenhaft verdichtete Verknüpfung von Wahlkabine und Klohäuschen, von Antlitz der Demokratie und Anusgesicht, kann als eines der stärksten antiparlamentarischen Bilder der Zeit betrachtet werden, in dem hier verschiedene Motivstränge in allgemeinverständlicher Bildsprache gebündelt sind: ein Top-Act der antiparlamentarischen Bildpropaganda.

<sup>36</sup> R. ARSENSCHEK, *Wahlfreiheit*, 2003, S. 355–362.

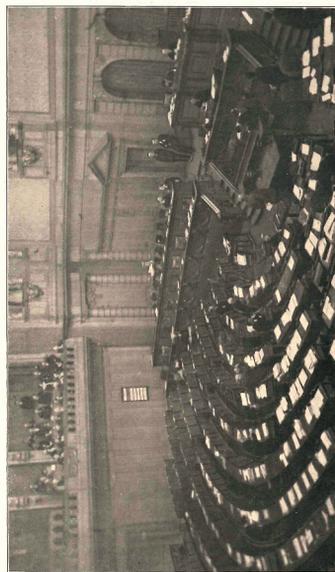
<sup>37</sup> RT Sten. Ber. 10. LP, 2. Sess., 1900/3, Bd. 8, 245. Sitzung, 23. I. 1903, S. 7506.



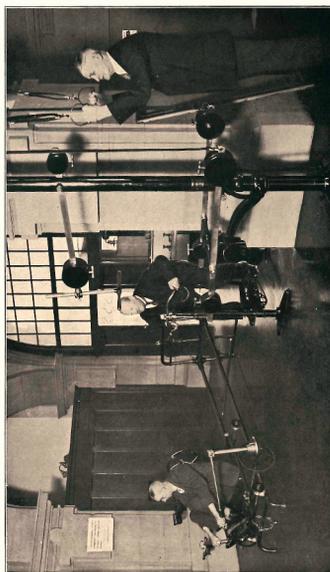
Eine Sitzung im Reichstagsrestaurant



Das Hakenkreuz in den Wandlungen des Reichstages



Die Öffentlichkeit der Parlamentsdiskussion  
Die Parteien sind nur durch „Hörchposten“ vertreten



Der Reichstag hat auch einen Turnsaal

Abb. 19: Doppelseite aus Edmund Schultz (Hrsg.), *Das Gesicht der Demokratie. Ein Bildwerk zur Geschichte der deutschen Nachkriegszeit. Mit einer Einleitung von Friedrich Georg Jünger*, Leipzig 1931, S. 78 f.

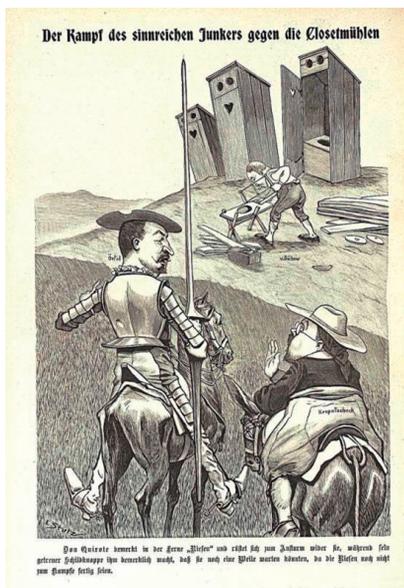


Abb. 20: »Der Kampf des sinnreichen Junkers gegen die Closetmühlen«, Zeichnung von Ludwig Stutz, in: Kladderadatsch, Nr. 12, 11. 3. 1903, S. 47.



Abb. 21: »Das Gesicht der Demokratie«, Fotocollage von Edmund Schultz, Buchumschlag zu: Edmund Schultz/Friedrich Georg Jünger, Das Gesicht der Demokratie, Leipzig 1931.

### 3. Schluss

Gegenstand der Abhandlung war die Geschichte eines wichtigen Bildmotivs der Parlamentskritik im Genre der gezeichneten oder fotografierten Karikatur. Anhand von britischen, französischen und deutschen Beispielen konnte gezeigt werden, dass es sich bei der visuellen Metapher des zugewandten Gesäßes um eine länderübergreifende, europäische Bildformel handelte. Sie wurde in unterschiedlichen Medien wie Einblattdrucken, Zeitungen und Büchern verwendet, mit denen soziale Milieus angesprochen wurden, die von intellektuellen Elitezirkeln bis zu Arbeitervereinen reichten. Fragt man danach, warum ausgerechnet dieses Motiv zu einem vielgebrauchten und wirkungsmächtigen Instrument der Parlamentskritik werden konnte, so beruht dies zunächst darauf, dass seine Tradition weit in die europäische Bildgeschichte zurückreicht, erinnert sei nur an die überkommene Teufelsikonografie des Janus-/Anusgesichts oder an die drastische Umdeutung der Ausschüttung des Heiligen Geistes.

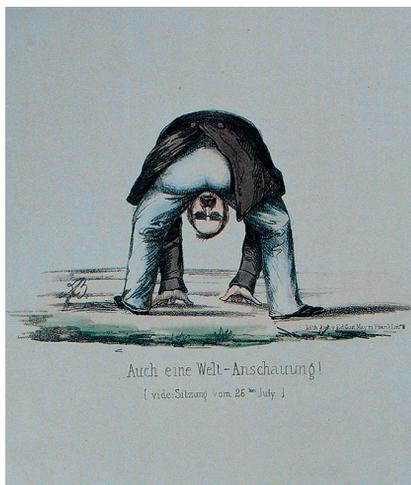


Abb. 22 u. 23: Arnold Ruges »Weltanschauung« und die gotische Kunst (Konsolstein im Mittelschiff der Kathedrale St.-Étienne in Metz).<sup>38</sup>

Auch Alfons von Boddien's ikonische Ruge-Karikatur knüpfte an ältere Vorbilder an. Sie sieht einem der gotischen Konsolsteine aus dem Mittelschiff der Kathedrale St.-Étienne in Metz auf verblüffende Weise ähnlich (Abb. 22 u. 23). Die mittelalterliche Theologie hatte zu solchen Posen eine klare Meinung: Der gottgefällige Mensch wurde durch den aufrechten Gang charakterisiert, der es ihm erlaubte, den Kopf zum

<sup>38</sup> Entnommen aus O. WAGENER (Hrsg.), *Aborte*, 2014, S. 258.

Himmel und damit zum Göttlichen emporzustrecken. Umgekehrt rückte der zum Boden gesenkte Kopf die dargestellte Figur näher an die Welt der Kreaturen und der Hölle heran.<sup>39</sup> Der entgegengestreckte Hintern à la Ruge ist somit Ausdruck des denkbar sündigsten Verhaltens. Es kann kein Zweifel bestehen, dass Boddien, Ruge und die übrigen 1848 an der Polemik beteiligten Personen die ikonografische Tradition des Mittelalters – und womöglich sogar die Metzger Steinfigur – kannten. Das Thema war ja schon durch den Spott Ruges über die romantischen Mittelalterfreunde eingeführt worden.<sup>40</sup> Die so Verhöhnnten rächten sich jetzt auf originelle Weise, indem sie Ruge als mittelalterliches Teufelchen darstellten.

Dass sich Karikaturen auf ältere Bildtraditionen zurückführen ließen, war nicht ungewöhnlich. Denn die Pressezeichner des 18. und 19. Jahrhunderts hatten ihre Ausbildung oft an den staatlichen Kunst-Akademien erhalten und kannten die klassische Ikonografie genau. Sie transformierten die etablierte Bildsprache der Hochkunst in die populäreren Bilderwelten der politischen Publizistik. Die bloße Tatsache, dass ein Bildmotiv alt war, reichte allerdings nicht aus, damit es zur wirkungsvollen Parlamentskritik taugte. Hinzukommen mussten bestimmte Eigenschaften des Bildes selbst, die geeignet waren, das Wesentliche des Gegenstands zu treffen. Das traf für die Bildformel des zugewandten Hinterns zu, weil sie es erlaubte, die Fragilität der Repräsentationsfiktion – also die Beziehung von Volk und Parlament – zu thematisieren. Denn sie verlegte das Problem der politischen Repräsentation gleichsam in den politischen Körper des Abgeordneten hinein, lud dessen Körpersprache mit politischer Bedeutung auf. So wurde es möglich, mit zeichnerischen Mitteln zentrale Felder parlamentarischer Politik – Steuerbewilligung, Wahlkampf und Parlamentsrede – aus repräsentationskritischer Perspektive zu verhandeln.

## Quellen- und Literaturverzeichnis

Arasse, Daniel: *Bildnisse des Teufels*, Berlin 2012.

Arnscheidt, Margit: *Politische Druckgraphik der Revolution 1848/49*, Mannheim 1978.

Arsenscek, Robert: *Der Kampf um die Wahlfreiheit im Kaiserreich. Zur parlamentarischen Wahlprüfung und politischen Realität der Reichstagswahlen 1871–1914*, Düsseldorf 2003.

Bacque, Antoine de: *La caricature révolutionnaire*, Paris 1988.

Bacque, Antoine de: *The Body Politic. Corporeal Metaphor in Revolutionary France, 1770–1800*, Stanford 1997.

<sup>39</sup> Vgl. M. BAYLESS, *Sin and Filth*, 2012, S. 66–97; E. DEN HARTOG, *Scatological figures*, 2014, S. 257 f. Zu den 149 Konsolsteinen der Kathedrale vgl. M.-A. KUHN-MUTTER, *La Cathédrale de Metz*, 1994, S. 134–140.

<sup>40</sup> Zu den zahlreichen Verbindungen zwischen der Frankfurter Künstlerszene der Nazarener und Romantiker und den Mitgliedern der Nationalversammlung, namentlich solchen des rechten Flügels wie Johann Heinrich Detmold und Alfons von Boddien, vgl. N. SUHR, *Zur Künstlerkarikatur*, 1985, S. 147–176, 207–224.

- Barnes, David S.: *The Great Stink of Paris and the Nineteenth-Century Struggle against Filth and Germs*, Baltimore 2006.
- Bayless, Martha: *Sin and Filth in Medieval Culture. The Devil in the Latrine*, New York/London 2012.
- Biefang, Andreas: Die Neuformierung der parlamentarischen Bilderwelt seit 1800, in: Jörg Feuchter/Johannes Helmrath (Hrsg.), *Parlamentarische Kulturen vom Mittelalter bis in die Moderne. Reden – Räume – Bilder*, Düsseldorf 2013, S. 131–150, 397–404.
- Biefang, Andreas/Marij Leenders (Hrsg.), *Das ideale Parlament. Erich Salomon als Fotograf in Berlin und Den Haag 1928–1940*, Düsseldorf 2014.
- Bindman, David/David Eksedjian/Will Palin (Hrsg.): *Hogarth's Election Entertainment. Artists at the Hustings*, Ausstellungskatalog, Sir John Soane's Museum, London 2001.
- Boime, Albert: Jacques-Louis David. Scatological Discourse in the French Revolution, in: *Arts Magazine*, Februar 1988, S. 72–81.
- Bosch-Abele, Susanne: *La Caricature (1830–1835)*. Katalog und Kommentar, Bd. 1, Weimar 1997.
- Bouchard, Anne-Marie: *Figurer la société mourante. Culture esthétique et idéologique de la presse anarchiste en France, 1880–1914*, phil. Diss. Université de Montréal 2009.
- Bredenkamp, Horst: *Thomas Hobbes. Der Leviathan. Das Urbild des modernen Staates und seine Gegenbilder*. 1651–2001, Berlin 2003.
- Brückmann, Remigius: Fremde Federn. Nachahmung und Kopie englischer und französischer Vorbilder in der deutschen politischen Karikatur des Vormärz und von 1848/49, in: Philippe Kaenel/Rolf Reichardt (Hrsg.), *Interkulturelle Kommunikation in der europäischen Druckgraphik im 18. und 19. Jahrhundert*, Hildesheim 2007, S. 497–527.
- Cillessen, Wolfgang/Rolf Reichardt: *Matières scatologiques dans la caricature politique, de la réforme à la révolution*, in: Michel Biard/Pascal Dupuy (Hrsg.), *Entre scatologie et fantasmes sexuels, le cul et son imaginaire*, *Annales historique de la Révolution française* 361 (2010), H. 3, S. 13–32.
- Dardel, Aline (Bearb.): *Maximilien Luce. Peindre la condition humaine*, Ausstellungskatalog, Musée de l'Hôtel-Dieu, Mantes-la-Jolie, Paris 2000.
- Dixmier, Elisabeth/Michel Dixmier: *L'Assiette au beurre. Revue satirique illustrée 1901–1912*, Paris 1974.
- Donald, Diana: »Calumny and Caricatura«. Eighteenth-Century Political Prints and the Case of George Townshend, in: *Art History* 6 (1983), S. 44–66.
- Donald, Diana: *The Age of Caricature. Satirical Prints in the Reign of George III.*, New Haven/London 1996.
- Doosry, Yasmin/Rainer Schoch (Bearb.): 1848. *Das Europa der Bilder*, Bd. 2: Michels März, Ausstellungskatalog, Germanisches Nationalmuseum, Nürnberg 1998.
- Döring, Jürgen: Zum Verhältnis der englischen und französischen Karikatur um 1830, in: Raimund Rütten/Ruth Jung/Gerhard Schneider (Hrsg.), *Die Karikatur zwischen Republik und Zensur. Bildsatire in Frankreich 1830 bis 1880 – eine Sprache des Widerstands?*, Marburg 1991, S. 46–56.
- Duprat, Annie: »La trésorière des miramionnes n'avait qu'une fesse ...«, in: Michel Biard/Pascal Dupuy (Hrsg.), *Entre scatologie et fantasmes sexuels, le cul et son imaginaire*, *Annales historique de la Révolution française* 361 (2010), H. 3, S. 53–64.
- Dupuy, Pascal: »Le trône adore de l'impudeur«. *Cul et caricatures en Grande-Bretagne au XVIII<sup>e</sup> siècle*, in: Michel Biard/ders. (Hrsg.), *Entre scatologie et fantasmes sexuels, le cul et son imaginaire*, *Annales historique de la Révolution française* 361 (2010), H. 3, S. 157–178.
- Englisch, Paul: *Das skatologische Element in Literatur, Kunst und Volksleben*, Stuttgart 1928.
- Friedland, Paul: *Political Actors. Representative Bodies and Theatricality in the Age of the French Revolution*, Ithaca 2002.

- Frizot, Michel/Cédric de Veigy: VU. The Story of a Magazine that made an Era, London 2009.
- Gervereau, Laurent/Christophe Prochasson (Hrsg.): L'affaire Dreyfus et le tournant du siècle (1894–1910), Paris 1994.
- Goldstein, Robert Justin: Censorship of Political Caricature in Nineteenth-Century France, Kent, OH 1989.
- Goltz, Anna von der: Hindenburg. Power, Myth, and the Rise of the Nazis, Oxford 2010.
- Guratzsch, Herwig (Hrsg.): James Gillray. Meisterwerke der Karikatur, Ausstellungskatalog, Wilhelm-Busch-Museum Hannover, Stuttgart 1986.
- den Hartog, Elisabeth: Scatological figures in medieval northern-Netherlandish sculpture, in: Olaf Wagener (Hrsg.), Aborte im Mittelalter und der Frühen Neuzeit. Bauforschung – Archäologie – Kulturgeschichte, Petersberg 2014, S. 257–265.
- Haywood, Ian: Romanticism and Caricature, Cambridge 2013.
- Herding, Klaus/Rolf Reichardt: Die Bildpublizistik der Französischen Revolution, Frankfurt a. M. 1989.
- Hofmann, Werner: Die Karikatur. Von Leonardo bis Picasso, Hamburg 2007.
- Jackson, Lee: Dirty Old London. The Victorian Fight against Filth, New Haven/London 2014.
- Koch, Ursula E.: Französische Revolution und plurimediale Kommunikation in Deutschland (1789–1848/49), in: Sven Grampp u. a. (Hrsg.), Revolutionsmedien – Medienrevolutionen, Konstanz 2008, S. 277–323.
- Koch, Ursula E.: Politische Bildzensur in Deutschland bis 1914, in: Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte 16 (2014), S. 109–170.
- Koschorke, Albrecht u. a.: Der fiktive Staat. Konstruktionen des politischen Körpers in der Geschichte Europas, Frankfurt a. M. 2007.
- Kuhn-Mutter, Marie-Antoinette: La Cathédrale de Metz. Des pierres et des hommes, Metz 1994.
- Lambach, Walther: Die Herrschaft der Fünfhundert. Ein Bild des parlamentarischen Lebens im neuen Deutschland, Hamburg/Berlin 1926.
- Langlois, Claude: La caricature contre-révolutionnaire, Paris 1988.
- Latham, Robert/William Matthews (Hrsg.): The Diary of Samuel Pepys. Bd. 1: Introduction and 1660, London 1970 [1995].
- Loyrette, Henri u. a. (Hrsg.): Daumier 1808–1879, Ausstellungskatalog, Galeries nationales du Grand Palais, Paris 1999.
- Manow, Philip: Im Schatten des Königs. Die politische Anatomie demokratischer Repräsentation, Frankfurt a. M. 2008.
- McPhee, Constance/Nadine Orenstein (Hrsg.): Infinite Jest. Caricature and Satire from Leonardo to Levine, Ausstellungskatalog, Metropolitan Museum of Art, New York 2011.
- Mergel, Thomas: Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag, Düsseldorf 2012, S. 323–331, 349–351 [2002].
- Münch, Birgit Ulrike: »Viel scharpfte Gemelde« und »lesterliche Figuren«. Cranach und seine Zeitgenossen auf dem »Schlachtfeld« druckgrafischer Fehden, in: Timo Trümper u. a. (Hrsg.), Bild und Botschaft. Cranach im Dienst von Hof und Reformation, Heidelberg 2015, S. 72–81.
- Nielsen, Philipp: Verantwortung und Kompromiss. Die Deutschnationalen auf der Suche nach einer konservativen Demokratie, in: Tim B. Müller/Adam Tooze (Hrsg.), Normalität und Fragilität. Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2015, S. 294–314.
- Probst, Hansjörg/Karin von Welck (Hrsg.): Mit Zorn und Eifer. Karikaturen aus der Revolution. Der Bestand des Reiss-Museums Mannheim, München/Berlin 1998.
- Pyta, Wolfram: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, Berlin 2007.

- Reichardt, Rolf/Hubertus Kohle: *Visualizing the Revolution. Politics and Pictorial Arts in Late Eighteenth-Century France*, London 2008.
- Reiter, Annette: *Die Sammlung A. W. Heil. Politische Druckgraphik des Vormärz und der Revolution 1848/49*, Stuttgart 1994.
- Rossol, Nadine: *Visualizing the Republic. State Representation and Public Ritual in Weimar Germany*, in: John Alexander Williams (Hrsg.), *Weimar Culture Revisited*, New York 2011, S. 139–159.
- Schröer, Christina: *Republik im Experiment. Symbolische Politik im revolutionären Frankreich (1792–1799)*, Köln u. a. 2014.
- Schultz, Edmund (Hrsg.): *Das Gesicht der Demokratie. Ein Bildwerk zur Geschichte der deutschen Nachkriegszeit. Mit einer Einleitung von Friedrich Georg Jünger*, Leipzig 1931.
- Shepherd, Robert: *Westminster. A Biography. From Earliest Times to the Present*, London 2012.
- Suhr, Norbert: *Christian Lotsch, Philipp Veit und Eduard von Steinle. Zur Künstlerkarikatur des 19. Jahrhunderts*, Worms 1985.
- Tiller, Bertrand: *La caricature en France de 1789 à 2000*, Paris 2005.
- Unverfehrt, Gerd: *Karikatur – Zur Geschichte eines Begriffs*, in: Gerhard Langemeyer u. a. (Hrsg.), *Bild als Waffe. Mittel und Motive der Karikatur in fünf Jahrhunderten*, Ausstellungskatalog, Wilhelm-Busch-Museum Hannover, München 1985, S. 345–354.
- Védrine, Hélène (Hrsg.): *L'Europe des revues (1880–1920). Estampes, photographies, illustrations*, Paris 2008.
- Wagener, Olaf (Hrsg.): *Aborte im Mittelalter und der Frühen Neuzeit. Bauforschung – Archäologie – Kulturgeschichte*, Petersberg 2014.
- Welzbacher, Christian (Hrsg.): *Der Reichskunstwart. Kulturpolitik und Staatsinszenierung in der Weimarer Republik 1918–1933*, Weimar 2010.
- Wheatley, Henry B. (Hrsg.): *The Diary of Samuel Pepys M.A. F.R.S., Bd. 1*, London/Cambridge 1893.
- Wigard, Franz (Hrsg.): *Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der Deutschen Constituierenden Nationalversammlung, Bd. 2*, Frankfurt a. M. 1848.
- Zierenberg, Malte: *Die Ordnung der Agenturen. Zur Verfertigung massenmedialer Sichtbarkeit im Pressewesen, 1900–1940*, in: Annelie Ramsbrock/Annette Vowinkel/ders. (Hrsg.), *Fotografien im 20. Jahrhundert. Verbreitung und Vermittlung*, Göttingen 2013, S. 44–65.
- Zierenberg, Malte: *Die Produktion des Sichtbaren im Verborgenen. Diskursordnungen in der Pressefotografie, ca. 1900–1930*, in: Franz X. Eder/Oliver Kühschelm/Christina Linsboth (Hrsg.), *Bilder in historischen Diskursen*, Wiesbaden 2014, S. 173–194.
- Zimmermann, Clemens (Hrsg.): *Die Zeitschrift – Medium der Moderne. Deutschland und Frankreich im Vergleich*, Bielefeld 2006.



## **II. Medien und Arenen der Parlamentarismuskritik**



## Der Feind im eigenen Hause. Antiparlamentarismus im Reichstag 1867–1918

Die Debatte über die Stellung des Reichstags im politischen System des Kaiserreichs gehört zu den bedeutendsten Kontroversen der deutschen Politikgeschichte. Während sich die ältere Forschung diesbezüglich vor allem auf verfassungsgeschichtliche Aspekte konzentrierte<sup>1</sup>, sind in jüngerer Zeit kulturgeschichtliche Perspektiven stärker in den Mittelpunkt gerückt. Insbesondere wurden dabei die öffentliche Außenwahrnehmung des Reichstags sowie die Frage, inwiefern die Abgeordneten selbst über die Fraktionsgrenzen hinweg einen gemeinsamen *esprit de corps* entwickelten, intensiv diskutiert.<sup>2</sup> Der folgende Beitrag verortet sich am Schnittpunkt dieser beiden Forschungsthemen, um so die Frage nach der Zustimmung zur Institution des Reichstags noch einmal in ein neues Licht zu rücken.

Das Parlament des Deutschen Kaiserreichs war in der zeitgenössischen Öffentlichkeit immer wieder lautstarker Kritik ausgesetzt. Auf linker wie auf rechter Seite des politischen Spektrums wurde gegen seine konkrete Gestalt und Funktionsweise, aber auch gegen die angebliche ›Parlamentarisierung‹ des politischen Systems und den Parlamentarismus schlechthin gewettert. Wie Hartmut Wasser 1974 in seiner Pionierstudie zum Thema feststellte, offenbarte sich in dieser zeitgenössischen Kritik eine »weitverbreitete Unzufriedenheit gesellschaftlicher Kräfte mit den verfassungspolitischen Zuständen nach 1871«. <sup>3</sup> Und diese negative Einstellung machte auch vor den Toren des Reichstags selbst nicht notwendigerweise halt. Unter den Fraktionen gab es verschiedene, welche die Institution Parlament entweder grundsätzlich ablehnten oder ihr zumindest kritisch gegenüberstanden.<sup>4</sup> Dazu kamen noch die Vertreter nationaler Minderheiten, welche die Zuständigkeit des ›Deutschen Reichstags‹ für ihre besonderen Interessen immer wieder in Zweifel zogen.<sup>5</sup> Es mangelte also nicht an Abgeordneten, die an einer Institution partizipierten, deren Legitimität sie gleichzeitig verneinten. Im Folgenden wird deswegen die Frage aufgeworfen, inwiefern die außerparlamentarische Kritik am Parlament (und am Parlamentarismus überhaupt) den Weg in die Höhle des Löwen fand: in das Reichstagsplenum selbst.

<sup>1</sup> Vgl. für einen neueren Überblick M. KREUZER, Verfassungsordnung, 2004.

<sup>2</sup> Vgl. insb. A. BIEFANG, Die andere Seite, 2009; H. BEST, Parlament als »Lebenswelt«, 2014; V. STALMANN, Parlamentarischer Alltag, 2014.

<sup>3</sup> H. WASSER, Parlamentarismuskritik, 1974, S. 23. Vgl. ebd., S. 1–64; W. DURNER, Antiparlamentarismus, 1997, S. 56–91.

<sup>4</sup> Vgl. M. RAUH, Parlamentarisierung, 1977, S. 156–172, der in den letzten Jahren des Kaiserreichs allerdings Zeichen eines schleichenden Wandels beobachtet, sowie vor allem BIEFANG, Die andere Seite, S. 27–32, mit ausführlichen Literaturhinweisen.

<sup>5</sup> Vgl. A. KOTOWSKI, Staatsräson, 2007.

Diesem Vorgehen liegen zwei Beobachtungen zu Grunde. Erstens, dass für gelingende institutionelle Kommunikation nicht nur die gegenseitige Anerkennung der Abgeordneten untereinander notwendig war, sondern auch ihre jeweilige Akzeptanz des geteilten Kommunikationsraums, und das heißt in diesem Fall: der Institution Parlament selbst. Auf den ersten Blick könnte man sich fragen, ob die Anerkennung der Legitimität einer Institution durch deren Mitglieder nicht selbstverständlich ist. Die berüchtigten Szenen der Nationalsozialisten im Reichstag der Weimarer Republik, aber auch schon zeitgenössische Fälle in Frankreich, Großbritannien oder Österreich-Ungarn zeigen jedoch – und das ist die zweite Ausgangsbeobachtung – dass ›antiparlamentarische Parlamentarier‹ ein zwar paradoxes, aber deswegen nicht weniger wirkliches Phänomen der Zeit waren.<sup>6</sup>

Um sich diesem analytisch zu nähern, verfolgt der folgende Beitrag einen doppelten Zugriff. Im ersten Schritt werden zwei Fallstudien von Antiparlamentarismus im Reichstag erörtert. Es handelt sich um mehr oder weniger bekannte Fälle, die in der Forschung wiederholt als Indikatoren dafür verstanden worden sind, dass unter den Abgeordneten die Ablehnung des Parlaments generell verbreitet gewesen sei, was zur grundsätzlichen Schwäche dieser Institution mit beigetragen habe. Bei näherer Betrachtung und im zeitgenössischen Kontext verweisen diese Beispiele, wie sich zeigen wird, jedoch eher auf eine breit geteilte Bejahung des Parlaments unter seinen Mitgliedern. Im zweiten Schritt werden die exemplarischen Ergebnisse um eine quantitative Untersuchung ergänzt. Anhand einer systematischen Auswertung der Ordnungsrufe wird die Repräsentativität der erörterten Fälle von Antiparlamentarismus im Reichstag genauer bestimmt. Zum Schluss wird noch einmal die Frage nach dem Stellenwert von Parlamentarismuskritik und Antiparlamentarismus im Reichstag aufgeworfen. Ein vergleichender Blick auf das Nachbarland Frankreich erlaubt es, die spezifischen Bedingungen und Dimensionen dieser Phänomene im deutschen Kontext genauer zu bestimmen und verschiedene Ansätze zu ihrer Erklärung zu formulieren. Darüber hinaus verweisen die Ergebnisse dieser Studie auf die grundsätzliche Notwendigkeit, in der Analyse von Antiparlamentarismus und Parlamentskritik genauer zwischen den verschiedenen Kommunikationszusammenhängen, in denen die Abgeordneten agierten, zu differenzieren.

### 1. Wilhelm Liebknecht

Schon der frühe Sozialismus zeichnete sich durch eine ausgesprochen ambivalente Haltung zum Parlament aus. Neben der strikten Ablehnung einer ›bourgeoisien‹ Institution gab es stets auch Stimmen, die sich *für* den politischen Wert dieser Institution aussprachen – sei es als Agitationsbühne oder als Instrument zur Durchsetzung von Sozialreformen. Vom Streit der Eisenacher und Lassalleaner bis zum Ende des

<sup>6</sup> Vgl. T. MERGEL, *Parlamentarische Kultur*, 2002, S. 428–449; N. PATIN, *Députés antiparlamentaires*, 2010; H. TE VELDE, *Parlamentarische Obstruktion*, 2012.

Kaiserreichs stand die Alternative zwischen parlamentarischer Reform und außerparlamentarischer Revolution im Zentrum des Kampfes um die Identität der Arbeiterbewegung. Als die Reichstagsfraktion beständig wuchs und im Kontext der Sozialistengesetze eine für die Parteiorganisation unabdingbare Bedeutung erhielt, spielten dabei neben ideologischen und taktischen Differenzen auch Generationenkämpfe eine Rolle, ebenso wie innerparteiliche Machtkämpfe zwischen der Reichstagsfraktion einerseits und außerparlamentarischen Gruppen wie den ›Jungen‹ oder später ›Spartakus‹ andererseits.<sup>7</sup>

Nicht nur die Einstellung der Arbeiterbewegung im Ganzen, auch die Haltung einzelner Sozialdemokraten war oft gespalten. Das zeigte sich exemplarisch bei dem Politiker, den Wolfgang Durner als »Stammvater des sozialdemokratischen Antiparlamentarismus«<sup>8</sup> bezeichnet hat: Wilhelm Liebknecht. Von Beginn seiner politischen Tätigkeit an hatte dieser sich auf einem prinzipiellen antiparlamentarischen Standpunkt gestellt. Als im Kontext der Wahlen zum konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes 1866 die Frage zur Diskussion stand, wie sich die Sozialdemokraten ihnen gegenüber verhalten sollten, schlug er vor, »daß die von uns gewählten Vertreter mit einem Protest in den ›Reichstag‹ eintreten und ihn dann sofort wieder verlassen sollten, ohne jedoch ihr Mandat niederzulegen.«<sup>9</sup> Mit dieser Meinung konnte er sich jedoch nicht durchsetzen. Stattdessen wurde beschlossen, dass die Abgeordneten jede Gelegenheit benutzen würden, um ihren »negirenden und protestirenden Standpunkt geltend zu machen, daß sie sich aber von den eigentlichen parlamentarischen Verhandlungen fern zu halten hätten, weil dies eine Anerkennung des Nordbunds und der Bismarck'schen Politik einschließt und das Volk nur über die Thatsache täuschen kann, daß der Kampf im ›Reichstag‹ blos ein Scheinkampf, blos eine Komödie ist.«<sup>10</sup>

Liebknecht hielt sich, als er 1867 in den ersten ordentlichen Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt wurde, zunächst strikt an diese Vorgabe. In einer seiner ersten Reden bezeichnete er das Parlament als »Feigenblatt des Absolutismus« und löste damit eine Sensation aus.<sup>11</sup> Doch musste er schon bald feststellen, dass andere Sozialdemokraten sich zunehmend konstruktiv an den Verhandlungen beteiligten.<sup>12</sup> Liebknecht reagierte darauf empört. In einem Vortrag vor dem Berliner Demokratischen Arbeiterverein am 31. Mai 1869 erklärte er erneut die Gründe für seine prinzipielle Ablehnung: »Wer mit Feinden parlamentelt, parlamentirt; wer parlamentirt,

<sup>7</sup> Vgl. E. PRACHT, *Parlamentarismus*, 1990, insb. S. 35–98, 279–345. Siehe auch T. WELSKOPP, *Das Banner*, 2000, S. 584–592; S. BERGER, *Democracy*, 2002, S. 15–24; A. DEFFARGES, *L'antiparlementarisme*, 2010; D. JÖRKE/M. LLANQUE, *Parliamentarism*, 2016, S. 264–268.

<sup>8</sup> W. DURNER, *Antiparlamentarismus*, 1997, S. 79. Vgl. auch ebd., S. 38–55, 71–91.

<sup>9</sup> W. LIEBKNECHT, *Ueber die politische Stellung*, 1874, S. 5.

<sup>10</sup> Ebd., S. 5 f.

<sup>11</sup> RT NDB Sten. Ber., 1. LP, Sess. 1867, Bd. 1, 22. Sitz., 17.10.1867, S. 451 f. Der Präsident, der zuvor schon gewarnt hatte, der Redner solle »sich besinnen, vor welcher Versammlung er spricht« rief ihn für diese Äußerung zur Ordnung und fügte hinzu, er habe bisher ein Maß an Geduld walten lassen, »das ich der Versammlung nur dadurch rechtfertigen kann, daß es sich um den Sprecher einer verschwindenden Minorität handelte.« Ebd., S. 452.

<sup>12</sup> Vgl. A. BEBEL, *Aus meinem Leben*, Bd. 2, 1911, S. 164.

paktirt.«<sup>13</sup> Solange das allgemeine Wahlrecht nicht von Pressefreiheit, Vereinsrecht und sonstigen staatsbürgerlichen Freiheiten flankiert werde, sei es als »Spiel- und Werkzeug des Absolutismus«<sup>14</sup> anzusehen. Der Sozialismus sei deswegen als radikale Machtfrage aufzufassen, »die in keinem Parlament, die nur auf der Straße, auf dem Schlachtfelde«<sup>15</sup> zu lösen sei.

Diese Rede erhielt später für verschiedene kritische Richtungen innerhalb der Sozialdemokratie den Status eines antiparlamentarischen Manifests.<sup>16</sup> Innerhalb der Partei stand Liebknecht mit seinem prinzipiellen Standpunkt zu diesem Zeitpunkt jedoch zunehmend isoliert. Auf dem im Juli 1870 in Erfurt abgehaltenen Parteitag wurde noch einmal eine von Liebknecht und Bebel gemeinsam vorgeschlagene Resolution verabschiedet, dass sich die Sozialdemokraten »lediglich aus agitatorischen Gründen« an den bevorstehenden Wahlen beteiligen würden. Die gewählten Abgeordneten hätten »jede Gelegenheit zu benutzen, die Verhandlungen beider Körperschaften in ihrer ganzen Nichtigkeit zu zeigen und als Komödienspiel zu entlarven.«<sup>17</sup> Die tagtägliche Praxis der Sozialdemokraten im Reichstag sah inzwischen jedoch anders aus – und Liebknecht wurde mit seiner ablehnenden Haltung zunehmend zum Außenseiter. Auch wenn Kritik am konkreten Funktionieren des Reichstags immer ein wichtiges Element der sozialdemokratischen Rhetorik blieb, entwickelte sich die Haltung der Partei zum Parlament mit der Zeit zunehmend zum Positiven. Spätestens ab der Verkündung des Sozialistengesetzes im Jahr 1878, als die Reichstagsfraktion notgedrungen zum organisatorischen Zentrum der Partei wurde, hatte sich trotz bleibender Vorbehalte eine breit geteilte Bejahung der Legislative gefestigt. Prinzipielle Stimmen gegen das Parlament kamen zwar immer wieder auf, wurden von der Parteiführung aber konsequent an den Rand gedrängt, wie beispielsweise der zum Anarchismus tendierende Abgeordnete Wilhelm Hasselmann zu spüren bekam, als er 1880 unter anderem für seine Aussage im Reichstagsplenum, dass »die Zeit des parlamentarischen Schwätzens« vorüber sei, und die »der Thaten« beginne, aus der Partei ausgeschlossen wurde.<sup>18</sup>

Was für die Sozialdemokraten galt, galt umso mehr für die anderen Fraktionen. Auf Liebknechts parlamentskritische Provokationen reagierte das Plenum ausnahmslos mit Entrüstung. Vom Präsidenten wurde der Abgeordnete konsequent zur Ordnung gerufen. Als Liebknecht den Reichstag 1870 erneut als »Komödie« bezeichnete, die »in der Achtung der Nation nicht viel zu verlieren«<sup>19</sup> habe, erwiderte Eduard Sim-

<sup>13</sup> W. LIEBKNECHT, Ueber die politische Stellung, 1874, S. 6.

<sup>14</sup> Ebd., S. 10.

<sup>15</sup> Ebd., S. 7.

<sup>16</sup> Vgl. A. BEBEL, Aus meinem Leben, Bd. 2, 1911, S. 165 f.

<sup>17</sup> Protokoll über den ersten Congreß, 1870, S. 13. Bezeichnend für das Meinungsspektrum sind auch die Gegenanträge. Während Gustav Werth die Partizipation an den Wahlen überhaupt ablehnte, hielt Samuel Spier ein konsequentes »Negiren« für nicht durchführbar, da doch die Möglichkeit gegeben sei, »daß Fragen zur Diskussion und Abstimmung gelangen, die spezifische Arbeiterinteressen betreffen.« Ebd., S. 14 f.

<sup>18</sup> RT Sten. Ber., 4. LP, 3. Sess., Bd. 2, 45. SITZ., 4.5.1880, S. 1168. Vgl. A. BIEFANG, Die andere Seite, 2009, S. 215–217.

<sup>19</sup> RT NDB Sten. Ber., 1. LP, Sess. 1870, Bd. 2, 51. SITZ., 21.5.1870, S. 1095.

son: »Der Redner vergißt, daß er in einer Versammlung spricht, deren Mitglied zu sein er die Ehre hat. Ein *solches* Urteil über diese Versammlung verstößt gegen die Ordnung derselben auf das Schwerste.«<sup>20</sup> Als Bebel kurze Zeit später erklärte, solchen Ordnungsrufen wenig Bedeutung beizulegen, zeigte sich Simson darüber umgekehrt wenig überrascht: »Die Geschäftsordnung ist für Männer geschrieben, die es für eine Ehre halten, dieser Versammlung anzugehören [...]. Wer diese Intention nicht hat, für den ist die Geschäftsordnung allerdings ein bloßes leeres Wort.«<sup>21</sup>

Auch im Kaiserreich fand Liebknecht gelegentlich scharfe Worte gegen den Reichstag. Berühmt wurde seine Aussage aus dem Jahr 1875, dass das Parlament offenbar »nicht des deutschen Volkes Reichstag, sondern eine Jasagemaschine des Fürsten Bismarck«<sup>22</sup> darstelle. Andererseits drückte sich in solchen kritischen Äußerungen mit der Zeit zunehmend die Motivation aus, die Praxis des Reichstags am Ideal eines ›wahren‹ Parlamentarismus zu messen und zu entsprechenden Reformen anzuregen. So beispielsweise 1883, als Liebknecht den Abgeordneten vorwarf, »daß das parlamentarische Regiment [...] in dieser Reichstagsession *mit Hilfe dieses Reichstags eingesargt worden*«<sup>23</sup> sei, oder 1893, als er eine abschätzige Bemerkung des Kriegsministers als Stellungnahme bezeichnete, »die wir als Reichstagsabgeordnete, die wir die Würde des Reichstags nach innen und nach außen zu wahren und verpflichtet fühlen, *nicht dulden können!*«<sup>24</sup> Auch wenn Liebknechts Formulierungen zuweilen ambivalent blieben, bekannte er sich im Laufe der Zeit sowohl praktisch wie rhetorisch immer stärker zum Parlament und bewegte sich so aus seiner Außenseiterposition zurück zum Konsens seiner Fraktion und des Plenums.

## 2. Elard von Oldenburg-Januschau

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums war die Haltung der Konservativen nicht weniger doppeldeutig. Während sie dem Status quo nach der Reichsgründung prinzipiell zustimmten, standen sie der Legitimität des Reichstags in diesem System eher ablehnend gegenüber. Folglich schwankten konservative Abgeordnete zwischen der Bejahung der Verfassungsordnung auf der einen Seite und der Furcht vor einer Verschiebung ihres Schwerpunkts zugunsten des Reichstags auf der anderen.<sup>25</sup>

<sup>20</sup> Ebd. Siehe auch RT NDB Sten. Ber., 1. LP, 2. außerordentl. Sess. 1870, 2. SITZ., 26.11.1870, S. 18 f.

<sup>21</sup> RT NDB Sten. Ber., 1. LP, 2. außerordentl. Sess. 1870, 10. Sitz., 9.12.1870, S. 154.

<sup>22</sup> RT Sten. Ber., 2. LP, 1. Sess. 1874, Bd. 2, 50. Sitz., 22.1.1875, S. 1200.

<sup>23</sup> RT Sten. Ber., 5. LP, 2. Sess. 1882/83, Bd. 4, 102. Sitz., 12.6.1883, S. 3009.

<sup>24</sup> RT Sten. Ber., 9. LP, 2. Sess. 1893/94, Bd. 1, 9. Sitz., 30.11.1893, S. 183, und weiter: »Wie kann von einem Verfassungsleben die Rede sein, wie kann von einer gesunden Entwicklung der politischen Verhältnisse gesprochen werden, wenn die Vertreter des Militarismus, noch obendrein der preußische Kriegsminister, in dieser Weise sich verachtungsvoll ausdrücken über ein Urtheil aus der Mitte des deutschen Reichstags?« Siehe auch: RT Sten. Ber., 1895/97, Bd. 5, 139. SITZ., 3.12.1896, S. 3685.

<sup>25</sup> Vgl. V. STALMANN, Die Partei Bismarcks, 2000, S. 365–368.

Der wohl berüchtigtste Ausdruck von Antiparlamentarismus im Reichstagsplenum kam von dieser Seite des Hauses. Es handelt sich um die Aussage des Abgeordneten Elard von Oldenburg-Januschau aus dem Jahr 1910, der Kaiser müsse »jeden Moment imstande sein, zu einem Leutnant zu sagen: nehmen Sie zehn Mann und schließen Sie den Reichstag!«<sup>26</sup> In der Forschung ist sie wiederholt als Hinweis auf einen verbreiteten Antiparlamentarismus herangezogen worden. Sie galt als paradigmatische Formel des »konservativen Militarismus«<sup>27</sup> und der »immer weiter nach rechts driftenden Deutschkonservativen«.<sup>28</sup> Manche Forscher haben sie gar als Kennzeichen einer generellen Tendenz der wilhelminischen Gesellschaft überhaupt aufgefasst. So beispielsweise Christoph Jahr, für den die Aussage auf »[d]as Kernproblem des Kaiserreichs – nämlich die mangelnde »Fähigkeit und Bereitschaft zur Deliberation, zur rationalen Kompromissfindung« – hindeutet.<sup>29</sup> Dem Politikwissenschaftler Christian Schwaabe zufolge gehörte die Äußerung nicht nur »zum konservativen Grundton« des Kaiserreichs; ihr komme auch eine generelle Bedeutsamkeit für die Haltung des gesamten Bürgertums der Ära zu: »Vielleicht kommt das Dilemma des bürgerlichen Liberalismus im Kaiserreich darin zum Ausdruck, daß bei einer solchen Schließung des Reichstags durch nur zehn Mann die Mehrheit des Bürgertums den herrschaftlichen Akt S.M. zwar nicht gebilligt, aber in gewisser Weise doch auch bewundert haben würde.«<sup>30</sup>

Es ist verführerisch, Oldenburg – »die reinste, simplizissimusreife Ausprägung eines ostelbischen Junkers«<sup>31</sup>, wie ihn Nicolaus Sombart kennzeichnete – als Gegenstück zu Heinrich Manns »Untertan«<sup>32</sup> zu betrachten, als Chiffre seiner Epoche und der verhängnisvollen Tendenzen der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Die Tatsache, dass er später zum engsten Kreis um Hindenburg gehörte, bei dem er mehrmals zugunsten der Nationalsozialisten intervenierte<sup>33</sup>, scheint eine min-

<sup>26</sup> RT Sten. Ber., 12. LP, 2. SESS., Bd. 259, 26. Sitz., 29.1.1910, S. 898.

<sup>27</sup> Vgl. S. FÖRSTER, *Der doppelte Militarismus*, 1985, S. 174 f.

<sup>28</sup> H. A. WINKLER, *Der lange Weg*, 2000, Bd. 1, S. 310.

<sup>29</sup> C. JAHR, *Parlament*, 2000, S. 44.

<sup>30</sup> C. SCHWAABE, *Modernitätskrise*, 2005, S. 150. Verschiedene Autoren haben die Äußerung als intellektuellen Anstoß für Carl Schmitts These, dass »Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet« betrachtet. So meinte Raimond von dem Bussche: »Schmitt zitiert dieses Diktum zwar nicht, doch scheint es, betrachtet man gerade die empfindliche Reaktion der liberalen Zeitgenossen darauf, dasjenige Diktum zu sein, daß den von Schmitt diagnostizierten dilatorischen Formelkompromiß des Bismarckreiches von konservativer Seite aus paradigmatisch in Frage stellte.« R. v. d. BUSSCHE, *Konservatismus*, 1998, S. 192 f. Siehe auch N. SOMBART, *Die deutschen Männer*, 1991, S. 169 f.

<sup>31</sup> Ebd., S. 170. Vgl. auch den Titel der bisher einzigen Biographie: D. GOTTER, *Oldenburg-Januschau*, 1978.

<sup>32</sup> Tatsächlich fand die Episode ihren Weg in den Roman, wo die Hauptperson Diederich Heßling dem Kaiser die Worte »Wenn die Kerls [die Reichstagsabgeordneten, Th. J.] mir meine Soldaten nicht bewilligen, räum' ich die ganze Bude aus« in den Mund legt. H. MANN, *Untertan*, 1918, S. 262, 312 f.

<sup>33</sup> J. GOEBBELS, *Tagebücher*, 1997–2005, Bd. 2/2, S. 123–127, Einträge vom 13.–17.10.1931; Bd. 2/3, S. 117, Eintrag vom 28.1.1933.

destens personale Kontinuität zwischen dem Kaiserreich, der Weimarer Republik und deren unrühmlichem Ende zu implizieren. Zu diesem Eindruck hat die Selbstdarstellung Oldenburgs in seinen »Erinnerungen« (1936) wesentlich beigetragen. Darin schilderte er sein politisches Agieren im Kaiserreich als Vorgeschichte seiner späteren politischen Rolle und betonte »daß mein Versuch der Einflußnahme auf Hindenburg getreu meiner alten Linie der Beseitigung des Parlamentarismus und Herstellung einer Diktatur abzielte.«<sup>34</sup>



Abb. 24: Postkarte aus dem Jahr 1910, Verlag Gross-Berlin, Quelle: Privatbesitz.

Eckstein dieses Narrativs war Oldenburgs Insistieren auf seine innere Distanz zur eigenen Rolle als Parlamentarier.<sup>35</sup> Er betonte, »beinahe gegen meinen Willen, nur dem Druck der Provinz Westpreußen folgend, die Laufbahn des Parlamentariers eingeschlagen«<sup>36</sup> und »innerlich niemals ein richtiger Abgeordneter«<sup>37</sup> gewesen zu sein. Stolz zitierte er eine Phrase aus einer von ihm in Marienburg gehaltenen

<sup>34</sup> E. v. OLDENBURG-JANUSCHAU, *Erinnerungen*, 1936, S. 218.

<sup>35</sup> Zumindest äußerlich war Oldenburg ein geradezu idealtypischer Parlamentarier. Neben seiner langjährigen Mitgliedschaft des Reichstags (1902–1912 für die Konservativen und 1930–1932 für die Deutschnationale Volkspartei) war er zeitweilig Mitglied des Kreistags für Preußisch Eylau, des Ostpreußischen Provinziallandtags sowie der Ersten und Zweiten Kammer des Preußischen Landtags.

<sup>36</sup> E. v. OLDENBURG-JANUSCHAU, *Erinnerungen*, 1936, S. 61.

<sup>37</sup> Ebd.

nen Rede: »Holt Euch endlich einen anderen Schafskopf, der Frau und Kinder, Haus und Wirtschaft verläßt, um leeres Stroh zu dreschen. Ich passe gar nicht in das Parlament. Wieviel Ferkel eine Sau in Januschau bekommt, interessiert mich mehr als die geistreichste Rede des Abgeordneten Richter.«<sup>38</sup> So schilderte er rückblickend seine Rolle im Kaiserreich als die eines konsequenten Demokratiegegners, der die langfristige Unhaltbarkeit dieses Systems auf deutschem Boden immer schon vorhergesehen habe.

Mangels anderer Quellen dürften Oldenburgs spätere Aussagen über seine innere Einstellung zum Parlamentarismus im Kaiserreich schwer zu widerlegen sein. Dennoch gibt es Gründe, sie kritisch zu hinterfragen. Zunächst war Oldenburg bei aller Rhetorik durchweg ein normal funktionierender Abgeordneter. Er stimmte mit den Konservativen ab, meldete sich über verschiedene Themen zu Wort, war Mitglied von Ausschüssen und führte für seine Fraktion die Verhandlungen mit dem Zentrum.<sup>39</sup> Wenn überhaupt, zeichnete er sich durch seine »Revolverschnauze«<sup>40</sup>, wie es im *Simplicissimus* hieß, durch eine besondere Neigung zu sprachlichen Ausrutschern aus. »Zeit meines Lebens« kommentierte er dies selbst »spielte ich selbst innerhalb der Konservativen eine gewisse Außenseiterrolle. Meine Freunde standen Todesängste aus, wenn ich das Wort ergriff. Denn sie wußten, daß ich mir das angeborene Recht nicht nehmen ließ, frei von der Leber weg zu reden.«<sup>41</sup>

Die Episode mit dem Leutnant zeigte exemplarisch, was damit gemeint war. Die Verteidigung des unbedingten militärischen Gehorsams gegen jede Einmischung von Seiten des Parlaments und der Öffentlichkeit, die Oldenburg mit seinem Beispiel rhetorisch auf die Spitze getrieben hatte, bildete einen festen Programmpunkt der konservativen Politik. Inhaltlich war die Aussage in der vorhergehenden Fraktionssitzung sogar abgesprochen worden – auch wenn sich Kuno von Westarp später nicht mehr genau erinnern konnte, ob die kontroverse Redewendung dabei auch schon gefallen war.<sup>42</sup> Gerade deren für Oldenburg so typische, provokative Schärfe ging aber den meisten Fraktionsgenossen zu weit, zumal sie rückblickend erkennen mussten, dass solche Entgleisungen zu »agitatorischen Unbequemlichkeiten« führten.

Dabei waren die unmittelbaren Reaktionen auf die Aussage im Plenum geteilt gewesen: »Große andauernde Heiterkeit. – Unruhe und Zurufe links. – Sehr richtig!

<sup>38</sup> Ebd., S. 65.

<sup>39</sup> Ebd., S. 62.

<sup>40</sup> P. SCHLEMIHL [L. THOMA], »Revolverschnauze«, in: SIMPLICISSIMUS, 14.2.1910, S. 796.

<sup>41</sup> E. v. OLDENBURG-JANUSCHAU, Erinnerungen, 1936, S. 62. 1903 konnte ihn der Fraktionsvorsitzende Oskar von Normann nur mit großer Mühe davon abhalten, im Plenum auszurufen: »Ist denn der ganze Reichstag einschließlich des Bundesrates und der Herren Minister verrückt geworden? Seine Majestät der Kaiser lebe hoch!« K. v. WESTARP, Konservative Politik, 1935, Bd. 1, S. 48 f. In einer Wahlversamlungsrede begründete Oldenburg 1918 seine Ablehnung der Demokratie mit dem Wort »Vox populi, vox Rindvieh«, was nicht nur in der Presse hohe Wellen schlug, sondern sogar im Reichstag diskutiert wurde. RT Sten. Ber., 13. LP, 2. Sess., Bd. 311, 135. Sitz., 27.2.1918, S. 4184. Vgl. OLDENBURG-JANUSCHAU, Erinnerungen, 1936, S. 118 f.

<sup>42</sup> K. v. WESTARP, Konservative Politik, Bd. 1, S. 298. Da auch die folgenden Zitate.

rechts. – Wiederholte stürmische Zurufe und langandauernde Unruhe links.«<sup>43</sup> Als sich das erste Chaos gelegt hatte und Vizepräsident Ernst von Hohenlohe-Langenburg versuchte, zur Tagesordnung zurückzukehren, wurde er von verschiedenen Sozialdemokraten lautstark aufgefordert, Oldenburg zur Ordnung zu rufen: »Sie haben den Reichstag besudeln lassen! Skandal!« Dem schloss sich der freisinnige Abgeordnete Karl Schrader an, der ebenfalls meinte, dass Oldenburg den »Respekt, der dem Reichstag zusteht« verletzt habe. Der Vizepräsident weigerte sich jedoch. Er habe – was Oldenburg sofort bestätigte – die Aussage nur als »äußerstes Beispiel der Disziplin« aufgefasst. Hätte er die Aussage wirklich so verstanden, dass das preußische Militär tatsächlich die Aufgabe habe, den Reichstag aufzulösen, so hätte er die Äußerung zweifellos »aufs schärfste gerügt«. Unzufrieden mit dieser Erklärung meldeten sich hintereinander Vertreter aller größeren Fraktionen (außer der Konservativen) zu Wort, um geschlossen gegen diese »Mißachtung des Reichstags und seiner verfassungsmäßigen Rechte«<sup>44</sup> zu protestieren.

Auch außerhalb des Reichstags waren die Reaktionen gespalten. Eine im *Berliner Tageblatt* veröffentlichte Umfrage des Berliner Magistratsrats Franz Kremksi ergab, dass viele Jugendliche der Vorstellung einer gewaltsamen Auflösung des Reichstags durchaus zustimmend gegenüberstanden. Einige jüngere preußische Offiziere hätten gar erklärt »daß sie mit Begeisterung ein derartiges Kommando übernehmen und ›feste in die Quatschköpfe reinpfeffern lassen würden.«<sup>45</sup> Solche Berichte stärkten den Eindruck eines breit geteilten öffentlichen Antiparlamentarismus. Gerade in der linken Presse wurde die »Oldenburgiade« als Zeichen eines generellen »Tiefstand[s] der politischen Bildung«<sup>46</sup> und als Omen eines drohenden konservativen Staatsstreichs gedeutet.<sup>47</sup>

Dabei spielten aber selbstverständlich auch parteipolitisch-taktische Überlegungen eine Rolle. Als Paradebeispiel der politischen Rückständigkeit der Junkerklasse und der Drohung einer gewaltsamen ›Revolution von oben‹ war Oldenburgs Aussage vor allem für die sozialdemokratische Propaganda eine Steilvorlage. Wie Karl Liebknecht 1913

<sup>43</sup> RT Sten. Ber., 12. LP, 2. Sess., Bd. 259, 26. Sitz., 29.1.1910, S. 898–903. Leicht unterschiedlich die Wiedergabe der *Neuen Hamburger Zeitung*: »Erst ein Orkan von Gelächter auf Kosten des Junkers, dann aber auf der Linken ein plötzliches Besinnen auf die Schmach, die dem Reichstage angetan, und ein wilder Sturm der Entrüstung brandet gegen die Rechte und gegen den Präsidentensitz empor, auf dem der unglückliche Erbprinz *Ernst v. Hohenlohe* thront, ängstlich verlegen, der mächtigen Erregung nicht gewachsen.« »Tumult im Reichstag«, in: NEUE HAMBURGER ZEITUNG, 30.1.1910, S. 1. Nach dem *Berliner Tageblatt* soll es auf der Journalistentribüne zwischen einem »agrarischen Herrn und einem sozialdemokratischen Berichterstatter« zu Handgreiflichkeiten gekommen sein. »Die Verhöhnung des Reichstags«, in: BERLINER TAGEBLATT, 30.1.1910, S. 1 f.

<sup>44</sup> Die Formulierung stammt vom National-Liberalen Ernst Bassermann. RT Sten. Ber. 1910, 12. LP, 2. Sess., Bd. 259, 26. Sitz., 29.1.1910, S. 902.

<sup>45</sup> F. KREMSKI, »Die politische Bildung der Jugend höherer Stände«, in: BERLINER TAGEBLATT, 30.3.1910, S. 1. Siehe auch »Das Abiturientenprivileg«, in: BERLINER VOLKS-ZEITUNG, 31.3.1910, S. 1 f.; Türmers Tagebuch, 1910, S. 517–519.

<sup>46</sup> G. HIRTH, Was wäre, 1918, S. 57 f.

<sup>47</sup> Vgl. Protokoll über die Verhandlungen, 1910, S. 112 f.

zufrieden feststellte, sei das geflügelte Wort für sie »agitatorisch von allergrößtem Vorteil« geworden, da es einprägsam auf den Punkt gebracht habe, wie »in militärischen Kreisen über den Reichstag geurteilt wird, wie man dort mit einem geradezu grenzenlosen Hochmut und mit einer grenzenlosen Bereitwilligkeit zu hochverräterischer Gewalttätigkeit dem Reichstag gegenüber steht.«<sup>48</sup> Auch wenn solche Schilderungen einen gewissen Kern der Wahrheit nicht entbehrten, war die Repräsentativität der oldenburgischen Aussage jedoch eher sozialdemokratisches Schreckbild als Realität.

Wie hoch die Wellen waren, die diese Affäre schlug, drückte sich auch darin aus, dass der Vorfall den Weg auf die Bühne fand.<sup>49</sup> Die im September im Berliner Metropol-Theater uraufgeführte Revue ›Hurra! Wir leben noch!‹ zeigte Oldenburg selbst in der Rolle des Leutnants, wie er singend und tanzend dem Publikum erklärte: »Ich übte Heldentaten, / Wie man sie nie geträumt! / Ich hab' mit zehn Soldaten / Die ganze Bude ausgeräumt!« Das Publikum amüsierte sich über die Karikatur eines unzeitgemäßen Junkers, der nach seinem Sieg über die »Reichsgesetzfabrike« gleich auch noch den Vatikan schließen will. Obwohl die Kritik am falschen Heroismus Oldenburgs das revuetytische Niveau milder Satire nie überstieg, war die Stimmung im Theater doch eher gegen den konservativen Abgeordneten. Das war wenigstens seine eigene Interpretation, als er einmal selbst versehentlich in die Vorstellung geraten war – und schlagartig die Flucht ergriff.<sup>50</sup>

Begeistert wurde die Rede indes vom Kaiser selbst rezipiert, der sich sehr darüber freute, »daß diesen Leuten im Parlament wieder einmal ordentlich erklärt sei, wer denn eigentlich die Macht habe im Deutschen Reich.«<sup>51</sup> Doch auch hier war das

<sup>48</sup> RT Sten. Ber., 13. LP, I. SESS., Bd. 290, 166. Sitz., 20.6.1913, S. 5660. Kriegsminister Josias von Heeringen distanzierte sich von dieser Aussage sowie von den ganzen Ergebnissen der Umfrage. »Wenn wirklich ein Offizier die Äußerung vom Vorgehen gegen den Reichstag getan haben sollte [...] – : meine Herren, der betreffende Herr muß noch recht jung gewesen sein, und auf den können Sie sich ganz gewiß nicht stützen. Die Verfassung hat Seine Majestät der Kaiser beschworen, und das deutsche Heer ist ein sicheres und festes Instrument seines Allerhöchsten Kriegsherrn. Wenn Sie also immer wieder an die Wand malen, daß die Armee gegen den Reichstag losgelassen würde: was muten Sie damit Seiner Majestät dem Kaiser zu? Der Kaiser bricht die Verfassung nicht; es könnte also nur der Fall sein, daß das seitens des Reichstags vorkommt, / (Unruhe bei den Sozialdemokraten) / Und dem Reichstag wollen Sie das doch auch nicht zumuten! Warum also malen Sie solche Phantasiegemälde, die einen praktischen Hintergrund nicht haben, an die Wand?« Ebd., S. 5666.

<sup>49</sup> Vgl. dazu ausführlich T. BECKER, *Inszenierte Moderne*, 2014, S. 85 f. Da auch die nachfolgenden Zitate. Vgl. auch das satirische Gedicht [MARABU], »Gereimtes und Ungereimtes«, in: GENERAL-ANZEIGER FÜR HAMBURG-ALTONA, 6.2.1910, S. 4, in dem es heißt: »Ein einz'ger Leutnant mit zehn Mann – / O Gott, was der nicht alles kann! / Sagt ihm sein Hauptmann: [.] Lieber Meyer, / Da, die verdächt'gen Reichstagsschreier, / die reden lang genug schon Stutz! / Sie gehen hin und machen Schluß!« / Sagt Meyer nur, am Helm die Hand: / .Kannst ruhig sein, mein Vaterland!« / Und in zwei Stunden bringt er schon / zum Teufel die Konstitution.«

<sup>50</sup> E. v. OLDENBURG-JANUSCHAU, *Erinnerungen*, 1936, S. III. Dabei spielte auch das Gerücht eine Rolle, dass wenige Tage nach der besagten Rede ein Mann, der für Oldenburg gehalten wurde, von einer vor dem Reichstag versammelten Menge verprügelt worden war. Ebd., S. 110 f.

<sup>51</sup> R. v. ZEDLITZ-TRÜTZSCHLER, *Zwölf Jahre*, 1924, S. 231, Eintrag vom 14.2.1910. Auch in diesem Fall ist – trotz der Authentizitätsbeteuerungen des Autors (S. 12) – der Zeitpunkt der Veröffent-

Gesamtbild letztendlich ambivalent. In seinen Tagebuchaufzeichnungen betrachtete Hofmarschall Robert von Zedlitz-Trützschler die kaiserliche Reaktion als paradigmatisch für dessen intellektuelle Oberflächlichkeit. Kurz nach der Reichstagsrede hatte am Hofe ein Herrendiner in kleinem Kreise stattgefunden, zu dem Gäste aus dem Militär, der Verwaltung sowie einige Akademiker geladen waren. »Solange der Kaiser nicht da war,« so Zedlitz-Trützschler, »wurde über den Fall gesprochen, und es muß anerkannt werden, daß von den Herren einstimmig die Unvorsichtigkeit und das Provozierende der Oldenburgschen Rede verurteilt wurde. Kaum erschien der Kaiser, kam das Gespräch wieder auf den Fall. Es war überraschend, wie oberflächlich und witzelnd der Kaiser ihn behandelte. Ihm fehlte jedes Verständnis für das Unpolitische dieser Handlung.«<sup>52</sup>

Auch in ausgesprochen konservativen Kreisen stieß die Aussage also keineswegs auf ungeteilten Beifall. Selbst denen, die der Verteidigung der obersten Heeresgewalt des Kaisers inhaltlich zustimmten, galt die Form der Aussage meistens als unnötig provokativ und deshalb ›unpolitisch‹. Insofern stellte Oldenburgs Rhetorik ein auffälliges, aber sicher kein repräsentatives Element der politischen Kultur des Reichstags dar. Dass die Aussage zeitgenössisch so viel Aufmerksamkeit erregte, lag keineswegs darin begründet, dass sie eine breit geteilte ›antiparlamentarische‹ Stimmung zum Ausdruck brachte. Vielmehr wurde das bewusst provozierte Skandalon innerhalb wie außerhalb des Reichstags zum Anlass einer Bekräftigung der geteilten Wertschätzung der Würde des Parlaments.

### 3. Der Antiparlamentarismus und die Ordnung des Hauses

In einem zweiten Schritt soll diesen Fallstudien eine quantitative Analyse zur Seite gestellt werden, um herauszufinden, wie verbreitet antiparlamentarische Aussagen im Plenum des Reichstags tatsächlich waren. Sie kann sich auf eine systematische Auswertung der Register der Reichstagsprotokolle stützen.<sup>53</sup> In der Handhabungspraxis der Geschäftsordnung stand – wie Hans-Peter Goldberg betont hat – die »gesamte zeitgenössisch bestehende staatliche und politische Ordnung«<sup>54</sup> unter dem Schutz

---

lichung zu berücksichtigen. Vgl. auch die Einleitung Gerd Fessers in der Neuausgabe: R. v. ZEDLITZ-TRÜTZSCHLER, *Zwölf Jahre*, hrsg. v. G. FESSER, 2005.

<sup>52</sup> DERS., *Zwölf Jahre*, 1924, S. 231, Eintrag vom 14.2.1910.

<sup>53</sup> Die Register sind nicht fehlerlos. Gelegentlich gibt es Verweise auf Stellen, wo definitiv kein Ordnungsruf erteilt wurde. Umgekehrt ist es möglich, dass manche Ordnungsrufe nicht vom Register erfasst werden. Wichtigster Grund dafür dürfte sein, dass aufgrund ihrer Formulierung nicht jeder Ordnungsruf zweifelsfrei als solcher identifiziert werden kann. Manche Ordnungsrufe wurden rückwirkend, manche nur konditional erteilt oder später wieder zurückgenommen. Auch ist die Begründung eines Ordnungsrufs auf der Basis der Protokolle nicht immer unzweifelhaft zu rekonstruieren. Angesichts der relativ großen Zahl der ausgewerteten Ordnungsrufe dürften sich solche Verzerrungen jedoch nur in beschränktem Maße auf die Ergebnisse auswirken.

<sup>54</sup> Vgl. H.-P. GOLDBERG, *Bismarck*, 1994, S. 74–98, das Zitat auf S. 85.

des parlamentarischen Disziplinarrechts. Dazu gehörte auch der Reichstag selbst, so dass eine Kritik an der eigenen Institution fast ausnahmslos einen Ordnungsruf nach sich zog. Die Auswertung der erteilten Ordnungsrufe erlaubt also eine plausible Einschätzung des relativen Gewichts antiparlamentarischer Äußerungen im Reichstagsplenum.

Zunächst ist schon die reine Zahl der erteilten Ordnungsrufe im Reichstag – 774 von der Gründung des Norddeutschen Bundes bis zum Ende des Ersten Weltkriegs – an sich signifikant. Über den gesamten Zeitraum hinweg handelt es sich jährlich um nur ca. fünfzehn Ordnungsrufe, allerdings mit einer leicht steigenden Tendenz. Wie gering diese Zahl ist, zeigt sich im Vergleich zur Weimarer Republik – als alleine schon in der Wahlperiode 1924–1928 nicht weniger als 442 Ordnungsrufe erteilt und siebenzehn Abgeordnete von der Sitzung ausgeschlossen wurden, was im Kaiserreich nur ein einziges Mal geschah.<sup>55</sup> August Bebel's oft zitiertes Urteil, dass »in keinem Parlament der Welt *durchschnittlich so ruhig und sachlich* – das bedeutet also auch: anständig – *diskutiert wird wie in diese Hause*«<sup>56</sup> war vielleicht überzogen.<sup>57</sup> Dennoch deutet die Zahl der Ordnungsrufe im Reichstag tendenziell eher auf Akzeptanz, als auf eine virulente Ablehnung des Parlaments durch die Abgeordneten hin.

**Tabelle 1: Begründungen von Ordnungsrufen im Reichstag (1867–1918)**

Gesamt	774	100 %
Wegen Kritik an ...		
Mitgliedern des Reichstags (individuell)	264	34 %
Mitgliedern des Reichstags (kollektiv)	60	8 %
Regierungen (inkl. Einzelstaaten)	156	20 %
übrigen staatlichen Institutionen und Würdenträgern	75	10 %
dem Rechtszustand	27	3 %
herrschenden Dynastien	25	3 %
der Geschäftsführung	53	7 %
dem Reichstag/Bundesrat/den Landtagen	27	4 %
Störung / zur Sache	44	6 %
Übrige	25	3 %
Unklar	18	2 %

Über ihre bloße Zahl hinaus ist jedoch vor allem die Verteilung der Begründungen der erteilten Ordnungsrufe signifikant. Wie Tabelle 1 zeigt, ging der weitaus größte Teil auf die Beleidigung anderer Mitglieder des Reichstags zurück: hauptsächlich persönliche Angriffe, aber auch kollektive Beleidigungen, bspw. einer Fraktion oder »der Mehrheit«. Die nächstgrößte Gruppe bezog sich auf Kritik an der Regierung sowie an anderen staatlichen Institutionen und Würdenträgern. Dagegen ist die Zahl der Ordnungsrufe, die auf einer Kritik an den verschiedenen Parlamenten des Kaiserreichs

<sup>55</sup> Vgl. R. D. DILL, Der Parlamentarier Eduard Lasker, 1956, S. 155–159; H. P. GOLDBERG, Bismarck, 1994, S. 89; T. MERGEL, Parlamentarische Kultur, 2002, S. 159 f.

<sup>56</sup> RT Sten. Ber., 9. LP, 3. Sess. 1894/95, Bd. 2, 39. Sitz., 16.2.1895, S. 944.

<sup>57</sup> Beispielsweise im Vergleich zur ebenfalls äußerst gesitteten niederländischen Tweede Kamer. Vgl. dazu ausführlich: E. TANJA, Goede politiek, 2010.

basierten, bei etwa 4 % vergleichsweise klein. Alleine schon Kritik am Reichskanzler (33 Mal) war häufiger Grund für einen Ordnungsruf als Kritik am Reichstag, am Bundesrat und an den einzelnen Landtagen zusammen.

Ein genauerer Blick verstärkt dieses Bild noch. Von den 27 Ordnungsrufen in der letztgenannten Kategorie bezogen sich nur vierzehn auf den Reichstag selbst. Die Kritik an den Landtagen konzentrierte sich wenig überraschend auf das preußische Abgeordnetenhaus, das, wie es Philipp Scheidemann 1908 ausdrückte, in den Augen einiger Abgeordnete nur »die verrückte Karikatur einer Volksvertretung«<sup>58</sup> darstellte. Darüber hinaus war Kritik am Bundesrat auffällig oft dadurch motiviert, den Reichstag vor Übergriffen der Zweiten Kammer in Schutz zu nehmen. So beispielsweise 1902, als Paul Singer einen Ordnungsruf dafür erhielt, dass er eine Vorlage des Bundesrats als »beleidigende Zumuthung an den Reichstag«<sup>59</sup> erklärte oder 1909, als Otto Hue meinte, der Bundesrat habe den Reichstag bezüglich des Hüttenarbeiter-schutzgesetzes »verhöhnt«.<sup>60</sup>

Dieselbe Motivation, den Reichstag vor Angriffen in Schutz zu nehmen, lag nicht selten auch der Kritik an der Regierung und ihren Mitgliedern zu Grunde. So erwiderte Wilhelm Hasenclever 1887 einen rhetorischen Angriff Bismarcks mit der Bemerkung: »kein Parlament der Welt würde sich das gefallen lassen. Theilweise haben die übrigen Länder bessere Verfassungen als wir, wodurch sie in der Lage sind, nicht zu dulden, daß ein Mann, der das Parlament so behandelt, wie dies gestern geschah, noch länger auf seinem Posten stehe.« Als er für diese Äußerung zur Ordnung gerufen wurde, erwiderte Hasenclever: »Sie rufen mich aus dem Herzen des Fürsten Bismarck zur Ordnung.«<sup>61</sup> 1914 entrüstete sich Hugo Haase darüber, dass die Regierung dem Reichstag durch das Nichteinhalten vorher gemachter Zusagen zur Wehrvorlage einen »Fußtritt« versetzt habe. Er folgerte: »Meine Herren, wenn der Reichstag auch nur einen Funken von Selbstachtung hat, so müßte er aus dieser Tatsache den Schluß ziehen, nunmehr seine ganze Macht der Regierung zu zeigen.«<sup>62</sup> Mehr als auf einen wirklichen Aufruf zur geschlossenen Stellungnahme des Reichstags zielten solche Äußerungen von Seiten der Sozialdemokraten in der Regel vor allem darauf ab, die Liberalen dahingehend bloßzustellen, dass sie selbst unter solch gravierenden Umständen nicht bereit waren, der Regierung entschlossen entgegenzutreten.

Neben solchen Äußerungen, in denen Kritik am amtierenden Parlament letztendlich eher im Namen der Verteidigung seiner politischen Würde geäußert wurde, blieb nur noch eine sehr kleine Zahl von wirklich reichstagskritischen oder gar generell anti-

<sup>58</sup> RT Sten. Ber., 12. LP, 1. Sess., Bd. 229, 84. Sitz., 20.1.1908, S. 2560.

<sup>59</sup> RT Sten. Ber., 10. LP, 2. Sess. 1900/03, Bd. 6, 176. Sitz., 28.4.1902, S. 5118.

<sup>60</sup> RT Sten. Ber., 12. LP, 1. Sess., Bd. 236, 252. Sitz., 4.5.1909, S. 8310. Siehe auch Johann Most in RT Sten. Ber., 2. LP, 4. Sess. 1876, Bd. 2, 28. Sitz., 11.12.1876, S. 729 und August Bebel in RT Sten. Ber., 10. LP, 2. Sess. 1900/02, Bd. 1, 3. SITZ., 19.11.1900, S. 21.

<sup>61</sup> RT Sten. Ber., 6. LP, 4. Sess. 1886/87, Bd. 1, 19. Sitz., 12.1.1887, S. 363. Siehe auch RT Sten. Ber., 5. LP, 4. Sess. 1884, Bd. 1, 23. SITZ., 9.5.1884, S. 496, 503.

<sup>62</sup> RT Sten. Ber., 13. LP, 1. Sess., Bd. 292, 199. Sitz., 24.1.1914, S. 6789.

parlamentarischen Äußerungen. Es ist auffällig, dass ohne Ausnahme *alle* Ordnungsrufe, die aus diesem Grund erteilt wurden, an Sozialdemokraten gingen. Zum Teil war das darauf zurückzuführen, dass, wie Tabelle 2 zeigt, überhaupt ein Großteil der Ordnungsrufe dieser Fraktion erteilt wurde.

Tabelle 2: Verteilung der Ordnungsrufe (1867–1918)<sup>63</sup>

Gesamt	774	100 %
Sozialdemokraten	554	72 %
Konservative	83	11 %
Polen	44	6 %
Liberale	41	5 %
Zentrum	18	2 %
Übrige	34	4 %

Allein schon der in dieser Hinsicht besonders auffällige Georg Ledebour wurde während seiner Zeit im Reichstag nicht weniger als 79-mal zur Ordnung gerufen. Wie die Sozialdemokraten regelmäßig beklagten, war das Präsidium bei der Beurteilung ihres Verhaltens nicht immer vollkommen unparteiisch. Zum Teil war dies auch eine *self-fulfilling prophecy*, da bei bestimmten Abgeordneten (und den Sozialdemokraten generell) die Notwendigkeit von Ordnungsrufen quasi erwartet wurde, sodass das Präsidium sehr viel genauer aufpasste, um gegebenenfalls eingreifen zu können. Die andere Seite dieser Medaille war, dass Ordnungsrufe von den Sozialdemokraten selbst oftmals nicht nur in Kauf genommen, sondern sogar aktiv gesucht wurden. Neben unwillkürlichen Entgleisungen waren es oft wohlüberlegte, offensichtlich vorbereitete Formulierungen, die einen Ordnungsruf nach sich zogen. Mittels solcher gezielten Verstöße gelang es den Sozialdemokraten, die Aufmerksamkeit auf sich und bestimmte Themen zu lenken und gleichzeitig ihre Distanz zum Status quo zum Ausdruck zu bringen. Dieselbe Strategie dürfte auch die unverhältnismäßig große Präsenz der polnischen Fraktion unter den zur Ordnung gerufenen Abgeordneten erklären.

Aber da nicht nur 72, sondern 100 Prozent der aus Gründen parlamentskritischer Äußerungen erfolgten Ordnungsrufe an die Sozialdemokraten gingen, scheint es noch einer weiteren Erklärung zu bedürfen, warum Kritik am Reichstag (insofern sie im Reichstagsplenum überhaupt erklang) nur von dieser Fraktion ausging. Neben der Eigenart ihres rhetorischen Auftretens scheint hier erneut die ambivalente Haltung der Fraktion zum Parlament ausschlaggebend zu sein. Auf Liebknechts zwiespältiges Verhalten ist oben schon hingewiesen worden. Die Ordnungsrufe der anderen sozialdemokratischen Abgeordneten bestätigen das Bild einer prinzipiellen Bejahung der Institution, die sich jedoch an einem Idealbild orientierte, das leicht zur Grundlage für Kritik an ihrer konkreten Gestalt werden konnte.

Insbesondere zeigte sich dieses Spannungsverhältnis im Kontext der seit den 1880er Jahren verstärkten Bemühungen des Präsidiums und der Mehrheitsfraktionen,

<sup>63</sup> Vgl. zur Weimarer Republik die entsprechenden Zahlen in: N. PATIN, *Députés antiparlementaires*, 2010.

durch beschleunigte Beratungsformen und der Herbeiführung ›frühzeitiger‹ Debat- tenschlüsse das Tempo der parlamentarischen Arbeit zu erhöhen. In den Augen sozialdemokratischer Abgeordneten stellten solche Techniken nicht selten eine »Kast- ration des Parlaments«<sup>64</sup> dar, welche die Beratung zu einer »Karikatur [...] auf die Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit des Hauses«<sup>65</sup> verkommen ließen. In diesem Sinne protestierte Max Kayser gegen die von ihm als »sausende Galoppberatung«<sup>66</sup> bezeichnete Führung der Verhandlung über den Zolltarif im Jahr 1885. Als er für diesen Ausdruck zur Ordnung gerufen wurde, pflichtete ihm sein Fraktionsgenosse Hasenclever mit der Bemerkung bei: »wenn man einmal ein Schäfchen scheeren will, soll man es wenigstens mit Anstand thun.«<sup>67</sup> Auch er wurde zur Ordnung gerufen. Auch wenn in solchen Fällen manchmal harte Worte – wie »Schwatzbude«<sup>68</sup> oder »Schacherbude«<sup>69</sup> – gegen den Reichstag gebraucht wurden, ging es im argumenta- tiven Kontext ausnahmslos darum, die aktuelle Gestalt des Reichstags mit der eines ›wahren‹ Parlaments zu kontrastieren.

Nicht weniger auffällig als die absolute Dominanz der Sozialdemokraten bei den wegen Parlamentskritik erfolgten Ordnungsrufen ist das Fehlen der Konservativen. Wiederum dürfte hier das Präsidiumsverhalten eine Rolle gespielt haben. Bezeich- nenderweise hatte es für die oben referierte Äußerung Oldenburgs über den Leut- nant und seine zehn Mann trotz der Indignation des Plenums keinen Ordnungsruf gegeben.<sup>70</sup> Dass ein Sozialdemokrat mit einer ähnlichen Äußerung ›davongekom- men‹ wäre, ist unwahrscheinlich. Doch wiesen die Reaktionen der konservativen Frak- tionsgenossen Oldenburgs auch darauf hin, dass diese – auch wenn sie jede Tendenz einer fortschreitenden Parlamentarisierung misstrauisch beäugten – die Legitimität des Reichstags in seiner aktuellen Gestalt nicht in Zweifel zogen.

Wie präsent waren nun Antiparlamentarismus und Parlamentskritik im Reichstag? Trotz der ambivalenten Einstellung vieler Fraktionen zum Parlament weisen die in den Protokollen festgehaltenen Äußerungen im Plenum keinesfalls auf eine lautstarke Rolle ›antiparlamentarischer Parlamentarier‹, sondern eher auf eine breit geteilte Be-

<sup>64</sup> Karl Liebknecht in RT Sten. Ber., 13. LP, 2. Sess., Bd. 307, 41. Sitz., 7.4.1916, S. 919.

<sup>65</sup> Louis Viereck in RT Sten. Ber., 6. LP, 2. Sess. 1885/86, Bd. 3, 73. Sitz., 24.3.1886, S. 1635. Siehe auch RT Sten. Ber., 6. LP, 2. Sess. 1885/86, Bd. 3, 78. Sitz., 31.3.1886, S. 1786.

<sup>66</sup> RT Sten. Ber., 6. LP, 1. Sess. 1884/85, Bd. 4, 100. Sitz., 13.5.1885, S. 2808.

<sup>67</sup> Ebd., S. 2809.

<sup>68</sup> Joseph Herzfeld in RT Sten. Ber., 13. LP, 1. Sess., Bd. 294, 245. Sitz., 30.4.1914, S. 8363. Be- zeichnenderweise bezog sich der Ausdruck in diesem Zusammenhang jedoch auf eine vorange- gangene Äußerung vom konservativen Abgeordneten Albrecht von Graefe, der ihn wiederum einem Zitat aus der sozialdemokratischen *Rostocker Zeitung* entnahm, wo es wörtlich hieß »Da meinen wir doch nun aber, daß der Reichstag *keine* ›Schwatzbude‹ ist [Hervorh. Th. J.].« Ebd., S. 8359.

<sup>69</sup> RT Sten. Ber., 10. LP, 2. Sess. 1900/03, Bd. 8, 225. Sitz., 28.11.1902, S. 6699. Siehe auch RT Sten. Ber., 12. LP, 1. Sess., Bd. 237, 276. Sitz., 6.7.1909, S. 9134.

<sup>70</sup> Wobei der Fall auf dem Ermittlungsweg über die Register trotzdem erfasst wird, da im Lau- fe der tumultuösen Verhandlung verschiedene Sozialdemokraten zur Ordnung gerufen wurden. Siehe kritisch: PAUL MICHAELIS, »Politische Wochenschau«, in: BERLINER TAGEBLATT, 6.2.1910, S. [1].

jahung des Parlaments hin.<sup>71</sup> Die seltenen, wenn auch teilweise berühmt-berühmten Fälle parlamentskritischer Aussagen im Reichstag erhielten gerade dadurch ihre Brisanz, dass sie gegen die Normen der geteilten parlamentarischen Kultur verstießen. Das Plenum reagierte auf sie mit Entrüstung oder bestenfalls Gelächter. Selbst die eigenen Fraktionsgenossen unterstützten solche Äußerungen in der Regel nicht. Politische Gegner nahmen ihre ›Unmöglichkeit‹ zum Anlass, den jeweiligen Urheber rhetorisch aus der politischen Gemeinschaft auszuschließen – und so gleichzeitig die kommunikative Kultur des Reichstags neu zu bekräftigen. Schließlich gründeten die meisten kritischen Äußerungen gegen den Reichstag gerade *nicht* in einer prinzipiellen Ablehnung dieser Institution, sondern vielmehr in dem Willen, sie nach der Maßgabe einer herbeigesehnten Idealvorstellung zu reformieren.<sup>72</sup> Nichtsdestoweniger ging selbst das, was nur im allerweitesten Sinne nach Kritik am aktuellen Reichstag klingt, dem Präsidium und dem Plenum schon schnell ›zu weit‹.

#### 4. Skizze eines Vergleichs. Das Beispiel Frankreich

Die Ursachen für den erörterten Befund sind vielfältig. Ein vergleichender Seitenblick auf das zeitgenössische Frankreich hilft dabei, die Konturen der spezifischen Konstellation in Deutschland schärfer hervortreten zu lassen.<sup>73</sup> Im öffentlichen Raum war der Antiparlamentarismus in der Dritten Republik sicher nicht weniger virulent als im Kaiserreich. Öfter als in Deutschland fanden solche Diskurse jedoch den Weg in die Plenumsdiskussion. Auf der linken Seite des politischen Spektrums ähnelte sich die Situation in den beiden Ländern insofern, dass die übergroße Mehrheit der französischen Linken generell eine pro-republikanische und – wenn auch nicht gänzlich unkritische – pro-parlamentarische Einstellung an den Tag legte. Lediglich die Anarchisten, die im institutionalisierten politischen Prozess selbst kaum Fuß fassen konnten, grenzten sich konsequent von der parlamentarischen Form politischer Auseinandersetzung ab. Ihre rhetorischen – und im Ausnahmefall sogar gewaltsamen – Angriffe auf die Deputiertenkammer blieben jedoch Ausdruck einer verschwindend kleinen, nicht im Parlament selbst vertretenen Minderheit.<sup>74</sup>

Auf rechter Seite unterschied sich die französische Konstellation dagegen erheblich von der deutschen, sodass auch die Rolle des Antiparlamentarismus im jeweiligen Plenum unterschiedlich ausfiel. Hierbei dürften vor allem drei Faktoren

<sup>71</sup> Eine wichtige Ergänzung wäre die systematische Auswertung der Kritik an der Geschäftsführung, anhand derer sich der Umgang mit der wahrgenommenen Diskrepanz zwischen der aktuellen Praxis des Reichstags und seiner Idealvorstellung noch einmal genauer nachzeichnen ließe.

<sup>72</sup> Vgl. zu dieser Unterscheidung W. DURNER, Antiparlamentarismus, S. 9 f.

<sup>73</sup> Vgl. auch im Folgenden B. JEANNEAU, L'antiparlementarisme, 1993, S. 23–28; J. BOUCHET, La République, 2010; J. GARRIGUES, Le boulangisme, 2013; B. JOLY, L'antiparlementarisme, 2013; H. TE VELDE, Spreekende politiek, 2015, S. 210–226.

<sup>74</sup> V. BOUHEY, L'antiparlementarisme des anarchistes, 2013.

entscheidend gewesen sein: die unterschiedliche Entwicklung politischer Organisationsformen, die Stellung der Legislative im jeweiligen Verfassungssystem und schließlich die politische Debattenkultur der jeweiligen Versammlungen. Während der letztgenannte Aspekt schwer greifbar ist und an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden kann, würde er sicherlich eine konsequenter vergleichende Erforschung verdienen, zumal die obenstehende Analyse der deutschen Situation gezeigt hat, wie sehr die Grenzen des politisch Sagbaren im Plenum neben der formalen Redeordnung auch von der komplexen Konstellation gegenseitiger kommunikativer Erwartungen der Anwesenden abhingen.<sup>75</sup> Ein wichtiges Element war diesbezüglich jedenfalls auch das, was man als ›kommunikative Fraktionsdisziplin‹ bezeichnen könnte. In den oben erörterten Fallstudien trat das Spannungsverhältnis zu Tage, das zwischen dem Streben einzelner Abgeordnete nach rhetorischer Prägnanz und öffentlicher Aufmerksamkeit einerseits und dem von ihrer jeweiligen Fraktion als ›politisch‹ anerkannten Tonfall andererseits entstehen konnte. In der französischen Situation konnte, insbesondere auf der rechten Seite des Plenums, die *peer pressure* von Seiten des Fraktionskollektivs deutlich weniger Wirkung entfalten als im deutschen Fall. Die Fragmentierung des rechten Lagers in Legitimisten, Orleanisten, Bonapartisten und eine Vielzahl weiterer Strömungen führte dazu, dass der kollektive Organisationsgrad der Deputierten über die einer losen – jeweils situationsbedingt neu ausgehandelten – Gruppen- bzw. Netzwerkbildung nicht hinaus kam.<sup>76</sup> Nicht nur bei den Abstimmungen, sondern auch in der Bestimmung dessen, was rhetorisch ›akzeptabel‹ war, hatte der einzelne Abgeordnete in Frankreich insofern eine größere Unabhängigkeit als in Deutschland.

Überhaupt war der Antiparlamentarismus in der Dritten Republik weniger an die sich ohnehin im konstanten Flux befindende Parteienlandschaft, als an die Konjunkturen der periodisch auftretenden politischen Krisen gekoppelt. Vom Boulangismus über die verschiedenen parlamentarischen Skandale (*scandale des décorations, scandale de Panama, affaire Rochette*) bis hin zur Dreyfus-Affäre und darüber hinaus mobilisierten sich immer neue politische Strömungen, die sich bei aller Vielfalt vor allem in ihrer Abkehr vom bestehenden parlamentarischen System einig waren. An dieser Stelle machte sich auch das im Vergleich zum Kaiserreich ungleich höhere konstitutionelle Gewicht der französischen Legislative bemerkbar. Ihre dominante Stellung führte einerseits dazu, dass sich jede Art der politischen Opposition notwendigerweise auf das Parlament fokussierte, das für jeden diagnostizierten Missstand verantwortlich gemacht werden konnte. Unter diesen Bedingungen stellte antiparlamentarische Rhetorik einen mehr oder weniger diffusen Artikulationsmodus für ein breit gestreutes Spektrum politischer Stellungnahmen – vom Nationalismus und Ultramontanismus bis hin zum Antisemitismus und Cäsarismus – dar, die mit dem Parlament an sich manchmal nur noch wenig zu tun hatten. Andererseits führte dieselbe Dominanz aber auch dazu, dass auch der schärfste Parlamentskritiker stets auf das Parlament an-

<sup>75</sup> Vgl. zum französischen Fall besonders H. TE VELDE, *Sprekende politiek*, S. 226–232.

<sup>76</sup> Vgl. einführend J. GARRIGUES, *Les groupes*, 2003.

gewiesen blieb, um seinen Vorstellungen konkretes politisches Gewicht zu verleihen. Dies erklärt auch, warum sich (mit Ausnahme von Charles Maurras) die einflussreichsten antiparlamentarischen Publizisten und Agitatoren dieser Zeit – von Jules Delafosse und dem General Boulanger selbst bis hin zu Maurice Barrès, Paul Déroulède, Melchior de Vogüé, Edouard Drumont und später Léon Daudet – jeweils selbst als Abgeordnete am politischen System beteiligten, das sie gleichzeitig verdammt. Im Vergleich führte die relativ schwache Position des deutschen Reichstags im politischen System des Kaiserreichs also dazu, dass er zum einen nur eine Zielscheibe politischer Kritik unter mehreren blieb, zum anderen antiparlamentarische Bewegungen andere Wege finden konnten, als das Parlament selbst, ihre Positionen wirkmächtig zu vertreten.

## 5. Fazit

Muss also das Bild des deutschen Reichstags als einer Institution, an die selbst ihre eigenen Mitglieder nicht so recht glaubten, korrigiert werden? Ja und nein. Das Plenum war *ein* wichtiges Forum, in dem Politiker ihre Einstellungen zum Parlament zum Ausdruck brachten. Aber es war nicht das einzige. Wie sich im Falle Oldenburgs exemplarisch zeigte, ist die Frage, ob einzelne Abgeordnete oder Gruppen antiparlamentarisch ›waren‹ zu undifferenziert. Mehr als eine generelle Einstellung stellen Parlamentarismuskritik und Antiparlamentarismus Verhaltensmuster dar, die in diesem Zeitraum in verschiedenen Situationen in unterschiedlicher Weise zum Ausdruck kamen. Dazu gehörten kritische Aussagen, aber auch eine Reihe von Praktiken – von Kleidungswahl und vereinzelt Zwischenrufen bis hin zur systematischen Obstruktion –, welche die Ablehnung dieser Institution performativ zum Ausdruck brachten. Auch wenn die konsequente Verhinderung der parlamentarischen Arbeit im Reichstag eine Seltenheit blieb, bleibt es richtig, dass viele Fraktionen strategisch oftmals eher auf Verhandlungen mit der Regierung als auf die konstruktive Kompromissfindung im Parlament setzten. Auch hatten Abgeordnete, die sich im Plenum durchweg respektvoll verhielten, in anderen Kontexten wie Parteiversammlungen oder im Wahlkampf zuweilen Interesse daran, lautstark ihre prinzipielle Ablehnung der Institution, deren Mitglied sie waren, zu bekunden.

Die Feststellung, dass Antiparlamentarismus im Reichstagsplenum nur eine sehr beschränkte Rolle spielte, bietet bezogen auf die Frage nach der generellen Einstellung der Fraktionen und Abgeordneten zum Parlament also nur eine Teilantwort – von metonymischen Schlüssen auf die Gesamtgesellschaft des Kaiserreichs ganz zu schweigen. Ebenso verkürzend wäre es allerdings zu meinen, bei den Aussagen im Plenum handele es sich nur um eine oberflächliche Verstellung, hinter der sich eine in anderen öffentlichen oder nicht-öffentlichen Foren kundgetane Wahrheit verberge. Vielmehr weist dieses Ergebnis auf die Notwendigkeit einer konsequenteren Differenzierung der verschiedenen Modi und Räume politischer Kommunikation hin. Aus diesem Blickwinkel – der gerade in der neueren Forschung stärker hervorgehoben

worden ist<sup>77</sup> – erweist sich das Parlamentsplenum als Kommunikationsraum mit spezifischer Eigenlogik, die von der Notwendigkeit geprägt ist, Konflikte öffentlich und in einer Art und Weise auszutragen, die nicht nur ihre Entscheidung, sondern auch Anschlusskommunikation ermöglicht. Auf dieser Grundlage bildete sich ein bisweilen spannungsvolles Wechselverhältnis heraus zwischen der vom Präsidium sanktionierten formalen Hausordnung und einer Reihe von diffusen, unausgesprochenen, und manchmal kontroversen Vorstellungen von dem, was im Plenum »angebracht« bzw. »politisch« war, und was nicht. Im Reichstag des Norddeutschen Bundes und des Kaiserreichs gehörte dazu auf jeden Fall auch die Erwartung eines Minimums an Respekt für die Institution, deren Mitglied man war. Die Abweichung von ihr als ausdrückliche Inszenierung einer Außenseiterposition erregte stets Aufmerksamkeit und konnte insofern trotz der unweigerlich folgenden Ablehnung der Kollegen punktuell eine effektive politische Strategie darstellen – aber eben nur im Einzelfall. Insgesamt unterstrichen solche Brüche und die darauf folgenden Reaktionen vor allem die Resilienz des geteilten habituellen Konsenses.

## Quellen- und Literaturverzeichnis

- Anonym: Türmers Tagebuch, in: *Der Türmer* 12/2 (1910), H. 10, S. 514–535.
- Bebel, August: *Aus meinem Leben*, 2 Bde., Stuttgart 1910/1911.
- Becker, Tobias: *Inszenierte Moderne. Populäres Theater in Berlin und London, 1880-1930*, Berlin 2014.
- Berger, Stefan: *Democracy and Social Democracy*, in: *European History Quarterly* 32 (2002), H. 1, S. 13–37.
- Best, Heinrich: *Das Parlament als »Lebenswelt«? Betrachtungen und Beobachtungen zur sozialen Morphologie der Repräsentationsebenen Frankreichs, Deutschlands und Großbritanniens*, in: Adéla Gjuríčová/Andreas Schulz/Luboš Velek/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Lebenswelten von Abgeordneten in Europa 1860-1990*, Düsseldorf 2014, S. 51–59.
- Biefang, Andreas: *Die andere Seite der Macht. Reichstag und Öffentlichkeit im »System Bismarck« 1871–1890*, Düsseldorf 2009.
- Bouchet, Julien: *La République du conciliabule ou la souveraineté confisquée. Les critiques antiparlementaires de la pratique délibérative des représentants du peuple, du »scandale de Panama« à l'affaire des fiches (France, 1892–1905)*, in: *Siècles* 32 (2010), abrufbar unter: <https://siecles.revues.org/933> [5.2.2016].
- Bouhey, Vivien: *L'antiparlementarisme des anarchistes au moment de l'affaire de Panama*, in: *Parlement[s]* (2013), HS 9, 73–84.
- Bussche, Raimund von dem: *Konservatismus in der Weimarer Republik. Die Politisierung des Unpolitischen*, Heidelberg 1998.
- Defarges, Anne: *L'antiparlementarisme dans un parti bien représenté au Reichstag, la social-démocratie*, in: *Siècles* 32 (2010), abrufbar unter: <https://siecles.revues.org/960> [5.2.2016].

<sup>77</sup> Vgl. insb. T. MERGEL, »Sehr verehrter Herr Kollege«, 2004; DERS., *Funktionen und Modi*, 2012.

- Dill, Richard D.: Der Parlamentarier Eduard Lasker und die parlamentarische Stilentwicklung der Jahre 1867–1884. Ein Beitrag zur Geistesgeschichte des politischen Stils in Deutschland, Erlangen 1956.
- Durner, Wolfgang: Antiparlamentarismus in Deutschland, Würzburg 1997.
- Förster, Stig: Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression, 1890–1913, Stuttgart 1985.
- Garrigues, Jean: Les groupes parlementaires aux origines de la III<sup>e</sup> République, in: *Parlement[s]* (2003), H. 0, S. 51–68.
- Garrigues, Jean: Le boulangisme est-il antiparlementaire?, in: *Parlement[s]* (2013), HS 9, S. 49–58.
- Goebbels, Joseph: Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Teil I: Aufzeichnungen, 1923–1941, 9 Bde., hrsg. v. Elke Fröhlich, München 1997–2005.
- Goldberg, Hans-Peter: Bismarck und seine Gegner. Die politische Rhetorik im kaiserlichen Reichstag, Düsseldorf 1994.
- Gotter, Detlef: Oldenburg-Januschau. Ein Repräsentant des preußischen Junkertums, Halle 1978.
- Hirth, Georg: Was wäre ihm 1870 geschehen? [1910], in: *Kleinere Schriften*, Bd. 5, München 1918, S. 57–59.
- Jahr, Christoph: Parlament, »Publizität« und Versammlungsöffentlichkeit. Überlegungen zur politischen Theorie und historischen Praxis in Deutschland bis 1933, in: Otfried Jarren/Kurt Imhof/Roger Blum (Hrsg.), *Zerfall der Öffentlichkeit?*, Wiesbaden 2000, S. 39–48.
- Jeanneau, Benoît: L'antiparlementarisme d'hier à aujourd'hui, in: *Pouvoirs* 65 (1993), S. 23–34.
- Joly, Bertrand: L'antiparlementarisme des nationalistes antidreyfusards, in: *Parlement[s]* (2013), HS 9, S. 59–71.
- Jörke, Dirk/Marcus Llanque: Parliamentarism and Democracy in German Political Theory since 1848, in: Pasi Ihalainen/Cornelia Ilie/Kari Palonen (Hrsg.), *Parliaments and Parliamentarism. A Comparative History of a European Concept*, New York 2016, S. 262–274.
- Kotowski, Albert S.: Zwischen Staatsräson und Vaterlandsliebe. Die Polnische Fraktion im Deutschen Reichstag, 1871–1918, Düsseldorf 2007.
- Kreuzer, Marcus: Und sie parlamentarisierte sich doch. Die Verfassungsordnung des Kaiserreichs in vergleichender Perspektive, in: Marie-Luise Recker (Hrsg.), *Parlamentarismus in Europa. Deutschland, England und Frankreich im Vergleich*, München 2004, S. 17–40.
- Liebkecht, Wilhelm: Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie insbesondere mit Bezug auf den Reichstag, Leipzig 1874.
- Mann, Heinrich: *Der Untertan*, Leipzig 1918.
- Mergel, Thomas: *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf 2002.
- Mergel, Thomas: »Sehr verehrter Herr Kollege«. Zur Symbolik der Sprache im Reichstag der Weimarer Republik, in: Rudolf Schlögl u. a. (Hrsg.), *Die Wirklichkeit der Symbole. Grundlagen der Kommunikation in historischen und gegenwärtigen Gesellschaften*, Konstanz 2004, S. 369–394.
- Mergel, Thomas: Funktionen und Modi des Sprechens in modernen Parlamenten. Historische und systematische Überlegungen, in: Andreas Schulz/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum*, Düsseldorf 2012, S. 229–246.
- Oldenburg-Januschau, Elard von: *Erinnerungen*, Leipzig 1936.
- Patin, Nicolas: Députés antiparlementaires. Théories et pratiques de l'antiparlementarisme chez les députés du Reichstag sous la République de Weimar, in: *Siècles* 32 (2010), abrufbar unter: <https://siecles.revues.org/1001> [5.2.1016].
- Pracht, Elfi: *Parlamentarismus und deutsche Sozialdemokratie 1867–1914*, Pfaffenweiler 1990.

- Protokoll über den ersten Congreß der social-demokratischen Arbeiterpartei zu Stuttgart am 4., 5., 6. und 7. Juni 1870, Leipzig 1870.
- Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Magdeburg vom 18. bis 24. September 1910, Berlin 1910.
- Rauh, Manfred: Die Parlamentarisierung des Deutschen Reichs, Düsseldorf 1977.
- Schwaabe, Christian: Die deutsche Modernitätskrise. Politische Kultur und Mentalität von der Reichsgründung bis zur Wiedervereinigung, München 2005.
- Sombart, Nicolaus: Die deutschen Männer und ihre Feinde. Carl Schmitt, ein deutsches Schicksal zwischen Männerbund und Matriarchatsmythos, München 1991.
- Stalman, Volker: Die Partei Bismarcks. Die Deutsche Reichs- und Freikonservative Partei, 1866–1890, Düsseldorf 2000.
- Stalman, Volker: Parlamentarischer Alltag und private Lebensformen von Reichstagsabgeordneten 1871–1933, in: Adéla Gjuricová u. a. (Hrsg.), Lebenswelten von Abgeordneten in Europa 1860–1990, Düsseldorf 2014, S. 181–210.
- Tanja, Erie: Goede politiek. De parlementaire cultuur van de Tweede Kamer, 1866–1940, Amsterdam 2010.
- Te Velde, Henk: Die parlamentarische Obstruktion und die ›Krise‹ parlamentarischer Politik in Europa um 1900, in: Andreas Schulz/Andreas Wirsching (Hrsg.), Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum, Düsseldorf 2012, S. 267–283.
- Te Velde, Henk: Spreekende politiek. Redenaars en hun publiek in de parlementaire gouden eeuw, Amsterdam 2015.
- Wasser, Hartmut: Parlamentarismuskritik vom Kaiserreich zur Bundesrepublik. Analyse und Dokumentation, Stuttgart 1974.
- Westarp, Kuno von: Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs, 2 Bde., Berlin 1935.
- Welskopp, Thomas: Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, Bonn 2000.
- Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen, 2 Bde., München 2000.
- Zedlitz-Trützschler, Robert von: Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof. Aufzeichnungen, Stuttgart 1924.
- Zedlitz-Trützschler, Robert von: Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof. Aufzeichnungen des ehemaligen Hofmarschalls Wilhelms II., hrsg. v. Gerd Fesser, Bremen 2005.



## Die Straße als Politik-Arena im langen 20. Jahrhundert

Seitdem breite Bevölkerungskreise an der politischen Willensbildung teilnehmen, also spätestens seit der Französischen Revolution, wird der öffentliche Straßenraum in den Städten für explizit politische Zwecke genutzt. Dabei fungiert die Straße als ein auf physischer Anwesenheit gegründetes Massen-Medium, das die Kommunikation und Demonstration politischer Ziele und Identitäten ermöglicht. Zugleich war und ist die Straße ein Raum, in dem der Staat Normen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durchsetzt. Bei den damit verbundenen Konflikten zwischen staatlicher Exekutive und dem »Publikum« kämpfen verschiedene soziale Gruppen der Gesellschaft immer auch um gesellschaftliche Anerkennung und angemessene Teilhabe an öffentlichen Angelegenheiten. Ordnungskonflikte sind daher immer auch von politischer und sozio-kultureller Tragweite.

Das von mir vorgeschlagene Konzept der »Straßenpolitik«<sup>1</sup> bündelt diese verschiedenen Dimensionen des Politischen, die auf und mittels der Straße artikuliert werden und diese zu einer eigenen, vielschichtigen Politik-Arena<sup>2</sup> neben Parlament, Verwaltung, Presse, Vereine und Verbände etc. machen. Dem liegt ein weiter Politik-Begriff zugrunde, der Auseinandersetzungen um Macht und Normen diesseits und jenseits der Grenze zwischen staatlichen Institutionen und außerstaatlichen Handlungszusammenhängen umfasst. Die Auseinandersetzungen um den legitimen Vorrang jener ersteren, auf die Macht im Staat hin und durch bestimmte Prozeduren der Entscheidungsfindung und rechtskonforme Ausführung definierte Sphäre gegenüber den staatsferneren Arenen politischen Handelns sind ihrerseits – latent oder manifest – Teil und Gegenstand politischer Konflikte in modernen Gesellschaften. Dabei lässt sich über verschiedene Akteurskonstellationen zu verschiedenen Zeiten hinweg jeweils eine *Straßenpolitik von oben* – identisch mit der staatlichen Politik der öffentlichen Ordnung und Sicherheit – von einer *Straßenpolitik von unten*, die die Strategien, Taktiken und Einsätze der Herrschaftsunterworfenen im öffentlichen Raum beinhaltet, unterscheiden. Das, worum es dabei geht, lässt sich in drei Kategorien einteilen: Es geht (1) um die physische, und im Extremfall militärische, Kontrolle des öffentlichen Raums, zugleich aber auch (2) um die Nutzung der Straße als Raum und Bühne für Akte der symbolisch aufgeladenen Repräsentation in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Im Jahrhundertmaßstab gesehen schiebt sich schließlich (3) die Nutzung des Straßenraums für den effizienten Verkehr von Menschen und Gütern und

---

<sup>1</sup> T. LINDENBERGER, *Straßenpolitik*, 1995.

<sup>2</sup> Vgl. Kapitel I »Die Straße als Politik-Arena« in: T. LINDENBERGER, *Straßenpolitik*, 1995, S. 11–33. Vgl. ebenso D. SITTLER, *Die Straße als politische Arena*, 2009.

als Ort von Dienstleistungen in den Vordergrund und begründet ihrerseits ein umkämpftes Feld der Straßenpolitik.

Diese verschiedenen Dimensionen der Straßenpolitik waren zu allen Zeiten gleichzeitig akut; allerdings lassen sich, wenn man auf das lange 20. Jahrhundert blickt, Phasen unterschiedlicher Dynamik bestimmen. Im Folgenden wird daher zunächst die »Erfindung« der modernen Straßendemonstration in Deutschland zu Beginn des 20. Jahrhunderts und damit der erste Höhepunkt einer Konfliktgeschichte behandelt, in der es um die Legitimität der physischen Straßenbesetzung zum Zweck der politischen Selbstdarstellung ging, und deren soziale und politische Logik bis zum Beginn der NS-Diktatur unmittelbar mit der Durchsetzung bzw. dem Scheitern staatlicher Autorität verknüpft blieb. In einem zweiten Schritt geht es um die Auswirkungen des mit der Massenautomobilisierung seit der Jahrhundertmitte einsetzenden »Strukturwandels der Straßenöffentlichkeit« auf die Straße als Raum politischer Kommunikation. Die Wiedergewinnung der städtischen Straße als vielfältig nutzbarem Sozialraum im Gefolge der »Fundamentalliberalisierung« der bundesdeutschen Gesellschaft im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts ist Gegenstand des dritten Teils. Abschließend werde ich auf die jüngst begonnene Veränderung der Machtverhältnisse im Straßenraum, die aus seiner informationstechnologischen Durchdringung resultieren, hinweisen, eine Veränderung des Umgangs mit dem »Recht auf die Straße«, die alle bisherigen in den Schatten stellen wird.

## 1. Industrialisierung, Urbanisierung und Klassenbildung

Vom britischen Historiker Edward Palmer Thompson stammt das berühmte Diktum »Klasse ist ein Ereignis« (und nicht ein Ding oder eine Struktur).<sup>3</sup> Vor allem handelt es sich um ein *öffentliches* Ereignis, das auf Kommunikation und gemeinsamem Handeln gegenüber anderen Klassen beruht. Dabei ist die Entstehung der Arbeiterklasse ein sozialer und politischer Prozess, der sich ebenso sehr dem Ausbeutungs- und Diskriminierungsdruck von oben wie der Ausbreitung einer populären politischen Kultur von unten verdankt. Neben der Fabrik waren vor allem die Vereine und ihre Versammlungen in den stetig wachsenden Großstädten des Kaiserreichs diejenigen sozialen Orte, an denen sich Klasse »ereignete«. Das Konzept der Straßenpolitik integriert die damit verbundenen Konflikte, die in den wachsenden Großstädten auf die Straße drängten.

Zu dieser in die Anfänge der Urbanisierung zurückreichenden, sich in vielen alltäglichen Konflikten zwischen Schutzmännern und dem »Straßenvolk« äußernden Konfliktlinie kamen vor allem ab den 1890er Jahren Konflikte um die Durchführung von Streiks hinzu. Die preußische Polizei war angewiesen, der Wahrnehmung der Koalitionsfreiheit, wo immer dies auf der Grundlage polizeilicher Bestimmung ging, energisch entgegenzutreten, was insbesondere den Schutz von Streikbrechern

<sup>3</sup> E. P. THOMPSON, Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse, 1987.

gegen jegliche Beeinflussung durch Streikende einschloss. Die dritte Konfliktlinie betraf die Nutzung der Straße als Raum für explizit politische Willensäußerungen, die in Preußen bis zur Reform des Versammlungsrechts de jure verboten, in larvierten Formen »unpolitischer« Massenveranstaltungen wie Maiausflügen und Trauerumzügen aber schon längst fester Bestandteil der sozialdemokratischen Bewegungskultur geworden war.

Straßenpolitik von unten bedeutete in diesen Konflikten die Nutzung der Ressource Straßenöffentlichkeit vor allem durch diejenigen Bürger und Bürgerinnen, die im politischen Kräftespiel keinen oder kaum einen Zugang zu anderen Macht-Ressourcen wie etwa ihre Repräsentation in der hegemonialen Kultur, in den Instanzen und Arenen der formellen Politik und auch in der Justiz verfügten. Politisch gesehen fungierten Menschenmengen und ihre Kommunikationen zu diesem Zeitpunkt schon seit mehreren Generationen als das Andere zum Prinzip der Repräsentation und der indirekten Aushandlung.<sup>4</sup> Und je rigorosere und systematischer der Ausschluss aus den Arenen der repräsentativen Politik, desto bedeutsamer war und ist die Machtressource »Straßenpolitik von unten« für die davon Ausgeschlossenen. Autoritäre Herrschaft (wie im Kaiserreich), moderne Diktatur und Demokratie unterscheiden sich in dieser Hinsicht nur im Grad der Reichweite und in der Totalität des Ausschlusses.

Das späte Kaiserreich stellt eine Variante legitimer autoritärer Herrschaft dar: einerseits zu weiten Teilen rechtsstaatlich verfasst, andererseits auf einer sozial diskriminierenden und an ständisches Herkommen anknüpfenden Abstufung des Zugangs zu Staatsbürgerrechten, materiellen Ressourcen und sozialer Anerkennung oder »Ehre« gründend. Im Straßenraum des Wilhelminischen Berlins machte sich dieses Nebeneinander von bürgerlicher Gleichheit und materieller wie soziokultureller Diskriminierung besonders stark bemerkbar, die Straße fungierte regelrecht als alltägliches Medium dieser Antagonismen. Das lag vor allem in der bereits im Kaiserreich sprunghaft zunehmenden ökonomischen Funktion des Straßenraums begründet: Ohne Straße keine hocheffiziente Mobilität und kein Austausch von Personen und Dingen, wie sie für das Getriebe der industriellen Produktion in einer urbanisierten Gesellschaft unentbehrlich sind. Damit das möglichst reibungslos funktioniert, müssen die Straßenbenutzer/innen vom Prinzip her als Gleichberechtigte die Straße nutzen. Der doppelt freie Lohnarbeiter muss sich auf der Straße genauso frei bewegen können, um seine Arbeitskraft zu verkaufen, wie der Bourgeois, der diese kaufen und in seiner Fabrik oder seinem Kontor ausbeuten möchte.

Beim alltäglichen Kleinkrieg zwischen Polizei und Unterschichten ging es in erster Linie um die Legitimität des staatlichen Gewaltmonopols bei der Aufrechterhaltung von öffentlicher Ordnung. Polizeimaßnahmen wurden als illegitimer Eingriff, ja als ein destruktives Eindringen in die eigene Werteordnung wahrgenommen. Weitaus seltener waren die damals so bezeichneten »Streikexzesse«: gewaltsame Auseinander-

---

<sup>4</sup> Vgl. M.GAILUS, *Straße und Brot*, 1990, S. 37 f.

setzungen zwischen zumeist in sozialdemokratischen Gewerkschaften organisierten Streikenden und Streikbrechern, die von Polizisten unbedingt zu schützen und zu unterstützen waren. In diesen Ereignissen verdichtete sich die Klassenstruktur der sozialen Ordnung zu handgreiflichen Dramen des sinnlich erfahrbaren Klassenkampfes. Davon zu unterscheiden sind schließlich die Straßendemonstrationen und der Kampf um den Straßenraum als legitimen und legalen Ort der Artikulation des kollektiven politischen Willens. Sie wurden inszeniert und choreographiert von der sozialdemokratischen Parteiorganisation und der bürgerlichen Linken im Kampf um die endgültige Parlamentarisierung des politischen Systems, also für das gleiche Wahlrecht unabhängig von Einkommen und Geschlecht vor allem in Preußen.

Straßenpolitik von unten zu erfassen und zu verstehen, erfordert genaue Kenntnisse der Soziologie des jeweiligen städtischen Raumes und der Lebensweise der unteren Schichten. Nur vor diesem Hintergrund können Handlungen, insbesondere Interaktionen zwischen Menschenmengen und Polizisten, hinsichtlich ihres sozialen Gehalts und der darin artikulierten Normen und Wertvorstellungen dechiffriert werden. Anhand des Großraums Berlin lässt sich nachweisen, dass die tagtäglich berichteten Konflikte mit der Polizei, sofern daran Menschenmengen beteiligt waren, vor allem die Interpretation angemessener öffentlicher Ordnung, die ihnen zugrunde liegenden sozialen Normen und die zu ihrer Wiederherstellung eingesetzten Mittel zum Gegenstand hatten. Angesichts der von der Preußischen Polizei praktizierte Diskriminierung von Arbeitern (gegenüber Bürgerlichen und Adeligen) stellten derartige Konflikte ein Politikum ersten Ranges dar, das daher auch in anderen Politik-Arenen – Presse, Versammlungen, Parlamente – ständiger Gegenstand von Debatten und Skandalen war.

Straßenpolitik von unten beinhaltete im städtischen Alltag eine defensive Strategie der Verteidigung von Bewegungsraum und Autonomie, die sich teils auf Gewohnheitsrechte und ungeschriebene Gesetze des »Wir-hier« berief, und sich teils dem Versagen von Anerkennung als gleichberechtigter Bürger durch die Staatsgewalt entgegenzustemmen versuchte. Häufige Ausgangspunkte solcher Konflikte waren die Kneipe und ihre Umgebung als Institution der proletarischen Öffentlichkeit, oder auch kleinere Schlägereien unter Gleichgestellten, bei denen das Einschreiten der Polizei als überflüssige Einmischung von außen wahrgenommen wurde. Der Straßenpolitik von oben in diesem Bereich lag ein doppeltes Programm zugrunde: einerseits die Durchsetzung patriarchaler und sozialdiskriminierender Ordnungsvorstellungen, die die Unterwürfigkeit der »kleinen Leute« sichern sollte, zugleich aber auch die Ermöglichung einer störungsfreien Nutzung des Straßenraums für Transport und individuelle Mobilität der drei Millionen Einwohner von Groß-Berlin.

Die Konflikte anlässlich von Streiks und vor allem um die Methoden, mit denen während eines Streik die öffentlich Ordnung aufrechtzuerhalten war, stellten einen außerordentlichen Kristallisationspunkt dieser konfligierenden Ordnungsvorstellungen dar. Diese Konflikte waren deshalb so scharf, weil in der aktiven Unterstützung von Streikbrechern, vor allem von professionellen, häufig aus dem kriminellen Milieu rekrutierten jungen Männern, die systematische Diskriminierung gerade der »anständ-

digen« Arbeiter besonders eklatant zu Tage trat. Hinzu kam, dass anders als in den Alltagskonflikten der Polizei bei den Streikexzessen mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften eine konkurrierende Ordnungsinstanz gegenüberstand, die für sich in Anspruch nahm, die ordentliche Durchführung des Streiks gewährleisten zu können, wenn die Polizei sich nur raushalten würde. Ihrerseits wiederum hatten die sozialdemokratischen Berufsfunktionäre aber gegenüber ihrer eigenen Basis oftmals Schwierigkeiten, die »ordentliche«, d.h. gewaltfreie Durchführung von Streiks durchzusetzen.

Dieselbe Sozialdemokratische Partei nutzte ihren enormen Einfluss in der großstädtischen Bevölkerung, um im Bündnis mit den bürgerlichen Linksliberalen in einer sich über mehrere Jahre hinweg erstreckenden Kampagne das preußische Dreiklassenwahlrecht mit seiner extremen Privilegierung der oberen Einkommensbezieher zu delegitimieren. Es ging um die wirkungsvolle Inszenierung des gesamten Volks gegenüber einer auf systematischer Exklusion beruhenden politischen Klasse. Damit durchbrach die Sozialdemokratie zugleich das angestammte Monopol der etablierten Eliten und Mächte – Bürgertum, Adel, Kirche und vor allem die Monarchie – auf die Nutzung des öffentlichen Raumes für die symbolische Selbstdarstellung. Beginnend in den 1880 und 1890er Jahren bildete sich so nach und nach eine Tradition der sozialdemokratischen Straßendemonstration heraus, die auf bestimmten jahreszeitlichen Regelmäßigkeiten beruhte. Sie häuften sich im Frühjahr und Herbst, wohingegen im Hochsommer kaum demonstriert wurde. Insbesondere der Kalender der Parlamentssitzungen gab Demonstrationsanlässe vor; das galt für das Preußische Abgeordnetenhaus ebenso wie für den Reichstag, aber auch für eine Stadtverordnetenversammlung, die die Einteilung der Wählerklassen zu Ungunsten der Anhänger der Sozialdemokratie verändern wollte. Neben Wahlrechtsvorlagen, wie sie zu Beginn der Session des Abgeordnetenhauses etwa im Januar 1908 eingebracht wurden und die sofort zu heftigen Protesten führten, konnten auch andere parlamentarische Ereignisse Demonstrationen provozieren, so etwa der Ausschluss eines populären Sozialdemokraten aus der Debatte. Vor allem in den Jahren von 1908 bis 1910 gelang es den Demonstranten den Protest selbst bis vor die Stufen der Parlamente selbst zu tragen.<sup>5</sup> Die Königliche Schutzmannschaft zu Berlin hatte den Auftrag, unter allen Umständen zu verhindern, dass sozialdemokratische und liberale Demonstranten bis zur Schlossinsel, dem symbolischen Zentrum der Monarchie, gelangten; die beiden Parlamentsgebäude lagen – sinnfälligerweise – außerhalb dieses Arkanums.

Der erste Kulminationspunkt der politischen Konflikte um die Straße ist in Deutschland unschwer auf das Jahr 1910 zu datieren. Nachdem die Berliner Sozialdemokratie bereits mehrere große Saalveranstaltungen als Ausgangspunkt für demonstrative Straßenumzüge genutzt hatte und als nächstes große Kundgebungen unter freiem Himmel ankündigte, dekretierte der Berliner Polizeipräsident Traugott von Jagow am 10. Februar per Anschlag in den Berliner Straßen:

<sup>5</sup> Siehe T. KAISER, »Straße« versus Parlament, 2014, S. 242–244.

»Es wird das Recht auf die Straße verkündet. Die Straße dient lediglich dem Verkehr. Bei Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt Waffengebrauch. Ich warne Neugierige.«<sup>6</sup>

Keine vier Wochen später, am 6. März 1910, sah er sich vor aller Welt auf das Empfindlichste düpiert: Der Berliner Parteiorganisation war es gelungen, eine für diesen Tag im Treptower Park angekündigte Kundgebung über Nacht in den Tiergarten zu verlegen. Hunderttausende Teilnehmer und Teilnehmerinnen fanden sich dort nach und nach ein, während die Polizei sie vergebens am Rande der Stadt erwartete. Die bis auf die Schlossinsel und damit das Herz der preußisch-deutschen Monarchie vordringenden Massen benahmen sich ausgesprochen friedlich und ordentlich. Dieser gelungene Coup der Berliner Parteiorganisation flößte allein schon wegen der dabei an den Tag gelegten Disziplin und Geschlossenheit den Obrigkeiten gehörigen Respekt ein. Die extrem Konservativen unter ihnen, und dazu gehörte in vorderster Reihe der Polizeipräsident von Jagow, sahen nicht nur die hergebrachte Ordnung aufs Höchste gefährdet, sondern empfanden diesen Coup vor allem als öffentliche Schmach.

Ein relativ unbedeutender Arbeitskampf bot noch im Herbst desselben Jahres Gelegenheit zu einer großangelegten Vergeltung: Anlässlich eines Streiks in einer im Arbeiterviertel Moabit gelegenen Kohlenhandlung unterstützte die Polizei gewalttätige, d. h. unter anderem mit Revolver auf Streikende schießende Streikbrecher. Die nun einsetzenden Proteste und Gegengewalt der Anwohner eskalierten zu einem zehntägigen polizeilichen Belagerungszustand. Die Schutzmannschaft musste nicht nur verbale Angriffe und Spottgesänge, sondern auch Wurfgeschosse von der Straße und den Häusern aus über sich ergehen lassen, und machte im Gegenzug großzügig von ihren Säbeln und Schusswaffen Gebrauch. Da auch internationale Journalisten, u. a. aus England, von der Polizei mit Säbel traktiert worden waren, brachte es dieses Ereignis sogar auf die Titelseite einer englischen Illustrierten. Zwei tote Moabiter und hunderte von Verletzten waren die Bilanz, gefolgt von zwei »Monsterprozessen« gegen insgesamt 54 Verhaftete wegen Teilnahme an Aufruhr, Widerstand und Landfriedensbruch. In diesen Verfahren ging es der Anklage vor allem darum, die Rolle der Sozialdemokratie als Urheberin und Organisatorin des Aufstandes nachzuweisen.

Deren Führung hingegen hatte sich von Anfang an von der Straßengewalt distanziert – wie sie es immer tat, wenn es bei einem Streik zum Krawall kam – sie aber zugleich als verständliche Reaktion auf die Polizeiexzesse eingeordnet, also die Polizei als Hauptschuldigen denunziert – auch dies eine in solchen Fällen routinemäßig vorgebrachte Reaktion. Im Strafprozess vor dem Landgericht wollten die – selbstverständlich sozialdemokratischen, andere standen den mittellosen Angeklagten gar nicht zur Verfügung – Verteidiger nicht nur die Legende von der direkten Beteiligung der Sozialdemokratie widerlegen, sondern zugleich für die angeklagten Arbeiter und Hausfrauen aus Moabit das Beste herausholen. Dazu musste dem Gericht be-

<sup>6</sup> Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 30, Tit. 95, Nr. 15994, Bl. 32, zitiert nach T. LINDENBERGER, Straßenpolitik, 1995, S. 11.

greiflich gemacht werden, wie es in Moabit zu einer derartig massiven Reaktion der Bevölkerung auf einen an und für sich ganz alltäglichen »Streikexzeß« hatte kommen können. Der Verteidiger Wolfgang Heine hielt in seinem Schluss-Plädoyer einen kleinen Exkurs über die »örtlichen Verhältnisse in Moabit«, der noch heute als kleine soziologische Studie zu den Bedingungen der Straßenpolitik von unten im späten Kaiserreich lesenswert ist.

Heine beschreibt zunächst die bescheidenen, aber ordentlichen Lebensverhältnisse im Arbeiterviertel, einschließlich der Tatsache, dass die einfachen Leute, anders als in bürgerlichen Wohnvierteln, mehr Zeit auf der Straße verbringen, auch die Frauen, Kinder und Jugendlichen. Letztere verüben gelegentlich die altersüblichen Streiche und geraten daher auch schon mal mit der Polizei in Konflikt, das sei aber an und für sich ebenso harmlos wie das – den bürgerlichen Richtern ja durchaus vertraute – Äpfelklauen aus Nachbars Garten auf dem Lande. Auch seien, natürlich, in einem solchen Viertel auch einige Prostituierte und deren Anhang anzutreffen sowie andere weniger ehrbare Leute. Dann kommt er auf die übergroße Mehrheit der Einwohner Moabits, die sich zu Tausenden den die Streikbrecher beschützenden Schutzmännern entgegengestellt hatten, zu sprechen:

»Was den soliden Teil der Bevölkerung betrifft, so sind natürlich viele gewerkschaftlich Organisierte darunter. Leider noch nicht genug. Auch viele sind darunter, die bei den Wahlen für die Sozialdemokratie stimmen. Der überwiegende und führende Teil der Moabiter Bevölkerung ist sozialdemokratisch. Wenn die Einwohner nicht durch die kulturellen Einflüsse der Arbeiterbewegung ein Ehrgefühl hätten, wie man es in anderen Ständen als selbstverständlich voraussetzt, so würden sie die von den Polizisten ausgeteilten Prügel für selbstverständlich halten und sie ruhig hinnehmen. Wenn es so wäre, dann würde die Sache glatter gegangen sein. Die Leute würden dann *mit dem blöden Lächeln eines russischen Muschiks die Säbelbiebe dankend hingenommen haben.*«<sup>7</sup>

Heine bringt den Ehranspruch der Arbeiterbevölkerung und ihr zutiefst verletztes Ehrgefühl in Anschlag. Unter Bemühung des Stereotyps vom zivilisatorisch niedrig stehenden russischen Bauernknecht wird der Gleichberechtigungsanspruch des Arbeiters als freier Staatsbürger eingeklagt, dem auch das zusteht, was Adel und Bürgertum selbstverständlich für sich in Anspruch nehmen, nämlich eine Art Standesehre, deren Verteidigung ihm strafmildernd anerkannt werden soll.

Solange es beim Dreiklassenwahlrecht und der alltäglichen Sozialapartheid gegen Angehörige der Arbeiterschicht blieb, folgte die Straßenpolitik dieser Logik des Kampfes um öffentliche Anerkennung, Abwehr von staatlicher Bevormundung und Durchsetzung kollektiver Interessen, ob im Kontext von Streiks, bei der Wahrnehmung des Demonstrationsrechts oder auch weiterhin im alltäglichen Kleinkrieg um die »gute« Ordnung auf der Straße. Während des ersten Weltkriegs verschärften sich diese Konflikte zusätzlich durch die katastrophale Ernährungslage und gewannen

<sup>7</sup> Vorwärts, 8.1.1911, zitiert nach T. LINDENBERGER, Straßenpolitik, 1995, S. 298 f.

durch die verstärkte Beteiligung der um die knappen Rationen kämpfenden Hausfrauen und Arbeiterinnen am Straßengeschehen eine zusätzliche Qualität.<sup>8</sup>

Mit der Errichtung der Weimarer Republik konnten die Konfliktbereiche »Streik« und »alltägliche Ordnung« ein Stück weit entschärft werden. Zum einen waren Arbeiter und Arbeiterinnen nun definitiv als gleichberechtigte Bürger und Bürgerinnen anerkannt, und ihre Organisationen und korporativen Interessen wurden gesetzlich geschützt. Die Polizei nahm nicht nur *de jure*, sondern auch im Selbstverständnis von ständischen Ordnungsvorstellungen Abschied und passte auch ihren Ton ein Stück weit den modernen Zeiten an: Die Polizei habe nun »Freund, Helfer und Kamerad der Bevölkerung« zu sein, so der sozialdemokratische Preußische Minister des Innern, Albert Grzesinski, im Vorwort zu einem Buch über die »*Große Polizei-Ausstellung*« in Berlin 1926.<sup>9</sup> Sein sozialdemokratischer Parteigenosse und Amtsvorgänger im preußischen Innenministerium Carl Severing sprach beim Eröffnungsempfang am 18. März 1926 »das historische Wort vom neuen Geist der Polizei: »Es heißt nun nicht mehr: Ich warne Neugierige! – sondern: Bitte, treten Sie näher!«.<sup>10</sup> Gleichzeitig stand das Gewaltmonopol der Polizei im öffentlichen Straßenraum aber von Anfang bis Ende der Weimarer Republik auf tönernen Füßen. Die aus der Kriegsgesellschaft hervorgegangenen Gewaltverbände der politischen Bewegungen machten ihr von Anfang an Konkurrenz. Die Einsatzkonzeptionen gerade der von ehemaligen Militärs kommandierten Bereitschaftspolizei blieben dem Prinzip der militärischen Ordnungserzwingung verpflichtet.<sup>11</sup> So wurde sie Partei im anfangs offenen, später latenten Bürgerkrieg, der im Triumph der rechten Demokratiefinde mündete. Ohne die zielstrebige, auf Gewalt und Einschüchterung gerade in den roten Hochburgen der Arbeiterbewegung setzende Straßenpolitik der Nazis und deren Tolerierung durch die Polizei wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen.<sup>12</sup>

Unter der Diktatur der Nationalsozialisten reduzierte sich Straßenpolitik, ganz dem totalitären Charakter ihrer Herrschaft entsprechend, auf die Nutzung des Straßenraums für symbolisch-repräsentative Zwecke, die konsequent vom NS-Staat monopolisiert und gleichgeschaltet wurde. Während zu Zeiten eines mehr oder weniger gut funktionierenden Parlamentarismus die Demonstrationsöffentlichkeit immer als notwendiges und auch wirksames Gegengewicht zur Parlamentsöffentlichkeit angesehen wurde, ohne die Entscheidungsbefugnis des Parlaments in Frage zu stellen, marginalisierte die NS-Herrschaft den Reichstag und damit das parlamentarische Moment in der Politik bis zur Bedeutungslosigkeit. Politik im öffentlichen Raum war ausschließlich Inszenierungen der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft vorbehalten, wobei auf ein vielfältiges Repertoire an Ausdrucksformen und Wirkungs-

<sup>8</sup> B. DAVIS, *Home fires burning*, 2000.

<sup>9</sup> A. GRZESINSKI, Geleitwort, in: H. HIRSCHFELD/K. VETTER (Hrsg.), *Tausend Bilder*, 1927; vgl. T. ALBRECHT, *Für eine wehrhafte Demokratie*, 1991.

<sup>10</sup> Wie die GPA wurde, in: EBD., S. 14.

<sup>11</sup> P. LESSMANN-FAUST, *Die preußische Schutzpolizei*, 1989.

<sup>12</sup> D. SCHUMANN, *Politische Gewalt in der Weimarer Politik*, 2001.; E. ROSENHAFT, *Links gleich rechts?*, 1995.

weisen zurückgegriffen wurde: Massenaufmärsche in militärischer Ordnung, dem Brauchtum entstammende Festumzüge, aber auch die gegen Juden und politische Widersacher gerichteten Schandumzüge und Pogrome sollten die Einheit von Führer und Volk verkörpern.<sup>13</sup> Damit war Straßenpolitik ihrer Interaktionsdynamik – von oben vs. von unten – wie der Vielfalt ihrer Gegenstände – Normenkonflikte um öffentliche Ordnung, Interessenkonflikte, politischer Meinungsstreit – vollkommen beraubt und auf die Akklamation der Gewaltherrschaft reduziert.

Dies galt, *mutatis mutandis*, zunächst auch für die zweite deutsche Diktatur. Anders als die Nazis verzichtete der von der sowjetischen Besatzungsmacht installierte SED-Staat darauf, volksculturelle Rituale für sich zu nutzen, um gegen politische Gegner vorzugehen. Das strikte Monopol der Nutzung der Straße für politisch-repräsentative Zwecke durch die Staatspartei und ihre Massenorganisationen wurde nur zweimal, 1953 und 1989, in großem Maßstab durchbrochen. Dazwischen gewannen äußerlich »unpolitische« Ordnungskonflikte vor allem zwischen Jugendlichen und der Volkspolizei an Bedeutung, die sich, nicht zuletzt durch ihre obrigkeitliche Wahrnehmung als politisch intendierte Provokation und Negation sozialistischer Werte, zu einem Kulturmuster des staatsfeindlichen »Rowdytums« verfestigten.<sup>14</sup> Verhaltensauffällige Jugendliche galten als von westlicher Kultur infiziert, sie wurden als Rowdys strafrechtlich belangt, und zwar in einer politisch konnotierten Weise, die jede Ordnungswidrigkeit zum Widerstand gegen die Staatsgewalt, mithin zum politischen Delikt machen konnte. Das galt dem Prinzip nach bis zum bitteren Ende. Das vom Konfliktfeld Arbeit ausgehende Unruhepotential, dessen Gefährlichkeit im Juniaufstand 1953 so offenkundig geworden war, konnte die SED mit Erfolg hinter die Fabriktore verlegen. Dort wurde in den Werkstätten und Kantinen verbissen um Löhne, Prämien und Arbeitsbedingungen gefeilscht, auch mal eine Schicht lang gestreikt oder eine spontane Versammlung abgehalten, jedoch ohne dass davon etwas auf die Straße dringen konnte.<sup>15</sup>

## 2. Vom öffentlichen Raum zum Stauraum und zurück: Straßenpolitik für und gegen die autogerechte Stadt

Nimmt man die in den Jahrzehnten vor 1968 straßenpolitisch eher ereignisarme Entwicklung in Westdeutschland hinzu, drängt folgende Frage auf: Ist, nicht zuletzt vor dem Hintergrund diktatorischer Regime, nach ihrem dynamischen und produktiven Auftakt im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, eine Art Atrophie der Straße als genuiner Politik-Arena zu konstatieren?

Diese Beobachtung würde nur dann zutreffen, wenn man einen auf politische Institutionen und deren Funktionen bezogenen Politik-Begriff zum Maßstab nähme.

<sup>13</sup> M. WILDT, *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung*, 2007.

<sup>14</sup> T. LINDENBERGER, »Asoziale Lebensweise«, 2005.

<sup>15</sup> C. KLESSMANN, *Arbeiter im »Arbeiterstaat« DDR*, 2007.

Unser Konzept der Straßenpolitik bezieht jedoch auch jene Bereiche der alltäglichen Interaktionen zwischen Staat und Bürgern ein, die im herkömmlichen Sinne als »vopolitisch« gelten. Dabei geht es, wie anhand des Kleinkriegs zwischen großstädtischem, überwiegend proletarischem Publikum und der Schutzmannschaft im Berlin des späten Kaiserreichs aufgezeigt, in der Regel um das Verständnis der »guten« Ordnung im öffentlichen Raum und die legitimen Mittel und Prozeduren, diese durchzusetzen. Die Tatsache, dass dieser alltägliche Kleinkrieg im Zuge einer Demokratisierung und Modernisierung der Polizei seine klassenpolitische Schärfe verliert, bedeutete keineswegs, dass Ordnungsprobleme im öffentlichen Raum an Bedeutung verloren. Im Gegenteil, sie nahmen der Masse nach zu, änderten aber ihren sozialen Charakter, da die alltägliche Nutzung des Straßenraums selbst einer umfassenden Umwälzung unterlag: Der individuelle Kraftfahrzeugverkehr und die mit ihm verbundenen Praktiken und Diskurse öffentlicher Ordnung und Sicherheit wurden zum häufigsten Anlass der Interaktion von Bürgern (und zunehmend auch Bürgerinnen) und Polizisten. Dieser in Anlehnung an Habermas<sup>16</sup> als »Strukturwandel der Straßenöffentlichkeit« zu bezeichnende Prozess folgte einer doppelten Logik von Homogenisierung und Intensivierung.

Der »Verkehr«, den von Jagow in seinem Dekret 1910 vor dem »Recht die Straße« hatte in Schutz nehmen wollen, war noch ein ziemlich chaotisches Gemisch von äußerst diversen Verkehrsteilnehmern und Fortbewegungsmitteln gewesen: Es reichte von Fußgängern mit Handkarren, Hundegespannen, Pferdefuhrwerken aller Art über Radfahrer, Rollschuhfahrer und ersten Motorradfahrern bis hin zu hochherrschaftlichen Kraftfahrzeugen und Sportwagen, ganz zu schweigen von Pferdebusen und elektrischen Tramwagen, Reitern und Militärkolonnen. Die gemeinsame Nutzung der Fahrbahnen durch diese Verkehrsteilnehmer, von denen sich die einen noch nach alter Väter Sitte im Schrittempo fortbewegten, während die anderen bereits im heute üblichen Tempo »rasten«, zu regeln, stellte eine enorme Herausforderung dar. Ihr wurde zunehmend mit einem »modernen«, und das hieß vor allem einem egalitär angewandten Regelwerk begegnet. Mit dem allmählichen Vordringen des Automobils kam es dabei zu einer einschneidenden Veränderung im sozialen Profil der Interaktion zwischen Polizei und Publikum: Hatte jene ständischen Vorurteilen verpflichtet vordem höhergestellte Personen zuvorkommend behandelt, musste nun mit dem rücksichtslosen Autofahrer immer häufiger ein polizeiliches Gegenüber zur Verantwortung gezogen werden, das sozial weit über dem Polizisten stand. Die Unsicherheiten, die das zunächst mit sich brachte, sind in der Polizeigesichtsforschung gut dokumentiert.<sup>17</sup> Sie machten mit der nach dem Zweiten Weltkrieg auch die mittleren und schließlich die unteren Schichten erreichenden Automobilisierung einer neuen Egalität im Verhältnis von Polizei und Straßennutzern Platz. Der demokratischere Charakter des Gemeinwesens erwies sich in der gleichberechtigten Teilhabe al-

<sup>16</sup> J. HABERMAS, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, 1962.

<sup>17</sup> C. EMSLEY, »Mother, what did Policemen do«, 1993; G. FÜRMETZ, »Kampf um den Straßenfrieden«, 2001; B. LADD, *Autophobia*, 2008.

ler Staatsbürger, und zunehmend auch Staatsbürgerinnen, nicht nur am materiellen Wohlstand im allgemeinen, sondern insbesondere am öffentlichen Gut Straßenraum einschließlich der dort zu gewährleistenden Verkehrssicherheit.

Nicht umsonst wurde in Westdeutschland nun der einst als »kaiserlich« gegründete zu einem »Allgemeinen« Deutschen Automobilclub (ADAC) und zum größten Interessenverband in der Bundesrepublik. Straßenpolitik wurde wesentlich Verkehrspolitik, verbunden mit der entsprechenden Stadtplanungs- und Landschaftsplanungspolitik. Im Übrigen galt dies zeitversetzt auch für die DDR. In der Planungsutopie der »autogerechten Stadt« fand die Verdrängung aller nicht mit dem Verkehr verbundenen Nutzungen des Straßenraums ihren sinnfälligen Ausdruck. Von Jagows Traum schien eine Zeitlang Wirklichkeit geworden zu sein.

Dass es dabei nicht geblieben ist, ist wohlbekannt: Aus der Utopie der autogerechten Stadt wurde die Dystopie der unwirtlichen, außerhalb des beweglichen Privattraums Auto nicht mehr nutzbaren Stadt.<sup>18</sup> Die unter dem Stichwort »Fundamentalliberalisierung«<sup>19</sup> ab den sechziger Jahren einsetzende Öffnung des politischen Systems für außerparlamentarische, themenbezogene und von herkömmlicher Partei- und Parlamentspolitik unabhängigen Bewegungen<sup>20</sup> beflügelte ab den siebziger Jahren eine Wiederaneignung des Straßenraums durch die Bürger – und dies nicht nur für explizit politisches Handeln, also Demonstrieren, Debattieren, Agitieren etc. Das hatte es in kleinerem Umfang natürlich die ganzen 50er und 60er Jahre hindurch auch gegeben. Es kam zu mehr: Einer Rückgewinnung des Straßenraums als Lebenssphäre, doch diesmal nicht, wie noch zu Kaisers Zeiten, erzwungenermaßen in Folge hoffnungslos überfüllter Arbeiterwohnungen, sondern als gesuchte und geschätzte Form der lokal gebundenen und selbstbestimmten Geselligkeit, als – in Grenzen – geteilter Wohlstand. Diese Wiedergewinnung des Straßenraums für die Freizeit entsprach zugleich kommerziellen Interessen an einer Diversifizierung und zeiträumlichen Ausdehnung von Konsummöglichkeiten für Waren und Dienstleistungen,<sup>21</sup> und sie ist, darin durchaus der obrigkeitlichen Kontrolle des Straßenraums in der Zeit vor dem Automobil vergleichbar, von neuen Prozessen der sozialen und kulturellen Exklusion begleitet.<sup>22</sup>

Unter den vielfältigen und oft zitierten »Neuen Sozialen Bewegungen« der siebziger Jahre waren es die gegen Kahlschlagsanierung und die auto-verkehrsgerechte Verplanung der Innenstädte gerichteten Bewegungen der Hausbesetzer und Bürgerinitiativen, die die Straße als Politik-Arena im umfassenden Sinne zurückbrachten. Das war Teil einer durch »1968« angestoßenen lebensweltlichen Wendung und Wiederentdeckung des Politischen: Auch das unmittelbar Naheliegende, zum persönlichen Umfeld des Einzelnen gehörende wurde als politisch wahrgenommen, und dazu

<sup>18</sup> A. MITSCHERLICH, Die Unwirtlichkeit unserer Städte, 1967.

<sup>19</sup> J. HABERMAS, Frankfurter Rundschau, 11.3.1988, zitiert nach U. HERBERT, Liberalisierung als Lernprozeß, 2002, S. 7.

<sup>20</sup> R. ROTH/D. RUCHT, Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, 1987.

<sup>21</sup> S. M. GESCHKE, Straße als kultureller Aktionsraum, 2009.

<sup>22</sup> G. LAUEN, Stadt und Kontrolle, 2014.

gehört auch die Straße vor der Haustür, der Platz vor dem Supermarkt, der Spielplatz. Die Revolten gegen Planungsoktrois und Behördenarroganz mündeten in einer neuen Verwaltungs-Praxis der Bürgerbeteiligung und des Kiezmanagements. Den Straßenraum für elementare Bedürfnisse wie sozialen Austausch, Aufenthalt im Freien, Sport und Spiel nutzen zu können, gilt seitdem als Indikator von Lebensqualität. Sichtbarster Ausdruck davon wurde die zunehmende Popularität von Straßenfesten aller Art, zunächst als Bestandteil alternativer Kiezöffentlichkeiten, später auch als von großen Sponsoren wie Regierungen und Großunternehmen, vor allem auch Medien, gerne genutztes Event-Format.

Diese Nutzung des Straßen-Raums als politische Arena im weitesten Sinne ist heute im Großen und Ganzen akzeptiert. Der Obrigkeit bricht mittlerweile kein Zacken mehr aus der Krone, wenn die Bürger diesen Raum selbst gestalten und dort ihre Autonomie- und Selbstinzenierungsbedürfnisse austoben. Ein jüngeres Beispiel dafür ist das in Großstädten so beliebte Guerilla-Gardening. Heute bedarf der Bürger bzw. die Bürgerin keiner obrigkeitlichen Ermahnung mehr, seine und ihre »Anlagen« zu schützen, im Gegenteil, diese werden unaufgefordert und hingebungsvoll bepflanzt und gegärtnert. Der Straßenraum ist unbestritten ein legitimes Medium intensiver sozialer Kommunikation und der Ästhetisierung des Alltags, dessen Attraktivität in der gerade mit der modernen innerstädtischen Mobilität gegebenen permanenten Präsenz eines mehr oder weniger aufmerksamkeitsbereiten Publikums begründet ist.

Das hat auch eine Weiterentwicklung der ursprünglichen Formate der Nutzung der Straße für Proteste erlaubt: Die klassische Straßendemonstration hatte für begrenzte Zeit den Straßenraum zwischen Anfangs- und Endpunkt eines Umzugs in Beschlag genommen und dadurch nicht nur die Aufmerksamkeit der für diesen Zeitraum von der Straßennutzung ausgeschlossenen Verkehrsteilnehmer sowie der Anwohner, sondern vor allem auch der über diese Ausnahmesituation berichtenden Medien erreicht – jedoch dem Prinzip nach nur vorübergehend. Die ungebrochene Aktualität und Gültigkeit dieser Funktionsweise der politischen Straßendemonstration hat die Soziologin Tatjana Golova in ihrer präzise recherchierten Studie über die »linke Szene« in Berlin zu Beginn des 21. Jahrhunderts aufgezeigt.<sup>23</sup> In diesem herkömmlichen Repertoire an Aktionsformen ist jedoch, gerade wenn sie von Minderheiten und Advocacy-Aktivist:innen ausgehen, zugleich das Risiko einer folgenlosen Routine ephemerer Demonstrationsergebnisse angelegt. Hier schuf in den letzten Jahren ein neues Format der Straßendemonstration zumindest ein Stück weit Abhilfe. Die Rede ist von der permanenten Platzbesetzung, die die Raumnutzungs- und Bewegungslogik der herkömmlichen Demonstration umkehrt: Die Demonstrierenden der ›occupy‹-Bewegung verharren auf einem Platz, richten sich dort in provisorischen Behausungen ein und befinden sich auf Grund der Zentralität des Platzes im ständigen Focus der Aufmerksamkeit sowohl des sie aufsuchenden innerstädtischen Publi-

<sup>23</sup> T. GOLOVA, Räume kollektiver Identität, 2011.

kums wie der ihr Verhalten überwachenden Staatsmacht. Die tagtägliche Wiederkehr von Kommunikationsmöglichkeiten mit anderen Straßennutzern und das tägliche Verhandeln mit der Polizei soll so folgenloses Übergehen zur Tagesordnung, wie es nach Demonstrationen gerade kleiner, im politischen System noch schwach oder gar nicht vertretener Akteure immer wieder vorkommt, verhindern oder zumindest so lange hinauszögern, bis ein Erfolg des politischen Anliegens erreicht ist.

Die praktische Durchführbarkeit dieser Form der Straßenpolitik verdankt sich alltäglichen Existenzbedingungen und Kommunikationsmöglichkeiten, die sich gegenüber der Entstehungszeit der modernen Straßendemonstration in mehrfacher Hinsicht dramatisch verändert haben: Die Subsistenzsicherung nahm zu Zeiten der Hochindustrialisierung einen so großen Teil des Tages in Anspruch, dass die Teilnahme an einer dauerhaften Platzbesetzung für die allermeisten – proletarischen – Stadtbewohner ohnehin nicht in Frage kam. Ebenso wie die umfangreiche Freizeit begünstigt heute die weit verbreitete Prekarität von Erwerbsverhältnissen jenen flexiblen Zeit-Einsatz einer Vielzahl von Akteuren, die nötig ist, um die Dauerbesetzung eines Platzes aufrechtzuerhalten.<sup>24</sup> Die dafür erforderliche Logistik profitiert wiederum von den hocheffizienten Kommunikationsmöglichkeiten des Internetzeitalters. Vor allem aber verdankt die demonstrative Platzbesetzung ihre symbolische Wirkung dem Gestus der Wiedergewinnung von Autonomie und der Wiederaneignung entfremdeter Ressourcen: Vor aller Augen soll sich ein selbstbestimmtes Leben entfalten, das buchstäblich in Mitten der herrschenden Verhältnisse deren Legitimität in Frage stellt. Im Rahmen einer funktionierenden rechtsstaatlichen Ordnung ermöglicht dies durchaus eine Erneuerung politischer Aushandlungsprozesse. Im Rahmen von autoritären Gemeinwesen hingegen birgt diese Demonstrationsstrategie erhebliche Risiken für den Fortbestand etablierter Herrschaftsverhältnisse, wie bei den großen Platzbesetzungen in Kairo, Istanbul und Kiev zu beobachten.<sup>25</sup>

### 3. Ausblick: Internet und GPS – das Ende der Straßenpolitik?

Während sich im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts in demokratischen Gesellschaften ein neues Gleichgewicht der legitimen Nutzungen des Straßenraums herausgebildet hat, das auf dem grundsätzlich egalitären Zugang zu dieser Ressource und deren gezielter Entlastung vor allem vom individuellen Autoverkehr beruht, bahnt sich unterdessen eine weitere Revolutionierung der Machtverhältnisse auf der Straße an, die zunächst – darin den Auswirkungen der ungebremsten Automobilisierung in der Mitte des vorigen Jahrhunderts vergleichbar – einschneidende Kontroll- und Autonomieverluste für den individuellen Straßennutzer nach sich ziehen können. Die Ausbreitung von Internet und GPS lassen sich durchaus als Motoren einer wilden Ent-

<sup>24</sup> Zum Zusammenhang von Freizeit und politischer Platzbesetzung vgl. die Beiträge in I. R. LAMOND/K. SPRACKLEN, *Protests as events*, 2015.

<sup>25</sup> Vgl. P. OELZE, *Revolutionen*, 2014, S. 206–251.

eignung lesen. Die Teilhabe an der Nutzung des Straßenraums geht jetzt zunehmend mit einem Verlust der Kontrolle über die dabei preisgegebenen Informationen über sich selbst einher.<sup>26</sup> Konnte ich mich früher darauf verlassen, dass im Wesentlichen nur diejenigen, die die Straße, in der ich wohne, selbst aufsuchen, wissen, wie das Haus aussieht, in dem ich wohne, kann mittlerweile die gesamte Internet-Menschheit nachschauen, wie meine persönliche Schnittstelle zwischen Privatsphäre und Öffentlichkeit gestaltet ist, woran man sie erkennt, und was ich auf ihrer sichtbaren Oberfläche einer lokal begrenzten Öffentlichkeit mitzuteilen bereit bin. Der juristische Streit um Googles Street-View-Dienst und die Tatsache, dass in unterschiedlichen Ländern das individuelle Anrecht auf die Anonymisierung der eigenen Hausfassade in unterschiedlichem Umfang in Anspruch genommen wird, belegt ein weiteres Mal die Funktion der Straße als einer eigenen Logiken und Gesetzen unterliegenden Politik-Arena.

Eine weitere Dimension des informationstechnologisch ermöglichten Kontrollverlusts sind die technischen Vorrichtungen, die fortwährend unsere Nutzung des Straßenraums dokumentieren, sei es auf Grundlage der Überwachungskameras, mehr noch aber mit Hilfe der GPS-Ortung, die bei eingeschaltetem Handy die Erstellung lückenloser Bewegungsprofile ermöglicht.

Damit wird eine der fundamentalen Gebrauchswerteigenschaften von städtischer Straßenöffentlichkeit vergangener Zeiten schlagartig untergraben. Diese bestand in der mit der gleichberechtigten niedrigschwelligen Beteiligung verbundenen *relativen* Anonymität, die es zumindest außerhalb der unmittelbaren Nachbarschaft ermöglichte, an dieser Ressource teilzuhaben ohne automatisch und unwillkürlich eine identifizierbare Spur zu hinterlassen. Vor allem bot Straßenöffentlichkeit immer mehrere Optionen: die als *Gesicht in der Menge zu verschwinden*, aber auch die in der Menge als einer von Vielen *das Gesicht zu wahren* oder auch zu *zeigen*. Gerade diese Balance von egalitär-anonymer Zugehörigkeit und Optionsraum für individuellen Eigensinn macht die Straße zu einer Politik-Arena, die gegenüber den Arenen formalisierter Politik, in denen verbindliche Entscheidungen ausgehandelt und umgesetzt werden, ihre Eigenständigkeit als Bühne direkter Aktionen bewahren wird – zumindest solange wie es gelingt, der gewinnorientierten Verwertung dieses »common good«, der Straßenöffentlichkeit, Grenzen zu setzen.

## Quellen- und Literaturverzeichnis

- Albrecht, Thomas: Für eine wehrhafte Demokratie. Albert Grzesinski und die preußische Politik in der Weimarer Republik, Bonn 1999.
- Davis, Belinda Joy: Home fires burning. Food politics, and everyday life in World War I, Berlin 2000.

<sup>26</sup> M. KLAR, Datenschutzrecht und die Visualisierung des öffentlichen Raums, 2012.

- Emsley, Clive: »Mother, what did Policemen do when there weren't any motors?« The Law, The Police And The Regulation Of Motor Traffic In England, 1900–1939, in: HJ 36 (1993), H. 2, S. 357–381.
- Fürmetz, Gerhard: »Kampf um den Straßenfrieden«. Polizei und Verkehrsdisziplin in Bayern zwischen Kriegsende und beginnender Massenmotorisierung, in: Gerhard Fürmetz/Herbert Reinke/Klaus Weinbauer (Hrsg.), Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945–1969, Hamburg 2001, S. 199–228.
- Gailus, Manfred: Straße und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Preussens, 1847–1849, Göttingen 1990.
- Geschke, Sandra Maria (Hrsg.): Strasse als kultureller Aktionsraum. Interdisziplinäre Betrachtungen des Strassenraumes an der Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis, Wiesbaden 2009.
- Golova, Tatjana: Räume kollektiver Identität. Raumproduktion in der »linken Szene« in Berlin, Bielefeld 2011.
- Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied 1962.
- Hirschfeld, H./Karl Vetter (Hrsg.): Tausend Bilder. Große Polizei-Ausstellung Berlin 1926, unter Mitw. d. Preuß. Min. d. Innern, Berlin 1927.
- Kaiser, Tobias: »Straße« versus Parlament. Massen und repräsentative Demokratie als fotojournalistische Bildmotive der Weimarer Republik, in: Andreas Biefang/Marij Leenders (Hrsg.), Das ideale Parlament. Erich Salomon als Fotograf in Berlin und Den Haag 1928–1940, Düsseldorf 2014, S. 239–267.
- Klar, Manuel: Datenschutzrecht und die Visualisierung des öffentlichen Raums, Berlin 2012.
- Herbert, Ulrich: Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: ders., Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002.
- Kleßmann, Christoph: Arbeiter im „Arbeiterstaat“ DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld (1945 bis 1971), Bonn 2007.
- Ladd, Brian: Autophobia. Love and hate in the automotive age, Chicago 2008.
- Lamond, Ian R./Karl Spracklen (Hrsg.): Protests as events. Politics, activism and leisure, London 2015.
- Lauen, Guido: Stadt und Kontrolle: Der Diskurs um Sicherheit und Sauberkeit in den Innenstädten, Bielefeld 2014.
- Leßmann-Faust, Peter: Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik. Streifendienst und Straßenkampf, Düsseldorf 1989.
- Lindenberger, Thomas: Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900 bis 1914, Bonn 1995.
- Lindenberger, Thomas: »Asoziale Lebensweise«. Herrschaftslegitimation, Sozialdisziplinierung und die Konstruktion eines »negativen Milieus« in der SED-Diktatur, in: GG 31 (2005), H. 2, S. 227–254.
- Mitscherlich, Alexander: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt a. M. 1967.
- Oelze, Patrick: Revolutionen: Ein historisches Lesebuch. M. e. Einl. v. Stefan Wolle, Berlin 2014.
- Rosenhaft, Eve: Links gleich rechts? Militante Straßengewalt um 1930, in: Thomas Lindenberger/ Alf Lüdtke (Hrsg.), Physische Gewalt. Studien zur Geschichte der Neuzeit, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1995, S. 238–275.
- Roth, Roland/Dieter Rucht (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1987.
- Schumann, Dirk: Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001.

- Sittler, David: Die Straße als politische Arena und Medium der Masse. St. Petersburg 1870–1917, in: Sandra Maria Geschke (Hrsg.): Strasse als kultureller Aktionsraum. Interdisziplinäre Betrachtungen des Strassenraumes an der Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis, Wiesbaden 2009, S. 111–142.
- Thompson, Edward Palmer: Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse [engl. *The making of the English working class*, 1963], Frankfurt am Main 1987.
- Wildt, Michael: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939, Hamburg 2007.

## **Das »Volk« auf postfaschistischen Straßen. Zum Fortleben eines Kulturmusters in Italien und der Bundesrepublik 1945–1960**

Als 1960 zum ersten Mal linke und studentische Ostermarschierer die Dörfer der Lüneburger Heide passierten, zerrten verängstigte Mütter ihre Kinder von den Straßen. Die Hamburger Organisatoren sahen sich genötigt, eine Skiffle-Group zu engagieren, die an einigen Ortseingängen mit Live-Musik nicht nur die Demonstranten begrüßte, sondern auch die fehlenden Zuschauer ersetzte. Die Band, die in erster Linie der »Aufmunterung« der Demonstranten dienen sollte, legte zugleich den Grundstein für die »Massenwirksamkeit späterer Ostermärsche«, wie der Mitinitiator Horst Bethge in einem Rückblick berichtet.<sup>1</sup> Ohne die Beat-Musik, so scheint es, haftete den Demonstrationen etwas Bedrohliches an. Dementsprechend selten kamen sie vor, und dementsprechend überschaubar waren vor den 1980er Jahren ihre Teilnehmerzahlen.<sup>2</sup> Dass es der historischen Forschung gelingt, Protestchroniken der jungen Bundesrepublik zu erstellen, liegt daran, dass man ihre Demonstrationen und Massenkundgebungen *zählen* kann – ein Unterfangen, an dem jeder italienische Zeithistoriker kläglich scheitern würde.<sup>3</sup>

Gingen die Westdeutschen so selten auf die Straßen, weil sie zufriedener waren mit ihrem Staat und der jungen Demokratie als die Italiener? Der folgende Beitrag präsentiert eine andere Erklärung. Als ein zentraler Handlungsort von Politik in Zeiten moderner Massendemokratien war die Straße nicht nur Ort des Protests außer- oder antiparlamentarischer Akteure; sie war auch ein Medium, durch das sich der Stil dessen, was man als zeitgemäße und legitime Politik verstand, verhandeln ließ. Wie die Deutschen sich ihre Straßen in »modernen Zeiten« (Axel Schildt) vorstellten, brachte ein Kommentator des *Hamburger Abendblatts* zum Ausdruck, als er 1953 über den Stil des zweiten bundesdeutschen Wahlkampfs reflektierte: »Müde Demonstrationzüge, die meist rote Fahnen zeigend und die Internationale ›singend‹, durch die Straßen ziehen, wirken irgendwie antiquiert. Das war vor 20 Jahren modern, in der ›Kampfzeit‹. Heute steht die sachliche Diskussion höher im Kurs. Reden und Plakate sind Trümpfe im Wahlkampf, besser: in der ›Wahlwerbung‹.« Interessanterweise kontrastierte der deutsche Beobachter das Wahlkampfgeschehen in Hamburg mit jenem, das im selben Jahr den Italienern in ihrer jungen Demokratie geboten worden war. Dort,

---

<sup>1</sup> H. BETHGE, »Bombe«, 1981, S. 359.

<sup>2</sup> Vgl. T. BALISTIER, *Straßenprotest*, 1996, S. 116 f.

<sup>3</sup> W. KRAUSHAAR, *Protestchronik*, 1996; für Bonn: H.-P. BOTHEN, *Auf zur Demo*, 2009.

so zitierte er einen italienischen Journalisten, der sich verwundert das westdeutsche Treiben besah, seien Umzüge und »Keilereien« an der Tagesordnung gewesen.<sup>4</sup>

Der folgende Beitrag analysiert, welche Entwicklung die Straße als Arena der Politik und als Marker der politischen Kultur in den beiden jungen postfaschistischen Demokratien nahm, deren Straßen so sehr beschrieben waren von der faschistischen und nationalsozialistischen Gewalt und den bürgerkriegsähnlichen Unruhen der Zwischenkriegszeit. Er fragt dazu nicht nach ephemeren Protestbewegungen, sondern nach den Routinen (partei-)politischer Straßennutzung, die sich insbesondere in nationalen Wahlkämpfen beobachten lassen. Die Straße ist dabei nicht so sehr als antagonistischer, sondern als komplementärer Handlungsort des Parlaments zu fassen – ganz ähnlich wie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, als sich die Demonstration als ein »Kulturmuster« (Bernd J. Warneken) ausgeprägt hatte.

### 1. Die Straße als Ort der Politik

Als Ort, wo Revolutionen gemacht werden und wo der Staat sein Gewaltmonopol beansprucht, fungierte die Straße im Zeitalter der Massenpolitik als zentrale Arena politischer Kommunikation. Sie gab der Politik ›von unten‹ Raum, diente als Bühne des Protests gegen den etablierten Politikbetrieb und zur Herausforderung der Staatsgewalt. Akteure, die im Namen des »Volks« politische Legitimität beanspruchten, drängten seit dem 19. Jahrhundert – häufig ausgehend vom Bierdunst des Versammlungslokals – auf die Straße, die so zum »Massenmedium« (Bernd J. Warneken) gedieh. Nur dort konnten sie ihre politische Potenz als Masse entfalten.<sup>5</sup> Weil sie kaum vollständig zu kontrollieren ist, wurde die Straße stets von der Drohung der Gewalt und des Umsturzes begleitet. »Ruhe und Ordnung« war der Topos, den Polizei und Militär mit dem Plazet des bürgerlichen Publikums der Straßenpolitik der Vielen entgegenstellten.<sup>6</sup>

Diese Traditionen und die mit ihnen zusammenhängenden Bedeutungen werden in der zeithistorischen Beschäftigung mit den neuen sozialen Bewegungen meist ausgeblendet, so dass der Eindruck entsteht, mit den Studentenprotesten und vor allem mit ihrer massenmedialen Verwertung habe eine fundamental neue Epoche außerparlamentarischer Politik begonnen. Doch Straßenpolitik richtete sich schon vor dem Fernsehzeitalter lediglich *in actu* an die unmittelbar Anwesenden. Seit der Medien- und Konsumrevolution um 1900 galten die urbanen Straßen dank des expandierenden Pressewesens, des Feuilletons sowie der neuen Konsumwelten als Schaufenster der Moderne. Diese Rolle als massenmedialer Beobachtungs- und massenkultureller Erlebnisraum machte sie für die entstehenden politischen Massenbewegungen so

<sup>4</sup> »Parteien ringen um den Wähler«, in: HAMBURGER ABENDBLATT, 3.9.1953.

<sup>5</sup> Vgl. M. GAILUS, Revolution von 1848, 1988; K. H. WEGERT, Wirtshaus und Café, 1998; B. J. WARNEKEN, Massenmedium Straße, 1991; M. REISS, Street as Stage, 2007.

<sup>6</sup> Vgl. T. LINDENBERGER, Ruhe und Ordnung, 2001.

zentral. Denn was auf den Straßen geschah, interessierte auch die Reporter, die Massenpresse, das lokale und das nationale Publikum.<sup>7</sup> Moderne »Straßenpolitik« (Thomas Lindenberger) war zunächst eine sozialistische Praxis der Eroberung und Verteidigung urbaner Räume.<sup>8</sup> Die demonstrierenden Sozialdemokraten formten dabei im Kampf ums Wahlrecht in Preußen zu Beginn des Jahrhunderts die Tradition des »Massentritts«, als sie bereits im Reichstag saßen.<sup>9</sup> Ab 1918 liefen Kommunisten, Squadristen und Nationalsozialisten in Italien und Deutschland den Sozialdemokraten und Sozialisten bei der Straßenpräsenz den Rang ab. Die Zwischenkriegszeit war durchdrungen von der Logik, dass nur, wer die Straße eroberte und gegen den politischen Gegner zu verteidigen vermochte, sich zum legitimen Volksvertreter stilisieren konnte – auch, wenn die eigenen Vertreter längst im Parlament saßen.<sup>10</sup> Stellvertretend für alle politischen Akteure jener Zeit brachte der deutsche Kommunist Heinrich Galm 1927 den Sinn dieser Praxis auf den Punkt: Nur mit Hilfe von Demonstrationen könne man mit dem Gegner »die Kräfte messen und den Kampfeswillen der Massen zur Machtergreifung zeigen.«<sup>11</sup>

Es war diese Bedeutung der Straße als Arena der Verhandlung politischer Legitimität in einer Zeit, da das Parlament keineswegs als alleinig legitimes Repräsentationsorgan galt, die den Zeitgenossen nach 1945 als Erfahrung vor Augen stand.<sup>12</sup> Wie gingen Westdeutsche und Italiener in den ersten beiden Dekaden ihres demokratischen Neuversuchs mit diesem Erbe um; welchen Wert maßen sie den Straßen und Plätzen als Orten des »Volkes« zu? Aus Platzgründen steht das Handeln der linken politischen Akteure im Fokus, die ihrer Tradition gemäß der Straße näherstanden als Konservative oder Katholiken; als lokale Untersuchungsfelder dienen vorrangig die ›roten‹ Städte Bologna und Hamburg.

## 2. Das »Volk« auf den Beinen: Italien

Zur Wahlkampföffnung von Kommunisten und Sozialisten strömten im Februar 1948 Tausende von Menschen auf die Bologneser Piazza Maggiore, den zentralen Platz der Stadt. Begleitet von sozialistischen und patriotischen Liedern, die aus den fest installierten Lautsprechern des Platzes tönten, versammelten sie sich vor dem Rathaus, dessen Balkon traditionell als Rednertribüne diente. Einige Teilnehmer wa-

<sup>7</sup> Vgl. P. FRITZSCHE, Berlin, 2008.

<sup>8</sup> Vgl. T. LINDENBERGER, Straßenpolitik, 1995; dazu und zum Folgenden vgl. auch L. JERRAM, Streetlife, 2011, S. 16–45.

<sup>9</sup> Vgl. B. J. WARNEKEN, »Massenritt«, 1986. Vgl. auch A. GRIESSMER, Massenverbände und Massenparteien, 2000.

<sup>10</sup> Vgl. E. ROSENHAFT, Links gleich Rechts, 1995; G. PAUL, Aufstand der Bilder, 1990, S. 120–142; S. REICHARDT, Fascist Marches, 2007; K. WEINHAUER, Protest, 2013; K. MIENNEN, Selbstinszenierung, 2013; sowie bereits D. J. K. PEUKERT, Die Weimarer Republik, 1987, S. 163–165.

<sup>11</sup> Siehe den Lagebericht des Polizeiamts Darmstadt v. 15.6.1927, abgedr. in: H. GALM, Rebell, 1980, S. 63.

<sup>12</sup> Vgl. T. MERGEL, Parlamentarische Kultur, 2012.

ren mit roten Fahnen oder Pappschildern ausgerüstet: »1860 waren wir 1000, heute sind wir Millionen« oder »Italien den Italienern« war darauf zu lesen – Reminiszenzen an die revolutionären Traditionen des *Risorgimento*. Die kommunistische Lokalzeitung *La Lotta* dokumentierte die Massenkundgebung mit einem Foto. Während die Polizei 40 000 Teilnehmer gezählt hatte, meldete *La Lotta* stolz über 100 000 Besucher. Zwischenfälle gab es keine.<sup>13</sup>

Massenveranstaltungen wie diese, ihre Größenordnung und ihre aufmerksame Beobachtung durch Polizei und Presse waren typisch für die Kundgebungskultur der jungen italienischen Republik. Sie zeugen zudem von auffälligen Kontinuitäten. Die faschistische Tageszeitung Bolognas hatte in den Jahren des Regimes in genau derselben Form das Hereinströmen der Menschen in langen Zügen, unter Fahnen, Schrifttafeln und Gesängen beschrieben.<sup>14</sup> Tatsächlich gab sich die junge Republik ihren sinnlich wahrnehmbaren Ausdruck in einer Weise, die an den Stil der Zwischenkriegszeit erinnerte: Sie lebte von der Choreographie der Massen, die sich auf den Straßen und Plätzen als »Volk« in Szene setzten. Anders als in der Forschung häufig dargestellt, galt dies nicht nur für die Kommunisten, sondern für alle politischen Kräfte, die den Anspruch erhoben, das Erbe des Faschismus anzutreten.<sup>15</sup>

Zwar äußerten sich viele italienische Zeitgenossen, darunter auch Ministerpräsident Alcide De Gasperi, abschätzig gegenüber der »Balkonpolitik« und Straßenpräsenz, wie man sie von Mussolini und den Squadristen gewöhnt war.<sup>16</sup> Doch Straßen und Plätze waren als Handlungsorte einer Politik »von unten« nicht entwertet worden, weil hier – zumindest nach linker Lesart – die Befreiung von Mussolini erkämpft worden war. Noch im faschistischen *Ventennio* hatte – zunächst in den Fabriken, dann auch auf den öffentlichen Plätzen – eine Welle sozialer Proteste eingesetzt, die spätestens unter deutscher Besatzung als patriotisches Aufbäumen des ganzen Volkes gegen (fremde) Machthaber gedeutet werden konnte. Waren es 1943 noch Fabrikarbeiter und Hausfrauen gewesen, die angesichts von Preissteigerungen, Krieg und sozialer Notlage die Arbeit niederlegten und sich auf Straßen und Plätze begaben, erweiterte sich der Kreis der Protestierenden mit dem Waffenstillstand zwischen Italien und den Alliierten, der die Deutschen im Land über Nacht von Verbündeten in Besatzer verwandelte. 1944 war die Halbinsel Schauplatz der größten Streikbewegung in den deutsch besetzten Gebieten – ein Phänomen, das vornehmlich dem industrialisierten Norden zugeschrieben wird. Spätestens in den Jahren nach Kriegsende jedoch gingen angesichts von Massenarbeitslosigkeit und Inflation nicht nur Nord-, sondern auch Südtaliener auf die Straße, und zu den Industrie- und Landarbeitern gesellten sich gerade im Mezzogi-

<sup>13</sup> »Solo il Fronte salverà l'Italia«, in: LA LOTTA, 5.3.1948; Ten. Ferrarese, Bologna: Telegramma al Ministero dell'Interno, 29.2.1948. Archivio Centrale dello Stato, Rom (ACS), Ministero dell'Interno, Gabinetto (MI-GAB), fasc. 17414; Prefetto di Bologna al Ministero dell'Interno, 1.3.1948. Ebd.

<sup>14</sup> Vgl. L. CASALI, Bugie di guerra, 2013, S. 558.

<sup>15</sup> Umfänglich dazu C. C. GATZKA, Demokratie als lokale Praxis, 2015, Kap. III.1.

<sup>16</sup> Zitat in: »De Gasperi parla a Bari«, in: LA GAZZETTA DEL MEZZOGIORNO, 28.5.1946; vgl. A. VENTRONE, Cittadinanza, 2008, S. 192 f.

orno in massiver Zahl die Vertreter der Mittelschicht, namentlich Beamte und Pensionierte.<sup>17</sup> Sozial motivierter, aber politisch aufladbarer Volksprotest begleitete so die Geburtsstunde der italienischen Republik und sollte zur Chiffre der postfaschistischen Demokratie werden. Straßen und *piazza* wurden zu Hauptbühnen politischer Kommunikation, auf denen in Wahlkämpfen alle Parteien um die besten Plätze konkurrierten.<sup>18</sup>

Den Hauptmotor dieser Entwicklung bildete der *Partito Comunista Italiano* (PCI) – die stärkste kommunistische Partei in Westeuropa. Sie konnte die sozialen Ansprüche der protestierenden Italiener mit ihrer *Resistenza*-Vergangenheit verknüpfen, die sie in ihren Augen zu den einzig legitimen Nachfolgern der Faschisten nobilitierte. Der antifaschistische Gründungsmythos der italienischen Republik benötigte die Straßen und Plätze, um den Widerstand gegen den *nazifascismo* regelmäßig ins Gedächtnis zu rufen.<sup>19</sup> Auch hierin zeigte sich eine auffällige Kontinuität zum Faschismus, der in den Städten alljährlich den Marsch auf Rom reinszeniert hatte. Neben diesen erinnerungspolitischen Motiven setzte der PCI gerade im Wahlkampf auf die Straßen und Plätze als Gegenarena zum christdemokratischen Staat, befand er sich doch in einer ähnlichen Situation wie die SPD im wilhelminischen Kaiserreich: Mit zeitweise mehr als zwei Millionen Mitgliedern lange Zeit die stärkste Partei des Landes, war er zugleich als vermeintlich verfassungsfeindliche Kraft seit 1947 dauerhaft von der Koalitionsbildung ausgeschlossen. Wie jene der deutschen Sozialdemokraten vor 1914 ist die kommunistische Straßenpolitik im Nachkriegsitalien in erster Linie zu verstehen als eine Aufführung des revolutionären Potenzials, die der Regierung vermitteln sollte: Wenn wir wollten, könnten wir.<sup>20</sup> Dabei musste es auch darum gehen, das bei den italienischen Eliten traditionell als gefährlich und unzivilisiert geltende »Volk« (*popolo*) in den Stand politischer Mündigkeit zu erheben, indem man seine Disziplin und seine Treue zur Nation vorführte.<sup>21</sup>

Wie den Sozialdemokraten der wilhelminischen Gesellschaft war es den italienischen Kommunisten daran gelegen, Gewalteskalationen zu verhindern, um die politische Mündigkeit der Massen vorzuführen. Minutiöse Vorschriften kommunistischer Funktionäre zur Planung und zum Ablauf von Kundgebungen und Demonstrationen nahmen diesen Veranstaltungen jedwede Spontaneität.<sup>22</sup> Anders als in der For-

<sup>17</sup> Segreteria Organizzativa [der DC] an Antonino Villani, Segretario Particolare di S.E. Scelba, Ministero Interni, 7.5.1947. Istituto Luigi Sturzo, Rom (ILS), Democrazia Cristiana (DC), Segreteria Politica (SP), Atti dei segretari, Sc. 3, fasc. 3, Prot. Nr. 1183. Zur Größenordnung im besetzten Europa vgl. L. KLINKHAMMER, *Resistenza-Mythos*, 1997, S. 124.

<sup>18</sup> Vgl. S. CAVAZZA, *Comunicazione di massa*, 2002.

<sup>19</sup> Vgl. D. SASSOON, *Italy after Fascism*, 2003. Zur Bedeutsamkeit der *Resistenza* und ihrer Mythologisierung nach 1945 vgl. grundlegend L. KLINKHAMMER, *Resistenza-Mythos*, 1997.

<sup>20</sup> Auch damals hatten die sozialdemokratischen Demonstrationen als Drohgeste den Charakter eines »Kriegs- oder Revolutionsspiels« angenommen, zugleich aber durch Disziplin und Ordnung ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen wollen. Vgl. B. J. WARNEKEN, »Die friedliche Gewalt«, 1991, S. 102 f., 107 f. Vgl. auch M. L. SALVADORI, *Storia d'Italia*, 2001, S. 94; A. VENTRONE, *Cittadinanza*, 2008, S. 160 f.

<sup>21</sup> Vgl. S. CAVAZZA, *Dimensione massa*, 2004, S. 62.

<sup>22</sup> Siehe etwa: »Come si prepara un comizio«, in: QUADERNO DELL'ATTIVISTA, Nr. 1, Februar 1946.

schung bisweilen behauptet, erklärt sich die Hochzeit linker Straßenpolitik im Italien der 1940er und 1950er Jahre nicht durch ihre vermeintliche sowjetische Steuerung oder durch Motivationen, die in der internationalen Politik begründet lagen.<sup>23</sup> Ihre Funktion lag vielmehr in der Kommunikation mit den ›Mächtigen‹, wobei sich der PCI zugleich als wählbare Partei und als außerparlamentarische Protest- und Volksbewegung inszenierte. Zwar mischte er im parlamentarischen Politikbetrieb mit, wurde dort jedoch in aller Regel nur die zweitstärkste Kraft hinter den Christdemokraten, die wiederum nie eine absolute Mehrheit erreichten. Der von ihnen und ihren Koalitionspartnern kontrollierten Regierung und ihrer Parlamentsmehrheit stellten die Kommunisten daher die Straße als komplementären Ort der Politik gegenüber, wo sich das vermeintlich »wahre Land« (*paese reale*) zur Schau stellte. Die kommunistische Straßenpolitik war mithin nicht so sehr eine Kommunikation mit den Wählern, sondern mit dem ›Regenten‹ als traditionellem Widersacher des Volkes. Der Staat und damit die Eliten, die ihn regierten, galten als elitär, repressiv und korrumpierbar, und die Realität des faschistischen Staates hatte diese kollektiven Vorstellungen noch beflügelt.<sup>24</sup>

Um die Potenz des auf parlamentarischer Ebene vermeintlich betrogenen *paese reale* vorzuführen, trieb der PCI nach den verlorenen Parlamentswahlen vom 18. April 1948 die Massen ganz kalkuliert auf die Straßen. Vor allem der 1. Mai sollte nach dem Willen der Kommunisten »so beeindruckend werden, dass diejenigen, die meinen, ihre Mehrheit nutzen zu können, lernen, dass sie ihre Rechnung mit den Arbeitermassen und ihren Organisationen machen müssen.«<sup>25</sup> In diesem Punkt knüpften die italienischen Kommunisten an tief verwurzelte italienische Denkmuster an: Staat und Regierung dienten kleinen, aber potenten Interessengruppen – und ihnen gegenüber stand die Mehrheit des italienischen Volkes, angeblich bar jeder potenten Repräsentation im Staate. Das allgemeine Wahlrecht, so schien es, genügte nicht, und deshalb gerierte sich der PCI dauerhaft als Protest- und Volksbewegung, obwohl er die Geschicke der Republik von Anbeginn in verantwortlicher legislativer Stellung mitgestaltete.<sup>26</sup> Wie wichtig der Straßenprotest als legitimatorischer Code der politischen Linken war, zeigt sich darin, dass sich die Kommunisten selbst dann an seine Spitze stellten, als sie in den 1940er Jahren noch selbst in der Regierung saßen.<sup>27</sup> Zeitgenossen haben darin eine undemokratische Doppelstrategie (*doppiezza*) gesehen, dabei jedoch die zeitgebundenen und aus den nationalen Traditionen Italiens erwachsenden Logiken übersehen, die die Straße auch nach dem Faschismus zu einem unwiderstehlichen symbolischen Handlungsort von Politik machten.

<sup>23</sup> Zu dieser Deutung vgl. A. G. RICCI, Timori, 2008, S. 74.

<sup>24</sup> Zur schwierigen Staatsbildung in Italien vgl. A. ROCCUCCI, La costruzione dello Stato-nazione, 2012; F. TRANIELLO, Città dell'uomo, 1998.

<sup>25</sup> Verbale della riunione del Comitato esecutivo, 23.4.1948, Bl. 4. Fondazione Gramsci Emilia-Romagna (FGER), Partito Comunista Italiano, Federazione bolognese (PCI-BO), Comitato esecutivo. Verbali, 1948, b. 1, fasc. 3.

<sup>26</sup> Für einen Überblick vgl. M. KREILE, Die Republik Italien, 2000, S. 277 f.

<sup>27</sup> Vgl. A. G. RICCI, Timori, 2008; P. SCOPPOLA, Repubblica dei partiti, 1997, S. 141.

Neben den sozialrevolutionären Träumen mancher Kommunisten konnte die postfaschistische Straßenpolitik den nationalen Gefühlen vieler Italiener Ausdruck verleihen und somit integrativ auf die zerklüftete italienische Gesellschaft wirken. Denn mit der Trikolore oder den patriotischen Gesängen, welche die kommunistischen Funktionäre kalkuliert in das symbolische Repertoire ihrer Straßenpolitik einwoben, stellten sie sich explizit in die Tradition des *Risorgimento* als einer *nationalen* Volkserhebung. Der symbolische Verweis auf den Nationalhelden Giuseppe Garibaldi zeigte auf, dass das Rot der kommunistischen Fahnen nicht nur Bezüge zur Sowjetunion, sondern vor allem zu den patriotischen Revolutionären des 19. Jahrhunderts aufwies, die ebenfalls rot getragen hatten. Der Verweis auf Garibaldi war symbolisch so bedeutsam, weil damit dreierlei impliziert war: Volksnähe, Volkserhebung und Patriotismus. Die Kommunisten meinten, diese Elemente in der *Resistenza* als eines zweiten *Risorgimento* wieder zum Leben erweckt zu haben, und die Straßenpolitik sollte dies in Erinnerung rufen.<sup>28</sup>

Noch in einer weiteren Hinsicht stellte sich die linke Straßenpolitik Nachkriegsitaliens in die Tradition des 19. Jahrhunderts und grenzte sich damit symbolisch vom bolschewistischen Deutungsrahmen ab. Der PCI setzte nicht nur stark auf nationale Symbole, sondern rekurrierte auch auf die 1848er Revolution als einer Erhebung *aller* Volksschichten. Die kommunistische Tageszeitung *L'Unità* klärte ihre Leser anlässlich des 100jährigen Jubiläums 1948 auf, es habe sich »nicht um eine proletarische, sondern um eine *Volks*-Revolution« gehandelt, getragen von Handwerkern, nicht von Sozialisten oder Kommunisten.<sup>29</sup> So wie das revolutionäre Volk von 1848 aus dem Mittelstand gekommen sei, wollte auch der PCI als die selbsterklärte revolutionäre Partei von 1948 keine Partei des Proletariats, sondern des *ganzen* Volkes sein. »Klasse« und »Volk« traten so in ein osmotisches Verhältnis; der Klassenkampf ging nach PCI-Lesart gleichsam im Kampf des »Volkes« gegen die »Reaktion« auf. Schilder von Bologneser Demonstranten, trugen 1948 sinnfällige Aufschriften wie »Nieder mit den Reaktionären aller Zeiten«. Stets sah die kommunistische Presse bei der Beobachtung der Straßenpolitik »das Volk« mobilisiert, nicht nur »die Arbeiterklasse«.<sup>30</sup> Nicht

<sup>28</sup> Vgl. S. SOLDANI, *Annäherungen an Europa*, 1998, S. 129; E. A. PERONA, *Bandiera rossa*, 2010; J. KRAATZ MAGRI, *Der umkämpfte Volksheld*, 2011, S. 337, 341–343, 349 f.

<sup>29</sup> »Novità del'48«, in: *L'UNITÀ. EDIZIONE DELL'ITALIA SETTENTRIONALE*, 28.2.1948. Hervorh. i. Orig. Bereits 1945 sprach Palmiro Togliatti von »unserer demokratischen Revolution« und verglich sie mit der englischen und der französischen Revolution. *La nostra rivoluzione democratica*, in: *LA LOTTA*, 11.8.1945. In jedem größeren Ort veranstalteten die Kommunisten Gedenkveranstaltungen anlässlich des 100-jährigen Jubiläums von 1848. »Calendario delle celebrazioni del '48 nel Veneto«, in: *L'UNITÀ. EDIZIONE DELL'ITALIA SETTENTRIONALE*, 10.3.1948.

<sup>30</sup> »Bologna democratica e repubblicana risponde ai gas lacrimogeni del poliziotto Scelba con una imponentissima manifestazione«, in: *LA LOTTA*, 13.2.1948. Dem PCI wird von Historikern vorgeworfen, eine Einheitlichkeit der Volksinteressen und -bedürfnisse unterstellt zu haben, die an der faktischen Diversität der italienischen Gesellschaft vorbeigegangen sei. Vgl. P. SCOPPOLA, *Repubblica dei partiti*, 1997, S. 140 f. Gerade in der Stilisierung einheitlicher Interessen des *ganzen* Volkes lag aber der Kern kommunistischer Mobilisierungsstrategien im Geiste des Protests, sie war also funktional für die politische Kommunikationsstrategie des PCI. Häufig sprachen die Kommunisten von einer Trias aus »Partei«, »Klasse« und »Volk«. Siehe etwa: »Al servizio del

mehr nur Arbeiter, sondern auch Bauern, Frauen, Mediziner, Universitätsprofessoren, Schriftsteller, pensionierte Generäle, Künstler, Industrielle und sogar Priester sammelten sich laut der kommunistischen Presse zum Wahlkampf 1948 in den Reihen seines Wahlbündnisses: »Es ist also ein ganzes Volk, das sich in kompakter Front aufstellt.«<sup>31</sup> Es war derselbe Geist wie jener, der die frühe deutsche Sozialdemokratie umwehte: Nicht das Proletariat, sondern alle »Arbeitenden« (*lavoratori*), die Werktätigen wie die geistigen Arbeiter, vereinigten sich gegen Kapital und Reaktion. Dieser beanspruchte Volkspartei-Charakter war grundlegend für die gesellschaftliche Hegemonie, die der PCI als »neue Partei« (*partito nuovo*) auf der geistigen Grundlage Antonio Gramscis erreichen wollte.<sup>32</sup>

All diese Bedeutungselemente waren höchst anschlussfähig und forderten die anderen politischen Akteure dazu heraus, der linken Hegemonie auf den Straßen entgegenzutreten. Die kommunistische Straßenpolitik trat somit einen Dominoeffekt los, der von der kollektiven Suggestion getragen war, dass nach dem Faschismus eine politische Elite antreten sollte, die vom Volk getragen war. Straßenpolitik diente hier der Legitimierung neuer (faktisch aber häufig der Re-Legitimierung alter) politischer Eliten in der postfaschistischen Demokratie. Der Kalte Krieg lieferte fortwährend passende Anlässe und Sujets für Kundgebungen und Demonstrationen, im Kern jedoch bediente die italienische Straßenpolitik einen indigenen Herrschaftsdiskurs. In den 1940er und 1950er Jahren erklärte sich ihr Erfolg vornehmlich aus dem Unterhaltungswert, den sie für noch weitgehend schlecht alphabetisierte und medialisierte Stadtgesellschaften besaß.

### 3. Saubere Straßen: die Bundesrepublik

Als der SPD-Genosse Rudolf Fischer 1949 darüber sinnierte, wie Zehntausende von Hamburgern für die Wahlkundgebung Kurt Schumachers im Park Planten un Blumen mobilisiert werden könnten, kam ihm die Idee, mit einem eigens gemieteten Lautsprecherwagen für die Kundgebung zu werben. Mit Vorfreude dachte er daran,

---

partito della classe operaia, del popolo«, in: LA LOTTA, 20.2.1948. Vgl. A. VENTRONE, Cittadinanza, 2008, S. 161.

<sup>31</sup> »Arturo Colombi: Hanno paura della democrazia«, in: LA LOTTA, 20.2.1948. Zur Präsentation als Volksfront siehe: »Imponente manifestazione unitaria di Bologna proletaria e popolare«, in: ebd., 22.9.1945; »Alla Cirenaica tutta la popolazione sotto le insegne del Fronte«, in: ebd., 27.2.1948; »Migliaia di persone festeggiano il Fronte«, in: ebd.; »Tutta Tarcento unita intorno al Fronte«, in: L'UNITÀ. EDIZIONE DELL'ITALIA SETTENTRIONALE, 4.3.1948; »I compiti degli indipendenti nel Fronte democratico«, in: ebd., 31.3.1948.

<sup>32</sup> Zur frühen deutschen Sozialdemokratie vgl. T. WELSKOPP, Banner der Brüderlichkeit, 2000, S. 70 f. Dass der PCI alle Arbeitenden und nicht nur die Arbeiterklasse integrieren wollte, mussten Funktionäre mitunter auch den Parteiverbänden an der Peripherie, namentlich im Süden, beibringen. Vgl. N. MARCELLINO, Le tre vite, 2009, S. 176. Zum *partito nuovo* und Gramsci als Ideengeber vgl. C. C. GATZKA, Der »neue Mensch«, 2012; G. GOZZINI, Democrazia dei partiti, 2007.

»Lärm in den Straßen« zu machen.<sup>33</sup> Und tatsächlich wurde die Schumacher-Kundgebung mit 25 000 Besuchern ein Erfolg. Der Hamburger Parteivorsitzende Karl Meitmann brüstete sich im Anschluss, weder Adenauer noch Erhard gelinge es, auch nur ein Zehntel dieser Menge zu mobilisieren.<sup>34</sup> In geordneten Zügen waren die Kundgebungsbesucher zum Park an- und abmarschiert und hatten sich so in den Hamburger Straßen sichtbar gemacht.<sup>35</sup> Mit Märschen wie solchen und Auftritten der sozialdemokratischen Spielmannszüge meinten einige SPD-Funktionäre auch noch in den frühen 1950er Jahren, »einen nachhaltigen Eindruck bei der gesamten [...] Bevölkerung hinterlassen« zu können.<sup>36</sup>

Eindruck hinterlassen zu wollen war das Grundmotiv dieses ephemeren Aufflammens sozialdemokratischer Straßenpräsenz nach 1945. Damit unterschied sie sich in einem wesentlichen Punkt von der italienischen Straßenpolitik: Sie erhob nicht den Anspruch, *mehr* als sich selbst zu repräsentieren. Der Bezug auf das »Volk« oder wenigstens auf die »Arbeiter« fehlte. Mit der Schumacher-Kundgebung 1949, so der Hamburger Parteichef Meitmann in der Funktionärszeitung *Der Sozialist*, hätten die Sozialdemokraten ihren »Aufmarsch zum Wahlkampf und ihren Willen, ihn zu gewinnen [...] öffentlich unter Beweis gestellt.«<sup>37</sup> So dienten Kundgebungen, Demonstrationen und Umzüge in erster Linie der *eigenen* Selbstvergewisserung. Auch nach 1949, als sie in der Oppositionsrolle verharrte, verzichtete die SPD darauf, Wahlkundgebungen zu Protesthandlungen oder Manifestationen des Volkswillens zu stilisieren und sie so in einen Kommunikationszusammenhang mit Staat, Regierung oder Parlament zu stellen.

Wo ein solcher Wille zur Außenkommunikation fehlte, bedurfte es aber im Grunde der Straßen und Plätze nicht mehr. Dies hatte sich schon in der Weimarer Republik angekündigt, als die SPD als »Staatspartei« ihre Straßenpolitik zurückgefahren hatte: Das Parlament sollte als zentraler Ort der Politik dienen.<sup>38</sup> Dennoch war sie auf den Straßen der Weimarer Republik noch weitaus präsenter gewesen als sie es auf jenen der Bundesrepublik sein sollte, und das hatte vor allem damit zu tun, dass sie in den 1920er und 1930er Jahren auf politische Gegner antworten musste, die sie auf der

<sup>33</sup> Rudolf Fischer an Willy [Schmedemann], o.D. [Juli 1949]. Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AdsD), Abt. III, SPD-Landesorganisation Hamburg (SPD-LO HH) I, Mp. 104.

<sup>34</sup> Karl Meitmann: Aufruf für »Der Sozialist«, o.D. [Juli 1949]. AdsD, Abt. III, SPD-LO HH I, Mp. 104. Zur Teilnehmerzahl vgl. W. TORMIN, Geschichte der SPD, 1994, S. 263.

<sup>35</sup> SPD LO HH, Landesponierleitung: Rundschreiben Nr. 6/49 an die Kreis-Pionierleiter, die Distrikts-Pionierleiter und die Kreisbüros, 24.8.1949. AdsD, Abt. III, SPD-LO HH I, Mp. 106.

<sup>36</sup> Sahlmann, Kreisverein Cuxhaven, an den Vorsitzenden der SPD-Landesorganisation Hamburg, 13.7.1952. AdsD, Abt. III, SPD-LO HH I, Mp. 345.

<sup>37</sup> Karl Meitmann: Aufruf für »Der Sozialist«, o.D. [Juli 1949]. AdsD, Abt. III, SPD-LO HH I, Mp. 104. In diesem Sinne auch: SPD (Hrsg.), Wahlhelfer, 1953, S. 33.

<sup>38</sup> Vgl. W. TORMIN, Geschichte der SPD, 1994, S. 12 f.; J. C. HÄBERLEN, Vertrauen und Politik, 2013, S. 74. Die hessische SPD etwa nahm im Jahr 1927 von öffentlichen Umzügen gänzlich Abstand. Siehe den Lagebericht des Polizeiamts Darmstadt v. 15.6.1927, abgedr. in: H. GALM, Rebell, 1980, S. 63.

Straße herausforderten.<sup>39</sup> Nach 1945 kamen solche Herausforderungen einzig von der KPD. Spätestens mit ihrem Verbot 1956 verstummten schließlich auch die letzten Genossen, die wie Rudolf Fischer offen dafür eintraten, »Lärm in den Straßen« zu machen. Die politische Ruhe auf den westdeutschen Straßen war keine mit dem Parteiprogramm von Bad Godesberg zusammenhängende Entwicklung, sondern stellte sich bereits lange vor 1959 ein.<sup>40</sup>

Wie der vergleichende Blick auf Italien zeigt, war die Erfahrung des Nationalsozialismus allein nicht ausschlaggebend dafür, dass die Straße in Westdeutschland ihre Funktion als politische Bühne verlor. Zentral war, dass unter den parteipolitischen Akteuren offenbar kein Bedürfnis entstand, im Wahlkampf und außerhalb von Wahlzeiten öffentlich sichtbar die Frage politischer Legitimität und Repräsentation zu verhandeln – mit der Ausnahme West-Berlins.<sup>41</sup> Aus Furcht vor Radikalisierungstendenzen und Konflikten mit Kommunisten an ihrer Basis hielt sich die SPD aus den gewerkschaftlich organisierten Demonstrationen und den Maikundgebungen ebenso symbolisch heraus wie aus den meisten sozialen Protesten der frühen Nachkriegszeit.<sup>42</sup> Zudem stellte sie bei eigenen Initiativen eine Ermüdung ihrer Mobilisierungsfähigkeit fest – etwa anlässlich einer Solidaritätskundgebung für die Aufständischen des 17. Juni in Hamburg 1953. Die Resonanz war so dürftig gewesen, dass selbst einfache SPD-Mitglieder alarmiert Auswege aus der »Gleichgültigkeit in den Massen« diskutierten. Das Hauptproblem jedoch war, dass die eigene Partei- und Betriebsorganisation selbst schlecht über das anstehende Ereignis informiert hatte.<sup>43</sup>

<sup>39</sup> Sozialdemokraten organisierten immer noch Aufzüge durch die Stadtviertel, trugen das Abzeichen der Eisernen Front und hingen die Fahne der Republik aus ihren Fenstern, allerdings in einer geringeren Intensität und einer säkularisierteren Form – so die Deutung Gottfried Korffs – als ihre radikalen politischen Kontrahenten von links wie rechts. Vgl. G. KORFF, *Rote Fahnen*, 1986; J. C. HÄBERLEN, *Vertrauen und Politik*, 2013, S. 74 f. Eine neuere Studie argumentiert zudem, dass sie den »modernen«, dynamisch-jugendlichen Stil, den die Nationalsozialisten auf den Straßen performierten, seit 1930 auch als den zeitgemäß-notwendigen Stil anerkannten, dem sie gern gefolgt wären, hätten sie die Mittel dazu gehabt. Vgl. K. MENNEN, *Selbstinszenierung*, 2013, S. 350–354.

<sup>40</sup> Bad Godesberg dient bekanntlich als Symbol für den programmatischen Neuanfang, den Abschied vom Marxismus und die »Modernisierung« der SPD unter Willy Brandt. Vgl. B. W. BOUVIER, *Godesberg*, 1990.

<sup>41</sup> Man kann dies als Zeichen der frühen Akzeptanz der neuen Staatsform durch die Deutschen deuten, auf die Martin Greiffenhagen hingewiesen hat; m. E. ist in der Abwendung von der Straße aber eher eine stilistische Entscheidung denn ein Ausweis von Legitimität zu erblicken. Vgl. M. GREIFFENHAGEN, *Obrigkeitsstaat*, 1984, S. 56–59. In Berlin wurden Bürger choreographiert auf die Straßen getrieben, allerdings nicht so sehr in parteipolitischer Absicht, sondern um die Legitimität des Westens zu verbrieften. Vgl. A. W. DAUM, *Lernprozesse*, 2007; D. GEPPERT, »Proclaim Liberty«, 2003.

<sup>42</sup> Siehe etwa: »Der ›Proteststreik‹ auf den Werften«, in: HAMBURGER ECHO, 14.12.1946; vgl. G. J. TRITTEL, *Hungerkrise*, 1994, S. 386 f.; J. SZODRZYNSKI, *Die »machtvolle« Ohnmacht*, 1989, S. 102. Zu einem Ausnahmefall in München, wo SPD-Redner bei einer »Hausfrauen-Demonstration« auftraten, vgl. P. ERKER, *Hunger und sozialer Konflikt*, 1994, S. 401.

<sup>43</sup> Robert Vogelsang, Bezirksvorsitzender (Bezirk 309 A): Resolution an den Vorstand der SPD-LO HH, 2.7.1953. AdsD, Abt. III, SPD-LO HH I, Mp. 333.

Die Erfahrungen schwacher Beteiligung ließen die Sozialdemokraten zunehmend abwägen, ob überhaupt zum Mittel der Straßenpräsenz gegriffen werden sollte. So wollten einige Hamburger Genossen anlässlich einer längeren Auslandsreise Max Brauers, die er unmittelbar nach seiner Ablösung als Erster Bürgermeister der Hansestadt Ende 1953 antrat, vor seinem Haus in Altona eine Demonstration mit Fackeln veranstalten. Die Tradition befahl eigentlich, die ganze Partei zu einer solchen Demonstration aufzurufen; Brauer und der Hamburger Parteivorsitzende Karl Vittinghoff einigten sich aber, lediglich die Falken zum Ort zu bestellen und die Demonstration als eine spontane Aktion erscheinen zu lassen. Als sich dann nur sehr wenige Falken versammelt hatten, meldete sich der zuständige SPD-Kreis Altona und beschwerte sich, man hätte die ganze Partei informieren müssen, um mehr Leute zu mobilisieren. Dass aber in einem offiziellen Aufruf an die Partei, der vor der Hamburger Öffentlichkeit nicht verborgen bleiben konnte, die Gefahr einer Blamage lag, machte Vittinghoff seinen Funktionären deutlich: »Mein Standpunkt war: wir wollen [...] kein unnötiges Risiko eingehen mit einem öffentlichen Aufruf an die Partei für diesen Abend. Du weißt ja, wir haben ungefähre Maßstäbe, was unter allen Umständen erscheinen muss, wenn die Partei aufruft und sie sich nicht blamieren will.«<sup>44</sup> Solche Vorsicht führte die sozialdemokratische Straßenpolitik über die Jahre in eine Abwärtsspirale, bis sie gegen Ende der 1950er Jahre vollständig verschwunden war.

Über ihr eigenes körperliches Protestpotenzial war sich die sozialdemokratische Basis kaum mehr bewusst. Sie prangerte zwar unentwegt soziale Ungerechtigkeiten an, die von der CDU-Regierung ungelöst blieben. Doch statt Demonstrationen zu organisieren, sandte sie Beschlüsse und Resolutionen an den Parteivorstand und delegierte so die Protestverantwortung an die SPD-Bundestagsfraktion. Soziale Konflikte sollten auch nach Ansicht der kleinen Genossen im Parlament gelöst werden, nicht auf der Straße.<sup>45</sup> In dieser Entwicklung zeigte sich auch die zunehmende Marginalisierung der Linkssozialisten innerhalb der SPD, die noch in der frühen Nachkriegszeit von Massenmobilisierungsphantasien getrieben waren.<sup>46</sup> Doch selbst die KPD hatte Mobilisierungsschwierigkeiten und war bei weitem nicht in dem Maße auf der Straße sichtbar wie vor 1933. Als 1950 in Dortmund eine nicht genehmigte Demonstration aus dem Ruder gelaufen war, weil die 5 000 Teilnehmer die Polizei angegriffen und die Innenstadt kurzzeitig besetzt hatten, sah sie sich zudem strengeren staatlichen Restriktionen ausgesetzt.<sup>47</sup>

Die Rücksichtnahme auf die im Vergleich zu Italien ungleich stärker zerstörten urbanen Räume stellte zweifellos einen wichtigen Faktor der westdeutschen Entwick-

---

<sup>44</sup> Karl Vittinghoff an das Kreisbüro SPD Altona, Josef Wagner, 4.12.1953. AdsD, Abt. III, SPD-LO HH I, Mp. 332; Kreisvorsitzender Altona [Josef Wagner] an Karl Vittinghoff, 26.11.1953, Ebd.

<sup>45</sup> Edmund Böttcher (Distrikt Eimsbüttel-Süd): Entschließung, 21.4.1953. AdsD, Abt. III, SPD-LO HH I, Mp. 333.

<sup>46</sup> Zur Entwicklung dieser Gruppe vgl. G. KRITIDIS, Linkssozialistische Opposition, 2008.

<sup>47</sup> Vgl. T. KÖSSLER, Grenzen der Demokratie, 2014, S. 236–243. Allgemein zur westdeutschen KPD und ihren Mobilisierungsschwierigkeiten vor Ort vgl. DERS., Abschied, 2005.

lung dar. Um nicht mit der KPD zusammen marschieren zu müssen, konnte die Hamburger SPD anlässlich des 1. Mai 1946 behaupten, die Gewerkschaften wollten den Arbeitern keinen Aufmarsch in den Trümmern zumuten. Auch wenn das ein faden-scheiniges Argument war, um die kommunistischen Annäherungsversuche abzuweh-ren, konnte es offenkundig der Öffentlichkeit unmittelbar plausibel erscheinen.<sup>48</sup> Die Ruinenlandschaften bildeten gewissermaßen das Bühnenbild, vor dem sich ein repu-blikanisches Regime entfaltete, das den symbolischen Wert der Straße für die Poli-tik negierte. Damit wandelte sich zugleich die Deutung dessen, was als »guter« demok-ratischer Stil galt. Die alliierten Besatzer stellten dafür wichtige Weichen. Nahmen sie in Italien keinen nennenswerten Einfluss auf die politische Nutzung öffentlicher Räume, kontrollierten sie diese in den westdeutschen Besatzungszonen streng. Als der Wille zur Wiederbelebung der alten sozialistischen Straßenpolitik und Symbolik unmittelbar nach dem Krieg – in Zeiten des Träumens von der sozialistischen Einheitspartei – durchaus vorhanden war, vereitelten die Besatzungsmächte derartige Tendenzen mit dem Verweis auf das Versammlungsverbot und scheuten sich nicht, stadtbekannte Sozialdemokraten bei Zuwiderhandlungen festzunehmen, wie wäh-rend eines sozialistischen Trauerzuges in Hamburg 1945.<sup>49</sup> In der Hansestadt gab die britische Militärregierung den öffentlichen Raum erst zum Wahlkampf 1949 frei; vorher hatte keine öffentliche Handlung der Parteien ohne ihre Erlaubnis und ei-nen anschließenden Rechenschaftsbericht erfolgen können.<sup>50</sup> Die Amerikaner ließen die Parteien schon ab September 1947 ohne Autorisierungszwang öffentliche Ver-sammlungen durchführen.<sup>51</sup> Dennoch kam es auch hier nicht zu einem Wiederaufle-ben politischer Straßenpräsenz, wie man sie aus Weimarer Zeiten kannte. Neben ei-ner restriktiven Politik der kommunalen Verwaltungen bei der Freigabe öffentlicher Räume und rigiden Richtlinien polizeilicher Ordnung für Umzüge und Demonstrationen<sup>52</sup> war vor allem die spezifische Konditionierung der politischen Akteure selbst dafür verantwortlich. Sie schielten wiederum auf die *lokale* öffentliche Meinung: Der Hamburger SPD-Chef Karl Meitmann etwa, der in den 1920er Jahren am Aufbau

<sup>48</sup> Als die KPD an ihren Umzugsplänen festhielt, sahen sich auch die Hamburger Sozialdemo-kraten gezwungen, getrennte Züge zur zentralen Kundgebung zu organisieren. Vgl. H. WARN-KE, »Fahnen«, 1988, S. 79.

<sup>49</sup> Vgl. W. TORMIN, Geschichte der SPD, 1994, S. 36 f.

<sup>50</sup> J.M. Hadfield, Governmental Group Hamburg, Subject: Use of Loudspeaker Vans for Pro-paganda Purposes, 23.7.1949. AdsD, Abt. III, SPD-LO HH I, Mp. 104. In Hamburg kontrol-lierten die Briten vor 1949 streng, ob es sich bei den SPD-Versammlungen um öffentliche oder interne Veranstaltungen handelte, und forderten gegebenenfalls Rechenschaft ein. Regional Governmental Officer, Hansestadt Hamburg, an die SPD Hamburg, 20.4.1948. AdsD, Abt. III, SPD-LO HH I, Mp. 237; Friedrich Börth an die Governmental Group Hamburg, 7.5.1948. Ebd.

<sup>51</sup> OMGUS, Elections and Political Parties Branch, Civil Administration Division, 1.9.1947, Abs. 3-401. Stadtarchiv Ulm (StAU), E 201 CDU Nr. 1.

<sup>52</sup> Siehe etwa für Hamburg: Freie und Hansestadt Hamburg, Polizeibehörde: Polizeiliche Auf-lagen und Hinweise für die Durchführung von Umzügen, Versammlungen oder Veranstaltun-gen ähnlicher Art auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen, Anl. zu: Freie und Hansestadt Hamburg, Polizeibehörde, Schutzpolizeiamt, an die SPD LO HH, 11.8.1961. AdsD, Abt. III, SPD-LO HH I, Mp. 132.

des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold beteiligt gewesen war und sich mithin auf den Straßen zu bewegen wusste, schrieb 1949 an Erich Ollenhauer, die Hamburger Presse sehne sich nach einem »sauberen Wahlkampf«. »Saubere«, das meinte auch saubere Straßen.<sup>53</sup> Marschkolonnen, Straßenagitatoren oder die massenhafte Beflaggung der Mietshäuser waren 1949 unvorstellbar geworden, und der Hamburger Parteivorstand kam 1949 überein, auch nicht zu diesen Traditionen zurückkehren zu wollen: »Propaganda nicht im Stile der letzten 30 Jahre« lautete die Devise. Damit setzte sich die SPD sowohl von Weimar als auch vom Nationalsozialismus ab.<sup>54</sup>

Die CDU verwies bereits im selben Jahr auf die Negativfolie des SED-Regimes, wo die urbanen Räume weiterhin mit politischen Symbolen geflutet wurden. Die Uniformierung der Jugendlichen, die Fanfarenzüge und »Sturmfahnen«, das Aufmarschieren und gemeinschaftliche Absingen von Hymnen demonstrierte dort die »Wesensverwandtschaft mit den Nazis auch nach aussen hin«, so hieß es 1949 im Mitgliederblatt der Union.<sup>55</sup> Ganz im Einklang mit diesem Deutungsmuster mahn-ten Sozialdemokraten an der Basis nach dem Bundestagswahlkampf 1953, bei öffentlichen Parteiveranstaltungen »Gebräuche und Embleme« zu vermeiden, »die zu sehr an KPD, Ostzone und NSDAP erinnern«. An die Stelle von Fahneneinmärschen sollte Unterhaltungsmusik treten.<sup>56</sup> Fahnen und Lieder, formierte Körper und Umzüge standen im bundesrepublikanischen Verständnis nicht mehr für Volkserhebung und Revolution, sondern für die Diktatur – das revolutionäre Gehalt politischer Symbole verwies nun aufs Totalitäre.

Es spricht mithin wenig dafür, die ersten Wahlen der Bundesrepublik als die »letzte Wahl der Weimarer Republik« zu bezeichnen.<sup>57</sup> Der Wahlkampf von 1949 war im Hinblick auf seine Körperlichkeit und Sichtbarkeit tatsächlich der erste der »Bonner Republik« und bildete den Auftakt zu einem westdeutschen Stil, der Politik vom öffentlichen Raum in geschlossene Räume transponierte.<sup>58</sup> Das für Italien so charakteristische Massenpublikum, das sich weithin sichtbar versammelte und damit vor der lokalen Öffentlichkeit politische Legitimität performativ verhandelte, verschwand so in Westdeutschland weitgehend von der Bildfläche.

Hatten sich zu den ersten Protestwellen in der Bundesrepublik anlässlich der Wiederbewaffnung doch einmal Hunderttausende unter freiem Himmel versammelt, hielt sich die SPD selbst dann betont im Hintergrund, wenn sie den Protest selbst organisiert hatte. Anlässlich der »Kampf dem Atomtod«-Kampagne gegen die atomare Be-

<sup>53</sup> Karl Meitmann an Erich Ollenhauer, 24.6.1949. AdsD, Abt. III, SPD-LO HHI, Mp. 104. Zu Meitmann vgl. W. TORMIN, *Geschichte der SPD*, 1994, S. 14.

<sup>54</sup> Protokoll der Parteivorstandssitzung [der SPD-Landesorganisation Hamburg] vom 18.8.1949. AdsD, Abt. III, SPD-LO HH II, Mp. 1040. Zu den Weimarer Wahlkämpfen vgl. G. PAUL, *Krieg der Symbole*, 1992.

<sup>55</sup> »Rote Hitler-Jugend«, in: DEUTSCHLAND-UNION-DIENST, 8.7.1949.

<sup>56</sup> SPD Bezirk Rissen [Hamburg], gez. Berg, an den Parteivorstand, Kreisvorstand und Distriktvorstand, o.D. [Anfang Oktober 1953]. AdsD, Abt. III, SPD-LO HHI, Mp. 332.

<sup>57</sup> J. W. FALTER, *Kontinuität und Neubeginn*, 1981, S. 260.

<sup>58</sup> Vgl. P. BETTS, *Ästhetik und Öffentlichkeit*, 2003.

waffnung der Bundeswehr hatten sich 1958 zur größten Massenprotestkundgebung der 1950er Jahre 150 000 Menschen auf dem Hamburger Rathausmarkt versammelt. Die SPD hatte einen wesentlichen Teil der Besucher selbst mobilisiert und in geordneten Zügen zum Platz vor dem Rathaus geführt. Dennoch wurde die Kundgebung als überparteiliche Veranstaltung deklariert; rote Fahnen waren keine zu sehen.<sup>59</sup> Protestkundgebungen wie diese sollten bereits in den 1950er Jahren auf »Bürgerbewegungen«, nicht auf Parteien verweisen.

Dieser Abschied der politischen Parteien von der Straße und der revolutionären Formensprache bedeutete mehr als nur die »Modernisierung« oder »Westernisierung« von Partei- und Kommunikationskulturen.<sup>60</sup> Ganz im Gegensatz zur Weimarer Republik und anders als in Italien stellten die Parteien dem »Volk« keine Bühnen mehr bereit, sich als »Volk« – im republikanischen Sinne – zu inszenieren. Damit ging, anders als vor 1933, zwar von der Straße keine Gefahr mehr aus, weder für den Staat noch für Ruhe und Ordnung. Doch entkoppelte sich damit auch der Diskurs um die Legitimität politischer Herrschaft (und die Legitimität des Staats) vom Parteienkonflikt und von den Organisationen des etablierten Politikbetriebs insgesamt. Als »Volk« konnten die Westdeutschen nur noch selbst für sich sprechen; das taten sie vornehmlich in Briefen an politische Autoritäten, Parteien und Presse.<sup>61</sup> Wie der eingangs zitierte Kommentar im *Hamburger Abendblatt* illustriert, begrüßten viele zeitgenössische Beobachter diese Entwicklung als Ausdruck einer spezifisch westdeutschen »Modernität«. Die Abkehr von der Straßenpolitik war mithin wesentlicher Bestandteil des politischen Stils der »Sachlichkeit«, der für die Bundesrepublik prägend werden sollte.<sup>62</sup>

#### 4. Fazit und Ausblick

Dank einer Erinnerungskultur, die auf die Leistungen der *Resistenza* und des Volksprotests seit 1943 verweisen konnte und diese in die Traditionen des *Risorgimento* stellte, tat das Vermächtnis faschistischer Straßenpolitik der *piazza* und der Straße als Orten der Massenchoreographie in Italien keinen Abbruch – ganz im Gegensatz zu Westdeutschland. Hier ließen die Verweise auf Weimar, den Nationalsozialismus und die DDR eine Rückkehr zum »Massenritt« unmöglich scheinen, wobei die Sozialdemokraten aus sich selbst heraus von einem Kulturmuster Abschied nahmen, das sie selbst erfunden hatten. Südlich der Alpen hingegen gaben die Kommunisten als selbsterklärte Protestpartei einen politischen Stil vor, der für die Republik

<sup>59</sup> Vgl. C. OLDENBURG, Tradition und Modernität, 2009, S. 397, 402–405; A. SCHILDT, »Atomzeitalter«, 2009, S. 47 f.

<sup>60</sup> H. GREBING, »Traditionskompanie«, 1994; J. ANGSTER, Konsenskapitalismus, 2003; C. OLDENBURG, Tradition und Modernität, 2009.

<sup>61</sup> Vgl. M. FENSKE, Demokratie erschreiben, 2013; C. C. GATZKA, »Demokratisierung«, 2016, S. 153–164.

<sup>62</sup> Vgl. T. MERGEL, Sachlichkeit, 2003.

prägend werden sollte: Die Legitimität des parlamentarischen Betriebs hing paradoxerweise von der Mobilisierung des »Volks« auf den Straßen vor allem in Wahlkämpfen ab. Mit dem sich ausbreitenden »Wirtschaftswunder« (*miracolo economico*) und dem einsetzenden sozialen und medialen Wandel schwächte sich die Mobilisierungskraft seit Ende der 1950er Jahre deutlich ab; die Straßenpolitik unterlag Routinisierungsprozessen, die in den 1960er Jahren sorgenvoll diskutiert wurden. Die 1968er belebten diese italienische Tradition neu und erwiesen sich damit als weitaus weniger revolutionär als ihre westdeutschen Kommilitonen. Damit forderten sie aber parlamentarische Akteure heraus, denen traditionsgemäß eigentlich die Straßen und Plätze des Landes gehörten. Diese sehr unterschiedlichen nationalen Traditionen sollten bei der historischen Deutung des außerparlamentarischen Protests seit den 1960er Jahren stärkere Beachtung finden.

## Quellen- und Literaturverzeichnis

- Angster, Julia: Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003.
- Balistier, Thomas: Straßenprotest. Formen oppositioneller Politik in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1979 und 1989, Münster 1996.
- Bethge, Horst: »Die Bombe ist böse«. Wie der Ostermarsch in Hamburg entstand, in: Jörg Berlin (Hrsg.), Das andere Hamburg. Freiheitliche Bestrebungen in der Hansestadt seit dem Spätmittelalter, Köln 1981, S. 357–368.
- Betts, Paul: Ästhetik und Öffentlichkeit. Westdeutschland in den fünfziger Jahren, in: Bernd Weisbrod (Hrsg.), Die Politik der Öffentlichkeit – die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2003, S. 231–260.
- Bothien, Horst-Pierre: Auf zur Demo! Straßenprotest in der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn 1949–1999. Eine Dokumentation, Essen 2009.
- Bouvier, Beatrix W.: Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung. Außen-, sicherheits- und deutschlandpolitische Umorientierung und gesellschaftliche Öffnung der SPD 1960–1966, Bonn 1990.
- Casali, Luciano: Bugie di guerra. Il 1939–1943 dei bolognesi attraverso le pagine del »Carlino«, in: Angelo Varni (Hrsg.), Storia di Bologna, Bd. 4: Bologna in età contemporanea 1915–2000, Bologna 2013, S. 547–586.
- Cavazza, Stefano: Comunicazione di massa e simbologia politica nelle campagne elettorali del secondo dopoguerra, in: Pier L. Ballini/Maurizio Ridolfi (Hrsg.), Storia delle campagne elettorali in Italia, Mailand 2002, S. 193–237.
- Cavazza, Stefano: Dimensione massa. Individui, folle, consumi 1830–1945, Bologna 2004.
- Daum, Andreas W.: Lernprozesse, Konkurrenz und Legitimationsdruck. Inszenierungen von Politik in Berlin, 1950–1963, in: Martin Aust/Daniel Schönpflug (Hrsg.), Vom Gegner lernen. Feindschaften und Kulturtransfers im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt a. M./New York 2007, S. 253–270.
- Erker, Paul: Hunger und sozialer Konflikt in der Nachkriegszeit, in: Manfred Gailus/Heinrich Volkmann (Hrsg.), Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990, Opladen 1994, S. 392–408.
- Falter, Jürgen W.: Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn, in: PVS 22 (1981), S. 236–263.

- Fenske, Michaela: Demokratie erschreiben. Bürgerbriefe und Petitionen als Medien politischer Kultur 1950–1974, Frankfurt a. M./New York 2013.
- Fritzsche, Peter: Als Berlin zur Weltstadt wurde. Presse, Leser und die Inszenierung des Lebens, Berlin 2008.
- Gailus, Manfred: Die Revolution von 1848 als »Politik der Straße«, in: Dieter Dowe/Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche (Hrsg.), Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1988, S. 1021–1044.
- Galm, Heinrich: Ich war halt immer ein Rebell. Politische Erinnerungen von Heinrich und Marie Galm, hrsg. v. Studienkreis »Geschichte der Offenbacher Arbeiter und ihrer Organisationen« e.V., Offenbach a. M. 1980.
- Gatzka, Claudia C.: Der »neue Mensch« auf ausgetrampelten Pfaden. Kommunistische Bewährung und politischer Massenmarkt im postfaschistischen Italien, in: JHK 2012, S. 145–157.
- Gatzka, Claudia C.: Demokratie als lokale Praxis. Bürger, Politik und urbane Wahlkampfkultur in Italien und der Bundesrepublik, 1945–1976, Diss. phil. HU, Berlin 2015.
- Gatzka, Claudia C.: »Demokratisierung« in Italien und der Bundesrepublik. Historiographische Narrative und lokale Erkundungen, in: Sonja Levens/Cornelius Torp (Hrsg.), Wo liegt die Bundesrepublik? Vergleichende Perspektiven auf die westdeutsche Geschichte, 1945–1989, Göttingen 2016, S. 145–165.
- Geppert, Dominik: »Proclaim Liberty Throughout all the Land«: Berlin and the Symbolism of the Cold War, in: ders. (Hrsg.), The Postwar Challenge. Cultural, Social, and Political Change in Western Europe, 1945–58, Oxford/New York 2003, S. 339–363.
- Gozzini, Giovanni: La democrazia dei partiti e il »partito nuovo«, in: Roberto Gualtieri/Carlo Spagnolo/Ermanno Taviani (Hrsg.), Togliatti nel suo tempo, Rom 2007, S. 277–305.
- Grebing, Helga: Von der »Traditionskompanie« zur »Staatspartei«. Die Modernisierung der Sozialdemokratie in den 1950er und 1960er Jahren im regionalen Vergleich, in: Jürgen Kocka/Hans J. Puhle/Klaus Tenfelde (Hrsg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter, München 1994, S. 205–222.
- Greiffenhagen, Martin: Vom Obrigkeitsstaat zur Demokratie: Die politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, in: Peter Reichel (Hrsg.), Politische Kultur in Westeuropa. Bürger und Staaten in der Europäischen Gemeinschaft, Frankfurt a. M. 1984, S. 52–76.
- Grießmer, Axel: Massenverbände und Massenparteien im wilhelminischen Reich. Zum Wandel der Wahlkultur 1903–1912, Düsseldorf 2000.
- Häberlen, Joachim C.: Vertrauen und Politik im Alltag. Die Arbeiterbewegung in Leipzig und Lyon im Moment der Krise 1929–1933/38, Göttingen 2013.
- Jerram, Leif: Streetlife. The Untold History of Europe's Twentieth Century, Oxford 2011.
- Klinkhammer, Lutz: Der Resistenza-Mythos und Italiens faschistische Vergangenheit, in: Holger Afflerbach/Christoph Cornelißen (Hrsg.), Sieger und Besiegte. Materielle und ideelle Neuorientierungen nach 1945, Tübingen/Basel 1997, S. 119–139.
- Kössler, Till: Abschied von der Revolution. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945–1968, Düsseldorf 2005.
- Kössler, Till: Die Grenzen der Demokratie. Antikommunismus als politische und gesellschaftliche Praxis in der frühen Bundesrepublik, in: Stefan Kreuzberger/Dierk Hoffmann (Hrsg.), »Geistige Gefahr« und »Immunsierung der Gesellschaft«. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014, S. 229–250.
- Korff, Gottfried: Rote Fahnen und geballte Faust. Zur Symbolik der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, in: Peter Assion (Hrsg.), Transformationen der Arbeiterkultur, Marburg 1986, S. 86–107.
- Kraatz Magri, Jessica: Der umkämpfte Volksheld. Zur Geschichte des Garibaldi-Mythos in Italien (1882–1948), Köln 2011.
- Kraushaar, Wolfgang: Die Protestchronik der Bundesrepublik, 4 Bde., Hamburg 1996.

- Kreile, Michael: Die Republik Italien 1946–1996, in: GG 26 (2000), S. 255–284.
- Kritidis, Gregor: Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 2008.
- Lindenberger, Thomas: Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900–1914, Bonn 1995.
- Lindenberger, Thomas: Ruhe und Ordnung, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 2, München 2001, S. 469–484.
- Marcellino, Nella: Le tre vite di Nella, hrsg. v. Maria Luisa Righi, Mailand 2009.
- Mennen, Kristian: Selbstinszenierung im öffentlichen Raum. Katholische und sozialdemokratische Repertoirediskussionen um 1930, Münster 2013.
- Mergel, Thomas: Der mediale Stil der Sachlichkeit. Die gebremste Amerikanisierung des Wahlkampfes in der politischen Selbstbeobachtung der alten Bundesrepublik, in: Bernd Weisbrod (Hrsg.), Die Politik der Öffentlichkeit – die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2003, S. 29–53.
- Mergel, Thomas: Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag, Düsseldorf 2012.
- Oldenburg, Christel: Tradition und Modernität – Die Hamburger SPD von 1955–1966, Berlin 2009.
- Paul, Gerhard: Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990.
- Paul, Gerhard: Krieg der Symbole. Formen und Inhalte des symbolpublizistischen Bürgerkrieges 1932, in: Diethart Kerbs/Henrick Stahr (Hrsg.), Berlin 1932. Das letzte Jahr der ersten deutschen Republik. Politik, Symbole, Medien, Berlin 1992, S. 27–55.
- Perona, Ersilia Alessandrone: La Bandiera rossa, in: Mario Isnenghi (Hrsg.), I luoghi della memoria. Simboli e miti dell'Italia unita, Rom/Bari 2010, S. 337–362.
- Peukert, Detlev J. K.: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt a. M. 1987.
- Reichardt, Sven: Fascist Marches in Italy and Germany. Squadre and SA before the Seizure of Power, in: Matthias Reiss (Hrsg.), The Street as Stage. Protest Marches and Public Rallies since the Nineteenth Century, Oxford 2007, S. 169–189.
- Reiss, Matthias (Hrsg.): The Street as Stage. Protest Marches and Public Rallies since the Nineteenth Century, Oxford 2007.
- Ricci, Aldo G.: I timori di guerra civile nelle discussioni dei governi De Gasperi, in: Fabrizio Cicchitto (Hrsg.), L'influenza del comunismo nella storia d'Italia. Il PCI tra via parlamentare e lotta armata, Soveria Mannelli 2008, S. 73–93.
- Roccucci, Adriano (Hrsg.): La costruzione dello Stato-nazione in Italia, Rom 2012.
- Rosenhaft, Eve: Links gleich Rechts? Militante Straßengewalt um 1930, in: Thomas Lindenberger/Alf Lüdtke (Hrsg.), Physische Gewalt. Studien zur Geschichte der Neuzeit, Frankfurt a. M. 1995, S. 238–275.
- Salvadori, Massimo L.: Storia d'Italia e crisi di regime. Saggio sulla politica italiana 1861–2000, Bologna 2001.
- Sassoon, Donald: Italy after Fascism. The Predicament of Dominant Narratives, in: Richard Bessel/Dirk Schumann (Hrsg.), Life after Death. Approaches to a Cultural and Social History of Europe during the 1940s and 1950s, Cambridge/New York 2003, S. 259–290.
- Schildt, Axel: »Atomzeitalter« – Gründe und Hintergründe der Proteste gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr Ende der fünfziger Jahre, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (Hrsg.), »Kampf dem Atomtod!« Die Protestbewegung 1957/58 in zeithistorischer Perspektive, München/Hamburg 2009, S. 39–56.
- Scoppola, Pietro: La Repubblica dei partiti. Evoluzione e crisi di un sistema politico, Bologna 1997.

- Soldani, Simonetta: Annäherungen an Europa im Namen der Nation. Die italienische Revolution 1846–1849, in: Dieter Dowe/Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche (Hrsg.), *Europa 1848. Revolution und Reform*, Bonn 1998, S. 125–166.
- SPD Propagandareferat (Hrsg.): *Der sozialdemokratische Wahlhelfer*, Bonn 1953.
- Szodrzynski, Joachim: Die »machtvolle« Ohnmacht – Politische Rekonstruktionen der Arbeiterorganisationen in Hamburg nach 1945, in: Frank Bajohr/ders. (Red.), *Improvisierter Neubeginn. Hamburg 1943–1953*, Hamburg 1989, S. 98–109.
- Tormin, Walter: *Die Geschichte der SPD in Hamburg 1945 bis 1950*, Hamburg 1994.
- Traniello, Francesco: *Città dell'uomo. Cattolici, partito e Stato nella storia d'Italia*, Bologna 1998.
- Trittel, Günter J.: Hungerkrise und kollektiver Protest in Westdeutschland (1945–1949), in: Manfred Gailus/Heinrich Volkmann (Hrsg.), *Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990*, Opladen 1994, S. 377–391.
- Ventrone, Angelo: *La cittadinanza repubblicana. Forma-partito e identità nazionale alle origini della democrazia italiana (1943-1948)*, Bologna 2008.
- Warneken, Bernd J.: »Massentritt«. Zur Körpersprache von Demonstranten im Kaiserreich, in: Peter Assion (Hrsg.), *Transformationen der Arbeiterkultur*, Marburg 1986, S. 64–79.
- Warneken, Bernd J. (Hrsg.): *Massenmedium Straße. Zur Kulturgeschichte der Demonstration*, Frankfurt a. M. 1991.
- Warneken, Bernd J.: »Die friedliche Gewalt des Volkswillens«. Muster und Deutungsmuster von Demonstrationen im deutschen Kaiserreich, in: ders. (Hrsg.), *Massenmedium Straße. Zur Kulturgeschichte der Demonstration*, Frankfurt a. M. 1991, S. 97–119.
- Warnke, Helmuth: »Bloß keine Fahnen«. Auskünfte über schwierige Zeiten, 1923–1954, Hamburg 1988.
- Wegert, Karl H.: Wirtshaus und Café, in: Christof Dipper/Ulrich Speck (Hrsg.), *1848. Revolution in Deutschland*, Frankfurt a. M./Leipzig 1998, S. 170–182.
- Weinhauer, Klaus: Protest, kollektive Gewalt und Polizei in Hamburg zwischen Versammlungsdemokratie und staatlicher Sicherheit ca. 1890–1933, in: Friedrich Lenger (Hrsg.), *Kollektive Gewalt in der Stadt. Europa 1890–1939*, München 2013, S. 69–102.
- Welskopp, Thomas: *Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz*, Bonn 2000.

## Politische Parallelwelten – Öffentliche Gesprächsarenen und parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik Deutschland 1949–1980

Öffentliche Kritik begleitete den neuzeitlichen Parlamentarismus seit den Anfängen politischer Repräsentation in Westeuropa und den USA.<sup>1</sup> Das Misstrauen galt der Institution wie den Vertretern des Volkes. In Deutschland wurden gegen die vermeintliche Allmacht der Parlamente und das Mehrheitsprinzip ständestaatliche Konzepte »organischer Volksrepräsentation« nach dem Vorbild des Weimarer Reichswirtschaftsrats wiederholt reaktiviert, zuletzt noch unter konservativen Staatsrechtlern und in der politischen Nachkriegspublizistik der 1940er Jahre.<sup>2</sup> Die Forderung nach einer gleichmäßigen Interessenrepräsentation war von traditionellen Vorbehalten gegenüber der Professionalisierung politischer Karrieren motiviert.<sup>3</sup> Seit den Anfängen politischer Assoziation galt der »Parteimensch« als degenerative Fehlentwicklung des Volksvertreters.<sup>4</sup> Das traditionelle Vorurteil gegenüber Parteipolitik verstärkte sich unter dem Einfluss extremistischer Anfeindungen des Parlamentarismus in der Zwischenkriegszeit, so dass der Reichstag noch nach 1945 diskreditiert und die »Weimarer Verhältnisse« eine populäre Chiffre für die Ablehnung der Parteiendemokratie waren.<sup>5</sup>

Im Mittelpunkt des folgenden Beitrages stehen öffentliche Diskussionsveranstaltungen, die sich seit den 1950er Jahren in der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik dauerhaft etablierten. Als politische Gesprächsforen spielten sie eine wichtige Rolle bei der Demokratisierung der Nachkriegsgesellschaft. Veranstalter und Akteure legten Wert auf »geistige Unabhängigkeit« und wahrten kritische Distanz zur Parteiendemokratie. Unter der Vielzahl der Neugründungen lassen sich nach Funktion und Praxis verschiedene Veranstaltungstypen unterscheiden, von denen sich einige wenige, hier exemplarisch behandelte Diskussionsforen in der neu formierten Medienöffentlichkeit der Bundesrepublik als Institutionen der Zivilgesellschaft erfolgreich behaupten konnten. Die hier untersuchten Gesprächsforen waren hochpolitische Veranstaltungen mit massenhaftem Zulauf, die in der fragilen Gründungsphase der Demokratie einen kritischen öffentlichen Resonanzraum bildeten. Durch ihre bloße Existenz konstituierten sie eine »politische Parallelwelt«, in der

---

<sup>1</sup> Zu Frankreich: P. FRIEDLAND, *Actors*, 2002, S. 124–164, 258–295; für England: A. WIRSCHING, *Volkes Stimme*, 1990; USA: J. CHAFETZ, *Privileged Few*, 2007.

<sup>2</sup> Hierzu u. a. C. SCHÖNBERGER, *Parlament im Anstaltsstaat*, 1997; S. ULLRICH, »Weimar-Komplex«, 2009, S. 238–252; M. REITMAYER, *Elite*, 2009.

<sup>3</sup> A. BIEFANG/A. SCHULZ, *Concepts of Parliamentarianism*, 2016.

<sup>4</sup> P. ERBENTRAUT, *Theorie*, 2016, S. 164 f., zit. hier aus einem anonymen Beitrag für die *NEUE MONATSSCHRIFT FÜR DEUTSCHLAND* aus dem Jahr 1822.

<sup>5</sup> C. GUSY, *Parteienstaat*, 1993.

kontroverse Gegenwartsprobleme und auch die Institutionen der parlamentarischen Demokratie selbst Gegenstand kritischer Reflexion waren – die formale Praxis der Demokratie, die parlamentarische Rede- und Streitkultur, Fraktionszwang und Parteienkonkurrenz oder die Auswahl und Qualität der gewählten Volksvertreter und politischen Amtsträger, um nur einige Diskussionspunkte zu nennen.

Aufgrund der großen Publikums- und Medienresonanz sind die hier behandelten Diskussionsarenen als ein formatives Element der neu entstehenden Zivilgesellschaft zu betrachten. Andererseits stellten sie auch ein kritisches Potential dar in einer fragilen Ausgangssituation, die als »Gründungskrise« der Demokratie bezeichnet worden ist. Die Hauptakteure der Gesprächsforen inszenierten sich vor einem Massenpublikum als demokratische Geisteselite und beanspruchten Deutungskompetenz in Konkurrenz zur »politischen Klasse« der parlamentarischen Demokratie. Im Folgenden werden zunächst die Entstehungsbedingungen politischer Diskussionsforen der Nachkriegszeit im Kontext der Diktaturerfahrung und der Re-education-Politik der Alliierten skizziert (I.). Eine systematische Übersicht der verschiedenen Typen soll die Unterschiede zwischen nicht- bzw. semiöffentlichen Gesprächskreisen einerseits und den hier relevanten öffentlichen Diskussionsforen andererseits verdeutlichen (II.). Der größere Teil des Beitrages (III.–V.) widmet sich den wichtigsten öffentlichen Gesprächsarenen von den 1950er bis Anfang der 1980er Jahre. Im Zentrum stehen die Struktur und das Arrangement der Inszenierung, das Selbstverständnis der Teilnehmer und die öffentliche Resonanz der politischen Gespräche, sowie schließlich die Argumente und Stereotype der Parlamentarismuskritik, die sich in den politischen Parallelwelten artikulierten.

## 1. Parlamentarismuskritik in der Gründungskrise der Demokratie

Öffentliche Debatten über Politik hatten seit der Mitte des 19. Jahrhunderts im Parlament ein zentrales Forum gefunden. Was dort verhandelt wurde, stand auch in den Salons und Kaffeehäusern, Clubs und Vereinen des städtischen Bürgertums in Europa zur Diskussion. Anders als in den Parlamenten, die sich an praktischen Arbeitserfordernissen orientierten, blieb für die zivilen Gesprächsarenen das Idealbild einer deliberativen Demokratie maßgeblich. Wie in frühzeitlichen Religionsgesprächen oder akademischen Disputationen sollte hier das rhetorische Wortgefecht gepflegt werden, in dem sich beim Ringen um Wahrheit am Ende die Überzeugungskraft des überlegenen Arguments durchsetzt. Im »Realparlamentarismus« kam es hingegen weniger auf Rhetorik und Erkenntnis an, als auf den letztlich formellen Akt der Beratung und Beschlussfassung im Zuge der parlamentarischen Gesetzgebung. Die formalisierte Art politischen Debattierens begründete nicht nur eine essentielle Differenz zwischen parlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Redekulturen, sie provozierte auch Missverständnisse und öffentliche Kritik. In den Gründungsjahren der Bonner Demokratie war Parlamentskritik sehr virulent, wie an den hier thematisierten öffentlichen Diskussionsveranstaltungen zu zeigen sein wird.

Öffentliche politische Diskussionen standen in der Frühzeit der Bundesrepublik im Schatten der Diktaturerfahrung während der NS-Herrschaft. Unmittelbar nach Kriegsende bedurften sie der Genehmigung der Besatzungsmächte oder der von ihr beauftragten Kommunalverwaltung. Insbesondere die US-Militärregierung maß im Rahmen ihres Programms der »demokratischen Umerziehung« der Reaktivierung öffentlicher Diskussionen große Bedeutung bei. Auch in der britischen Zone war eine kontrollierte öffentliche Gesprächskultur integraler Bestandteil der Re-education. Robert Birley, *Educational Adviser* der britischen Militärregierung, propagierte eine aktive Selbsterziehung zur Demokratie durch das öffentliche Gespräch.<sup>6</sup> Diskussionen förderten die Demokratisierung durch aktive Partizipation der Bürger, so lautete das pädagogische Konzept. Politisch zielte die alliierte Gesprächstherapie also auf die lokale Einübung demokratischer Spielregeln.

Bei der Initiierung öffentlicher Gesprächsforen traten besonders US-amerikanische Verbindungsoffiziere als Diskussionsleiter lokaler Veranstaltungen auf.<sup>7</sup> Radio Frankfurt organisierte 1947 im Beisein von Vertretern der Militärregierung erste öffentliche Podiumsgespräche. Dabei wurde unter Anleitung ausgewählter Experten über politische Alltagsfragen mehr informiert als diskutiert – Wohnungsnot, Schulreform, Rundfunkpolitik usw. Öffentliche Kommunikation über Politik wurde *top-down* dirigiert, Publikumsdiskussionen zunächst nur unter der Kontrolle der Besatzungsmacht zugelassen. Vorbehalte gegen diese Praxis gelenkter Diskussion kamen weniger aus dem Publikum als von Seiten kommunaler Amts- und Mandatsträger. In Stuttgart beispielsweise beschwerte sich der Gemeindebeirat im Dezember 1945 über *Military Government Officer* Charles L. Jackson's »patronizing stance«. Lokalpolitiker würden als »parliamentary children« behandelt, während der Militärgouverneur den »teacher of democracy« spiele.<sup>8</sup> In solchen Beschwerden äußerten sich nicht allein Vorbehalte gegenüber der Besatzungsmacht, sondern vor allem die Skepsis professioneller Kommunalpolitiker gegenüber den neuen öffentlichen Gesprächsforen. Bürgermeister Wilhelm Kaisen verhielt sich ähnlich ablehnend zu einer von der US-Militärregierung genehmigten Bremer Bürgerversammlung im April 1949, bei der eine Expertenrunde im Bürgerschaftssaal des Neuen Rathauses vor mehreren hundert Zuschauern über staatlichen Wohnungsbau diskutierte. Auf der turbulenten Veranstaltung wurden Referenten vom Publikum beleidigt, Argumente gingen im Lärm unter. Kaisen kommentierte die Vorkommnisse in der Senatsitzung mit der Bemerkung, Diskussionen seien »Sache der Parteien«, nicht der Bürger.<sup>9</sup> Das pädagogische Konzept demokratischer Gesprächserziehung widersprach ganz offensichtlich dem Politikverständnis des Bremer Bürgermeisters. Dessen Reaktion reflektierte eine unter kommunalen Eliten verbreitete Einstellung zur öffent-

<sup>6</sup> K. JÜRGENSEN, *Besatzungspolitik*, 1999, S. 55 f.

<sup>7</sup> N. VERHEYEN, *Diskussionslust*, 2010, S. 88.

<sup>8</sup> R. BOEHLING, *Democratic Reforms*, 1996, S. 187, bezieht sich hier auf die Sitzungsprotokolle des Gemeindebeirats.

<sup>9</sup> Den Vorgang schildert N. VERHEYEN, *Diskussionslust*, 2010, S. 106 f.

lichen Diskussion, die angeblich affektgeleitete antidemokratische Einstellungen begünstige.

Erst allmählich emanzipierten sich die Gesprächsforen der Nachkriegszeit von der alliierten Patronage. Der Übergang von der kontrollierten Öffentlichkeit der Nachkriegszeit zur öffentlichen Gesprächskultur der westdeutschen Demokratie war ein zentrales Element alliierter Umerziehungspolitik. Mit der Staatsgründung veränderten sich die politischen Rahmenbedingungen des neu entstehenden öffentlichen Diskurses. Die hier untersuchten, bislang kaum beachteten Gesprächsforen der 1950er und 1960er Jahre gehören in den Kontext der Gründungsgeschichte der parlamentarischen Demokratie, die, wie Dirk A. Moses dargelegt hat, ein intellektueller wie emotionaler Kraftakt kollektiver Selbstvergewisserung gewesen ist, der diskontinuierlich und kontrovers verlief. Die Mehrheit der Teilnehmer am öffentlichen Diskurs trug das Stigma der Zeitgenossenschaft mit den singulären Verbrechen der NS-Tätergeneration.<sup>10</sup> Dass unter diesen Umständen ein demokratischer Gründungskonsens entstand, gilt als zentrale Voraussetzung der »Erfolgsgeschichte« der Bundesrepublik.<sup>11</sup> Eine liberale Gesellschaftsordnung festigte sich erst durch zivilgesellschaftliche Kommunikation, die sich außerhalb der politischen Institutionen entfaltete. In öffentlichen Diskussionen wurden Spielregeln der Demokratie aktiv eingeübt, bis sie in der Nachkriegsgesellschaft Wurzeln schlagen konnten.

Dass die Gesprächsforen der Nachkriegszeit kritische Distanz zur parlamentarischen Demokratie hielten und deren äußere Formen mitunter explizit ablehnten, ist ein Aspekt, der bisher keine Beachtung fand. Diese kritische Disposition ist vor allem auf die nachhaltige Diskreditierung der Weimarer Demokratie in der öffentlichen Erinnerung zurückzuführen. Der »Weimarkomplex« beeinflusste die Verfassungsberatungen im Parlamentarischen Rat und in den Ländern der Besatzungszonen, und er war auch in den politischen Diskussionen der entstehenden Zivilgesellschaft präsent.<sup>12</sup> In den Nachkriegsjahren 1945 bis 1949 war die Ablehnung der Parteiendemokratie besonders ausgeprägt, Publizistik und Presse erklärten das Scheitern der Weimarer Demokratie »als ›Versagen‹ eines parlamentarischen Parteienstaates«.<sup>13</sup> In den Führungszirkeln der neu gegründeten Parteien herrschte die Sorge, dass alles, was mit dem Weimarer »Parteietrieb zusammenhängt [...], dem deutschen Volk widerwärtig« geworden sei, wie der stellvertretende Landesvorsitzende der FDP in Nordrhein-Westfalen im Oktober 1947 argwöhnte.<sup>14</sup> Aber nicht nur die Erinnerung an den Weimarer Reichstag, dessen Ende als quälende Agonie im Gedächtnis verankert blieb, förderte Parlamentarismuskritik. Auch die von der Goebbels-Propaganda einge-

<sup>10</sup> »There was no escaping this stain«: D. A. MOSES, *Intellectuals*, 2007, S. 5.

<sup>11</sup> D. A. MOSES, ebd., S. 10, spricht von »discursive achievement«; vgl. A. SCHILDT, *Ankunft*, 1999, S. 149–181; J. HACKE, *Bürgerlichkeit*, 2006; N. VERHEYEN, *Diskussionslust*, 2010.

<sup>12</sup> S. ULLRICH, *Weimar-Komplex*, 2009; C. GUSY (Hrsg.), *Schatten*, 2003; M.-L. RECKER, »Bonn ist nicht Weimar«, 1993 und DIES. (Hrsg.), *50 Jahre Bundesrepublik*, 2001.

<sup>13</sup> S. ULLRICH, »Weimar-Komplex«, 2009, S. 22, 83, 377; zur Ablehnung der Parteiendemokratie vgl. M.-L. RECKER, *Parteienstaat*, 2006; C. GUSY, *Parteienstaat*, 1993.

<sup>14</sup> Zit. n. S. GRÜNER, *Lehren aus Weimar*, 2003, S. 230.

impfte Verachtung gegenüber dem Weimarer »System« hatte tiefe Spuren hinterlassen. Den Parlamentariern der ersten Stunde schlugen daher lang gehegte Vorurteile über vermeintlich überforderte, unfähige, ja, korrupte Volksvertreter entgegen. Dieser populäre Antiparlamentarismus entlastete gleichermaßen ehemalige Täter, einfache Funktionsträger und »Mitläufer«, die sich durch den pauschalen Verweis auf das kollektive Versagen der parlamentarischen Eliten selbst von jeder Mitverantwortung am Untergang der Weimarer Demokratie freisprechen konnten.

Parlamentskritische Stimmen in der Bundesrepublik bedienten sich derselben Stereotype, Bilder und Argumente, die gegen den Weimarer Reichstag und generell gegen die repräsentative Demokratie aufgerufen wurden.<sup>15</sup> In der fragilen Nachkriegsordnung bestand die Gefahr, dass »durch die Perpetuierung der antiparlamentarischen und antiparteilichen Vorbehalte [...] die Legitimität der zweiten Republik tendenziell in Frage gestellt« würde.<sup>16</sup> Doch schwang in jeder kritischen Äußerung über die Weimarer Verhältnisse zugleich ein politischer Gestaltungsanspruch in Hinblick auf die demokratische Neuordnung der Bundesrepublik mit. Dieser Zusammenhang steht hier im Zentrum. Wurde die intellektuelle Gründungsgeschichte der Bundesrepublik lange Zeit noch in erster Linie an den institutionellen Verfassungsdebatten der Länder und im Parlamentarischen Rat untersucht, so gilt das Interesse heute mehr der entstehenden Zivilgesellschaft und der diskursiven Praxis der Demokratie. Moderierte Diskussionsveranstaltungen hätten die politische Dialog- und Kompromissfähigkeit als Voraussetzung und Wertgrundlage der Demokratie gefördert, so die Bewertung Nina Verheyens.<sup>17</sup>

Sind öffentliche Gesprächsforen also in erster Linie ein »Mittel der Demokratisierung« gewesen? Dass das konsensuelle Kommunikationsideal westlicher Provenienz in der Nachkriegsgesellschaft Westdeutschlands breite Resonanz fand, ist unbestreitbar. Doch wäre es falsch, die neuen öffentlichen Gesprächsforen als Lernfabriken alliierter Demokratieerziehung zu betrachten. Sie entstanden aus der spezifischen Bedürfnislage der Nachkriegszeit als zivilgesellschaftliche Parallelwelten der parlamentarischen Demokratie. Ohne konkreten politischen Auftrag förderten sie die kritische Gesprächs- und Reflexionsbereitschaft als Selbstzweck einer kommunikativen Demokratie. Zwischen den zivilen Gesprächsarenen und den Institutionen der parlamentarischen Demokratie entwickelte sich so eine responsive, komplementäre, mitunter auch konfrontative Koexistenz. Die Gesprächsmanager der Diskussionsforen der Nachkriegszeit wollten einen freien öffentlichen Diskurs führen, der eine ideale Gegenwelt zum Bonner Parlamentarismus konstituieren sollte.

---

<sup>15</sup> Vgl. A. BIEFANG, *Ende der Deliberation*, 2014; H. MOMMSEN, *Schatten*, 1998.

<sup>16</sup> So die pointierte These von ULLRICH, »Weimar-Komplex«, 2009, S. 379.

<sup>17</sup> G. METZLER, *Konzeptionen politischen Handelns*, 2005, S. 202 f.; N. VERHEYEN, *Diskussionslust*, 2010, S. 25, 211, 220–228.

## 2. Politische Diskussionsforen der 1950er und 1960er Jahre

Zu den ersten der neu entstehenden Foren öffentlicher Diskussion zählten die nach 1945 gegründeten Akademien der Kirchen in Deutschland. Sie verstanden sich explizit als »Gesprächs- und Begegnungsstätten« aller Bürger, richteten sich also nicht primär an das »Kirchenvolk«. Das Gespräch als solches war Gründungs- und Selbstzweck der Akademien. Sie sahen sich einer Diskursethik des »freien Wortes« und der Wahrheitssuche verpflichtet, wie sich der katholische Publizist Otto B. Roegele (1920–2005) erinnert.<sup>18</sup> Mittels einer »geordneten« Gesprächsführung des »Für und Wider im Ringen um die Erkenntnis« wollten die Akademien eine »alternative Gesprächskultur [...] dialogisch-kommunikativen Handelns« begründen.<sup>19</sup> Statt ideologischer Positionen sollten »Werte und Orientierungen« gelten, um eine diskursive Gesprächsführung »fragenden Denkens« zu ermöglichen. Mit dem hochgesteckten Ziel der Versöhnung gegensätzlicher Standpunkte erhoben die Akademien den politischen Anspruch, »zwischen den Parteien und pluralistischen Gruppen« zu vermitteln.<sup>20</sup> Im Prozess der demokratischen Neuordnung wollten sich die Akademien »an den Hauptstraßen der öffentlichen Diskussion« ansiedeln.<sup>21</sup> Ihr Modell einer konsensualen Gesprächskultur sollte den politischen Leerlauf ideologischer Debatten beenden: »Die Akademien sind Stätten der Begegnung, und auf ihren Tagungen sollen nicht zuerst Standpunkte konfrontiert werden.«<sup>22</sup>

Die Akademieleiter konzipierten die »Kunst der Gesprächsführung«<sup>23</sup> als zivilgesellschaftlichen Gegenentwurf zur parlamentarischen Redekultur: »Wer ein Gespräch führt und, statt den anderen unbekümmert die Wahrheit zu sagen, Interessen vertritt oder seine Karten verdeckt, diskutiert nicht. Er debattiert.«<sup>24</sup> Hermetische Parteimonologe sollten durch den Dialog der Kirche mit der Gesellschaft durchbrochen werden, das öffentliche Gespräch sich am platonischen Diskursideal kommunikativer Wahrheitsfindung orientieren. Obgleich die Akademien keine politische Beratungskompetenz beanspruchten, deutet die Tatsache, dass zu den Gesprächen bevorzugt exponierte Akteure der Exekutive – Brüning, Heuss, Adenauer – eingeladen wurden, auf ihre Staatsnähe hin.

Bei einer Bestandsaufnahme Anfang der 1980er Jahre konstatierten selbst wohlwollende Wegbegleiter eine »Krise des Akademiegedankens«, der in den ersten zwei Jahrzehnten der Bonner Demokratie große Faszination ausgeübt hatte. Im Rückblick auf die Blütezeit der Akademien hob der Publizist und Leiter der katholischen Tho-

<sup>18</sup> O. B. ROEGELE, *Gott und die Welt*, 1983, S. 51.

<sup>19</sup> H. BOVENTER, *Ethos*, 1983, S. 136 f.

<sup>20</sup> Ebd., S. 139.

<sup>21</sup> O. B. ROEGELE, *Gott und die Welt*, 1983, S. 53.

<sup>22</sup> Ebd., S. 55. Zum Konzept der »Begegnung« s. auch M. REITMAYER, *Elite*, 2009, S. 56 f.

<sup>23</sup> E. MÜLLER, *Kunst der Gesprächsführung*, 1969. Der Theologe Eberhard Müller (1906–1989) war erster Direktor der Evangelischen Akademie Bad Boll. Vgl. R. J. TREIDEL, *Evangelische Akademien*, 2001.

<sup>24</sup> E. MÜLLER, *Kunst der Gesprächsführung*, 1969, zit. n. Verheyen, 2010, S. 266.

mas-Morus-Akademie Bensberg Hermann Boverter (1928–2001) den »kirchlichen Beitrag zum geistigen Wiederaufbau Deutschlands« hervor, der darin bestehe, »die ideologische Verhärtung in der Gruppengesellschaft« überwunden zu haben. Dass die »Gegensätze« zwischen »den politischen Parteien« keine »feindselige Polarisierung« bewirkten, sei der konsensuellen, durch die Akademien beförderten Kommunikationskultur zu verdanken. Der Umkehrschluss schien nahezuliegen: »Der Mangel an solcher Gesprächskultur war ein Grund für das Zerbrechen des Weimarer Staates«. <sup>25</sup>

Zeitgleich mit der Gründungsphase der kirchlichen Akademien hatten sich kurz nach Kriegsende verschiedene intellektuelle Gesprächskreise gebildet. Die Teilnehmer trafen sich abseits der Öffentlichkeit, abgeschirmt von den politischen Gegenwartsdebatten, »in der Sicherheit des Schweigens«. Besondere Aufmerksamkeit erregte der konservative Gesprächskreis um Carl Schmitt, trotz und wegen der Rolle des Protagonisten im »Dritten Reich«. blieb die publizistische Resonanz dieser elitären Gesprächsoase auch gering, so umgab sie gleichwohl ein Nimbus »auratischer Kommunikation«. <sup>26</sup> Die bloße Existenz der Gruppe konstituierte eine politische Gegenwelt sowohl zur parlamentarischen Demokratie als auch zum Mainstream öffentlicher Kommunikation über Politik, von deren Demokratievorstellungen sich diese Priester-Intellektuellen in der Abgeschlossenheit ihres Domizils distanzieren.

Andere Gesprächszirkel hingegen wurden mit dem Anspruch gegründet, an der politischen Neuordnung durch öffentliche Präsenz aktiv mitzuwirken. Eine der frühesten und bedeutendsten Initiativen ging vom »Imshäuser Projekt« aus, an dessen Zustandekommen Ende 1945/Anfang 1946 Heinrich von Trott zu Solz (1918–2009), der jüngere Bruder des Widerstandskämpfers Adam von Trott, Walter Dirks (1901–1991), Eugen Kogon (1903–1987) und der Darmstädter Oberbürgermeister Ludwig Metzger (1902–1993) beteiligt waren. Konzeptionell dem Akademiegedanken vergleichbar, sollte am Herrensitz der Familie Trott, im Schloss Imshausen bei Bebra, weit »ab vom Tagesgeschehen« eine intellektuelle Gesprächsatmosphäre zum Zwecke eines unabhängigen und »freien« politischen Diskurses entstehen. Auf der Gründungssitzung im Hause des Frankfurter Oberbürgermeisters Walter Kolb (1902–1956) war von einem »Ort der Begegnung« die Rede, der »Distanz von der Staatspolitik und vom Parteienkampf [hält], aber nicht gegen Staat und Parteien, sondern ausdrücklich und ausschließlich für sie« arbeitet, wie das Protokoll der Besprechung am 12. November 1946 vermerkt. <sup>27</sup>

Die erste Imshausener Tagung im August 1947, an der auch zwei OMGUS-Vertreter teilnahmen, widmete sich der Frage, welches Führungspersonal für den demokratischen Neuanfang am besten geeignet sein würde. Sehr schnell wurde deutlich, dass die deutschen Gesprächsteilnehmer im Gegensatz zu den Vertretern der Besatzungsmacht der deutschen Bevölkerung jegliche politische Befähigung absprachen

<sup>25</sup> H. BOVENTER, *Ethos*, 1983, S. 223.

<sup>26</sup> D. v. LAAK, *Gespräche*, 2002, S. 60 ff.

<sup>27</sup> Protokoll der Besprechung, zit. n. W. M. SCHWIEDRZIK, *Träume*, 1991, S. 25 f.

und stattdessen in erster Linie auf das demokratische Potential der Exilanten und Widerstandskämpfer vertrauten. Angesichts der Zusammensetzung des Gesprächskreises war diese Haltung verständlich, waren doch fast alle Teilnehmer Verfolgte des NS-Regimes. Auch wenn die politischen Neuordnungspläne divergierten, fühlte sich der Gesprächskreis als Avantgarde einer neuen demokratischen Elite zur Mitwirkung beim Wiederaufbau berufen. Alle setzten auf den konstruktiven Dialog als Instrument politischer Willensbildung, um die neue politische Klasse vor einem Rückfall in den destruktiven parlamentarischen Streit der Weimarer Parteien zu bewahren.

Andere Gesprächszirkel vergleichbaren Typs zeichneten sich durch ein schärferes politisches Profil aus, so zum Beispiel die im November 1946 gegründete »Heidelberger Aktionsgruppe zur Demokratie und zum freien Sozialismus«, die im Kalten Krieg einen neutralen »dritten Weg« propagierte. Ihr gehörten prominente Wortführer des öffentlichen Demokratiediskurses wie Alexander Mitscherlich, Dolf Sternberger und Alfred Weber an, die Teil eines dicht verflochtenen Netzwerkes waren, in dem sich die fluktuierenden Gesprächskreise der frühen Bundesrepublik verbanden. Dabei kristallisierte sich eine Meinungsführerschaft besonders aktiver Gesprächsorganisatoren wie den Publizisten Walter Dirks und Eugen Kogon, die beide die US-Militärverwaltung bei der Entnazifizierung und Umerziehungspolitik unterstützt hatten<sup>28</sup>, oder ehemaligen Verfolgten und Gegnern der NS-Diktatur wie den Heidelberger Professoren Jaspers, Mitscherlich und Weber heraus. Unter den exponierten Vertretern dieser Gesprächskreise gab es ein deutliches Übergewicht liberaler wie linker Intellektueller, darunter Sternberger, Jaspers, Adorno oder Erich Kuby (1910–2005). Ausgangspunkt ihrer Neuordnungskonzepte war die kritische Haltung zum »Parteienstaat« und der »Formaldemokratie« marginalisierter »Stimmbürger«. Die neue Demokratie sollte auf ein aktives Staatsbürgertum und eine partizipatorische Bürgergesellschaft gegründet sein.<sup>29</sup> Auch die Gruppe 47 lässt sich diesem linksintellektuellen Milieu zuordnen. Ihre tiefe Skepsis gegenüber der Bonner Parteiendemokratie bezogen die Schriftsteller aus den Nachwirkungen des Weimar-Traumas, das erst nach dem Ende der Adenauer-Ära allmählich seine Suggestivkraft verlor.<sup>30</sup>

Ein politisches Diskussionsforum neuen Typs repräsentiert der von dem Hamburger Industriellen Kurt A. Körber (1909–1992) initiierte »Bergedorfer Gesprächs-

<sup>28</sup> Der am 11. April 1945 von der 3. US-Armee aus Buchenwald befreite Kogon schrieb für die *Psychological Warfare Division* einen Erlebnisbericht über das Konzentrationslager, aus dem die Publikation »Der SS-Staat« hervorging; Dirks unterstützte den Frankfurter Oberbürgermeister Kolb bei der Entnazifizierung der Stadtverwaltung; K. PRÜMM, Publizisten, 1984, S. 17 f.; W. M. SCHWIEDRZIK, Träume, 1991, S. 21 f. Zum Heidelberger Kreis s. F. KISSLING, Die un deutschen Deutschen, 2012, S. 55f.

<sup>29</sup> Vgl. z. B. den Artikel E. KOGON: Demokratie und Föderalismus, 1946, S. 66–73. Paradigmatisch für das Verständnis von politischer Öffentlichkeit »in Form von öffentlichen Diskussionen im Staatsbürgerpublikum« sind die Schriften der frühen 1960er Jahre von Jürgen Habermas: Verwissenschaftlichte Politik und öffentliche Meinung (1963), in: DERS. (Hrsg.), Technik und Wissenschaft, 1968, S. 120–145, hier S. 126 f. und DERS., Strukturwandel der Öffentlichkeit, 1962.

<sup>30</sup> D. GEPPERT, Staatskskepsis, 2008, S. 49.

kreis«. Das am 6. März 1961 eröffnete Gesprächsforum wurde zu einem Zeitpunkt gegründet, als die Aufbruchsstimmung der Nachkriegszeit längst verfliegen war. In Bergedorf sollte eine Denkfabrik »der Elite aus allen Wissenschaften und den sonstigen gestaltenden Kräften der Wirtschaft« entstehen, die sich nach Körbers Vorstellung vornahm, »die Probleme der heutigen industriellen Gesellschaft zu ergründen und Lösungen vorzubereiten.«<sup>31</sup> Mit der deklaratorischen Verpflichtung auf eine »Freie industrielle Gesellschaft« gab sich der selbsternannte Bergedorfer Think Tank eine normative politische Grundlage. Die illustre Gesellschaft um den Bergedorfer Unternehmer repräsentierte alle »gesellschaftlich relevanten Gruppierungen«, denen an der Stabilisierung der freien Marktwirtschaft westdeutscher Prägung gelegen war. Der später von der Körber-Stiftung weitergeführte Gesprächskreis exponierter »Entscheidungsträger und Experten« legte Wert auf »informelle Vertraulichkeit«. Medienvertretern war der Zutritt untersagt, die Gesprächsprotokolle wurden nur in redigierter Fassung publiziert.<sup>32</sup> Die Entscheidung, »nichtöffentlich« zu tagen, machte deutlich, dass die Teilnehmer des Bergedorfer Kreises weniger an der Herstellung einer diskursiven Öffentlichkeit jenseits »von Parteienparlament und Gruppeninteressen«, wie Körber die Diskussionsatmosphäre retrospektiv beschrieb, als an gegenseitiger Status-Anerkennung interessiert waren.<sup>33</sup>

Ein Kind des Kalten Krieges waren auch die repräsentativen Amerikahäuser, die im urbanen Milieu westdeutscher Großstädte mit öffentlichen Diskussionsveranstaltungen warben. Im Juli 1947 von der *Information Control Division* der Militärregierung als offizieller Bestandteil des Re-education-Programms (Direktive JCS 1779) etabliert, entwickelten sie sich in den 1950er Jahren zu Schaufenstern »westlicher Werte« und der US-amerikanischen Demokratie. In einer anfangs skeptischen, von der Goebels-Feindpropaganda abgestumpften Bevölkerung erfreuten sich die Amerikahäuser bald großer Beliebtheit.<sup>34</sup> Anklang fanden vor allem Diskussionsveranstaltungen und Fragestunden, obgleich diese keineswegs demokratisch-deliberativ, sondern *top-down* unter pädagogischer Anleitung durchgeführt wurden.<sup>35</sup> Die politische Umerziehungsintention der Amerikahäuser trat dann hinter dem Propagandaauftrag einer »amerikanischen Kulturoffensive« für den »freien Westen« weitgehend zurück.<sup>36</sup> Mit der Durchsetzung der Westbindung der Bundesrepublik verlor die Institution an Bedeutung, bereits Mitte der 1950er Jahre wurden die verbliebenen Häuser in Bildungseinrichtungen umgewandelt. Auch wenn ihre Glanzzeiten damit vorbei waren, strahlte

<sup>31</sup> Aus dem Begrüßungsprotokoll, zit. n. C. BACH, *Bürgersinn*, 2014, S. 191.

<sup>32</sup> J. SCHMID/D. WEGNER, *Körber*, 2002, S. 138 f.

<sup>33</sup> K. A. KÖRBER, *Das Profit-Programm*, 1992, zit. n. G. Metzler, *Konzeptionen politischen Handelns*, 2005, S. 255; s. auch [www.koerber-stiftung.de/internationale-politik/bergedorfer-gesprachskreis/protokolle.html](http://www.koerber-stiftung.de/internationale-politik/bergedorfer-gesprachskreis/protokolle.html) [9.11.2016] und die affirmative Bilanz bei THEO SOMMER, »50 Jahre Bergedorfer Gesprächskreis«, in: *DIE ZEIT*, 8.9.2011 und KÖRBER-STIFTUNG (Hrsg.), *Standpunkte*, 2001.

<sup>34</sup> R. KREIS, *Orte für Amerika*, 2012, S. 29 f.

<sup>35</sup> W. BENZ (Hrsg.), *Besatzung*, 1999, S. 329 f.

<sup>36</sup> M. HEIN-KREMER, *Kulturoffensive*, 1996.

der von der US-Kulturpolitik propagierte Veranstaltungstypus des öffentlichen Gesprächs auf die Konzeption zivilgesellschaftlicher Diskussionsforen wie der »Darmstädter Gespräche« aus. Der damalige Senatspräsident des Hessischen Oberlandesgerichts und spätere Darmstädter Oberbürgermeister Ludwig Engel (1906–1975) war einer der Schirmherren dieses populären, 1950 eröffneten Diskussionsforums.<sup>37</sup>

### 3. Gesprächsarenen der Demokratie: Das Erfolgsmodell »Darmstädter Gespräche«

Die Initiative zum ersten öffentlichen Gesprächsforum mit überregionaler Publikumsresonanz stand allerdings in keinem Zusammenhang mit dem Re-education-Programm. Einer der Beteiligten, der damalige Kulturreferent der Stadt Darmstadt, erinnerte sich im Rückblick auf das überaus erfolgreiche erste Jahrzehnt, dass es den Veranstaltern um »Aussprache und Verständigung« gegangen sei, so wie es in den Leitsätzen des Gründungsmanifests von 1950 stand, das auch 1963 noch verbindlich war.<sup>38</sup> Die »Darmstädter Gespräche« erhoben den Anspruch, aktuelle Gegenwartsfragen in freier Aussprache auf öffentlicher Bühne zu erörtern. Bereits die erste Veranstaltung im Hochsommer 1950 erfreute sich eines unerwartet großen Interesses. Im Unterschied zur insularen Seminaratmosphäre der kirchlichen Akademien und anderen semiöffentlichen Gesprächszirkeln der Nachkriegsjahre konnte sich das Darmstädter Gesprächsforum tatsächlich im öffentlichen Raum etablieren. Als politisches Bürgerforum wurde die Veranstaltung bald Vorbild für eine Reihe weiterer lokaler Diskussionsveranstaltungen ähnlichen Typs, die allerdings zu keinem Zeitpunkt eine vergleichbare Resonanz erzielten. Als Prototyp und exemplarischer Fall einer neuen öffentlichen Gesprächskultur der westdeutschen Demokratie stehen die Darmstädter Gespräche im Zentrum der folgenden Betrachtung.

Unter den Initiatoren, Schirmherren und Podiumsgästen der Darmstädter Gespräche waren Widerständler und Gegner der NS-Diktatur überproportional vertreten. Sie verband die Erfahrung öffentlicher Rede- und politischer Betätigungsverbote. Ihre Teilnahme war auch der amerikanischen Besatzungsmacht willkommen, die bei der Neukonstituierung einer politischen Öffentlichkeit auf die Präsenz unbelasteter, vertrauenswürdiger Persönlichkeiten achtete. Einige bekannte Namen begegneten dem Publikum der genannten Akademien, Gesprächskreise und öffentlichen Diskussionsforen immer wieder. Bei der Auswahl der Redner waren Vertreter rhetorisch versierter Berufsgruppen gefragt, die bei der Überwindung der politischen Sprachlosigkeit im Übergang in eine sich frei entfaltende Diskussionskultur als Wortführer der öffentlichen Meinung aufzutreten in der Lage waren. Prominente Remigranten

<sup>37</sup> Engel wirkte auch bei der Umwandlung der Amerikahäuser in binationale Deutsch-Amerikanische Institute mit. Es ist anzunehmen, dass er sich von der Erfolgsgeschichte der US-amerikanischen Kultureinrichtung inspirieren ließ.

<sup>38</sup> W. SABAIS, Urteilskraft, 1963, S. 377 f.

wie Adorno, Horkheimer oder Mitscherlich fanden hier erstmals wieder eine öffentliche Bühne.

Dass sich das Publikum »von den Kundgebungen des Geistes wie von einem Schauspiel faszinieren« lassen würde<sup>39</sup>, hatten sich die Organisatoren eines akademischen Streitgesprächs vermutlich nicht vorstellen können. Überraschend war auch der von vorneherein politische Tenor der Medienberichterstattung: »Hat das Darmstädter Gespräch richtungweisend in die Restauration, der wir schon wieder ausgesetzt sind, eingegriffen?«, fragte *Die Welt* im August 1951.<sup>40</sup> Vom ersten Tag an wurde die Diskussionsveranstaltung als eine neue Gesprächsform diskursiver politischer Öffentlichkeit wahrgenommen, die Maßstäbe demokratischer Kommunikationskultur setzte. Die überschwänglichen Rezensionen rechtfertigten eine komplette Veröffentlichung des ersten Darmstädter Gesprächs in einer aufwändigen Buchausgabe: Das »Protokoll einer denkwürdigen Diskussion«, so die *Frankfurter Rundschau*, und auch die *Rhein-Neckar-Zeitung* zeigte sich beeindruckt von der Qualität des »stattlichen und virtuos im Stil von Parlamentsberichten redigierten Bandes.« Für den *Saarländischen Rundfunk* dokumentierte die Veröffentlichung »eine der bedeutendsten Diskussionen der letzten Jahrzehnte.«<sup>41</sup> Das Darmstädter Gespräch, so lässt sich die Reaktion einer affirmativen Medienöffentlichkeit zusammenfassen, überzeugte durch seine diskursive Qualität, die politische Relevanz der Themen und nicht zuletzt durch das große öffentliche Interesse.<sup>42</sup>

Welche Bedeutung dem Darmstädter Diskussionsforum in der sich konstituierenden politischen Gesprächskultur der Bonner Demokratie zukam, lässt sich indes nicht allein aus der medialen Rezeption erschließen. Eine Wirkungsanalyse muss bei den Bedingungen, den Strukturen und dem Verlauf der Diskussionsveranstaltung ansetzen.

*ENTSTEHUNGSKONTEXT UND KONZEPTION.* Der Gedanke eines öffentlichen Gesprächsforums entstand im Kreis der »Neuen Darmstädter Sezession« von 1949. Ein Podiumsgespräch war ursprünglich nur als Begleitveranstaltung zur großen Ausstellung der Künstlervereinigung vorgesehen, die vom 15. Juli bis zum 3. September 1950 auf der Mathildenhöhe zeitgenössische Werke bildender Kunst präsentierte.<sup>43</sup>

<sup>39</sup> Bericht der FRANKFURTER NEUEN PRESSE vom 20.7.1950.

<sup>40</sup> »Wir sind auf dem Wege«, in: DIE WELT, 7.8.1951.

<sup>41</sup> »Urteile aus Presse und Funk«, in: Das Menschenbild in unserer Zeit. Erstes Darmstädter Gespräch 1950. Vorträge und Diskussionen. Vorankündigung der Neuen Darmstädter Verlagsanstalt GmbH, in: Pressesammlung Darmstädter Gespräch, Stadtarchiv Darmstadt 28 c/1.

<sup>42</sup> Würden die Standards verfehlt, setzte entsprechend harsche Medienkritik ein. So bemängelte der Berliner TAGESSPIEGEL am 28.9.1952, das 3. Darmstädter Gespräch habe die gewohnte Aura vermissen lassen, weil es der Diskussionsrunde diesmal an »starken Persönlichkeiten« mangelte; »Technik als Schicksal und Aufgabe«, Bericht des TAGESSPIEGEL über das 3. Darmstädter Gespräch vom 28.9.1952.

<sup>43</sup> Das Ausstellungsprojekt ging auf einen Vorschlag des Bildhauers Wilhelm Loth (1920–1993) zurück und sollte an die Darmstädter Sezessionsausstellung »Der schöne Mensch in der neuen Kunst« von 1929 anschließen; J. A. SCHMOLL, Darmstädter Gespräch, 1997, S. 332; T. DÜRR, Selbstverständnis, 2001, S. 20 ff.; B. WAHL, Darmstädter Gespräch, 1993.

Das Ausstellungsthema »Das Menschenbild in unserer Zeit« war auch Gegenstand des ersten Darmstädter Gesprächs, das weit größere Aufmerksamkeit erzielte als die Ausstellung selbst. Das Gründungskomitee – der Vorstand der Künstlervereinigung, Repräsentanten des städtischen Magistrats und der Technischen Hochschule Darmstadt – verständigte sich auf *Die fünf Grundsätze der Darmstädter Gespräche*, die auch für alle weiteren Veranstaltungen verbindlich sein sollten:

1. Gründung eines internationalen Forums »der öffentlichen Debatte europäischer Lebensfragen«;
2. Verpflichtung der Teilnehmer, »keine Fachgespräche« zu führen, sondern ein Gesprächsforum »für die Öffentlichkeit« zu etablieren;
3. Appell an die Gesprächsleitung, »dem unaufhörlichen Dialog von These und Antithese einen möglichst breiten Spielraum [zu] bieten«;
4. »Die Darmstädter Gespräche sind kein Schauplatz parteipolitischer Auseinandersetzungen. Sie wollen nicht Aufgaben politischer Parlamente übernehmen.«
5. Selbstverpflichtung aller Akteure, nicht »nach Entscheidungen oder Lösungen« zu suchen, sondern »der Aussprache und Verständigung« zu dienen, damit »ein neuer Gedanke, eine fruchtbare Erkenntnis oder eine bessere Ansicht der Dinge sich mitteilen oder erproben kann.«<sup>44</sup>

Mit diesen Leitsätzen hatte das Gründungskomitee ein attraktives Gesprächsformat konzipiert, an dem sich spätere öffentliche Diskussionsforen orientierten.<sup>45</sup>

*ORT UND ARRANGEMENT.* Um die erwünschte Öffentlichkeit zu erreichen, war ein angemessener Veranstaltungsort erforderlich. Aufgrund der Kriegszerstörungen standen der Stadt aber zunächst keine geeigneten Räumlichkeiten zur Verfügung. So musste als Notbehelf die auch als Turnhalle genutzte Aula eines Darmstädter Gymnasiums unweit der Innenstadt erhalten. Für die ersten beiden Gesprächsforen 1950 und 1951 wurde der Innenraum des zur »Stadthalle« gekürten Schulgebäudes nach dem Vorbild eines Plenarsaales umarrangiert. Ab 1952 fanden die Darmstädter Gespräche dann in der wiederaufgebauten Otto-Berndt-Halle statt, deren Konferenzsaal mehr als die doppelte Anzahl von Besuchern aufnehmen konnte. An der Stelle einer 1944 zerstörten Turn- und Festhalle im Stil der 1950er Jahre neu errichtet<sup>46</sup>, bot das

<sup>44</sup> Programmheft des Darmstädter Gesprächs 1955, in: Stadtarchiv Darmstadt 28 c/2 »Darmstädter Gespräch«. Die fünf Grundsätze wurden auch in der Presseberichterstattung regelmäßig zitiert.

<sup>45</sup> So übernahmen die 1973 eröffneten Frankfurter »Römerberggespräche« das Format der Veranstaltung; Institut für Stadtgeschichte [Stadtarchiv] Frankfurt am Main, [Kulturamt] KA 1.561: Schreiben des Mitinitiators der Römerberggespräche Prof. H. W. Wirth (J. W. Goethe-Universität) an den Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann v. 7.9.1971. In dem Konzeptpapier heißt es: »Als Vorbild könnte man sich orientieren an den ›Darmstädter Gesprächen‹. Im Gegensatz zur Darmstädter Veranstaltung müßte die Frankfurter Gesprächsrunde aber entschieden zielgerichtet und eindeutiger profiliert sein.« Vgl. dazu unten S. 210 ff.

<sup>46</sup> Kritisch zur Architektur des Veranstaltungsgebäudes, »einem leider in vorgestrigen Stilformen errichteten Saalneubau im Stadtzentrum«: »Wir wollen wieder miteinander sprechen«, in: WESTFÄLISCHE NACHRICHTEN, 4.10.1952.

zur Technischen Hochschule gehörende lichte Gebäude in repräsentativer Umgebung gute technische Voraussetzungen. Die nun auch für andere öffentliche Veranstaltungen genutzte Otto-Berndt-Kongresshalle wurde den Bürgern der Stadt erst durch die Darmstädter Gespräche zum festen Begriff.<sup>47</sup>

*DIE AKTEURE.* Wer im Mittelpunkt des Gesprächsforums stand, erschloss sich dem Besucher auf den ersten Blick. An der Stirnseite des von einer Zuschauer-galerie gesäumten Kongresssaales befand sich das um etwa einen Meter erhöhte Podium: »Das äußere Bild des ›Gesprächs‹ in der Stadthalle wurde bestimmt durch das Vorhandensein der großen Bühne«, so beschrieb eine Lokalzeitung das Arrangement des ersten Darmstädter Gesprächs. »Sie gestattete die Hervorhebung – im ganz wörtlichen Sinne – einzelner Gruppen von Gesprächspartnern.«<sup>48</sup> Im Halbkreis oder Rechteck platziert, formierten sich die Referenten zu einer Gesprächsrunde, die in gebührendem Abstand frontal zum Publikum agierte. Die Besetzung des Podiums änderte sich im Verlauf der drei Gesprächstage, wobei bei der Auswahl der Kandidaten Expertise und Reputation ausschlaggebend waren. Am Eröffnungstag des ersten Darmstädter Gesprächs stand die Ausstellung im Mittelpunkt, über deren Perspektiven Kunsthistoriker, Künstler und Kunstkritiker diskutierten. An den folgenden Tagen wurde das Kunstgespräch durch die Beteiligung namhafter Natur- und Geisteswissenschaftler zur allgemeinen Aussprache über das »Menschenbild unserer Zeit« erweitert.

Mit einem enzyklopädischen Gesprächsansatz und der Auswahl prominenter Podiumsdiskutanten hofften die Veranstalter der hermetischen Klausur eines akademischen Fachseminars zu entgehen. War einerseits das internationale Renommee der Podiumsteilnehmer kaum zu überbieten, so etablierten sich mit der Zeit auch einige akademische Koryphäen aus der näheren Umgebung als »institutionelle« Dauergäste der Gespräche in den vorderen Reihen des Saales. Regelmäßig gesehen wurden Wissenschaftler aus der Rhein-Main-Neckar-Region, darunter Theodor Adorno, Alexander Mitscherlich, Dolf Sternberger und Alfred Weber. Aus der »hohen Politik« waren Carlo Schmid und Adolf Arndt häufiger zu Gast. Die Auswahl der Gesprächsleiter erwies sich von großer Bedeutung, kam es doch auf Eloquenz und Schlagfertigkeit der Conférenciers in Hinblick auf die Attraktivität der Veranstaltung entscheidend an. Unter den Gesprächsregisseuren der 1950er Jahre erfreute sich insbesondere Eugen Kogon großer Beliebtheit.

---

<sup>47</sup> STADTLEXIKON DARMSTADT, Artikel »Otto-Berndt-Halle«, Darmstadt 2006, abrufbar unter: [www.darmstadt-stadtlexikon.de/o/otto-berndt-halle](http://www.darmstadt-stadtlexikon.de/o/otto-berndt-halle) [24.8.2017].

<sup>48</sup> »Höhepunkt und Abschluß des Darmstädter Gesprächs. Die moderne Kunst im Kreuzfeuer der Meinungen – Künstler, Historiker und Laien diskutieren Ergebnisse und Lehren der Tagung«, in: DARMSTÄDTER TAGBLATT, 19.7.1950.



*Abb. 25: Max Horkheimer auf dem Podium während des 4. Darmstädter Gesprächs »Individuum und Organisation« vom 26. bis 28. 9. 1953; Fotografie Pit Ludwig, Stadtarchiv Darmstadt 28c/1.*

*DAS PUBLIKUM.* Der große Publikumsandrang erlaubte es nicht, die Veranstaltung ohne Beschränkung zu öffnen. Die Stadt ging daher dazu über, regelmäßig Einladungen an ausgewählte Gäste vor allem aus Wissenschaft, Kultur und Politik der näheren Umgebung zu versenden. Eine Resonanzkulisse bildungsbürgerlicher Honoratioren war schon deshalb willkommen, um dem hohen Anspruch einer öffentlichen *Diskussionsveranstaltung* gerecht werden zu können. Darüber hinaus sollte der freie Verkauf von Teilnehmerkarten gewährleisten, dass ein interessiertes Publikum aus der Stadt und dem Umland zugegen war. Trotz der schwierigen Verkehrsverhältnisse zwischen den ehemaligen Besatzungsgebieten fanden sich von Beginn an auch viele prominente Gäste aus dem Ausland ein.<sup>49</sup> Das Konzept eines öffentlichen Gesprächsforums ging

<sup>49</sup> Vgl. z. B. die Teilnehmerliste des 5. Darmstädter Gespräch »Das Theater« v. 22.4.1955, in: Stadtarchiv Darmstadt 28c/1 i. bis 5. Darmstädter Gespräch.

aus Sicht der Veranstalter vollständig auf: Der Kongresssaal war an allen drei Tagen zumeist durchgängig bis auf den letzten Platz belegt, und die lebhaftige Beteiligung »einfacher Bürger« sorgte zumindest zeitweise dafür, dass die öffentliche Diskussion nicht im akademischen Selbstgespräch verebbte. Auf dem Höhepunkt der Attraktion des Darmstädter Gesprächs versammelten sich den Schätzungen der Presse zufolge bis zu 2300 Besucher in den Räumen der Otto-Berndt-Halle.<sup>50</sup>



Abb. 26: Blick von der Empore des Konferenzsaals der Otto-Berndt-Halle auf Podium, Zuschauersaal und Pressetribüne des 5. Darmstädter Gesprächs »Theater« am 22. 4. 1955; Fotografie Pit Ludwig, Stadtarchiv Darmstadt 28c/1.

*DIE MEDIENRESONANZ.* Das Medieninteresse übertraf bereits bei der Eröffnung des Darmstädter Gesprächs 1950 die Erwartungen. Neben den Berichterstattern der beiden Darmstädter Lokalzeitungen waren praktisch alle deutschen Tages- und Wochenzeitungen sowie die Kulturkorrespondenten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zugegen.<sup>51</sup> Die deutsche Presse berichtete ausführlich und meist über die gesamte Dauer der Gespräche hinweg, erst Anfang der 1980er Jahre ließ das Medieninteresse spürbar nach. Für die 120 »akkreditierten« Journalisten wurde 1968 ein

<sup>50</sup> »Gesprächsweise: Der Mensch als Publikum«, in: DARMSTÄDTER ECHO, 1.10.1968, hier ist von 2300 Anmeldungen die Rede.

<sup>51</sup> Zur Rundfunkberichterstattung in den 1950er Jahren vgl. B. WINTGENS, Turn your Radio on, 2014.

Presseraum eingerichtet, und die Pressestelle des Magistrats stellte Kurzbiografien aller Referenten bereit. Der Hessische Rundfunk in Frankfurt zeichnete die Veranstaltungen vollständig auf, übertrug streckenweise live im Radio und bereitete das Ereignis durch ausführliche Kommentare nachträglich auf.<sup>52</sup> Im September 1952 erregte eine öffentliche Fernsehübertragung des Hessischen Rundfunks vom dritten Darmstädter Gespräch über »Mensch und Technik« nationales Aufsehen.<sup>53</sup> Mitte der 1950er Jahre wurde das Experiment der Fernsehübertragung zur Routine, auch der Norddeutsche Rundfunk und der Süddeutsche Rundfunk sendeten in ihren Dritten Programmen Berichte über das Darmstädter Gespräch.<sup>54</sup> Das öffentliche Interesse veranlasste die Veranstalter, die Ergebnisse der Gespräche mit allen Grußworten, Referaten und Diskussionen zusammen mit dem Katalog zur aktuellen Ausstellung zu publizieren.<sup>55</sup> Am Ende des ersten Jahrzehnts veröffentlichte das Komitee eine Auswahl aus den Beiträgen und Diskussionen der ersten sieben Gespräche in einer Taschenbuchausgabe. In seinem Vorwort erinnerte der Oberbürgermeister der Stadt an das erfolgreiche Credo des Darmstädter Gesprächs: »Es wird von keinem Gruppeninteresse dirigiert und dient keiner Ideologie.«<sup>56</sup>

Genau besehen verflüssigten sich die Leitlinien der Gesprächskultur indes bereits während der ersten Veranstaltung. Ungeachtet einer sorgsam choreografierten Gewandtheit gewann das Gesprächsforum schnell eine eigene Dynamik. »Das Gespräch verwandelte sich«, so konstatierte einer der Hauptakteure später, »aus einem akademischen Streit in einen lebendigen, dramatischen Vorgang. Die Bühne, die erst nur ein Notbehelf war, um die Sprecher herauszuheben, wurde zu einem Schauplatz, und das Publikum wurde zum Chor.«<sup>57</sup> Die aus der kritischen Parlamentsberichterstattung geläufige Theatermetaphorik wurde auch in der politischen Parallelwelt des Darmstädter Gesprächs regelmäßig bemüht. Dass sich die Gesprächsregie performativ tatsächlich an der parlamentarischen Arena orientierte, macht ein Blick auf die Choreografie deutlich.

*DIE CHOREOGRAFIE DES 1. DARMSTÄDTER GESPRÄCHS.* Anders als im Gründungsmanifest postuliert, wurde die Gesprächsrunde von Beginn an durch ihren Vortragscharakter strukturiert. Die Referenten monologisierten lieber, als miteinander ins Gespräch zu kommen. Dennoch blieb die Gesprächsregie um einen Dialog stets bemüht, und die Redner hielten sich an die Instruktion, Interventionen des Auditoriums Raum zu geben. Die gelenkten Interaktionen zwischen Podium und Publikum

<sup>52</sup> Das 1. Darmstädter Gespräch wurde im Rahmen der Abendsendung »Kulturelles Wort« gesendet.

<sup>53</sup> »Kleine große Männer auf der Scheibe«, in: DARMSTÄDTER ECHO, 23.9.1952.

<sup>54</sup> S. »Gesprächsweise: Der Mensch als Publikum«, in: DARMSTÄDTER ECHO, 1.10.1968.

<sup>55</sup> Stadtarchiv Darmstadt 28c/1 1. bis 5. Darmstädter Gespräch: Verlagsanzeige der Neuen Darmstädter Verlagsanstalt »Das Menschenbild in unserer Zeit«; H. G. EVERS (Hrsg.), Menschenbild, 1951; O. BARTNING (Hrsg.), Mensch und Raum, 1952.

<sup>56</sup> H.-W. SABAIS (Hrsg.), Die Herausforderung, 1963.

<sup>57</sup> Hans Gerhard Evers im Werbeprospekt »Das Menschenbild in unserer Zeit«, in: Stadtarchiv Darmstadt 28c/1 1. bis 5. Darmstädter Gespräch.

waren eine Hauptattraktion, die den singulären Unterhaltungswert des Darmstädter Gesprächs begründete.<sup>58</sup> Die Choreografie sah zwei konträre Hauptvorträge zur Eröffnung der Tagung vor. Für das anschließende Podiumsgespräch hatte das Vorbereitungs-Komitee eine hochkarätige Runde einschlägiger Experten ausgewählt. Diese sollten, so die Erwartung, ein ausgewogenes Meinungsspektrum abbilden und in eine »scharfe und kurze Unterredung« verwickelt werden.

Der Anspruch eines öffentlichen Gesprächsforums wurde durch die zentrale Lage des repräsentativen Gebäudes hervorgehoben, das sich der Stadt und dem Publikum öffnete. Mit der formalen Zugangsbeschränkung auf geladene Gäste und Kartenbesitzer wurde andererseits das Eindringen unerwünschter Besucher in die »Bannmeile« um die Diskussionsarena verhindert. Das zugelassene Publikum sollte nach der Vorstellung der Veranstalter einen »Zuhörerkreis lebendig anteilnehmender, aber nicht fachlich vorgeschulter Zuhörer« bilden, also die Normalbevölkerung repräsentieren. Um einen störungsfreien Verlauf und ein ansprechendes Diskussionsniveau zu gewährleisten, wurde bei den Einladungen darauf geachtet, dass ein auf das Veranstaltungsthema bezogener Verteiler zur Geltung kam – beim ersten Darmstädter Gespräch kamen dafür »alle Künstler und Kunstinteressierten im Bundesgebiet« in Betracht.<sup>59</sup>

Dank der Publikums- und Medienresonanz konnte sich das Darmstädter Gespräch sofort als zentrales politisches Diskussionsforum der jungen Demokratie etablieren. Mit jedem Jahr wurde die Veranstaltung populärer. Die Auffahrt der Automobile zum Parkplatz der Technischen Hochschule mitten im Stadtzentrum bildete den Auftakt einer öffentlichen Prozession, die sich über den Einzug der Gesprächsmatadore bis zur mediengerechten Platzierung der Teilnehmer auf dem Podium fortsetzte. Nach Grußworten und Eröffnungsansprachen wurden die beiden Hauptredner angekündigt. Sie waren als Kontrahenten eines Streitgesprächs über moderne Kunst ausgewählt worden, das dann, wie beabsichtigt, in eine allgemeine Kontroverse über die geistige Verfassung der deutschen Nachkriegsgesellschaft mündete. Die entsprechend instruierten Redner führten am Eröffnungsabend einen Disput über »Möglichkeiten« und »Gefahren« moderner Kunst, der wie ein parlamentarisches Rededuell angelegt war.<sup>60</sup> In den Referaten des darauffolgenden Sonntagmorgens war der kleine Kreis der Podiumsdiskutanten aufgerufen, politische Perspektiven über den Fachdiskurs hinaus aufzuzeigen. Eine »Öffentliche Diskussion der Kunstkritiker und Kunsthistoriker über die Antithesen des Vorabends« fand dann als eigentliches Fachgespräch am Sonntagnachmittag statt. Am Abend desselben Tages wurde der Dialog durch eine »improvisierte Abendansprache« des Malers Willi Baumeister (1889–

---

<sup>58</sup> H. G. EVERS (Hrsg.), *Menschenbild*, 1951. Der Band dokumentiert protokollarisch den Ablauf des 1. Darmstädter Gesprächs und hält auf Basis der verschriftlichten Tonbandaufzeichnungen die Publikumsreaktionen fest.

<sup>59</sup> Aus der Handakte Hans Gerhard Evers', zit. n. B. WAHL, *Darmstädter Gespräch*, 1993, S. 30.

<sup>60</sup> Vorträge Johannes Itten (Zürich): »Über die Möglichkeiten der modernen Kunst« und Hans Sedlmayr (Wien): »Über die Gefahren der modernen Kunst«.

1955) publikumswirksam zugespitzt.<sup>61</sup> Der Stuttgarter Künstler beherrschte die Rolle des Provokateurs erwartungsgemäß und sorgte so für den dramaturgischen Höhepunkt des Darmstädter Gesprächs, bevor die Veranstaltung am Montagvormittag einen Ruhepunkt erreichte, als den Ausstellungskünstlern Zeit für eine ästhetische Reflexion über moderne Kunst gegeben wurde. Bei allen Vorträgen und Diskussionen bis zum erneut lebhaften »Schlussgespräch aller Teilnehmer« am Montagnachmittag hatte das Publikum Gelegenheit, sich aktiv in das Geschehen einzuschalten. Vom Podium zu Fragen oder Meinungsäußerungen ermuntert, mitunter auch durch Zwischenrufe sich selbst dazu ermächtigend, partizipierte das Auditorium am Podiumsgespräch.

Mit den Hauptvorträgen und der daran anschließenden Diskussion über das »Unbehagen an der modernen Kunst«, die von dem Darmstädter Ordinarius für Kunstgeschichte Hans Gerhard Evers (1900–1993), einem der Initiatoren und Gründungsmitglieder des Ständigen Komitees der Darmstädter Gespräche, eröffnet worden war, wurde ein dezidiert politisches Gespräch in Gang gesetzt. Nur vordergründig ging es nämlich um die ästhetische Dimension und Rezeptionsweise zeitgenössischer Kunst, deren Essenz nach landläufigem Verständnis in der Antithese zur gegenständlich-realistischen Malerei bestand. Auswahl und Anordnung der Themen und Redner – mit einer undankbaren Rollenzuweisung für den Wiener Kunsthistoriker Hans Sedlmayr (1896–1984), der eine mit der totalitären NS-Ästhetik dem Anschein nach kompatible Kunstauffassung vertreten sollte<sup>62</sup> – lassen eine straffe Regie erkennen. Wie die sogleich ausbrechende Kontroverse um den Eröffnungsvortrag Sedlmayrs zeigte<sup>63</sup>, standen für die meisten Zuhörer das rassistische Menschenbild und der Körperkult des NS zur Diskussion.<sup>64</sup> An den Publikumsreaktionen ließ sich erkennen, dass die von der Mehrheit der anwesenden Kunstexperten geteilte Ablehnung des nationalsozialistischen Monumentalismus nur schwachen Widerhall fand. Offenbar hatte die Verfemungsaktion »Entartete Kunst« die Rezeptionsgewohnheiten stark geprägt. Dem Schweizer Maler und Kunstpädagogen am Bauhaus Johannes Itten (1888–1967) war als Sedlmayrs Antipode die pädagogische Aufgabe zugeteilt worden, die moderne Gegenwartskunst als ästhetisches Äquivalent westlicher Demokratie anzupreisen.<sup>65</sup> Als eigentlicher Widerpart der konservativen Kunstauffassung Sedlmayrs

<sup>61</sup> H. G. EVERS (Hrsg.), *Menschenbild*, 1950, enthält sowohl die »gekürzte Fassung [der Rede] nach der Radiobandaufnahme« mit allen Zwischenrufen (S. 135–145) als auch das vorbereitete Redemanuskript (S. 146–156).

<sup>62</sup> Sedlmayr hatte wegen seiner NS-Mitgliedschaft 1945 seinen Lehrstuhl für Kunstgeschichte in Wien verloren und wurde dann 1951 an die Universität München berufen. Er erklärte noch während der Diskussionsveranstaltung, dass er vom Komitee Darmstädter Gespräch explizit dazu aufgefordert worden sei, eine Gegenposition zur herrschenden Kunstästhetik vorzutragen; B. WAHL, *Darmstädter Gespräch*, 1993, S. 38 FN 163.

<sup>63</sup> H. SEDLMAYR, *Über die Gefahren der modernen Kunst*, in: H. G. EVERS (Hrsg.), *Menschenbild*, 1950, S. 48–62.

<sup>64</sup> Die HANNOVERSCHE PRESSE vom 28.7.1950 kommentierte, dass sich in den »Generalangriffen gegen die moderne Kunst [...] ein Stück verdrängten Nazitums« abregiere.

<sup>65</sup> J. ITTEN, *Möglichkeiten*, 1951.

trat aber der von den Nazis als »entartet« verfeimte Willi Baumeister auf, der sich gegen dessen 1949 erschienene Publikation *Verlust der Mitte* – eine Art »Krankheitsgeschichte der neueren Kunst« – in Stellung brachte.<sup>66</sup> Baumeister improvisierte seine Rede – eine spontane Reaktion auf die Abwesenheit des Angegriffenen, der vor dem Auftritt seines Kontrahenten die Bühne bereits verlassen hatte.

Dass ein Fachgespräch über moderne Kunst im Jahr 1950 den Charakter einer öffentlichen Selbstreflexion der Nachkriegsgesellschaft annehmen würde, wird kaum überrascht haben. Nicht vorherzusehen war der emotionale Rückstau, der sich in Zwischenrufen wie »Heil Hitler, Herr Sedlmayr« oder »Aber Hiroshima ist doch passiert« artikulierte. Im Kontext der Systemtransformation und Demokratieerziehung war jede Meinungsäußerung politisch kontaminiert, konnte jedes »sachliche Gespräch« in eine erhitzte Stellvertreterdebatte eskalieren, bei der es trotz autoritären Gesprächsregimes beinahe »zu Handgreiflichkeiten unter den Zuhörern gekommen« wäre.<sup>67</sup> Die Unbeherrschbarkeit des Publikums entwickelte sich zum eigentlichen Markenzeichen des Darmstädter Gesprächs. Das Auditorium übernahm zeitweise eine aktive politische Mitspielerrolle: »Man hatte den Eindruck einer geistigen und kulturellen Nationalversammlung«, so begrüßte *Die Welt* den Verlauf des dritten Darmstädter Gesprächs.<sup>68</sup> Was dem einen Beobachter willkommener Ausdruck einer neuen politischen Gesprächskultur war – »die Brillanz, die Schärfe der Diktion, die These und Antithese, die das Publikum zu leidenschaftlichen Beifallskundgebungen und oft ebenso heftiger Ablehnung hinriß« –, rief an anderer Stelle ungute Assoziationen an eine politische »Wahlversammlung« wach, deren Besucher in »zwei fanatische Lager« geteilt waren.<sup>69</sup>

Zum versöhnlichen Schlussakkord der öffentlichen Inszenierung eines politischen Streitgesprächs gehörte als Essenz demokratischer Kultur zwingend der dialektisch vermittelte Konsens. Für diesen Part der Aufführung hatte die Gesprächsregie mit Theodor W. Adorno einen prominenten Remigranten als Hauptakteur der Abschlussdiskussion ausgewählt. Das Argument des Kulturphilosophen, der exklusive Geltungsanspruch einer gegenstandslosen Formensprache verletze das Prinzip der Autonomie der Kunst und repräsentiere eine gleichermaßen repressive Kunstauffassung wie die der »Anti-Modernen«, war schwer zu widerlegen.<sup>70</sup> Am Ende des Gesprächs stand ein allgemeiner Konsens über die gleichberechtigte Ko-Existenz gegensätzlicher Meinungen, der das Grundprinzip der pluralistischen Demokratie beglaubigte.

Die Inszenierung eines öffentlichen Dialogs zwischen Kunst, Wissenschaft und Gesellschaft entsprach formal gesehen dem Umerziehungskonzept alliierter Kulturpolitik Mitte der 1940er Jahre. Ob die Methode der Demokratieerziehung durch

<sup>66</sup> Die Inszenierung der Kontroverse rekonstruiert J. A. SCHMOLL, Darmstädter Gespräch, 1997, S. 336 f., der eigenen Angaben zufolge die Hauptredner vorgeschlagen hatte.

<sup>67</sup> J. A. SCHOLL, Darmstädter Gespräch, 1997, S. 339.

<sup>68</sup> »Die Technik diktiert. Darmstädter Gespräche 1952«, in: DIE WELT, 26.9.1952.

<sup>69</sup> [Düsseldorfer] RHEIN-ECHO vom 16.8.1950.

<sup>70</sup> B. WAHL, Darmstädter Gespräch, 1993, S. 72.

diskursive Meinungsbildung bei der Planung öffentlicher Gesprächsforen in Westdeutschland überhaupt eine entscheidende Rolle gespielt hat, ist jedoch fraglich. Im patriarchalisch moderierten Übergang zur Demokratie entfaltete das politische Gespräch nämlich durchaus eigene Formen demokratischer Kommunikationskultur. Diese äußerten sich vor allem in der Art der Beteiligung der Zivilgesellschaft am politischen Diskurs. Das Publikum emanzipierte sich einerseits von alliierter Patronage, nahm dafür aber bereitwillig eine autoritäre Gesprächsregie unter Beteiligung prominenter »Persönlichkeiten« hin. Diese Praxis entsprach sicherlich nur bedingt dem Idealbild einer diskursiven Öffentlichkeit. Zum anderen zeigte sich die öffentliche Meinung leidenschaftlich, mitunter undiszipliniert und nur begrenzt dialogbereit. Dass im Schatten der inszenierten Gesprächsregie eine demokratische Kommunikationskultur *sui generis* entstand, wird durch die seit den 1950er Jahren aufbewahrten Tonbandaufzeichnungen dokumentiert.<sup>71</sup>

Mit zunehmender Dauer entwickelte sich aus den »wilden« Anfängen der öffentlichen Gesprächskultur eine medienkompatible Institutionalisierung des kultivierten Expertengesprächs. Die Festigung der parlamentarischen Demokratie und die Medialisierung politischer Debatten lenkten den Fokus der Aufmerksamkeit stärker auf Regierung und Bundestag. Vor diesem Hintergrund erschienen öffentliche Gesprächsarenen deshalb attraktiv, weil sie eigene Formen politischer Diskussionskultur hervorbrachten. Während die fraktionsmäßig organisierte Debattenordnung des Parteienparlaments oft schwerfällig und formalisiert wirkte, ließ sich in den sportlicheren Gesprächsarenen der Demokratie das »bessere Argument« des begabten Rednerindividuums kultivieren. Gegen den formalistischen Verfahrenskult des parlamentarischen Alltagsbetriebs setzte sich die lebhaftere Diskussionspraxis eines deliberativen Wettstreits der Argumente vorteilhaft in Szene. Dabei wurde der Illusion des »freien Dialogs« und der »geistigen Unabhängigkeit« der Gesprächsteilnehmer gehuldigt. Das Darmstädter Gespräch müsse »ein von Parteien, Organisationen, handfesten Interessengruppen und verunklarenden Einflüssen unabhängig gehaltenen Schauplatz des freien Gedankenaustauschs« bleiben, so erläuterte Oberbürgermeister Ludwig Engel 1961 das Patent der von ihm protegierten Erfindung.<sup>72</sup> Seine programmatische Akzentuierung einer vermeintlich demokratischen »wahrhaftigen« Diskurskultur kam einem Misstrauensvotum gegen die parlamentarische Redekultur gleich. Wo der Parteienstreit allenfalls falsche Kompromisse erzeuge, ermögliche das diskursive Gespräch den demokratischen Konsens. In der politischen Diskursethik der Gesprächsregisseure der 1950er Jahre offenbarte sich eine tief verwurzelte Distanz zur Praxis der parlamentarischen Demokratie.

<sup>71</sup> Die im Deutschen Rundfunkarchiv überlieferten Tonmitschnitte vermitteln einen »authentischen« Eindruck der Gesprächsatmosphäre, die so in den schriftlichen Protokollen nicht zum Ausdruck kommt. Für den Umgang mit Tonquellen existiert indes in den Geschichtswissenschaften bislang kein verbindliches hermeneutisches Verfahren. Entsprechend impressionistisch sind deshalb die hier präsentierten Auswertungen der Hörproben.

<sup>72</sup> E. KOGON/H.-W. SABAIS, *Meinung*, 1961, S. 8.

#### 4. Parlamentarismuskritik und politische Unterhaltung

Die Gesprächsakteure in der Arena allerdings waren nur selten bereit, sich strikt an ein Drehbuch demokratischer Diskursethik zu halten. Die Diskussionen auf dem Podium wurden von Beginn an weniger von Argumenten als durch die Prominenz und Eloquenz der Podiumsredner geprägt. Eine akteurzentrierte Gesprächskonstellation entsprach auch der Logik medialer Aufmerksamkeitsökonomie. Denn in der Zuschauerdemokratie kam es darauf an, namhafte Personen aufzubieten, die den öffentlichen Auftritt souverän beherrschten. Das Auditorium der Mitdiskutanten dagegen sah sich zunehmend zur Statistenrolle degradiert. Eine asymmetrische Gesprächsgeometrie mit einer Barriere zwischen Darstellern und Publikum war genau diejenige Diskursordnung, die dem elitären Demokratieverständnis der Podiumsakteure entsprach. Einer durch Profession und Status legitimierten Gesprächselite gegenübergestellt, repräsentierte das Publikum nur die politische Geräuschkulisse. Aus der Dompteurperspektive des Podiums wurde die Arena von einer durch Affekte geleiteten Masse gesäumt, die bei nichtkonformem Verhalten rhetorisch in die Schranken zu weisen war.<sup>73</sup> So erging es einer älteren Zuschauerin während des ersten Darmstädter Gesprächs, deren Kritik am Ungegenständlichkeitsparadigma der Gegenwartskunst als unmaßgebliche Äußerung unsanft beiseitegeschoben wurde.<sup>74</sup> Der Zweck des öffentlichen Gesprächs, das machte der Vorfall deutlich, bestand nicht im gleichberechtigten Dialog mit dem Publikum. Auf der Bühne ging es darum, begründeten Urteilen Geltung zu verschaffen, oder, in Theodor Adornos Worten, »Meinungen zu eliminieren«.

Hätte sich in den Gesprächsarenen ein Wahrheitsdiskurs unter Experten durchgesetzt, wären die Foren kaum der Gefahr einer monologischen Vortragsmonotonie entkommen. Nicht zuletzt deshalb achteten die Veranstalter bei der Auswahl der Gesprächsthemen auf den »Zeitgeist«, um durch aktuelle Bezüge die Diskussionslust des Publikums zu stimulieren. In Hinsicht auf Popularität wurde das Darmstädter Gespräch von den *Kölner Mittwochgesprächen* noch übertroffen. Ihren legendären Ruf hatte diese Veranstaltung nicht zuletzt den Show-Effekten zu verdanken, durch die sie sich von den seriösen politischen Diskussionsarenen abheben wollte.<sup>75</sup> Fast wie in einem Varieté exponierten sich in über 250 Wochenshows prominente Wortakrobaten und Lokalmatadoren unter lautstarker Beteiligung eines begeisterten Auditoriums, das in stärkerem Maße noch als in Darmstadt elementarer Teil der Inszenierung war. Um den Andrang einzudämmen, musste die Vergabe von Eintrittskarten an den Erwerb eines Buches in der Bahnhofsbuchhandlung des Veranstalters Ludwig gekoppelt werden.

---

<sup>73</sup> Vgl. Alexander Mitscherlichs Diskussionsbeitrag über die Reaktion des Publikums, in: H. G. EVERS (Hrsg.), *Darmstädter Gespräch*, 1950, S. 106; M. REITMAYER, *Elite*, 2009, S. 75 ff.

<sup>74</sup> B. WAHL, *Darmstädter Gespräch*, 1993, S. 66 f.

<sup>75</sup> »Der Streit der frühen Jahre. Die Kölner Mittwochgespräche 1950–1956«, WDR-CD, Bestand Deutsches Rundfunkarchiv (DRA), drahfdbi.AK.1765930; STADT KÖLN (Hrsg.), *Mittwochgespräche*, 1991.

Vom Kölner Bahnhofsbuchhändler Gerhard Ludwig (1909–1994) zunächst als »Autorengespräch« angekündigt, entfaltete die kommerziell motivierte Veranstaltung ebenso wie das nahezu zeitgleich im Sommer 1950 eröffnete Darmstädter Gespräch eine ungeahnte Faszination. In der buchstäblich überhitzten Gesprächsatmosphäre des Wartesaals 3. Klasse im Kölner Hauptbahnhof löste sich die Distanz zwischen Bühnenakteuren und Publikum praktisch auf. Der Erfolg des Kölner Mittwoch-Spektakels lässt sich durch den geistigen Kahlschlag erklären, den die Kulturbranche der NS-Zeit hinterlassen hatte. Angesichts der unerwarteten Resonanz verwandelte sich das Literaturgespräch »in planvoller Absicht«<sup>76</sup> in eine populäre Publikumsveranstaltung mit breitem Themenspektrum. Der rührige Unternehmer Ludwig warb erfolgreich um »führende Persönlichkeiten des deutschen Geistes und Kulturlebens«, die sich, so seine Idee, »in einem Kreis aufgeschlossener und interessierter Menschen (an diesen Veranstaltungen kann jeder teilnehmen) zu einem Gedankenaustausch treffen«.<sup>77</sup> Rasch hatte der Veranstalter erkannt, dass seine Kunden weniger um der Vorträge willen kamen als in der Absicht, frei zu diskutieren. Auch wenn die Mittwochsshow, die zwischen Juli 1950 und April 1956 regelmäßig wöchentlich stattfand, im Unterschied zum Darmstädter Gespräch mehr auf die Anwesenheit der lokalen Szene zielte, war die Veranstaltung gleichwohl eminent politisch. Im egalitären Nebeneinander von Prominenz und Publikum konnte jedermann und jede Frau mitdiskutieren. Das Gefühl, einer Volksversammlung im Kleinen beizuwohnen, stärkte das Vertrauen in die Demokratie.

Das Kölner Mittwochgespräch steht wie kein zweites Gesprächsforum für die Verbindung von Politik und Unterhaltung. Die Präsenz solch schillernder Persönlichkeiten wie Gustaf Gründgens oder des dezidiert antiparlamentarischen Schriftstellers Ernst von Salomon<sup>78</sup> war ebenso Teil des Spektakels wie die Ankündigung provokanter, bisweilen auch selbstironischer Gesprächsthemen: »Sind die Amerikaner auch Menschen?«<sup>79</sup> Bereitwillig folgten die Akteure der Instruktion des Veranstalters, »möglichst viele Steine ins Wasser zu werfen« und frei zu sprechen.<sup>80</sup> Ungehemmt und lebhaft artikulierte sich im intimen Milieu des Kölner Wartesaals die Volksmeinung, gerade im Vergleich zum distanzierteren Auditorium in der gediegenen Atmosphäre der Darmstädter Kongresshalle. So nahmen sich die Kölner Zuschauer mit dem Wohlwollen der Gesprächsregie die Freiheit, die auf zehn Minuten begrenzte Redezeit der Bühnenakteure per Akklamation spontan zu verlängern.<sup>81</sup>

<sup>76</sup> R. STEINBERG, *Mittwochgespräch*, 1991, S. 15.

<sup>77</sup> Konzept der Mittwochsgespräche, in: *KÖLNER STADT-ANZEIGER*, 4.12.1950, zit. n. R. STEINBERG, *Mittwochgespräch*, 1991, S. 15.

<sup>78</sup> Ernst von Salomon referierte im 44. Mittwochsgespräch am 17.10.1951 über die »Aufgabe des Schriftstellers in unserer Zeit«, Gustaf Gründgens im 108. Gespräch am 3.12.1952 über »Theater und Theatergewissen«; Ebd., S. 20 ff.

<sup>79</sup> 185. Mittwochsgespräch am 13.10.1954, Vortrag Peter von Zahn (Washington) »Sind die Amerikaner auch Menschen?«.

<sup>80</sup> R. STEINBERG, *Mittwochgespräch*, 1991, S. 21.

<sup>81</sup> Einen Eindruck von der Gesprächsatmosphäre im Kölner Bahnhofswartesaal vermittelt die vom WDR erstellte Kompilation: WDR (Hrsg.), *Streit*, 1993.

Bei aller Präferenz für das unterhaltsame Spektakel wurde aber auch im Kölner Bahnhofswartesaal ernsthaft diskutiert. Im Oktober 1952 eskalierte erwartungsgemäß ein »Expertengespräch« über die Bedingungen des Strafvollzugs in deutschen Haftanstalten mit dem Auftritt Ernst von Salomons, dessen Erlebnisbericht über die eigene Inhaftierung umgehend eine Debatte über die Entnazifizierung und das Problem der kollektiven Schuld provozierte.<sup>82</sup>

## 5. »Gesprächsdemokratie« versus Parlamentarismus

In der Gründungsphase der Bonner Republik etablierten sich politische Gesprächsforen nach dem Darmstädter und Kölner Vorbild als »Institutionen« einer diskutierenden Öffentlichkeit. Im Selbstverständnis der Initiatoren setzte Demokratie öffentliche Diskussionen voraus, um »unabhängige« politische Überzeugungen bilden zu können. Das konsensuelle Dialogprinzip implizierte Kritik an den formalisierten Debattenritualen der parlamentarischen Demokratie. In den Scheindebatten des Parlaments, so der Vorwurf, würden nur präformierte Parteistandpunkte vorgetragen, während die Gesprächsarenen der Zivilgesellschaft den freien Gedankenaustausch gleichberechtigter Individuen förderten.

Ein repräsentatives Beispiel für die Virulenz öffentlicher Parlamentarismuskritik liefert das siebte Darmstädter Gespräch »Der Mensch und seine Meinung« vom 10. bis 12. September 1960. Aus der Binnensicht der Podiumsakteure waren die legitimen Wortführer der öffentlichen Meinung »Real-Gesinnte«, die »nicht in ideologischen Fronten denken, sondern sich an der Wahrheit der Sache, d. h. der Menschen zu orientieren bereit sind«. Die Gesprächsdemokratie konstituierte eine Gegenwelt zum »Parlament [...], in dem sich die in den Abgeordneten und ihren Gruppierungen vorintegrierten Meinungen auseinandersetzen und in dem nach dieser Auseinandersetzung durch Mehrheit entschieden wird«. Freie und verantwortlich handelnde »Meinungsbildner« seien ein notwendiges Korrektiv der parlamentarischen Mehrheitsherrschaft, des »zum Selbstzweck gewordenen Machtwillen[s] von Personen und Institutionen«.<sup>83</sup> In der »quasi-plebiszitären Demokratie« delegiere der Volkssouverän Macht bloß, statt sie selbst auszuüben, die parlamentarische Demokratie lebe von der »Bequemlichkeit der Massen«.

Ein latenter Antiparlamentarismus äußerte sich auf dem Umweg über die elitäre Verachtung der Massengesellschaft.<sup>84</sup> Soziale Ressentiments gegen die »Vermassung« der Demokratie waren ein Gemeinplatz der 1950er Jahre. Er fundierte den intellektuellen Grundkonsens der Gesprächseliten liberalkonservativer wie linkskatho-

<sup>82</sup> Zum Auftritt von Salomons s. A. M. PARKINSON, *Emotional State*, 2015, S. 107 f.

<sup>83</sup> W. DIRKS, *Verantwortung*, 1961, S. 101 f.

<sup>84</sup> Vgl. z. B. ALEXANDER MITSCHERLICH, *Meditationen zu einer Lebenslehre der modernen Massen*, in: MERKUR 10, 1957, S. 201 ff.; dazu auch F. KIESSLING, *Die undeutschen Deutschen*, 2012, S. 331–334.

lischer Provenienz, die das Vertrauen in die »Vernunft des Individuums und also der Mehrheit« als »noblen Irrtum« der Wählerdemokratie abtaten. Echte Demokratie sei auf »Argumente der Wahrheit und des Gemeinwohls« angewiesen, um die Masse vor demagogischen Verführern und »bedenkenlose[n] Interessenten« in Parteien und Parlamenten zu bewahren, so die Quintessenz dieser »realgesinnten« Volkspädagogik. In der Gesprächsdemokratie der »Meinungsbildner« dagegen kam es auf die Kunst »des doppelten Sprechens in der einen Sprache« an, die sowohl den »Mündigen« als auch den »Unmündigen als Objekt der Überredung« adressiert.<sup>85</sup>

In diesen Selbstgesprächen der Diskussionsforen der Nachkriegsgesellschaft klingen klassische Stereotype der Parlamentarismuskritik an. Aus linksliberaler Perspektive war die Gesprächselite der »Realgesinnten«, auf die niemand hört, vor allem eine »moralische Kraft«. Solange »der Bundestag, [...] dieses bestellte Kontrollorgan, das Parlament, durch Selbstentmannung nicht mehr funktioniert«, beanspruchten die Meinungsbildner der vierten Gewalt selbst die politische Kontrollfunktion gegenüber der durch den »Zar in Bonn« personifizierten Macht der Exekutive.<sup>86</sup> Der durch die Herausgeber der FRANKFURTER HEFTE personifizierte linkskatholische Flügel der Gesprächsallianz teilte dieselbe parlamentskritische Haltung. Bei aller Intellektuellenslarmoyanz blieben die selbsternannten »Meinungsbildner« jedoch grundsätzlich von der Notwendigkeit einer parlamentarischen Kontrollfunktion überzeugt. Ob sich das Parlament gegen die Exekutive durchsetzen konnte, war für sie »eine Frage der politischen Klasse«. Angesichts der defizitären Verfassung der parlamentarischen Demokratie lasse sich politischer Einfluss »auf Herrn Adenauer« nur »über die öffentliche Meinung« organisieren. Ihre Selbsteinschätzung als »Realgesinnte« der Demokratie brachten Kogon und Dirks in einem gemeinsamen Artikel für die Frankfurter Hefte prägnant zum Ausdruck. Der Publizist, so hieß es dort, sei ein »Mann [,] der die Wahrheit sagt.«<sup>87</sup>

Die parlamentskritische, aber keineswegs antiparlamentarische Disposition der Gesprächsakteure war Ausdruck fehlender Resonanz im politischen Raum. Dass von der öffentlichen Diskussion ihrer politischen Standpunkte nichts in die hermetische Parallelwelt der »oberen Schicht« von Exekutive und Parlament drang, ergab sich in ihrer Sicht aus dem defizitären System parlamentarischer Elitenrekrutierung, »weil man auswahlbedingt Menschen dorthin transportiert, die nicht mehr auf geistige und intelligente Argumente reagieren.«<sup>88</sup> Ein Gesprächsmodus herablassender Distanz zum parlamentarischen Betrieb kennzeichnete die Atmosphäre der etablierten Diskussionsarenen. Dabei ging außerparlamentarische Parlamentarismuskritik oft unvermittelt in politische Unterhaltung über – zur allgemeinen Belustigung des

<sup>85</sup> W. DIRKS, Verantwortung, 1961, S. 105; vgl. M. REITMAYER, Elite, 2009, S. 284 f.; C. v. HODENBERG, Konsens und Krise, 2006, S. 280 f.

<sup>86</sup> Diskussionsbeitrag Erich Kuby, in: E. KOGON/H.-W. SABAI, Mensch, 1961, S. 126 f.

<sup>87</sup> »Die Rolle des Publizisten«, in: FRANKFURTER HEFTE 2 (1947), S. 1185 ff., zit. n. M. REITMAYER, Elite, 2009, S. 75.

<sup>88</sup> Wortwechsel zwischen Erich Kuby (Podiumsdiskutant) und Eugen Kogon (Moderator), in: E. KOGON/H.-W. SABAI, Mensch, 1961, S. 126–130.

Publikums und befördert durch eine intensive Medienberichterstattung, die an der Formierung der neuen, an einer rezeptiven Zuschauerdemokratie orientierten politischen Gesprächskultur wesentlichen Anteil hatte.<sup>89</sup>

Dass die Entwicklung unterhaltsamer Gesprächsformen nicht dem Ideal einer diskursiven Demokratie entsprach und deshalb manche Erwartungen enttäuscht wurden, zeigte sich bereits beim ersten Darmstädter Gespräch. Der Expertendiskurs ließ offenbar »Wohlwollen und Sachlichkeit« vermissen. Wo das Gesprächsforum »zur Volksbelustigung auszuarten drohte«, verfehlte es den politischen Anspruch, »Grundlage jeder Gemeinschaft« und Schule der Demokratie zu sein.<sup>90</sup> Der Niveauperlust wurde meist dem Publikum angelastet: »Kühlen, dialektisch geschickten Ausführungen« begegneten Ablehnung und Hohn, so der Eindruck der BADISCHEN ZEITUNG, die Interventionen des Publikums seien aggressiv, verletzend und bekenntnisthaft gewesen. Gespräche degenerierten zum »Geschwätz«, sobald sie den Dialograum des Podiums verließen und das Auditorium sich beteiligte.<sup>91</sup>

Die Missbilligung inopportuner oder störender Publikumsreaktionen war Ausdruck eines elitären Demokratieverständnisses, das Publizistik und Medien mit den Gesprächsakteuren teilten. Die mediale Aufmerksamkeit galt nicht dem Auditorium als dem eigentlichen Adressaten und Gesprächspartner, sondern der »Arena des Geistes«. Sie fokussierte sich auf das »in der Mitte der Halle errichtete Podium, wo [...] die Koryphäen des Gesprächs, von Scheinwerfern bestrahlt, von Mikrofonen umlauert« ihre inszenierten Rededuelle aufführten. Im politischen Unterhaltungstheater waren die Rollen eindeutig verteilt. Alles kam auf die »Conférenciers mit dem Talent des führungsgewohnten Regisseurs« an, die aus »Redesolisten eine ernstlich-diskutierende Gruppe« formten.<sup>92</sup> Zustimmung und Kritik an der neuen Gesprächskultur hielten sich die Waage, je nachdem, ob Politik und Unterhaltung für kompatibel gehalten wurden oder nicht. Das öffentliche Gespräch konnte als »gutes Theater« verstanden oder aber als schieres Spektakel abgetan werden.<sup>93</sup> Die häufig verwendete Theatermetaphorik belegt, dass die Gesprächsforen der Nachkriegszeit mit denselben Maßstäben beurteilt wurden wie der Parlamentarismus. Dem kommunikativen Imperativ eines wahrheits- und sachgemäßen, konstruktiven Dialogs konnte die Performanz der »Redner-Individuen« auf dem Podium ebenso wenig genügen wie die Redeschlachten parlamentarischer Kombattanten. Das »öffentliche Gespräch, diese Einrichtung, wenn nicht Erfindung unserer Nachkriegszeit« orientiere sich wie die

<sup>89</sup> I. Darmstädter Gespräche 1950 »Das Menschenbild in unserer Zeit: Die Verteidigung der modernen Kunst«, Abendsendung vom 1.8.1950, Bestand Hessischer Rundfunk (HR), hrhfdbr. KONF.5915465.

<sup>90</sup> »Das Darmstädter Gespräch«, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 19.7.1950.

<sup>91</sup> BADISCHE ZEITUNG vom 22.7.1950 und SCHWETZINGER MORGEN vom 21.7.1950.

<sup>92</sup> »Auf alle Fälle: Geistiges Theater«, MANNHEIMER MORGEN v. 28. April 1955 über das 5. Darmstädter Gespräch.

<sup>93</sup> »Was den Kölnern ihr Karneval, den Berlinern ihr Sechstagerrennen, ist den Darmstädtern ihr »Gespräch«; »... und noch einmal Theater oder der Tag nach dem Gespräch«, in: DARMSTÄDTER ECHO, 28.4.1955.

parlamentarische Fensterrede »stark vom Podium weg und nach den Zuhörer-Reihen hin«. Auch der Vorwurf, »die Herren produzierten sich und ihre geistigen Fertigprodukte vor dem Mikrophon in einer jahrmarkthaften Selbstgefälligkeit«, reproduzierte Stereotype der Parlamentskritik. Am Ende glich die Passivität des »geduldig schweigenden Zuhörers«, der nur noch aufnehme, »was diejenigen zu sagen haben, denen Ruhm und Rang des Denkens oder Forschens zuteil geworden«, der politischen Abstinenz des Stimmbürgers in der Wählerdemokratie.<sup>94</sup>

Die Analyse der Gesprächsprotokolle und Tonaufzeichnungen lassen vor allem eine Tendenz zur Kommerzialisierung und Medialisierung der öffentlichen Gesprächskultur erkennen, die in einer medialen Fokussierung auf die Podiumsmatadore und die Disziplinierung der Auditorien zum Ausdruck kam.<sup>95</sup> Dass die Demokratisierung der Nachkriegsgesellschaft mit einer rezeptiven Zuschauerdemokratie korrespondierte, wurde von den Protagonisten einer partizipatorischen Gesprächsdemokratie als Fehlentwicklung wahrgenommen. Es fiel schwer, die öffentlichen Gesprächsarenen als eine der Konsum- und Mediengesellschaft angemessene, eigene Form politischer Unterhaltung zu akzeptieren. Nur wenige Beobachter waren bereit, den bloßen »Wunsch [...] wieder miteinander zu reden [...] mit Mitmenschen ›ins Gespräch zu kommen« als politischen Selbstzweck und wesentliche Voraussetzung einer neu entstehenden demokratischen Kultur zu würdigen.<sup>96</sup> Dies implizierte freilich die Anerkennung einer strukturellen Asymmetrie zwischen Bühnenakteuren und Publikum, deren Aufhebung in den öffentlichen Gesprächsarenen ebenso eine Regelverletzung bedeutete wie in den Plenarsälen der repräsentativen Demokratie. In Hinsicht auf die Verteilung der politischen Rollen waren beide Arenen kaum noch voneinander zu unterscheiden: Hier wie dort, so resümierte ein ernüchterter Kommentator, würden die Diskutanten keinen Dialog führen, sondern sich »nur gegenseitig ihre unverrückbaren Ansichten unterbreiten«.<sup>97</sup>

## 6. Am Ende des Gesprächs?

Die politischen Gesprächsforen der jungen Demokratie hatten den Zenit ihrer öffentlichen Resonanz Ende der 1960er Jahre erreicht. Insbesondere das Darmstädter Gespräch war eine Institution der politischen Gesprächskultur der Bundesrepublik geworden. Die für die Konstituierung einer demokratischen Gesellschaft nicht zu un-

<sup>94</sup> S. MELCHINGER, *Das öffentliche Gespräch*, 1954, S. 76–78.

<sup>95</sup> 6. Darmstädter Gespräche 1958 »Ist der Mensch messbar?«, 22.3.1958, Bestand HR, hrhfdbr. KONF.6668764.

<sup>96</sup> »Wir wollen wieder miteinander sprechen«. Vom 100. Kölner Mittwochsgespräch und 3. Darmstädter Gespräch«, in: WESTFÄLISCHE NACHRICHTEN, 4.10.1952.

<sup>97</sup> »Am Ende des Gesprächs«, in: DARMSTÄDTER ECHO, 30.9.1953. Der Autor Georg Hensel (1923–1996), Journalist und Leiter des Feuilletons der Lokalzeitung bis 1974 und danach Feuilletonredakteur bei der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG bis 1989, gilt als einer der profiliertesten Theaterkritiker der Bundesrepublik.

terschätzende Bedeutung der verschiedenen Gesprächsforen schwächte sich von da an allerdings deutlich ab. Das öffentliche Gespräch war nur mehr ein populäres Ereignis unter vielen Angeboten der Freizeit- und Konsumkultur, und von daher einer Operneuinszenierung oder Sportveranstaltung vergleichbar. Durch die Professionalisierung des Gesprächsbetriebs verstärkte sich der Eindruck einer zunehmend selbstreferentiellen Veranstaltungsregie. Doch beeinträchtigte nicht so sehr die Vereinnahmung durch den Kulturbetrieb die politische Relevanz des Gesprächsforums als die Tendenz zur parteipolitischen Inanspruchnahme des bewährten Unterhaltungsformats. Die Gesprächsleitung sah sich seit den 1960er Jahren von Teilnehmern und Publikum verstärkt in politische Gegenwartsfragen verwickelt. So wurde im September 1968 das 10. Darmstädter Gespräch über »Mensch und Menschenbilder« zu »kraftvollen Bekenntnissen« für und wider den »Prager Frühling« und zu politischen Statements gegen die Notstandsgesetze genutzt.<sup>98</sup> Als politisches Forum zur Bloßstellung der parlamentarischen »Formaldemokratie« hatte die Außerparlamentarische Opposition das Darmstädter Gespräch schätzen gelernt. In Hinblick auf die Intentionen des Gründungsmanifests des Darmstädter Gesprächs war ihre Forderung, dem Publikum Gelegenheit zur aktiven Partizipation zu eröffnen, damit »das Podium aus seiner autoritären Vaterrolle herauskommt«, allerdings keineswegs abwegig.<sup>99</sup>

Selbst diejenigen Beobachter, denen das »Hickhack« auf dem Podium und die lautstarke Präsenz von Teilen des Publikums – »der SDS saß im Saal, sprungbereit« – missfielen, räumten aber am Ende anerkennend ein, dass »sich die Gespräche, neben den vielen konfessionellen und politischen Akademien oder sogar über ihnen, einen Platz in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik erobert« hatten. Gerade »wegen des zum Teil sehr heftigen Aufeinanderprallens gegensätzlicher Meinungen« sei »ein wichtiger Fortschritt im Demokratisierungsprozeß unseres Landes« ermöglicht worden. Selbst das 1968er Gesprächsforum konnte sich das Verdienst zuschreiben, »daran erinnert zu haben, wie Parlamentarismus, wenn er intakt bleiben will, aussehen und funktionieren muß: als das Gegenteil eines Systems der gegenseitigen Gefälligkeiten«.<sup>100</sup>

Hatten die öffentlichen Diskussionsforen mit ihrer offenen pluralistischen Struktur und einer teils anarchischen Praxis bis dahin gewissermaßen eine politische Parallelwelt der parlamentarischen Demokratie konstituiert, so entwickelten sich die neu entstehenden Gesprächsforen der 1970er Jahre zu einem Resonanzraum gesellschaftlicher Kontroversen. Vor allem die studentische Protestbewegung nutzte die Veranstaltungen als öffentlichkeitswirksame Foren antiparlamentarischer Systemkritik. Exemplarisch zu beobachten sind diese Politisierungsstrategien in einem neuen Gesprächsforum, das explizit an das Darmstädter Gespräch anknüpfte: die 1973 eröff-

<sup>98</sup> Stadtarchiv Darmstadt Darmstädter Gespräch 28/c: Transkripte der Tonbandaufzeichnung mit Wiedergabe der Publikumsreaktionen.

<sup>99</sup> »Der Mensch – ein Affe, der spricht.«, 10. Darmstädter Gespräch, in: DIE WELT, 5.10.1968; »In Darmstadt eine harte Nuß«, in: KÖLNER STADTANZEIGER, 2.10.1968.

<sup>100</sup> »Die Revolution der Gedanken geht weiter«, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 4.10.1968.

neten »Frankfurter Römerberggespräche«. Auf Initiative des städtischen Kulturreferenten Hilmar Hoffmann (\*1925) im Herbst 1972 ins Leben gerufen, hatte die als »öffentliches Expertengespräch« konzipierte Veranstaltung den Anspruch, sich zu einer »Institution des Frankfurter Kulturlebens« zu entwickeln. Als Vorbild diente das Darmstädter Gespräch, doch sollte das Frankfurter Pendant »entschiedener zielgerichtet und eindeutiger profiliert sein«, indem es »Themen von besonderer kultur- und gesellschaftspolitischer Aktualität« zur Diskussion stellte.<sup>101</sup> Die Gesprächsplaner legten auf ein gesellschaftskritisches Reflexionsniveau Wert, und die Römerberggespräche sollten »weder ein Ersatz für die heute nicht mehr stattfindenden Kölner Bahnhofsgespräche [sein] noch eine Kopie der Darmstädter Gespräche darstellen«.<sup>102</sup>

Die organisatorische Vorbereitung des Gesprächsforums verlief schleppend. An der gesellschaftspolitischen Ausrichtung des geplanten Forums entzündete sich im Stadtparlament sofort Kritik. Differenzen bestanden sowohl über das Konzept als auch über die personelle Zusammensetzung des durch den Kulturdezenten berufenen Beirats der Römerberggespräche.<sup>103</sup> Einige Mitglieder des Gründungskuratoriums<sup>104</sup> blieben angesichts der öffentlichen Kritik der konstituierenden Sitzung fern, und die ohnehin um ein Jahr verspätete Eröffnung des Gesprächsforums musste dann wegen des Bundesparteitages der SPD am 10./14. April 1973 in Hannover erneut um ein halbes Jahr verschoben werden, um die Veranstaltung nicht völlig in den Sog parteipolitischer Kontroversen geraten zu lassen. Kurzzeitig erwog das Kuratorium sogar eine Absage des Römerberggesprächs,<sup>105</sup> nachdem ein weiterer prominenter Podiumsreferent seine Teilnahme verärgert absagte.<sup>106</sup>

<sup>101</sup> Hoffmann griff einen Gedanken des Frankfurter Ordinarius für Bildende Kunst und Kunstpädagogik Heinz Willi Wirth auf, der ein Jahr zuvor »eine Art Symposium« angeregt und dafür den Namen »Frankfurter Römerberggespräche« vorgeschlagen hatte; Institut für Stadtgeschichte Frankfurt Kulturamt [IfS Ffm KA] 1.561: Typoskript an Hilmar Hoffmann vom 7.9.1971; Antwortschreiben Hoffmanns an Wirth v. 17.9.1971; Protokoll zur »Gründung der Römerberggespräche« im Amt für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung v. 8.2.1972, gez. H.H. Hoffmann und H. W. Wirth.

<sup>102</sup> IfS Ffm KA 1.561: Typoskript (Kopie) des Kulturdezernenten Hoffmann an Dr. Carl Hanser, Hanser-Verlag, vom 13.2.1973.

<sup>103</sup> Vgl. »Wer steht dahinter?«, in: FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 2.5.1972 und »Scheingefecht gegen Hoffmanns Kulturpolitik? Das Kuratorium »Römerberg-Gespräche« als Zankapfel der Stadtverordneten.«, in: Ebd., 19.6.1972.

<sup>104</sup> Dem Kuratorium gehörten der Schriftsteller Horst Bingel aus Frankfurt, die Frankfurter Universitätsprofessoren Iring Fetscher, Alexander Mitscherlich und H. H. Wirth, der Regisseur Alexander Kluge, der Direktor des Schauspiels Frankfurt Peter Palitzsch, Prof. Hans Heinz Holz (Marburg), Stadtverordnetenvorsteher Willi Reiss (SPD) sowie Hilmar Hoffmann als Kuratoriumsvorsitzender und Maria Christiana Leven (beide SPD) als Schriftführerin und Organisatorin an; IfS Ffm KA 1.561, Protokoll der konstituierenden Sitzung am 16.2.1972.

<sup>105</sup> IfS Ffm KA 1.561: Protokoll der Kuratoriumssitzung vom 31.8.1973.

<sup>106</sup> Die Veranstalter hatten es versäumt, Alexander Mitscherlich, der eine Gastprofessur in Stanford wahrnahm, rechtzeitig über die Terminverschiebung zu unterrichten: »Vielleicht ist das deutsche Stil von Amtspersonen, so mit den Untertanen umzugehen.« (Brief Mitscherlichs an das Kuratorium, Stanford Ca., vom 19.3.1973, IfS Ffm KA 1.561.; Einladungsschreiben des Stadt-

Trotz der Anlaufprobleme konnte sich das Römerberggespräch als populäres politisches Forum in der lokalen Szene etablieren. Die Öffentlichkeit war dabei im Vergleich zum Darmstädter Vorbild so weit begrenzt worden, »dass eine Diskussion der Experten noch möglich ist«. Es war an ein Podiumsgespräch »hervorragender Experten« gedacht, mit einer erweiterten Runde von 20-30 geladenen Gästen, die ebenfalls fachlich einschlägig ausgewiesen sein sollten. Das Frankfurter Publikum bildete die Resonanzkulisse, »damit das Expertengespräch unter Beteiligung der Öffentlichkeit aus der Weltfremdheit des reinen Fachgesprächs herausgehoben wird.«<sup>107</sup> Die hybrid wirkende Konzeption einer Verbindung von Symposium und Publikumsveranstaltung ließ sich indes auch deshalb nicht realisieren, weil die öffentliche Gesprächskultur der 1970er Jahre weit stärker parteipolitisch polarisiert war als die Diskussionsforen der Nachkriegszeit. Bereits die Ankündigung des ersten Römerberggesprächs über Stadtplanung und öffentlichen Wohnungsbau löste eine politische Kontroverse aus.<sup>108</sup> Vor der Kulisse der Neubauten der Frankfurter City wurde das am 18. Oktober 1973 eröffnete Gesprächsforum mit dem plakativen Titel »Kann die Stadt im Kapitalismus noch bewohnbar gemacht werden?« zum Tribunal über die kommunale Wohnungsbaupolitik.<sup>109</sup> Das angekündigte Expertengespräch geriet in Anwesenheit von über hundert »Hausbesetzern« der lokalen Szene zum »schieren Theater«. Der Frankfurter Oberbürgermeister Rudi Arndt wurde zur Zielscheibe des Protests gegen »Bauspekulantentum«. Er musste die Bühne vorzeitig räumen, um einem Abbruch des Gesprächs zuvorzukommen.<sup>110</sup> Ähnlich wie 1968 anlässlich des Darmstädter Gesprächs versuchten antiparlamentarische Publikumsakteure das Römerberggespräch im Schauspielhaus Frankfurt als Polittheater zum Zwecke der Verschleierung der wahren Machtverhältnisse zu »entlarven«. Auch hier galt die Kritik eher der politischen Inszenierung von Demokratie als den Gesprächsinhalten, zumal die Mehrheit der Podiumsreferenten die gesellschaftskritische Wirkungsanalyse moderner Städteplanung weitgehend teilte.

Auch alle folgenden Römerberggespräche der 1970er und 1980er Jahre gerieten zum öffentlichen Spektakel. Die Presseberichterstattung war dezidiert kritisch, und das Gesprächsforum entwickelte sich zum rhetorischen Schlachtfeld politischer Systemkritik.<sup>111</sup> Die politischen Fronten verliefen meist zwischen Podiumsexperten und

---

rats H. Hoffmann an die Teilnehmer v. 30.1.1973, darin wird als projektiertes Eröffnungstermin der 5. und 6. April 1973 genannt.

<sup>107</sup> IfS Ffm KA 1.561: Konzeptpapier H. H. Wirth zur konstituierenden Kuratoriumssitzung am 16.2.1972, o. D.

<sup>108</sup> Zusätzlich politisiert wurde die Veranstaltung durch einen gegen das Maklergewerbe gerichteten Beschluss des SPD-Parteitag in Hannover. Dort wurde ein Antrag des Parteibezirks Hessen-Süd, »die Ausübung des Gewerbes zur Vermittlung von Grundstücken und Wohnungen gesetzlich zu unterbinden« mit 2/3-Mehrheit angenommen; Titelgeschichte: »SPD fordert: Makler wegl!«, in: DER SPIEGEL 17, 23.4.1973.

<sup>109</sup> IfS Ffm KA 1.561: Programm-Broschüre des RG v. 18./19.10.1973.

<sup>110</sup> »Städtebau. Teig mit Soße«, in: DER SPIEGEL 44, 29.10.1973.

<sup>111</sup> Der konzeptionelle Ansatz der RG erwies sich als ambivalent. Zwar hatten die Initiatoren auf »Aktualität und Brisanz der Problembereiche« dezidiert Wert gelegt, doch entsprach die re-

diskussionserprobten Teilnehmergruppen des Auditoriums. Das Forum des 7. Römerberggesprächs »Die Bundesrepublik Deutschland – Republik ohne Bürger?« im Mai 1980 bot organisierten Bürgerprotestgruppen eine Bühne. Sie nutzten die politische Arena, um antiparlamentarische Formen der direkten »Demokratie von unten« und eine Abkehr vom »Parteienstaat« bürgerlicher Prägung zu fordern. Das Römerberggespräch war ein geeigneter öffentlicher Ort, um die politische Gesprächsagenda der Diskussionen »basisdemokratisch« zu bestimmen: Das Podium des 7. Römerberggesprächs ließ sich so in eine Diskussion über die politische Moral der »Roten Armee Fraktion« und die Stammheimer »Morde« verwickeln. Trotz einer generalstabsmäßigen Diskussionsregie<sup>112</sup> seitens einzelner Aktivisten zeigte sich das Publikum des Römerberggesprächs mehrheitlich distanziert gegenüber einer antiparlamentarischen Systemkritik, die sich gegen die »Stimmzettel-Demokratie«, die Nicht-Repräsentation gesellschaftlicher Gruppen im Parlament, und gegen das »Gespenst der Demokratie, die es nicht gibt«, artikulierte.<sup>113</sup> Bei allem Unmut über die »Geheimsprache« von Experten und Politikern, die dem Publikum das Verständnis erschwere, sprach eine Podiumsteilnehmerin vermutlich für eine große Mehrheit der Anwesenden, als sie die Auffassung vertrat, dass auch das 7. Gesprächsforum am Ende seinen Zweck erfüllt habe, weil es eine andere Wirklichkeit als die der Medienberichterstattung repräsentiere.<sup>114</sup>

Obgleich das intellektuelle Gesprächsniveau der Römerberggespräche nach Auffassung interessierter Verlage eine Publikation der Referate und Diskussionen nicht rechtfertigte<sup>115</sup>, waren auch die Frankfurter Römerberggespräche der 1970/1980er Jahre zweifellos eine lokale Institution der öffentlichen Gesprächskultur geworden. Durch die kommunalpolitische Unterstützung, die es sich nach den schwierigen Anfängen erwarb, und dank der kulturellen Bedeutung des Gesprächsforums bereitete es keine Probleme, prominente »Persönlichkeiten« des öffentlichen Lebens der Bundesrepublik und aus dem Ausland als Teilnehmer zu gewinnen.<sup>116</sup> Die Verlegung der Veranstaltung in den Plenarsaal des Römers, dem Sitzungssaal des Frankfurter Stadtparlaments, war ein demokratiepolitisches Bekenntnis der Stadt. Die Ortswahl

---

ale Politisierung der Veranstaltung nicht den Erwartungen; IfS Ffm KA 1.561: Konzeptpapier H. H. Wirth zur konstituierenden Kuratoriumssitzung am 16.2.1972, o. D.

<sup>112</sup> Einzelne Wortmeldungen aus dem Publikum waren offensichtlich vorgefertigt und wurden ohne Bezug zum Thema in demokratiekritischem Gestus und appellativischem Modus von dazu autorisierten »Diskutanten« verlesen, deren unsicherer Vortrag über die Nicht-Identität zwischen Urheber und Rezitator keinen Zweifel lässt.

<sup>113</sup> 7. Römerberggespräche: Die Bundesrepublik Deutschland – Republik ohne Bürger? 16./17.5.1980, Bestand HR, hrhfdbi.KONF.6680772.

<sup>114</sup> Ebd. Diskussionsbeitrag der »Gerichtsreporterin« Peggy Paners.

<sup>115</sup> IfS Ffm KA 1.562: Schreiben Jürgen Kolbe, Carl Hanser Verlag an Maria Christiana Leven (Kuratorium RG) v. 10.12.1973. Über die Römerberggespräche erschien nur eine einzige, vom Kulturdezernenten selbst herausgegebene Publikation: »Kultur-Zerstörung?« 10. Römerberggespräche in Frankfurt am Main, hrsg. v. H. HOFFMANN, Frankfurt am Main 1983.

<sup>116</sup> IfS Ffm KA 1.567: Einladungsschreiben mit Teilnehmerliste an Dr. Franz Alt, Südwestfunk, 14. November 1979.

symbolisierte den politischen Anspruch der Römerberggespräche, eine kommunale Diskussionsarena der parlamentarischen Demokratie zu sein. Dank der lokalen Akzeptanz und der öffentlichen Resonanz war auch das »linke« Frankfurter Gesprächsforum eine Säule der liberalen Gesellschaft geworden. Auch antiparlamentarische Rhetorik und basisdemokratische Interventionen, die in den öffentlichen Gesprächsforen der 1970er Jahre ein ideales Milieu vorfanden, bewirkten langfristig eine Erneuerung der parlamentarischen Demokratie.

### Fazit

1. Die öffentlichen Gesprächsarenen der 1950er Jahre entstanden in einem diskursiven Vakuum, das die NS-Diktatur hinterlassen hatte. Von den Alliierten als Instrument der Re-education initiiert, entwickelte sich bald eine eigenständige politische Gesprächskultur, die ein wichtiges Element einer sich neu formierenden Zivilgesellschaft war. Dem »diskursiven Umschwung« kam »enorme politische Bedeutung zu«, so die Bewertung Gabriele Metzlers, »in ihm fand der Prozess der Verwestlichung der Bundesrepublik [...] Ausdruck.«<sup>117</sup> Die Gesprächsforen konstituierten eine politische Parallelwelt, in der ein ideologiefreier »unabhängiger« politischer Diskurs zelebriert wurde. Allein der Anspruch, weder von Interessen noch von parteipolitischen Motiven geleitet, sondern nur dem freien Wort und der Wahrheit verpflichtet zu sein, stellte die Vertrauenswürdigkeit der parlamentarischen Demokratie in Frage. Inszenierung und Arrangement des öffentlichen Gesprächs orientierten sich an der dialogischen Redepaxis des Parlamentarismus. Zugleich grenzten sich die Gesprächsakteure aber von der durch Parteiloyalität und Fraktionszwang geprägten Debattenkultur dezidiert ab. Rhetorische Wendungen gegen die »Scheinwelt« des parlamentarischen Theaters reproduzierten das argumentative und visuelle Repertoire klassischer Parlamentarismuskritik.
2. Unter den Conférenciers und Wortführern der politischen Gesprächsforen der Nachkriegsdemokratie waren ehemalige Gegner der NS-Diktatur, Verfolgte und Remigranten stark vertreten. Ihre politischen Biografien und rhetorische Prägnanz verliehen den Podiumsakteuren eine besondere Aura und legitimierten die politische Deutungskompetenz dieser selbsternannten demokratischen Avantgarde. Obleich durchaus nicht antiparlamentarisch disponiert, zelebrierten die akademisch gebildeten »Meinungsbildner« und »Realgesinnten« einen parlamentskritischen Habitus, um sich von der politischen Klasse in der »Massendemokratie« zu distanzieren. Als Alternative zur Mediokrität der »Parteiendemokratie« favorisierten sie eine aus Fachleuten und »Persönlichkeiten« selektierte Elitendemokratie und stärkten auf diese Weise populäre Kritik an dem säkularen Trend der Professionalisierung politischer Karrieren.

<sup>117</sup> G. METZLER, *Konzeptionen politischen Handelns*, 2005, S. 203.

3. Die Parallelwelten öffentlicher Gesprächsforen sind auch ein Symptom der Veränderung der öffentlichen Kommunikation über Politik. Abseits der politischen Hauptkampfarena des Bundestages entwickelte sich eine medienaffine Diskussionskultur, deren Attraktivität auf Responsivität und Spontaneität beruhte. Tendenziell überholte die Gesprächsdemokratie das Parlament im Wettbewerb um öffentliche Aufmerksamkeit, während der Bundestag ein »Wahrnehmungsdefizit« beklagen musste. Das öffentliche Gespräch etablierte sich in den 1950er Jahren als eine Institution der Zuschauerdemokratie. Inszenierung und Ablauf der Gesprächsforen sowie die Projektion politischer Erwartungen auf einzelne Personen weisen auf das Fernsehformat der politischen Talkshow voraus. Sie bildeten dabei stets auch ein öffentliches Forum kritischer Reflexion über tatsächliche und vermeintliche Fehlentwicklungen der parlamentarischen Demokratie.

## Quellen- und Literaturverzeichnis

- Bach, Christine: Bürgersinn und Unternehmergeist. Stifter und Stiftungen in Hamburg nach 1945, Baden-Baden.
- Bänsch, Dieter (Hrsg.): Die fünfziger Jahre. Beiträge zu Politik und Kultur, Tübingen 1985.
- Bartning, Otto (Hrsg.): Darmstädter Gespräch. Mensch und Raum, Darmstadt 1952.
- Benz, Wolfgang (Hrsg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55. Ein Handbuch, Berlin 1999.
- Biefang, Andreas/Andreas Schulz: From monarchical constitutionalism to parliamentary republic: concepts of parliamentarianism in Germany since 1818, in: Handbook of Conceptual History of Europe. Vol. I: Parliamentary and Constitutional History, hrsg. v. P. Ihalainen u. W. Steinmetz, London/New York 2016, S. 62–80.
- Biefang, Andreas: Das Ende der Deliberation. Erich Salomons Bilder vom Reichstag 1928–1931, in: Ders./Marij Leenders (Hrsg.), Das ideale Parlament. Erich Salomon als Fotograf in Berlin und Den Haag, 1928–1940, Düsseldorf 2014, S. 23–99.
- Boehling, Rebecca L.: A Question of Priorities. Democratic Reforms and Economic Recovery in Postwar Germany. Frankfurt, Munich, and Stuttgart under U.S. Occupation 1945–1949, Oxford 1996.
- Boventer, Hermann (Hrsg.): Evangelische und Katholische Akademien. Gründerzeit und Auftrag heute, Paderborn u. a. 1983.
- Boventer, Hermann: Das Katholische im Zeitbewußtsein. Zur Entstehungsgeschichte der Katholischen Akademien nach 1945, in: Ders. (Hrsg.), Evangelische und Katholische Akademien. Gründerzeit und Auftrag heute, Paderborn u. a. 1983, S. 224–242.
- Burns, Rob/Wilfried van der Will: Protest and Democracy in West Germany: Extra-Parliamentary Opposition and the Democratic Agenda, London 1988.
- Chafetz, Josh: Democracy's Privileged Few. Legislative Privilege and Democratic Norms in the British and American Constitutions, New Haven/London 2007.
- Clemens, Gabriele: Britische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949. Literatur, Film, Musik und Theater, Stuttgart 1997.
- Deissler, Dirk: Die entnazifizierte Sprache. Sprachpolitik und Sprachregelung in der Besatzungszeit, Frankfurt am Main 2004.

- Der Streit der frühen Jahre. Die Kölner Mittwochsgespräche 1950–1956. Compact Disc, hrsg. v. Westdeutschen Rundfunk 1993.
- Dirks, Walter: Zur Verantwortung der Meinungsbildner, in: Kogon, Eugen/Heinz-Winfried Sabais, *Der Mensch und seine Meinung*. Das Gespräch vom 10. bis zum 12. September 1960, Darmstadt 1961, S. 97–107.
- Dürr, Thomas: *Bürgerliches Selbstverständnis im Wandel. Öffentliche Gesprächskreise zu »Zeitfragen« in Westdeutschland, 1950–1963*, Unveröffentlichtes Manuskript, Universität Freiburg 2001.
- Evers, Hans-Gerhard (Hrsg.): *Darmstädter Gespräch. Das Menschenbild in unserer Zeit*, Darmstadt 1951.
- Fisher, Jaimey: *Disciplining Germany. Youth, Reeducation, Reconstruction after the Second World War*, Detroit 2007.
- Föllmer, Moritz (Hrsg.): *Sehnsucht nach Nähe. Interpersonale Kommunikation in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert*, Wiesbaden 2004.
- Fontana, Benedetto u. a. (Hrsg.): *Talking Democracy. Historical Perspectives on Rhetoric and Democracy*, Pennsylvania 2004.
- Foschepoth, Josef/Rolf Steininger (Hrsg.): *Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949*, Paderborn 1996.
- Friedland, Paul: *Political Actors. Representative Bodies & Theatricality in the Age of the French Revolution*, Cornell 2002.
- Fuge, Janina/Christoph Hilgert: Aktuell und überparteilich, aber nicht unpolitisch. Informationssendungen und politische Programmangebote im Hörfunk des NWDR, in: Hans-Ulrich Wagner (Hrsg.), *Geschichte des Nordwestdeutschen Rundfunks*, Bd. 2, Hamburg 2008, S. 105–149.
- Geppert, Dominik: Von der Staatskepsis zum parteipolitischen Engagement. Hans Werner Richter, die Gruppe 47 und die deutsche Politik, in: Ders. (Hrsg.)/Jens Hacke, *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980*, Göttingen 2008.
- Grüner, Stefan: Lehren aus Weimar in den Parteien, in: Christoph Gusy (Hrsg.), *Weimars lange Schatten – »Weimar« als Argument nach 1945*, Baden-Baden 2003, S. 215–238.
- Habermas, Jürgen: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Neuwied 1962.
- Habermas, Jürgen (Hrsg.): *Technik und Wissenschaft als „Ideologie“*, Frankfurt am Main 1968.
- Hacke, Jens: *Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik*, Göttingen 2006.
- Hein-Kremer, Maritta: *Die amerikanische Kulturoffensive. Gründung und Entwicklung der amerikanischen Information Centers in Westdeutschland und West-Berlin 1945–1955*, Köln 1996.
- Herf, Jeffrey: *Divided Memory: The Nazi Past in the Two Germans*, Cambridge, MA. 1997.
- Hilgers, Alfons J. W.: *Debate. Ein Beitrag zur Klärung der Wörter und Begriffe des Parlaments und des öffentlichen Gesprächs*, Bonn 1961.
- Historisches Archiv der Stadt Köln (Hrsg.): *Freier Eintritt, freie Fragen, freie Antworten. Die Kölner Mittwochsgespräche 1950–1956*. Köln 1991.
- Hodenberg, Christina von: *Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973*, Göttingen 2006.
- Hoffmann, Hilmar (Hrsg.): *»Kultur-Zerstörung?« 10. Römerberggespräche in Frankfurt am Main*, Frankfurt a. M. 1983.
- Holly, Werner u. a.: *Politische Fernsehdiskussionen. Zur medienpezifischen Inszenierung von Propaganda als Diskussion*, Tübingen 1986.
- Itten, Johannes: Über die Möglichkeiten moderner Kunst, in: Hans-Gerhard Evers (Hrsg.): *Darmstädter Gespräch. Das Menschenbild in unserer Zeit*, Darmstadt 1951, S. 31–47.

- Jürgensen, Kurt: Britische Besatzungspolitik, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55. Ein Handbuch, Berlin 1999, S. 48–60.
- Keller, Harald: Die Geschichte der Talkshow in Deutschland, Frankfurt a. M. 2009.
- Kießling, Friedrich: Die un-deutschen Deutschen. Eine ideengeschichtliche Archäologie der alten Bundesrepublik 1945–1972, Paderborn 2012.
- Kogon, Eugen: Demokratie und Föderalismus, in: Frankfurter Hefte 1/6 (1946), S. 66–78.
- Kogon, Eugen/Heinz-Winfried Sabais (Hrsg.): Der Mensch und seine Meinung. Das Gespräch vom 10. bis zum 12. September 1960, hrsg. im Auftrag des Magistrats der Stadt Darmstadt und des Komitees Darmstädter Gespräch 1960, Darmstadt 1961.
- Körper, Kurt A.: Das Profit-Programm. Ein Unternehmer geht stiften, Hamburg 1992.
- Körper-Stiftung (Hrsg.): Standpunkte bewegen. 40 Jahre Bergedorfer Gesprächskreis, Hamburg 2001.
- Kreis, Reinhild: Orte für Amerika. Deutsch-Amerikanische Institute und Amerikahäuser in der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren, Stuttgart 2012.
- Kunststadt Darmstadt. Kultureller Wiederaufbau 1946, Darmstadt 1947.
- Laak, Dirk van: Gespräche in der Sicherheit des Schweigens. Carl Schmitt in der politischen Geistesgeschichte der frühen Bundesrepublik, 2. Aufl. Berlin 2002.
- Linke, Angelika: Sprache, Gesellschaft und Geschichte. Überlegungen zur symbolischen Funktion kommunikativer Praktiken der Distanz, in: Zeitschrift für germanistische Linguistik 26, 1998, S. 135–155.
- Luckmann, Thomas: Grundformen der gesellschaftlichen Vermittlung des Wissens. Kommunikative Gattungen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 27 (1986), S. 191–211.
- Melchinger, Siegfried: Das öffentliche Gespräch, in: Wort und Wahrheit. Monatsschrift für Religion und Kultur 9/1 (1954), S. 76–78.
- Metzler, Gabriele: Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt: politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn u. a. 2005.
- Mommsen, Hans: Der lange Schatten der untergehenden Republik. Zur Kontinuität politischer Denkhaltungen von der späten Weimarer zur frühen Bundesrepublik, in: Karl. D. Bracher/Mannfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918–1933, 1998, S. 552–586.
- Moses, Anthony D.: German Intellectuals and the Nazi Past, Cambridge 2007.
- Moses, Anthony D.: The Weimar Syndrome in the Federal Republic of Germany: Carl Schmitt and the Forty-Fiver Generation of Intellectuals, in: Stephan Loos/Holger Zaborowski (Hrsg.), Leben, Tod und Entscheidung: Studien zur Geistesgeschichte der Weimarer Republik, Berlin 2003, 187–207.
- Müller, Eberhard, Die Kunst der Gesprächsführung. Ein Weg zum gemeinsamen Denken, Hamburg 1969.
- Oberreuter, Heinrich/Jürgen Weber (Hrsg.): Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland, München/Landsberg am Lech 1996.
- Pakschies, Günter: Umerziehung in der britischen Zone 1945–1949. Untersuchungen zur britischen Re-education-Politik, Frankfurt a. M. 1984.
- Parkinson, Anna M.: An Emotional State. Ther Politics of Emotion in Postwar West German Culture, Ann Arbor 2015.
- Prümm, Karl: Walter Dirks und Eugen Kogon als katholische Publizisten der Weimarer Republik, Heidelberg 1984.
- Recker, Marie-Luise (Hrsg.): Bilanz: 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, St. Ingbert 2001.
- Recker, Marie-Luise: »Bonn ist nicht Weimar«. Zu Struktur und Charakter des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer, in: GWU 44, 1993, 287–303.

- Recker, Marie-Luise: Der Parteienstaat in der Diskussion. Die Entstehung des Parteiengesetzes im Schnittfeld von Politik, Wissenschaft und Rechtsprechung, in: Dieter Hein/Klaus Hildebrand/Andreas Schulz (Hrsg.), *Historie und Leben. Der Historiker als Wissenschaftler und Zeitgenosse*. Fs für Lothar Gall, München 2006, S. 605–618.
- Reitmayer, Morten: *Elite. Sozialgeschichte einer politisch-gesellschaftlichen Idee in der frühen Bundesrepublik*, München 2009.
- Roegele, Otto B.: Über Gott und die Welt. Evangelische und Katholische Akademien in Deutschland im Jahre 1961, in: Hermann Boverter, *Evangelische und Katholische Akademien. Gründerzeit und Auftrag heute*, Paderborn u. a. 1983, S. 35–60.
- Rupieper, Hermann-Josef: *Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag 1945–1952*, Opladen 1993.
- Sabais, Heinz-Winfried (Hrsg.): *Die Herausforderung. Darmstädter Gespräche*, München 1963.
- Sabais, Heinz-Winfried: Das Darmstädter Gespräch – eine Schule der Urteilskraft, in: Ders. (Hrsg.), *Die Herausforderung. Darmstädter Gespräche*, München 1963, S. 377–380.
- Schildt, Axel: *Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik*, Frankfurt am Main 1999.
- Schildt, Axel: *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*, München 1999.
- Schmid, Josef/Dirk Wegner: Kurt A. Körber. Annäherung an einen Stifter, Hamburg 2002.
- Schmoll gen. Eisenwerth, Josef A.: Zum »Darmstädter Gespräch« 1950. Erinnerungen eines Mitinitiators und ein Fazit nach 46 Jahren, in: *Darmstädter Sezession*, 1997, S. 331–345.
- Schönberger, Christoph: *Das Parlament im Anstaltsstaat. Zur Theorie parlamentarischer Repräsentation in der Staatsrechtslehre des Kaiserreichs (1871–1918)*, Frankfurt am Main 1997.
- Schott, Olivia: Das erste »Darmstädter Gespräch« 1950 – Die Debatte um Abstraktion versus Figuration, in: *Darmstädter Sezession*, 1997, S. 345–365.
- Schumann, Dirk: *Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg*, Essen 2001.
- Schwiedrzik, Wolfgang Matthias: *Träume der ersten Stunde. Die Gesellschaft Imshausen*, Berlin 1991.
- Steinberg, Rainer: Kölns »Kopfbahnhof«. Die Mittwochgespräche 1950–1956, in: *Historisches Archiv der Stadt Köln* (Hrsg.), *Die Kölner Mittwochgespräche 1950–1956*, Köln 1991, S. 10–32.
- Treidel, Rulf J.: *Evangelische Akademien im Nachkriegsdeutschland. Gesellschaftspolitisches Engagement in kirchlicher Öffentlichkeitsverantwortung*, Stuttgart 2001.
- Turner, Ian D. (Hrsg.): *Reconstruction in Post-War Germany. British Occupation Policy and the Western Zones, 1945–1955*, Oxford 1989.
- Ullrich, Sebastian: *Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959*, Göttingen 2009.
- Verheyen, Nina: *Diskussionslust. Eine Kulturgeschichte des »besseren Arguments« in Westdeutschland*, Göttingen 2010.
- Wahl, Babette: *Das erste Darmstädter Gespräch. Positionen zur Moderne zwischen 1945 und 1950*. Unveröff. Ms. zur Erlangung des M. A., Universität Hamburg 1993.
- Welsch, Sabine/Klaus Wolbert (Hrsg.): *Die Darmstädter Sezession 1919–1997. Die Kunst des 20. Jahrhunderts im Spiegel einer Künstlervereinigung*, Darmstadt 1997.
- Wintgens, Benedikt: *Turn Your Radio on. Abgeordnete und Medien in der Bundesrepublik nach 1949*, in: A. Gjuriočová/A. Schulz/L. Velek/A. Wirsching (Hrsg.), *Lebenswelten von Abgeordneten in Europa 1860–1990*, Düsseldorf 2014, S. 295–311.
- Wirsching, Andreas: *Parlament und Volkes Stimme. Unterhaus und Öffentlichkeit im England des frühen 19. Jahrhunderts*, Göttingen 1990.



## Die Massenmedien als Bühne und Tribunal. Das Parlament in der Mediendemokratie

»Politik macht sich zu billig«. Unter diese Überschrift fasste die *Berliner Zeitung* 2007 ein Interview mit Bundestagspräsident Norbert Lammert.<sup>1</sup> Lammert klagte, dass das Fernsehen meist zu wenig Raum für eine »ernsthafte und gründliche Auseinandersetzung mit politischen Themen« lasse. Deshalb meide er Talkshows. Dort könne ein Politiker zwar die eigene Bekanntheit vergrößern, doch insgesamt steige dadurch das Ansehen der Politiker nicht. Lammert regte sogar an, alle Politiker sollten »vielleicht« eine »zweijährige Talkshow-Pause einlegen«. Den Hintergrund für diese Anmerkungen bildete die von der großen Koalition geplante Erhöhung der Abgeordnetendiäten, die in der Öffentlichkeit Empörung hervorrief.

Der Bundestagspräsident hat mit seiner Äußerung eine Reihe von eigentlich verschiedenen Aspekten angesprochen, die gleichwohl eng miteinander verbunden sind, was seine Äußerung zeigt: Zunächst ein schlechtes Ansehen der Parlamentarier, ein öffentliches Misstrauen ihnen gegenüber, dann die Beliebtheit von Fernsehtalkshows sowohl beim Fernsehpublikum als auch bei Politikern, die auf dieser Bühne den direkten Zugang zum Fernsehpublikum suchen. Daraus abgeleitet ergibt sich drittens die Frage nach dem Einfluss des Fernsehens: Wird es – oder ist es längst – eine Bühne der Selbstdarstellung oder sogar eine Arena der öffentlichen Auseinandersetzung, die in Konkurrenz tritt zum Parlament, oder ist es ein erweitertes Parlament, in dem die Parlamentarischen Debatten fortgesetzt werden?

Tatsächlich ist der Gegensatz auffällig zwischen dem Boom der Fernsehtalkshows und der großen Bedeutung, die sie tatsächlich oder scheinbar haben einerseits, und einer abnehmenden öffentlichen Wahrnehmung des Parlaments andererseits. Überspitzt hat das Friedrich Merz formuliert, der als Gast in der 250. Ausgabe der Sonntag-Abend-Talkshow *Sabine Christiansen* am 29. Juni 2003 der Moderatorin mit der Bemerkung gratulierte, es betrübe ihn, aber: »Diese Sendung bestimmt die politische Agenda in Deutschland mittlerweile mehr als der deutsche Bundestag.«<sup>2</sup>

Das sei »ein haarsträubender Fall von Parlamentsverrat«, ätzte Hans-Ulrich Jörges im *Stern* daraufhin<sup>3</sup> und schloss eine Kritik am Parlament an, die sich vor allem auf dessen soziale Zusammensetzung stützte. Das Parlament vertrete gar nicht die Bevölkerung. Die Parlamentarier seien nicht von der Bevölkerung, nicht von den Wählern, sondern von den Parteien ausgewählt. Das Parlament sei damit ein selbstrefe-

---

<sup>1</sup> H. SCHMALE/D. VATES, »Politik macht sich zu billig«, Interview mit Norbert Lammert, in: BERLINER ZEITUNG, 23.5.2007.

<sup>2</sup> Friedrich Merz bei *Sabine Christiansen* am 29.6.2003.

<sup>3</sup> H.-U. JÖRGES, »Zwischenruf: Bundestag bankrott«, in: STERN 31/2003, 23.7.2003.

renzielles Organ der Politiker. Dass es nicht einmal die politische Agenda bestimme, sei eine Bankrotterklärung. Diese harsche Kritik am Parlament war dabei nicht mit einem Lob der Talkshow verknüpft, im Gegenteil: Hier würden »die Schlagzeilen der Woche vom immer gleichen Personal mit den immer gleichen Hohlformeln nachgehechelt«.<sup>4</sup>

Beide Äußerungen zeigen, wie eng verbunden die Phänomene miteinander sind, die mit den Begriffen »Politikverdrossenheit« und »Mediendemokratie« belegt werden. Von der »Talkshowisierung« der Politik ist sogar die Rede.<sup>5</sup>

Es lohnt also, der Frage nachzugehen, ob sich tatsächlich die politische Debatte von der parlamentarischen in die Medienöffentlichkeit verlagert hat. Hat das Fernsehen die Hoheit über die politische Meinungsbildung übernommen? Beobachten wir eine Verlagerung des politischen Diskurses aus dem Parlament ins Fernsehstudio? Oder ist es umgekehrt: Verliert die demokratische Politik sich selbst, ihren diskursiven Kern, indem sie sich dem Unterhaltungsbedürfnis der Masse anpasst, auf fernsehtaugliche Schlagworte setzt statt auf fundierte Argumente, die der Komplexität politischer Gegenstände entsprechen? Machen die Politiker mit beim sogenannten Politainment und verstärken damit wiederum die Politikverdrossenheit?

Diese Fragen werden in der publizistischen Öffentlichkeit und von verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen erörtert. Im Folgenden wird daher zunächst das begriffliche Instrumentarium erörtert, mit dem in diesem Zusammenhang in den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen operiert wird. In einem zweiten Schritt soll versucht werden, mit diesem Instrumentarium die Talkshows der Bundesrepublik bzw. den medialen Diskurs über diese Talkshows und die Politik zu sezieren.

Die Massenmedien beschallen den öffentlichen Kommunikationsraum, sie haben im öffentlichen Diskurs und im politischen Prozess seit ihrem Aufkommen im 19. Jahrhundert zunehmend an Bedeutung gewonnen. Welche Auswirkungen das hat und wie genau sich das auf unsere Demokratien auswirkt, ist eine Frage, mit der sich inzwischen mehrere Disziplinen beschäftigen: Neben der Geschichtswissenschaft, der Politologie, Soziologie und Philosophie auch die Medien- und Kommunikationswissenschaft bzw. die Publizistik. Während sich letztere lange Zeit vor allem mit den Medien selbst, der Entwicklung von Technik und Programm beschäftigt haben, dabei die Verbindung zu Gesellschaft und Politik weitgehend außer Acht lassend, fragen Politologie und Geschichtswissenschaft nach dieser Verbindung.

Der Aufstieg der Medien, ihre quantitative Zunahme und mediale Ausdifferenzierung von der Presse über Hörfunk, Fernsehen und inzwischen auch das Internet mit neuen Kommunikationswegen, vollzieht sich seit etwa der Mitte des 19. Jahrhunderts mit zunehmender Geschwindigkeit und Intensität.<sup>6</sup> Der Abstand zwischen den technischen Innovationsschüben hat sich immer weiter verkürzt, zugleich hat die

<sup>4</sup> Ebd.

<sup>5</sup> U. SARCINELLI/J. TENSCHER, »Polit-Flimmern und sonst nichts?«, 1998, S. 303–317.

<sup>6</sup> A. SCHULZ, Der Aufstieg der »vierten Gewalt«, 2000, S. 65–97; J. REQUATE (Hrsg.), Das 19. Jahrhundert, 2009; J.-N. JEANNENEY, Une histoire des médias, 2015.

Reichweite der Medien immer weiter zugenommen.<sup>7</sup> Der Medienwandel und damit die Medieninnovationen und die mit ihnen verbundenen veränderten Kommunikationsformen haben dabei stets auf die öffentliche politische Kommunikation zurückgewirkt.<sup>8</sup>

Jürgen Habermas hat die Auswirkungen des Aufstiegs der Massenmedien seit der Mitte des 19. Jahrhunderts begriffsprägend als »Strukturwandel der Öffentlichkeit« bezeichnet und diesen Strukturwandel als einen Verfallsprozess aufgefasst.<sup>9</sup> Die idealtypisch beschriebene liberale Öffentlichkeit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in der ein aufgeklärtes Bürgertum im direkten Austausch die politischen und gesellschaftlichen Angelegenheiten im freien Diskurs verhandelte, habe sich in der hochindustrialisierten Massengesellschaft vom aufklärerischen Ideal entfernt. Der paternalistische Sozialstaat habe die Menschen von Trägern des Staates zu abhängigen Leistungsempfängern gemacht. Entscheidungen würden nicht mehr nach offener Aussprache getroffen, sondern unterlägen dem Einfluss von Privatinteressen, die über Parteien und Interessengruppen sowie durch Einfluss auf die Medien ihre Marktmacht in politische Macht umsetzen könnten. Interessen- und Lobbygruppen hätten sich der Medien bemächtigt, die vom Forum der Meinungsbildung zum Instrument der Meinungsmache degeneriert seien. Habermas fordert normativ die thematische und soziale Offenheit des Diskurses, der im demokratischen Meinungsbildungsprozess auf die Kraft des Arguments setzen müsse.

Habermas ist jedenfalls in Deutschland ein zentraler Referenzpunkt der Auseinandersetzung mit den Massenmedien geblieben – trotz aller Kritik, die er auch erfahren hat.<sup>10</sup> Die Kritik richtet sich auch darauf, dass seine weitgehend empiriefrei entwickelte Theorie die Entwicklung im 19. Jahrhundert nicht zutreffend beschreibe.<sup>11</sup> Zugleich wird Habermas' skeptische Grundhaltung gegenüber den Massenmedien von vielen geteilt: Medien stehen im Verdacht, vor allem Unterhaltungsbedürfnisse der breiten Masse zu befriedigen, Entertainment an die Stelle von Auseinandersetzung zu setzen, unverbindliches »Palaver« an die Stelle von Debatte. Diese Form der Medienkritik reiht sich ein in eine modernitätskritische Haltung, die so alt ist wie die Moderne selbst: Die Sorge, dass die »Massengesellschaft« einen Niveau- bzw. Substanzverlust bewirke. Theodor W. Adorno hat dies in den 1950er Jahren bereits für das Fernsehen formuliert.<sup>12</sup>

<sup>7</sup> F. BÖSCH, *Mediengeschichte*, 2011; J. WILKE, *Grundzüge*, 2008; S. J. SCHMIDT, *Kalte Faszination*, 2000, S. 175 ff.; R. STÖBER, *Mediengeschichte*, 2003.

<sup>8</sup> H. MARSHALL McLUHAN, *Understanding media*, 2006; W. FAULTSICH, *Mediengeschichte*, 2006; Für das Fernsehen: K. HICKETHIER, *Dispositiv Fernsehen*, 2003, S. 171–245.

<sup>9</sup> J. HABERMAS, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, 1962.

<sup>10</sup> L. E. HAHN (Hrsg.), *Perspectives on Habermas*, 2000; C. J. CALHOUN (Hrsg.), *Habermas*, 1992; ebenfalls die Beiträge in: A. HONNETH (Hrsg.), *Kommunikatives Handeln*, 1986.

<sup>11</sup> Mit Blick auf die andere parlamentarische Entwicklung in England: P. MANOW, *Im Schatten des Königs*, 2008; vgl. a. die Beiträge in: C. J. CALHOUN (Hrsg.), *Habermas*, 1992.

<sup>12</sup> T. W. ADORNO, *Prolog zum Fernsehen*, 2003, S. 507–517.

Dieser medienskeptische Grundtenor bestimmt die publizistische wie die wissenschaftliche Debatte und äußert sich in Begriffen wie »Mediendemokratie«<sup>13</sup> oder »Mediokratie«<sup>14</sup>, der »Medialisierung«<sup>15</sup> oder sogar »Mediatisierung«<sup>16</sup> von Politik. Diese Begriffe sind nicht trennscharf, vielmehr verbunden durch »eine normative und empirische Kritik einer zunehmend abschüssiger werdenden Bahn«<sup>17</sup> – so etwa Wolfgang Donsbach und Olaf Jandura im Vorwort zu einem Sammelband über »Chancen und Gefahren der Mediendemokratie«.

Aus der Perspektive des Politikers hat der CDU-Politiker und damalige sächsische Justizminister Thomas de Maizière diese Entwicklung in einem Vortrag vor der deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft anschaulich beschrieben.<sup>18</sup> Da das eigentliche politische Handeln für die Medien nicht abzubilden sei: das Aktenstudium, die Gespräche, Telefonate, Absprachen, Verhandlungen, müssten Politiker sich auf Verlautbarungen und Statements beschränken. Dadurch erhielten diese in der Wahrnehmung ein größeres, wenn nicht sogar ein Eigengewicht gegenüber der eigentlichen Arbeit. Statt der geleisteten Arbeit, werde die mediale Wirkung eines Politikers entscheidend.

Durch die Medialisierung der Gesellschaft befürchtet der Mainzer Publizistikwissenschaftler Mathias Kepplinger die »Demontage der Politik«.<sup>19</sup> Er sieht einen direkten Zusammenhang zwischen einem schwindenden Vertrauen in die Politik und der Zunahme von Anfragen, aktuellen Stunden und Anhörungen im Bundestag. Die auf diese Weise wachsende Bedeutung von »Sprachhandeln« gegenüber »Entscheidungs-handeln« im Parlament habe in den sechziger Jahren eingesetzt und in den achtziger Jahren einem zweiten Schub erhalten. Kepplinger sieht hierin eine direkte Folge der zunehmenden Bedeutung von Medienberichterstattung, für die die Politik Anlässe zu schaffen bestrebt sei<sup>20</sup> – eine Entwicklung, die er als »Mediatisierung der Politik«, als eine faktische Unterordnung der Politik unter die Medien bezeichnet. Die Politik sei, so die Folgerung, kein autonomes System mehr, sondern durch die Mediatisierung abhängig geworden vom Mediensystem. Sie müsse sich in der Medien- und Informationsgesellschaft den Mechanismen und Erfolgsbedingungen der Medien anpassen bzw. unterordnen.

Noch etwas weiter geht Thomas Meyer, der sogar von einem Autonomieverlust des politischen Systems spricht, das vom Mediensystem »kolonisiert« werde. Das Ergebnis bezeichnet er als »Mediokratie«. Empirisch gestützt vor allem auf den US-

<sup>13</sup> M. RHOMBERG, *Mediendemokratie*, 2008.

<sup>14</sup> T. MEYER, *Mediokratie*, 2009.

<sup>15</sup> F. BÖSCH/N. FREI (Hrsg.), *Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert*, 2006; K. IMHOF, *Mediengesellschaft und Medialisierung*, 2006, S. 191–215.

<sup>16</sup> H. M. KEPPLINGER, *Die Mediatisierung der Politik*, 1999, S. 55–63; W. SCHULZ, »Mediatization« of Politics, 1999, S. 247–261.

<sup>17</sup> W. DONSBACH/O. JANDURA (Hrsg.), *Chancen und Gefahren*, 2003, S. 13.

<sup>18</sup> T. DE MAIZIÈRE, *Politiker in der Mediendemokratie*, 2003, S. 40–46.

<sup>19</sup> H. M. KEPPLINGER, *Die Demontage*, 1998.

<sup>20</sup> H. M. KEPPLINGER, *Die Mediatisierung der Politik*, 1999, S. 55–63.

amerikanischen Wahlkampf sieht der Dortmunder Politologe das Parlament als den größten Verlierer einer Entwicklung, in der Parteien ihren Wahlerfolg primär »der medialen Durchschlagskraft ihres Spitzenkandidaten verdanken«.<sup>21</sup>

Die Begriffe *Mediatisierung*, *Mediendemokratie* und *Mediokratie* implizieren einen Bedeutungsverlust des Parlaments und eine Geringschätzung von Politikern. In der wissenschaftlichen Diskussion haben sie den Begriff »Politikverdrossenheit« in den Hintergrund treten lassen. Er hatte besonders in den 1990er Jahren Konjunktur<sup>22</sup>, um sinkende Wahlbeteiligung und abnehmende Parteiidentifikation zu bezeichnen. Der Mainzer Politologe Kai Arzheimer hat ihm zuletzt das analytische Potential abgesprochen.<sup>23</sup> – Aus der publizistischen Diskussion ist der Begriff gleichwohl nicht ganz verschwunden.<sup>24</sup>

Mit der Begriffsverschiebung ist eine Veränderung des Fokus bzw. des Gegenstands verbunden: Gemeinsam ist den Begriffen, dass sie neben der analytischen eine normative Komponente aufweisen, dass sie den jeweils gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft kritisch betrachten. Wenn von *Politikverdrossenheit* gesprochen wird, steht im Zentrum das politische System, die Unzufriedenheit mit der Politik, den Politikern, dem Parlamentarismus, den Parteien.

Die Begriffe *Mediendemokratie*, *Mediatisierung* oder gar *Mediokratie* implizieren dagegen eher eine Kritik an den Medien bzw. am Bedeutungszuwachs der Medien und an deren Akteursqualität im politischen Prozess. Damit verbunden ist meist eine Warnung vor Verflachung und Kulturverlust, eine Kritik an einer Zunahme von Unterhaltungsaspekten im politischen Diskurs und an einer Anpassung an den Massengeschmack. Bereits zu Beginn der 1950er Jahre wies Theodor W. Adorno – zunächst mit Blick auf die USA – auf diese Entwicklung hin.<sup>25</sup> Zwar betonte er, dass die Ergebnisse seiner für die amerikanische Hacker-Foundation durchgeführten kulturkritischen Studie zu den sozialen Auswirkungen des Fernsehens nicht vollständig auf die Bundesrepublik übertragbar seien, gleichwohl sah er in der Entwicklung der USA einen Trend, der eine über diese hinausreichende Entwicklung aufzeige, hin zu mehr Unterhaltung und weniger Ernsthaftigkeit.

Noch weiter ging Neil Postman 1985. Er warnte, dass die von Aldous Huxley beschworene Welt des sinnentleerten Wohlbefindens und der Sicherheit drohe.<sup>26</sup> Auch insofern hatte die Amerikanisierung in Europa stets eine gewisse Janusgesichtigkeit: Die USA standen für Demokratie, für Weltoffenheit und Diskussionskultur, die in Deutschland nach dem Nationalsozialismus neu gelernt wurden, für technischen und wirtschaftlichen Fortschritt, damit aber auch für Konsum und eine am Massengeschmack ausgerichtete Unterhaltung. Bezogen auf die Politik und insbesondere die

<sup>21</sup> T. Meyer, *Mediokratie*, 2009, S. 167.

<sup>22</sup> Z. B.: H. H. VON ARNIM, *Demokratie ohne Volk*, 1993; HANNS-SEIDEL-STIFTUNG (Hrsg.), *Stimmungsdemokratie und Politikverdrossenheit*, 1993.

<sup>23</sup> K. ARZHEIMER, *Politikverdrossenheit*, 2002.

<sup>24</sup> Eine Bestandsaufnahme: K. CHRISTOPH, 2012, S. 126–135.

<sup>25</sup> T. W. ADORNO, Prolog zum Fernsehen, 1977, S. 507–517.

<sup>26</sup> N. POSTMAN, *Wir amüsieren uns zu Tode*, 2006.

Veränderung des Wahlkampfes steht Amerikanisierung für Professionalisierung, Personalisierung und Medialisierung, aber eben auch für Komplexitätsreduktion, Populismus und inhaltliche Verflachung.<sup>27</sup> Während die politik- und medienwissenschaftliche Forschung den Aspekt der Verflachung und zunehmenden Orientierung am Massengeschmack in der Regel betont, zeichnet die inzwischen einsetzende historische Forschung ein differenzierteres Bild. So hat etwa Thomas Mergel in seiner Untersuchung der Wahlkämpfe der Bundesrepublik herausgearbeitet, dass amerikanische Entwicklungen durchaus nicht vollständig in Europa übernommen werden. Die bis in die 1980er Jahre ausschließlich öffentlich-rechtlichen Fernsehsender haben politischen Themen, den Aussagen und Argumenten von Politikern stets breiten Raum eingeräumt und dabei stets Wert auf eine sachliche Auseinandersetzung gelegt. Auch Wahlkämpfe wurden daher in der Bundesrepublik weniger persönlich geführt als in den USA.<sup>28</sup> Eine eindimensionale Übernahme US-amerikanischer Praktiken sieht auch Daniela Münkel nicht. Mit Blick auf die bundesdeutschen Wahlkämpfe seit den 1960er Jahren schlägt sie vor, statt von Amerikanisierung zu sprechen, die Entwicklung als einen »durch amerikanische Vorbilder beeinflussten Modernisierungsprozess« zu bezeichnen.<sup>29</sup>

Die Debatte über das Verhältnis von Politik und Medien, über eine unzulässige Vereinfachung durch das Fernsehen, über zunehmende Orientierung am Unterhaltungsbedürfnis des Publikums, über Orientierung am Massengeschmack und daher abnehmenden sachlichen Gehalt des politischen Diskurses wird nicht gleichfalls in den Medien geführt. In ihrem Zentrum stehen die politischen Fernsehtalkshows. Auf sie und vor allem auf die über sie geführten Auseinandersetzungen gelten im Folgenden einige Beobachtungen, denn Talkshows sind neben den Nachrichten und politischen Magazinen, das dritte Sendeformat mit politischen Inhalten und zugleich dasjenige, das die größte Nähe zu Unterhaltungsformaten aufweist. Ich beziehe mich dabei allein auf die Bundesrepublik, denn bisher findet der publizistische wie der wissenschaftliche Diskurs noch weitgehend in nationalen Rahmen statt. Vergleichende Betrachtungen gibt es, wenn überhaupt, mit Blick auf die USA.<sup>30</sup> Ein europäischer Vergleich ist bisher nicht unternommen worden.<sup>31</sup>

Erste politische Gesprächssendung, damit Vorläufer der heutigen Talkshows im deutschen Fernsehen und über lange Jahre eine Institution, war der *Internationale Frühschoppen mit sechs Journalisten aus fünf Ländern*, der moderiert wurde von Werner Höfer. Das Format griff den vielerorts üblichen sonntäglichen *Frühschoppen* auf, das gemeinschaftliche Konsumieren alkoholischer Getränke am späten Vormittag zwischen Kirchgang und Mittagessen. Was in vielen Wohnzimmern und Gasthäusern

<sup>27</sup> Vgl. K.-R. KORTE, Wahlen in Deutschland, 2009.

<sup>28</sup> T. MERGEL, Propaganda nach Hitler, 2010, bes. S. 307 ff.

<sup>29</sup> D. MÜNDEL, Politik als Unterhaltung?, 2006, S. 227.

<sup>30</sup> Z.B., mit Blick vor allem auf das 19. Jahrhundert: D. GOSSEL, Medien und Politik, 2010.

<sup>31</sup> Erste Überlegungen in dem Sammelband: U. DANIEL/A. SCHILDT (Hrsg.), Massenmedien im Europa, 2010. Eine erste Synthese der Einzelforschungen liefert W. FAULSTICH, Die Mediengeschichte des 20. Jahrhunderts, 2012.

ritualisiert war, transferierte Höfer seit Januar 1952 zunächst ins Radio. Seit August 1953 wurde die Sendung auch live im Fernsehen übertragen. Es wurde über Politik gesprochen, aber nicht von Politikern, sondern von Journalisten. Insofern unterschied sich der *Internationale Frühschoppen* von der amerikanischen Sendung *Meet the Press*, die seit 1947 lief und als Vorbild gilt. Hier waren Politiker im Gespräch mit Journalisten. Bei Werner Höfer waren die Diskussionsteilnehmer Deutschlandkorrespondenten ausländischer Zeitungen. Nicht zuletzt hierauf gründet sich die Beliebtheit des *Frühschoppen* in der frühen Bundesrepublik, denn das Publikum bekam hier Gelegenheit, die Sicht ausländischer Beobachter auf Deutschland kennenzulernen.

Der *Frühschoppen* sei »ein fester Bestandteil des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik«, schrieb der *Spiegel* 1959.<sup>32</sup> In dem Beitrag wurde Höfer auch vorgeworfen, die Ansichten der ausländischen Journalisten weniger anzuhören und diese zu Wort kommen zu lassen, als ihnen gegenüber einen nationalen deutschen Standpunkt zu vertreten, sie gar belehren zu wollen. Zudem würden durchaus nicht immer die wichtigen aktuellen Themen der Politik behandelt. Trotz dieser zeitgenössischen Kritik fasst Nina Verheyen in ihrer Studie den *Internationalen Frühschoppen* als medialen Ausdruck einer neuen Diskussionslust auf, die nach der nationalsozialistischen Diktatur als Element demokratischer Umerziehung gefördert wurde.<sup>33</sup>

Der *Frühschoppen* hatte seinen festen Platz am Sonntag um 12 Uhr. Er lief mehr als 30 Jahre lang und stets mit Werner Höfer weit über dessen eigentliche Ruhestandsgrenze hinaus. 1987, kurz vor Höfers 75. Geburtstag musste er die Sendung aufgeben, weil bekannt wurde, dass er während des Nationalsozialismus Propagandaartikel geschrieben und auch die Hinrichtung eines jungen Pianisten befürwortet hatte.<sup>34</sup> Die Journalistenrunde am Sonntagmittag wurde und wird fortgesetzt, doch fortan im *Presseclub* mit deutschen Journalisten. Der Erfolg des *Internationale Frühschoppen* führte dazu, dass andere Sender ähnliche Formate entwickelten. Schon bald präsentierte der Bayerische Rundfunk als Pendant – oder »Gegensendung«, wie der *Spiegel* schrieb<sup>35</sup> – *Unter uns gesagt*, das im Abendprogramm der ARD lief. Hier diskutierten neben Journalisten auch Politiker und Experten.<sup>36</sup> Die Attraktivität des *Frühschoppens* erreichte diese Sendung aber nicht.<sup>37</sup>

In diesen ersten Gesprächssendungen kamen vor allem Beobachter mit ihren Analysen und Bewertungen zu Wort. Sie unterscheiden sich damit von Talkshows im eigentlichen Sinne, in denen Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft disku-

---

<sup>32</sup> »Frühschoppen. Die Werner-Höfer-Schau«, in: DER SPIEGEL, 9.12.1959, S. 47–58, hier S. 48. Das bestätigt Friedrich Küppersbusch als Kindheitserinnerung im Interview mit Deutschlandradio Kultur am 21.3.2013, abrufbar unter: [http://www.deutschlandradiokultur.de/grossmeisterder-die-gaeste-eruebrigenden-frage.954.de.html?dram:article\\_id=241301](http://www.deutschlandradiokultur.de/grossmeisterder-die-gaeste-eruebrigenden-frage.954.de.html?dram:article_id=241301) [25.8.2017].

<sup>33</sup> N. VERHEYEN, *Diskussionslust*, 2010.

<sup>34</sup> F. LAMBART, *Tod eines Pianisten*, 1988.

<sup>35</sup> »Frühschoppen. Die Werner-Höfer-Schau«, in: DER SPIEGEL, 9.12.1959, S. 47–58, hier S. 50.

<sup>36</sup> Moderiert von Kurt Wessel.

<sup>37</sup> K. HICKETHIER, *Geschichte des deutschen Fernsehens*, 1998.

tieren. Diese Form der politischen Talkshow hat in Deutschland im Privatfernsehen begonnen: Den Anfang machte die Sendung *Talk im Turm*, die von 1990 bis 1999 beim Privatsender SAT 1 lief. Der Sendeplatz, sonntags abends von 22 bis 23 Uhr, hat sich als der Platz der prominentesten politischen Talkshow etabliert und bis heute behauptet. Noch im ersten Jahr übernahm der vormalige Chefredakteur des *Spiegel*, Erich Böhme, die Moderation. Mit ihm etablierten sich die Sendung und das Format. Böhme wurde – Lesebrille kauend und schwenkend – bis Ende 1998 das Gesicht der Sendung.<sup>38</sup>

Trotz des Erfolges der Sendung blieb sie jahrelang konkurrenzlos. Erst im Januar 1998 startete in der ARD die erste Talkshow, die sich sowohl im Format als auch vom Sendeplatz her an *Talk im Turm* orientierte. Die Gesprächsleitung hatte hier die dem Publikum als vormalige Tagesthemen-Moderatorin bekannte Sabine Christiansen, die der Sendung auch ihren Namen lieh. *Sabine Christiansen* begann eine Viertelstunde vor Böhmes *Talk im Turm* und im Anschluss an die sonntägliche Krimi-Serie *Tatort*, die regelmäßig hohe Einschaltquoten erzielte. Obwohl sie anfangs belächelt wurde, konnte Christiansen Böhme schon bald einen Großteil der Zuschauer abspenstig machen.<sup>39</sup> Im Juli 1998 hatte sie bereits fast 3,5 Millionen Zuschauer, was einem Marktanteil von 14,7% entsprach. Das war fast doppelt so viel wie bei Böhmes *Talk im Turm*<sup>40</sup>, der in den folgenden Monaten in der Zuschauergunst weiter zurückfiel. Ende des Jahres gab Böhme auf, und seinen Nachfolgern gelang es nicht, die Sendung wiederzubeleben und gegen Christiansen zu behaupten.

Für *Sabine Christiansen* ist eine paradoxe Rezeption zu beobachten: Die Sendung war von Anfang an beim Publikum beliebt, erhielt jedoch schlechte Kritiken. Die Kritiken bezogen sich auf sie als Person und ihre Moderation sowie auf das redaktionelle Konzept: Christiansen sei der Diskussion nicht gewachsen, würge sie vielmehr ab, wenn sie denn einmal in Gang komme, hieß es immer wieder. Als »Queen blabla« wurde sie etwa auf *Spiegel-online* titulierte.<sup>41</sup> Inhaltlich richtete sich die Kritik gegen die Gästerauswahl, die Wahl der Themen und die politische Richtung insgesamt: Die »TV-Kassandra« sei ein »Spiegel des Zeitgeists, ein Sprachrohr des deutschen Mantras zwischen Wohlstandsanspruch und Abstiegsangst«. Der Journalist Walter van Rossum erzielte 2004 einen Auflagenenerfolg mit einer Buchform veröffentlichten Polemik gegen die Sendung und die Moderatorin mit dem Titel: »Meine Sonntage mit ›Sabine Christiansen‹. Wie das Palaver uns regiert«. <sup>42</sup> Er warf Christiansen vor, sie unterstütze mit der Sendung den Kurs der Regierung, insbesondere den

<sup>38</sup> B. GÄBLER, »... und unseren täglichen Talk gib uns heute!«, 2011; T. LEIF (Hrsg.), *Die Talk-Republik*, 2012.

<sup>39</sup> In den ersten 17 Wochen des Jahres 1998 überrundete Christiansen Böhme lediglich fünf Mal in der Zuschauergunst. Bis Mai lag der Marktanteil für Böhme bei durchschnittlich 14,7 Prozent. Für Christiansen bei 12,3 Prozent. vgl. *DER SPIEGEL* 21/1998, 18.5.1998, S. 132.

<sup>40</sup> OLIVER GEHRS, »Ende der Diskussion«, in: *BERLINER ZEITUNG*, 29.7.1998.

<sup>41</sup> REINHARD MOHR, »Sabine Christiansen: Queen Blabla dankt ab«, in: *SPIEGEL-ONLINE*, 23.6.2006.

<sup>42</sup> W. VAN ROSSUM, *Meine Sonntage mit ›Sabine Christiansen‹*, 2004.

wirtschaftlichen Reformkurs. Die Sendung sei nicht kritisch, sondern reiche wie keine andere »die Wünsche der Chefetage ans Volk durch«. <sup>43</sup> Inhaltlich ähnlich, dabei weniger polemisch nannte der *FAZ*-Mitherausgeber Frank Schirrmacher in einem Interview *Sabine Christiansen* »die einflussreichste Sendung [...] für das Entstehen des Neoliberalismus«. <sup>44</sup>

Anders als *Talk im Turm* bekam *Sabine Christiansen* schnell Konkurrenz, wenn auch nicht auf dem gleichen Sendeplatz. Das ZDF legte im Jahr nach dem Start der ARD-Politik-Talkshow ein ähnliches Format auf. *Berlin Mitte* hieß die Sendung zunächst, die seit 1999 am Donnerstagabend von Maybritt Illner moderiert wurde, seit 2007 trägt die Sendung den Namen der Moderatorin. Die Zahl der Talkshows hat weiter zugenommen, und in der öffentlichen Wahrnehmung von Politik im Fernsehen haben sie die politischen Magazine inzwischen überholt, die in den 1960er Jahren einen investigativen, dezidiert kritischem Journalismus im Fernsehen begonnen hatten. <sup>45</sup> Damit dominiert eine andere Form der Präsentation von Politik in der öffentlichen Wahrnehmung, die der Präsentation unterschiedlicher, auch gegensätzlicher Standpunkte Raum bietet. Die Präsentation von Positionen und ihren Vertretern steht im Mittelpunkt, die sich in der direkten Konfrontation und Diskussion – auch mit Akteuren anderer gesellschaftlicher Bereiche – behaupten müssen.

Haben die Talkshows also das Parlament abgelöst als Ort der politischen Debatte, sind sie ein erweiterter öffentlicher Diskussionsraum, oder ist eine Anpassung der Politik an Unterhaltungsformate im Gange? Im öffentlichen Diskurs dominiert derzeit eine Kritik an den Talkshows, die beide Argumentationsstränge verbindet. Die Talkshows würden zum »televisionären Ersatzparlament«, <sup>46</sup> hieß es zum Abschied von Sabine Christiansen auf *Spiegel-online*, in dem nur »BlaBla« geredet und unverbindliches »Palaver« dominiere. In dieser Verbindung wird ein gängiger Vorwurf der Parlamentarismuskritik aufgenommen: Der des »Palavers«, des Parlaments als »Schwatzbude«. Hier werde (nur) geredet und eben nicht (ausreichend) gehandelt. Als Beispiel sei verwiesen auf die satirische Zusammenstellung von Ausschnitten aus Bundestagsreden, die der WDR für den Infokanal Phoenix zum 50. Jahrestag des Bundestages veröffentlicht hat. Er trägt den Vorwurf im Titel: »Das große Palaver«. <sup>47</sup> Und Lektion 1 lautet: »Politik ist Entertainment«.

Beide, Parlament und Talkshow sind Orte der politischen Debatte. In beiden Foren handelt es sich zudem um für ein Publikum inszenierte Debatten, damit um Pseudodiskurse, die der Inszenierung und Darstellung eigener Positionen im politischen

<sup>43</sup> Ebd., S. 13.

<sup>44</sup> Frank Schirrmacher im Interview mit den Autoren der privaten Website Alternativlos, Folge 20, v. 23.10.2011, Das Interview mit Transkript auf: <http://alternativlos.org/20/>. [22.9.2016].

<sup>45</sup> C. VON HODENBERG, Konsens und Krise, 2006; G. LAMPE, Panorama, Report und Monitor, 2000.

<sup>46</sup> R. MOHR, »Sabine Christiansen: Queen Blabla dankt ab«, in: SPIEGEL-ONLINE, 23.6.2006.

<sup>47</sup> »Das große Palaver«, hierzu Homepage der ARD: <http://programm.ard.de/?sendung=2872112915134985> [27.9.2014], Veröffentlichung auf Youtube: [https://www.youtube.com/watch?v=2-6j\\_JE7bCk](https://www.youtube.com/watch?v=2-6j_JE7bCk) [22.9.2016].

Meinungskampf gelten.<sup>48</sup> Entscheidungen werden nicht in diesen Debatten, sondern hinter verschlossenen Türen getroffen.

Doch diese Entscheidungen werden auch getroffen mit Blick auf das Publikum, die »Öffentlichkeit« und damit auf die mediale Vermittlung und Vermittelbarkeit. Sonst wird die Bühne zum Tribunal.

## Quellen- und Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W.: Prolog zum Fernsehen, in: Rolf Tiedemann (Hrsg.), *Gesammelte Schriften*, Bd. 10, *Kulturkritik und Gesellschaft 2: Eingriffe*. Stichworte (u. a.), Frankfurt am Main 1977, S. 507–517.
- Arnim, Hans Herbert von: *Demokratie ohne Volk. Plädoyer gegen Staatsversagen, Machtmißbrauch und Politikverdrossenheit*, München 1993.
- Arzheimer, Kai: *Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs*, Wiesbaden 2002.
- Bösch, Frank: *Mediengeschichte. Vom asiatischen Buchdruck zum Fernsehen*, Frankfurt a. M. u. a. 2011.
- Bösch, Frank / Norbert Frei (Hrsg.), *Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006.
- Calhoun, Craig J. (Hrsg.): *Habermas and the public sphere*, Cambridge, Mass. u. a. 1992.
- Christoph, Klaus: *Politikverdrossenheit*, in: *Deutschland Archiv.1* (2012), abrufbar unter: <http://www.bpb.de/proxy.ub.uni-frankfurt.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/61504/politikverdrossenheit> [27.9.2016].
- Daniel, Ute/Axel Schildt (Hrsg.): *Massenmedien im Europa des 20. Jahrhunderts*, Köln u. a. 2010 (= *Industrielle Welt*, Bd. 77).
- Donsbach, Wolfgang/Olaf Jandura (Hrsg.): *Chancen und Gefahren der Mediendemokratie*, Konstanz 2003.
- Faulstich, Werner: *Die Mediengeschichte des 20. Jahrhunderts*, München u. a. 2012.
- Faulstich, Werner: *Mediengeschichte. Von 1700 bis ins 3. Jahrtausend*, Göttingen 2006.
- Gäbler, Bernd: »... und unseren täglichen Talk gib uns heute!« *Inszenierungsstrategien, redaktionelle Dramaturgien und Rolle der TV-Polit-Talkshows. Eine Studie der Otto Brenner Stiftung*, Frankfurt am Main 2011.
- Gossel, Daniel: *Medien und Politik in Deutschland und den USA. Kontrolle, Konflikt und Kooperation vom 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2010.
- Habermas, Jürgen: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 1962.
- Hahn, Lewis Edwin (Hrsg.): *Perspectives on Habermas*, Chicago, Ill. u. a. 2000.
- Hickethier, Knut: *Geschichte des deutschen Fernsehens*, Stuttgart u. a. 1998.
- Hickethier, Knut: *Dispositiv Fernsehen. Programm und Programmstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Ders. (Hrsg.), *Institution, Technik und Programm. Rahmenaspekte der Programmgeschichte des Fernsehens*, München 1992, S. 171–245.
- Hodenberg, Christina von: *Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973*, Göttingen 2006.

<sup>48</sup> U. SARCINELLI/J. TENSCHER, *Polit-Flimmern*, 1998, S. 310.

- Honneth, Axel (Hrsg.): *Kommunikatives Handeln. Beiträge zu Jürgen Habermas' »Theorie des kommunikativen Handelns«*, Frankfurt a. M. 1986.
- Imhof, Kurt: *Mediengesellschaft und Medialisierung*, in: *M&K Medien & Kommunikationswissenschaft* (2006), Heft 2, S. 191–215.
- Jeanneney, Jean-Noël: *Une histoire des médias. Des origines à nos jours*, Paris 2015.
- Kepplinger, Hans Mathias: *Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft*, Freiburg Breisgau u. a. 1998.
- Kepplinger, Hans Mathias: *Die Mediatisierung der Politik*, in: Jürgen Wilke (Hrsg.), *Massenmedien und Zeitgeschichte. Berichtsband der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK) vom 20. bis 22. Mai 1998 in Mainz zum Thema Massenmedien und Zeitgeschichte*, Konstanz 1999, S. 55–63.
- Korte, Karl-Rudolf: *Wahlen in Deutschland*, Bonn 2009.
- Lambart, Friedrich (Hrsg.): *Tod eines Pianisten. Karlrobert Kreiten und der Fall Werner Höfer*, Berlin 1988.
- Lampe, Gerhard: *Panorama, Report und Monitor. Geschichte der politischen Fernsehmagazine 1957–1990*, Konstanz 2000.
- Leif, Thomas (Hrsg.): *Die Talk-Republik. Köpfe – Konzepte – Kritiker. Ein Projekt von Studierenden der Universität Koblenz-Landau*, Koblenz 2012.
- Maizière, Thomas de: *Politiker in der Mediendemokratie*, in: Wolfgang Donsbach/Olaf Jandura (Hrsg.), *Chancen und Gefahren der Mediendemokratie*, Konstanz 2003, S. 40–46.
- Manow, Philip: *Im Schatten des Königs. Die politische Anatomie demokratischer Repräsentation*, Frankfurt a. M. 2008.
- Marshall McLuhan, Herbert: *Understanding media. The extensions of man*, Routledge u. a. 2006.
- Mergel, Thomas: *Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949–1990*, Göttingen 2010.
- Meyer, Thomas: *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem*, Frankfurt am Main 2009.
- Münkel, Daniela: *Politik als Unterhaltung? Zur Wahlkampfkultur in der Bundesrepublik seit den sechziger Jahren*, in: Clemens Zimmermann (Hrsg.), *Politischer Journalismus, Öffentlichkeiten und Medien im 19. und 20. Jahrhundert*, Ostfildern 2006, S. 213–227.
- Postman, Neil: *Wir amüsieren uns zu Tode. Urteilsbildung im Zeitalter der Unterhaltungsindustrie*, Frankfurt a. M. 1985.
- Requate, Jörg (Hrsg.): *Das 19. Jahrhundert als Mediengesellschaft. Les médias au XIXe siècle*, München 2009.
- Rhomberg, Markus: *Mediendemokratie. Die Agenda-Setting-Funktion der Massenmedien*, München 2008.
- Sarcinelli, Ulrich/Jens Tenschler: *Polit-Flimmern und sonst nichts? Das Fernsehen als Medium symbolischer Politik und politischer Talkshowisierung*, in: Walter Klingler (Hrsg.), *Fernsehforschung in Deutschland: Themen – Akteure – Methoden*. 2 Bde., Baden-Baden 1998, S. 303–317.
- Schmidt, Siegfried J.: *Kalte Faszination. Medien, Kultur, Wissenschaft in der Mediengesellschaft*, Weilerswist 2000.
- Schulz, Andreas: *Der Aufstieg der »vierten Gewalt«*. Medien, Politik und Öffentlichkeit im Zeitalter der Massenkommunikation, in: *HZ* 270 (2000), S. 65–97.
- Schulze, Winfried: *»Mediatization« of Politics: A Challenge for Democracy?*, in: *Political Communication* 16 (1999), H. 3, S. 247–261.
- Stöber, Rudolf: *Mediengeschichte. Die Evolution »neuer« Medien von Gutenberg bis Gates*. Bd. 2: *Film – Rundfunk – Multimedia*, Wiesbaden 2003.
- van Rossum, Walter: *Meine Sonntage mit »Sabine Christiansen«*. Wie das Palaver uns regiert, Köln 2004.

Verheyen, Nina: Diskussionslust. Eine Kulturgeschichte des »besseren Arguments« in Westdeutschland, Göttingen u. a. 2010.

Wilke, Jürgen: Grundzüge der Medien- und Kommunikationsgeschichte, Köln u. a. 2008.

### **III. Akteure und Praktiken**



## The »Non-Voter«: Rethinking the Category

### Introduction

A large literature by political scientists and sociologists demonstrates that the non-voter has fascinated scholars, politicians, and members of the lay public for decades. The conclusions reached in this literature are far from static, as we will suggest in the first section of this chapter. New options have arisen in recent years, created by technology and mass culture, that complicate the binary division between the voter and the non-voter. Voting by internet or »flash-mobbing« by Twitter raise thorny questions: What if a voter's ballot cast on the web goes astray? What if someone votes with his feet and runs *away* from a demonstration? Citizenship is not acted out only in legislatures or polling booths: it is ubiquitous in the media and on the streets. Social scientists must thus consider a wide palette of institutional, individual, and psychological reasons for choosing to »do one's duty« or joining the unjustly maligned ranks of the non-voter.

In the second section of this chapter, we employ a historical approach based on German electoral culture between 1867 and 1918 to suggest that the authoritarian German state – and the increasingly influential bourgeoisie that dominated it – ensured that the votes cast by millions of Germans were reduced in their electoral weight either to zero or close to it. Although many Germans were still eligible voters *de jure*, their impact on elections was reduced *de facto* to a virtual vote.

The non-voter has been maligned in many ways. One can portray him or her as a malingeringer, or a »political privateer«, or as someone who is too clever by half: withholding a vote for tactical reasons may backfire if the big picture is lost from view. But non-voters can also practice democratic abstinence – rather like a responsible drinker stepping away from the bar. Turning this metaphor of »democratic abstinence« on its head, we want to suggest three alternative points of view. First, mass politics and its commodification after 1871 increased the thirst of the »little man« in Germany to be heard. That thirst remains to be quenched in 2017, though perhaps less so in Germany than in other parts of the world. Second, millions of voters who were sidelined from mainstream politics in Germany's Second Reich – the working class, above all – had no desire to abstain from full participation in the legislative and constitutional life of their nation: the cup of democracy was held from their grasp by others. Third, *Mittelständler* called most loudly for mandatory voting, but they were not the only ones drinking from the reactionary punchbowl that held a potent brew of anti-socialist, anti-liberal, and antisemitic ingredients. Some claimed that the »red threat« could be eliminated if »apathetic« non-voters from the non-socialist (*bürgerlich*) camp turned out at the polls in the same proportion as »well-drilled« socialist voters. This fantasy

took on more ominous forms when the Reichstag elections of January 1912 dealt a heavy blow to the Wilhelmine Right. Soon these »red« elections were also known as Germany's »Jewish elections«. The Pan-German leader Heinrich Claß wanted to see Jews deprived of their right to vote or run for parliament – two things that even Bismarck had not dared to impose on Social Democrats under the Anti-Socialist Law of 1878–90.<sup>1</sup> In these contexts, rethinking the category of the non-voter gives back to excluded groups in German society some of the historical agency the undemocratic state took from them.

In the last section of this chapter, we consider how scholars have tried to integrate the non-voter into their analyses of medium- and long-term trends in German electoral culture from 1919 to the present. We leave it to political scientists and others to analyze these trends in detail. Instead we offer reflections about integration, exclusion, alienation, habituation, and other factors that have played important roles in determining turnout levels in Germany. Like other scholars, we are disinclined to see signs of political and social crisis in recent years. As Michael Eilfort wrote as long ago as 1995, the »done-to-death term *Politikverdrossenheit*« itself contributes to alienating voters. Yet, often this phrase masks more tangible factors – each with its own long history – that contribute to low voter turnout at the polls.<sup>2</sup>

### 1. Non-voting in modern democracies

Social scientists who try to explain turnout rates have tended to focus on 1. the socio-economic environment, 2. the institutional set-up, and 3. the party system.

1. The pioneering work of the American political scientist Sydney Verba revolved around citizen participation in political life.<sup>3</sup> For Verba and those scholars who follow his lead, citizen participation is not limited to the simple act of casting a ballot when an election rolls around. »Good« citizens also initiate contact with local politicians, take part in electoral campaigns, and join activist clubs and associations.<sup>4</sup> In political cultures where participation is valued, these activities increase turnout rates and shrink the number of non-voters. The opposite is also true: if more passive citizenship values are promoted, then more non-voters turn up – or rather stay home.<sup>5</sup> Following Verba, other political scientists came up with criteria to assess the socio-economic environment and determine the likelihood that citizens will abstain from voting. The two most significant of these were education and age. Non-voters are found less of-

<sup>1</sup> D. FRYMANN [pseudonym for HEINRICH CLASS], Wenn ich der Kaiser wär', 31912, pp. 38, 76.

<sup>2</sup> M. EILFORT, Politikverdrossenheit, 1995, p. 118.

<sup>3</sup> L. W. PYE/S. VERBA (eds.), Political Culture, 1965; S. VERBA/N. H. NIE/J.-O. KIM (eds.), Modes of Democratic Participation, 1971; S. VERBA/N. H. NIE/J.-O. KIM, Participation and Political Equality, 1978; S. VERBA/K. L. SCHLOZMAN/H. E. BRADY, Voice and Equality, 1995.

<sup>4</sup> S. VERBA/N. H. NIE/J.-O. KIM (eds.), Modes of Democratic Participation, 1971, pp. 8 f.

<sup>5</sup> R. W. JACKMAN/R. A. MILLER, Voter turnout, 1995, pp. 467–492.

ten among well-educated and older citizens. Other criteria include religious belief, affluence, and marital status.<sup>6</sup>

2. Since the 1960s and 1970s, scholars have stressed institutional factors affecting turnout. One such factor is compulsory voting, known as »the Australian ballot« because of where it was first introduced. We will leave this one aside because its influence on the non-voter is fairly obvious.<sup>7</sup> The second factor is the nature of the electoral system.<sup>8</sup> Electoral laws define who is eligible to vote according to age, gender, residency, citizenship, and a great deal besides. Turnout is also influenced by the nature of the political system: two-party *versus* multi-party systems, for example; or first-past-the-post single-member constituencies *versus* proportional representation (PR); or ranked ballots.<sup>9</sup> Proportional representation usually translates into higher voter turnout (except in Latin America). However, competition among »too many« parties can have the opposite effect. In a multi-party system, there is usually a good chance that a coalition government will be formed: abstention rates increase when the casting of a ballot in such systems becomes less »decisive« (because usually a coalition will be formed through negotiations between parties). Multi-party systems, PR, and ranked ballots also make the voter work harder: he or she must choose the best party and yet also vote strategically. Less committed citizens will simply not make the effort.<sup>10</sup>

3. The third set of factors is the development of modern party systems in conjunction with the step-by-step expansion of national electorates since the middle of the nineteenth century. These factors are too well-known to need elaboration here.<sup>11</sup> Nevertheless, two points are not too obvious to mention. First, as states and bureaucracies and party apparatuses grew and became more centralized, power and influence became more concentrated too. This was a disincentive to many voters 150 years ago, and it still is today. Nevertheless, as the politics of notables (*Honoratiorenpolitik*) gave way to mass politics, Tip O'Neill's famous dictum did not fly out the door: »All politics is local« still rings true. In Germany after the introduction of universal manhood suffrage for Reichstag elections in 1867, the gradual development of electoral machines required that candidates get »up close and personal« with their would-be electors.<sup>12</sup> And when known supporters proved insufficient in number to get one elected, new voters had to be found. Long before the turn of the twentieth century, the non-voter from the previous election was identified as the new voter who had to be mobilized the next time around.<sup>13</sup> The second point is that, in the last third of the nine-

<sup>6</sup> A. BLAIS, Turnout, 2007, pp. 630 f.

<sup>7</sup> Cf. J. BRENNAN/L. HILL, Compulsory Voting, 2014; A. MALKOPOULOU, Democracy's Duty, 2011. In common parlance the »Australian ballot« usually refers to the secret ballot.

<sup>8</sup> A. BLAIS, Turnout, 2007, p. 625.

<sup>9</sup> P. NORRIS, Political Activism, 2009, pp. 631 f.; EDWARD KEENAN, »Ranked ballots: how democracy should work«, in: THE TORONTO STAR, 25.3.2015, p. GT2 [in the context of Toronto municipal elections].

<sup>10</sup> A. BLAIS, Turnout, 2007, pp. 625–627.

<sup>11</sup> C. BOIX, Emergence of Parties, 2009, pp. 511 f.

<sup>12</sup> J. RETALLACK, Obrigkeitsstaat und politischer Massenmarkt, 2009.

<sup>13</sup> J. RETALLACK, »Get Out the Vote!«, 2012.

teenth century, the traditional dividing line between liberals and conservative, Whigs and Tories, became complicated by the creation of new parties. The most important examples were Catholic and socialist parties. Even the Americans had their Know-Nothing Party and other so-called demagogic interlopers. From Andrew Jackson to Ross Perot to Donald Trump, such types have been defined as »demagogues«, with or without reference to Richard Hofstadter's path-breaking book, *The Paranoid Style in American Politics*. In general, demagogues find ways to frighten or flatter non-voters and increase turnout rates. They use the alienating effects of modern party systems and a mass electorate to their advantage.<sup>14</sup> But often their influence is fleeting.

*What does the non-voter look like?*

No »typical« profile for the non-voter, no uniform set of characteristics, can encompass all possible manifestations of the type. Yet the non-voter was recognized long ago as integral not only to the health of political cultures over the *longue durée* but also to the outcome of elections in particular years. In Germany, the Reichstag elections of 1887 saw a spike in turnout rates and a victory of Bismarck's Kartell of nationalist parties: a war scare with France frightened previous non-voters out of their wits and out of their homes. Then, in 1907, an important article was published by Dr. Eugen Würzburger, director of the Royal Saxon Statistical Office.<sup>15</sup> In it, the »party of non-voters« (*Partei der Nichtwähler*) was exposed as a myth. Würzburger wanted to address the right-wing complaint that three million German voters had failed to cast a ballot in the Reichstag elections of 1903 out of »laziness« and »complacency«, contributing to a major increase in SPD Reichstag seats. But the empire struck back in 1907, or so it seemed. According to the consensus of the day, when Chancellor Bernhard von Bülow made a defence of German colonial rule the central election issue four years later, those non-voters in 1903 turned into »new voters« in 1907. This tactic led, as in 1887, to victories for the Right and a setback for Social Democracy. *Not true!* argued Würzburger. The details of his argument need not concern us. But he concluded that completely normal reasons for failing to turn out – for instance, severe illness – would almost always transform between 8 and 10 percent of eligible electors into non-voters.

Thanks to much more sophisticated calculations by Jürgen Falter and others, the same sort of argument has been made about the Nazi Party breakthrough at the polls in 1930 and then again in 1932. It was not a sudden rush of new voters, let alone a *Partei der Nichtwähler*, who suddenly produced unexpected Nazi gains; instead it was the defection of experienced voters from the parties of the middle – who we might call »tried and not-so-true« voters – who swelled the ranks of Hitler's followers.<sup>16</sup>

<sup>14</sup> C. BOIX, *Emergence of Parties*, 2009, p. 513. Cf. I. McALLISTER, *Personalization of Politics*, 2007; J. RETALLACK, *Demagogentum, Populismus, Volkstümlichkeit*, 2000.

<sup>15</sup> E. WÜRZBURGER, *Die Partei der Nichtwähler*, 1907, pp. 381–389.

<sup>16</sup> J. FALTER, *Hitlers Wähler*, 1991; J. FALTER/T. LINDENBERGER/S. SCHUMANN, *Wahlen und Abstimmungen*, 1986; S. WASMEIER, *Wer wählte Hitler?*, 2009. Cf. *Who Voted for Hitler?*, special

Even in stable and prosperous eras, some citizens decide to stay away from the ballot box. Let us list just two reasons they might do so before we take stock of the more comprehensive models of political behavior social scientists have devised to analyse and explain non-voting. The first – historically very significant – factor is whether the vote is public or private. Some voters are very happy, even eager, to declare their political allegiance in a system of public voting. They feel this way despite the general notion that democracy requires the secret ballot. In the nineteenth century, before ballot envelopes and voting booths were introduced, there were plenty of reasons why non-voters in Germany wanted to conceal their party allegiance. Many of them decided it was better to stay away from the polls rather than risk drawing the ire of an industrial employer, a landed estate owner, or a priest.<sup>17</sup> At the same time, in Prussia, a three-class, two-stage system of public voting relegated Social Democratic candidates to almost certain defeat. There, many working-class citizens had little option but to use abstention – election boycotts – to register their protest.<sup>18</sup>

Second, it is worth reminding ourselves that in modern political systems, too, non-voters often believe that an election has already been decided before they have the chance to cast their vote, so they simply do not bother. Although state authorities who demonstrate and want to cultivate »good« citizenship sometimes try to counter-act such beliefs, they don't always succeed. There was an era in Canada, with its six time zones, when television stations in the west were not allowed to report election results already announced in the eastern time zones. This was meant to prevent the non-voter from using the »foregone conclusion« argument to reinforce his or her laziness. But as technology advanced, such media blackouts became unworkable and were abandoned.<sup>19</sup>

Political scientists have developed five more-or-less discrete models of electoral behavior to explain why certain people do not vote.

The first »resource« model considers the capacity of people to vote. What distinguishes a voter from a non-voter is the resources at his or her disposal. They may include time, money, and civic skills.

The second is the »psychological engagement« model. Some people care a great deal about politics and can be counted on to vote come hell or high water; others are not very interested but vote anyway; still others abstain for some of the reasons already mentioned. In this model, early education and parental influence are crucial: exposure to politics at a young age and the acquisition of a skill set for good citizenship – for example, the appropriate vocabulary – are important factors.<sup>20</sup> The relevance of

---

issue of *Central European History* 17 (1984), and selected essays in L. E. JONES/J. RETALLACK (eds.), *Elections*, 1992.

<sup>17</sup> See M. L. ANDERSON, *Practicing Democracy*, 2000, especially chapters 4–7 on priests and »bread lords«.

<sup>18</sup> See T. KÜHNE, *Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preussen 1867–1914*, 1994, pp. 165–203.

<sup>19</sup> C. LEGGEWIE, *Non-Voters*, 1993, pp. 43 f.

<sup>20</sup> A. BLAIS, *Turnout*, 2007, p. 631.

this model is obvious when one considers that when the voting age is lowered, turnout rates almost always decline. Again to use the Canadian example, in the summer of 2015, the youthful, handsome, »hip« Justin Trudeau faced an uphill battle getting a younger cohort of eligible voters to the polls. But the example of Barack Obama's victories in 2008 and 2012 gave his party reason to hope. In October 2015 Trudeau's Liberal Party won a parliamentary majority and took over the reins of government. Now, at the time of writing, the new Canadian prime minister remains »hip« but for more tangible reasons. He has followed through on campaign promises to appoint a cabinet with equal numbers of men and women, to reverse Stephen Harper's head-in-the-sand position on climate change, and to have the House of Commons debate alternatives to the first-past-the-post system.<sup>21</sup> Canadians are psychologically engaged with Trudeau's new government in a way they obviously were not after ten years of Harper. The typically short honeymoon period after taking office is already being described in Trudeau's case as a longer »romance«.

The third model focuses on electoral »mobilization.« When voters are canvassed aggressively during a campaign, not simply to vote for one party or the other, but to vote at all, this has a measurable effect.

Fourth is the »rational choice« model. According to this theory, the decision-making processes engaged in by rational citizens include estimating the costs and benefits of casting a ballot. If the benefits do not outweigh the costs, eligible voters join the ranks of the non-voter. According to this theory, in elections with a very high number of eligible voters or a predictable outcome, the rational decision would be to abstain. Each vote is »worth« less. But the countervailing influence still exists: the sense of doing one's democratic duty by casting a ballot is hardly without value, at least in the opinion of a sizable proportion of citizens in most countries.<sup>22</sup>

Fifth and last, scholars are increasingly considering the »ethics« of voting. The focus here is not on the decision to vote or not vote *per se*, but rather on the ethical dimensions of this choice. If someone is personally indifferent to the outcome of an election, should this person vote or abstain? When citizens do vote, should they always vote for the candidate they consider will serve their own interests? Or is it better to vote according to whatever they deem to be the »common good«? Some scholars argue that although individual choices do not matter much if considered individually, collectively they have a crucial impact on the health of a society, its political culture, and the prospects of liberal democracy in uncertain times.<sup>23</sup>

<sup>21</sup> Whether parliament or »the people« (via referendum) should decide among reform alternatives is already highly contentious among Canadian parties seeking their own advantage: see *inter alia* GLORIA GALLOWAY, »Ottawa rules out referendum on electoral reform«, in: THE GLOBE AND MAIL (Toronto), 28.12.15, A1–2.

<sup>22</sup> A. BLAIS, Turnout, 2007, pp. 632 f.; see also A. BLAIS, To Vote or Not to Vote?, 2000.

<sup>23</sup> J. BRENNAN, The Ethics of Voting, 2001, pp. 1 f.

## 2. The non-voter and the authoritarian state in Imperial Germany

Up to this point we have been rethinking the category of the non-voter in fairly conventional terms. Now we would like to become more speculative and ask whether older approaches should be supplemented by strategies that look for non-voters in unfamiliar places. To do so we want to draw on Retallack's recent monograph, *Red Saxony: Election Battles and the Spectre of Democracy in Germany, 1860–1918*.<sup>24</sup>

Long before 1914, Germany's social militarization had made the question of voter turnout a battleground issue. To be sure, turnout rates had made Reichstag voting a national habit. According to Margaret Lavinia Anderson, the habitual act of casting a ballot in national elections meant that Germans were »practicing democracy«.<sup>25</sup> Indeed, they were practicing it so earnestly and with such conviction that – still according to Anderson – they were well-prepared for the »experiment in democracy« in the 1920s: the Weimar Republic. Yet a study of elections in Germany's third largest federal state, the Kingdom of Saxony, throws a dash of cold water on Anderson's thesis. When Saxon archives were opened up to western historians after 1989, the study of Imperial Germany's electoral culture began to overcome what Thomas Kühne has referred to as a »west-bias«, also a »democratic bias«.<sup>26</sup> By this Kühne meant that the relatively liberal and SPD-friendly political cultures in southwest Germany, and the historical literature their study produced, skewed our idea of how politics operated in such middle- and eastern-German states as Saxony, Mecklenburg, and east-Elbian Prussia. By 2000 new historical literature was focusing on Saxony, which was heavily industrialized and urbanized and had Germany's best-organized regional Social Democratic party.<sup>27</sup> There, German citizens with impeccable bourgeois credentials were even more terrified by the »red threat« than were their Junker counterparts in east-Elbia. There, bourgeois Germans were unwilling – again, in the name of a resolutely modern, liberal code of ethics – to consider Social Democrats as legitimate representatives of working-class voters in their own Landtag and their municipal councils. This set them distinctly apart from liberals in southwest Germany.

Gerhard A. Ritter once described Saxony as a *Brennspiegel* for the study of Germany's electoral culture. We suggest that it can also help us rethink the category of the non-voter. One reason Saxony serves this purpose is that its Landtag suffrage was fundamentally changed three times, in 1868, 1896, and 1909. Each time, right-wing parties and the Saxon government did everything they could to stress that they were

<sup>24</sup> J. RETALLACK, *Red Saxony*, 2017. For early sketches of the argument that follows, including further references, see J. RETALLACK, *Anti-Socialism and Electoral Politics in Regional Perspective*, 1992; J. RETALLACK, »What is to Be Done?«, 1990; J. RETALLACK, *Wahlrechtskämpfe in Sachsen nach 1896*, 2004.

<sup>25</sup> M. L. ANDERSON, *Practicing Democracy*, 2000.

<sup>26</sup> T. KÜHNE, *Wahlrecht – Wahlverhalten – Wahlkultur*, 1993; cf. Kühne's and other contributions to S. LÄSSIG/K. H. POHL/J. RETALLACK (eds.), *Modernisierung und Region im wilhelminischen Deutschland*, 21998.

<sup>27</sup> J. RETALLACK (ed.), *Sachsen in Deutschland*, 2000.

keeping eligibility to vote in Landtag elections as nearly universal (*allgemein*) as the suffrage for the national Reichstag. But each time they had the non-voter very much in mind. On the first occasion they wanted to exclude about one-half of Reichstag voters. On the second and third occasions they wanted to exclude or disadvantage as many Social Democratic supporters as they could. Here's how:

The 1868 Landtag suffrage reform came two years after Saxony escaped being swallowed up by Prussia during the »German civil war« and one year after Bismarck introduced universal manhood suffrage for the North German Reichstag. In what was rightly described as a relatively liberal suffrage, the Saxons imposed a threshold (*Zensus*) of 1 Thaler, or 3 Marks, of annual state taxes for eligibility: that corresponded to an income of 500–600 Marks. The result was a massive disparity between voters at the national and state levels. Among a total Saxon population of over 2.5 million at the time, about 475,000 adult men were eligible to vote in Reichstag elections. That was about 19 percent of Saxony's total population. But the 1-Thaler threshold meant that less than 10 percent of the population was eligible to vote in Landtag elections. So almost one of every two Reichstag voters was a »non-voter« for the Landtag.

The framers of the 1868 suffrage did not stop there. Just as the Reichstag constituencies were never redrawn during the Kaiserreich, the unrelenting urbanization of Saxony gradually increased the political weight of each vote cast in rural constituencies and decreased the weight of those cast in the big cities, towns, and *Industriedörfer*. But rendering urban workers *de facto* non-voters was just one part of the puzzle. Every two years, only one-third of Saxony's 80 Landtag seats came up for election. The 26 or 27 constituencies where an election might be held in any given year were scattered throughout the kingdom. Moreover, the urban constituencies were completely separated from the rural constituencies. They floated like islands in an electoral sea of geographically disconnected rural constituencies. Like the Aleutian Islands of Alaska, they were actually a string of islands, where up to 15 towns and villages were artificially grouped together to represent one urban constituency.

In other ways, too, Saxony's 1868 suffrage was intended to produce as many non-voters as possible. First, because only one-third of eligible voters were called to the polls every two years, two thirds of them sat at home, every time. No great political upheaval, no electoral landslide, could suddenly change the political complexion of the lower house in one election. No oppositional movement that might endanger the security of the state or its mainly bourgeois backers could change the make-up of the entire legislature unless it prevailed for three partial elections, or six years. Second, because those 26 or 27 constituencies were dabbled throughout the kingdom, and because one candidate might have to appeal to the residents of five to fifteen different localities – not an easy matter given the exigencies of transportation and communication in the 1870s and 1880s – the prospect was slim that a really energetic campaign would get off the ground. In short, the government and all parties to the right of the Social Democrats wanted to *dampen* election excitement, not encourage it.

Turnout rates for Reichstag and Landtag elections reflected the different political equations at play. For the Reichstag, turnout rose from 50 percent in 1871 to over

80 percent in the plebiscitary elections of 1887.<sup>28</sup> For the Landtag, turnout barely exceeded 25 percent in 1871. It did not break the 50 percent mark until 1891. But the lack of *political* democracy in Saxony and the Reich could not stop the *social* democratization of public life over these same decades. What Karl Mannheim referred to as the »fundamental politicization« of German society continued and accelerated. So did the prosperity and ambition of Saxony's working classes. As more and more workers exceeded the tax threshold of 3 Marks for the vote, and as the SPD encouraged more of them to seek the necessary citizenship requirements for enfranchisement, the Social Democrats started winning Landtag seats, just as they were doing in biannual elections to Leipzig's city council. Leipzig's city fathers met this challenge in 1894 by inaugurating a new municipal suffrage regime which privileged higher incomes, property ownership, and education.<sup>29</sup> Chemnitz and Dresden followed suit in 1899 and 1905. The *Verein für Sozialpolitik* found these examples of municipal suffrage reform praiseworthy, and the liberal civil servants and statisticians who assessed these reforms for the *Verein* applauded the principle of rewarding achievement (*Leistung*) with extra votes. They never admitted that these reforms amounted to suffrage robbery, as the Social Democrats claimed. If we expand our definition of the non-voter, we might conclude that the socialists had the better argument.

In the Saxon Landtag of 1895, the SPD held 15 of 82 seats. It appeared poised to win more soon. Suddenly a national emergency was at hand, or so the story went.<sup>30</sup> The non-voters of 1868 had become the Social Democratic voters of the 1890s. As a result, the three parties in Saxony's own Kartell – which included the left-liberal Progressives – rammed through a second suffrage reform in early 1896. It inaugurated a three-class suffrage that differed only slightly from Prussia's more notorious suffrage dating from 1850. As in Prussia, any pro-SPD delegate that might be elected in the third voting class (80 percent of eligible voters) was outvoted in the second stage of the indirect voting process by the delegates (*Wahlmänner*) elected by more affluent burghers in the first and second voting classes. Workers' votes were devalued almost to nil, and turnout sank accordingly: it reverted to about 30 percent by 1899. Moreover, all the mechanisms to dampen electoral mobilization in 1868 were retained in the new suffrage. As a result, with each partial election, those 15 sitting Socialists were thrown out of the house one by one. In 1901 not a single Social Democrat was left in the Saxon Landtag. The Conservatives held a two-thirds majority, which was enough to block any further constitutional reform.

Or so they thought. But public opinion could not be silenced in the same way that socialists could be disadvantaged. The turning point came in 1903, when public outrage over this suffrage robbery, combined with an economic downturn and a royal scandal, resulted in the SPD winning 22 of 23 Saxon seats in the Reichstag. »Red Sax-

---

<sup>28</sup> J. SPERBER, *Kaiser's Voters*, 1997, p. 294.

<sup>29</sup> J. RETALLACK/T. ADAM, *Philanthropy und politische Macht*, 2001.

<sup>30</sup> On the broader political context of 1894–1896, see J. RETALLACK, *Democracy in Disappearing Ink*, 2015.

ony« was born overnight. For the next six years, arguably the most vigorous suffrage discourse Germany had ever known tore at the seams of Saxon political culture. The outcome was a third, plural suffrage, legislated in January 1909 and tested for the first and only time the following October. Again the advocates of this reform insisted that the vote remained universal – *allgemein*. Again they were (pedantically) correct. But now every eligible voter received a different color envelope into which he stuffed his ballot. The color depended on whether he met a multitude of criteria based on income, property, education, and now also age. These criteria determined how many times that envelope would be »counted.« In effect, electors were given up to three extra »votes«, for a maximum of four. Many working-class Saxons were entitled to only one »vote«, whereas many wealthy industrialists, prosperous businessmen, independent shopkeepers, and even holders of small and middle-sized agricultural enterprises were entitled to two, three, or four. Broadly speaking, one of every two Saxon voters in 1909 voted for a Social Democratic candidate. But when the differently colored envelopes were piled into different stacks and the weighted ballots were counted, only about 38 percent of them had been cast for SPD candidates. Social Democrats did much better than expected, winning 25 of 91 Landtag constituencies, in part because turnout rocketed back up to 83 percent. But once again, for adherents of the *Ordnungsparteien*, the sky was falling.

Like Eugen Würzburger and like higher civil servants in Saxony's ministry of the interior, these »right-thinking« Saxon burghers felt a nasty trick had been played on them. Instead of restricting the number of SPD deputies in the new house to 15 or 16, as predicted, the gerrymander designed to increase the ranks of the non-voter had failed. To be on the safe side, part of that 1909 suffrage reform had decreed that elections needed to be held only every six years. Thus the election skirmish of 1909, which turned out so badly, would not escalate into an election war again until 1915. Saxon political life would not be »disrupted« by the brutal techniques of modern election campaigns in the intervening years: Social Democrats and other *de facto* non-voters would remain marginalized. But war came anyway.

### 3. The non-voter in Germany since 1919

Any attempt to understand voting (and non-voting) trends in Germany since 1919 faces problems that are unusual for modern democracies. The most obvious is the many regime changes that occurred in this period: Kaiserreich, Weimar Republic, Nazi dictatorship, two separate states, and a reunified country. All these changes involved major transformations of society, politics, economics, and culture, and turnout rates for German elections did not escape any of these influences. Consider just the age requirement for enfranchisement: the Kaiserreich boasted universal manhood suffrage for those over the age of 25; the Weimar Republic introduced male and female suffrage and lowered the voting age from 25 to 20 years; after 1949 in the Bundesrepublik, the voting age was raised to 21 but lowered to 18 in 1972. In addition to

the suffrage, the actual boundaries of Germany were transformed through the century and the German population suffered huge casualties in both wars. From the perspective of the »non-voter«, such loss of life and territory was hardly inconsequential. Millions of formerly eligible voters were now living outside Germany or lying in graves: they all became, in a way, non-voters. Voter turnout in German federal elections rose dramatically from 1949 to 1972, albeit with a plateau in the 1960s. Thereafter turnout rates went down, slowly at first and then rapidly after 1983. Political abstinence famously reached a new high – or low, depending on your definition – around 1990. Then the »super election year« (*Superwahljahr*) of 1994 started to reverse this trend, refuting democracy's doomsayers.

To make sense of the available electoral data, scholars usually divide voters into categories based on party preferences, confessions, or other social groupings. Using such categories certainly helps, but the same problem noted earlier persists: how do we divide up and analyze the electorate over a 100-year time span? In the literature, there is no unanimity about how to do this. In 1966, the sociologist M. Rainer Lepsius presented his theory of four socio-moral milieux (Catholic, socialist, conservative, and liberal) to understand Imperial Germany's political culture. This theory influenced later scholars, who adapted it as best they could. Jürgen Falter, in his studies of voting in the Weimar Republic, preferred the term »political subcultures« to Lepsius's socio-moral milieux: he divided the German electorate into five political subcultures.<sup>31</sup> Jonathan Sperber's focus was on »the Kaiser's voters«, but he also attempted to create categories to accommodate the post-1918 electorate. He proposed six »party groups«, of which the last, significantly, was non-voters.<sup>32</sup> Naturally these different ways of dividing up the German electorate complicate the problem of discovering where the non-voter fits into each of them. But these and other scholars have reached partial consensus in many areas.

The German electorate in 1919 differed fundamentally from the one that last went to the polls in 1912. Two years before the First World War, the SPD won close to 35 percent of the popular vote and 110 of 397 Reichstag seats. Seven years later, Germany had lost millions of eligible voters. However, by granting voting rights to women and lowering the age of eligibility from 25 to 20 in 1919, the Weimar Republic also gained a huge cohort of new voters. During the fourteen years of its existence, the new German republic maintained turnout levels similar to those in the late Kaiserreich. Between 1919 and 1928, turnout decreased from 83 percent to 76 percent, but the trend was reversed from 1930 to the last »free« election of 1933, when participation increased from 82 percent to 88 percent.<sup>33</sup>

In general, the Weimar period saw a steady decline of the liberal parties (mainly the German Democratic Party and the German People's Party) – a process that continued after the Second World War with the liberal Free Democratic Party. The Chris-

<sup>31</sup> J. FALTER, *Social Bases of Political Cleavages*, 1992, p. 375.

<sup>32</sup> J. SPERBER, *Kaiser's Voters*, 1997, p. 296.

<sup>33</sup> M. EILFORT, *Nichtwähler*, 1994, pp. 45–47; S. WASMEIER, *Wer wählte Hitler?*, 2009, p. 19.

tian parties (Center and Bavarian People's Party) also faced a slight decline during the Weimar period; but their capacity to attract newly enfranchised women voters helped them avoid a worse fate. The socialist camp more or less maintained its share of voters, but the distribution between the SPD and the KPD changed along the way. On the Right, the German National People's Party (DNVP) had ups and downs during a period of overall decline, while the Nazi Party (NSDAP) went from political insignificance to the strongest party in 1932–33.<sup>34</sup>

Something that must be kept in mind when analyzing election results from the Weimar period is the rapid expansion of the electorate. There were 10 million more eligible voters in 1933 than in 1919. Thus, approximately 40 percent of all voters in the elections of 1932 and 1933 had not had the right to vote in 1919. These new voters had grown up and matured during the war and the early years of the Republic.<sup>35</sup> But were they responsible for Hitler's electoral successes? The question »Who voted for Hitler?« has been one of the most controversial questions scholars have asked when dealing with electoral politics during the Weimar Republic. The literature is large, complicated, and contentious.

One of the first studies to examine the Nazis' remarkable success at the polls after 1930 was authored by the sociologist Rudolf Heberle. In his 1945 regional study of Schleswig-Holstein, Heberle highlighted the affinities between rural populations and Nazism, especially for Protestant farmers. Although it was not possible to extrapolate from such a regional study to explain the situation on the national stage, this study is still justly regarded as pioneering.<sup>36</sup> In the 1960s, two political sociologists, Reinhard Bendix and Seymour Martin Lipset, used similar methods of data analysis to study other groups of German electors during the Weimar period. Bendix argued that Nazi voters came from previous DNVP supporters, from first-time voters, and from previous abstainers. For his part, Lipset came to the conclusion that Hitler's voters came mainly from the liberal middle classes.<sup>37</sup> For Jürgen Falter, writing in the 1980s, the NSDAP constituted the first *Volkspartei* (often too loosely described as a »catch-all party«). Falter and his colleagues showed that the Nazis were able to attract many voters who had either abstained or supported liberal and conservative parties earlier. New supporters came from other political constituencies too. But according to Falter, in the elections of March 1933, half of the Nazi voters had previously supported a party of the bourgeois-Protestant bloc, whereas only one-third came from the ranks of non-voters. Less than 10 percent – still a significant number – were former socialists. The Nazi electorate was considerably more heterogeneous than most scholars thought at the time.<sup>38</sup>

<sup>34</sup> J. SPERBER, *Kaiser's Voters*, 1997, pp. 297 f.; J. FALTER/T. LINDENBERGER/S. SCHUMANN, *Wahlen und Abstimmungen*, 1986, p. 119.

<sup>35</sup> J. FALTER/T. LINDENBERGER/S. SCHUMANN, *Wahlen und Abstimmungen*, 1986, p. 119.

<sup>36</sup> S. WASMEIER, *Wer wählte Hitler*, 2009, pp. 147 f.

<sup>37</sup> *Ibid.*, p. 149.

<sup>38</sup> J. FALTER, *Social Bases of Political Cleavages*, 1992, pp. 393 f.

Falter's theory of the NSDAP as the first German *Volkspartei* has been criticized in recent years, but its relevance has not been diminished. Jonathan Sperber agrees with Falter that the NSDAP was a political coalition of voters with different backgrounds. However, it was not the first German party to reach voters from different milieus or party groups in this way. In the Reichstag elections of January 1912, the SPD had also successfully appealed to voters outside its traditional clientele of working-class Protestants.<sup>39</sup> (Indeed, the SPD's so-called *Mitläufer* were indispensable to its victory in those twenty-two Saxon constituencies in 1903.) A group of historians around Gary King has recently added new comparative and economic aspects to the research on Nazi voters. Although they agree with the idea of the Nazi party as a political coalition, they do not consider it an exceptional phenomenon: the dramatic swing of voters from many different social groups to a party suddenly seen to be »on the rise« (or even »unstoppable«) happens regularly in modern democracies. These scholars have focused particularly on the economic incentives that pushed electors to vote for the Nazis. Their conclusion is that, in the crisis years of Weimar, those who were most hurt by the Depression but were still employed gave disproportionate support to the Nazis, particularly in Protestant areas. These voters included self-employed shopkeepers, artisans, small farmers, lawyers, professionals, domestic employees, and helping family members.<sup>40</sup>

After 1949, the Federal Republic implemented a five-percent voting threshold for every political party seeking representation in the Bundestag. The aim was to avoid the chronic instability that characterized the Weimar Republic during its short existence. As a result of this measure, the number of parties with national standing oscillated between three and four from the 1950s to 1990: the SPD, the FDP, and the CDU/CSU. The fourth party was the national-conservative German Party, though only into the early 1960s, and then the Green Party, which first entered the Bundestag in 1983.<sup>41</sup>

As in the late Kaiserreich and the Weimar Republic, voter turnout in the Federal Republic initially remained very high. From 79 percent in August 1949, it reached the high point of 90 percent during the elections of 1972 and 1976. It then receded slowly to 84 percent in 1987 and 78 percent in 1990.<sup>42</sup> Over this period the different parties' fortunes diverged considerably. The decline of the liberal parties, already visible during Weimar, continued under the Federal Republic. The FDP was present in many governmental coalitions but it always struggled to reach the five-percent threshold. The right-wing parties never regained their pre-1945 following in the Federal Republic. The German Party was part of Konrad Adenauer's government coalition until the early 1960s, but it did not garner more than five to six percent of the popular vote and disappeared in 1961. On the left, the Communist Party was banned in 1956, leaving

<sup>39</sup> J. SPERBER, *Kaiser's Voters*, 1997, pp. 315–317.

<sup>40</sup> G. KING *et al.*, *Ordinary Economic Voting Behavior*, 2008, pp. 951–962.

<sup>41</sup> G. ROBERTS, *German Electoral Politics*, 2006, pp. 73–89.

<sup>42</sup> M. EILFORT, *Politikverdrossenheit*, 1995, p. 48.

the SPD as sole representative of working-class voters. The SPD's share of the vote rose in the late 1960s and the 1970s, and it declined during the years when Adenauer and the Helmut Kohl were chancellor. The SPD also lost votes to the Green Party after its founding; but it always remained one of the two major parties.<sup>43</sup> The CDU/CSU grouping constituted the dominant force during the first forty years of the Federal Republic. It won a majority of votes and a majority of seats in the 1957 elections.

A few observations can help explain this domination. The first points to the confessional make-up of West Germany. Until the Second World War, the German population was about one-third Catholic and two-thirds Protestant. However, with the division into two states, the regions forming West Germany were close to half-Catholic and half-Protestant. Also, unlike the Center Party and the Bavarian People's Party, the CDU/CSU succeeded in attracting Protestant voters, thus broadening its base without alienating its core Catholic support. By doing so, it was considered as the epitome of a new *Volkspartei*, winning support from different voting groups. Significantly, women voters migrated with a relatively high degree of loyalty from the Center to the CDU/CSU. This transference took on considerable importance given the number of former male voters who had been killed in the war or remained in Soviet POW camps after 1945.<sup>44</sup> The history of the German non-voter is a highly gendered history.

Despite the high turnout rates in the Federal Republic, the question of non-voting remained a constant concern.<sup>45</sup> One explanation for low voter turnout is common across modern democracies, but it is difficult to prove or disprove. This is the alleged apathy toward politics – and voting in particular – among youth. In their study of the relationship between age and turnout in Bundestag elections, Simone Abend Schön and Sigrid Roßteutscher were able to establish voting trends for different age groups.<sup>46</sup> Using what they called the »life cycles« theory, they divided the electorate<sup>47</sup> into four different groups: first-time voters (18–21 year olds); those 22–30 years old; those voting in their »middle years«; and the elderly. According to their results, first-time voters go to the polls more often than those who are 21–25 years old. Then there is a slow but constant increase in turnout rates among voters until they are about 60 years old, when we see the beginning of a gradual decline. Whether the overall turnout is around 90 percent (as in the mid-1970s) or closer to 70 percent (as in the early twenty-first century), the curves remain constant.<sup>48</sup>

How do we interpret these findings? Abend Schön and Roßteutscher argue that 18–21 year olds turn out to vote because they are curious about the process and/or proud

<sup>43</sup> J. SPERBER, *Kaiser's Voters*, 1997, pp. 297 f.; G. ROBERTS, *German Electoral Politics*, 2006, pp. 73–89.

<sup>44</sup> J. SPERBER, *Kaiser's Voters*, 1997, pp. 299–302; G. ROBERTS, *German Electoral Politics*, 2006, pp. 76 f.; K. L. BAKER/R. J. DALTON/K. HILDEBRANDT, *Germany Transformed*, 1981, pp. 164 f.

<sup>45</sup> See M. EILFORT, *Politikverdrossenheit*, 1995, pp. 111–119; C. LEGGEWIE, *Non-Voters*, 1993, pp. 43–53.

<sup>46</sup> S. ABENDSCHÖN/S. ROßTEUTSCHER, *Jugend und Politik*, 2011, pp. 59–80, especially pp. 63–79.

<sup>47</sup> After 1972, when the voting age was lowered to 18 years.

<sup>48</sup> S. ABENDSCHÖN/S. ROßTEUTSCHER, *Jugend und Politik*, 2011, pp. 63–67.

to have the chance to use their newly acquired right to vote. By contrast, those aged 21 to 25 have non-political commitments that are more important or more meaningful. For their part, Gerhard A. Ritter and Merith Niehuss put the emphasis on the surroundings of these young voters. The first-time voters are more likely to vote than the 21–25 year olds (and sometimes the 25–30 year olds) because they have closer ties to the family home and their parents, who are in age groups more prone to vote. The 21–25 year-olds, on the other hand, are more mobile and surrounded by peers from the same age group. They have fewer social incentives to cast their ballot.<sup>49</sup>

Abendschön and Roßteutscher also identify a dividing line within Germany's electoral culture in the twentieth century. They argue that the generation born in the 1950s constitutes a »transition« generation. Previous generations tended to make greater use of their right to vote, whereas subsequent generations voted less often – no matter to which age group they belong. These scholars affirm that Germans born in the first half of the twentieth century, with the socialization typical of this era, were much more likely to go to the polls: Voting was presented as a civic duty and part of a social norm.<sup>50</sup> If the »myth« of the lack of political interest among young people were true, they conclude, then those early twentieth-century decades are where we should have found proof. However, the post-1950s cohorts, in general, show similar degrees of disinterest in politics. Because these tendencies have remained more or less constant for the last forty-five years, one should not indulge in lamentations about political frustration and electoral disenchantment among young voters: these are not particularly recent phenomena.<sup>51</sup>

#### 4. Conclusion

For over a century, the non-voter has been an important element of German political culture. Over the same period, discussions about the non-voter's motives and his or her impact on the outcome of elections has raged among scholars. Different methods have been put forward for integrating the non-voter into models of political and electoral behavior. Such models are addressed principally toward explaining other, larger questions about voter attitudes, election outcomes, and the ability of parties to motivate new or habitual supporters.

In this vast body of literature, there is still room for case studies that consider how, through history, willing electors have become *de facto* non-voters. As the example of three suffrage reforms in the former Kingdom of Saxony demonstrates, important questions remain about how parties and governments who professed staunchly liberal

<sup>49</sup> Ibid., S. 63; G. A. RITTER/M. NIEHUSS, *Wahlen*, 1991, p. 216.

<sup>50</sup> S. ABENDSCHÖN/S. ROßTEUTSCHER, *Jugend und Politik*, 2011, p. 72; M. EILFORT, *Politikverdrossenheit*, 1995, p. 117.

<sup>51</sup> S. ABENDSCHÖN/S. ROßTEUTSCHER, *Jugend und Politik*, 2011, pp. 63–72; G. A. RITTER/M. NIEHUSS, *Wahlen*, 1991, p. 216.

views were able to find ways to keep their opponents from entering the polling place. In doing so, they rarely suffered a bad conscience.

The possibilities for comparing such anti-democratic strategies across countries, across suffrage regimes, across decades, and across generations call out for further scholarly attention. Such attention holds the risk that evidence (for example) about politically apathetic youth becomes a self-fulfilling prophecy. If young people are told they lack commitment to the democratic ideals of a previous generation, they are unlikely to respond in ways that encourage civic courage or foster constitutional reform when it is needed. If, on the other hand, scholars muster historical evidence to demonstrate that ways of driving unwelcome voters away from the polls have existed since before liberal democracies even existed, there is a good possibility that civic engagement will continue to rise in Germany and elsewhere. That in turn could promote healthier forms of political discourse and greater tolerance for diversity than exist today.

## Reference List

- Abendschön, Simone/Sigrid Roßteutscher: *Jugend und Politik: Verliert die Demokratie ihren Nachwuchs?* in: Evelyn Bytzek/Sigrid Roßteutscher (eds.), *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*, Frankfurt a.M. 2011, pp. 59–80.
- Anderson, Margaret Lavinia: *Practicing Democracy: Elections and Political Culture in Imperial Germany*, Princeton 2000.
- Baker, Kendall L./Russell J. Dalton/Kai Hildebrandt: *Germany Transformed: Political Culture and the New Politics*, Cambridge, MA 1981.
- Blais, André: *To Vote or Not to Vote? The Merits and Limits of Rational Choice Theory*, Pittsburgh 2000.
- Blais, André: *Turnout in Elections*, in: Russell J. Dalton/Hans-Dieter Klingemann (eds.), *The Oxford Handbook of Political Behavior*, Oxford 2007, pp. 621–635.
- Boix, Carles: *The Emergence of Parties and Party Systems*, in: Carles Boix/Susan C. Stokes (eds.), *The Oxford Handbook of Comparative Politics*, Oxford 2009, pp. 499–521.
- Brennan, Jason: *The Ethics of Voting*, Princeton 2001.
- Brennan, Jason/Lisa Hill: *Compulsory Voting. For and Against*, New York 2014.
- Eilfort, Michael: *Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens*, Paderborn 1994.
- Eilfort, Michael: *Politikverdrossenheit and the Non-Voter*, in: *German Politics* 4 (1995), No. 2, pp. 111–119.
- Falter, Jürgen: *Hitlers Wähler*, München 1991.
- Falter, Jürgen: *The Social Bases of Political Cleavages in the Weimar Republic, 1919–1933*, in: Larry Eugene Jones/James Retallack (eds.), *Elections, Mass Politics, and Social Change in Modern Germany. New Perspectives*, Cambridge 1992, pp. 371–398.
- Falter, Jürgen/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann: *Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik: Materialien zum Wahlverhalten, 1919–1933*, München 1986.
- Frymann, Daniel [pseudonym for Heinrich Claß]: *Wenn ich der Kaiser wär*, Leipzig 1912.
- Jackman, Robert W./Ross A. Miller: *Voter turnout in the industrial democracies during the 1980s*, in: *Comparative Political Studies* 27 (1995), No. 4, pp. 467–492.

- Jones, Larry Eugene/James Retallack (eds.): *Elections, Mass Politics, and Social Change in Modern Germany. New Perspectives*, Cambridge 1992.
- King, Gary *et al.*: Ordinary Economic Voting Behavior in the Extraordinary Election of Adolf Hitler, in: *Journal of Economic History* 68/4 (2008), pp. 951–996.
- Kühne, Thomas: *Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preussen 1867–1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt*, Düsseldorf 1994.
- Kühne, Thomas: *Wahlrecht – Wahlverhalten – Wahlkultur. Tradition und Innovation in der historischen Wahlforschung*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 33 (1993), pp. 481–547.
- Lässig, Simone/Karl Heinrich Pohl/James Retallack (eds.): *Modernisierung und Region in wilhelminischen Deutschland. Wahlen, Wahlrecht und Politische Kultur*, Bielefeld 21998.
- Leggewie, Claus: *Non-Voters – Political Privateers or Risk Factors for Democracy*, in: *Journal of Contemporary Central and Eastern Europe* 1/2 (1993), pp. 43–53.
- Malkopoulou, Anthoula: »Democracy's Duty. The History of Political Debates on Compulsory Voting«, PhD Dissertation, University of Jyväskylä, 2011.
- McAllister, Ian: *The Personalization of Politics*, in: Russell J. Dalton/Hans-Dieter Klingemann (eds.), *The Oxford Handbook of Political Behavior*, Oxford 2007, pp. 571–588.
- Norris, Pippa: *Political Activism: New Challenges, New Opportunities*, in: Carles Boix/Susan C. Stokes (eds.), *The Oxford Handbook of Comparative Politics*, Oxford 2009, pp. 628–649.
- Pye, Lucian W./Sidney Verba (eds.): *Political Culture and Political Development*, Princeton 1965.
- Retallack, James: *Anti-Socialism and Electoral Politics in Regional Perspective: the Kingdom of Saxony*, in: Larry Eugene Jones/James Retallack (eds.), *Elections, Mass Politics, and Social Change in Modern Germany. New Perspectives*, Cambridge 1992, pp. 49–91.
- Retallack, James: *Demagogentum, Populismus, Volkstümlichkeit. Überlegungen zur »Popularitätshascherei« auf dem politischen Massenmarkt des Kaiserreichs*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 48 (2000), pp. 309–25.
- Retallack, James: *Democracy in Disappearing Ink: Suffrage Robbery as Coup d'État*, Chapter 11, in: James Retallack, *Germany's Second Reich: Portraits and Pathways*, Toronto 2015, pp. 293–324.
- Retallack, James: »Get Out the Vote! Elections without Democracy in Imperial Germany, in: *Bulletin of the German Historical Institute*, Washington DC, 51 (2012), pp. 23–38.
- Retallack, James: *Obrigkeitsstaat und politischer Massenmarkt*, in: Sven Oliver Müller/Cornelius Torp (eds.), *Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse*, Göttingen 2009, pp. 121–135.
- Retallack, James: *Red Saxony: Election Battles and the Spectre of Democracy in Germany, 1860–1918*, Oxford 2017.
- Retallack, James (ed.): *Sachsen in Deutschland. Politik, Kultur und Gesellschaft 1830–1918*, Bielefeld 2000.
- Retallack, James: *Wahlrechtskämpfe in Sachsen nach 1896*, in: *Dresdner Hefte* 22/80 (2004), pp. 13–24.
- Retallack, James: »What is to Be Done?« *The Red Specter, Franchise Questions, and the Crisis of Conservative Hegemony in Saxony, 1896–1909*, in: *Central European History* 23 (1990), pp. 271–312.
- Retallack, James/Thomas Adam: *Philanthropy und politische Macht in deutschen Kommunen*, in: Thomas Adam/James Retallack (eds.), *Zwischen Markt und Staat. Stifter und Stiftungen im transatlantischen Vergleich*, special double issue of *Comparativ* 11/5–6 (2001), pp. 106–138.
- Ritter, Gerhard A./Merith Niehuss: *Wahlen in Deutschland 1946–1991: Ein Handbuch*, München 1991.
- Roberts, Geoffrey K.: *German Electoral Politics*, Manchester 2006.

- Sperber, Jonathan: *The Kaiser's Voters: Electors and Elections in Imperial Germany*, Cambridge 1997.
- Verba, Sidney/Norman H. Nie/Jae-On Kim (eds.): *Participation and Political Equality. A Seven-Nation Comparison*, Cambridge 1978.
- Verba, Sidney/Norman H. Nie/Jae-On Kim (eds.): *The Modes of Democratic Participation. A Cross-National Comparison*, Beverly Hills 1971.
- Verba, Sidney/Kay Lehman Schlozman/Henry E. Brady: *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*, Cambridge, MA 1995.
- Wasmeier, Silvia: *Wer wählte Hitler?: Erklärungsansätze der historischen Wahlverhaltensforschung*, Wiesbaden 2009.
- Who Voted for Hitler? Special issue of *Central European History* 17 (1984).
- Würzburger, Eugen: Die „Partei der Nichtwähler“, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* [Abdruck] 3. Folge 190 (1907), pp. 381–389.

## Ist die Direktdemokratie der Bürger Ausdruck einer Parlamentarismuskritik? Eine Analyse der Schweizer Praxis

Direkte Demokratie und Beteiligung des Volkes an politischen Entscheidungen sind Postulate, die von unterschiedlichen Akteuren vermehrt gefordert werden. So unterbreitete die Enquete-Kommission des österreichischen Parlamentes 2015 in ihren Empfehlungen zur »Stärkung der Demokratie in Österreich« Vorschläge, wie direktdemokratische Instrumente auf Landes- und Gemeindeebene aufgewertet werden könnten.<sup>1</sup> Weitere Beispiele ließen sich anfügen. Eine Ursache für die zunehmende, populäre Forderung nach mehr plebiszitären Elementen ist die vermeintliche oder tatsächliche Schwäche repräsentativer Demokratien. Zur Kernkritik gehört u. a. »die These, dass der Parlamentarismus durch strukturell minimierte Partizipationsmöglichkeiten der Bürger und ein problematisches System der Elitenherrschaft gekennzeichnet«<sup>2</sup> sei. Dieses System sei zwar in frühen Entwicklungen der Demokratie berechtigt, »aber niemals mehr als eine ›zweitbeste Lösung‹ gewesen«<sup>3</sup> und in der gegenwärtigen Zeit nicht mehr angemessen.<sup>4</sup> Eine Mehr an direkter Beteiligung des Souveräns, so Gamper, scheint den Parlamentarismus jedoch nicht automatisch zu stärken.<sup>5</sup> Dieser Artikel untersucht das Zusammenspiel zwischen direkter Demokratie und Parlamentarismus in der Schweiz und geht der Frage nach, ob das Ausmaß der Beteiligung der Bürger als Indiz wachsender Parlamentarismuskritik gesehen werden kann.

### 1. Merkmale des schweizerischen politischen Systems

Die Einordnung des schweizerischen Regierungssystems in eine der zwei idealtypischen Regierungsformen – das parlamentarische und das präsidentielle System – ist mit Schwierigkeiten verbunden. Mit dem parlamentarischen System teilt die Schweiz die Wahl der Regierung durch das Parlament.<sup>6</sup> Insofern wären die Voraussetzungen für eine Machtkonzentration bei der Parlamentsmehrheit und der Regierung gegeben. Doch ist die Regierung auf eine feste Amtsdauer von vier Jahren gewählt, so ist

---

<sup>1</sup> Vgl. BERICHT DER PARLAMENTARISCHEN ENQUETE-KOMMISSION betreffend Stärkung der Demokratie in Österreich, in: NR Sten. Prot. Beilagen, 25. GP, 791, 18.9.2015, abrufbar unter: [https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/I/I\\_00791/fname\\_468781.pdf](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/I/I_00791/fname_468781.pdf) [6.12.2015]

<sup>2</sup> L. HELMS, Warum der Parlamentarismus nicht ausgespielt hat, 2015, S. 136 f.

<sup>3</sup> Ebd., S. 137.

<sup>4</sup> Ebd., S. 136.

<sup>5</sup> Vgl. A. GAMPER, Was heißt »mehr direkte Demokratie«, 2005, S. 183.

<sup>6</sup> In den Kantonen wählt der Souverän die Regierung.

sie so unabhängig wie im Präsidentsystem, da die Gesamtregierung oder einzelne ihrer Mitglieder weder vom Parlament (durch ein Misstrauensvotum) noch vom Volk abberufen werden können. Daher wird das politische System der Schweiz zum einen als »nichtparlamentarisch« und zum anderen als »nichtpräsidentiell« bezeichnet<sup>7</sup>. Im Vergleich zu anderen Systemen fallen weitere spezifische Ausprägungen auf: das Fehlen eines Staatsoberhauptes,<sup>8</sup> die Organisation der Exekutive als Kollegialbehörde, die Konkordanz- und Konsensdemokratie, ein ausgeprägter Föderalismus und im Speziellen die Schweizerische Praxis direkter Demokratie,<sup>9</sup> durch die sich die Parlamente auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene von der repräsentativen Demokratie erheblich unterscheiden.

## 2. Stark ausgebaute direktdemokratische Möglichkeiten

In keinem anderen Land wird die Volkssouveränität so konsequent umgesetzt wie in der Schweiz. Dabei entwickelte sich die direkte Demokratie zunächst auf der Ebene der Kantone, und zwar bereits im Verlaufe der 1830er Jahre. Noch heute sind die Volksrechte auf Kantonsebene stärker ausgebaut als auf der nationalen Ebene. Zwei Kantone praktizieren die Versammlung der stimmberechtigten Einwohner. Auf Bundesebene entwickelten sich das Referendum und die Volksinitiative gegen Ende des 19. Jahrhunderts.<sup>10</sup> Demnach sieht sich das Parlament schweizerischer Prägung durch die direktdemokratischen Rechte herausgefordert – wie es Lüthi formuliert.<sup>11</sup> Die Bundesverfassung (BV) gewährleistet, dass allen Schweizern, die das 18. Altersjahr vollendet haben, die gleichen Rechte und Pflichten zustehen. Diese volljährigen Staatsbürger bilden in ihrer Gesamtheit den *Demos* und haben das Recht, nicht nur an der Meinungs- und Willensbildung zu partizipieren, sondern letztlich zu entscheiden. Die Möglichkeiten der konkreten *Partizipation* sind beachtlich und die Hürden für deren Anwendung niedrig (*siehe Tabelle auf der folgenden Seite*).

<sup>7</sup> Zitiert nach W. LINDER, Schweizerische Demokratie, 2005, S. 200.

<sup>8</sup> Der Bundespräsident wird – als *primus inter pares* – durch das Parlament für ein Jahr gewählt.

<sup>9</sup> Darunter werden Volksrechte, ihre Anwendung und einzelne Volksentscheide verstanden.

<sup>10</sup> Vgl. ausführlich dazu: A. VATTER, Das politische System der Schweiz, 2014, S. 343 ff.

<sup>11</sup> Vgl. R. LÜTHI, Die Stellung der Bundesversammlung im politischen System der Schweiz, 2014, S. 7.

## Übersicht über die direktdemokratischen Möglichkeiten des Souveräns

Instrument	Anwendungsbereich	Erfordernis für Zustandekommen	Bemerkungen
Verfassungs- (1848) und Staatsvertragsreferendum (1921, 1977) obligatorisch	Alle Verfassungsänderungen sowie Beschlüsse über den Beitritt zu supranationalen Organisationen und solchen kollektiver Sicherheit	–	Volks- und Ständemehr*
Gesetzesreferendum (1874) (fakultativ)	Alle Gesetze sowie referendumspflichtige Bundesbeschlüsse	50 000 Unterschriften oder acht Kantone	Einfaches Volksmehr
Staatsvertragsreferendum (1921, 1977, 2003) (fakultativ)	Staatsverträge mit wichtiges Recht setzenden Bestimmungen	50 000 Unterschriften oder acht Kantone	Einfaches Volksmehr
Resolatives Referendum (1949) (Nachträgliche Aufhebung eines Bundesbeschlusses) fakultativ oder obligatorisch	Für dringliche Bundesbeschlüsse, welche die Bundesversammlung dem Referendum entzieht	Nicht verfassungskonform: obligatorische Abstimmung, Verfassungsmäßig: 50 000 Unterschriften	Beschluss tritt nach einem Jahr außer Kraft, falls er nicht verfassungskonform ist oder falls das obligatorische bzw. das fakultative Referendum erfolgreich ist
Verfassungsinitiative auf Totalrevision (1848)	Gesamterneuerung der Verfassung	100 000 Unterschriften	Erreicht das Begehren das Volksmehr, wird das Parlament neu gewählt und die Totalrevision ist an die Hand zu nehmen
Verfassungsinitiative auf Teilrevision (1891, 2001)	Ausformulierter Vorschlag oder allgemeine Anregung	100 000 Unterschriften	Wird nach der Behandlung durch Bundesrat und Parlament zur Annahme oder Verwerfung empfohlen. Es besteht die Möglichkeit des Gegenvorschlages. Volks- und Ständemehr
Allgemeine Volksinitiative (2003)	Allgemeine Anregung	100 000 Unterschriften	Parlament entscheidet über den endgültigen Text und die Normstufe der Umsetzung (Verfassung oder Gesetz)

\* D.h. eine einfache Mehrheit des abstimmenden Volkes und der Kantone muss dafür stimmen. Quelle: W. Linder, Schweizerische Demokratie, 2005, S. 248; geringfügig angepasst.

### 3. Direktdemokratie versus Parlamentarismus?

Diese Frage ist durchaus berechtigt, denn immer wieder wird ein Gegensatz zwischen dem parlamentarischen Regierungssystem und der direkten Demokratie postuliert.<sup>12</sup> Moderne Demokratietheorien beschäftigen sich seit ihren Anfängen mit dieser Fragestellung,<sup>13</sup> ebenso wie aktuelle politische Akteure. So wurde bei der Erarbeitung des Berichts der Enquete-Kommission in Österreich immer wieder mahndend geäußert: Die Stärkung der Demokratie darf nicht zu einer Schwächung des Parlamentes führen (FPÖ); direkte Demokratie und Parlamentarismus dürfen sich nicht gegenseitig ausschließen (Grüne) bzw. müssen als ein Miteinander gesehen werden (NEOS).<sup>14</sup>

#### 3.1 Referenden und Volksinitiativen als Korrektiv des Parlamentes?

Der Souverän ist befugt, die Änderung der Bundesverfassung zu verlangen, wenn innerhalb von 18 Monaten seit der Veröffentlichung seiner Initiative mindestens 100 000 gültige Unterschriften von Stimmberechtigten eingereicht werden. Die Volksinitiative<sup>15</sup> kann als allgemeine Anregung formuliert sein oder als fertig ausgearbeiteter Text vorliegen, dessen Wortlaut Parlament und Bundesrat nicht mehr verändern dürfen;<sup>16</sup> letztere Variante wird häufiger angewandt. Dem Parlament steht die Möglichkeit offen, auf eine Initiative mit einem Gegenentwurf zu reagieren. In der Abstimmung kann der Bürger sowohl der Initiative als auch dem Gegenentwurf zustimmen. Falls beide Varianten das Volks- wie auch das Ständemehr erreichen<sup>17</sup> wird durch eine Stichfrage ermittelt, ob die Initiative oder der Gegenentwurf in Kraft treten soll – sonstige Quoren bestehen nicht.

Zwei Merkmale sind auffällig: *Erstens* werden Initiativen seit den 1970er Jahren immer beliebter. Zu Beginn des Jahres 2015 wurden zu 10 Initiativen Unterschriften gesammelt und je vier Initiativen waren bei der Exekutive und dem Parlament anhängig.<sup>18</sup> Insgesamt kamen seit 1891 316 Initiativen zustande; davon wurden 65 Initiativen (20,6 %) aufgrund akzeptabler Gegenvorschläge zurückgezogen.<sup>19</sup>

*Zweitens* haben sich die in der Regel geringen Chancen, dass eine Initiative angenommen wird, seit einigen Jahren vergrößert. Von den 200 zur Abstimmung gelangten Initiativen wurden gerade mal 22 angenommen, sieben davon jedoch alleine seit

<sup>12</sup> Vgl. T. MONTAG, Direkte Demokratie und Parlamentarismus, 2011, S. 11; K. POIER, Welche Funktionen der direkten Demokratie sollen gestärkt werden?, 2015, S. 208 ff.

<sup>13</sup> Vgl. W. LINDER, Schweizerische Demokratie, 2005, S. 342.

<sup>14</sup> Vgl. DEMOKRATIE-ENQUETE, Zwischenbilanz der Fraktionen, 2015.

<sup>15</sup> Im Folgenden als Initiative bezeichnet.

<sup>16</sup> Art. 139 BV.

<sup>17</sup> Art. 139b BV.

<sup>18</sup> Vgl. Chronologie Volksabstimmungen, abrufbar unter: [https://www.admin.ch/ch/d/pore/va/vab\\_2\\_2\\_4\\_6.html](https://www.admin.ch/ch/d/pore/va/vab_2_2_4_6.html) [5.7.2017].

<sup>19</sup> Ebd.

dem Jahr 2008 bzw. vier in der Legislaturperiode von 2011–2015<sup>20</sup> (zudem wurden vier Gegenentwürfe zu Volksinitiativen angenommen).

Der Souverän muss obligatorisch abstimmen über Änderungen der BV, den Beitritt zu Organisationen für kollektive Sicherheit oder zu supranationalen Gemeinschaften sowie über dringlich erklärte Bundesgesetze, die keine Verfassungsgrundlage haben und deren Geltungsdauer ein Jahr übersteigt.<sup>21</sup> Gegen jedes Bundesgesetz wie auch gegen völkerrechtliche Verträge kann grundsätzlich das fakultative Referendum ergriffen werden, wenn 50 000 Stimmberechtigte oder acht Kantone innerhalb von 100 Tagen seit der amtlichen Veröffentlichung des Erlasses dies verlangen.<sup>22</sup> Das Referendum wird jedoch nur gegen rund 7 % der Beschlüsse des Parlamentes<sup>23</sup> ergriffen, und letztlich werden bloß 3 % der Beschlüsse des Parlamentes<sup>24</sup> durch den Souverän abgelehnt.

In der Legislaturperiode 2011–2015 wurden zehn fakultative Referenden ergriffen, von denen sechs erfolgreich verliefen.<sup>25</sup> Im Vergleich zu den drei vorangegangenen Legislaturen stellt dies einen höheren Wert dar; dies deutet aus Sicht des Forschungsinstituts *gfs.Bern* darauf hin, dass sich das Referendum als starkes oppositionelles Instrument etablieren könnte.<sup>26</sup> Allerdings ist diese Einschätzung zu relativieren: Werden lediglich die Gesetze berücksichtigt, so waren von den 151 während der Legislatur 2011–2015 vom Parlament verabschiedeten Gesetze nur acht Gegenstand einer Abstimmung, und lediglich zwei vom Parlament angenommene Gesetze wurden vom Souverän tatsächlich abgelehnt.<sup>27</sup> Vielfach entsprechen die Ergebnisse der Abstimmungen den Empfehlungen des Parlamentes: 82 % der Abstimmungen in der 49. Legislatur; 75 % in der 48. Legislatur und 100 % in der 42., 45. und 46. Legislatur.<sup>28</sup>

*Fazit:* Volksabstimmungen erweisen sich grundsätzlich als ein beliebtes direktdemokratisches Instrument, das in Europa in dieser Ausgestaltung einmalig ist. Sie wirken von »unten« auf das *Agenda Setting*. Sie verschaffen Themen, die in der politischen wie auch in der medialen Arena nicht oder ungenügend Beachtung finden, den Zugang zur parlamentarischen Tagesordnung. Auffallend ist, dass sie einerseits immer zahlreicher eingereicht werden und andererseits in der Abstimmung eher Erfolg verzeichnen als früher. Das Referendum, welches sich als Kritik an den Beschlüssen des Parlamentes verstehen ließe, wird nur selten eingesetzt: 93 % der parlamentari-

---

<sup>20</sup> Vgl. »Parlament unter Druck wie nie zuvor: Eine Legislatur zwischen Ohnmacht und Widerstand«, in: NEUE ZÜRCHER ZEITUNG (NZZ), 9.9.2015, S. 1.

<sup>21</sup> Art. 140 BV.

<sup>22</sup> Art. 141 Abs. 1 BV.

<sup>23</sup> Vgl. R. LÜTHI, Die Stellung der Bundesversammlung im politischen System der Schweiz, 2014, S. 7.

<sup>24</sup> Vgl. T. MILIC/B. ROUSSELOT/A. VATTER, Handbuch der Abstimmungsforschung, 2014, S. 53.

<sup>25</sup> Vgl. PROVISORISCHE BILANZ DER 49. LEGISLATUR, 2015, S. 18. Zum Zeitpunkt dieses Artikels werden gegen zwei Beschlüsse des Parlamentes Unterschriften gesammelt.

<sup>26</sup> Vgl. DAS NEUE SELBSTBEWUSSTSEIN DER ALTEN MITTE, 2015, S. 41.

<sup>27</sup> Vgl. DOKUMENTATION PARLAMENTSBIBLIOTHEK, Fakten und Zahlen, 2015, S. 18.

<sup>28</sup> Ebd., S. 24.

schen Erlasse treten ohne Referendum in Kraft.<sup>29</sup> Dem Parlament gelingt es also, breit abgestützte wie auch allgemein akzeptable Gesetze zu erlassen. Dies gilt insbesondere auch für die Verfassungsänderungen, die einer obligatorischen Abstimmung unterliegen. Dies ist vor allem auf das sogenannte vorparlamentarische Verfahren zurückzuführen, in dessen Rahmen unterschiedliche Akteure wie Parteien, die Kantone, Interessensvertreter wie auch direkt Betroffene angehört werden. Dadurch lassen sich Vorlagen ausarbeiten, die kein Referendum provozieren oder im Fall eines (obligatorischen) Referendums mit großer Wahrscheinlichkeit befürwortet werden. Die wichtigste Funktion des Parlamentes – die Gesetzgebung – bleibt bestehen. Das Parlament ist in der Lage, seine wichtigste Funktion – die Gesetzgebung – zu erfüllen: direkte Demokratie und Parlamentarismus ergänzen sich; die direkte Demokratie hat nicht zu einer »Volksgesetzgebung«<sup>30</sup> geführt.

### 3.2 Beteiligung des Souveräns bei Parlamentswahlen und Abstimmungen

Der Souverän wird alle vier Jahre dazu aufgerufen, den Nationalrat<sup>31</sup> zu wählen. Im Jahr 1919 ließ sich mit 80,4 % die höchste Wahlbeteiligung ausmachen; bis 1955 lag sie jeweils noch über 70 %. Anschließend sank sie allmählich bis zur 50%-Grenzlinie, lag ab 1979 unter 50 % und erreichte 1995 mit 42 % einen Tiefpunkt. An den Parlamentswahlen im Oktober 2015 beteiligten sich 48 % des Souveräns.<sup>32</sup> Am höchsten lag die Beteiligung in Schaffhausen – wohl vermerkt: dem einzigen Kanton mit Stimmzwang<sup>33</sup> (63 %).

Außer den Parlamentswahlen finden vier Mal im Jahr nationale Abstimmungen über mehrere Sachfragen statt, ergänzt mit kantonalen und kommunalen Fragen. Von 1911–1930 lag die durchschnittliche Teilnahme bei 60 % und von 1931–1950 bei knapp über 60 %. Danach ging die Partizipation markant zurück: in den Jahren 1951–1970 auf 47,8 % und von 1971–1990 auf 40,9 %. Seit 1990–2015 liegt die durchschnittliche Beteiligung bei rund 45 % und somit wieder etwas höher.<sup>34</sup> Was sich aus den Durchschnittswerten nicht ableiten lässt, sind die erheblichen Schwankungen bei der Stimmbeteiligung: Je nach dem Inhalt der Vorlagen können diese bei den Wählern ein mehr oder weniger starkes Interesse auslösen und sie folglich unterschiedlich erfolgreich mobilisieren.<sup>35</sup> So beteiligten sich an der Abstimmung über den Beitritt zum

<sup>29</sup> T. MILIC/B. ROUSSELOT/A. VATTER, Handbuch der Abstimmungsforschung, 2014, S. 110. Es ist darauf hinzuweisen, dass Referenden und Initiativen oftmals von Parteien initiiert werden.

<sup>30</sup> Ebd., S. 110.

<sup>31</sup> Und in den meisten Kantonen die Mitglieder des Ständerates zum gleichen Zeitpunkt.

<sup>32</sup> Vgl. NATIONALRATSWAHLEN 1919–2015, 2015.

<sup>33</sup> GESETZ ÜBER DIE VOM VOLKE VORZUNEHMENDEN ABSTIMMUNGEN UND WAHLEN, 1997, Art. 9.

<sup>34</sup> Vgl. ENTWICKLUNG DER STIMMBETEILIGUNG BEI EIDGENÖSSISCHEN VOLKSABSTIMMUNGEN, 2016.

<sup>35</sup> H. K. HEUBNER/O. JUNG, Die direkte Demokratie in der Schweiz, 2009, S. 121.

Europäischen Wirtschaftsraum (1992) 79 %, <sup>36</sup> an derjenigen über das Tierseuchengesetz nur gerade 28 % (2012). <sup>37</sup>

### 3.3 *Teilnehmen oder nicht teilnehmen: Das ist hier die Frage!*

Bis hierher wurde ausgeführt, dass direktdemokratische Instrumente nicht *per se* als Parlamentarismuskritik zu werten sind. Jedoch sind in der Schweiz die Nichtwähler in der Mehrheit. Lässt sich diese Nichtbeteiligung als Parlamentarismuskritik auslegen? Warum verzichten die Bürger auf die Wahrnehmung ihres Stimm- und Wahlrechts? »Kritiker entgegnen, die Bürger würden zu häufig an die Urne gebeten und hätten weder Zeit noch Lust, sich sehr oft direkt am politischen Entscheidungsprozess zu beteiligen« <sup>38</sup>. Die Kadenz der Abstimmungen ist tatsächlich hoch. Allerdings kommen Studien, die der Frage auf den Grund gegangen sind, ob bzw. inwiefern direkte Demokratie zu einer partizipatorischen Ermüdung <sup>39</sup> – einer *voter fatigue* <sup>40</sup> – führe, zu unterschiedlichen Ergebnissen. Im Folgenden stehen die Wahlen im Zentrum der Ausführungen.

Nicht selten wird ins Feld geführt, die parteipolitische Zusammensetzung der Exekutive würde durch die Parlamentswahlen nicht geändert, und daher stünde bei Wahlen weniger auf dem Spiel als bei Abstimmungen. <sup>41</sup> Damit ist die sogenannte Zauberformel angesprochen: eine nicht gesetzlich kodifizierte, politische Absprache, nach der die Regierungssitze auf die vier wählerstärksten Parteien verteilt werden. Die Zauberformel ist eine Konsequenz der Konkordanzdemokratie, die wiederum durch die direkte Demokratie bedingt ist: Alle wesentlichen politischen Parteien sollen in die Regierung eingebunden werden, im Konsens nach Lösungen suchen und gemeinsam eine breite Mehrheit hinter sich bringen. <sup>42</sup>

Abgesehen von den erwähnten Gründen hat die Wahlforschung differenzierte Erklärungsfaktoren für die Nichtbeteiligung vieler Stimmbürger ausfindig gemacht. Anlässlich einer Untersuchung zu den Nationalratswahlen im Jahr 2011 ermittelten Fatke/Freitag sechs Kategorien von Nichtwählern. <sup>43</sup> Zusammenfassend für die

<sup>36</sup> Vgl. VOLKSABSTIMMUNG VOM 6.12.1992, »Bundesbeschluss über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)«, hrsg. v. Schweizerische Bundeskanzlei, abrufbar unter: <https://www.admin.ch/ch/d/pore/va/19921206/> [4.7.2017].

<sup>37</sup> VOLKSABSTIMMUNG VOM 25.11.2012, »Änderung des Tierseuchengesetzes (TSG)«, hrsg. v. Bundesamt für Statistik (BFS), abrufbar unter: <https://www.admin.ch/ch/d/pore/va/20121125/index.html> [4.7.2017].

<sup>38</sup> T. BERNAUER/G. SPILKER, Einladung zur Politikwissenschaft, 2015, S. 25.

<sup>39</sup> Vgl. G. LUTZ/P. SELB, Wahlen, 2014, S. 481.

<sup>40</sup> Vgl. T. MILIC/B. ROUSSELOT/A. VATTER, Handbuch der Abstimmungsforschung, 2014, S. 283.

<sup>41</sup> Vgl. G. LUTZ/P. SELB, Wahlen, 2014, S. 480.

<sup>42</sup> Vgl. M. STREBEL, Volksinitiative zur Forderung der Volkswahl der Schweizer Regierung, 2013, S. 5.

<sup>43</sup> Vgl. M. FATKE/M. FREITAG, Wollen sie nicht, können sie nicht oder werden sie nicht gefragt?, 2015, S. 95–119, hier: S. 106 ff.

sen Artikel lassen sich drei Gruppen ausmachen, die sich durch Zufriedenheit mit der Demokratie und ein ausgeprägtes Vertrauen in die politischen Institutionen auszeichnen: die *zufriedenen, aber eher desinteressierten Nichtwähler* (25 %), die *abstimmenden Nichtwähler* (13 %) und die *unkonventionell partizipierender Nichtwähler* (9 %). Die letztgenannten zwei Gruppen weisen eine hohe Beteiligung an Abstimmungen auf, die von den Betreffenden wohl als wichtiger eingeschätzt werden als die Wahlen.

Die drei anderen Gruppen zeichnen sich durch ein geringes politisches Interesse sowie wenig Vertrauen in die Politik aus: Die *politisch verdrossenen Nichtwählern* (16 %) zeichnen sich durch eine hohe Unzufriedenheit mit der Demokratie und einem Misstrauen gegenüber den politischen Institutionen aus. Aufgrund dessen könnte die Nichtwahl ein Ausdruck von einem tief »sitzendem Verdruss«<sup>44</sup> sein. Bei den *sozial isolierten Nichtwählern* (18 %) fehle insbesondere die Netzwerkeinbindung, vor allem ein politisch motivierendes Umfeld. Den *inkompetenten Nichtwählern* (20 %) mangle es zusätzlich an Ressourcen (niedriges Einkommen und tiefes Bildungsniveau). Die beiden letztgenannten Gruppen blieben den Wahlen fern, so die Schlussfolgerung von Fatke/Freitag, weil sie nicht in der Lage seien, sich am politischen Prozess zu beteiligen.<sup>45</sup>

Als Fazit aus der Studie ist festzuhalten: Nur eine Minderheit der Nichtwähler dürfte den Wahlen aus mangelnder Akzeptanz gegenüber den politischen Institutionen oder aufgrund der direktdemokratischen Möglichkeiten fernbleiben.

#### 4. Warum stehen direktdemokratische Mitwirkungsmöglichkeiten nicht im Gegensatz zum Parlamentarismus?

In den bisherigen Ausführungen wurde aufgezeigt, dass die direktdemokratische Mitwirkung der Schweizer Stimmbürger und das Parlament zueinander nicht in einem Spannungsverhältnis stehen. Die diversen Gründe hierfür sollen im Folgenden herausgearbeitet werden.

##### 4.1 Ventil- und Kontrollfunktion der Volksrechte

Im November 2015 wurde in Hamburg über das Referendum abgestimmt, ob sich die Stadt für die Olympiade bewerben soll oder nicht. Bei einer Stimmbeteiligung von 50 % lehnte eine knappe Mehrheit eine Bewerbung ab.<sup>46</sup> Nach Kleinert spiegelt diese Ablehnung »das Ausmaß der Krise, in der sich die repräsentative Demokratie heute zumindest in den großen Städten befindet«, und führt weiter aus: »Wenn selbst eine

<sup>44</sup> Ebd., S. III.

<sup>45</sup> Ebd., S. II 8.

<sup>46</sup> Vgl. F. RESCHREITER, »Olympia-Referendum: Endgültiges Ergebnis festgestellt«, Behörde für Inneres und Sport, 15.12.2015, abrufbar unter: <http://www.hamburg.de/wahlen/nofl/4655260/2015-12-15-bis-pm-olympia-referendum-endgueltiges-ergebnis> [4.7.2017].

Allparteienkoalition minus der Linkspartei (...) nicht [ausreicht], um eine Mehrheit von einem solchen Projekt zu überzeugen, dann kann daraus nur geschlossen werden, dass die Bindungskraft der politischen Parteien (...) einen neuen historischen Tiefstand erreicht«<sup>47</sup> hat. Anders in der Schweiz: Verlieren hierzulande eine Parlamentsmehrheit, die Regierung oder beide Institutionen eine Abstimmung, so werden sie dadurch keineswegs systematisch desavouiert.<sup>48</sup> Auch für den Parlamentarier ist eine Abstimmungsniederlage kein Anlass sich, um seine Wiederwahl bängen zu müssen.

Volksrechte fungieren als permanente Kontrolle der Legislative wie auch der Exekutive – und nicht als eine sporadische, eruptionsartige Entladung der Stimmung zu Wahlzeiten: Volksrechte ermöglichen einen dauerhaften, institutionalisierten Prozess der politischen Auseinandersetzung und des politischen Diskurses. Dies sorgt »insgesamt für beträchtliche politische Zufriedenheit der Schweizer Bürger, nicht zuletzt auch dadurch, dass die vielen direktdemokratischen Gelegenheiten, einem Sicherheitsventil gleich, aufgestauten Druck rasch und zuverlässig ableiten können«<sup>49</sup>. Lüthi schreibt den direktdemokratischen Mitwirkungsrechten ebenfalls eine Ventilfunktion zu, denn es sei für die Parlamentsmehrheit allemal angenehmer, sich mit einem negativen Volksentscheid konfrontiert zu sehen als mit auf der Straße ausgetragenen Protesten.<sup>50</sup> Daraus zieht Graf den Schluss: »Die Existenz der Volksrechte stärkt die für eine Demokratie grundlegende Repräsentationsfunktion des Parlamentes«<sup>51</sup>. Wie oben dargelegt, haben Initiativen in der Abstimmung zwar einen schweren Stand, vermögen jedoch unter Umständen selbst dann eine erhebliche Wirkung zu erzielen, wenn sie abgelehnt werden: beispielsweise indem sie einen Gegenentwurf provozieren oder eine politische Diskussion auslösen und dadurch wiederum spätere Entscheide beeinflussen.<sup>52</sup> Durch die Volksrechte wird also der Protest in das politische System integriert.<sup>53</sup> Und als ein wichtiger Parameter kommt hinzu: Volksentscheide garantieren für eine hohe Legitimität und Akzeptanz.

#### 4.2 *Vertrauen in die Institutionen*

Eine partielle Ursache für die in verschiedenen Ländern zu beobachtende Abkehr vom repräsentativen Parlamentarismus, verbunden mit der Forderung nach mehr direkter Demokratie, ist in einem generellen Unbehagen gegenüber politischen Institutionen

---

<sup>47</sup> H. KLEINERT, »Hamburger Olympia-Aus: Die repräsentative Demokratie steckt in der Krise«, in: FOCUS, abrufbar unter: [http://www.focus.de/politik/experten/kleinert/das-hamburger-olympia-aus-zeigt-die-repraesentative-demokratie-steckt-in-der-krise\\_id\\_5127433.html](http://www.focus.de/politik/experten/kleinert/das-hamburger-olympia-aus-zeigt-die-repraesentative-demokratie-steckt-in-der-krise_id_5127433.html) [2.12.2015].

<sup>48</sup> Vgl. R. LÜTHI, Die Stellung der Bundesversammlung im politischen System der Schweiz, 2014, S. 8.

<sup>49</sup> M. SCHMIDT, Alle Macht dem Volk?, 2011, S. 30.

<sup>50</sup> Ebd.

<sup>51</sup> M. GRAF, Parlament- und Volksrechte: Gegensatz oder Ergänzung?, 2015, S. 3.

<sup>52</sup> Vgl. G. ROHNER, Die Wirksamkeit von Volksinitiativen im Bund, 2012.

<sup>53</sup> F. DECKER, Direkte Demokratie versus parlamentarisches Repräsentativsystem, 2011, S. 235 f.

und deren Repräsentanten begründet, das mitunter mit einer manifesten Kritik am Parlament bzw. an dessen partei-politischen Repräsentanten einhergeht. Zudem kann man sich oftmals nicht des Eindrucks erwehren, Volksentscheide würden mit Vorliebe dann gefordert, wenn es der Opposition im Parlament ins politische Kalkül passt.<sup>54</sup> Auf diesem Boden lässt sich schwerlich eine vertrauensvolle Verbindung zwischen repräsentativer und direkter Demokratie herstellen. Initiativen und Referenden (mit ihrer Geschichte und Tradition) sind wesentliche Elemente der schweizerischen Demokratie, und damit auch des Parlamentarismus. Diese Volksrechte bringen hier weder Politikverdrossenheit, noch Misstrauen gegenüber den politischen Institutionen noch Missbehagen gegenüber deren Repräsentanten zum Ausdruck. Dies bestätigen nicht zuletzt auch die Ergebnisse der folgenden Umfrage: Der Aussage, »Ich kann mich meistens auf die Regierung im Bundeshaus verlassen. Sie handelt nach bestem Wissen und Gewissen, zum Wohle aller«, stimmten 61 % der Befragten zu (2014).<sup>55</sup> Dem Nationalrat gegenüber sprechen 57 % und dem Ständerat 55 % der Befragten ihr Vertrauen aus (2015).<sup>56</sup> Ein Grund für diese Akzeptanz könnte darin liegen, dass den Bürgern die Möglichkeit zusteht, sich an politischen Entscheidungsprozessen persönlich zu beteiligen und sich in die parlamentarische Agenda einzubringen, wenn sie denn partizipieren möchten. Dies wiederum fördert die generelle Akzeptanz des Parlamentes.<sup>57</sup>

#### 4.3 Akteure und Institutionen werden in die Entscheidungsfindung eingebunden

Wie kommt es, dass die stark ausgeprägte, direkte Demokratie der Schweiz nicht mit dem parlamentarischen System in Konflikt gerät? Um dies nachvollziehen zu können, ist ein Blick in den Entscheidungsfindungsprozess aufschlussreich: Dabei werden der Exekutive, der Legislative und dem Souverän je bestimmte Entscheidungen zugewiesen, weshalb Linder diesbezüglich den Begriff *halbdirekte Demokratie* verwendet.<sup>58</sup>

In der Bundesverfassung ist festgeschrieben, welchem Organ die Letztentscheidung zukommt: Dem Souverän, dem die höchste demokratische Legitimität zugeschrieben wird, obliegt – mittels obligatorischem Referendum und Initiative – die Letztentscheidung bei Verfassungsänderungen. Das Parlament, dem die zweitgrößte Legitimität zufällt, entscheidet auf Gesetzesstufe, wobei der Souverän befugt ist, die Letztentscheidung mittels Referendum an sich zu ziehen. Die Exekutive ist für die Verordnungsgebung sowie für Einzelentscheidungen von geringer Tragweite abschließend verantwortlich.

<sup>54</sup> Vgl. D. SCHIFFMANN, Begrüßungsrede 29. Hambacher Disput, 2011, S. 11.

<sup>55</sup> Vgl. DAS NEUE GESICHT DES SCHWEIZER MODERNISMUS, 2015, S. 6.

<sup>56</sup> Vgl. DIE DREI GRÖSSTEN PROBLEME, 2015, S. 35.

<sup>57</sup> Vgl. M. DAGEFÖRDE/E. DEISS-HELBLIG, Die Unterstützung des Parlamentes, 2013, S. 387–412.

<sup>58</sup> Vgl. W. LINDER, Schweizerische Demokratie: Institutionen, 2005, S. 242 ff.

Im Laufe der Zeit hat sich in der Schweiz ein Regierungssystem entwickelt, in welchem der Souverän, die Legislative und die Exekutive nach klaren Vorgaben zusammenarbeiten, wobei letztlich das Volk über die wichtigsten politischen Fragestellungen entscheidet.

## 5. Spannungsfeld zwischen Volksrechten und übergeordnetem Recht

Die bisherigen Ausführungen haben aufgezeigt, dass die direktdemokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten und die Institutionen Parlament und Exekutive nicht zueinander im Widerspruch stehen. Auch Evers führt an, dass alle in letzter Zeit erschienenen politikwissenschaftlichen Studien zur Wirkungsweise von Volksgesetzgebungen übereinstimmend zum Ergebnis gelangt sind, dass direkte Demokratie und parlamentarische Systeme grundsätzlich miteinander vereinbar seien, und dass sie einander sogar ergänzen (können).<sup>59</sup> Dennoch weist die schweizerische Praxis diskussionswürdige Schwachpunkte auf, insbesondere was die Initiativen<sup>60</sup> betrifft: Die chronisch geringe Wahl- und Stimmbeteiligung, und demzufolge die fehlende Repräsentativität, wurde bereits erwähnt, ebenso wie die hohe Anzahl der Initiativen, deren Bearbeitung und Durchführung für das politisch-administrative System eine Herausforderung bedeuten.

Den Initiativen sind inhaltlich kaum Grenzen gesetzt.<sup>61</sup> Das Parlament ist zwar befugt, eine Initiative nach deren Einreichung für (teilweise) ungültig zu erklären, falls diese gegen die Einheit der Form, die Einheit der Materie oder gegen zwingende Bestimmungen des Völkerrechts verstößt.<sup>62</sup> Im Zweifelsfall wird eine Initiative jedoch nach dem Grundsatz *in dubio pro populo* für gültig erklärt. Seit 1891 hat das Parlament bloß in vier Initiativen ablehnend entschieden. Ein Grund für diese geringe Anzahl liegt u. a. im Fehlen einer exakten Definition dessen, was als zwingender Teil des Völkerrechts gilt.<sup>63</sup> Dies kann ein Spannungsverhältnis erzeugen zwischen dem betreffenden Volksrecht einerseits und der Umsetzung von angenommenen Initiativen unter Berücksichtigung des übergeordneten Rechts andererseits.<sup>64</sup>

Die Umsetzung von Initiativen stellt also das Parlament mitunter vor eine schwierige Aufgabe, muss es doch einen Weg suchen, wie die Verfassungsbestimmung mit den Anforderungen des Rechtsstaates sowie den völkerrechtlichen Verpflichtungen

<sup>59</sup> Vgl. T. EVERS, Volkssouveränität und parlamentarisches System – Ideologiegeschichtliche Wurzeln einer aktuellen Debatte, 2009, S. 23.

<sup>60</sup> Vgl. R. RHINOW, Das getriebene Parlament, Volksinitiativen als mehrfache Herausforderung, 2015, S. 25 ff.

<sup>61</sup> Vgl. T. ADLER/L. RÜHLI, Die Volksinitiative, 2015, S. 22.

<sup>62</sup> Art. 139 Abs. 3 BV.

<sup>63</sup> Vgl. T. ADLER/L. RÜHLI, Die Volksinitiative, 2015, S. 25.

<sup>64</sup> Vgl. bspw. M. HOFMANN, »Aktenzeichen Völkerrecht ungelöst«, in: NZZ, 13.6.2015, S. 11; S. GEMPERLI, »120 Rechtsprofessoren gegen die Durchsetzungsinitiative«, in: NZZ, 14.1.2016, S. 15; DERS., »Bruch mit Regeln der Demokratie«, in: NZZ, 23.12.2015, S. 1.

in Einklang zu bringen ist.<sup>65</sup> Dieser zeitintensive parlamentarische Prozess kann seitens der Initianten, die eine buchstabengetreue wie auch rasche Umsetzung ihrer Initiative erwarten, Unverständnis auslösen und das Vertrauen in die Lösungskompetenz des Parlamentes schwächen.<sup>66</sup>

Die Staatspolitische Kommission des Ständerates (SPK-S) nahm sich dieser Thematik an und erarbeitete dazu einen Bericht. Die Anhörung verschiedener Experten führte zur Erkenntnis, dass einerseits zwar durchaus ein gewisser Handlungsbedarf bestehe, dass jedoch andererseits Reformen skeptisch zu beurteilen seien, da »Volksrechte nicht überreguliert werden dürften« (SPK-S, S. 19). Die Empfehlungen der SPK-S wurden folglich eher zurückhaltend formuliert. So sollen den Initiativkomitees u. a. auch die Möglichkeit eingeräumt werden, ihre Initiative statt wie bisher nur einer formellen nun auch einer unverbindlichen materiellechtlichen Vorprüfung zu unterziehen;<sup>67</sup> Maßnahmen wurden aber bisher keine beschlossen. Die Einführung einer Verfassungsgerichtsbarkeit steht nicht zur Debatte; dies ist letztlich die Konsequenz aus der Volkssouveränität.

## 6. Fazit

Direkte Demokratie ist als Ergänzung zum Parlamentarismus zu sehen, und nicht als eine Alternative dazu. Die Mitwirkung des Souveräns jenseits der Wahlen von Parlaments- und Exekutivmitgliedern ist ein normaler Vorgang mit institutionalisierten Abläufen und bietet eine Plattform für eine politische Diskussion zwischen dem Souverän und den Parlamentsmitgliedern.<sup>68</sup> Dies dürfte aus institutionell-demokratischer Perspektive ein positiver Befund sein, auch für diejenigen, die befürchten, dass die Volksrechte zu einer verminderten Akzeptanz des Parlamentes führten könnten.

Direktdemokratische Elemente per se vermögen die tatsächlichen oder vermeintlichen Schwachpunkte eines politischen Systems nicht zu beseitigen, vielmehr gilt es die unterschiedlichen Faktoren zu berücksichtigen. Diese lassen sich auch als Gedankenanstoß bei der Implementierung direktdemokratischer Instrumente verstehen:

- Volksrechte bieten keine Garantie dafür, dass sich die Beteiligung des Souveräns an politischen Sachfragen oder an Wahlen dadurch längerfristig erhöht. Auch durch direktdemokratische Instrumente lassen sich nicht alle gesellschaftlichen Gruppen in die politischen Entscheidungen mit einbeziehen.
- In Verbindung mit einem parlamentarischen Regierungssystem stellen Volksrechte eine Herausforderung dar. »Spiel« der Dualismus Regierung/Opposition

<sup>65</sup> Ebd.

<sup>66</sup> Vgl. POLITISCHE BILDUNGSOFFENSIVE, 2014, S. 15.

<sup>67</sup> Vgl. ANFORDERUNGEN AN DIE GÜLTIGKEIT VON VOLKSINITIATIVEN. PRÜFUNG DES REFORMBEDARFS. Bericht der Staatspolitischen Kommission des Ständerates, in: BBl 2015 7099, 20.8.2015, abrufbar unter: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2015/7099.pdf> [12.7.2017], S. 1.

<sup>68</sup> Vgl. R. LÜTHI, Die Stellung der Bundesversammlung im politischen System der Schweiz, 2014, S. 8.

ebenfalls bei Volksrechten, so wird sich die Regierung bei einer verlorengegangenen Abstimmung unweigerlich mit Rücktrittsforderungen konfrontiert sehen.

Die Frage der Systemverträglichkeit kommt auch beim letzten Punkt zum Tragen:

- Direkte Demokratie mit Volkssouveränität – wie in der Schweiz – in Verbindung mit einer Verfassungssouveränität<sup>69</sup> – wie in Deutschland – können zueinander in einem Spannungsverhältnis stehen.

Direktdemokratische Mitwirkungsmöglichkeiten, Zuständigkeiten von Parlament und Exekutive sowie Organe der Rechtsprechung müssen systemkompatibel sein. »Produziert« dieses Machtgefüge systematische institutionelle Konflikte, so wird sich die Kritik an den Institutionen – nicht zuletzt am Parlament – manifestieren.

## Quellen- und Literaturverzeichnis

- Adler, Tibère/Lukas Rühli: Die Volksinitiative: Durch Fokussierung zu mehr Demokratie, Zürich 2015.
- Bernauer, Thomas/Gabriele Spilker: Einladung zur Politikwissenschaft, Baden-Baden 2015.
- Dageförde, Mirjam/Elisa Deiss-Helbig: Die Unterstützung des Parlamentes: Bestimmt durch die Arbeit von Abgeordneten oder durch den Zugang der Bürger zum politischen System? Ein deutsch-französischer Vergleich, in: Silke I. Keil/Isabell S. Thaidigsmann (Hrsg.), Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie: Aktuelle Ergebnisse der empirischen Politikforschung, Wiesbaden 2013, S. 387–412.
- Das neue Gesicht des Schweizer Modernismus – Studie zum Wertewandel in der Schweiz. Hohe Involvierung und hohes Interesse an Politik in Jahr vor den Wahlen. VOX-Trend Jahresbericht 2014, hrsg. v. gfs.bern, Bern 2015, abrufbar unter: <http://www.gfsbern.ch/de/ch/Detail/vox-trend-jahresbericht-2014> [4.7.2017].
- Das neue Selbstbewusstsein der alten Mitte. Schlussbericht Parlamentswirkung 2011–2015, hrsg. v. gfs.bern, Bern 2015, abrufbar unter: <http://www.gfsbern.ch/de-ch/Detail/parlaments-wirkung-in-der-schweiz-2011-2015> [4.7.2017].
- Decker, Frank: Direkte Demokratie versus parlamentarisches Repräsentativsystem. Was sagen uns die Erfahrungen aus den Ländern?, in: Markus Linden/Winfried Thaa (Hrsg.), Krise und Reform politischer Repräsentation, 2011, S. 217–237.
- Demokratie-Enquete: Zwischenbilanz der Fraktionen. Grundsätzliches Ja zur stärkeren Einbindung der BürgerInnen in die Gesetzgebung, in: Parlamentskorrespondenz 209 (2015), hrsg. v. Nationalrat Österreich, abrufbar unter: [https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2015/PK0209/](https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2015/PK0209/) [30.6.2017].
- Die drei grössten Probleme: Arbeitslosigkeit, Ausländer und Altersvorsorge. Credit Suisse Sorgenbarometer 2015. Abschlussbericht, hrsg. v. gfs.bern, Bern 2015, abrufbar unter: <https://www.credit-suisse.com/media/assets/corporate/docs/about-us/responsibility/worry-barometer/schlussbericht-credit-suisse-sorgenbarometer-2015.pdf> [4.7.2017].
- Entwicklung der Stimmbeteiligung bei eidgenössischen Volksabstimmungen, nach Kanton, hrsg. v. Bundesamt für Statistik (BFS), Neuenburg 2016, abrufbar unter: <https://>

<sup>69</sup> Vgl. M. SCHMIDT, Alle Macht dem Volk?, 2011, S. 35f.

- [www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/abstimmungen/jahr-2017/2017-05-21/energiegesetz.assetdetail.1863375.html](http://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/abstimmungen/jahr-2017/2017-05-21/energiegesetz.assetdetail.1863375.html) [5.7.2017].
- Evers, Tilman: Volkssouveränität und parlamentarisches System – Ideologiegeschichtliche Wurzeln einer aktuellen Debatte, in: Hermann K. Heußner/Otmar Jung (Hrsg.), *Mehr direkte Demokratie wagen*, München 2009, S. 23–37.
- Fatke, Matthias/Markus Freitag: Wollen sie nicht, können sie nicht oder werden sie nicht gefragt? Nichtwählertypen in der Schweiz, in: Markus Freitag/Adrian Vatter (Hrsg.), *Wahlen und Wählerschaft in der Schweiz*, Zürich 2015, S. 95–119.
- Gamper, Anna: Was heißt »mehr direkte Demokratie«? Versuch einer Sichtung, in: Theo Öhlinger/Klaus Poier (Hrsg.): *Direkte Demokratie und Parlamentarismus: Wie kommen wir zu den besten Entscheidungen?*, Wien/Köln/Graz 2015, S. 183–200.
- Gesetz über die vom Volke vorzunehmenden Abstimmungen und Wahlen sowie über die Ausübung der Volksrechte (Wahlgesetz), in: *Schaffhausener Rechtsbuch 160.100* (1997), abrufbar unter: <http://www.lexfind.ch/dtah/122613/2/160.100.pdf> [4.7.2017].
- Graf, Martin: Parlament- und Volksrechte: Gegensatz oder Ergänzung?, in: *Parlament 1* (2015), S. 3.
- Helms, Ludger: Warum der Parlamentarismus nicht ausgespielt hat, in: Theo Öhlinger/Klaus Poier (Hrsg.): *Direkte Demokratie und Parlamentarismus: Wie kommen wir zu den besten Entscheidungen?*, Wien/Köln/Graz 2015, S. 135–151.
- Heußner, Hermann K./Otmar Jung: Die direkte Demokratie in der Schweiz, in: Hermann K. Heußner/Otmar Jung (Hrsg.), *Mehr direkte Demokratie wagen*, München 2009, S. 115–133.
- Linder, Wolf: *Schweizerische Demokratie: Institutionen, Prozesse, Perspektiven*, Bern/Stuttgart/Wien 2005.
- Lüthi, Ruth: Die Stellung der Bundesversammlung im politischen System der Schweiz, in: Martin Graf/Cornelia Thaler/Moritz von Wyss (Hrsg.), *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis der Schweizerischen Bundesversammlung*, Basel 2014, S. 3–17.
- Lutz, Georg/Peter Selb: Wahlen, in: Peter Knoepfel u. a. (Hrsg.), *Handbuch der Schweizer Politik*, Zürich 2014, S. 465–496.
- Milic, Thomas/Bianca Rousselot/Adrian Vatter: *Handbuch der Abstimmungsforschung*, Zürich 2014.
- Montag, Tobias: *Direkte Demokratie und Parlamentarismus: Argumente und Positionen*, Sankt Augustin/Berlin 2011, abrufbar unter: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_29470-544-1-30.pdf?120924151404](http://www.kas.de/wf/doc/kas_29470-544-1-30.pdf?120924151404) [28.6.2017].
- Nationalratswahlen 1919–2015: Wahlbeteiligung nach Kanton, hrsg. v. Bundesamt für Statistik (BfS), Neuenburg 2015, abrufbar unter: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/wahlen/nationalratswahlen/wahlbeteiligung.assetdetail.331741.html> [4.7.2017].
- Poier, Klaus: Welche Funktionen der direkten Demokratie sollen gestärkt werden?, in: Theo Öhlinger/Klaus Poier (Hrsg.): *Direkte Demokratie und Parlamentarismus: Wie kommen wir zu den besten Entscheidungen?*, Wien/Köln/Graz 2015, S. 201–226.
- Politische Bildungsoffensive für alle und mehr Schlagkraft für den Bundesrat. Schlussbericht: Bausteine zur Stärkung des Schweizer Politsystems, hrsg. v. gfs.bern, Bern 2014, abrufbar unter: <http://www.gfsbern.ch/de-ch/Detail/reformbausteine-schweizer-politsystem-1> [4.7.2017].
- Provisorische Bilanz der 49. Legislatur in Zahlen, in: *Fakten und Zahlen. Dokumentation*, hrsg. v. Parlamentsbibliothek, Bern 2015, abrufbar unter: <https://www.parlament.ch/centers/documents/de/fakten-zahlen-49-legislatur-prov-d.pdf> [4.7.2017].
- Rhinow, René: Das getriebene Parlament, Volksinitiativen als mehrfache Herausforderung, in: *Parlament 1* (2015), S. 25–35.
- Rohner, Gabriela: *Die Wirksamkeit von Volksinitiativen im Bund: 1848–2010*, Zürich 2012.

- Schiffmann, Dieter: Begrüßungsrede 29. Hambacher Disput, in: Alle Macht dem Volk: Demokratisches Allheilmittel für bessere Politik: »Tyrannei der Mehrheit« oder doch nur Aktionismus? Dokumentation Hambacher Disput 25. September 2010, hrsg. v. Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, Mainz 2011, S. 7–13, abrufbar unter: [http://politische-bildung-rlp.de/fileadmin/download\\_neu/publikationen\\_2011/alle\\_macht.pdf](http://politische-bildung-rlp.de/fileadmin/download_neu/publikationen_2011/alle_macht.pdf) [12.7.2017].
- Schmidt, Manfred G.: Alle Macht dem Volk? Befunde der Forschung zur Direktdemokratie, in: Alle Macht dem Volk: Demokratisches Allheilmittel für bessere Politik: »Tyrannei der Mehrheit« oder doch nur Aktionismus? Dokumentation Hambacher Disput 25. September 2010, hrsg. v. Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, Mainz 2011, S. 28–39, abrufbar unter: [http://politische-bildung-rlp.de/fileadmin/download\\_neu/publikationen\\_2011/alle\\_macht.pdf](http://politische-bildung-rlp.de/fileadmin/download_neu/publikationen_2011/alle_macht.pdf) [12.7.2017].
- Strebel, Michael: Volksinitiative zur Forderung der Volkswahl der Schweizer Regierung. Analyse des politischen Systems der Schweiz im Kontext der Volksinitiative, in: [Regierungsforschung.de](http://regierungsforschung.de) 2013, abrufbar unter: [regierungsforschung.de/volksinitiative-zur-forderung-der-volkswahl-der-schweizer-regierung-analyse-des-politischen-systems-der-schweiz-im-kontext-der-volksinitiative/](http://regierungsforschung.de/volksinitiative-zur-forderung-der-volkswahl-der-schweizer-regierung-analyse-des-politischen-systems-der-schweiz-im-kontext-der-volksinitiative/) [6.12.2015].
- Vatter, Adrian: Das politische System der Schweiz, Baden-Baden 2014.



## **Opposition durch Obstruktion? Systemoppositionelle Parlamentarier nationaler Minderheiten im Ostmitteleuropa der Zwischenkriegszeit**

»In einer Reihe von stürmischen Sitzungen kam die ganze Empörung der deutschen Bevölkerung zum vollen Ausdruck. Jede dieser Sitzungen wurde unterbrochen, um widerspenstige deutsche Abgeordnete durch die Parlamentswache gewaltsam entfernen zu lassen. Die nicht-ausgeschlossenen deutschen Abgeordneten umringten in diesem Falle ihre betroffenen Kollegen und trachteten, das Eingreifen der Parlamentswache zu verhindern. Es gab Faustkämpfe, wobei wir schließlich der physischen Übermacht erlagen. Es war nicht leicht, gegen solche Vergewaltigungen aufzukommen. Darauf versuchten wir die Taktik der Abwesenheit von den Sitzungen; auch der Exodus bewährte sich nicht.«<sup>1</sup>

Mit diesen Worten charakterisierte Felix von Luschna, 1920–1938 Abgeordneter erst der Deutschen Christlich-Sozialen Volkspartei (DCSVP) und zum Ende noch kurzzeitig der Sudetendeutschen Partei (SdP),<sup>2</sup> das Scheitern der Obstruktion deutscher Parlamentarier in der Tschechoslowakei (ČSR) der Zwischenkriegszeit. In nachfolgendem Beitrag wird unter Obstruktion das absichtliche Stören des geordneten Ablaufs des Parlamentarismus verstanden. Dabei ist zunächst unerheblich, ob der obstruierende Abgeordnete einer systemimmanenten Oppositionsfraktion oder einer systemablehnenden antiparlamentarischen Fraktion angehörte. Festzustellen ist, dass Luschna das dem Einschreiten der Parlamentswache vorangegangene Stören, den Widerstand gegen Anordnungen des Parlamentsvorstands und den kollektiven Auszug anstelle der geordneten Mitarbeit grundsätzlich als normale Mittel parlamentarischer Arbeit einordnete. Welche Abgeordneten sich dieser Mittel bedienten, welche Effekte diese Mittel hatten und welche Unterschiede sich im Laufe der 1920er und 1930er Jahre herausbildeten, soll nachfolgend anhand der Vertreter nationaler Minderheiten in Lettland, Polen und der ČSR untersucht werden.<sup>3</sup>

Anders als in Westeuropa zeigte sich die Staatenstruktur Osteuropas nach dem Ersten Weltkrieg völlig verändert. Mit Finnland, den baltischen Staaten, Polen, der ČSR und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS-Staat) waren aus der Konkursmasse des russischen Zarenreichs und Österreich-Ungarns gleich sie-

---

<sup>1</sup> F. LUSCHKA, *Erinnerungen*, 1963, S. 252.

<sup>2</sup> M. O. BALLING, *Handbuch*, 1991, Bd. I, S. 256, 279, 419.

<sup>3</sup> Ein Hinweis zur Zitation: In den Fußnoten dieses Beitrags finden sich bei Zitation des Protokolls aller drei Länder Legislaturperiode, ggf. Session und Sitzung auf Deutsch mit Datum. Im Literaturverzeichnis werden an gegebener Stelle die Startseiten der elektronischen Version der Protokolle, die frei im Netz einsehbar sind, genannt.

ben neue Staaten entstanden. Andere waren stark vergrößert oder verkleinert worden. Allen sieben neuen Staaten war gemein, dass sich die Abgeordneten in nationaler Hinsicht aus Vertretern der jeweiligen Hauptnationalität – im Falle der ČSR und des SHS-Staates waren es sogar mehrere Hauptnationalitäten – und solchen der nationalen Minderheiten zusammensetzten. Diese nationale überlagerte die selbstverständlich ebenfalls nicht zu unterschätzende politische Herkunft. Ob Vertreter einer nationalen Minderheit im Parlament politisch eher geschlossen oder separiert voneinander auftraten, hing im Wesentlichen von der Größe der jeweiligen Minderheit ab. Generell gilt: je größer die Minderheit, desto politisch heterogener.

Die Hoffnungen, die sich mit dem Parlamentarismus verbanden, konnte dieser jedoch vielerorts nur bedingt einlösen. Dies wäre auch der Lösung einer Herkules-Aufgabe gleichgekommen. Hinderlich wirkten einmal v. a. für den vormals russischen Raum die mangelnden Vorerfahrungen mit dem Parlamentarismus, die sich in gering ausgeprägter Fähigkeit zum Kompromiss und nicht selten in partikularistischen politischen Strömungen niederschlugen. Die ausgebildeten parlamentarisch-demokratischen Systeme Osteuropas befanden sich deshalb bereits allein von Seiten der Vertreter der Mehrheitsnationalität(en) unter Druck. Die Frage der Integration oder Desintegration von Minderheitenvertretern war demgegenüber sogar eine nachgeordnete. Die vor allem 1926–1934 entstehenden autoritären Systeme Osteuropas bildeten sich nämlich in keinem Land unter maßgeblicher Beteiligung der Minderheiten heraus. Vielmehr gingen in allen Ländern diese Regime einschließlich ihres Führungspersonals stets aus Parteien oder Gruppierungen der jeweiligen Mehrheitsnationalität(en) hervor.<sup>4</sup>

Zurecht nimmt die Erforschung von Minderheitenpolitikern trotz dieser Einschränkung seit Jahrzehnten einen wichtigen Rang ein. Im Regelfall mussten diese nämlich nicht nur innerhalb der politischen Systeme, sondern auch rein physisch in den Sitzordnungen der Parlamente Außenseiterpositionen einnehmen. An ihrem konstruktiven oder obstruktiven Verhalten im Parlament lässt sich deshalb der Stand ihrer Integration und Desintegration und damit der Zustand des politischen Systems insgesamt gut ablesen.

## I. Grundsätzliches

Im Parlamentarismus Osteuropas der Zwischenkriegszeit wird bei nationalen Minderheiten von der Forschung mit dem Begriffspaar »aktivistisch« und »negativistisch« gearbeitet. Aktivismus meint dabei eine positive Grundhaltung zum Staat in der momentanen Form und den Wunsch, sich an seinen Institutionen nach Möglichkeit zu beteiligen. Negativistisch meint demgegenüber den Staat in seinem momentanen Zustand ablehnend und längerfristig auf eine Änderung des *status quo* abzie-

<sup>4</sup> Vgl. dazu M.-L. RECKER, *Parlamentarismus*, 2015, S. 36–42; E. OBERLÄNDER, *Autoritäre Regime*, 2001/2017.

lend. Bei Letzterem spielt der Gedanke an eine territoriale Revision die wichtigste Rolle. Eine Teilnahme am Staat, insbesondere die Beteiligung an einer Regierung, aber auch an vielen Formen des Parlamentarismus, wurde von letzterer Gruppe abgelehnt. Für die Mitglieder der Mehrheitsnationalitäten galten solche Abgeordnete umgekehrt als illoyal.<sup>5</sup>

Egal ob nun aktivistisch oder negativistisch: Auf die Teilnahme an einer auch nur einigermaßen fairen Parlamentswahl verzichtete fast keine politische Gruppierung in der Zwischenkriegszeit. So nahmen Minderheitenpolitiker entweder auf Listen, die nur aus Repräsentanten der Minderheiten bestanden, oder auf gemischtnationalen Listen an allen Wahlen in Lettland (1920, 1922, 1925, 1928, 1931) und der ČSR (1920, 1925, 1929, 1935) teil. Boykotte von Minderheitenparteien gab es nur, wenn zum Zeitpunkt der Wahl der Rechtsstatus von Gebieten noch nicht völkerrechtlich feststand. Zu diesen Wahlen zählten die von den großpolnischen Aufstandsbehörden organisierte Nachwahl zum Verfassungsgebenden Sejm Polens am 1. Juni 1919 in der Region Posen,<sup>6</sup> die von der international nicht anerkannten Regierung Mittellitauens organisierte Wahl des Sejm des Wilna-Gebiets am 8. Januar 1922<sup>7</sup> und die Wahl zum I. Sejm Polens am 5. November 1922 in der ukrainisch dominierten Region Ostgalizien, über dessen völkerrechtliche Zugehörigkeit die alliierten Hauptmächte zu diesem Zeitpunkt noch nicht endgültig entschieden hatten.<sup>8</sup>

Die einzigen Wahlen im Polen der Zwischenkriegszeit, an denen Minderheitenpolitiker demnach vollumfänglich partizipierten, waren die zum II. und III. Sejm 1928 und 1930, wobei bei beiden bereits Manipulationen durch die Staatsmacht vorgenommen wurden. Die Wahlen 1935 und 1938 wurden dann wieder von vielen Vertretern der Minderheiten boykottiert. Von Seiten der deutschen Minderheit wurde dagegen mit Blick auf die formal freundschaftlichen Beziehungen zum Deutschen Reich dagegen zur Wahl der Staatsliste aufgerufen, auch wenn diese keine deutschen Kandidaten aufwies.<sup>9</sup>

Obwohl Demokratiedefizite also vor allem für Polen zu konstatieren sind, wurden schon zeitgenössisch, vor allem aber in der deutschsprachigen Literatur nach 1945, die politischen Systeme aller osteuropäischen Staaten pauschal als die Minderheiten diskriminierend bezeichnet. So schrieb Bohmann noch 1979, dass »das tschechoslowakische Wahlsystem [...] im Sinne der tschechischen Nationalitätenpolitik undemokratisch [war].«<sup>10</sup>

Selbst wenn das Wahlrecht von seiner Intention her auf das Erschweren der Partizipation von Vertretern nationaler Minderheiten ausgelegt war, was beispielsweise in

<sup>5</sup> Vgl. dazu für die deutschen Abgeordneten in Lettland und Polen B. CONRAD, *Loyalitäten*, 2016.

<sup>6</sup> A. CZUBIŃSKI, *Działalność*, 1983, S. 456.

<sup>7</sup> S. WAMBAUGH, *Plebiscites*, 1933, S. 552 f.

<sup>8</sup> T. WEHRHAHN, *Westukrainische Volksrepublik*, 2004, S. 365; vgl. B. CONRAD, *Umkämpfte Grenzen*, 2014, S. 282–285.

<sup>9</sup> G. HEIKE, *Minderheit*, 1985, S. 210 f.; B. CONRAD, *Loyalitäten*, 2016, S. 112 f.

<sup>10</sup> A. BOHMANN, *Tschechoslowakei*, 1979, S. 164.

Polen unzweifelhaft der Fall gewesen ist,<sup>11</sup> so gelang es zumindest den Vertretern der deutschen Minderheiten wieder und wieder, solchen Diskriminierungen erfolgreich entgegenzutreten. So zählte die amtliche Volkszählung Lettlands 1930 3,7 Prozent Staatsbürger deutscher Nationalität, während 1922–1925 und 1928–1934 sechs von 100 Abgeordneten ihre Nationalität mit deutsch angaben. In Polen waren 1931 amtlich 2,3 Prozent der Bevölkerung Deutsche, während 1928–1930 21 von 444 Parlamentariern (4,7 Prozent) der deutschen Fraktion oder der deutschen sozialistischen Gruppe im Sejm angehörten. In der ČSR waren 1921 amtlich 23,4 Prozent und 1930 22,3 Prozent der Staatsbürger Deutsche, während 1925 75 von 300 Deputierten (25 Prozent) ihren Eid auf Deutsch ablegten.<sup>12</sup>

Dieser Zahlenvergleich ist demnach eher ein Indiz dafür, dass die Volkszählungen der Zwischenkriegszeit zu Ungunsten der deutschen Minderheiten ausgefallen waren. Er belegt keine mangelnden Partizipationsmöglichkeiten für Lettland und die ČSR. Selbst wenn angenommen wird, dass die Volkszählungen die Werte für Bürger deutscher Nationalität um einen oder sogar zwei Prozentpunkte zu niedrig angaben, gab es dennoch bei fairen Parlamentswahlen eine angemessene parlamentarische Vertretung. Werke wie das von Bohmann, der selbst Mitglied der SdP gewesen war,<sup>13</sup> müssen demnach mit der notwendigen Distanz gelesen werden. Für die Frage nach der Opposition durch Obstruktion bedeuten die Zahlen des Weiteren, dass jedwede negativistische Strömung die Chance hatte, ins Parlament zu kommen.

Selten waren dabei Parteien der Minderheiten von vornherein antiparlamentarisch und antidemokratisch eingestellt; eine Ausnahme im rechtsextremen Spektrum stellte hierbei 1935–1938 die SdP dar, auf die noch eingegangen wird. Im Falle der extremen Linken waren die kommunistischen Gruppierungen durch die Komintern gehalten, in jedem Staat nur eine Partei zu bilden. Daher stellte die Parlamentsfraktion der 1921 gegründeten Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSC) im Hinblick auf

<sup>11</sup> P. KORZEC, *Block*, 1975, S. 202 f.; S. ZLOCH, *Nationalismus*, 2010, S. 35–94, 253–273.

<sup>12</sup> Nationalitätenangaben für Lettland nach B. LAMEY, *Minderheiten*, 1931, S. 10; für Polen nach O.V., *Spis ludności*, 1938, S. 15; für die ČSR nach A. BOHMANN, *Tschechoslowakei*, 1979, S. 106. Abgeordnetenzahl nach M. O. BALLING, *Handbuch*, 1991, Bd. 1, S. 138, 186, 191, 253–275. Eine Durchsicht der Protokolle der Parlamente der drei Staaten bestätigen die Angaben Ballings.

<sup>13</sup> A. BOHMANN, *Tschechoslowakei*, 1979, S. 170, Fn. 3. Trotz Differenzierungsbemühungen aus der zeitlichen Distanz heraus bleibt bei der Lektüre von Bohmanns Werk die Frage im Raum, ob die argumentativen Fehler, die stets zu Ungunsten der tschechischen Seite bzw. des tschechoslowakischen Staates ausfallen, absichtlich eingefügt oder auf mangelnde Kenntnisse zurückzuführen sind. So beziffert A. BOHMANN, *Tschechoslowakei*, 1979, S. 167, die Anzahl der deutschen Abgeordneten im Jahr 1920 ohne Quellenangabe auf 79 von 300 (24,3 Prozent), während das Parlamentsprotokoll – das hier selbstverständlich zuverlässig ist – 76 deutschsprachige Abgeordnete von insgesamt 281 (27 Prozent) vermerkt. Obwohl beide Angaben nur um 2,7 Prozent differieren, belegt letztere Prozentziffer klar, dass von einer Diskriminierung der deutschsprachigen Bevölkerung in Sachen Parlamentsrepräsentanz nicht gesprochen werden kann. Vielmehr war die deutschsprachige Bevölkerungsgruppe diejenige, die nach der ersten freien Wahl 1920 im Abgeordnetenhaus am stärksten überrepräsentiert war, wenn die amtliche Volkszählung als annähernd zuverlässig angesehen wird.

ihre sprachliche Zusammensetzung eine ČSR im Kleinen dar: Zu Beginn der II. Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses legten von ihren 41 Abgeordneten 21 den Eid auf Tschechisch, acht auf Deutsch, sechs auf Slowakisch, drei auf Ungarisch, zwei auf Ukrainisch und einer auf Polnisch ab.<sup>14</sup>

Diese übernationale Zusammensetzung ist auch deshalb bemerkenswert, da die KSČ bis 1935 für die Zeit nach der Sowjetisierung die Auflösung der ČSR entlang der Nationalitätengrenzen forderte. Kaum überraschend waren ihre Abgeordneten auch 1921–1935 dem Parlamentarismus der ČSR gegenüber konsequent negativ eingestellt. Dies änderte sich erst, als sie 1935 im Rahmen der Volksfront-Politik auf eine dem Staat gegenüber loyalere und dem Parlament gegenüber konstruktivere Linie umschwenkte, freilich ohne damit ihre Isolierung durchbrechen zu können.<sup>15</sup>

In Lettland bestand unter dem Namen »Arbeiter- und Bauernfraktion« ab der Wahl 1928 bis zum Verbot 1933 eine sechs- (1928–1931) bzw. siebenköpfige (1931–1933) linksradikale Parlamentsfraktion. Ihr gehörte als einziger Vertreter der Minderheiten stets der junge Schreiner Leonid Eršov an, der seine Nationalität mit russisch angab.<sup>16</sup> In Polen konnte entgegen der Komintern-Vorgabe keine einheitliche kommunistische Fraktion gebildet werden. So gab es zu Beginn der Legislaturperiode 1928–1930 je eine polnische (sieben Mitglieder), weißrussische (sechs) und ukrainische Gruppe (drei).<sup>17</sup>

## 2. Obstruktionsformen

Der Grat zwischen politischer Mitgestaltung und Obstruktion war für Minderheitenpolitiker oft schmal: In Sachen Sprachgebrauch im Parlament dominierte beispielsweise in den neuen oder vergrößerten Parlamenten Osteuropas die Einsprachigkeit. Finnland mit Finnisch und Schwedisch, Lettland mit Lettisch, Deutsch und Russisch sowie die ČSR mit Tschechisch, Slowakisch, Deutsch, Polnisch, Russisch, Ukrainisch und Ungarisch stellten die Ausnahmen dar.<sup>18</sup> Im Warschauer Sejm war dagegen nur das Polnische erlaubt, was zwar von den deutschen und jüdischen, nicht aber vom Führungspersonal der ukrainischen Abgeordneten hingenommen wurde. So versuchten diese von Zeit zu Zeit durch Ableistung des Eides auf Ukrainisch<sup>19</sup> oder durch

<sup>14</sup> II. Abgeordnetenhaus der ČSR, 1. Sitzung (17.12.1925), 7. Sitzung (26.2.1926), 29. Sitzung (10.6.1926). Die Verteidigung aller kommunistischen Abgeordneten zog sich meist über mehrere Monate. W. OSCHLIES, Kommunistische Partei der Tschechoslowakei, 1979, S. 160, 185.

<sup>15</sup> W. OSCHLIES, Kommunistische Partei der Tschechoslowakei, 1979, S. 179 f., 185 f.; E. JAHN, Vertretung, 1979, S. 212.

<sup>16</sup> Latvijas Republikas III Saeimas stenogramu satura rādītājs, I sesija, S. 9 f., 22; Latvijas Republikas IV Saeimas stenogramu satura rādītājs, I un ārkārtējā sesija, S. 7 f., 20; IV. Saeima Lettlands, VII. Session, 10. Sitzung (21./22.II.1933), S. 530.

<sup>17</sup> T. DANISZEWSKI, Posłowie, S. 10–12, 645 f.; T./K. RZEPECCY, Sejm, 1928, S. 215 f.

<sup>18</sup> Vgl. grundsätzlich B. CONRAD, Mehrsprachige Parlamente, 2015.

<sup>19</sup> I. Sejm Polens, 1. Sitzung (28.II.1922), S. 6, 16; I. Sejm Polens, 4. Sitzung (14.12.1922), S. 4. Vgl. grundsätzlich E. FRIESENHAHN, Eid, 1928, S. 64–82.

Reden auf Ukrainisch<sup>20</sup> Fakten zu schaffen. Den einzigen Erfolg erzielte dabei der Abgeordnete Marko Luckevyč durch eine Eidleistung am 14. Dezember 1922, bei der er zunächst »ich schwöre« (laut polnischem Parlamentsprotokoll »*prysiabaju*«) auf Ukrainisch und direkt im Anschluss dasselbe noch einmal auf Polnisch (»*ślubuje*«) sagte. Diese Form der Eidleistung wurde durch das Präsidium des Sejm hingenommen,<sup>21</sup> machte aber 1928 keine Schule bei den ukrainischen Abgeordneten, die den Eid mit einer Ausnahme auf Polnisch abgaben.<sup>22</sup>

Der schmale Grat entstand auch aus unterschiedlichen Perspektiven: Während das Verhalten der ukrainischen Abgeordneten für die polnische Seite als Obstruktion galt und mit der genannten Ausnahme immer Sanktionen nach sich zog, sah sich die ukrainische Seite in der Pflicht, für die aus ihrer Sicht berechnete Forderung der Gleichberechtigung der ukrainischen Sprache wenigstens hin und wieder symbolisch einzustehen, auch wenn dies das Unterlaufen des Verbots bedeutete. Auf die Idee, es einmal mit einem Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung zu versuchen, kamen die Abgeordneten der Minderheiten in Polen übrigens erst 1929. Diesem Antrag wurde nicht entsprochen.<sup>23</sup>

Trotz der vergleichsweise liberalen Sprachregelung in der ČSR kam es auch dort in den stürmischen Anfangstagen der Beteiligung von Vertretern der Minderheiten im Mai und Juni 1920 zu Tumulten. Beim Verlesen der Anwesenheitsliste der Nationalversammlung zur ersten Präsidentenwahl wurde vielfach gegen das Vorlesen der Vornamen deutscher Abgeordneter in tschechischer Fassung, wie Jindřich Brunar anstelle von Heinrich Brunner oder Marie Deutschová statt Marie Deutsch, Einspruch erhoben.<sup>24</sup>

Anderen Obstruktionsarten war nur wenig Erfolg beschieden: Filibuster beispielsweise, ein im österreichischen Reichsrat vor dem Ersten Weltkrieg von tschechischen Deputierten gern benutztes Obstruktionsmittel, war – wie eingangs erwähnt – in der ČSR durch die Geschäftsordnung verboten. Ein Versuch des Unterlaufens hätte einen Einsatz der Parlamentswache zur Folge gehabt, zumal mit Kürzung oder gar Streichung der Diäten gerechnet werden musste. Auch in Polen war Filibuster fast unmöglich, schon gar nicht von ostslawischen Linken, die sowohl aufgrund des Antikommunismus als auch der minderheitenfeindlichen Einstellung vieler Parlamentarier

<sup>20</sup> I. Sejm Polens, 6. Sitzung (16.1.1923), S. 18; 146. Sitzung (9.7.1924), S. 47 f.; II. Sejm Polens, 5. Sitzung (31.3.1928), S. 5.

<sup>21</sup> I. Sejm Polens, 4. Sitzung (14.12.1922), S. 4.

<sup>22</sup> II. Sejm Polens, 1. Sitzung (27.3.1928), S. 5–23.

<sup>23</sup> II. Sejm Polens, 65. Sitzung (21.12.1929), S. 34.

<sup>24</sup> Nationalversammlung der ČSR, 1. Sitzung (27.5.1920). Laut Parlamentsprotokoll hatte dieser Einspruch keinen Erfolg, da die Namen sowohl im weiteren Verlauf der Sitzung als auch später stets bohemisiert wiedergegeben wurden, vgl. II. Abgeordnetenhaus der ČSR, 1. Sitzung (17.12.1925); III. Abgeordnetenhaus der ČSR, 1. Sitzung (12.12.1929); IV. Abgeordnetenhaus der ČSR, 1. Sitzung (18.6.1935). Auf Basis zweier Quellen weist N. LINZ, *Bund der Landwirte*, 1982, S. 264 f., jedoch nach, dass das Parlamentsprotokoll an dieser Stelle wahrscheinlich unstimmig ist und die Proteste im Verlauf der Sitzung zum Weglassen der Vornamen führten.

polnischer Nationalität vor dem Plenum Mühe hatten, sich bei vielen Zwischenrufen überhaupt Gehör zu verschaffen.<sup>25</sup>

Nur in Lettland gab es gelegentlich Filibuster, so durch den parlamentarisch außerordentlich aktiven Eršov. Anfangs wurde ihm mitunter noch bei seinen Reden durch das Präsidium der Saeima gegen zwischenrufende Deputierte geholfen.<sup>26</sup> Später wurden seine Wortmeldungen allerdings, sofern ersichtlich war, dass sie am Thema vorbeigingen durch das Präsidium zuerst mit Ordnungsrufen und schließlich mit Wortentzug unterbunden.<sup>27</sup> Die Reden Eršovs und seiner Genossen waren lästig, sie haben den Parlamentarismus Lettlands allerdings mit Sicherheit nicht substantiell behindert. Dessen ungeachtet wurde nach langer Debatte in den frühen Morgenstunden des 22. November 1933 die Arbeiter- und Bauern-Fraktion verboten, was deren anwesende Abgeordnete mit dem Absingen der »Internationalen« quittierten.<sup>28</sup>

Fälle physischer Gewalt aufgrund von Obstruktion gegen Minderheitenabgeordnete gab es, wie ebenfalls im eingangs erwähnten Zitat beschrieben, vor allem in den ersten Jahren in der ČSR. Umgekehrt stellte der Wurf einer Stinkbombe durch den deutschnationalen Abgeordneten Alois Baeran gegen das Präsidium des tschechoslowakischen Abgeordnetenhauses am 27. Januar 1922 als Tätlichkeit aus den Reihen der Minderheiten ebenfalls einen Einzelfall dar. Die vielfache Kritik am Vorgehen Baerans führte übrigens im Zusammenspiel mit zahlreichen anderen Faktoren zum allmählichen Zerfall des seit 1920 existenten bürgerlichen Deutschen Parlamentarischen Verbandes in der ČSR, aus dem im November 1922 schließlich die Negativisten austraten.<sup>29</sup>

Oft blieb nur das Fernbleiben oder der demonstrative Auszug aus dem Plenarsaal, gelegentlich dabei singend – ein Weg, der von zahlreichen Fraktionen der Minderheiten wieder und wieder beschritten wurde. So zogen bei der bereits genannten turbulenten Präsidentenwahl in der Nationalversammlung in Prag 1920 zwei Drittel der deutschen und alle ungarischen Abgeordneten aus,<sup>30</sup> ebenso bei der Ablehnung der Entschädigung durch die Landreform in Riga 1924 alle deutschen<sup>31</sup> und bei den Agrarreformgesetzen 1925 in Warschau die ukrainischen und weißrussischen Abgeordneten.<sup>32</sup> Die Feiersitzung zum 10. Jahrestag der Gründung der Republik Polen in

<sup>25</sup> Vgl. u. a. II. Sejm Polens, 5. Sitzung (31.3.1928), S. 3–8.

<sup>26</sup> Vgl. III. Saeima Lettlands, II. Session, 1. Sitzung (22.1.1929), S. 31 f.; 5. Sitzung (4.2.1929), S. 220 f.

<sup>27</sup> Vgl. u. a. III. Saeima Lettlands, II. Session, 4. Sitzung (1.2.1929), S. 160; III. Session, 2. Sitzung (17.4.1929), S. 72; IV. Saeima Lettlands, I. Session, 7. Sitzung (24.11.1931), S. 153 f., 172.

<sup>28</sup> Vgl. IV. Saeima Lettlands, VII. Session, 10. Sitzung (21./22.11.1933), S. 530.

<sup>29</sup> Vgl. I. Abgeordnetenhaus der ČSR, 128. Sitzung (27.1.1922); N. LINZ, Bund der Landwirte, 1982, S. 313 f.; J. KRACIK, Aktivismus, 1999, S. 112–114.

<sup>30</sup> Nationalversammlung der ČSR, 1. Sitzung (27.5.1920); vgl. auch W. DIETL, Volkspartei, 1991, S. 229; N. LINZ, Bund der Landwirte, 1982, S. 266–268.

<sup>31</sup> Vgl. I. Saeima Lettlands, IV. Session, 21. Sitzung (3.4.1924), S. 763.

<sup>32</sup> Vgl. I. Sejm Polens, 237. Sitzung (17.7.1925), S. 29.

Warschau 1928 traf auf den Boykott der deutschen,<sup>33</sup> die Präsidentenwahl in Polen 1933 auf den der ukrainischen und weißrussischen Parlamentarier.<sup>34</sup>

In allen Fällen war der Auszug ein symbolischer Akt und hinderte die Abgeordneten der nationalen Minderheiten nicht, an der nächsten Parlamentssitzung wieder geordnet teilzunehmen. Lediglich im einflusslosen polnischen Sejm der 1930er Jahre – während der Zeit des Sanacja-Regimes – war das Parlament vielen Abgeordneten der Minderheiten so unwichtig, dass sie oft über ganze Sitzungsperioden Warschau mieden.<sup>35</sup> Als Erklärung für diese punktuelle Natur des Auszugs und des Boykotts bei ausgewählten, symbolisch wichtigen Tagesordnungspunkten sei erneut auf das Eingangszitat verwiesen, in dem Luschka Auszüge generell als erfolglos charakterisierte.

Eine verwandte Form des Protests, die allerdings keine Obstruktion im eigentlichen Sinne mehr darstellt, waren Rechtsverwahrungen, wie die der deutschen Fraktionsvorsitzenden in der ČSR des Jahres 1920 oder das demonstrative Sitzenbleiben aller Minderheitenabgeordneter bei der Eröffnung der II. Legislaturperiode des Sejms durch Józef Piłsudski am 27. März 1928. Dieser Protest vereinte die Parlamentarier der Minderheiten mit anderen oppositionellen Fraktionen polnischer Nationalität.<sup>36</sup>

### 3. Effekte

Die Abgeordneten nationaler Minderheiten nahmen mehrheitlich in der ansonsten turbulenten Zwischenkriegszeit überraschend geordnet am Parlamentarismus teil. Trotz der Unzufriedenheit vieler Vertreter nationaler Minderheiten mit den Grenzbeziehungen der Pariser Vorortverträge wirkten sich diese nicht direkt negativ auf den Parlamentarismus aus, wird von den ersten Tagen der deutschen Abgeordneten in Prag 1920 einmal abgesehen. Warum dies so war, erklärt sich für die deutschen Volksvertreter aus Perspektive von Rogers Brubakers *Triadic Nexus* aus Nationalstaat, Minderheit und konnationalem Patronagestaat dadurch,<sup>37</sup> dass die Politiker der Minderheiten den schwächsten Teil des Dreiecks darstellten und als solche, sei es aus aktivistischer Überzeugung oder aus taktischen Erwägungen heraus, eine allzu konfrontative Haltung anfangs gar nicht einnehmen konnten oder wollten.

So waren beispielsweise in Lettland in den 1920er Jahren alle und in der ČSR ab 1922 deutlich mehr als die Hälfte der deutschen Abgeordneten aktivistisch gesinnt und hofften, durch Loyalität und aktive Mitarbeit am Staat der durchweg als bedrückend empfundenen Situation der Deutschen und anderer Minderheiten Abhilfe zu

<sup>33</sup> Vgl. II. Sejm Polens, 28. Sitzung (10.11.1928), S. 1–6; J. FALOWSKI, *Parlamentarzyści*, 2000, S. 270.

<sup>34</sup> A. AJNENKIEL, *Historia Sejmu*, 1989, S. 175.

<sup>35</sup> Im politischen System Polens der Zwischenkriegszeit kann die Anwesenheit von Abgeordneten anhand der Teilnahme an namentlichen Abstimmungen in groben Zügen nachverfolgt werden, vgl. B. CONRAD, *Parlamentarier*, 2016, S. 177–180.

<sup>36</sup> T./K. RZEPECCY, *Sejm*, 1928, S. 152 f.

<sup>37</sup> Vgl. R. BRUBAKER, *Nationalism*, 1996, S. 55–69.

schaffen. Als Alternative für viele Konservative, darunter auch zahlreiche deutschbaltische Barone, die sich mit der neuen Republik Lettland nicht arrangieren konnten, verblieb nur die Emigration.

Für jüdische, ukrainische und weißrussische Parlamentarier gab es anders als für deutsche keinen konnationalen Patronagestaat als Bezugspunkt; für russische Deputierte gab es ihn nicht mehr. Ein einheitliches Verhalten der Vertreter dieser vier Nationalitäten gab es durch diese Situation allerdings nicht. Die große Mehrheit der jüdischen und russischen Abgeordneten der drei Länder agierten mit Zurückhaltung und wurden eher selbst Opfer von Angriffen, als dass sie gegen den Parlamentarismus oder den Staat opponiert hätten. Viele jüdische und russischsprachige Abgeordnete begegneten beispielsweise der Republik Lettland aufgrund der nicht-kommunistischen, nicht-antireligiösen und der den Minderheiten in Schulfragen entgegenkommenden Innenpolitik mit vorsichtiger Zustimmung.<sup>38</sup>

Die wenigen, die obstruierten, lassen sich in zwei Gruppen teilen. Die erste Gruppe waren die Kommunisten: Wie kaum anders zu erwarten, schlug sich ihre übernationale Praxis auch im Bereich der Obstruktion nieder. Die Handlungen kommunistischer Abgeordneter der Minderheiten entsprachen denen der Mehrheitsnationalität. Viele von ihnen, die glaubten, einen Patronagestaat zu haben, erlitten übrigens später ein tragisches Schicksal: Gutgläubig waren der Russe Leonid Eršov aus Lettland sowie die Weißrussen Ihnat Dvarčanin, Jasëp Haŭrylik, Ivan Hrecki und der Ukrainer Kyrilo Valny'kyj aus Polen vor der Kommunistenverfolgung in beiden Ländern in die UdSSR geflohen. Dort fanden sie im Rahmen der Stalin'schen Säuberungen 1937–1938 allerdings den Tod.<sup>39</sup>

Die andere Gruppe bildeten die im Regelfall in separaten Minderheitenfraktionen organisierten Parlamentarier, die unsystematisch obstruierten. Sie erhofften sich von der Obstruktion Beachtung und Abhilfe ihrer Anliegen – erreichten allerdings, wenn überhaupt, das Gegenteil. Schon das Verlassen der Prager Nationalversammlung 1920 bei der Präsidentenwahl wurde sowohl von der tschechischen Seite als auch international negativ aufgenommen.<sup>40</sup> Der Boykott der Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Gründung Polens 1928 wurde von der Öffentlichkeit der polnischen Mehrheitsbevölkerung vielfach als Beweis für die Illoyalität der deutschen Volksvertreter dem Staat gegenüber aufgefasst.<sup>41</sup>

Die ukrainischen und weißrussischen nichtkommunistischen Parlamentarier in Polen opponierten, obwohl sie keinen Patronagestaat besaßen. Für sie war ausschlaggebend, dass sie in den Polen Gegner der eigenen Nationalstaatspläne erblickten, gegen den es genauso zu opponieren galt, wie vor dem Ersten Weltkrieg die polnische Fraktion im Berliner Reichstag opponiert hatte.

<sup>38</sup> Vgl. dazu S. BOGOJAVLENSKA, *Parlamentarier*, 2015, S. 97.

<sup>39</sup> Für Eršovs Schicksal vgl. *Latgales dati*, abrufbar unter: <http://latgalesdati.du.lv/persona/369> [1.12.2016], für die Abgeordneten aus Polen vgl. die Datenbank der Abgeordneten: *Biblioteka sejmowa*, abrufbar unter: <https://bs.sejm.gov.pl/F?RN=474082875> [1.12.2016].

<sup>40</sup> W. DIETL, *Volkspartei*, 1991, S. 229; N. LINZ, *Bund der Landwirte*, 1982, S. 265–267.

<sup>41</sup> J. FAŁOWSKI, *Parlamentarzyści*, 2000, S. 270.

Bereits in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre hatte sich vielfach Unzufriedenheit unter den Minderheitenvertretern über mangelndes Entgegenkommen der Mehrheitsnationalitäten in den Politikfeldern Sprache, Kultur und Schulwesen breit gemacht. Für alle deutschen Minderheiten war dann die Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland 1933 von einschneidender Bedeutung. Aufgrund des Demokratieabbaus in Osteuropa schlug sie allerdings parlamentarisch nur noch in der ČSR, hier mit zwei Jahren Verzögerung, durch. Der Wahlerfolg der SdP verschärfte 1935 die Spaltung der politischen Landschaft nach nationalen und nicht mehr nach politischen Gesichtspunkten. Zwar hatte diese Spaltung bereits seit 1920 mit der genannten Ausnahme der KSČ bestanden, doch hatte zum einen immerhin jeder deutschsprachigen Partei ein tschechoslowakisches Pendant gegenüber gestanden. Zum anderen hatten die deutschsprachigen Abgeordneten bei allem punktuellen Protest durchaus Beiträge zum Erfolg des tschechoslowakischen Parlamentarismus geleistet, zumal im Rahmen des Aktivismus seit 1926 beständig deutsche Minister in der Regierung tätig waren.

Die SdP war dagegen die einzig von vornherein antiparlamentarisch eingestellte Partei, die ausschließlich aus Politikern einer Minderheit bestand. Sie stellte nach der Wahl zum IV. Abgeordnetenhaus der ČSR am 19. Mai 1935 44 von 72 deutschsprachigen Abgeordneten.<sup>42</sup> Aus Sicht des *Triadic Nexus* stellt die SdP als besonders wirkungsmächtige Minderheitenpartei Hand in Hand mit der umfassenden Unterstützung des Deutschen Reiches als direkt benachbartem konnationalem Patronagestaat einen der seltenen Fälle dar, in denen obstruktive Minderheitenpolitiker am Ende die Demokratie mitzerstörten.

Dies allerdings war keineswegs der numerischen Stärke der SdP geschuldet: 1935–1938 funktionierte der Parlamentarismus der ČSR mit geringer Abschwächung grundsätzlich weiter wie zuvor. Die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei (DSAP), der Bund der Landwirte (BdL) und die DCSVP blieben Koalitionsparteien. Durch die erstmalige Übernahme von Gesetzesreferaten durch Minderheitenabgeordnete, darunter Irene Kirpal (DSAP), wurde ab 1937 sogar ein weiterer Schritt zur parlamentarischen Integration der Vertreter der Minderheiten gemacht.<sup>43</sup>

Erst im Zuge des »Anschlusses« Österreichs im März 1938 – und damit aufgrund eines äußeren Ereignisses – gelangen der SdP entscheidende Schritte hin zur Desintegration der deutschen Abgeordneten: Durch Auflösung der DCSVP- und der BdL-Fraktionen im März und April 1938 erlangte sie den Charakter einer deutschen Sammelpartei. Im Abgeordnetenhaus stieg die Mandatszahl der SdP-Fraktion durch die Übernahme der meisten DCSVP- und BdL-Mitglieder auf 52. Diese Entwicklung ging Hand in Hand mit dem Rücktritt der drei deutschen Minister zwischen dem 23. März und dem 9. April 1938.<sup>44</sup> Schließlich führten die Nachwirkungen des

<sup>42</sup> M. O. BALLING, Handbuch, 1991, Bd. I, S. 245, 279. Zur SdP jüngst M. HAVLIN, Rede, 2011, S. 246–263.

<sup>43</sup> Vgl. u. a. IV. Abgeordnetenhaus der ČSR, 76. Sitzung (21.1.1937); 139. Sitzung (15.3.1938); 140. Sitzung (16.3.1938).

<sup>44</sup> M. O. BALLING, Handbuch, 1991, Bd. I, S. 279. J. KRACIK, Aktivismus, 1999, S. 394–400.

»Münchner Abkommens« in den neun verbliebenen Sitzungen des Abgeordnetenhauses vom 17. November bis zum 16. Dezember 1938 zur Selbstausschaltung des letzten noch voll demokratisch legitimierten Parlaments Osteuropas.<sup>45</sup>

## Quellen- und Literaturverzeichnis

- Abgeordnetenhaus der ČSR = Poslanecká sněmovna republiky Československé (abrufbar unter: [psp.cz/eknih/index.htm](http://psp.cz/eknih/index.htm) [25.8.2017]).
- Ajnenkiel, Andrzej: *Historia Sejmu Polskiego*. Bd. 2, Teilbd. 2: *II Rzeczpospolita*, Warszawa 1989.
- Balling, Mads Ole: *Von Reval bis Bukarest. Statistisch-biographisches Handbuch der Parlamentarier der deutschen Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa*. 2 Bde., Kopenhagen 1991.
- Bogojavlenska, Svetlana: *Deutsche und russische Parlamentarier in Kooperation und Konfrontation in Lettland 1919–1927*, in: Benjamin Conrad/Hans-Christian Maner/Jan Kusber (Hrsg.), *Parlamentarier der deutschen Minderheiten im Europa der Zwischenkriegszeit*, Düsseldorf 2015.
- Bohmann, Alfred: *Menschen und Grenzen*. Bd. 4: *Bevölkerung und Nationalitäten in der Tschechoslowakei*, Köln 1975.
- Brubaker, Rogers: *Nationalism reframed. Nationhood and the national question in the New Europe*, Cambridge 1996.
- Conrad, Benjamin: *Loyalitäten, Identitäten und Interessen. Deutsche Parlamentarier im Lettland und Polen der Zwischenkriegszeit*, Göttingen 2016.
- Conrad, Benjamin: *Mehrsprachige Parlamente im Osteuropa der Zwischenkriegszeit. Die Beispiele Lettland und Tschechoslowakei. Bestandsaufnahme und Vergleich*, in: Ders./Hans-Christian Maner/Jan Kusber (Hrsg.), *Parlamentarier der deutschen Minderheiten im Europa der Zwischenkriegszeit*, Düsseldorf 2015, S. 117–136.
- Conrad, Benjamin: *Umkämpfte Grenzen, umkämpfte Bevölkerung. Die Entstehung der Staatsgrenzen der Zweiten Polnischen Republik 1918–1923*, Stuttgart 2014.
- Czubiński, Antoni: *Działalność polityczna władz powstańczych*, in: Ders./Zdzisław Grot/Benon Miśkiewicz (Hrsg.), *Powstanie wielkopolskie 1918–1919. Zarys dziejów*, Warszawa, Poznań 1983, S. 371–471.
- Daniszewski, Tadeusz (Hrsg.), *Posłowie rewolucyjni w Sejmie (lata 1920–1935)*, Warszawa 1961.
- Dietl, Werner: *Die Deutsche Christlichsoziale Volkspartei in der Ersten Tschechoslowakischen Republik (1918–1929)*, Benediktbeuern 1991.
- Fałowski, Janusz: *Parlamentarzyści mniejszości niemieckiej w Drugiej Rzeczypospolitej*, Częstochowa 2000.
- Friesenhahn, Ernst: *Der politische Eid*, Bonn 1928 [Neudruck Bonn 1979].
- Havlin, Michael: *Die Rede von der Schweiz. Ein medial-politischer Nationalitätendiskurs in der Tschechoslowakei 1918–1938*, Frankfurt/Main u. a. 2011.
- Heike, Gustav: *Die deutsche Minderheit in Polen bis 1939. Ihr Leben und Wirken kulturell, gesellschaftlich, politisch*, Leverkusen 1985.

<sup>45</sup> Vgl. IV. Abgeordnetenhaus der ČSR, 151. Sitzung (17.11.1938); 159. Sitzung (16.12.1938).

- Jahn, Egbert: Die parteipolitische Vertretung der Deutschen in der Slowakei, in: Karl Bosl (Hrsg.), *Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat*, München/Wien 1979, S. 203–216.
- Korzec, Paweł: Der Block der Nationalen Minderheiten im Parlamentarismus Polens des Jahres 1922, in: *ZfO* 24 (1975), S. 193–220.
- Kracik, Jörg: *Die Politik des deutschen Aktivismus in der Tschechoslowakei 1920–1938*, Frankfurt/Main u. a. 1999.
- Lamey, Bernhard: *Die Minderheiten in Lettland*, Riga/Berlin 1931.
- Latvijas Republikas III Saeimas stenogramu satura rādītājs. I–IX sesija, Rīga 1928–1931.
- Latvijas Republikas IV Saeimas stenogramu satura rādītājs. I–VII sesija, Rīga 1931–1933.
- Linz, Norbert: *Der Bund der Landwirte in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Struktur und Politik einer deutschen Partei in der Aufbauphase*, München/Wien 1982.
- Luschka, Felix von: Im Parlament der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Erinnerungen eines sudetendeutschen Abgeordneten 1920–1938, in: *Bohemia* 4 (1963), 228–274.
- Nationalversammlung der ČSR = Národní shromáždění republiky Československé [abrufbar unter: [psp.cz/eknih/index.htm](http://psp.cz/eknih/index.htm)].
- Oberländer, Erwin (Hrsg.): *Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919–1944*, Paderborn 2001 [Paderborn 2017].
- Oschlies, Wolf: Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei als politische Organisation 1920–1938, in: Karl Bosl (Hrsg.), *Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat*, München, Wien 1979, S. 155–186.
- O.V.: *Drugi powszechny spis ludności z dn. 9.XII 1931 r.*, Warszawa 1938.
- Recker, Marie-Luise: Europäischer Parlamentarismus in der Zwischenkriegszeit zwischen Funktion und Dysfunktion, in: Benjamin Conrad/Hans-Christian Maner/Jan Kusber (Hrsg.), *Parlamentarier der deutschen Minderheiten im Europa der Zwischenkriegszeit*, Düsseldorf 2015, S. 27–43.
- Rzepeccy, Tadeusz/Karol: *Sejm i Senat Rzeczypospolitej 1928–1933*, Poznań 1928.
- Saeima Lettlands = Latvijas Republikas Saeimas Stenogramas, Rīga 1923–1934 [abrufbar unter: [periodika.lv](http://periodika.lv)].
- Sejm Polens = Rzeczypospolitej Polskiej, Warszawa 1919–1939 [abrufbar unter: [bs.sejm.gov](http://bs.sejm.gov)].
- Wambaugh, Sarah: *Plebiscites since the World War*. Bd. 1, Washington D.C. 1933.
- Wehrhahn, Torsten: *Die Westukrainische Volksrepublik. Zu den polnisch-ukrainischen Beziehungen und dem Problem der ukrainischen Staatlichkeit in den Jahren 1918 bis 1923*, Berlin 2004.
- Zloch, Stephanie: *Polnischer Nationalismus. Politik und Gesellschaft zwischen den beiden Weltkriegen*, Köln u. a. 2010.

## **Anti-Politics vis-à-vis Parliamentary Democracy: Václav Havel and the Czechoslovak Parliament in the 1990s**

Dissident, playwright and politician Václav Havel does not seem to fit the company of radical anti-parliamentary thinkers and actors addressed in other contributions to this book. After he had served several years in Communist prisons for the sake of re-establishing liberal democracy in his country, he became the leader of the Czechoslovak Velvet Revolution. His election for President at the very end of 1989 marked the victory of the Revolution. In the years that followed, he gave speeches to prominent parliamentary assemblies across the world. Yet on the other hand, it can be argued that his dissident essays never mentioned parliamentary democracy as a desirable alternative to state-socialist dictatorship. Throughout his presidency, numerous attacks on the Czechoslovak parliament can be traced, including projects to enhance presidential powers at the cost of Parliament and to mobilize the public to oppose the democratic legislative process.

The following article offers an interpretation of this contradiction. It draws from a complex research of the Czechoslovak federal parliament as it transformed from a Communist-Party dominated socialist representative body to a liberal democratic parliament at the turn of the 1980s and the 1990s.<sup>1</sup> From the perspective of the Federal Assembly, President Havel represented one of the most serious challenges for establishing the parliament within the new democratic political system. Such a radical statement stems from the neo-institutionalist logic that the research followed. Within that approach, parliament is not only described through its visible façade (foundation of the body, its composition, official actors and their speeches, the legislation passed etc.), but is equally strongly characterized by the practices, habits, values and myths generally accepted and further transferred by the institution.<sup>2</sup> In the same logic, Václav Havel was also trying to introduce new, radically different values, practices and »traditions« into the Presidency, an institution originally established by Tomáš Garrigue Masaryk in the interwar period that survived next to the Communist Party throughout the socialist period and now resists the new President's ambition. At the same time, with the institutional backing of both being the President and the former leader of the revolutionary Civic Forum, Havel intervened in the process of the Parliament's search for a new balance between the previous late-socialist rules, institu-

---

<sup>1</sup> The summary of the research project outcomes was published as A. GJURIČOVÁ, *Coming to (a Short) Life*, 2015, pp. 9–23.

<sup>2</sup> For foundation texts of new institutionalism cf. W. W. POWELL/P. J. DIMAGGIO, *The New Institutionalism*, 1991, pp. 41–62, 63–82 and 108–142.

tional regulations, beliefs and practices – and the revolutionary expectations, beliefs and concepts.

The article begins with a few remarks concerning Havel's thought about contemporary Western democracy while being a leading figure of the Czechoslovak dissident movement. Then it addresses the interplay between the President and the federal parliament from the outset of the Velvet Revolution in November 1989 until the break-up of Czechoslovakia. In conclusion, the text offers several analytical approaches and interpretations of the contradictions and consequent developments.

### 1. Anti-Political Democrat

After almost two decades of the Communist regime's ostracizing of his upper-middle-class family by the Communist regime, Václav Havel's dramatic work had been allowed into Czech theatres for the first time since 1963. During the Prague Spring of 1968, the playwright joined other activist intellectuals by writing articles for reformist journals and formulating collective proclamations. Havel called for democratization of the political system in Czechoslovakia, including re-establishment of a multi-party system. He went much further than the mainstream reform socialist project of the Prague Spring political elite in this respect. Hence soon after the invasion into Czechoslovakia by the Warsaw Pact troops in August 1968, Havel was again made *persona non grata* by the re-established hard-line Communist government.

In the 1970s, Havel's writing changed. His plays and articles were withdrawn from libraries and the new ones were banned from official publishing. They were available to a very limited public through *samizdat* editions<sup>3</sup> or foreign publications. Havel's essays became rather occasional, but longer and more analytical. They focused on new modes of political persecution after 1968 and on the Communist regime policies that created the ostensibly peaceful and stable social establishment. In »A Letter to Dr Husák«, an open letter addressed to the Secretary General of the Communist Party in 1975, Havel described the mechanisms of fear and hypocrisy working within the seemingly consolidated society.<sup>4</sup> In 1976 Václav Havel was among the authors of the founding declaration of the Charter 77. Its signatories expressed their support for the legalist idea of the declaration. They pointed to the regime's rhetoric about the country having a legal system and having signed the Helsinki Accords in 1975, whilst prosecuting members of a free-minded music band. Keep the laws you have, it appealed. Yet fierce persecution of anyone connected with Charter 77 followed. What was intended to be a loose association around a text, gradually grew into a dissident scene with underground publishing, intellectual discussions, financial resources and independent education.

<sup>3</sup> Copies of texts made by using a typewriter and carbon paper and passed around among trusted friends within the dissident community.

<sup>4</sup> V. HAVEL, *Eseje a jiné texty*, 1999, pp. 67–108.

In 1978, Havel, who was not allowed to do any other but poorly paid manual jobs, wrote a major essay »The Power of the Powerless«.<sup>5</sup> Without much access to Western intellectual sources, Havel drafted a stark analysis of the consumer society in the West and defined a »post-totalitarian« society in the East. He sought to explain the extent to which the post-1968 state socialism would differ from Stalinist dictatorships of the 1950s. In post-totalitarian socialism, the Communist Party would not mobilize the citizens' inner ideological support for the regime which would be awakened and expressed through participating in regular meetings, rallies and voluntary work. At the time of writing the essay it was enough to show formal loyalty during official anniversaries. In exchange for this, one could gain relatively hospitable private-life »niches«<sup>6</sup> and substantial consumer benefits.

In the famed exemplification of the book, the greengrocer puts up the »Workers of the world, unite!« slogan between carrots and onions, without taking its contents seriously. He is simply declaring loyalty, ritually communicating with the ruling Party. The way out suggested by Havel was *not* displaying the slogan, *not* going to vote in forged elections, *not* attending meetings which were a mere formality. Indeed, persecution would follow, but the touch of authentic experience had the potential to free anyone from the presumably inescapable system. It was this sparkle of »living within the truth« as a result of which the dissident communities in Eastern Europe represented a real danger to socialist dictatorships. This new »spectre [that] is haunting Eastern Europe« had the power to oust the Communist Party system because it ceased to participate in its everyday sustainment.<sup>7</sup>

In his book Havel further argues that the same option, i.e. developing authentic communities of »living within the truth« resulting from an existential decision not to play the game of the society and the system, applies to Western consumerist society. It is driven by Havel's conviction that parliamentary democracies »can offer no fundamental opposition to the automatism of technological civilization and the industrial-consumer society, for they, too, are being helplessly dragged along«.<sup>8</sup> Havel goes even further. Such existential revolution would go beyond the framework of classical parliamentary democracy and had the potential to establish what Havel calls a »post-democratic« system. He believed that such abandonment of traditional political categories, habits and institutions would lead to a highly positive change of the democratic system that would go deeper than any reform promoted by political means.

Havel's unconventional vocabulary and dramatic talent accompanied by practical organizational skills, as well as a reputation of living up to his ideas, materialized in a number of ways. The »authentic« way of life eventually led him to Communist prison. At the intellectual level, he in fact came to conclusions similar to those of contempo-

<sup>5</sup> V. HAVEL, *Eseje a jiné texty*, 1999, pp. 224–330.

<sup>6</sup> For the concept of niches cf. e.g. M. CHRISTIAN/S. KOTT, Introduction, 2009.

<sup>7</sup> V. HAVEL, *Eseje a jiné texty*, 1999, pp. 230–249, 224. The English translations are taken from the former official presidential website [vaclavhavel.cz](http://vaclavhavel.cz).

<sup>8</sup> *IBID.*, p. 322.

rary Western sociological theories (such as the theory of new social movements or of the post-material society). At the practical level, Havel, as one of the leaders of the dissident community in Czechoslovakia, managed to build a politically influential movement without a political party or other formal institution.

One of the implications was that a number of West European intellectuals believed that the Central and East European revolutions of 1989, because of their background in dissident thought, would be conceptually relevant for the Western world and would help to re-invent Western democracy. This expectation resulted in deep disappointment as soon as the socialist countries opted for a quick introduction of the most mediocre capitalist institutions and rejected experiments of any sort. The French historian François Furet lamented that »not a single new idea has come out of Eastern Europe in 1989«. <sup>9</sup> The German sociologist Jürgen Habermas went even further in dismissing 1989 for »its total lack of ideas that were either innovative or oriented toward the future«. <sup>10</sup>

The power of Havel's essays had another implication, namely positioning himself within the debate on the so called *anti-politics* also known as *non-political politics*. In the Czech environment, the debate can be traced as far back as the tradition of modern Czech political thought opposing the Austrian monarchical politics by cultural and moral projects (Karel Havlíček, Tomáš Garigue Masaryk). Yet it was also present among dissidents in other Central European socialist countries (György Konrad) as well as in the West and its sociological reflection of de-ideologized politics (Ulrich Beck, Anthony Giddens). <sup>11</sup> Within the realm of political coercion, the anti-political way of thinking about politics is a powerful instrument: it brings a subjective reflection of emptiness of official politics as well as its objective abolishment within a dissident community that creates instead a »parallel *polis*«. <sup>12</sup> Yet as we have seen, Havel had no mercy with Western democracies either. As he remarked in a letter written in 1985, even for them »it would be of no harm to go through a shock from time to time, if a smaller storm blows through their calm climate, in short, if something forces democracy to reflect upon itself«. <sup>13</sup> As the following section explains, when it comes to democratic conditions, the anti-political thinking shows a striking absence of respect for political procedures and institutions, including parliaments.

## 2. Self-Confident Bull in a China Shop

In November 1989, the Velvet Revolution got into motion in Czechoslovakia. The Civic Forum was established in Prague to formulate revolutionary agenda and later to

<sup>9</sup> Quoted in R. DAHRENDORF, *Reflections on the Revolutions in Europe*, 1990, p. 27.

<sup>10</sup> J. HABERMAS, *What Does Socialism Mean*, 1990, p. 5.

<sup>11</sup> Cf. e.g. G. KONRAD, *Antipolitik*; 1985; U. BECK, *Die Erfindung des Politischen*, 1985.

<sup>12</sup> M. HAVELKA, »Nepolitická politika«, 1998, pp. 455–466.

<sup>13</sup> A letter to Erazim Kohák, 21 June 1985, quoted in J. SUK, *Konstituční, nebo existenciální revoluce?*, 2014, p. 7.

take over the political power.<sup>14</sup> Its Coordination Centre documented a number of disputes over the roles of the socialist Federal Assembly during the transition to democracy. They prove that some of the revolutionary leaders, most of whom came from the supposedly non-political dissident community, were aware of the parliament's key position in the political system of socialist Czechoslovakia, at least as formally settled by the Constitution. They were also aware of how important parliaments were in regime changes of the late 1980s in Hungary and particularly in Poland. At the same time, they were often utterly ignorant of the parliamentary procedure, which did not prevent them from drawing dark images of the Czechoslovak socialist legislature as a nest of corrupt voting robots. Crucially, though, the then constitution implied that the revolutionaries desperately needed the parliament for legal and peaceful transfer of power that they demanded.

Václav Havel was no exception in this respect, quite on the contrary. He was heard, and this became the most frequent quote of his concerning the Parliament, to mention the Federal Assembly in a debate on December 6, 1989 ironically as a »petty problem« since the legislature »still has to elect somebody or approve something now and then«. <sup>15</sup> Yet this was an image that he himself strategically chose for the Parliament. As soon as he kicked off his Presidential campaign and needed a parliamentary majority to be elected, one hears a different Havel in internal debates: he kept orchestrating his colleagues' separate talks with MPs and was putting together a scenario of the chambers' session with exact order of speakers and their acts, actually very much like the staged sessions of the socialist parliament.<sup>16</sup> In this period Havel related to the parliament as an unfortunate obstacle to be overcome, even if through manipulation. He was elected President at the very end of the year. Meanwhile the parliament started to emancipate itself and to grow into an important political centre.<sup>17</sup> This was the parliament that Havel as President confronted from January 1990 on.

The President's first entry into the Parliament was rather unfortunate. On January 23, 1990 Havel rushed into the Federal Assembly unexpectedly, insisting on addressing the chambers. He was not informed that the assembly was going through a difficult crisis over a law that was supposed to enable the so-called reconstruction of the parliament, i.e. dismissing some of the old-regime deputies and co-opting new ones. Havel wanted to use the moment of surprise and push through a law changing the federal state symbols and leaving out the adjective »socialist« from the name of the state. Petr Pithart recalls that Havel described his plan to his colleagues in the Presidential office: »I'll storm in and before they wake up, they will have passed my proposal.«<sup>18</sup>

---

<sup>14</sup> Along with its Slovak counterpart, movement called Public Against Violence.

<sup>15</sup> J. SUK, *Občanské fórum*, 1998, p. 98.

<sup>16</sup> *IBID.*, pp. 260–264. For characteristics of the federal parliament in socialist Czechoslovakia, cf. A. GJURIČOVÁ, *The MPs' Residence*, 2014, pp. 232–233.

<sup>17</sup> For a detailed analysis of this emancipation, cf. T. ZAHRADNÍČEK, *Debates were to be held*, 2015.

<sup>18</sup> P. PITHART, *Nadoraz*, 1992, p. 101.

In reality, however, he had prepared – or staged – his performance better than that. While young good-looking hostesses showed an oversize model of the new state symbols, he gave a speech of high literary quality<sup>19</sup> which included the main features of his relationship to the post-socialist federal parliament that will be further analysed below: he put the parliament under pressure for »objective« reasons, diminished the character of the deputies' mandate, and appealed to the authority of the revolutionary public.

Yet no success followed. Not only was the President referred to the committees and the regular legislative procedure, but with his proposal, he set off the so called »hyphen war« between the Czech and Slovak political elites that was to last for months. The Slovaks expected a more substantial change of the federal system than just leaving out a word from the name of the state. Yet as of this moment, they were sure to demand a hyphen and a capital S in the expression Czecho-Slovak. This was by far not Havel's final misjudgement about the dynamics of transformations in the Czech lands and in Slovakia. Differences between them would accompany Havel in his office until the break-up of Czechoslovakia in 1992.

On 12 December 1990, Havel once again approached the federal legislature, now a body elected through a democratic election: »I am arriving without prior notice [...] because I have come to the conclusion that our young democracy and even the existence of our state are in danger.« He went on explaining that ordinary people considered the endless discussions about the reform of the federation or attempts to break up the common state as purely »a high game played by the politicians, not the people's will«. Havel intervened into a lengthy parliamentary debate about substantial redistribution of federal vs. republics' powers with what he called »several very quick and radical solutions« to address the constitutional terrain which was »highly unstable and full of holes«. His proposals included an establishment of the Constitutional Court, the institute of referendum, but also enhancement of Presidential powers at the cost of the Parliament.<sup>20</sup> When he finished, only a handful of members of the federal parliament were applauding.

Since the autumn that year, a series of negotiations between the Czech and Slovak political representations were held. President Havel tried to mediate many of the talks, feeling personally responsible for their success. There also was a complex parliamentary process of drafting new Czechoslovak Constitution. The President partly supported the process by inviting experts from abroad and hosting their informal meetings, and partly undermined it by having his own version of Constitution drafted by them and trying to get it through the parliament. No matter how sophisticated the processes of Constitution-making and its negotiating the federal parliament devised, none of the proposals were ever shared by both the Czech and Slovak political communities. The new Constitution was never adopted.

<sup>19</sup> For more detailed analysis, cf. P. ROUBAL, *Starý pes*, 2013, pp. 47–49.

<sup>20</sup> All quotes in the paragraph from V. HAVEL, *Projevy z let 1990–1992*, 1999, pp. 311 ff.

In the autumn 1991, as the Czecho-Slovak talks ended up in deadlock, Václav Havel once again exerted pressure on the Federal Assembly by explicitly appealing to the public. On November 17, the second anniversary of the Velvet Revolution, he gave a speech on national TV in which he criticized the parliament for not being able to reach consensus. He called for public rallies to support his own legislative proposals which included a re-constitution of the Federal Assembly and an introduction of an easier procedure of dissolving the Federal Assembly.<sup>21</sup> In the following days, thousands of people demonstrated in the streets in support of Havel's demands. The federal parliament, on the other hand, remained blocked up against the President who had made an enemy out of a body which would soon become the only remaining federal institution in an ever more fractioned Czechoslovakia.

### 3. Revolutionary vs. Parliamentary Time

To conclude, let us take a more analytical perspective and characterize the main elements of Václav Havel's relationship to the Czechoslovak federal parliament in 1989–1992.

First, Havel's presidential rhetoric often relied on a contradiction between what can be called *revolutionary vs. parliamentary time*. Even his first address to the Federal Assembly opened with a reference to time: »I did not find a single clock in my offices in the Prague Castle. There is something symbolic about it. For years, there was no reason to watch the time that had stopped. The history was frozen, not only at the Prague Castle, but in the entire country. Nevertheless, time now rushes forward faster.«<sup>22</sup> Havel wanted the revolutionary pace to prevail and the *annus mirabilis* to continue. He described all political settings as urgent and pressing. Yet parliaments and parliamentary democracies are not fast. Milan Šútovec, Slovak literary critic and prominent member of the Federal Assembly in 1990–1992, later wrote that »parliamentary time« is slow, being a time of narrative (*parler*), while the time of Havel's Presidency was fast and dramatic.<sup>23</sup> In a more populist end of this rhetorical figure, however, Havel joined popular criticism of the allegedly slow and inefficient parliament dealing all too often with petty party matters.

Second, since the Velvet Revolution encountered a federal parliament stemming from the socialist era which at the same time was a necessary element of the »velvet-revolutionary« change, there were numerous attempts to restrict its mandate and even delimitate the symbolic mandate of its freely elected parliamentary followers. For example, during the revolutionary transfer of power, the parliament was only expected to legalize the changes required by the revolutionary public, be it the ratification of new executive figures, constitutional amendments or laws establishing elementary

<sup>21</sup> *IBID.*, pp. 589–593.

<sup>22</sup> *IBID.*, p. 25.

<sup>23</sup> M. ŠÚTOVEC, *Semióza ako politikum*, 1999, p. 273.

civic freedoms and principles of political competition. The parliament was to give up its own autonomy and serve the public. Neither did Václav Havel approach the MPs as people carrying a mandate or representing certain political organizations or programmes, but rather as citizens fulfilling their respective duties, »who care for the future of their country rather than about their personal comfort.«<sup>24</sup> The irony was that Václav Havel, whose Presidential mandate stemmed from the wholly Communist parliament of December 1989, considered himself to be a much more convincing incarnation of the awakened popular will. The parliament, on the other hand, was only supposed to mediate and legalize that will.<sup>25</sup>

And third, previous sections have shown a number of instances when President Havel relied on ethical and aesthetic judgements, as much as on personal rather than institutional ties. While joining popular distrust about the Parliament, Havel brought many friends of his coming from the former dissident community into the Presidential office and other public institutions. A text written by one of his closest colleagues, constitutional lawyer Zdeněk Jičínský, accused him of actually not believing in parliamentary democracy and creating a »republic of friends«.<sup>26</sup> It can be argued that, to a certain extent, Havel fell in the trap of his own conviction that he, as a non-parliamentary, non-governmental figure, represented the public, and therefore was allowed to do things that no one else was entitled to, including to control whether the Parliament was fulfilling the will of the people. Anti-political politics, in the sense of authentic action in spite of oppression disrupting a dictatorship, lifted Havel to the heights of power. At the same time, however, it proved to be his main weakness as politician.

The next general elections were held in 1992 and gave rise to new opinion-leaders. The winner of the elections in Slovakia, Vladimír Mečiar had for long ignored the federal parliament previously. Neither did the federal government include the Czech winner Václav Klaus, who himself opted for the seat of the sub-federal Czech Prime Minister. The federal parliament turned out to be the only institution that could legalize what had been decided at meetings between the two winners that were held behind closed doors. Václav Havel did not find enough votes in the federal parliament to assure his re-election to Presidency. The last thing that the federal parliament was asked to do, was to validate the dissolution of the Czechoslovak federation, including a »suicidal« dissolution of the parliament itself.

Václav Havel has wasted much of his energy and charisma on his struggle with the Czechoslovak parliament in the period of 1989–1992. Both Havel and the parliament fell victim to the strife. After 1993, Václav Klaus and the sub-federal Czech National Council that became the national parliament of the newly established Czech Republic, benefited from their mutual defeat. Havel served two more terms as Czech President, although without many of the informal powers he had enjoyed previously. In 1997,

<sup>24</sup> President's Speech in the Federal Assembly, May 9, 1990, in V. HAVEL, *Projevy z let 1990–1992*, 1999, p. 133.

<sup>25</sup> E.g. *IBID.*, p. 26.

<sup>26</sup> Quoted in P. ROUBAL, *Revolution by the Law*, 2015, p. 70.

during the crisis that resulted from the intolerant ardent neo-liberal economic policies of Václav Klaus, Havel addressed the Czech parliament with a dramatic speech:<sup>27</sup> its members finally seemed to be the only power capable of opposing a government that was not one the President desired.

## Reference List

- Beck, Ulrich: *Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung*, Frankfurt am Main 1993.
- Christian, Michel/Sandrine Kott: Introduction. Sphère publique et sphère privée dans les sociétés socialistes. La mise à l'épreuve d'une dichotomie, in: *Histoire@Politique* 7/1 (2009), pp. 1–1, available at: <http://www.cairn.info/revue-histoire-politique-2009-1.htm> [28.6.2017].
- Dahrendorf, Ralf: *Reflections on the Revolutions in Europe*, New York 1990.
- Gjuričová, Adéla: Coming to (a Short) Life: The Czechoslovak Parliament 1989–1992, in: *Prispevki za novejšo zgodovino* 55/3 (2015), pp. 9–23.
- Gjuričová, Adéla: The MPs' Residence in Prague-Opatov and the Czechoslovak Parliament after 1989, in: Adéla Gjuričová u. a. (eds.), *Lebenswelten von Abgeordneten in Europa 1860–1990*, Berlin 2014, pp. 231–239.
- Havel, Václav: *Eseje a jiné texty z let 1970–1989. Dálkový výslech*. Spisy 4, Prague 1999.
- Havel, Václav: *Projevy z let 1990–1992. Letní přemítání*. Spisy 6, Prague 1999.
- Havel, Václav: *Projevy z let 1992–1999*. Spisy 7, Prague 1999.
- Havelka, Miloš: »Nepolitická politika«: kontexty a tradice, in: *Sociologický časopis* 34/4 (1998), pp. 455–466.
- Habermas, Jürgen: What Does Socialism Mean Today? The Rectifying Revolution and the Need for New Thinking on the Left, in: *New Left Review*, 183/1 (1990), pp. 3–21.
- Konrad, György: *Antipolitik*, Frankfurt a. M. 1985.
- Pithart, Petr: *Nadoraz... o Havlovi, Klausovi, Mečiarovi a revoluci, která požívá své děti*. Rozhovor s Janou Klusákovou, Praha 1992.
- Powell, Walter W./Paul J. DiMaggio (eds.): *The New Institutionalism in Organizational Analysis*, London/Chicago 1991.
- Roubal, Petr: Revolution by the law: Transformation of the Czechoslovak Federal Assembly 1989–1990, in: *Prispevki za novejšo zgodovino* 55/3 (2015), pp. 60–83.
- Roubal, Petr: *Starý pes, nové kousky: Kooptace do Federálního shromáždění a vytváření politicko-topadové politické kultury*, Praha 2013.
- Suk, Jiří: *Konstituční, nebo existenciální revoluce? Václav Havel a Federální shromáždění 1989–1990. Studie a dokumenty*, Praha 2014.
- Suk, Jiří: *Občanské fórum*. Listopad – prosinec 1989. 2. díl: *Dokumenty*, Praha 1998.
- Šútovec, Milan: *Semióza ako politikum, alebo, »Pomlčková vojna«: niektoré historické, politické a iné súvislosti jedného sporu, ktorý bol na začiatku zániku česko-slovenského štátu*, Bratislava 1999.
- Zahradníček, Tomáš: Debates were to be held in the Parliament, but it proved impossible: The Federal Assembly and the velvet Revolution in Czechoslovakia in 1989, in: *Prispevki za novejšo zgodovino* 55/3 (2015), pp. 105–121.

<sup>27</sup> President's address to Members of the Senate and the House of Deputies, December 9, 1997, in V. HAVEL, *Projevy z let 1992–1999*, 1999, pp. 733–753.



## **Monarchists, Republicans, Revolutionaries: Criticism of Parliamentarism and the reception of Anti-Parliamentarism among the Finnish and Swedish left and right 1917–1919**

The collective experiences of the First World War brought about major transformations in conceptualisations of parliamentarism throughout Europe: sacrifices by the populations of the countries involved were understood to require the extension of possibilities for political participation by the people at large. Universal suffrage and parliament were increasingly considered proper ways for the representation of the will of the people. The traditions of critical attitudes to parliamentarism, however, meant that the transition to parliamentary government would not be unproblematic even in countries with long traditions of representation through diets and parliaments such as Finland and Sweden.

In the case of these two countries, continuities in representative traditions from the early modern period are evident even though the representative institutions in both countries had gone through major transformations since the division of the early modern Swedish polity in 1809:<sup>1</sup> In Sweden, the Gustavian constitution of 1772 was reformed in 1809, after the Russian conquest of Finland, and the royal prerogative cut. In 1865, the four-estate Riksdag was reformed to become a two-chamber parliament. Parliamentary government was introduced in autumn 1917 under the pressure of transnational political transformations. However, an electoral reform introducing universal and equal suffrage – replacing the 40-grade suffrage – only followed in the aftermath of the German Revolution of 1918.

In Finland, separated from the Swedish system of representation as a consequence of the Napoleonic Wars, the eighteenth-century Swedish constitution remained in force under Russian rule, the four-estate diet convening once in 1809 and regularly between 1863 and 1906. The radical parliamentary reform of 1906, simultaneous with the introduction of the Imperial Duma in Russia, introduced universal suffrage (including women) and a unicameral parliament. However, it failed to fulfil public expectations as a means of reform towards parliamentary government as the tsar continued to hold the final veto on all parliamentary decisions. Numerous uneducated and inexperienced members (especially Social Democrats and Agrarians), unfamiliar with parliamentary practice, were elected to the reformed Finnish parliament, only to encounter there members of the older elites who were familiar with constitutionalist argumentation and legalistic scheming and aimed at safeguarding the inherited Swedish political culture against Russian or socialist innovation. In the elections of 1916,

---

<sup>1</sup> P. IHALAINEN, *The 18th-Century Traditions of Representation*, 2015.

after a campaign full of class antagonism, the Finnish socialists won the first absolute majority in a national parliament. In March 1917, the Russian Revolution suddenly opened the way to parliamentary democracy, albeit one dominated by the socialists, which made the bourgeoisie parties reserved about further extensions of parliamentarism.

### I. German models of anti-parliamentarism

Finland and Sweden have traditionally followed Germany and especially Prussia in culture and politics, and this was certainly the case at the time of the First World War. In Imperial Germany, support for a stronger political role for the Reichstag had remained limited: even most Liberals did not support Social Democratic calls for a constitutional reform that would strengthen the political influence of the parliament. The German centre and right generally opposed parliamentarism of the French or British type.<sup>2</sup> And for the Finnish and Swedish right, imperial Germany represented the model of a well organised state, including the political role of the parliament. Academics in all fields had transnational links with Germany and mostly took their theories from there.

The Finnish and Swedish left also looked to Germany with regard to views on parliamentarism. For many Social Democrats, Karl Kautsky's democratic justification of parliamentarism – built on the assumption that a revolution and transition to socialism could be realised through universal suffrage once the social democratic working class won a parliamentary majority – provided a starting point. Theorists such as Rosa Luxemburg, on the other hand, rejected »bourgeois« parliamentarism as a compromise that advanced the interests of the bourgeoisie and hindered the transition to socialism. Parliament could hence only serve as a forum for socialist agitation to intensify the class struggle.<sup>3</sup>

The attitudes of the German centre parties to parliamentarism differed from those in Sweden and Finland. In Sweden, Liberals and Social Democrats had cooperated for years to extend suffrage and parliamentarise government. In Finland, the Agrarians and most Liberals defended parliamentarism though they wished to see a strong executive power as a balancing force. In Germany, the centrist and leftist parties had from spring 1917 on partly similar constitutional demands and would cooperate in the Weimar coalition, but the Catholic Zentrum and most National Liberals did not fully support parliamentarism.

The existence of so-called constitutional monarchies was a major hindrance to parliamentarisation in all three countries: the German and Swedish monarchs (and the Swedish queen who was Kaiser Wilhelm's cousin) were vehement opponents of parliamentarism. In Finland, where the Russian monarchy was generally despised on ac-

<sup>2</sup> E.-A. SEILS, *Weltmachtstreben und Kampf für den Frieden*, 2011, p. 72.

<sup>3</sup> D. KIRBY, *War, Peace and Revolution*, 1986, p. 7; D. JÖRKE/M. LLANQUE, *Parliamentarism and Democracy*, 2016, pp. 266–268.

count of its Russification policies, the monarchists of the White winners of the Civil War of 1918 nevertheless elected Friedrich Karl von Hessen (the Kaiser's son-in-law) King of Finland on 9 October despite the inception of constitutional changes in Germany – for foreign-political reasons but also to counter extended parliamentarism. When the Hohenzollern monarchy fell in November so did much of the rightist and monarchist opposition to parliamentarism in Sweden and Finland: the Swedish royal couple became depressed about the situation, and the King of Finland abdicated without ever visiting his realm.

I shall next discuss socialist ideological criticism of parliamentarism in Finland and Sweden,<sup>4</sup> which was mainly derived from various versions of Marxism, and then proceed to analyse the respective views of the right, based on support for the duality of government more often than the rejection of representative government as such. Finally, I shall draw some conclusions about the Finnish and Swedish criticism of parliamentarism especially in relation to German debates during a period (1917–1919) when it was being extended, and try to explain some differences in the accommodation to parliamentarism in these three countries, which initially had much in common in terms of political culture.

## 2. Socialist criticism of parliamentarism in Finland

The political responsibility of the government to parliament was brought up by the Finnish Social Democrats right after the abdication of Nicholas II in March 1917. Their enthusiasm was received with caution among the bourgeois parties, who feared a takeover by the socialist majority and pointed out that no legislation guaranteeing such parliamentarism was in force in any other country. However, parliamentarism was recognised by the majority of the Constitutional Committee as the norm on the basis of which relations between the parliament and the government should be regulated. Parliamentarism in a sense that was close to that of the French Third Republic appeared an easy principle to approve after experiencing the imposition of Russian-nominated ministers who lacked the confidence of the Finnish parliament;<sup>5</sup> in that sense, many members of the Finnish political elite were revolutionaries in spring 1917.

Doubts about the honesty of the intentions of the Social Democrats with regard to parliamentarism survived for obvious reasons. In the party convention of June 1917 – which was attended by the Bolshevik Alexandra Kollontai, who persuaded the Finnish Social Democrats to join the Zimmerwald International – the party saw participation in the government of a capitalist country as just part of the current tactics of the class struggle, and it retained the right to either support or reject the decisions of the government as best suited the interests of the workers.<sup>6</sup>

<sup>4</sup> For a more extensive analysis, see P. IHALAINEN, *Springs of Democracy*, 2017.

<sup>5</sup> S. LINDMAN, *Eduskunnan aseman muuttuminen*, 1968, pp. 90–92.

<sup>6</sup> E. KETOLA, *Kansalliseen kansanvaltaan*, 1987, pp. 72–73, 80, 136–139, 146.

When the future constitutional arrangement was debated in July, some Social Democrats openly expressed their contempt of parliament as an institution. Evert Eloranta accused the anti-reform policies of the Finnish and Russian bourgeoisie of having imposed on the lower classes the unhappy conception that it was impossible to gain reforms by parliamentary means.<sup>7</sup> For many radicals, the Social Democratic proposal for the sovereignty of parliament – motivated partly by an expected Bolshevik takeover in Petrograd and the activation of the majority parties in Berlin – represented their last effort to make the representative institution responsive to their reform demands. A Social Democratic member spoke for the creation of »a parliamentary democracy or a democracy of the Social Democratic workers«,<sup>8</sup> seeing a political order dominated by the Social Democrats as synonymous with parliamentary democracy and implying that the bourgeoisie were incapable of such a democracy. The Russian revolutionary and especially the Bolshevik understanding of democracy as the dictatorship of the proletariat tended to take over Finnish radical Social Democratic discourse, particularly as many of their leaders had direct contacts with Lenin, Stalin and Kollontai and sometimes themselves attended revolutionary assemblies in Petrograd. The Finnish Social Democratic Party was considering proceeding with the law proposal on the basis of a simple majority as opposed to the required 5/6 majority for immediate constitutional changes – something that it did not need to do in the end thanks to support from the centre – but even the plan was interpreted as unparliamentary by the right. The new law was not sent to the Russian Provisional Government for promulgation, which led to the dissolution of the parliament and to new elections in which the Social Democrats lost their parliamentary majority.

Not only the voters but also the leaders of the Finnish Social Democratic Party were losing faith in parliamentary cooperation with the bourgeois parties.<sup>9</sup> When the new parliament met on 8 November, a day after the October Revolution in Russia, Yrjö Sirola presented the revolution and parliament as alternatives. He claimed: »The parliament of the streets will speak its language with thousands of voices.«<sup>10</sup> An even more striking challenge to current parliamentary government came from Kullervo Manner, the Speaker of the previous parliament, according to whom this »meeting« was not the legal Finnish parliament, no decisions that would assuage the working people could be expected from it, and hence the Social Democrats had no reason to respect it.<sup>11</sup> Such a denial of the legitimacy of a democratically elected parliament by the Speaker of its predecessor shows that the radicals among the Finnish Social Democrats had moved from Kautskyist to Bolshevik understandings of parliament – which was seen as a mere forum for propaganda in which the bourgeois polity

---

<sup>7</sup> VP, 12.6.1917, p. 518.

<sup>8</sup> Frans Rantanen, VP, 17.7.1917, p. 1029.

<sup>9</sup> Jaakko Mäki, VP, 8.11.1917, p. 16.

<sup>10</sup> VP, 8.11.1917, p. 26.

<sup>11</sup> VP, 8.11.1917, pp. 37–38.

could be challenged from within.<sup>12</sup> The legitimacy of the institution had disintegrated among the Social Democrats and was also deteriorating among the bourgeois parties when they encountered such revolutionary discourse. The bourgeois parties were defined as the enemy by the Social Democrats, lacking honest intentions to advance parliamentarism and ready to employ violence to suppress the demands of the working class. The militant revolutionary rhetoric of Finnish Social Democracy was leading the Finnish parliamentary system towards an impasse in which either waging an open revolution – or fighting against one – appeared as the only alternatives. At the level of rhetoric, a revolutionary and increasingly anti-parliamentary struggle had started; and this struggle was already turning violent at the local level.

By the time of the Finnish declaration of independence in December, Otto Wille Kuusinen (a would-be member of the Soviet Politburo) refused to recognise any »parliamentary democracy« in the constitutional proposal for a presidential republic by the bourgeois parties: it would create mere »bourgeois parliamentarism« of the Western type based on the power of parties. Kuusinen's »parliamentary democracy« in a Marxist sense would include an imperative mandate and popular power over parliament.<sup>13</sup> His constitutional proposal for Red Finland (the rebel state established during the Civil War) in February 1918, would likewise have created a class-based political system and rejected parliamentarism of the Western type. In that sense, the Finnish Civil War was indeed a conflict for and against parliamentarism of an indefinite Western type.

The Social Democrats were excluded from the parliament after the Civil War, and their radical leaders mostly emigrated to Soviet Russia, where they founded the openly anti-parliamentary Finnish Communist Party. By early summer 1919, the Social Democratic Party was again promoting parliamentarism – albeit without the former militancy aiming at rule by a socialist majority – but continued to challenge the rightist advocates of the duality of government. The Social Democrats began to adapt themselves to »Western« and even »bourgeois« parliamentarism as already recognised by the revisionist social democratic parties in Germany and Sweden.

### 3. Socialist criticism of parliamentarism in Sweden

In Sweden, parliamentary government was introduced after the elections of the Second Chamber in September 1917 as a Liberal-Social Democratic administration based on a parliamentary majority was nominated – against the wishes of the monarch and the right. However, the adoption of equal and universal suffrage still had to wait. Debate on parliamentarism between rightist and leftist (including Liberals) political scientists and historians had been intensive for decades, the alternative arguments being

<sup>12</sup> P. KETTUNEN, *Poliittinen liike ja sosiaalinen kollektiivisuus*, 1986, p. 93; I. HERRMANN, *The Conceptual History of the Russian State Duma*, 2016, p. 118.

<sup>13</sup> VP, 5.12.1917, pp. 348, 350–351, 353, 355.

that Sweden already possessed a native parliamentarism that should not be replaced with any *Western* alternatives or that Sweden had a thousand-year old parliamentary tradition that had been destroyed by the bourgeoisie and should hence be restored.<sup>14</sup>

Among Swedish socialists, a division in attitudes to parliamentarism was becoming increasingly evident. Leftist Social Democrats were annoyed by the willingness of the Majority Social Democrats to distinguish between »politics in popular assemblies« and »politics in parliament«, as Carl Lindhagen put it, accusing them of surrendering to »parliamentary politics« of the bourgeois type.<sup>15</sup> Instead of calling for the mere parliamentarisation of government in the British or French sense, Lindhagen rejected it as »the opposite of democracy«,<sup>16</sup> suggesting that government should be seen as no more than a committee of parliament and that parliament could be overruled by the people – all ways of thinking that were general among the far left.

Such views made the Swedish Majority Social Democrats outspokenly defend parliamentarism as a political process. According to Harald Hallén, »parliamentary battles« were indeed more than a mere campaign for power: parliamentary debate was a battle through which a better society was sought.<sup>17</sup> The revisionist leaders of the Swedish Social Democrats had clearly set the introduction of parliamentarism of the Western type in Sweden as their goal. This was part of an ongoing turn in Swedish politics from German political models to those provided by the politics of the Entente.

The far left, by contrast, openly considered the possibility of using extra-parliamentary methods in ways that recalled the radicalisation of Finnish Social Democratic discourse. Zeth Höglund, an old revolutionary and a comrade of Lenin who had just been released from prison, concluded that »the parliamentary way alone is not enough to carry through the demands of the people; instead really large-scale mass action is needed« and applauded »the parliament of the streets«. <sup>18</sup> This challenge to parliamentarism constituted the most revolutionary moment in Sweden during spring 1917 and remained an exception, support for it being marginal.

The outbreak of the Finnish Civil War made it all the more necessary for the Majority Social Democrats to distance themselves from the far left and to demonstrate that Swedish parliamentarism was working and involved no risks of a crisis of the Finnish type. Their leaders consistently rejected the uprising of the Finnish Social Democratic Party against the parliamentary majority as a violation of the principles of democracy.

<sup>14</sup> J. KURUNMÄKI, *Rhetoric Against Rhetoric*, 2014, pp. 177–178; P. IHALAINEN, *The 18th-Century Traditions of Representation*, 2015

<sup>15</sup> AK, 21.3.1917, 34:13.

<sup>16</sup> AK, 21.3.1917, 33:64.

<sup>17</sup> AK, 21.3.1917, 34:9, 11.

<sup>18</sup> AK, 5.6.1917, 72:49–50.

#### 4. Rightist criticism of parliamentarism in Finland

The views of many of the spokesmen of the Finnish and Swedish right did not initially differ much from those of German academic critics of parliamentarism since all areas of scholarship in both countries drew their theoretical inspiration from Germany. Theories that were sceptical of parliamentarism had been inspired in Finland by negative interpretations of the eighteenth-century rule of the estates in the Swedish realm in domestic historiography<sup>19</sup> and were supported by the frustrating experiences of the reformed parliament since 1907. They had been further aggravated by the activities of the socialist majority during the first parliament of 1917 and became extreme as a result of the Civil War.

Revealing of the suspicious attitude towards full parliamentarism among the Finnish right are the parallels drawn between the eighteenth-century Swedish Diet and the extensive parliamentary sovereignty proposed in summer 1917. Kaarle Rantakari of the Finnish Party simply maintained that the proposal would reintroduce »the state in which our country was when joined with Sweden during the so-called Age of Liberty: the tyranny of parliament«. <sup>20</sup> Minister of Justice Antti Tulenheimo of the same party warned about the risks of disregarding the old constitution by giving all legislative and administrative powers to the parliament. <sup>21</sup> The Swedish People's Party was represented by numerous constitutionalists who opposed what they saw as a tendency to carry parliamentarism to the extreme. Ernst Estlander, a professor of legal history, saw the practical measures of the socialist majority in parliamentary work as turning »the not so seldom advertised parliamentarism of the left« into a mere hoax. <sup>22</sup>

In the autumn of 1917, however, the rising criticism of the parliament by the Social Democrats made the right and centre view themselves as defenders of parliamentarism opposing the Bolshevik type of revolutionary power of the minority. Rhetorically at least, the Finnish-speaking right tended to be on the side of parliamentarism, but the bourgeois parties consistently expressed their wish to limit parliamentarism with a strong presidency. Onni Talas of the liberal Young Finns, an assistant professor of administrative law, argued that even under the most democratic suffrage the parliament did not always express the true will of the people, as »the parliament is by no means the same thing as the people«. Instead of making parliament an omnipotent user of potentially »oligarchic« power, Talas preferred that the people should be able to decide through presidential power whether the parliament had interpreted their wishes correctly. <sup>23</sup> This logic of balancing parliamentarism with presidential power, planned by the Finnish Constitutional Committee during 1917, was similar to the one that would be used in the Weimar Constitution; both arose from a transnational de-

---

<sup>19</sup> P. IHALAINEN, *The 18th-Century Traditions of Representation*, 2014.

<sup>20</sup> VP, 10.7.1917, p. 896.

<sup>21</sup> VP, 17.7.1917, p. 1007.

<sup>22</sup> VP, 17.7.1917, p. 1054.

<sup>23</sup> VP, 6.12.1917, pp. 368–369.

bate that was critical of the excesses of parliamentarism and was indirectly affected by the experiences and debates of the French Third Republic.

Parliamentarism was viewed in a much more negative light in the aftermath of the Civil War, which could be interpreted as a product of the excessively democratic suffrage, a unicameral parliament and the inherent weaknesses of parliamentary as opposed to monarchical government. Repeated elections and the parliamentary process had not been able to solve the problems of the country or to prevent the escalation of the domestic conflict; on the contrary, violent and uncompromising parliamentary discourse had rather contributed to its escalation. These critical views were bolstered by the presence of German troops in Helsinki after a German intervention had supported the White government in crushing the Red rebellion and also by the patent foreign political dependency of the Finnish state on Germany.

Revealing of the strength of parliamentary ideals in Finland in the circumstances of 1918, however, is the fact that even the most fervent advocates of a monarchical constitution of the Prussian type defined the current and future constitution of Finland as essentially parliamentary.<sup>24</sup> These definitions of parliamentarism, which suggested that a German prince would be a guarantor of parliamentarism, differed radically from the conceptions of the republicans – the Agrarians and some of the liberal Young Finns. While such rhetorical redescrptions were typical of conservative political discourse, the Finnish monarchists in fact took extreme measures to get their German king. At the same time, the anti-parliamentary views among them were undeniable: for example, Prime Minister J.K. Paasikivi maintained, referring explicitly to German authors and implicitly to the achievements of Bismarck's Germany, that a monarchy of the German type would advance social reforms while decreasing »parliamentary and party problems«. <sup>25</sup> When the monarchical parliamentary majority proceeded to the election of a king in early October – at a time when the German transition to parliamentary monarchy had already been announced – Paasikivi insisted that the monarchical constitution would realise »the parliamentary way of government« and guarantee »the influence of parliament in the course of affairs« if »parliament with its party divisions can realise this – which admittedly may be questionable«. <sup>26</sup> The Finnish prime minister thus spoke in favour of parliamentary democracy in name while questioning its potential in practice. At the same time, the hard-liners of the Finnish Party were openly attacking parliamentarism. Oswald Kairamo, a land-owner embittered by the Civil War, associated all proponents of parliamentarism with socialism. <sup>27</sup> The election of the king took place on 9 October 1918. When the German monarchy fell in November, however, the Finnish monarchy also came into nothing. When Britain, France and the United States refused to recognise Finnish independence under a German prince, Friedrich Karl abdicated,

---

<sup>24</sup> Ernst Estlander, VP, 13.7.1918, p. 1703.

<sup>25</sup> VP, 7.8.1918, p. 1816.

<sup>26</sup> VP, 8.10.1918, pp. 53–54.

<sup>27</sup> VP, 8.10.1918, p. 65.

and in the elections of March 1919 an overwhelming republican majority returned to the Finnish parliament.

In June 1919, simultaneously with the committee stage of the Weimar National Assembly, the Finnish parliament debated a republican constitutional proposal that attempted to reconcile parliamentarism and strong presidential power. In particular, many representatives of the National Coalition Party (the former Finnish Party), who had been campaigning for monarchy in 1918, had to rethink their relationship to parliamentarism before voting for a republican constitution. Rafael Erich, a professor of constitutional and international law, had in his academic texts criticised French parliamentarism, rejected parties as problematic political actors and wished to limit democracy to the mere election of the parliament.<sup>28</sup> Erich insisted that »correctly understood and healthy parliamentarism« required the creation of a balance between the parliament and the government so that the parliamentary control of the government remained within the correct limits. A strong presidency was hence needed as a moderator between the government and the people on the one hand and the people and the parliament on the other.<sup>29</sup> Erich's definition of »healthy« parliamentarism – in line with Hugo Preuß and Max Weber among other designers of the Weimar Constitution – stood for the presidential right to dissolve parliament as without it »no parliamentary system can function in the first place; then we are taken to an entirely different level and leave parliamentarism for good«. This was also what Léon Duguit, a leading French authority on constitutional law, had argued: »A parliamentary system is not possible unless we have, side by side with a parliament based on universal suffrage, a head of state who personifies executive power.«<sup>30</sup> Erich thus supported the updated goal of the National Coalition Party to create a presidential republic of the kind suggested by German and French authors who were critical of extreme parliamentarism. Such political theorising enabled the Finnish conservatives to recognise parliamentarism as a valuable element within the traditional notion of the duality of government. The Finnish conservatives campaigned for a government that possessed expertise, influence and authority in the eyes of both the parliament and the people and a president who would regulate and balance parliamentarism.<sup>31</sup> After rejecting the first compromise proposal, the conservatives managed to obtain a sufficiently strong presidency and voted for the republican constitution. A large majority of the former monarchists had now officially, and revealingly, recognised parliament as the representative of »the majesty of the nation«,<sup>32</sup> albeit one controlled by a separately elected president. In the meantime, the Swedish People's Party did not give in, partly for language-policy reasons, retaining its anti-parliamentary views to the very end of the legislative process.

---

<sup>28</sup> K. PEKONEN, *Hallitseminen*, 2003, p. 144.

<sup>29</sup> VP, 24.5.1919, pp. 524–527; 2.6.1919, pp. 658, 661; 4.6.1919, pp. 742, 745; 21.6.1919, pp. 1022–1023.

<sup>30</sup> VP, 24.5.1919, p. 526.

<sup>31</sup> VP, 2.6.1919, pp. 658–660.

<sup>32</sup> VP, 21.6.1919, p. 1025.

Despite the remaining doubts, the republican compromise between a strong presidency and limited parliamentarism would turn out to be a lasting one, integrating both the Social Democrats and the National Coalition in parliamentary government in the early 1930s and the Winter War of 1939–1940. It would survive an alliance with Nazi Germany against the Soviet Union in 1941–1944 and the Cold War under Soviet foreign-political pressures. However, the development towards a clearly parliamentary government as opposed to a presidential republic was postponed in Finland and has only made progress since the early 1980s.

### 5. Rightist criticism of parliamentarism in Sweden

The Swedish right – unwilling to violate the native constitutional tradition based on the duality of government – consistently argued against majority parliamentarism on the basis of its conservative conception of human nature and society, German and Swedish political theory and historical experiences at home. Professor Carl Hallendorff, the Rector of the Stockholm School of Economics, who had published a book on parliamentarism, saw the international »criticism of the not insignificant mistakes and failures that can be found in parliamentarism« as entirely justified. Experiences in several countries demonstrated that the people tended to »overestimate the entire parliamentary apparatus so that this apparatus is expected to be able to improve everything possible«. When the expected improvements were never realised, the people simply became disappointed with parliamentarism. In Hallendorff's organic understanding of the Swedish living body politic, the Riksdag appeared as one powerful institution among others, but not the sole forum in which decisions should be made.<sup>33</sup> He clearly shared in the transnational parliament-critical theoretical discourse that was typical of the academic debates of the early twentieth century.

Building on a rhetorical redescription of the prevailing political system as healthy parliamentarism of the Swedish type, the right appealed to the legitimacy of the established order and rejected extra-parliamentary challenges to it. In the opinion of Dr Karl Hildebrand, a pro-German historian, Sweden already possessed a parliamentary system of two chambers that was »organically embodied in our social structure« and in no need of renovation.<sup>34</sup> Neither did non-academic conservatives, who were regularly accused by the left of Prussianism, hide their doubts about parliamentarism. According to a Junker-like landowner called Erik Räf, favourable weather conditions would improve the state of Sweden more than useless vindications of parliamentarism.<sup>35</sup>

After the elections of autumn 1917, a parliamentary government nevertheless became a reality in Sweden. Despite their opposition in principle to parliamentarism,

<sup>33</sup> AK, 21.3.1917, 33:55.

<sup>34</sup> AK, 5.6.1917, 72:51, 53–54.

<sup>35</sup> AK, 5.6.1917, 72:30.

the right decided to tolerate it for the meantime since it seemed to be on the retreat globally thanks to the continued German success in the war. The consistent defence of parliamentary strategies by the Swedish Social Democrats during the Finnish Civil War had demonstrated to some that the social order might not be jeopardised by parliamentary ministries. At the same time, the export industry wanted to secure Western markets and was ready to experiment with parliamentary democracy for that purpose. The rightist leaders nevertheless carried on their criticism of parliamentarism when the government attempted to introduce a suffrage reform in April 1918. Karl Hildebrand questioned the reform by referring to the rise of anti-parliamentary sentiments among the public arising from the unparliamentary behaviour of members elected after previous reforms.<sup>36</sup>

By November 1918 it had become difficult for the right to question parliamentarism once nations with more or less parliamentary democracies had won the war, the German monarchy had fallen and parliamentary democracies were being implemented in neighbouring countries. Conservative concerns about the problems of parliamentarism did not suddenly wither away, but parliamentarism as a principle was no longer questioned. This differs from the relentlessly anti-parliamentary stands of the German right. In Sweden, too, the right would move fully over to the side of parliamentarism only in the early 1930s.

## 6. Conclusion

I have explored transnational aspects of anti-parliamentary discourse by focusing on the two-year period of constitutional ferment that followed the Russian Revolution. I have reconstructed leftist and rightist criticisms of parliamentarism in two interconnected national debates, paying special attention to the reception of »Western« (British and French) parliamentarism and German and Bolshevik anti-parliamentarism. I have reviewed how leading Finnish and Swedish parliamentarians argued against (unlimited) parliamentarism and how some turned to practices that violated (or were claimed to violate) the principles of parliamentarism.

My discussion suggests that we cannot fully understand Finnish and Swedish constitutional history, especially in the period examined, without studying it side by side with German constitutional debates. Indeed, German historiography, too, would benefit from comparisons with political systems that were in many ways similar to the German one, such as those of Finland and Sweden, rather than only with those of the other great powers with their rather different polities.

In Finland, both the leftist and rightist criticism of parliamentarism in 1917–1919 built on an obvious discrepancy between the high expectations and the depressing realities of parliamentary life after the radical parliamentary reform of 1906, which had in theory created the most democratic representation of the people in the world but

---

<sup>36</sup> AK, 27.4.1918, 44:26.

had not produced any truly parliamentary government. The inefficiency of the nominal parliamentary government after spring 1917, the declaration of parliamentary sovereignty by the socialist majority of parliament in summer 1917, and the failure of the bourgeois majority to introduce all the reforms demanded by the socialists contributed to the deterioration of the legitimacy of parliamentarism. In Sweden, leftist criticism arose from the shortcomings of the established inequitable parliamentary and electoral system, the reform of which the right opposed, claiming that proper parliamentarism already existed in Sweden in contradistinction to degenerate Western forms of parliamentarism.

Finnish and Swedish criticism of parliamentarism was based to a great extent on German political theory, British and French experiences of parliamentarism and the Russian revolutionary questioning of bourgeois parliamentarism. Various versions of German leftist thought on parliament also affected Finnish and Swedish leftist attitudes, with both Kautskyists and radical Marxists finding supporters. Among the Finnish Social Democrats, various degrees of criticism and rejection of »bourgeois« parliamentarism occurred in 1917–1918, starting with a readiness to break parliamentary rules in a parliament in which they held a majority in order to gain a constitution to their liking, continuing with the questioning of the legitimacy of a parliament with a bourgeois majority, and ending with an armed uprising against that majority encouraged by Leninist anti-parliamentary revolutionaries from Russia. In Sweden, the Finnish Civil War, together with the parliamentary model of the German SPD, confirmed the strictly parliamentary stand of the Social Democratic Labour Party and facilitated the recognition of parliamentarism by the right. Once the German monarchy had fallen, »Western« or »bourgeois« parliamentarism – though still criticised for its shortcomings by some – was no longer openly rejected in Finland and Sweden by others than the extreme right or the far left.

The Finnish and Swedish right did not initially differ much from the Prussian right in their anti-parliamentary views and admiration of constitutional monarchy and their deprecation of the weaknesses of »Western« parliamentarism. Typical of rightist opposition to parliamentarism was the strong stand of conservative professors who appealed to theory, practical experiences in Britain, France and Germany and national history. However, these professors were ready to discuss the shortcomings of parliamentarism, to defend the established order by redescribing it rhetorically as »parliamentary« or to manipulate parliamentary procedure, rather than to reject parliamentary debate or to threaten outright opposition to the system as practised by the German right. Some members of the Finnish right had already defended limited parliamentarism in 1917, and the Swedish right, too, began to reconcile themselves to the realities of parliamentarism in late 1918. Both regimes were parliamentarised, though in the Finnish case with limitations that resembled those of the Weimar Constitution and reflected a continuous distrust in unrestricted parliamentarism.

Despite shared historical experiences and transnational theoretical debates, the Finnish and Swedish adaptations to parliamentarism turned out to be more successful than that in Germany. This was primarily due to a long Swedish-Finnish tradition

of popular representation, including the integration of the free peasant estate; this had become an inseparable part of the political identity of the right, the centre and the left in both countries. The Swedish Liberals were consistently in favour of parliamentarism, while in Finland the pro-parliamentary centrist Agrarians played a major role in the defence of parliamentarism against both leftist and rightist extremes. The majority of the left were induced to adopt a parliamentary line – in Sweden before the First World War, in Finland after the Civil War. The right was persuaded to tolerate parliamentarism by pragmatic factors rather than by any radical theoretical rethinking: once the anti-parliamentary Prussian regime had fallen, it made no longer sense to attempt to retain the old order at home. Besides, consensual parliamentarism might help to stop further revolutionary attempts by the Bolsheviks and at the same time open up lucrative markets in the West, so why not give it a try?

## Reference List

- Herrmann, Irène: The Conceptual History of the Russian State Duma, in: Pasi Ihalainen/Cornelia Ilie/Kari Palonen (eds), *Parliament and Parliamentarism. A Comparative History of a European Concept*, New York 2016, pp. 115–129.
- Ihalainen, Pasi: The 18th-Century Traditions of Representation in a New Age of Revolution. History Politics in the Swedish and Finnish Parliaments, 1917–1919, in: *Scandinavian Journal of History*, 40 (2015), pp. 70–96.
- Ihalainen, Pasi: *The Springs of Democracy. National and Transnational Debates on Constitutional Reform in the British, German, Swedish and Finnish Parliaments in an Age of War and Revolution 1917–1919*, Helsinki 2017.
- Jörke, Dirk/Marcus Llanque: Parliamentarism and Democracy in German Political Theory since 1848, in: Pasi Ihalainen/Cornelia Ilie/Kari Palonen (eds.), *Parliament and Parliamentarism. A Comparative History of a European Concept*, New York 2016, pp. 262–276.
- Ketola, Eino: *Kansalliseen kansanvaltaan. Suomen itsenäisyys, sosialidemokraati ja Venäjän vallankumous 1917*, Helsinki 1987.
- Kettunen, Pauli: *Poliittinen liike ja sosiaalinen kollektiivisuus. Tutkimus sosialidemokratiasta ja ammattiyhdistysliikkeestä Suomessa 1918–1930*, Helsinki 1986.
- Kirby, David: *War, Peace and Revolution. International Socialism at the Crossroads, 1914–1918*, New York 1986.
- Kurunmäki, Jussi: Rhetoric Against Rhetoric. Swedish Parliamentarism and the Interwar Crisis of Democracy, in: Kari Palonen/José María Rosales/Tapani Turkkka (eds.), *The Politics of Dissensus. Parliament in Debate*, Santander 2014, pp. 171–201.
- Lindman, Sven: *Eduskunnan aseman muuttuminen 1917–1919*, in: *Suomen kansanedustuslaitoksen historia*, vol. 6, Helsinki 1968.
- Pekonen, Kyösti: *Hallitseminen*, in: Matti Hyvärinen/Jussi Kurunmäki/Kari Palonen/Tuija Pulkkinen/Henrik Stenius (eds.), *Käsitteet liikkeessä. Suomen poliittisen kulttuurin käsitehistoria*, Tampere 2003, pp. 117–166.
- Riksdagens protokoll vid ... riksmötet .... Andra kammaren (AK) [Proceedings of the Swedish Parliament, Second Chamber], 1867–1948. Stockholm: Riksdagen.
- Riksdagens protokoll vid ... riksmötet år .... Första kammaren (FK) [Proceedings of the Swedish Parliament, First Chamber], 1867–1948. Stockholm: Riksdagen.

Seils, Ernst-Albert: *Weltmachtstreben und Kampf für den Frieden. Der deutsche Reichstag im Ersten Weltkrieg*, Frankfurt am Main 2011.

Valtiopäiväasiakirjat (VP), Pöytäkirjat [Proceedings of the Finnish Parliament], 1907–1975. Helsinki: Eduskunta.

# Anhang

## Bildnachweis

Abb. Umschlag: »La Dynamite à la Chambre. L'Explosion«, Zeichnung von Frédéric Lix, Titelblatt von »Le Petit journal. Supplément du dimanche«, 23. Dezember 1893.

Abb. 1:	»Explication, No 1: Gouvernement anglois, No 2: L'Anglois n'est libre«, handkolorierte Radierung von Jacques-Louis David, veröffentlicht bei Jacques-Louis Bance, 1794; British Museum, 1882,0812.471. ....	99
Abb. 2:	»The zenith of French glory; – the pinnacle of liberty«, handkolorierte Radierung von James Gillray, veröffentlicht bei Hannah Humphrey, Februar 1793; British Museum 1868,0808.6276. ....	100
Abb. 3:	»Public Credit, or the State Idol«, handkolorierte Radierung von William Dent, veröffentlicht bei James Aitken, 3.6.1791; British Museum 1868,0808.6063. ....	101
Abb. 4:	»Monsieur Croupion«, Lithografie von Auguste Audibert, Beilage zu La Caricature, Nr. 59, 15.12.1831. ....	102
Abb. 5:	»Éloquence Fulchironne. Réponse péremptoire des députés croupions, aux arguments, aux chiffres et généralement à toutes les bonnes raisons des toutes les oppositions possibles«, Lithografie von Honoré Daumier, Beilage zu La Caricature, Nr. 236, 14.5.1835. ....	104
Abb. 6:	»Auch eine Welt-Anschauung (vide: Sitzung vom 26ten July)«, handkolorierte Lithografie nach einer Zeichnung von Alfons von Boddien, veröffentlicht bei Eduard Gustav May, August 1848, entnommen aus: Hansjörg Probst / Karin von Welk (Hrsg.), Mit Zorn und Eifer. Karikaturen aus der Revolution. Der Bestand des Reiss-Museums Mannheim, München/Berlin 1998, S. 136. ....	105
Abb. 7:	»Der ehrenwerthe Abgeordnete für Hinterpommern«, unbekannter Zeichner, in: Kladderadatsch, Nr. 17, 29.4.1849, S. 68. ....	106
Abb. 8:	»Stellungen und Ansichten der verschiedenen Partheien«, unbekannter Zeichner, in: Deutsche Reichs-Bremse, Nr. 11, 16.3.1850, S. 41 (Titelseite). ....	107
Abb. 9:	»A new Way to secure a Majority: or, no Dirty Works comes amiss«, Radierung von Samuel Collings, veröffentlicht bei William Wells, Mai 1784; British Museum 1868,0808.5288. ....	108
Abb. 10:	»Le Père Peinard au Populo. Élections législative de Mai 1898«, Plakatentwurf von Maximilien Luce, Imprimerie du Père Peinard, 1898, entnommen aus: Aline Dardel (Bearb.), Maximilien Luce. Peindre la condition humaine, Ausstellungskatalog, Musée de l'Hôtel-Dieu, Mantes-la-Jolie, Paris 2000, S. 66. ....	109
Abb. 11:	»Des deutschen Agrariers politisches Glaubensbekenntnis«, Zeichnung von Emil Erk, in: Der Wahre Jacob, Nr. 517, 15.5.1906, S. 5040, Beilage. ....	110
Abb. 12:	»Aus der Kammer«, Zeichnung von Wilhelm Scholz, in: Kladderadatsch, Nr. 21, 3.5.1863, S. 80. ....	111

Abb. 13:	»Die zukünftige Stufenleiter der Anrede bei Eröffnung des Preußischen Abgeordnetenhauses«, unbekannter Zeichner, in: Kladderadatsch, Nr. 28, 12.7.1908, S. 476. ....	111
Abb. 14:	Titelseiten aus Walther Lambach, Die Herrschaft der Fünfhundert. Ein Bild des parlamentarischen Lebens im neuen Deutschland, Hamburg/Berlin 1926. ....	113
Abb. 15:	Farbiger Werbezettel zur ungekürzten Volksausgabe von »Die Herrschaft der 500«, 1926. Privatbesitz des Verfassers. ....	114
Abb. 16:	»Die Weimarer Koalition«, Zeichnung von K. P., in: Kladderadatsch, Nr. 15, 14.4.1929, S. 242. ....	115
Abb. 17:	»Die Republik beginnt zu repräsentieren. Der Pförtner mit dem Pförtnerstab. (Aber kariert Mantel mit Zylinder?)«, unbekannter Fotograf, in: Tempo, Nr. 7, 9.1.1930, S. 2. ....	116
Abb. 18:	Braune Hintern. Uniformierte Nationalsozialisten im Foyer des Reichstags, Fotografie von Erich Salomon, 13.10.1930, entnommen aus: Andreas Biefang/Marij Leenders (Hrsg.), Das ideale Parlament. Erich Salomon als Fotograf in Berlin und Den Haag 1928–1940, Düsseldorf 2014, S. 73. ....	117
Abb. 19:	Doppelseite aus Edmund Schultz (Hrsg.), Das Gesicht der Demokratie. Ein Bildwerk zur Geschichte der deutschen Nachkriegszeit. Mit einer Einleitung von Friedrich Georg Jünger, Leipzig 1931, S. 78 f. ....	119
Abb. 20:	»Der Kampf des sinnreichen Junkers gegen die Closetmühlen«, Zeichnung von Ludwig Stutz, in: Kladderadatsch, Nr. 12, 11.3.1903, S. 47. ....	120
Abb. 21:	»Das Gesicht der Demokratie«, Fotocollage von Edmund Schultz, Buchumschlag zu: Edmund Schultz/Friedrich Georg Jünger, Das Gesicht der Demokratie, Leipzig 1931. ....	120
Abb. 22/23:	Arnold Ruges »Weltanschauung« und die gotische Kunst (Konsolstein im Mittelschiff der Kathedrale St.-Étienne in Metz), entnommen aus: Olaf Wagener (Hrsg.), Aborte im Mittelalter und der Frühen Neuzeit. Bauforschung – Archäologie – Kulturgeschichte, Petersberg 2014, S. 258. ....	121
Abb. 24:	Postkarte aus dem Jahr 1910, Verlag Gross-Berlin, Quelle: Privatbesitz.....	135
Abb. 25:	Max Horkheimer auf dem Podium während des 4. Darmstädter Gesprächs »Individuum und Organisation« vom 26. bis 28.9.1953; Fotografie Pit Ludwig, Stadtarchiv Darmstadt 28c/1. ....	198
Abb. 26:	Blick von der Empore des Konferenzsaals der Otto-Berndt-Halle auf Podium, Zuschauersaal und Pressetribüne des 5. Darmstädter Gesprächs »Theater« am 22.4.1955; Fotografie Pit Ludwig, Stadtarchiv Darmstadt 28c/1. ....	199

## **Autorenverzeichnis**

Remieg Aerts, Prof. Dr., University of Amsterdam  
Andreas Biefang, Dr., Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e.V., Berlin  
Michael C. Bienert, Dr., Stiftung Ernst-Reuter-Archiv, Berlin  
Benjamin Conrad, Dr., Humboldt-Universität zu Berlin  
Marc-André Dufour, University of Toronto  
Jean Garrigues, Prof. Dr., Université d'Orléans  
Claudia Christiane Gatzka, Dr. des., Albert-Ludwigs-Universität Freiburg  
Adéla Gjuričová, Dr., Institute of Contemporary History, Czech Academy of Science, Prague  
Pasi Ihalainen, Prof. Dr., University of Jyväskylä  
Theo Jung, Dr., Albert-Ludwigs-Universität Freiburg  
Thomas Lindenberger, Prof. Dr., Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität Dresden  
Marie-Luise Recker, Prof. em. Dr., Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e.V., Berlin  
James Retallack, Prof. Dr., University of Toronto  
Nicolas Roussellier, Prof. Dr., Centre d'Histoire Sciences Po, Paris  
Andreas Schulz, Prof. Dr., Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e.V., Berlin  
Michael Strebel, Dr., Ratssekretär des Solothurner Kantonsrates  
Barbara Wolbring, Prof. Dr., J. W. Goethe-Universität Frankfurt am Main

## **Danksagung**

Die Herausgeber danken Felix Apel, Florian Simonis und Frau Andrea Leonhardt für ihre Umsicht und Sorgfalt bei der redaktionellen Bearbeitung der Manuskripte bis zur Drucklegung.

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



**EX OFFICINA**

2018

Schriften

Elzevir/Caspari (dtl)

Umschlag

31 grad branddesign, Berlin

Satz

dtp-studio schwarz auf weiss, Berlin

Druck und Herstellung

Verlagsdruckerei Schmidt

Neustadt/Aisch

Printed in Germany